Kreisstadt Homburg

Öffentliche Bekanntmachung

Es findet eine Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, 31.10.2024 um 17:30 Uhr, im Rathaus, Großer Sitzungssaal, Am Forum 5, 66424 Homburg statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1) Eröffnung der Sitzung

2) Einwohnerfragestunde

2.1) Hebesatz

2.2) Sanierung des Waldstadions

3) Auflösung und Neubildung von Ausschüssen

4) Festlegung der Anzahl der Ausschussmitglieder und Feststellung der Sitzverteilung

5) Benennung der Ausschussmitglieder

6) Besetzung des Aufsichtsrates der GEW Management GmbH

7) Besetzung des Seniorenbeirates aus den Reihen des Stadtrates

8) Festlegung der Zahl der Beigeordneten

9) Festlegung der Reihenfolge und Wahl von ehrenamtlichen Beigeordneten

10) Zustimmung zur Übertragung bestimmter Geschäftszweige auf die ehrenamtlichen Beigeordneten

11) Verabschiedung bisheriger ehrenamtlicher Beigeordneter

12) Festlegung der Zahl der Beauftragten

13) Wahl von Beauftragten

14) Verabschiedung bisheriger Beauftragter

15) Ausschreibung der Stelle der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters

16) Beteiligung der Stadtwerke Homburg GmbH an einer Ladesäulengesellschaft

17) Zustimmung und Beschluss des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Homburg

18) Ermächtigung zur Auftragsvergabe Streusalzbeschaffung

) Geschlossene Abstimmung (TOP 19 bis TOP 27)

19) Weisungsrecht – Abstimmungsverhalten des Vertreters der Kreisstadt Homburg in der Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) am 10.12.2024

20) Ermächtigung zur Vergabe der Arbeitssicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung der Kreisstadt Homburg und deren Tochtergesellschaften

21) Anwendung des Vergabeerlasses des Landes vom 28.08.2024

22) Förderung der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Kreisstadt Homburg

23) Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Gesamtkosten eines Zentralen Grünschnittplatzes

24) Jahresabschluss 2022 der HPS GmbH

25) Vorabinformation Stadtbus, Ausschreibung 2026

26) Teiländerung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Bebauungsplanes "Universitätskliniken, Teilbereich 3", Gemarkung Homburg, hier: Entwurfsbeschluss

27) Bebauungsplan "Universitätskliniken, Teilbereich 3", Gemarkung Homburg, hier: Entwurfsbeschluss

28) Allgemeine Unterrichtungen

Nichtöffentlicher Teil

29) Weitere Vorgehensweise im Gerichtsverfahren gegen Bürgermeister a.D. Klaus Roth und weiterem Beteiligten

30) Übernahme einer Beamtin in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

31) Übernahme einer Beamtin in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

32) Unbefristete Niederschlagung von Gewerbesteuern, Gewerbesteuerzinsen, Verwaltungsgebühren, festgesetzten Säumniszuschlägen, Mahngebühren und Portokosten

33) Ermächtigung zur Auftragsvergabe der Unterhaltsreinigungsdienstleistungen in zehn städtischen Gebäuden an den wirtschaftlichsten Bieter.

34) Fahrzeug im Zuge der Krisenvorsorge und des Unterhaltungsmanagements der Kanalisation

35) Erwerb eines gebrauchten Sperrmüllfahrzeuges

36) Unterrichtungen

36.1) Überplanmäßige Ausgaben für Beratungs- bzw. Sachverständigenkosten

37) Allgemeine Unterrichtungen

Michael Forster

2024/0511/100
öffentlich
Informationsvorlage
100 - Hauptabteilung
Bericht erstattet:

Hebesatz

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Kenntnisnahme)	31.10.2024	Ö

Anlage/n

1 Einwohnerfrage (nichtöffentlich)
2 Einwohnerfrage anonymisiert (öffentlich)

Betreff: Frage an den Stadtrat

Wann wird der neue Hebesatz festgelegt und wird es eine Mehrbelastung der Bürger geben?

2024/0510/100
öffentlich
Informationsvorlage
100 - Hauptabteilung
Bericht erstattet:

Sanierung des Waldstadions

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Kenntnisnahme)	31.10.2024	Ö

Anlage/n

1 Einwohnerfrage (nichtöffentlich)
2 Einwohnerfrage anonymisiert (öffentlich)

Betreff: Sanierung des Waldstadions Homburg

In der Homburger Öffentlichkeit ist allgemein bekannt:

in den Jahren zuvor sind schon zweckgebunden Zuschüsse aus dem Innenministerium des Saarlandes geflossen und zwar 3,75 Millionen von Innenminister Bouillon, 2 Millionen von Innenminister Jost.

Was ist mit diesen Geldern geschehen?
Wann und wie wurden diese Gelder eventuell schon verbaut?
Wieviel davon stehen noch im aktuellen Haushalt?

Es wäre schon interessant darüber etwas zu erfahren.

2024/0479/10
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Auflösung und Neubildung von Ausschüssen

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Folgende durch Beschluss vom 11. Juli 2024 gebildeten Ausschüsse werden

a) aufgelöst und

b) neu gebildet:

- Rechnungsprüfungsausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss (inkl. Beteiligungsangelegenheiten)
- Personalausschuss
- Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss
- Kultur-, Jugend-, Sport- und Sozialausschuss
- Werksausschuss

Sachverhalt

Mit Datum vom 16. September 2024 haben die Ratsmitglieder Markus Loew, Ulrike Bender, Willi Herrmann, Michael Karg und Patrick Herrmann ihren sofortigen Austritt aus der AfD-Fraktion im Homburger Stadtrat erklärt.
Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass zum gleichen Datum der Zusammenschluss zu einer neuen Stadtratsfraktion erfolgte. Der Name der Fraktion lautet “Bündnis für Homburg” mit Kurzbezeichnung “BFH”.
Mit Datum vom 29. September erklärte auch Herr Markus Maurer seinen Austritt aus der AfD-Fraktion und Beitritt zur zur BFH-Fraktion.

Mit der vorgenannten Änderung verteilen sich die Sitze im Stadtrat nun wie folgt:

CDU	16	
SPD	13	
BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	6	
BFH	6	
AfD	3	(vormals 9)
FWG	4	
Die Linke	2	
FDP	1	

Gemäß § 48 Abs. 2 KSVG sind die im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen bei der Besetzung der Ausschüsse entsprechend ihrer Stärke zu

berücksichtigen; soweit Fraktionen bestehen, ist auf diese abzustellen. Ändert sich das Stärkeverhältnis der im Gemeinderat vertretenen Gruppierungen, so sind die Ausschüsse neu zu bilden, wenn sich aufgrund des neuen Stärkeverhältnisses eine andere Besetzung ergeben würde.

Aufgrund der geänderten Fraktionsstärken würde sich nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt die Zusammensetzung der Ausschüsse mit aktuell 15 Mitgliedern wie folgt ändern:

Fraktion	Anzahl Ausschusssitze aktuell	Anzahl Ausschusssitze (nach Ausschussneubildung)
CDU	5	5
SPD	4	4
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2	2
BFH	-	2
AfD	3	1
FWG	1	1
Die Linke	0	0
FDP	0	0

Die Neubildung der 15-er Ausschüsse hätte damit zur Folge, dass die AfD zwei ihrer Sitze an die BFH-Fraktion verliert.

Folgende Ausschüsse sind daher entsprechend aufzulösen und neu zu bilden:

- Rechnungsprüfungsausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss (inkl. Beteiligungsangelegenheiten)
- Personalausschuss
- Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss
- Kultur-, Jugend-, Sport- und Sozialausschuss
- Werksausschuss

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n
Keine

2024/0480/10
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Festlegung der Anzahl der Ausschussmitglieder und Feststellung der Sitzverteilung

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

a) Die Zahl der Ausschussmitglieder wird auf 15 festgesetzt.

b) Die Sitzverteilung in den gebildeten Ausschüssen wird wie folgt festgestellt:

CDU 5 Sitze, SPD 4 Sitze, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2 Sitze, BFH 2 Sitze, AfD 1 Sitz, FWG 1 Sitz

Sachverhalt

Hinsichtlich der Stärke der Ausschüsse wird vorgeschlagen, die Ausschussbesetzung auch bei der nunmehr vorzunehmenden Neubildung bei 15 Mitgliedern je Ausschuss zu belassen.

Bei der Besetzung der Ausschüsse sollen gemäß § 48 Abs. 2 Satz 1 KSVG die im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen entsprechend ihrer Stärke berücksichtigt werden; soweit Fraktionen bestehen, ist auf diese abzustellen.

Da die FDP im neu gewählten Stadtrat mit nur einem Mandat vertreten ist, besteht kein Fraktionsstatus mehr.
Die Sitze in den Ausschüssen werden auf die vorgenannten Gruppierungen entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder im Stadtrat nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt verteilt. Es ergibt sich bei einer Ausschussbesetzung mit 15 Mitgliedern folgende Sitzverteilung:

CDU-Fraktion	5 Sitze
SPD-Fraktion	4 Sitze
GRÜNE-Fraktion	2 Sitze
BFH-Fraktion	2 Sitze
AfD-Fraktion	1 Sitz
FWG-Fraktion	1 Sitz
LINKE-Fraktion	0 Sitze
FDP	kein Fraktionsstatus

Bleibt eine Fraktion bei der Bildung eines Ausschusses unberücksichtigt, so kann sie aus ihrer Mitte ein Mitglied benennen, das mit beratender Stimme und dem Recht, Anträge zu stellen, an den Ausschusssitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen kann (§ 48 Abs. 3 KSVG).

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n
Keine

2024/0481/10
öffentlich
Informationsvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Benennung der Ausschussmitglieder

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Kenntnisnahme)	31.10.2024	Ö

Sachverhalt

Gemäß § 48 KSVG werden die Mitglieder der Ausschüsse von den jeweiligen Gruppierungen entsprechend der vom Stadtrat festgestellten Sitzverteilung benannt.

Anlage/n
Keine

2024/0485/10
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Besetzung des Aufsichtsrates der GEW Management GmbH

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

a) Der Stadtrat widerruft die mit Beschlussfassung vom 11.07.2024 erfolgte Entsendung von vier Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Gebäude-, Energie- und Wasser- Managementgesellschaft (GEW Management GmbH).

b) Der Stadtrat entsendet neben dem bereits am 11.07.2024 entsendeten Oberbürgermeister vier weitere Mitglieder in den Aufsichtsrat der Gebäude-, Energie- und Wasser- Managementgesellschaft (GEW Management GmbH).

Sachverhalt

Mit Beschluss vom 11.07.2024 entsandte der Stadtrat gem. § 9 des Gesellschaftsvertrages der Gebäude-, Energie- und Wasser-Managementgesellschaft (GEW Management GmbH) folgende Ratsmitglieder in den Aufsichtsrat der GEW:

- Herr Matthias Bächle (CDU)
- Herr Dr. Christian Zimmer (CDU)
- Herr Pascal Conigliaro (SPD)
- Herr Michael Karg (AfD)

Gem. § 8 Ziffer 6 des Gesellschaftsvertrages ist die Gesellschafterversammlung für die Bestellung (Wahl) des Aufsichtsrates zuständig.
Nach Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder durch ein Gesellschaftsorgan ist bei mittelbar bestellten Vertretern der Gemeinde ein Widerruf nicht möglich.
Festzuhalten ist, dass die Gesellschafterversammlung der GEW bislang noch nicht tagen konnte, um die Aufsichtsratsmitglieder zu bestellen.

Am 16.09.2024 erklärten fünf Ratsmitglieder ihren Austritt aus der AfD und der AfD-Fraktion und zeigten zugleich der Bildung der neuen Stadtratsfraktion „Bündnis für Homburg (BFH)“ an.
Am 29.09.2024 erklärte ein weiteres Mitglied der AfD seinen Parteiaustritt und

künftig Zugehörigkeit zur neu gebildeten BFH-Fraktion.

Da die Bestellung des Aufsichtsrates der GEW bislang noch nicht erfolgte, besteht nunmehr die Möglichkeit, die erfolgte Entsendung zu widerrufen und der Gesellschafterversammlung unter Berücksichtigung der mittlerweile erfolgten Fraktionsneubildung einen neuen Vorschlag zur Bestellung des Aufsichtsrates zu unterbreiten.

Das im Rat aktuell vorhandene Stärkeverhältnis, welches für die Entsendung von Ratsmitgliedern herangezogen wird, stellte sich wie folgt dar:

CDU 2
SPD 2

Anlage/n
Keine

2024/0512/100
öffentlich
Beschlussvorlage
100 - Hauptabteilung
Bericht erstattet: Frau Puchner

Besetzung des Seniorenbeirates aus den Reihen des Stadtrates

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat schlägt drei Mitglieder nebst Stellvertreter/innen aus seinen Reihen zur Benennung in den Seniorenbeirat vor.

Sachverhalt

Gemäß § 3 der Satzung für den Seniorenbeirat der Kreisstadt Homburg besteht der Seniorenbeirat der Kreisstadt Homburg aus bis zu 23 Mitgliedern, von denen eines der Seniorenbeauftragte ist. Jedes Mitglied soll eine Stellvertretung haben. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter/innen werden für die Dauer der Legislaturperiode des Stadtrates von der Oberbürgermeisterin/vom Oberbürgermeister im Einvernehmen mit der/dem Seniorenbeauftragten bestellt. Der Kultur-, Jugend-, Sport- und Sozialausschuss entscheidet aus den eingegangen Vorschlägen über die jeweilige Benennung der Mitglieder des Seniorenbeirates. Zu beachten ist, dass die Mitglieder des Seniorenbeirates mindestens das 55. Lebensjahr vollendet haben.
Die Mitglieder des Seniorenbeirates führen ihre Aufgaben über das Ende der Wahlperiode hinaus bis zur konstituierenden Sitzung des nach Ablauf der jeweiligen Wahlperiode neu berufenen Seniorenbeirates fort.

Der Stadtrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 11.07.2024 aus seinen Reihen drei Mitglieder nebst Stellvertreter/innen zur Benennung in den Seniorenbeirat vorgeschlagen.
Der Vorschlag erfolgte aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Stärke der im Stadtrat vertretenen Parteien/Wählergruppen:

CDU	1 Sitz	+ Stellvertreter
SPD	1 Sitz	+ Stellvertreter
AfD	1 Sitz	+ Stellvertreter

Festzuhalten ist, dass die Bestellung der Mitglieder des künftigen Seniorenbeirates durch den Oberbürgermeister im Einvernehmen mit der/dem Seniorenbeauftragten noch nicht erfolgt ist und sich mittlerweile durch Fraktionsaustritte aus der AfD und Bildung der neuen Stadtratsfraktion „Bündnis für Homburg (BFH)“ das Stärkeverhältnis im Stadtrat verändert hat.

Entsprechend der aktuellen Stärke der im Stadtrat vertretenen Parteien/Wählergruppen stellen sich die Höchstzahlen nach D'Hondt wie folgt dar:

CDU		**SPD**		**GRÜNE**		**BFH**	
1	16	**2**	13	**5**	6	**6**	6
3	8	**4**	6,50				

Die Mitglieder und Stellvertreter/innen aus den Reihen des Stadtrates sind entsprechend vorzuschlagen.

Die Entscheidung über die Benennung aller Mitglieder des Seniorenbeirates ist für die nächste Sitzung des Kultur-, Jugend-, Sport- und Sozialausschusses vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n
Keine

2024/0229/10
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Festlegung der Zahl der Beigeordneten

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat legt die Zahl der Beigeordneten in der Kreisstadt Homburg fest.

Sachverhalt

Gemeinden haben gemäß § 64 S. 1 KSVG mindestens einen oder zwei Beigeordnete. Der Stadtrat kann gem. § 64 S. 2 KSVG die Zahl der Beigeordneten für die Kreisstadt Homburg auf maximal fünf festsetzen. Gem. § 68 Abs. 1 S. 2 KSVG darf die Gesamtzahl der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beigeordneten die nach § 64 KSVG zulässige Höchstzahl nicht übersteigen.

Neben zwei hauptamtlichen Beigeordneten waren bisher drei ehrenamtliche Beigeordnete als Verhinderungsvertretung für den Oberbürgermeister bestellt.
Die hauptamtlichen Beigeordneten wurden/waren von der CDU und der SPD gestellt, die ehrenamtlichen Beigeordneten gehörten/gehören der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Die Verwaltung schlägt vor, aufgrund des sich aus der Größe der Kreisstadt Homburg ergebenden Aufgabenumfangs an der in der Vergangenheit bewährten Beigeordnetenzahl von fünf Beigeordneten (zwei hauptamtliche und drei ehrenamtliche) festzuhalten.

Die seit 01. Oktober 2024 mit Amtsantritt des Oberbürgermeisters und bisherigen Bürgermeisters Herrn Michael Forster sodann vakante Stelle des 1. hauptamtlichen Beigeordneten soll schnellstmöglich ausgeschrieben werden.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n
Keine

2024/0230/10-01
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Festlegung der Reihenfolge und Wahl von ehrenamtlichen Beigeordneten

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat führt die Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten unter gleichzeitiger Festsetzung der Reihenfolge durch.

Sachverhalt

Auf die Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten ist § 46 KSVG entsprechend anzuwenden, wonach die Beigeordneten durch geheime Abstimmung bestimmt werden. Die ehrenamtlichen Beigeordneten werden gemäß § 65 Abs. 1 KSVG aus der Mitte des Stadtrates gewählt. Bei der Wahl ist gleichzeitig die Reihenfolge der Beigeordneten festzusetzen.

Nach 1. und 2. hauptamtlichen Beigeordneten war die sich anschließende Vertretungsreihenfolge der ehrenamtlichen Beigeordneten wie folgt festgelegt:

3. Herr Raimund Konrad
   (Geschäftszweig Kultur und Tourismus)

4. Herr Dr. Eric Gouverneur
   (Geschäftszweig Sport)

5. Frau Yvette Stoppiera-Wiebelt
   (Geschäftszweig Umwelt, Klimaschutz und Biosphäre)

Für die Amtszeit 2024 bis 2029 wurden für die Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten unter Festsetzung der Reihenfolge folgende Personen seitens der CDU vorgeschlagen:

3. Herr Raimund Konrad
4. Herr Peter Fuchs
5. Frau Nathalie Kroj

Beim Wahlgang ist eine Wahlkabine zu nutzen. Aus der Mitte des Stadtrates sind

zwei Wahlhelfer/innen zu benennen.

Anlage/n
Keine

2024/0231/10-01
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Zustimmung zur Übertragung bestimmter Geschäftszweige auf die ehrenamtlichen Beigeordneten

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat überträgt den ehrenamtlichen Beigeordneten bestimmte Geschäftszweige.

Sachverhalt

Gem. § 63 Abs.3 Satz 1 KSVG kann der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Stadtrates ehrenamtlichen Beigeordneten bestimmte Geschäftszweige zur Erledigung übertragen. Die bisherigen Geschäftszweige der ehrenamtlichen Beigeordneten stellten sich wie folgt dar:

Herr Raimund Konrad	Kultur und Tourismus
Herr Dr. Eric Gouverneur	Sport
Frau Yvette Stoppiera-Wiebelt	Umwelt, Klimaschutz und Biosphäre

Den gewählten ehrenamtlichen Beigeordneten sollen folgende Geschäftszweige übertragen werden:

3. Beigeordnete/r	Kultur und Tourismus
4. Beigeordnete/r	Öffentliche Sicherheit und Bevölkerungsschutz
5. Beigeordnete/r	Jugend, Nachhaltigkeit und Tierschutz

Anlage/n
Keine

2024/0232/10
öffentlich
Informationsvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Verabschiedung bisheriger ehrenamtlicher Beigeordneter

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Kenntnisnahme)	31.10.2024	Ö

Sachverhalt

Die bisherigen ehrenamtlichen Beigeordneten werden verabschiedet.

Anlage/n
Keine

2024/0238/10-01
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Festlegung der Zahl der Beauftragten

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die Zahl der Beauftragten wird auf acht festgelegt und die Zuständigkeitsbereiche wie folgt verteilt:

Behinderte
Kindertageseinrichtungen
Integration
Radverkehr/ÖPNV
Schule und Inklusion
Senioren
Sport
Stadtmarketing

Sachverhalt

Für die Amtszeit 2019 - 2024 waren vom Stadtrat folgende Beauftragte bestellt:

Beauftragte	**Zuständigkeitsbereich**
Frau Christine Caster	Behinderte
Herr Hans Jürgen Bernd	Feste und Märkte
Herr Nurettin Tan	Integration
Frau Barbara Spaniol	Kindertagesstätten
Frau Ute Kirchhoff	Radverkehr/ÖPNV
Frau Katharina Mörsdorf	Schule, Jugend und Erziehung
Herr Alexander Ziegler	Senioren
Herr Axel Ulmcke	Stadtmarketing

Auch für die Amtszeit 2024 - 2029 sollen Beauftragte bestellt werden. Diese sollen den Oberbürgermeister und die Verwaltung aber auch Bürgerinnen und Bürger in Sachfragen ihres Zuständigkeitsbereiches unterstützen.

Seitens der Fraktionen wurde die erneute Bestellung von acht Beauftragten für folgende Zuständigkeitsbereiche vorgeschlagen:

Zuständigkeitsbereich	**Vorschlag CDU**	**Vorschlag SPD**
Behinderte		X
Kindertageseinrichtungen		X
Integration	X	
Radverkehr/ÖPNV		X
Schule und Inklusion		X
Senioren	X	
Sport		X
Stadtmarketing	X	

Die Amtszeit der Beauftragten beginnt am 01. November 2024.

Anlage/n
Keine

2024/0239/10-01
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Wahl von Beauftragten

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat wählt gemäß § 46 KSVG Beauftragte.

Sachverhalt

Auf die Wahl der Beauftragten ist § 46 KSVG entsprechend anzuwenden.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so tritt Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen und Bewerbern ein, die im ersten Wahlgang die höchsten Stimmzahlen erreicht haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, wer in die Stichwahl kommt. Ergibt auch die Stichwahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los. Stimmenenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit.

Beim Wahlgang ist eine Wahlkabine zu nutzen. Aus der Mitte des Stadtrates sind zwei Wahlhelfer/innen zu benennen.

Aus den Fraktionen des Stadtrates wurden für die Amtszeit 2024 - 2029 folgende Personen zur Wahl vorgeschlagen:

Zuständigkeitsbereich	**Vorgeschlagene Person**	**vorgeschlagen von**
Behinderte	Mirco Caster	(SPD)
Kindertageseinrichtungen	Stefanie Simon	(SPD)
Integration	Nurettin Tan	(CDU)
Radverkehr/ÖPNV	Torsten Feix	(SPD)
Schule und Inklusion	Thomas Höchst	(SPD)
Senioren	Gabriele Engel	(CDU)
Sport	Gerhard Wagner	(SPD)
Stadtmarketing	Axel Ulmcke (FWG)	(CDU)

Anlage/n
Keine

2024/0240/10
öffentlich
Informationsvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Verabschiedung bisheriger Beauftragter

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Kenntnisnahme)	31.10.2024	Ö

Sachverhalt

Die bisherigen Beauftragten werden verabschiedet.

Anlage/n
Keine

2024/0490/110
öffentlich
Beschlussvorlage
110 - Personalangelegenheiten
Bericht erstattet: Fritzen, Frank

Ausschreibung der Stelle der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die vakante Stelle der/des ersten hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister/in) wird wie von der Verwaltung vorgeschlagen öffentlich ausgeschrieben.
Die Besoldung der/des ersten hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister/in) wird in Besoldungsgruppe B 3 festgesetzt.
Der/dem ersten hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister/in) wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von zwei Dritteln der Aufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters gewährt.

Sachverhalt

Durch die Wahl des amtierenden Bürgermeisters Michael Forster zum Oberbürgermeister ist mit dessen Amtsantritt zum 01.10.2024 die Stelle der/des ersten hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister/in) vakant.
Somit ist die Stelle der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters der Kreisstadt Homburg wieder zu besetzen.
Gemäß § 31 Abs. 2 KSVG sind hauptamtliche Beigeordnete für die Dauer von 10 Jahren zu berufen.

Der der/dem Bürgermeister/in übertragene Geschäftszweig umfasst derzeit die Bereiche zentrale Dienste und EDV, Bauen und Umwelt, Antikorruption und Digitalisierung. In der Stellenausschreibung wird der Hinweis erfolgen, dass eine Änderung der Geschäftsverteilung vorbehalten bleibt.

Nach § 68 Abs. 2 Kommunalselbstverwaltungsgesetz (KSVG) ist die Stelle öffentlich auszuschreiben. Hierfür ist der Inhalt der Stellenausschreibung festzulegen.
Außerdem ist gemäß § 68 Abs. 2 KSVG die Besoldung der/des ersten hauptamtlichen Beigeordneten vor der Ausschreibung durch den Stadtrat im Rahmen der geltenden Vorschriften der Saarländischen Kommunalbesoldungsverordnung (KomBesV SL) festzusetzen.

Nach § 1 der Saarl. Kommunalbesoldungsverordnung richtet sich die Einstufung der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit nach der Einwohnerzahl, dem Umfang und dem Schwierigkeitsgrad der wahrzunehmenden Verwaltungsaufgaben.
Gemäß § 5 dieser Verordnung ist als Einwohnerzahl die vom Landesamt für Zentrale Dienste -Statistisches Amt- nach dem Ergebnis der letzten allgemeinen Zählung der Bevölkerung auf den 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene und veröffentlichte Personenzahl zugrunde zu legen.
Da davon auszugehen ist, dass die Ernennung der/des hauptamtlichen Beigeordneten Anfang des Jahres 2025 erfolgen wird, wird die Einwohnerzahl zum 30.06.2024 zugrunde gelegt. Die vom Landesamt für Zentrale Dienste veröffentlichte Einwohnerzahl für Homburg zu diesem Stichtag beträgt 42.356.

Gemäß § 3 Nr. 1 KomBesV SL erfolgt die Einstufung der/des ersten hauptamtlichen Beigeordneten bei einer Einwohnerzahl von 40.001 bis 60.000 mindestens in Besoldungsgruppe B 3, höchstens in Besoldungsgruppe B 4.

In Anlehnung an die Besoldungsregelungen beim Oberbürgermeister in § 2 Abs. 2 KomBesV SL (Besoldung in der ersten Amtszeit zunächst in der unteren der beiden zugelassenen Besoldungsgruppen und Höherstufung frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit durch Beschluss des Stadtrates) wird vorgeschlagen, bei der Besoldung der/des ersten hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister/in) analog zu verfahren.

Neben der Besoldung erhält der/die Stelleninhaber/in nach § 5 der Verordnung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an hauptamtliche kommunale Wahlbeamte und sonstige Behördenleiter in der derzeit gültigen Fassung eine Aufwandsentschädigung. Die Höhe der Aufwandsentschädigung ist durch das zuständige Beschlussorgan (Stadtrat) nach der voraussichtlichen Höhe des Aufwandes gemäß der genannten Verordnung festzusetzen. Der/dem ersten hauptamtlichen Beigeordneten kann eine Entschädigung von bis zu zwei Dritteln der Aufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters zugestanden werden.
Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 14.12.2023 beschlossen, dem Oberbürgermeister abhängig von der Einwohnerzahl als monatliche Aufwandentschädigung einen Betrag von 307 Euro (bei einer Einwohnerzahl von 40.001 bis zu 60.000) zu gewähren.
Damit beträgt der der/dem ersten hauptamtlichen Beigeordneten zu gewährende Höchstbetrag 204,67 Euro.

Folgender Ausschreibungstext soll veröffentlicht werden:

Bei der Kreis- und Universitätsstadt Homburg (rd. 42.400 Einwohner) ist die Stelle

der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters

zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Der Geschäftsbereich des Bürgermeisters umfasst derzeit die Bereiche zentrale Dienste und EDV, Bauen und Umwelt, Antikorruption und Digitalisierung. Eine Änderung der Geschäftsverteilung bleibt vorbehalten.

Die Amtszeit beträgt 10 Jahre. Die Besoldung erfolgt gemäß § 3 der Saarländischen Kommunalbesoldungsverordnung nach Besoldungsgruppe B 3. Eine Höherstufung nach Besoldungsgruppe B 4 ist frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters durch Beschluss des Stadtrates möglich. Daneben wird eine Aufwandsentschädigung gewährt.

Wählbar zur Bürgermeisterin/zum Bürgermeister ist jede oder jeder Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes und jede Unionsbürgerin oder jeder Unionsbürger, die oder der am Tag der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat, die Wählbarkeit zum Deutschen Bundestag oder zum Europäischen Parlament besitzt und die Gewähr dafür bietet, dass sie oder er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Bewerber/innen müssen für das Amt geeignet sein. Sie müssen mindestens die Befähigung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung besitzen oder über entsprechende Erfahrungen verfügen, die sie durch verantwortliche Tätigkeiten in Verwaltung oder Wirtschaft erworben haben. In das Amt kann nicht gewählt werden, wer am Tag des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister wird vom Stadtrat der Kreisstadt Homburg in geheimer Wahl gewählt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum xx.xx.xx an die Kreisstadt Homburg, Personalabteilung, Am Forum 5, 66424 Homburg, zu richten.

Homburg, den

Michael Forster
Oberbürgermeister

Finanzielle Auswirkungen

Die erforderlichen Mittel sind bei der Personalkostenplanung berücksichtigt.

Anlage/n
Keine

2024/0482/24
öffentlich
Beschlussvorlage
24 - Stabsstelle Beteiligungsmanagement
Bericht erstattet: Geschäftsführer HPS GmbH

Beteiligung der Stadtwerke Homburg GmbH an einer Ladesäulengesellschaft

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Aufsichtsrat HPS GmbH (Vorberatung)	07.10.2024	N
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö
Gesellschafterversammlung der HPS GmbH (Entscheidung)		N

Beschlussvorschlag

Die Stadtwerke Homburg GmbH beteiligt sich an einer Ladesäulengesellschaft.

Sachverhalt

Nach § 35 KSVG sind unmittelbare und mittelbare Beteiligungen ratsvorbehaltene Aufgaben. Die Homburger Parkhaus und Stadtbus GmbH, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadt Homburg ist mehrheitlich an der Stadtwerke Homburg GmbH beteiligt.

Ab dem 1.01.2025 dürfen Betreiber von Elektrizitätsverteilnetzen weder Eigentümer von Ladepunkten sein noch diese errichten, verwalten oder betreiben. Dies trifft auch auf die Stadtwerke Homburg zu.

Daher wollen die SWH GmbH mit 8 Partnern zusammen eine gemeinsame Ladesäulengesellschaft in der Rechtsform der GmbH & Co. KG errichten. Dabei handelt es sich um eine Personengesellschaft an der neben den Kommanditisten (9 Stadtwerke) als Komplementär eine Haftungs-GmbH beteiligt ist. Die Beteiligung der einzelnen Gesellschafter an der KG soll jeweils 100 € betragen. Das Stammkapital der Komplementär-GmbH beträgt 25.000 € und erbringt jeder zu gleichen Teilen. Über die HPS GmbH ist die neue Ladesäulengesellschaft eine mittelbare Beteiligung der Stadt Homburg.

Der Aufsichtsrat der SWH GmbH hat sich in seiner Sitzung am 2.07.2024 für diese Beteiligung ausgesprochen. In der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage ist die Empfehlung des Aufsichtsrates der SWH GmbH beigefügt. Dieser kann auch die Zusammensetzung der Gesellschafter entnommen werden. Ebenfalls ist dort der Zweck der Gesellschaft separat und detailliert dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen

Auf den Haushalt der Stadt: keine

Anlage/n

1 224-4-5_Beteiligung an einer gemeinsamen Ladesäulengesellschaft (öffentlich)

TOP 4.5
Beteiligung an einer gemeinsamen Ladesäulengesellschaft

Wie in mehreren AR-Sitzungen seit dem 11.07.2023 berichtet, dürfen Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen ab dem 01.01.2025 weder Eigentümer von Ladepunkten für Elektromobile sein, noch diese Ladepunkte entwickeln, verwalten oder betreiben.

Von daher gründen mehrere Energieversorger unter der Führung der SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG (SWK) eine E-Mobilitätsgesellschaft mit dem Namen „Ladestationen Südwest GmbH & Co. KG“, in welche die bestehenden Ladesäulen als Assets eingelegt und betrieben werden sollen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Ausbau und die Förderung der Elektromobilität, insbesondere die Entwicklung, Verwaltung und der Betrieb sowie das Halten von Eigentumsrechten an Ladeinfrastruktur für Elektromobile (Ladesäulen bzw. Ladepunkten), um eine ausreichende Ladeinfrastruktur vorzugsweise in der Region der Gesellschafter zu ermöglichen und Synergien zu heben.

Neue Ladestationen sollen ebenfalls über die neue Gesellschaft errichtet und betrieben werden. Ladestrom und Dienstleistungen werden weiterhin durch die jeweiligen Energieversorger vor Ort angeboten.

An der Gesellschaft wollen sich neben der Stadtwerke Homburg GmbH und der SWK die folgenden Energieversorger beteiligen:

- abita Energie Otterberg GmbH
- Nahewerk-Energie GmbH & Co. KG
- Gemeindewerk Haßloch GmbH
- Stadtwerke Kusel GmbH
- Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße
- Stadtwerke Ramstein-Miesenbach GmbH
- Stadtwerke Zweibrücken GmbH

Zwischenzeitlich liegen die von PricewaterhouseCoopers GmbH erarbeiteten Vertragsentwürfe vor und werden derzeit von der Rechtsabteilung der Thüga AG geprüft.

Gemäß § 15 Abs. 4 der Satzung der SWH bedarf „Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und wesentlichen Beteiligungen“ der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Homburg GmbH. Dem Aufsichtsrat obliegt in diesem Fall die Vorberatung gemäß § 12 (1) der Satzung der SWH.

Ebenfalls erforderlich ist noch die Zustimmung der Kommunalaufsicht, die zu einem späteren Zeitpunkt eingeholt werden soll.

Die Geschäftsführung wird in der Aufsichtsratssitzung detailliert berichten.

BESCHLUSS: Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Homburg GmbH empfiehlt der Gesellschafterversammlung sich an der E-Mobilitätsgesellschaft mit dem Namen „Ladestationen Südwest GmbH & Co. KG“ zu beteiligen und die Geschäftsführung zum Abschluss der entsprechenden Gesellschaftsverträge zu bevollmächtigen.

2024/0484/670-01
öffentlich
Beschlussvorlage
670 - Umwelt und Grünflächen
Bericht erstattet: Andrea Lippmann, Frank Missy

Zustimmung und Beschluss des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Homburg

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Das integrierte Klimaschutzkonzept wird durch den Stadtrat für die Kreisstadt Homburg beschlossen.

Sachverhalt

Die Klimaschutzmanagerin der Stadt Homburg Andrea Lippmann stellt den Beteiligten das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Homburg vor.

Mit dem Stadtratsbeschluss „Mehr Klimaschutz in Homburg“ der Parteien Bündnis 90/die Grünen CDU, SPD, FDP und die Linken 2019 verstärkte die Stadt Homburg ihre Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes.

Im Rahmen der Förderung aus den Mitteln der nationalen Klimaschutzinitiative wurde durch den Klimaschutzmanager (KM) Böhme und des IfaS-Institut des Umwelt-Campus Birkenfeld von Februar 2022 bis Mai 2023 ein Integriertes Klimaschutzkonzept (iKSK) und Klimaschutzmanagement (KSM) in der Kreisstadt Homburg als Erstvorhaben erstellt und eingeführt.

Teil des iKSK von Homburg ist die Analyse der IST-Situation sowie des Gesamtenergieverbrauches, der Energieversorgung und der Treibhausgasemissionen.
Weiterhin sind die Potenziale der Energieeinsparung und -effizienz nach Verbrauchern dargestellt und die Potentiale zur Erschließung der erneuerbaren Energien.
In zwei Szenarien werden mögliche Entwicklungen der Energie- und Treibhausgasbilanz in die Zukunft beschrieben.
Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog ist dargestellt, wie die Klimaziele der Stadt Homburg erreicht werden können.

Weiterhin wurden eine Umfrage „Klimaschutz in Homburg“ und ein „Klima-Workshop“ zur breiten Beteiligung der Bevölkerung durch Klimaschutzmanager Böhme durchgeführt. Die Ergebnisse sind im vorliegenden iKSK dargestellt.

Um die Treibhausgas-Neutralität der Bundesrepublik und des Saarlandes bis zum

Jahr 2045 auch in und durch Homburg erreichen zu können, ist es notwendig, das iKSK zu beschließen, welches als Grundlage für die Umsetzung der Maßnahmen in Bezug auf Klimaschutz und Klimawandelanpassungen gilt.

Der Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss der Kreisstadt Homburg hat am 2.10.2024 folgende Änderungen von Maßnahmen (siehe S. 93, S.95, S. 118) gewünscht, die im iKSK eingearbeitet wurden:
M 13 – PV-Nutzungsgebot bei Neubauten wurde durch „Empfehlung von PV auf Neubauten“ ersetzt
M 15 – Ausbau Solarthermischer Anlagen wurde durch „unter Vorbehalt der Finanzierbarkeit“ ergänzt
M 38 – Nachhaltiger Transport und Verwendung von Abfällen: Die Stadt Homburg strebt eine lokale Nutzung und Wertschöpfung der anfallenden Abfälle an …. wurde durch „Die Stadt Homburg prüft eine lokale Nutzung….“ ersetzt

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

1 Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Homburg_Okt24 (öffentlich)

2023

Integriertes Klimaschutzkonzept für die Kreis- und Universitätsstadt Homburg

IfaS Institut für angewandtes Stoffstrommanagement

Gefördert durch:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

NATIONALE KLIMASCHUTZ INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Kreis- und Universitätsstadt HOMBURG

Böhme Benjamin | Klimaschutzmanager

Kreis- und Universitätsstadt Homburg

11.05.2023

Impressum

Herausgeber:

Stadt Homburg
Am Forum 5
66424 Homburg

www.homburg.de

Berichterstellung:

Benjamin Böhme
Klimaschutzmanager

und

IfaS Institut für angewandtes Stoffstrommanagement

Hochschule Trier
Umwelt-Campus Birkenfeld
Postfach 1380
55761 Birkenfeld

Institutsleiter:
Prof. Dr. Peter Heck
Geschäftsführender Direktor IfaS

Projektleitung:
Jens Frank
Magali Nadig

Projektbearbeitung:
Wiebke Fetzer, Jana Gimbel, Kevin Hahn,
Jasmin Jost, Sven Kammer, Caterina Orlando,
Daniel Oßwald, Karsten Wilhelm

Inhalt

I Abkürzungsverzeichnis IV

II Abbildungsverzeichnis VI

III Tabellenverzeichnis VIII

1 Einleitung 4

2 Ist-Analyse 5

2.1 Kommunale Basisdaten und Lage 5

2.1.1 Naturräumliche Situation 6

2.1.2 Einwohnerentwicklung 6

2.1.3 Gebäudestruktur 6

2.1.4 Erwerbstätige und wirtschaftliche Situation 7

2.1.5 Verkehrssituation 8

2.2 Bereits realisierte Maßnahmen 9

3 Energie- und THG-Bilanzierung (Startbilanz) 10

3.1 Analyse des Gesamtenergieverbrauches und der Energieversorgung 11

3.1.1 Gesamtstromverbrauch und Stromerzeugung 11

3.1.2 Gesamtwärmeverbrauch und Wärmeerzeugung 12

3.1.3 Energieeinsatz im Sektor Verkehr 14

3.1.4 Überblick Gesamtenergieverbrauch – nach Sektoren und Energieträgern 16

3.2 Treibhausgasemissionen 18

4 Wirtschaftliche Auswirkungen der Energieversorgung 21

4.1 Preisliche Auswirkungen der CO2-Bepreisung nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ab 2021 22

4.2 Bewertung von Klimaschutzmaßnahmen mittels des Indikators der Regionalen Wertschöpfung 24

4.3 Regionale Wertschöpfung im Status Quo (2019) 26

5 Potenziale zur Energieeinsparung und –effizienz 29

5.1 Energieeffizienzpotenziale der privaten Haushalte 30

5.2 Energieeffizienzpotenziale Gewerbe und Industrie 32

5.3 Energieeffizienzpotenziale kommunaler Liegenschaften 32

5.4 Energieeffizienzpotenziale im Verkehrs- und Transportsektor 34

6 Potenziale zur Erschließung der verfügbaren erneuerbaren Energien 37

6.1 Wasserkraftpotenziale 38

6.1.1 Wasserkraftpotenziale an Gewässern 39
6.1.2 Wasserkraftpotenziale an ehemaligen Mühlenstandorten 40
6.1.3 Wasserkraftpotenziale an Kläranlagen 40
6.2 Geothermiepotenziale 41
6.2.1 Rahmenbedingungen 41
6.2.2 Ergebnisse Oberflächennahe Geothermie 41
6.2.3 Ergebnisse Tiefe Geothermie 43
6.2.4 Zusammenfassung der Ergebnisse 44
6.3 Solarpotenziale 45
6.3.1 Grundlagen zur Potenzialermittlung 45
6.3.2 Solarthermie-Dachflächenanlagen 47
6.3.3 Photovoltaik-Freiflächenanlagen 48
6.3.4 Ergebnisse Photovoltaik-Freiflächenanlagen 50
6.4 Windkraftpotenziale 53
6.4.1 Potenzialermittlung 53
6.4.2 Repowering 54
6.4.3 Ergebnisse Windenergiepotenzial 56
6.5 Biomassepotenziale 59
6.5.1 Potenziale aus der Landwirtschaft 60
6.5.2 Potenziale aus der Landschaftspflege und Siedlungsabfällen 61
6.5.3 Potenziale aus der Forstwirtschaft 62
7 Energie- und Treibhausgasbilanzierung (Szenarien) 63
7.1 Betrachtete Szenarien 63
7.2 Struktur der Strombereitstellung bis zum Jahr 2045 65
7.3 Struktur der Wärmebereitstellung bis zum Jahr 2045 67
7.4 Zusammenfassung Gesamtenergieverbrauch – nach Sektoren und Energieträgern 2045 .. 69
7.5 Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2045 70
8 Szenario zur Regionalen Wertschöpfung bis 2045 73
8.1 Regionale Wertschöpfung 2030 73
8.2 Regionale Wertschöpfung 2045 76
8.3 Profiteure der Regionalen Wertschöpfung 78
9 Maßnahmen 81
10 Akteurs-, Öffentlichkeits- und Gremienarbeit 120
10.1 Klimaschutz-Workshop 121
10.2 Umfrage zum Klimaschutz in Homburg 131

11 Verstetigungsstrategie 143
11.1 Controlling 144
11.2 Kommunikation 146
12 Anhang 148
IV Quellenverzeichnis 155

I Abkürzungsverzeichnis

a	Jahr
%	Prozent
€	Euro
a	Jahr
Agri-PV	Agri-Photovoltaik
ALKIS	Amtlichen Liegenschaftskataster Informationssystem
ATKIS	Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BEG	Bundesförderung für effiziente Gebäude
BEHG	Brennstoffemissionshandelsgesetz
BHKW	Blockheizkraftwerk
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
bspw.	beispielsweise
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C	Kohlenstoff
C.A.R.M.E.N.	Centrales Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungsnetzwerk e. V.
ca.	circa
CH_4	Methan
CO_2	Kohlenstoffdioxid
CO_2-e	Kohlenstoffdioxid-Äquivalente
d. h.	das heißt
e. V.	eingetragener Verein
ECO	ecological
EE	Erneuerbare Energien
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG-WRRL	Europäischen Wasserrahmenrichtlinie
E-Mobilität	Elektromobilität
EW	Einwohner
FFA	Freiflächenanlagen
GEMIS	Globales Emissions-Modell integrierter Systeme
ggf.	gegebenenfalls
GHD	Gewerbe, Handel, Dienstleistungen
GIS	geografisches Informationssystem
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlust-Rechnung
h	Stunde
ha	Hektar
HWB	Heizwärmebedarf
i. d. R.	in der Regel
IfaS	Institut für angewandtes Stoffstrommanagement
inkl.	inklusive
insb.	Insbesondere
IWU	Institut Wohnen und Umwelt
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
km	Kilometer
km^2	Quadratkilometer
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
kW	Kilowatt
kW_{el}	Kilowatt elektrisch

kWh	Kilowattstunde
kWh_{el}	Kilowattstunde elektrisch
kWh_{th}	Kilowattstunde thermisch
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
kW_p	Kilowatt Peak
l	Liter
LCA	life cycle assessment
LED	Light Emitting Diode
LKW	Lastkraftwagen
m	Meter
m/s	Meter pro Sekunde
m^2	Quadratmeter
mind.	Mindestens
Mio.	Millionen
MIV	Motorisierter Individualverkehr
MW	Megawatt
MW_{el}	Megawatt elektrisch
MWh	Megawattstunde
MW_p	Megawatt Peak
MW_{th}	Thermische Leistung (Megawatt)
n	Anzahl
N_2	Stickstoff
NPV	Net Present Value
PV	Photovoltaik
PV-FFA	Photovoltaik-Freiflächenanlage
rd.	rund
RWS	regionale Wertschöpfung
s.	siehe
S.	Seite
sog.	so genannt
ST	Solarthermie
t	Tonnen
THG	Treibhausgas
u. a.	unter anderem
v. a.	vor allem
WEA	Windenergieanlagen
WWF	World Wide Fund For Nature
www	world wide web
z. B.	zum Beispiel

II Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: großräumige Umgebung der Stadt Homburg 5
Abbildung 2: Gebäude nach Baujahresklassen 7
Abbildung 3: Gesamtstromverbrauch 2019 nach stationären Verbrauchssektoren 11
Abbildung 4: Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung 12
Abbildung 5: Gesamtwärmeverbrauch 2019 nach Verbrauchssektoren 13
Abbildung 6: Fossile und erneuerbare Energieträger 2019 im Wärmesektor 14
Abbildung 7: Energieverbrauch des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und des Güterverkehrs 14
Abbildung 8: Überblick des Energieverbrauchs für den Verkehr 2019 in den betrachteten Kategorien 15
Abbildung 9: Verteilung des Gesamtenergieverbrauchs 2019 auf die Bereiche Strom, Wärme, Verkehr 16
Abbildung 10: Energiebilanz der Stadt Homburg 2019 nach Verbrauchssektoren 17
Abbildung 11: Verteilung der gesamten THG-Emissionen nach Verbrauchergruppen 18
Abbildung 12: THG-Bilanz der Stadt Homburg 2019 nach Verbrauchssektoren 19
Abbildung 13: Verteilung der THG-Bilanz 2019 für die Stadt Homburg nach Emissionsquellen 20
Abbildung 14: Kosten der Energieversorgung 2019 in der Stadt Homburg 21
Abbildung 15: Zertifikatspreise zur CO_2-Besteuerung in Deutschland ab 2021 nach dem BEHG 22
Abbildung 16: Effekte durch die CO_2-Bepreisung in der Stadt Homburg 23
Abbildung 17: Regionale Wertschöpfung des Anlagenbestandes zur Erzeugung Erneuerbarer Energie im Status Quo (2019) 27
Abbildung 18: Energieverluste bei der Wärmeversorgung bestehender Wohngebäude 30
Abbildung 19: Anteile Nutzenergie am Stromverbrauch; eigene Darstellung nach WWF Modell Deutschland .. 31
Abbildung 20: Wärmeverbräuche je Liegenschaft 33
Abbildung 21: Stromverbräuche je Liegenschaft 34
Abbildung 22: Energiebilanz Verkehrssektor der Stadt Homburg 36
Abbildung 23: Übersicht Gewässer im Betrachtungsgebiet 39
Abbildung 24: Wichtige Regionen für die Nutzung von Tiefengeothermie in Deutschland 44
Abbildung 25: Solarkataster Biosphärenreservat Bliesgau (Übersicht Einstrahlung) 46
Abbildung 26 Photovoltaik-Dachflächenanlagen 46
Abbildung 27: Potenzialflächen PV-FFA 51
Abbildung 28: Potenzialflächen Windenergie 56
Abbildung 29: Flächenverteilung der Stadt Homburg 59
Abbildung 30: Entwicklung und Struktur des Stromverbrauchs bis zum Jahr 2045 66
Abbildung 31: Entwicklung der regenerativen Stromversorgung bis zum Jahr 2045 67
Abbildung 32: Entwicklung der regenerativen Wärmeversorgung bis zum Jahr 2045 68
Abbildung 33: Energiebilanz nach Verbrauchergruppen und Energieträgern nach Umsetzung der Entwicklungsszenarien im Jahr 2045 70

Abbildung 34: Entwicklung der Treibhausgasemissionen auf Basis der zukünftigen Energiebereitstellung unter Berücksichtigung des Bundesstrommix 72

Abbildung 35: Entwicklung der Treibhausgasemissionen auf Basis der zukünftigen Energiebereitstellung bei Anrechnung der lokalen Stromerzeugung 72

Abbildung 36: Regionale Wertschöpfung des Anlagenbestandes und aus Energieeffizienzmaßnahmen 2030 in der Stadt Homburg [Klimaschutzszenario (Klima) & ambitioniertes Szenario (Ambit.)] 74

Abbildung 37: Regionale Wertschöpfung des Anlagenbestandes und aus Energieeffizienzmaßnahmen 2045 in der Stadt Homburg [Klimaschutzszenario (Klima) & ambitioniertes Szenario (Ambit.)] 76

Abbildung 38: Profiteure der kumulierten, regionalen Wertschöpfung zum Jahr 2045 in der Stadt Homburg [Klimaschutzszenario & ambitioniertes Szenario] 79

Abbildung 39: Einleitendes Grußwort des Bürgermeisters 126

Abbildung 40: Redebeitrag Klimaschutzmanager, Einführung in die Thematik Klimaschutz 126

Abbildung 41: Kooperationsvereinbarung „KlikKS“ zwischen ARGE SOLAR und Stadt Homburg 127

Abbildung 42: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Energieeinsparung/Energieeffizienz 128

Abbildung 43: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Ehrenamtlicher Klimaschutz 129

Abbildung 44: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Klimafreundliche Mobilität 130

Abbildung 45: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Erneuerbare Energien 130

Abbildung 46: Basisdaten zur Umfrage 131

Abbildung 47: Besucher der Umfrage 1 132

Abbildung 48: Besucher der Umfrage 2 132

Abbildung 49: Datenschutzbestimmungen 133

Abbildung 50: Handlungsbedarf 133

Abbildung 51: Klimaschutzthemen 134

Abbildung 52: Kommunale Klimaschutzziele 135

Abbildung 53: Wichtigkeit Klimaschutz 136

Abbildung 54: Bereitschaft für ehrenamtlichen Klimaschutz 137

Abbildung 55: Kommunale Klimaschutzaktivitäten 139

Abbildung 56: Aufklärung über Klimaschutzbemühungen 139

Abbildung 57: Altersgruppe Teilnehmer 140

Abbildung 58: Nutzung von Fortbewegeungsmöglichkeiten 142

III Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Einsparpotenziale der einzelnen Verbrauchergruppen bis zum Jahr 2045 29
Tabelle 2: Ausbaupotenzial Photovoltaik (Dachflächen) 47
Tabelle 3: Ausbaupotenzial Solarthermie (Dachflächen) 48
Tabelle 4: Restriktionen PV-FFA (Autobahn) 49
Tabelle 5: Gesamtpotenzial Photovoltaik (Freiflächen) 52
Tabelle 6: Restriktionen Windenergie (Vergleichsanalyse) 54
Tabelle 7: Windenergiepotenzial (Ausbaupotenzial) 57
Tabelle 8: Aufkommen und energetische Nutzung von Wirtschaftsdünger in der Stadt Homburg 61
Tabelle 9: Darstellung des nachhaltigen Energieholzpotenzials von 2020-2050 62
Tabelle 10: Erschließung der Potenziale je Szenario 64
Tabelle 11: Liste der Klimaschutzmaßnahmen für Homburg 81
Tabelle 12: Presse zum Klimaschutz 121
Tabelle 13: Handlungsfeld Erneuerbare Energien 122
Tabelle 14: Handlungsfeld nachhaltige Mobilität 123
Tabelle 15: Handlungsfeld Energieeinsparung/Energieeffizienz 124
Tabelle 16: Handlungsfeld ehrenamtlicher Klimaschutz 125
Tabelle 17: Punkte der Umfrage „Klimaschutz in Homburg“ 131
Tabelle 18: Handlungsbedarf 133
Tabelle 19: Klimaschutzthemen 134
Tabelle 20: Persönliches Engagement 135
Tabelle 21: Wichtigkeit Klimaschutz 136
Tabelle 22: Bewertung persönliches Engagement 137
Tabelle 23: Bereitschaft für ehrenamtlichen Klimaschutz 137
Tabelle 24: Kommunale Klimaschutzaktivitäten 138
Tabelle 25: Aufklärung über Klimaschutzbemühungen 139
Tabelle 26: Altersgruppe Teilnehmer 140
Tabelle 27: Wohnsituation Teilnehmer 141
Tabelle 28: Hauptwohnsitz Teilnehmer 141
Tabelle 29: Hauptarbeits- und Ausbildungsstätten 141
Tabelle 30: Nutzung von Fortbewegungsmöglichkeiten (Mehrfachnennungen) 142
Tabelle 31: Indikatoren-Analyse 145
Tabelle 32: Energiepreise und Preissteigerungsraten 151

1 Einleitung

Die Bundesregierung strebt im Rahmen der Klimaschutzziele die Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 an.

Die Kommunen erfüllen dabei Vorbildfunktionen, weshalb die Stadt Homburg im Jahr 2019 einen Beschluss zu „Mehr Klimaschutz in Homburg“ gefasst hat. Die Stadt will beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen und Ihre Bürgerinnen und Bürger animieren sich noch stärker für den Klimaschutz zu engagieren. Die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes (iKSK) wird als eine konkrete Maßnahme gefordert. Zur Erstellung des Konzepts hat die Stadt einen Klimaschutzmanager eingestellt.

Das Konzept dient als Grundlage für konkrete Klimaschutzaktivitäten. Es zeigt auf, welche Potenziale bestehen und legt kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen fest. Das Konzept bezieht die Homburger Öffentlichkeit, inklusive der relevanten Akteure in Form von Beteiligungsangeboten aktiv mit ein. Erfolgreiche Klimaschutzprojekte setzen eine Zusammenarbeit mit den relevanten lokalen Akteuren voraus.

Das iKSK ermöglicht der Kreisstadt Homburg vorhandene politische Beschlüsse und Ziele, sowie technische Potenziale, sowie Einzelaktivitäten und bereits durchgeführte Projekte zu verzahnen und Synergieeffekte zu nutzen.

2 Ist-Analyse

2.1 Kommunale Basisdaten und Lage

Die Stadt Homburg liegt im Osten des Saarlandes, direkt an der Grenze zu Rheinland-Pfalz und ist Kreisstadt des Saarpfalz-Kreises. Darüber hinaus befindet sich das Universitätsklinikum der Universität des Saarlandes in der Stadt. Die Einwohnerzahl lag 2018 bei 41.811 Personen.[1] Die nächstgelegenen größeren Städte sind Saarbrücken in einer Entfernung von ca. 26 km und Kaiserslautern in einer Entfernung von ca. 34 km. Homburg erstreckt sich auf eine Fläche von 82,61 km². Die Bevölkerungsdichte beträgt 506 Einwohner pro km².

Die Nachbarkommunen im saarländischen Saarpfalzkreis sind im Südwesten die Stadt Blieskastel, im Westen die Gemeinde Kirkel und im Nordwesten die Stadt Bexbach. Die Nachbarkommunen in Rheinland-Pfalz gliedern sich geographisch wie folgt: Im Norden grenzt Homburg an den Landkreis Kusel mit der Stadt Waldmohr, im Nordosten an den Landkreis Kaiserslautern mit der Gemeinde Bruchmühlbach-Miesau, im Osten an den Landkreis Südwestpfalz mit den Gemeinden Bechhofen und Käshofen, sowie im Südosten an die kreisfreie Stadt Zweibrücken.

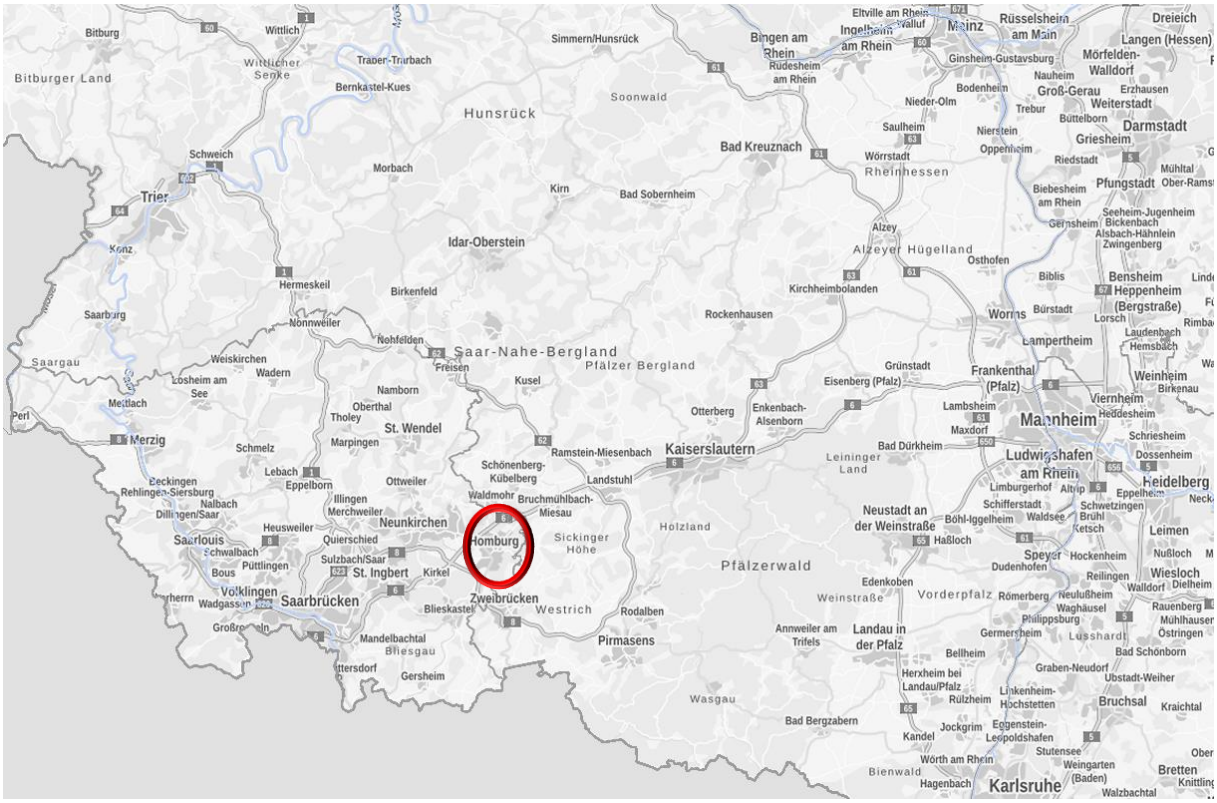


Abbildung 1: großräumige Umgebung der Stadt Homburg[2]

[1] nach: Statistisches Amt des Saarlandes

[2] eigene Darstellung auf Basis von Quellmaterial aus: https://www.landkartenindex.de/

2.1.1 Naturräumliche Situation

Das im Osten des Saarlandes gelegene Homburg grenzt an die Ausläufer des Pfälzerwaldes. Die westlichen Stadtteile Beeden, Schwarzenbach, Wörschweiler, Schwarzenacker, Einöd und Ingweiler liegen im bzw. am Tal der Blies. Die nordwestlichen Teile des Stadtgebiets liegen in der großen Westpfälzischen Moorniederung, die sich über 40 Kilometer von Schwarzenbach bis Kaiserslautern erstreckt. Der zentrale Teil Homburgs gehört zum Naturraum Homburger Becken, der nördliche Teil zum Jägersburger Moor – beides Untereinheiten der St. Ingbert-Kaiserslauterer Senke. Die oberhalb von ca. 260 m ü. NHN gelegenen östlichen Bereiche sind Teil der Sickinger Stufe, einer Untereinheit des Zweibrücker Westrichs.

Der geographisch tiefste Punkt Homburgs mit 218 m ü. NHN befindet sich beim Abfluss der Blies aus dem Homburger Stadtgebiet bei Ingweiler. Die höchste Erhebung ist mit 382 m ü. NHN die Einöder Höhe zwischen Kirrberg und Einöd.

2.1.2 Einwohnerentwicklung

Nach einer langjährig steigenden Einwohnerzahl bis zum Höchstwert im Jahr 2000 sank diese bis zum Jahr 2011 um knapp 11%. Seit 2011 verzeichnet Homburg nahezu gleichbleibende Bevölkerungszahlen.

Etwa 17,1% der 41.811 Einwohner (Stand: Ende 2018) sind unter 20 Jahre alt, 23,3% über 65 Jahre. Das Durchschnittsalter beträgt 45,7 Jahre.[3]

2.1.3 Gebäudestruktur

Laut Zensus 2011 hat Homburg 11.361 Gebäude mit Wohnraum, in denen sich 21.600 Wohnungen befinden. Nach den Gebäudetypen teilen sich diese in 6587 freistehende Häuser, 2583 Doppelhaushälften und 1878 Reihenhäuser auf. 316 sind andere Gebäudetypen.

Ein großer Teil der Gebäude ist in der Nachkriegszeit erbaut worden und somit vor der ersten Wärmeschutzverordnung der Bundesrepublik. Aufgeschlüsselt nach dem Baujahr sind 39 % der Immobilien (1.643 Gebäude) in den Jahren 1949 bis 1978 entstanden, 11,6 % (487 Gebäude) kommen aus der Zeit vor 1919. Insgesamt 363 Gebäude im Bestand sind aus dem Zeitraum 1919-1948, 1.674 Gebäude stammen aus den Jahren 1979 bis 2009. Zwischen 2009 und 2011 sind weitere 46 Gebäude errichtet worden.

[3] Statistisches Amt Saarland, Daten der Bevölkerungsfortschreibung, (Erstellungsdatum: 12.08.2021)

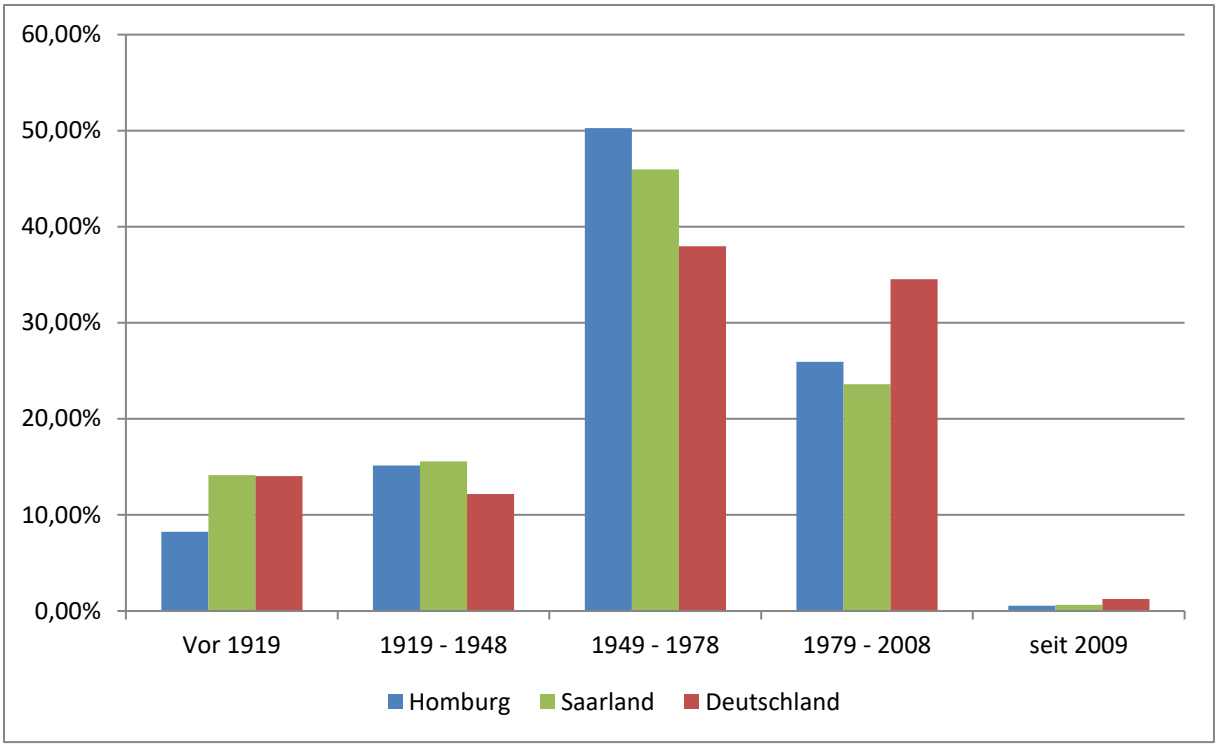


Abbildung 2: Gebäude nach Baujahresklassen

Von den Wohnungen im Stadtgebiet werden 49,6 % vom Eigentümer bewohnt (10.724), 44,3 % zu Wohnzwecken vermietet (9.578) und 1260 Wohnungen, also 3,2 % der Wohnungen, haben Leerstand zu verzeichnen. 36 Wohnungen und damit 0,2 % sind Ferien- und Freizeitwohnungen (vgl. Zensus 2011).

2.1.4 Erwerbstätige und wirtschaftliche Situation

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Homburg lag im Jahr 2018 bei 32.521 und prozentual verteilen sich die Beschäftigten auf die drei Wirtschaftssektoren wie folgt: 0,1 % im primären Sektor, 55,1 % im sekundären Sektor und 44,8 % im tertiären Sektor.[4]

Der Schuldenstand je Einwohner ist in Homburg um knapp 11 % höher als der des Kreises und um 18 % höher als der des Landes. Des Weiteren ist die Gewerbesteuer im Brutto höher als die des Kreises und des Landes.

[4] Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Stand Dezember 2018

2.1.5 Verkehrssituation

Der Kraftfahrzeugbestand der Stadt Homburg beläuft sich insgesamt auf 30.471 Fahrzeuge. Davon sind 26.104 PKW gemeldet.[5] Rein rechnerisch besitzen 75,2% der Haushalte[6] einen PKW.

Homburg ist über das Bundesfernstraßennetz gut angebunden. Über die B423, die von der französischen Grenze bei Saargemünd bis nach Altenglan im rheinland-pfälzischen Landkreis Kusel verläuft, sind die A6 (Anschlussstelle Homburg) und die A8 (Anschlussstelle Einöd) von den zentral gelegenen Homburger Stadtteilen aus erreichbar. Der Flughafen Saarbrücken ist in etwa 30 Minuten erreichbar.

Der Homburger Hauptbahnhof bietet Zugang zu einzelnen ICE- und EC-Fernverkehrszügen am frühen Morgen nach Berlin oder München, sowie Graz und am Abend zurück. Fernbusse verkehren am Vorplatz in Richtung Berlin, Wien oder Paris. Der schienengebundene Nahverkehr erfolgt durch den SÜWEX in Richtung Koblenz, über Saarbrücken und Trier, sowie in Richtung Mannheim, über Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße und – je nach Richtung - als Start- oder Zielbahnhof der Linie 1 der S-Bahn Rhein-Neckar in Richtung Osterburken (Württemberg). Die Verlängerung der Linie 1 über Homburg hinaus mit Halt in den Homburger Stadtteilen Beeden, Schwarzenacker und Einöd bis ins rheinland-pfälzische Zweibrücken ist derzeit in Umsetzung. Mit der in Homburg startenden Regionalbahn in Richtung Illingen erreicht man auch Neunkirchen und mit einem dortigen Umstieg den Regionalexpress in Richtung Mainz und Frankfurt über St. Wendel und das Nahetal. Einöd besitzt bereits heute einen Haltepunkt, an dem Regionalbahnen mit Richtung Saarbrücken oder Pirmasens Hbf halten, wobei morgens eine einzelne umstiegsfreie Fahrt bis Landau Hbf möglich ist.

Im Stadtgebiet Homburg verkehren insgesamt sieben Stadtbuslinien im 30/60 Minutentakt. Die Stadtbusse sind am Hauptbahnhof mit den Regionalbussen nach Kusel, Zweibrücken und Kleinblittersdorf vernetzt.

Im Stadtgebiet befinden sich mehrere Elektroladesäulen verschiedener Anbieter.

[5] Kraftfahrtbundesamt, 2019
[6] eigene Berechnung nach Zensus 2011

2.2 Bereits realisierte Maßnahmen

In Homburg sind bis dato mehrere klimaschutzrelevante Projekte in Teilen oder in Gänze umgesetzt worden. Im Folgenden werden Beispiele aufgeführt.

Die Stadt ist Mitglied im internationalen „Klima-Bündnis“ bestehend aus Kommunen. Dieses engagiert sich etwa mit der Reihe „Stadtradeln“ und der Bilanzierungs-Software „Klimaschutz-Planer“, welche auch im Rahmen der Erstellung dieses Konzeptes Anwendung fand. Weiterhin setzen sich die Mitglieder Klimaschutzziele.

Umgesetzt wurde bereits durch den Stadtrat die Einführung eines Klimaschutzmanagements, zunächst im Erstvorhaben, welches die Erstellung dieses Konzeptes, die Verstetigung eines Klimaschutzmanagements, sowie die Initiierung erster Projekte beinhaltet. Des Weiteren beschloss der Stadtrat „Mehr Klimaschutz in Homburg“ und eine Dienstanweisung „nachhaltige Beschaffung“.

Seit 2016 befindet sich eine Leitstelle zur Energiedatenerfassung für die kommunalen Liegenschaften in Umsetzung.

Die Umstellung des städtischen Fuhrparks auf nachhaltig betriebene Fahrzeuge wurde bereits durch die Anschaffung von sechs dienstlich genutzten, elektrischen PKW und fünf dienstlich genutzten Pedelecs begonnen.

Die städtische Straßenbeleuchtung wurde vollständig auf energiesparende LED-Technik umgerüstet.

Zur Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien wurden sechs kommunale Dächer mit Photovoltaik bestückt und zwei Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung errichtet.

Im Stadtgebiet Homburg befindet sich „Auf der weißen Trisch“ seit 2017 ein Windpark mit vier Windrädern und einer Gesamtleistung von 9,6 MW.

3 Energie- und THG-Bilanzierung (Startbilanz)

Die Web-Applikation „Klimaschutz-Planer“ des Klima-Bündnis‘ wurde angeschafft. Damit ist eine verwaltungsseitige, effiziente Erstellung und Fortschreibung von Energie- und Treibhausgasbilanzen nach BISKO-Standard möglich. Die beschaffenen Daten wurden in die Software eingepflegt und dem externen Dienstleister IfaS des Umwelt-Campus Birkenfeld übergeben, welcher das Klimaschutzmanagement unterstützt.

Um Klimaschutzziele innerhalb eines Betrachtungsraumes quantifizieren zu können, ist es unerlässlich, die Energieversorgung, den Energieverbrauch sowie die unterschiedlichen Energieträger zu bestimmen. Die Analyse bedarf der Berücksichtigung einer fundierten Datengrundlage und muss sich darüber hinaus statistischer Berechnungen bedienen, da derzeit keine vollständige Erfassung der Verbrauchsdaten für die Stadt Homburg vorliegt.

Das Bilanzjahr wurde auf 2019 festgelegt und orientiert sich an der Datenverfügbarkeit der Bilanzierungssoftware Klimaschutz-Planer, die in der vorliegenden Betrachtung für die Erstellung der Energie- und Treibhausgasbilanz genutzt wurde. Die Software Klimaschutz-Planer folgt dem BISKO-Standard und folglich wird als Bilanzierungsmethode das Territorialprinzip angewandt. Beim Territorialprinzip werden alle Energieverbräuche und die damit einhergehenden THG-Emissionen ermittelt, die bei den relevanten Verbrauchergruppen auf dem Territorium des Betrachtungsgebietes entstehen. Die Betrachtung der Energiemengen bezieht sich auf die Form der Endenergie wie beispielsweise Heizöl, Holzpellets und Strom. Die verwendeten Emissionsfaktoren beziehen sich auf die relevanten Treibhausgase CO_2, CH_4 sowie N_2O und werden als CO_2-Äquvivalente (CO_2e) ausgewiesen. Die in Klimaschutz-Planer hinterlegten Emissionsfaktoren stammen größtenteils aus dem Globalen Emissions-Modell integrierter Systeme (GEMIS). Dort wo GEMIS keine entsprechenden Faktoren vorhält, liegen den Emissionsfaktoren Berechnungen des Ifeu-Institutes zugrunde. Alle Faktoren beziehen sich auf den Endenergieverbrauch und berücksichtigen dabei auch die Vorketten, wie z. B. vorgegliederte Prozesse aus der Anlagenproduktion, die Förderung der Rohstoffe, Transport oder Brennstoffbereitstellung. Gemäß dem BISKO-Standard erfolgt keine Witterungskorrektur.

Im Folgenden werden sowohl der Gesamtenergieverbrauch als auch die derzeitigen Energieversorgungsstrukturen der Stadt Homburg für das Betrachtungsjahr 2019 analysiert.

3.1 Analyse des Gesamtenergieverbrauches und der Energieversorgung

Mit dem Ziel, den Energieverbrauch und die damit einhergehenden Treibhausgasemissionen des Betrachtungsgebietes für das Jahr 2019 abzubilden, werden an dieser Stelle die Sektoren Strom, Wärme, Verkehr hinsichtlich ihrer Verbrauchs- und Versorgungsstrukturen analysiert und bewertet. Dabei wird nach unterschiedlichen Verbrauchergruppen differenziert. Entsprechend der Aufteilung in Klimaschutz-Planer werden die Verbrauchergruppen private Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, Industrie, kommunale Liegenschaften und Verkehr unterschieden.

3.1.1 Gesamtstromverbrauch und Stromerzeugung

Die vorliegenden Verbrauchsdaten der Netzbetreiber weisen für die Stadt Homburg einen Gesamtstromverbrauch von rund 474.600 MWh für das Jahr 2019 aus. Eine Verteilung auf die einzelnen Verbrauchssektoren zeigt folgende Abbildung:

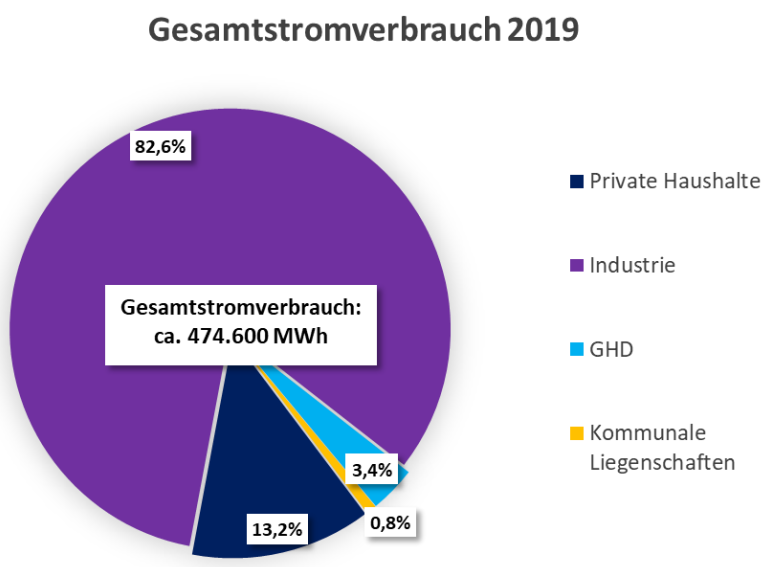


Abbildung 3: Gesamtstromverbrauch 2019 nach stationären Verbrauchssektoren

Mit einem jährlichen Verbrauch von rund 392.000 MWh (Anteil 82,6%) weist der Sektor Industrie den höchsten Stromverbrauch auf. Die Privaten Haushalte stehen mit rund 62.800 MWh an zweiter Stelle, was einem Anteil von 13,2% entspricht. Im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) werden darüber hinaus ca. 16.200 MWh benötigt (Anteil 3,4%). Mit einem Anteil von insgesamt rund 3.600 MWh (0,8%) am Gesamtstromverbrauch stellen die kommunalen Liegenschaften die kleinste Verbrauchergruppe dar.

In der Stadt Homburg wurden 2019 rund 56.600 MWh an regenerativem Strom erzeugt. Die lokale Stromerzeugung ist in erster Linie auf die Nutzung von Windkraft, Photovoltaikanlagen und Biomasse

zurückzuführen. Zusammen machen diese drei Erzeugungsarten 100% der regenerativen Stromerzeugung zu diesem Zeitpunkt aus.

In der Verbandsgemeinde werden knapp 11,8% des Gesamtstromverbrauchs durch regenerative Stromproduktion gedeckt. Damit liegt der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion bei weitem unter dem Bundesdurchschnitt[7] von 41,8% im Jahr 2019. Die folgende Abbildung zeigt den derzeitigen Beitrag der erneuerbaren Energien im Verhältnis zum Gesamtstromverbrauch auf:

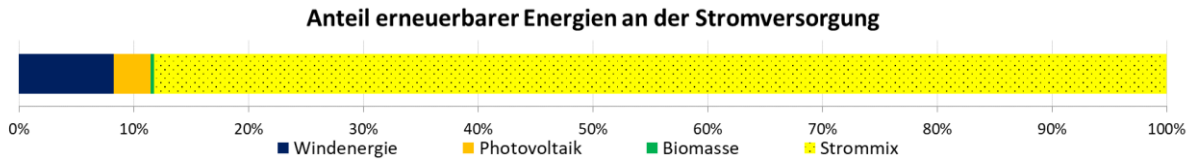


Abbildung 4: Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung[8]

3.1.2 Gesamtwärmeverbrauch und Wärmeerzeugung

Die Ermittlung des Gesamtwärmeverbrauchs des Betrachtungsgebietes stellt sich im Vergleich zur Stromverbrauchsanalyse deutlich schwieriger dar. Neben den konkreten Verbrauchszahlen für leitungsgebundene Wärmeenergie (Erdgas), kann in der Gesamtbetrachtung aufgrund einer komplexen und zum Teil nicht leitungsgebundenen Versorgungsstruktur lediglich eine Annäherung an tatsächliche Verbrauchswerte erfolgen. Der Gesamtwärmeverbrauch setzt sich insgesamt wie folgt zusammen:

- Angaben zu gelieferten Erdgasmengen der Netzbetreiber
- Angaben der Schornsteinfeger zu Feuerstätten sowie Extrapolation des Wärmeverbrauches im privaten Wohngebäudesektor über spezifische Statistiken, zum Beispiel Zensus 2011 und Baufertigstellungsstatistik
- Angaben der Verwaltung zu den kommunalen Liegenschaften
- Statistische Angaben über den Energieverbrauch des verarbeitenden Gewerbes im Betrachtungsgebiet
- Daten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) über geförderte innovative Erneuerbare-Energien-Anlagen

[7] S. BMWi, Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland unter Verwendung aktueller Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat), Stand Sep. 2021, S. 5 https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2020.pdf;jsessionid=ED1DDB17C4990DDE56AC20664A06781B?__blob=publicationFile&v=33

[8] Die Bezeichnung „Strommix“ beinhaltet den bilanziellen Strombezug aus dem Stromnetz, welcher auf dem Bundesweiten Energiemix basiert

- Bundesdurchschnittswerte nach den Vorgaben des Klimaschutz-Planers an den Stellen, an denen keine regionalspezifischen Daten vorliegen

Insgesamt kann so für das Betrachtungsgebiet ein Gesamtwärmeverbrauch von rund 1.227.200 MWh für das Jahr 2019 ermittelt werden. Eine Verteilung auf die einzelnen Verbrauchssektoren zeigt folgende Abbildung:

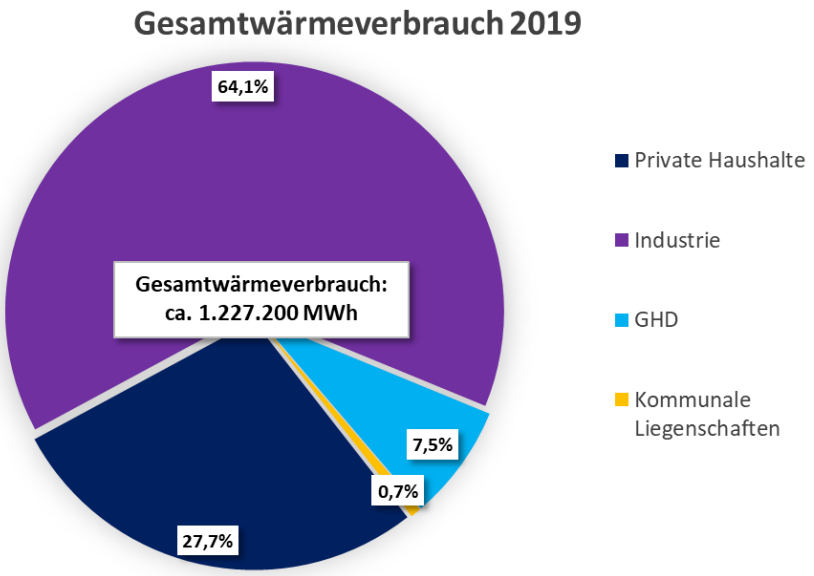


Abbildung 5: Gesamtwärmeverbrauch 2019 nach Verbrauchssektoren

Mit einem jährlichen Anteil von 64,1% des Gesamtwärmeverbrauches (ca. 786.600 MWh), stellt der Sektor Industrie mit Abstand den größten Wärmeverbraucher des Betrachtungsgebietes dar. An zweiter Stelle stehen die privaten Haushalte mit einem Anteil von 27,7% (339.600 MWh), gefolgt von der Verbrauchergruppe GHD, die einen Anteil in Höhe von 7,5% (92.500 MWh) am Gesamtwärmeverbrauch aufweist. Die kommunalen Liegenschaften dagegen haben einen Anteil von 0,7% (8.500 MWh) am Gesamtwärmeverbrauch und stellen somit den kleinsten Verbrauchssektor des Betrachtungsgebietes dar.

Derzeit können etwa 1% des Gesamtwärmeverbrauches über erneuerbare Energieträger abgedeckt werden. Damit liegt der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmebereitstellung deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, der 2019 bei 15,1%9 lag. In der Stadt Homburg beinhaltet der Anteil erneuerbarer Energien im Wärmebereich vor allem die Verwendung von Biomasse, Umweltwärme und Sonnenkollektoren. Die folgende Darstellung zeigt die Verteilung zwischen fossilen und erneuerbaren

[9] S. BMWi, Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland unter Verwendung aktueller Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat), Stand Sep. 2021, S. 5

Energieträgern im Wärmesektor und verdeutlicht noch einmal, dass die aktuelle Wärmeversorgung jedoch überwiegend auf fossilen Energieträgern beruht.

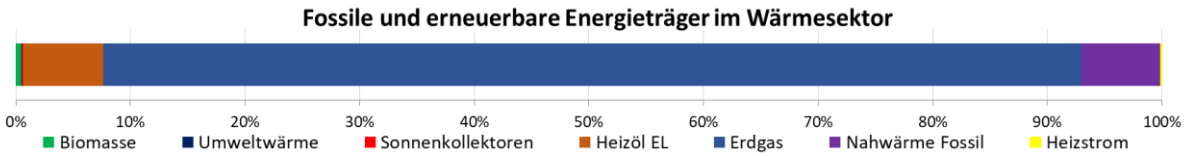


Abbildung 6: Fossile und erneuerbare Energieträger 2019 im Wärmesektor

3.1.3 Energieeinsatz im Sektor Verkehr

Der Energieeinsatz im Verkehrssektor wird entsprechend der vorliegenden Einteilung im Klimaschutz-Planer über die einzelnen Kategorien motorisierter Individualverkehr (MIV) und Güterverkehr auf der Straße, ÖPNV, Schienengüterverkehr & Binnenschifffahrt und kommunaler Fuhrpark bestimmt.

3.1.3.1 MIV und Güterverkehr auf der Straße

Für die Berechnung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und des Güterverkehrs auf der Straße, sind im Bilanzierungstool „Klimaschutz-Planer“ neben dem Fahrzeugbestand an PKW, Zweirädern, leichten Nutzfahrzeugen und LKW die jeweils spezifischen Jahresfahrleistungen und der spezifische Endenergieverbrauchsfaktor relevant. Somit ergibt sich für das Betrachtungsjahr 2019 folgende Abbildung:

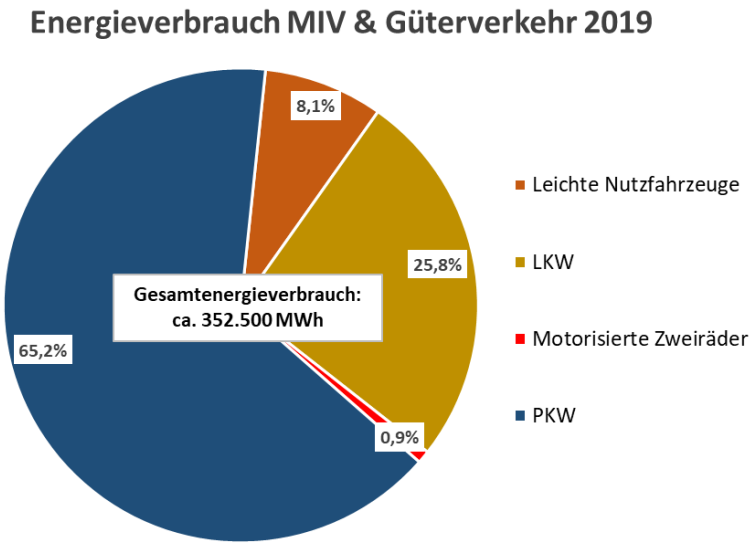


Abbildung 7: Energieverbrauch des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und des Güterverkehrs

In den beiden Kategorien MIV und Güterverkehr auf der Straße sind 2019 im Betrachtungsgebiet insgesamt 30.238 Fahrzeuge zugelassen.[10] Wie obenstehende Grafik zeigt, werden in den beiden

[10] Kraftfahrt-Bundesamt 2020: Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Gemeinden, Flensburg,

genannten Kategorien insgesamt ca. 352.500 MWh Energie verbraucht. Die PKWs haben mit 65,2% den größten Anteil. Mit einem Anteil von 25,8% stehen die LKW an zweiter Stelle, gefolgt von den leichten Nutzfahrzeugen mit einem Anteil von 8,1% und den motorisierten Zweirädern mit 0,9%.

3.1.3.2 ÖPNV

Das Verkehrsmodell im Klimaschutz-Planer weist über hinterlegte Vorgabedaten für den ÖPNV einen Energieverbrauch in Höhe von rund 6.480 MWh aus. Davon entfallen ca. 86% (5.570 MWh) auf den Linienbusverkehr und rund 14% (910 MWh) auf den Reise-/Fernbusverkehr. Diese Werte ergeben sich aus einer Datenerhebung und Auswertung der Fahrpläne aus dem Jahr 2022.

3.1.3.3 Kommunaler Fuhrpark

Eine weitere innerhalb des Verkehrssektors betrachtete Kategorie stellt der kommunale Fuhrpark der Stadt dar. Dieser weist einen Energieverbrauch von 981 MWh für LKW, 730 MWh für leichte Nutzfahrzeuge und 186 MWh für PKW aus. Somit ergibt sich ein Gesamtenergieverbrauch von ca. 1.897 MWh.

3.1.3.4 Zusammenfassung Verkehrssektor

Eine Zusammenfassung aller zuvor betrachteten Kategorien innerhalb des Verkehrssektors führt zu folgendem Ergebnis:

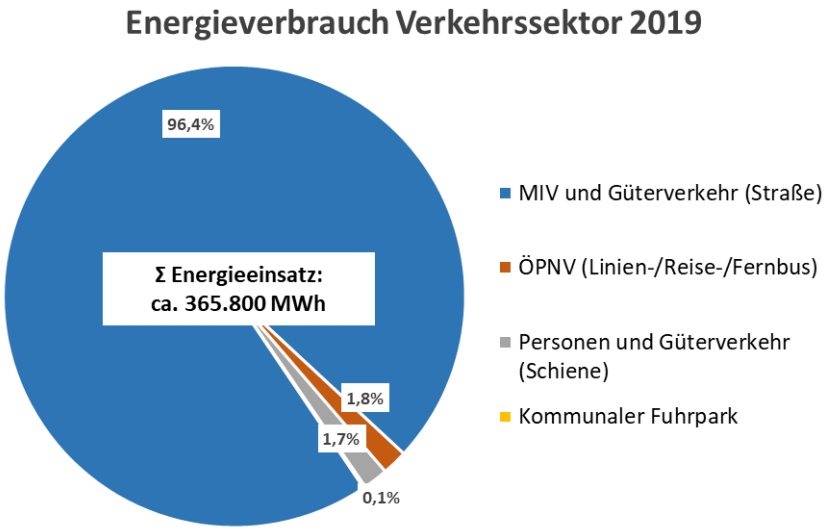


Abbildung 8: Überblick des Energieverbrauchs für den Verkehr 2019 in den betrachteten Kategorien

Der Energieeinsatz, in oben dargestellter Abbildung für das Jahr 2019 über alle Kategorien, beträgt rund 365.800 MWh. Davon entfallen mit großem Abstand rund 96,4% auf den MIV und Güterverkehr auf der Straße, an zweiter Stelle steht der ÖPNV mit einem Anteil von 1,8% und an dritter Stelle mit

https://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/ZulassungsbezirkeGemeinden/zulassungsbezirke_node.html?yearFilter=2020

1,7% der Schienengüter- und Schienenpersonenverkehr. Den geringsten Anteil mit ca. 0,1% hat der kommunale Fuhrpark.

3.1.4 Überblick Gesamtenergieverbrauch – nach Sektoren und Energieträgern

Der Gesamtenergieverbrauch bildet sich aus der Summe der zuvor beschriebenen Teilbereiche Strom, Wärme und Verkehr und beträgt für das Betrachtungsjahr 2019 rund 2.067.200 MWh. Dies entspricht einem Pro-Kopf-Wert von ca. 49 MWh. Eine Verteilung des Gesamtenergieverbrauchs auf die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr sowie die damit einhergehenden Pro-Kopf-Verbräuche ist in nachfolgender Grafik dargestellt:

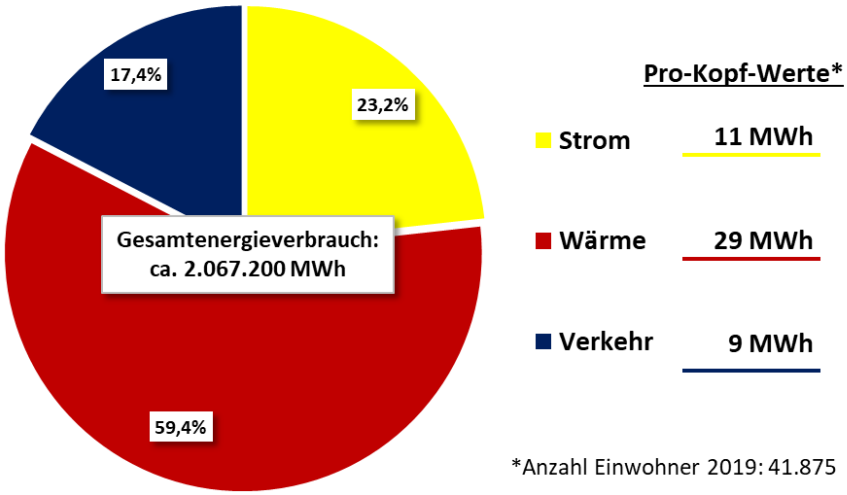


Abbildung 9: Verteilung des Gesamtenergieverbrauchs 2019 auf die Bereiche Strom, Wärme, Verkehr

Obenstehende Abbildung zeigt, dass der Wärmebereich mit 59,4% den größten Anteil am Gesamtenergieverbrauch 2019 hat. Auf den Strombereich entfallen 23,2% und der Verkehrssektor hat mit 17,4% den geringsten Anteil am Gesamtenergieverbrauch. Dementsprechend stellen sich auch die Pro-Kopf-Verbräuche dar. Im Betrachtungsjahr 2019 beträgt der Pro-Kopf-Verbrauch im Bereich Wärme 29 MWh, der Stromverbrauch liegt bei 11 MWh Pro-Kopf und der Energieeinsatz für den Verkehrssektor beträgt Pro-Kopf 9 MWh.

Einen Gesamtüberblick über die derzeitigen Energieverbräuche der einzelnen Verbrauchssektoren stellt Abbildung 10: Energiebilanz der Stadt Homburg 2019 nach Verbrauchssektorendar.

Den größten Energieverbrauch mit ca. 1.178.600 MWh verursacht der Sektor Industrie. Zweitgrößte Verbrauchergruppe sind die Privaten Haushalte mit 402.400 MWh. Hier besteht der größte Handlungsbedarf im stationären Bereich, welcher sich vor allem im Einsparpotenzial der fossilen Wärmeversorgung widerspiegelt. Der Verkehrssektor steht mit einem ermittelten Verbrauch von 365.300 MWh an dritter Stelle. Im Hinblick auf die Verbrauchsgruppen GHD und kommunale Liegenschaften zeigt sich ein Energieverbrauch von 108.700 MWh bzw. 12.100 MWh. Die Stadt

Homburg kann auf diese Verbrauchssektoren einen indirekten Einfluss nehmen, um die Energiebilanz und die damit einhergehenden ökologischen und ökonomischen Effekte zu verbessern.

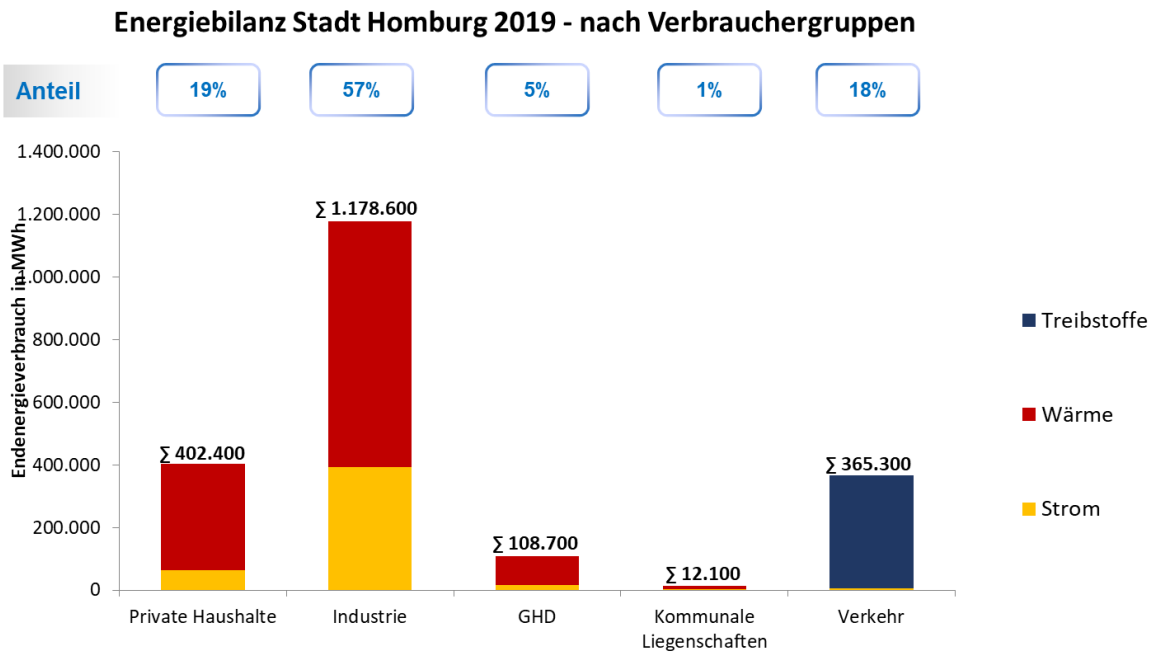


Abbildung 10: Energiebilanz der Stadt Homburg 2019 nach Verbrauchssektoren

Die zusammengefügte Darstellung der Energieverbräuche nach Verbrauchssektoren lässt erste Rückschlüsse über die dringlichsten Handlungssektoren im Betrachtungsgebiet zu. Im derzeitigen Versorgungssystem stellt der Wärmeverbrauch aller stationären Verbrauchergruppen den deutlich größten Anteil an der Energiebilanz dar. Vorherrschend ist dieser durch den Einsatz fossiler Energieträger geprägt.

Durch die Nutzung des Territorialprinzips in der Bilanzierungsmethode werden alle Energieverbräuche der relevanten Verbrauchergruppen erfasst, die auf dem Territorium des Betrachtungsgebietes anfallen. Für den Verkehrssektor fallen in der Stadt Homburg eine Bundesstraße (B423) sowie die Autobahnen A6 und A8 in die Systemgrenze hinein. Diese erhöhen den Pendlerverkehr stark und somit auch die bilanzierten Energieverbräuche.

3.2 Treibhausgasemissionen

Mit den in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich erläuterten Endenergieverbräuchen aller betrachteten Verbrauchergruppen sind unterschiedliche Klimawirkungen verbunden, die im Folgenden über den Indikator der THG-Emissionen dargestellt werden. Die Summe der verursachten THG-Emissionen in den betrachteten Verbrauchergruppen ist immer abhängig von den eingesetzten Energieträgern, da jeder Energieträger eine unterschiedliche Emissionsintensität aufweist. So beträgt zum Beispiel der CO_2e-Faktor für Strom 478 g/kWh, während der CO_2e-Faktor für Heizöl bei 318 g/kWh und für Erdgas bei 247 g/kWh liegt.[11] Die Emissionsfaktoren verdeutlichen, dass der Strombereich im Vergleich zum Wärmebereich deutlich emissionsintensiver ist. Trotz seines geringeren Anteils am Gesamtenergieverbrauch hat der Strombereich hinsichtlich seiner Klimawirkung deshalb ein großes Potenzial, zum Klimaschutz beizutragen.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Energiebilanz wurden im Folgenden die damit einhergehenden THG-Emissionen ermittelt, in dem jeweils der spezifische Emissionsfaktor je eingesetztem Energieträger zu Grunde gelegt wurden. Ziel der Energie- und THG-Bilanz ist es, spezifische Referenzwerte für zukünftige THG-Emissionsminderungsprogramme zu erheben. In der vorliegenden Bilanz wurden, auf Grundlage der zuvor erläuterten Verbräuche, die THG-Emissionen in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr für die einzelnen Verbrauchssektoren quantifiziert. Für das Betrachtungsjahr 2019 wurden demnach THG-Emissionen in Höhe von rund 653.100 t CO_2e für die Stadt Homburg errechnet. Eine prozentuale Verteilung der THG-Emissionen nach Verbrauchergruppen ist in folgender Grafik dargestellt:

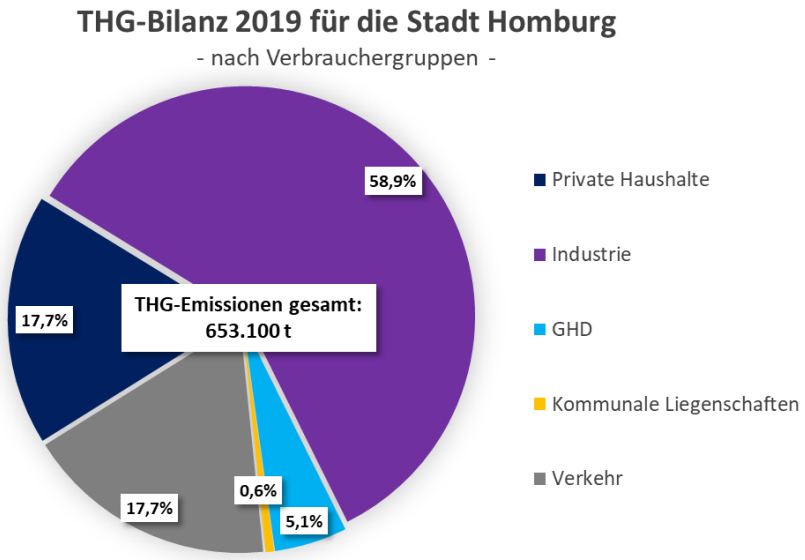


Abbildung 11: Verteilung der gesamten THG-Emissionen nach Verbrauchergruppen

[11] Emissionsfaktoren aus Klimaschutz-Planer unter Verweis auf BISKO IFEU

Die THG-Emissionen werden zu 58,9% durch die Industrie, zu 17,7% durch den Verkehrssektor und zu 17,7% durch die privaten Haushalte verursacht. Die Verbrauchergruppe GHD ist für 5,1% der Gesamtemissionen verantwortlich und die kommunalen Liegenschaften verursachen in der Gesamtbetrachtung die geringsten THG-Emissionen mit einem Anteil von 0,6%.

Bezogen auf aktuell 41.875 Einwohner (2019) im Betrachtungsgebiet ergeben sich durchschnittliche Pro-Kopf-Emissionen in Höhe von rund 15,6 t CO_2e.

Die folgende Darstellung bietet einen Gesamtüberblick der THG-Emissionen je Verbrauchssektor, unterteilt nach den Emissionsquellen Strom, Wärme und Treibstoffe, welche für das Jahr 2019 errechnet wurden.

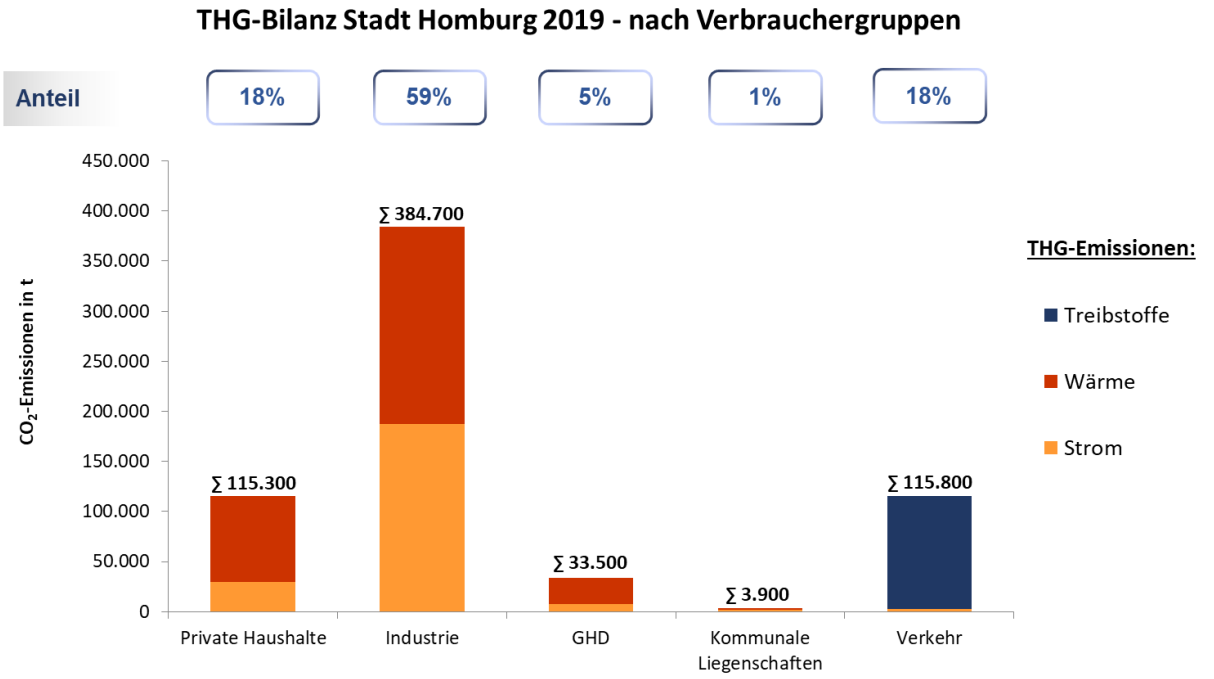


Abbildung 12: THG-Bilanz der Stadt Homburg 2019 nach Verbrauchssektoren

Obenstehende Abbildung verdeutlicht die hohen Emissionen in der Industrie, gefolgt von dem Verkehrssektor, den privaten Haushalten und GHD. Es ist zu erkennen, dass der Wärmebedarf der Industrie die meisten Emissionen verursacht. Der Wärmebereich in den Sektoren Private Haushalte, GHD und kommunale Liegenschaften ist nach dem Strombedarf Industrie für die meisten THG-Emissionen verantwortlich. Es ist weiterhin zu erkennen, dass die Treibstoffe aus dem Verkehrssektor einen großen Anteil an der THG-Bilanz ausmachen.

Eine Verteilung der verursachten THG-Emissionen insgesamt anhand ihrer Emissionsquellen Strom, Wärme und Treibstoffe zeigt folgende Abbildung:

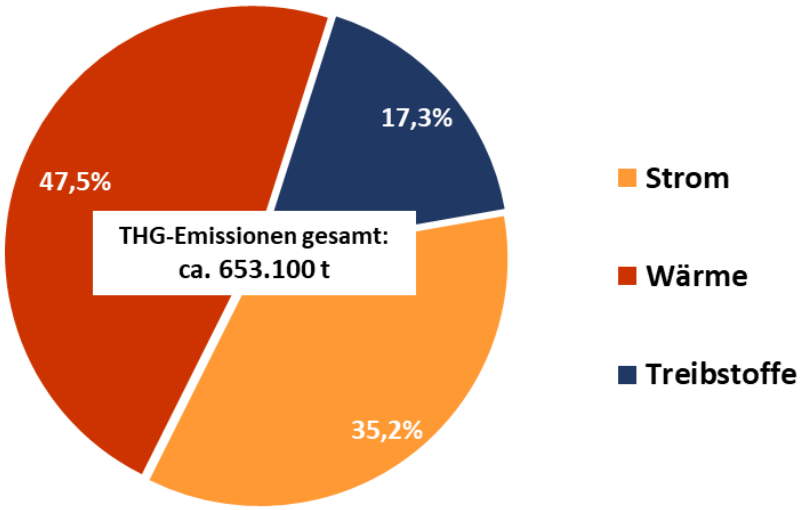


Abbildung 13: Verteilung der THG-Bilanz 2019 für die Stadt Homburg nach Emissionsquellen

Demnach ist der Wärmebereich insgesamt für 47,5% der gesamten THG-Emissionen verantwortlich. Der Stromverbrauch trägt zu 35,2% der verursachten THG-Emissionen bei. Der Treibstoffverbrauch im Verkehrssektor verursacht 17,3% der Gesamtemissionen im Betrachtungsgebiet.

4 Wirtschaftliche Auswirkungen der Energieversorgung

Nachfolgend werden in der untenstehenden Grafik die Kosten der Energieversorgung im Status Quo (2019) für die Stadt Homburg dargestellt, unterteilt nach den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr:

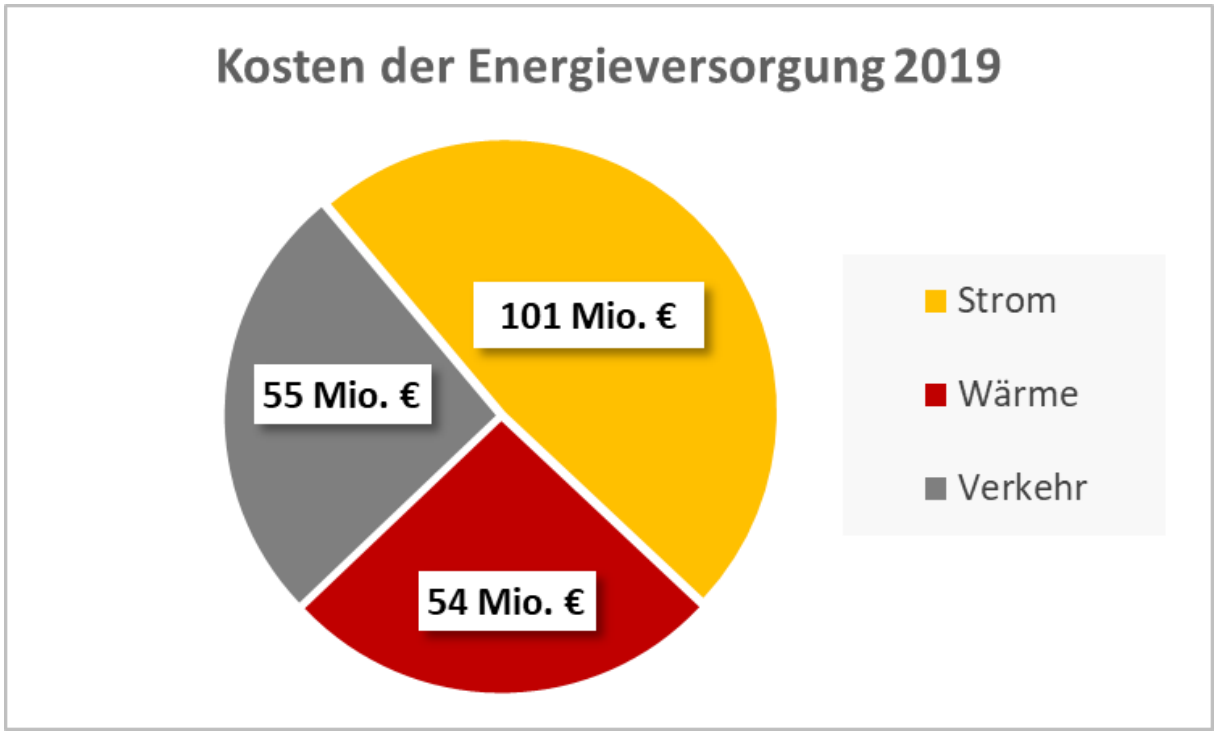


Abbildung 14: Kosten der Energieversorgung 2019 in der Stadt Homburg

In der Stadt Homburg müssen aktuell Ausgaben für die Energieversorgung in Höhe von rund 210 Mio. € pro Jahr aufgewendet werden. Davon entfallen rund 101 Mio. € auf Strom, ca. 54 Mio. € auf Wärme und rund 55 Mio. € auf Treibstoffe.[12] Die Energieversorgung weist im Betrachtungsjahr 2019 eine überwiegend fossil geprägte Struktur auf. Gerade durch die Nutzung fossiler Energieträger fließen Finanzmittel außerhalb der Stadtgrenzen und sogar außerhalb der Bundesrepublik in externe Wirtschaftskreisläufe ein und stehen vor Ort nicht mehr zur Verfügung. Durch den Einsatz von regional erzeugten Erneuerbaren Energien und der Umsetzung von Effizienzmaßnahmen kann diesem Effekt entgegengewirkt werden. Folglich kann durch die Aktivierung lokaler Potenziale und die Investition in Erneuerbare Energien und Energieeffizienzmaßnahmen ein Teil der jährlichen Ausgaben in lokalen Wirtschaftskreisläufen gebunden werden.

[12] Jährliche Verbrauchskosten im Strom-, Wärme und Verkehrsbereich nach aktuellen Marktpreisen (vgl. Anhang).

4.1 Preisliche Auswirkungen der CO2-Bepreisung nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ab 2021

Die Nutzung erdölbasierter Brennstoffe, wie z. B. Erdgas, Kohle oder Heizöl, hat starke Auswirkungen auf die Umwelt. Aus diesem Grund gilt es Anreize zu schaffen, um den Verbrauch fossiler Energieträger zu verringern und eine Lenkungswirkung hin zu umweltfreundlicheren Energieformen und Produkten auszulösen.

Das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ist damit einhergehend als Bestandteil des im September 2019 veröffentlichten „Klimaschutzpaketes“ der Bundesregierung am 20.12.2019 in Kraft getreten. Damit wurden die ambitionierten Klimaschutzziele, denen sich Deutschland verpflichtet hat, gesetzlich verankert. Das BEHG ist die Grundlage für den nationalen Zertifikatshandel für Emissionen aus fossilen Brennstoffen. Es verpflichtet die Inverkehrbringer von Brennstoffen ab dem 1. Januar 2021 dazu CO2-Emissionszertifikate zu erwerben.

In den Jahren 2021 bis 2025 werden die CO2-Zertifikate zum Festpreis gehandelt, danach gilt für das Jahr 2026 ein Preiskorridor, der ab 2027 entfällt, so dass die Zertifikate dann einer freien Preisfindung am Markt unterliegen. Die Zertifikatspreise in Euro pro Tonne CO2 ergeben sich aus dem im Dezember 2019 in Kraft getretenen BEHG bzw. seinem ersten Änderungsgesetz von November 2020. Die dort festgelegten Preise stellen sich wie folgt dar.[13]

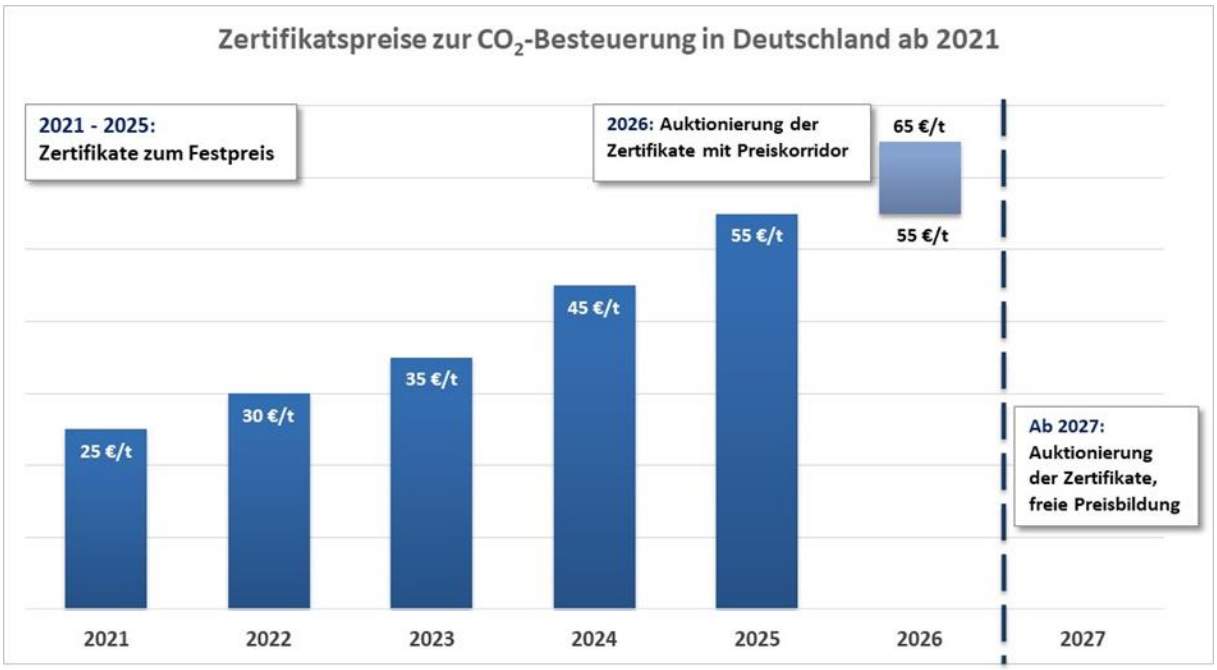


Abbildung 15: Zertifikatspreise zur CO_2-Besteuerung in Deutschland ab 2021 nach dem BEHG

[13] Vgl. Bundesministerium der Justiz 2022: BEHG §10.

Wie die obenstehende Abbildung zeigt, wird ab dem Jahr 2021 ein Preis von 25 € pro Tonne CO2 erhoben. Bis 2025 wird der Preis dann schrittweise auf 55 € pro Tonne CO2 angehoben. Ab dem Jahr 2026 gilt ein Preiskorridor, bei dem ein Deckel von maximal 65 € pro Tonne CO2 geplant ist. Ab dem Jahr 2027 sollen die Zertifikate dann einer freien Preisfindung am Markt unterliegen.

Vor dem Hintergrund der Anfang 2021 eingeführten CO2-Bepreisung für fossile Brennstoffe werden im Folgenden die Auswirkungen auf die Energieversorgungskosten des Betrachtungsgebietes dargestellt. Dies erfolgt auf Grundlage der der zuvor berechneten Kosten für die Energieversorgung 2019 der Stadt Homburg. Die nachfolgende Grafik fasst die Effekte zusammen:

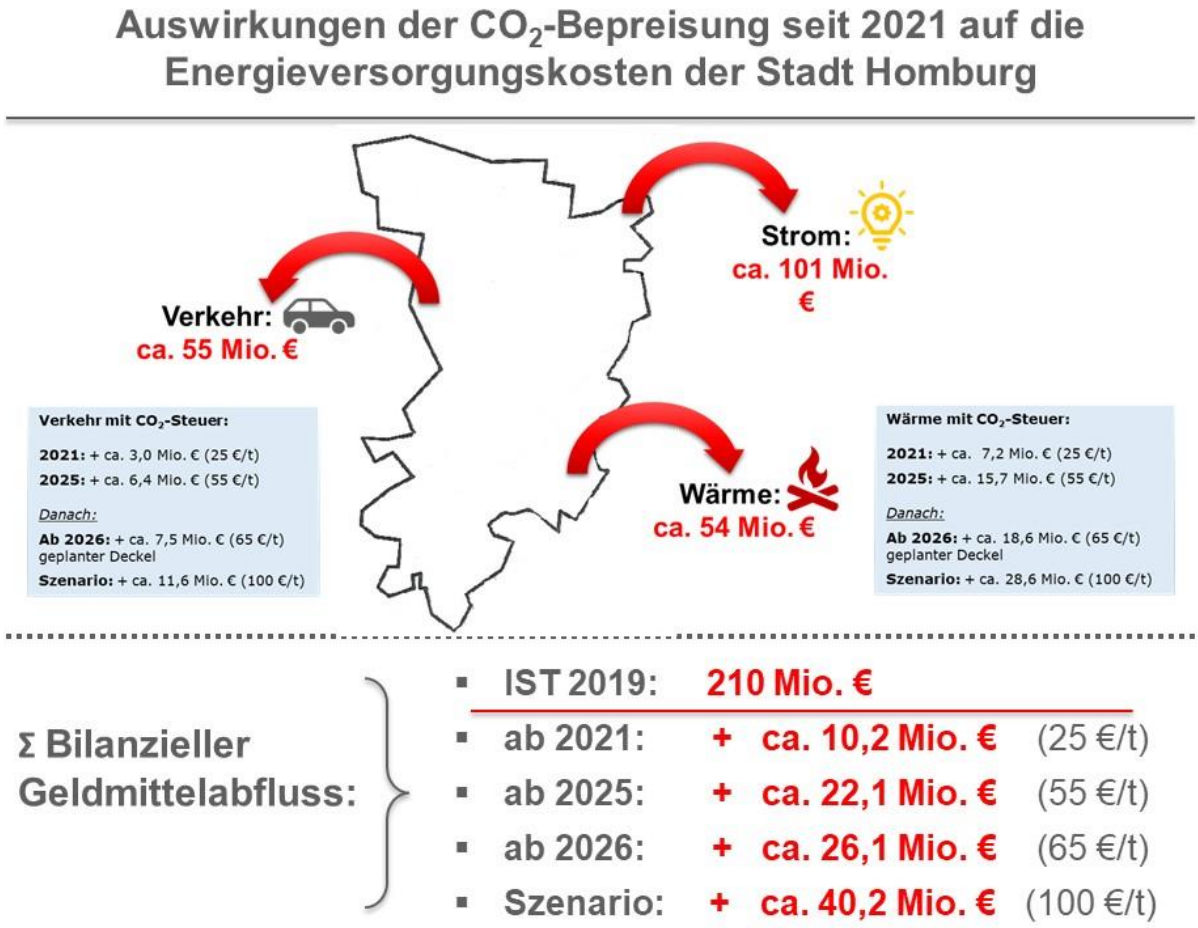


Abbildung 16: Effekte durch die CO_2-Bepreisung in der Stadt Homburg

Obenstehende Abbildung verdeutlicht, dass das Betrachtungsgebiet mit der Einführung der CO2-Bepreisung ab dem Jahr 2021 mit einem erheblichen, kostenseitigen Mehraufwand im Gebäude- und Verkehrssektor rechnen muss.

Durch die Umsetzung von klimaentlastenden Maßnahmen, wie z. B. Effizienzmaßnahmen im Gebäudebestand, Austausch fossiler Energiesysteme und dem Einsatz von regional erzeugter

Erneuerbarer Energie sowie dem vermehrten Einsatz alternativer Antriebstechnologien im Mobilitätssektor, kann das Betrachtungsgebiet diesen Mehraufwand reduzieren.

4.2 Bewertung von Klimaschutzmaßnahmen mittels des Indikators der Regionalen Wertschöpfung

Zentrale Begrifflichkeit ist in vorliegender Studie die „regionale Wertschöpfung“ als ökonomisch quantifizierbare Kennzahl zur Berechnung des regionalen (Mehr-)Wertes, der mit Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz einhergeht. Entsprechend der Bedeutung von Wertschöpfung als allgemeines Ziel unternehmerischen Handelns, geht es hierbei nicht nur darum, höhere Werte aus der Transformation von Inputs in Outputs zu generieren. Vielmehr wird der regionale Bezug aller durch die Investitionen ausgelösten Finanzströme in den einzelnen Stufen der Wertschöpfungskette in den Vordergrund gerückt und bewertet. Regionale Wertschöpfung wird folglich als ökonomischer Kennwert in Euro (€) ausdrückbar. Darüber hinaus kann die regionale Wertschöpfung als politische Argumentationsgrundlage genutzt werden, um Wirtschaftsförderungsstrategien auf lokaler Ebene zu entwickeln und umzusetzen. Schon heute bietet die regionale Wertschöpfung vielfältige Chancen zur Mobilisierung und Optimierung ungenutzter Potenziale beim Ausbau Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. Die Umsetzung auf regionaler Ebene liefert nicht nur lokale Erfolge, sondern kann auch maßgeblich zur Erreichung der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele beitragen sowie damit verbunden Innovation und Beschäftigung auslösen.

Der Indikator „regionale Wertschöpfung“ ist definiert als die Summe aller zusätzlichen Werte, die in einer Region / einem räumlich abgegrenzten Gebiet innerhalb eines bestimmten Zeitraumes entstehen. Der Begriff „Wert“ kann hierbei eine subjektiv unterschiedliche Bedeutung erfahren, d. h. er kann ökonomisch, ökologisch und soziokulturell verstanden werden. Im Kontext der vorliegenden Studie liegt der Schwerpunkt auf der ökonomischen Bewertung der Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. Regionale Wertschöpfung bildet an dieser Stelle den Indikator zur Quantifizierung ökonomischer Effekte, d. h. sie bewertet die Schaffung von monetären Werten im Betrachtungsgebiet. Hierbei handelt es sich um die generierten Geldwerte (€), welche durch den Ausbau EE und Energieeffizienz in der Region verbleiben. Gerade die konsequente Berücksichtigung regionaler Wertschöpfungsaspekte in allen Stufen der Wertschöpfungskette bietet ein erhebliches Einnahme- und Beschäftigungspotenzial.

Die Notwendigkeit zur Steuerung und damit zum Verbleib der Wertschöpfung vor Ort ergibt sich u. a. aufgrund der Tatsache, dass der Zubau Erneuerbarer Energien, oftmals in der Kritik steht, da ein ungesteuerter Zuwachs zu ökonomischen, ökologischen und technischen Herausforderungen, einhergehend mit Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung, führen kann. Die Raumplanung, Investoren, Anlagenbetreiber sowie die Betreiber der Verteilernetze agieren oft sehr unabhängig

voneinander, da sie zum Teil sehr unterschiedliche Interessen verfolgen. Des Weiteren stoßen Kommunen oft an ihre Grenzen, wenn es um die Regelung überregionaler Belange geht. Gerade im Bereich der Finanzierung, des Anlagenbetriebs und des Netzmanagements herrschen meist unterschiedliche Interessenlagen vor. So stellt die unregelmäßige Erzeugung großer Mengen erneuerbaren Stroms eine große Herausforderung für das Lastmanagement und damit für die Netzbetreiber dar. Für die Kommunen und die Bevölkerung hingegen stehen die regionale Wertschöpfung und die Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund.

Sinnvoll sind an dieser Stelle ein ganzheitliches, ressortübergreifendes Denken und Handeln auf regionaler Ebene bzw. Landesebene unter Einbindung teils divergierender, kommunaler Interessen zu initiieren. Für einen effizienten und von der Bevölkerung mitgetragenen Einsatz von EE braucht es eine bessere Vernetzung der Akteure auf allen relevanten Ebenen. Vor diesem Hintergrund sind Handlungsoptionen gefragt, die eine stärkere Steuerung der regionalökonomischen Effekte sowohl auf regionaler Ebene als auch auf Landesebene zulassen. Der Bewertungsansatz der regionalen Wertschöpfung bietet hierbei die Chance für eine breite und faire Berücksichtigung von Interessen, mehr Teilhabe und einen gerechteren Ausgleich zwischen positiven und negativen Effekten innerhalb einer Region. So können Vorteile (z. B. Gewinne aus Anlagenbeteiligung) auf eine breite Bevölkerungsschicht verteilt und Nachteile (z. B. durch Windräder in der Nähe von Wohnbebauungen) im Konsens mit der Bevölkerung verringert bzw. kompensiert werden. Durch ein frühzeitiges Eingreifen bzw. eine gezielte Steuerung gewisser Handlungsoptionen, kann nicht nur die regionale Wertschöpfung, sondern auch die Zukunftsfähigkeit und die Lebensqualität für die gesamte Region gesteigert werden. Eine gerechte Verteilung der Effekte schafft überdies die für eine hohe Lebensqualität notwendige Akzeptanz der EE-Anlagen innerhalb der Bevölkerung.

Die Umsetzung und Steuerung regionaler Wertschöpfung kann nur durch die Einbindung möglichst vieler lokaler Akteure (z. B. öffentliche Verwaltung, Energieversorger, Anlagenbetreiber, Flächeneigentümer, Handwerker, lokale Dienstleister, KMU, Finanzinstitute, Bürgerinitiativen) erfolgreich sein. Die unterschiedlichen Akteure sollen dahingehend kooperieren, dass Aktivitäten im Bereich Ausbau EE im Gesamtsystem „Kommune/Region/Land“ möglichst effizient, wirtschaftlich, emissionsarm und sozial verträglich sind.

Regionale Wertschöpfung stellt somit ein geeignetes Instrument dar, den Ausbau Erneuerbaren Energien vor dem Hintergrund Klimaschutz und Nachhaltigkeit als echte Handlungsoption zur lokalen Wirtschaftsförderung (re-)finanzierbar, technisch und administrativ möglich, sowie sozial und politisch akzeptabel zu präsentieren.

4.3 Regionale Wertschöpfung im Status Quo (2019)

Im Folgenden wird eine Quantifizierung der regionalen Wertschöpfung durch den Ausbau EE und die Umsetzung von Energieeffizienz für die Stadt Homburg vorgenommen. Angewendet wird dabei ein am IfaS entwickeltes, dynamisches Berechnungsmodell. Die Stadt Homburg mit ihren administrativen Gebietsgrenzen definiert bei der Betrachtung die räumlichen Systemgrenzen. Die inhaltlichen Systemgrenzen zur Quantifizierung der RWS sind so festgelegt, dass die Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz die Ausgangsbasis zur Schaffung eines regionalen Mehrwertes bilden. Regionale Wertschöpfung entsteht dabei z. B. durch die Beschäftigung von Mitarbeitern, Leistungsbezug von regionalen Handwerkern / Dienstleistern, die Einbindung lokaler Banken, Realisierung von Gewinnen für ortsansässige Betreiber / Investoren / Eigentümer, Steuerzahlungen in die Region, Pachtzahlungen an die Flächeneigentümer. Dabei gilt allgemein, dass regionale Wertschöpfung ausschließlich von lokal und regional ansässigen Akteuren gebunden werden kann.

Auf Basis der zuvor genannten räumlichen und inhaltlichen Systemgrenzen wird die konkrete Berechnung der regionalen Wertschöpfung durch den Ausbau Erneuerbarer Energien und Umsetzung von Energieeffizienz abgebildet. Der Berechnung liegt eine betriebswirtschaftliche Standard-Methode zugrunde. Hierbei handelt es sich um die sogenannte Nettobarwertmethode.[14] Diese Methode erlaubt die Berechnung der regionalen Wertschöpfung als absolute Kennzahl (in €), auch vor dem Hintergrund einer Betrachtung über mehrere Jahre und unter Berücksichtigung dynamischer Entwicklungen, wie beispielweise Preissteigerungen, Inflation oder dynamischen Finanzierungsmodellen.

Bei der Betrachtung werden alle ausgelösten Investitionen und damit verbundene Erlöse und Kosten im Bereich der stationären Energieerzeugung sowie aus der Umsetzung von Energie-effizienzmaßnahmen dargestellt. Es wird aus ökonomischer Sicht abgeschätzt, inwiefern es lohnend erscheint, die derzeitigen Energiesysteme auf eine regenerative Energieversorgung umzustellen. Zuletzt werden aus den Nettobarwerten aller ermittelten Einnahme- und Kostenpositionen die Anteile abgeleitet, die in geschlossenen Kreisläufen in der Stadt Homburg als regionale Wertschöpfung gebunden werden können.

Bezugnehmend auf die dargestellte Situation zur Energieversorgung und -erzeugung, wurden in der Stadt Homburg zum Jahr 2019 durch den Ausbau Erneuerbarer Energien rund 52 Mio. € an Investitionen ausgelöst. Davon sind rund 49 Mio. € dem Bereich Stromerzeugung, ca. 2 Mio. € der

[14] Der Nettobarwert ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl der dynamischen Investitionsrechnung. Durch Abzinsung auf den Beginn der Investition werden Zahlungen vergleichbar gemacht, die innerhalb des Betrachtungszeitraumes zu unterschiedlichen Zeitpunkten anfallen.

Wärmegestehung[15] sowie rund 0,8 Mio. € der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme zuzuordnen. Einhergehend mit diesen Investitionen sowie durch den Betrieb der Anlagen entstehen Gesamtkosten in Höhe von ca. 81 Mio. €.

Einnahmen und Kosteneinsparungen von rund 84 Mio. € stehen diesem Kostenblock gegenüber. Die aus allen Investitionen, Kosten und Einnahmen abgeleitete regionale Wertschöpfung liegt, durch den bis 2019 installierten Anlagenbestand, bei rund 27 Mio. €.[16] Die Wertschöpfung im Status Quo wird vornehmlich durch den Strombereich ausgelöst.[17]

Das Ergebnis für das Betrachtungsjahr 2019 zeigt nachstehende Abbildung:

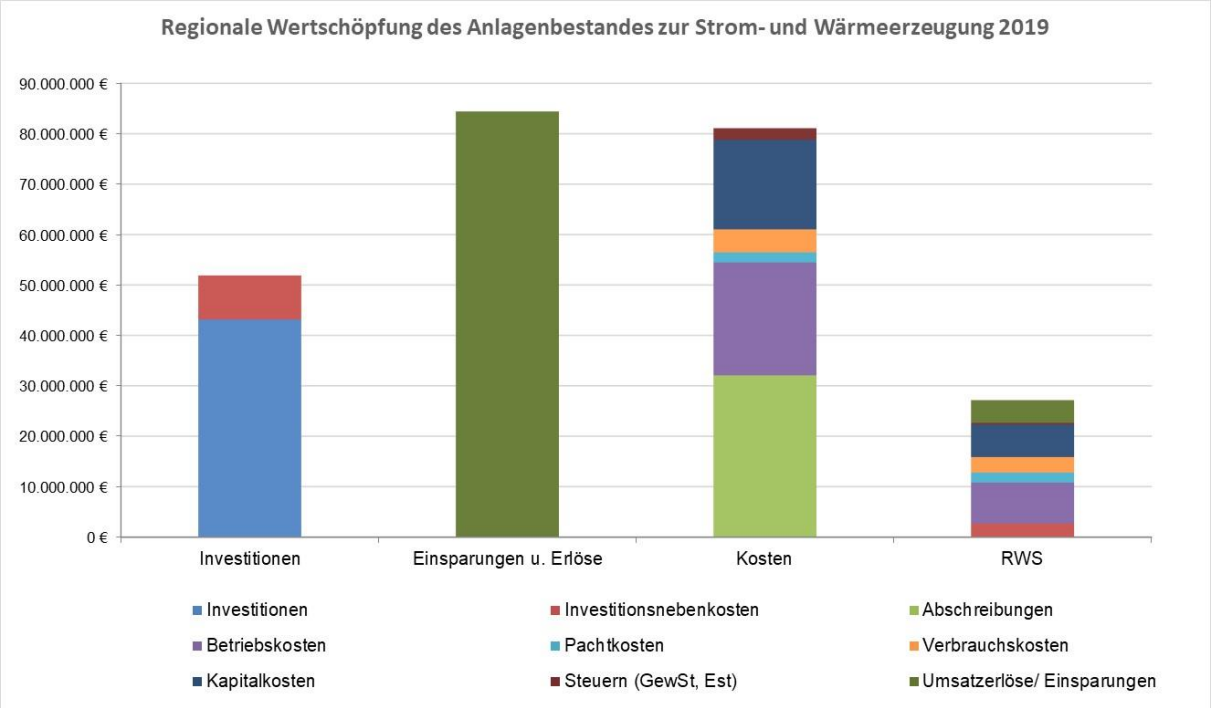


Abbildung 17: Regionale Wertschöpfung des Anlagenbestandes zur Erzeugung Erneuerbarer Energie im Status Quo (2019)

Hinsichtlich der daraus abgeleiteten Wertschöpfung ergibt sich der größte Beitrag aus den Betriebskosten. Unter den Betriebskosten werden u. a. Leistungen der Installation, Instandhaltung und Wartung von Erneuerbaren Energien-Anlagen subsumiert. Danach folgen die Kapitalkosten durch die Finanzierung der Erneuerbaren-Energien-Anlagen. Weitere wichtige Wertschöpfungspositionen bilden die Betreibergewinne (Einnahmen durch den Betrieb der Erneuerbaren-Energien-Anlagen), die Verbrauchskosten durch die Nutzung heimischer Energieträger sowie die Investitionsneben- (z. B.

[15] Bei der Wärmegestehung erfolgt stets eine Gegenrechnung der regenerativen mit den fossilen Systemen, beispielsweise bei den Holzheizungen. Folglich werden nur die reinen Nettoeffekte, d. h. der ökonomische Mehraufwand für das regenerative System abgebildet.

[16] Hier werden alle mit dem Anlagenbetrieb einhergehenden Einnahmen und Kosteneinsparungen über die spezifische Nutzungsdauer je Technologie berücksichtigt.

[17] Die Berechnung der Wertschöpfungseffekte im Status Quo wird von den definierten Szenarien nicht beeinflusst.

Planung, Montage, Aufbau) und die Pachtkosten (z. B. Pacht zur Bereitstellung von Flächen). Die Steuer(mehr)einnahmen stellen nur einen kleinen Anteil der Wertschöpfung dar. Die Wertschöpfung im Status Quo entfällt hauptsächlich auf dem Strombereich.

Die Ermittlung der regionalen Wertschöpfung durch Erschließen von Energieeffizienzpotenzialen bleibt für die IST-Analyse unberücksichtigt, da entsprechende Daten nicht vorliegen. Auf Annahmen wurde im Status Quo (2019) verzichtet, sodass für alle Sektoren die Wertschöpfung im Effizienzbereich mit 0 € angesetzt wurde.

5 Potenziale zur Energieeinsparung und –effizienz

Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Energiewende ist die deutliche Verbesserung der Energieeinsparung und -effizienz. Denn für die vollständige Deckung der Energiebedarfe der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr in den Energieszenarien (vgl. Kapitel 7.1) ist die Reduzierung des Energieverbrauchs eine zentrale Voraussetzung.

Die verbrauchergruppenspezifischen Einsparpotenziale zur Verbrauchsreduktion in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr wurden über Studien, wie z. B. „Modell Deutschland Klimaschutz bis 2050“[18] des WWF und „Klimaneutrales Deutschland 2045“[19] von Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut ermittelt.

Letztlich wurden zur Ermittlung der Einspar- und Effizienzpotenziale in der Stadt Homburg nachstehenden Annahmen festgelegt:

Tabelle 1: Einsparpotenziale der einzelnen Verbrauchergruppen bis zum Jahr 2045

Energieeffizienz	Einsparung [2030 vs. Status Quo]	Einsparung [2040 vs. Status Quo]	Einsparung [2045 vs. Status Quo]
Private Haushalte	**-10%**	**-21%**	**-31%**
davon Wärme	-11%	-23%	-33%
davon Strom	-7%	-13%	-21%
GHD	**-13%**	**-33%**	**-39%**
davon Wärme	-15%	-37%	-44%
davon Strom	-1%	-8%	-8%
Industrie	**-10%**	**-17%**	**-19%**
davon Wärme	-9%	-22%	-27%
davon Strom	-13%	-8%	-2%
Liegenschaften	**-10%**	**-24%**	**-31%**
davon Wärme	-13%	-30%	-38%
davon Strom	-4%	-10%	-15%
Mobilität			
Kraftstoffeinsatz	-28%	-54%	-65%

Eine Erläuterung zu den oben gezeigten verbraucherspezifischen Reduktionspotenzialen wird im Folgenden vorgenommen.

[18] Vgl. WWF. 2009, Modell Deutschland Klimaschutz bis 2050, Berlin, WWF Deutschland

[19] Vgl. Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut 2021, Klimaneutrales Deutschland 2045: Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann, Zusammenfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende

5.1 Energieeffizienzpotenziale der privaten Haushalte

In der Stadt Homburg befinden sich im Basisjahr 2019 (Status Quo) 11.277 Wohngebäude.[20] Die Wohngebäudestruktur teilt sich dabei in 65 % Einfamilienhäuser, 23 % Zweifamilienhäuser und 12 % Mehrfamilienhäuser. Je nach Baualtersklasse und Nutzerverhalten weisen die Gebäude einen differenzierten Strom- und Heizwärmebedarf (HWB) auf.

In der folgenden Abbildung werden beispielhaft die möglichen Wärmeverluste eines unsanierten Wohngebäudes aufgezeigt:

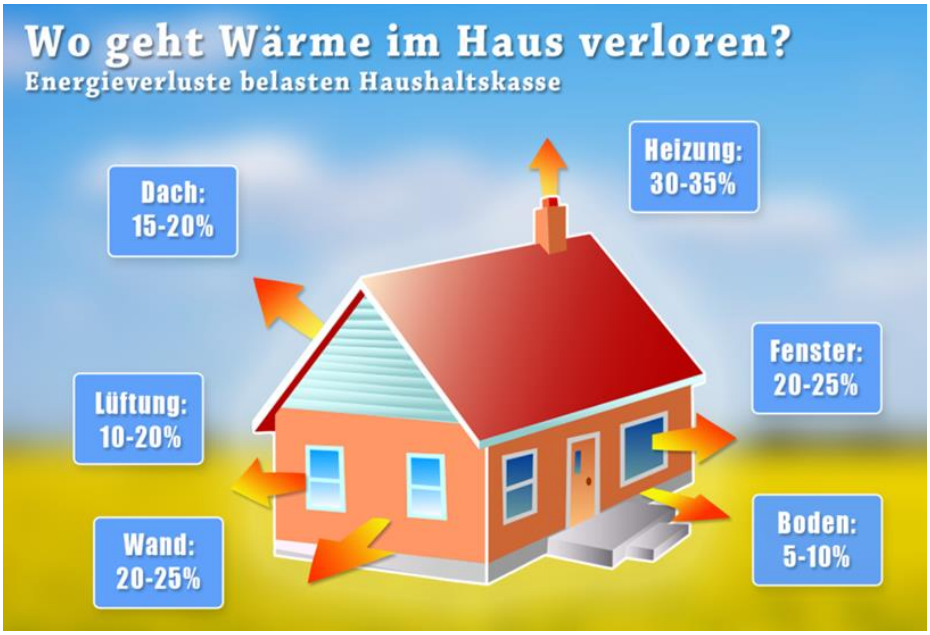


Abbildung 18: Energieverluste bei der Wärmeversorgung bestehender Wohngebäude[21]

Eine Studie des IWU zeigt deutschlandweit das enorme Sanierungsdefizit der Ein- und Zweifamilienhäuser auf, die vor 1978 errichtet wurden. Demnach sind erst bei 35,1 % der Gebäude die Außenwände, bei 59,1 % die oberste Geschossdecke bzw. die Dachfläche, bei 16,3 % die Kellergeschossdecke und erst bei ca. 10 % der Gebäude die Fenster nachträglich gedämmt bzw. ausgetauscht worden.[22] Der Heizwärmebedarf kann durch energetische Sanierungsmaßnahmen und den Einsatz von effizienter Heizungstechnik, wie in der vorangegangenen Grafik abgebildet, stark reduziert werden.

Im Wärmebereich wurde für die privaten Haushalte im Basisjahr 2019 ein Gesamtwärmebedarf in Höhe von rund 339.600 MWh/a ermittelt (vgl. Kapitel 0). Für die Prognose von Minderungszielen bis 2045 wurde ein Klimaschutzszenario sowie ein ambitioniertes Szenario aufgestellt. Für das

[20] Vgl. Statistisches Amt Saarland: Saarländische Gemeindezahlen 2020, Wohnungsbestand, S. 58f
[21] Eigene Darstellung in Anlehnung an Leibnitz-Institut für Informationsinfrastruktur GmbH (FIZ Karlsruhe), ohne Datum
[22] Vgl. Institut Wohnen und Umwelt (IWU) (2016): Datenbasis Gebäudebestand, S. 44f.

Klimaschutzszenario wurde eine Sanierungsquote von 1,5 % angesetzt. Das entspricht der Sanierung von 124 Gebäuden pro Jahr bzw. 29 % des gesamten Wohngebäudebestands. Der Gesamtwärmebedarf reduziert sich dabei um ca. 23 % auf 262.500 MWh. Für das ambitionierte Szenario wurde mit einer Sanierungsquote von 2,5 % gerechnet, das entspricht der Sanierung von 206 Gebäuden pro Jahr bzw. 48 % des gesamten Wohngebäudebestands. Demzufolge reduziert sich der jährliche Gesamtwärmebedarf um etwa 33 % auf 226.600 MWh.

Für die privaten Haushalte wurde im Rahmen der Ist-Analyse (vgl. Kapitel 0) ein Stromverbrauch in Höhe von ca. 62.500 MWh/a ermittelt, dessen Aufteilung in der folgenden Abbildung 19: Anteile Nutzenergie am Stromverbrauch; eigene Darstellung nach WWF Modell Deutschland verdeutlicht wird. Für die privaten Haushalte wurden die einzelnen Verbraucher nicht spezifisch ermittelt. Die folgenden Berechnungen beziehen sich auf eine durchschnittliche Aufteilung nach der WWF-Studie „Modell Deutschland Klimaschutz bis 2050“.[23]

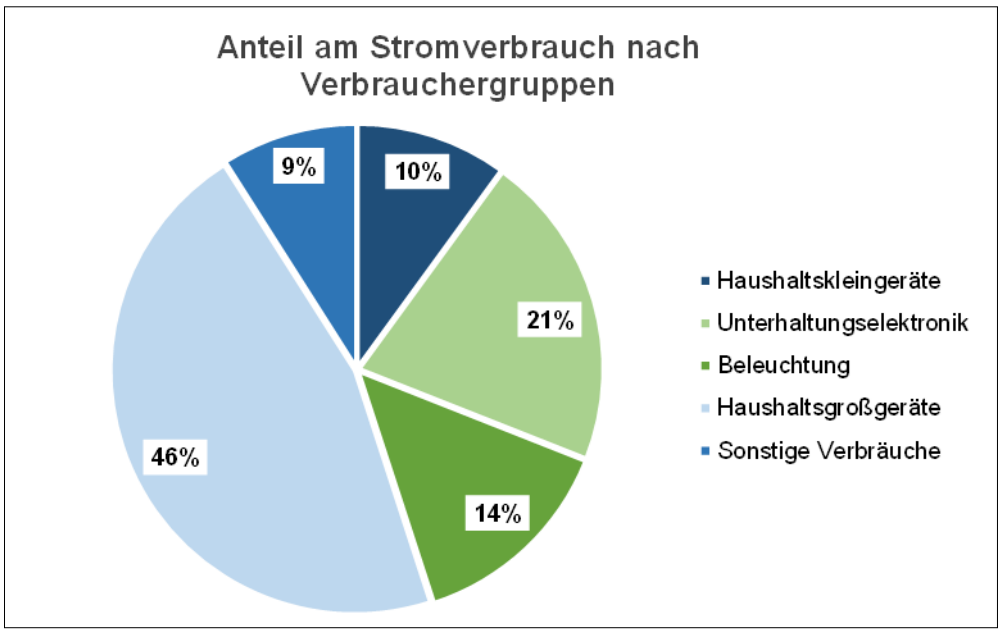


Abbildung 19: Anteile Nutzenergie am Stromverbrauch; eigene Darstellung nach WWF Modell Deutschland[24]

Obenstehende Abbildung verdeutlicht, dass Haushaltsgroßgeräte wie Kühlschrank, Waschmaschine und Spülmaschine den größten Anteil am Stromverbrauch ausmachen, da sie hohe Betriebsstunden bzw. Anschlussleistungen aufweisen.

Einsparungen können durch den Austausch alter Geräte gegen effiziente Neugeräte erzielt werden. Hierbei bietet die EU den Verbrauchern eine Orientierung durch das EU-Energie-Label. Neben dem

[23] Vgl. Vgl. WWF. 2009, Modell Deutschland Klimaschutz bis 2050, Berlin, WWF Deutschland
[24] Ohne elektrische Wärmeerzeugung

Energieverbrauch informiert das Label über das herstellende Unternehmen und weitere technische Kennzahlen wie bspw. den Wasserverbrauch oder die Geräuschemissionen.

Der Stromverbrauch kann langfristig (bis 2045) um rund 21 % auf etwa 49.600 MWh reduziert werden.

5.2 Energieeffizienzpotenziale Gewerbe und Industrie

Der Wärmebedarf der Verbrauchergruppe GHD beträgt im Jahr 2019 rund 92.500 MWh/a und wird vorrangig für Raumwärme benötigt. Den größten Anteil an der Raumwärme haben Branchen wie Gesundheits- und Unterrichtswesen sowie der öffentliche Sektor mit Krankenhäusern, Altenheimen, Schulen und Verwaltungsgebäuden. Die Minderungspotenziale liegen in der energetischen Sanierung der Gebäude analog zu den privaten Haushalten. Der Wärmebedarf kann bis 2045 auf rund 52.200 MWh/a gesenkt werden, was einer Reduktion um ca. 44 % entspricht. Die Einsparungen werden durch die Umsetzung der gleichen Maßnahmen erreicht, wie sie für die privaten Haushalte beschrieben wurden (z. B. durch die Dämmung der Gebäudehüllen).

Für das verarbeitende Gewerbe (Industrie) werden für das Jahr 2019 rund 786.600 MWh/a Wärmeenergie benötigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil des Wärmebedarfs im verarbeitenden Gewerbe auf die Prozesswärme entfällt. Es lassen sich durch Effizienzmaßnahmen im Bereich der Prozessoptimierung, Einsparpotenziale im Wärmebereich in Höhe von rund 27 % realisieren, wodurch der Wärmebedarf auf rund 574.100 MWh/a im Jahr 2045 sinkt.

Die Verbrauchergruppe GHD benötigt auf Basis der Ergebnisse der Ist-Analyse jährlich ca. 14.300 MWh Strom. Im verarbeitenden Gewerbe werden dagegen rund 392.000 MWh Strom pro Jahr benötigt (vgl. Kapitel 0) Der Verbrauch setzt sich im Wesentlichen aus den Bedarfen für Bürogeräte, Beleuchtung und Strom für Anlagen und Maschinen (Produktion) zusammen. Im Bereich der Beleuchtung kann der Stromverbrauch reduziert werden, indem z. B. neben dem Einsatz von LED auch die Beleuchtungsanlagen optimiert und Spiegel zur Streuung des Tageslichts eingesetzt werden. Durch den Einsatz effizienterer Maschinen und Bürogeräte können langfristig 9 % im Sektor GHD und ca. 2 % im verarbeitenden Gewerbe eingespart werden. Diese geringen Einsparpotenziale resultieren u. a. auf der Annahme, dass langfristig mit einem steigenden Strombedarf für Kühlen und Lüften zu rechnen ist.

5.3 Energieeffizienzpotenziale kommunaler Liegenschaften

Die kommunalen Liegenschaften benötigen auf Basis der Ergebnisse der Ist-Analyse jährlich ca. 3.600 MWh Strom und 8.500 MWh Wärme. Die größten Energieverbraucher sind dabei der Wärmebedarf in den eigenen Liegenschaften sowie der Stromverbrauch für die Innen- und Straßenbeleuchtung. Zahlreiche weitere Anwendungsfelder, wie beispielsweise Informations- und Kommunikationstechnologien, bieten darüber hinaus erhebliche Energieeffizienzpotenziale.

Für die Liegenschaften wurde im Rahmen der Erstellung des Energieberichtes der Strom- und Wärmeverbrauch je m² Gebäudefläche ermittelt. Daraus ergeben sich folgende Darstellungen:

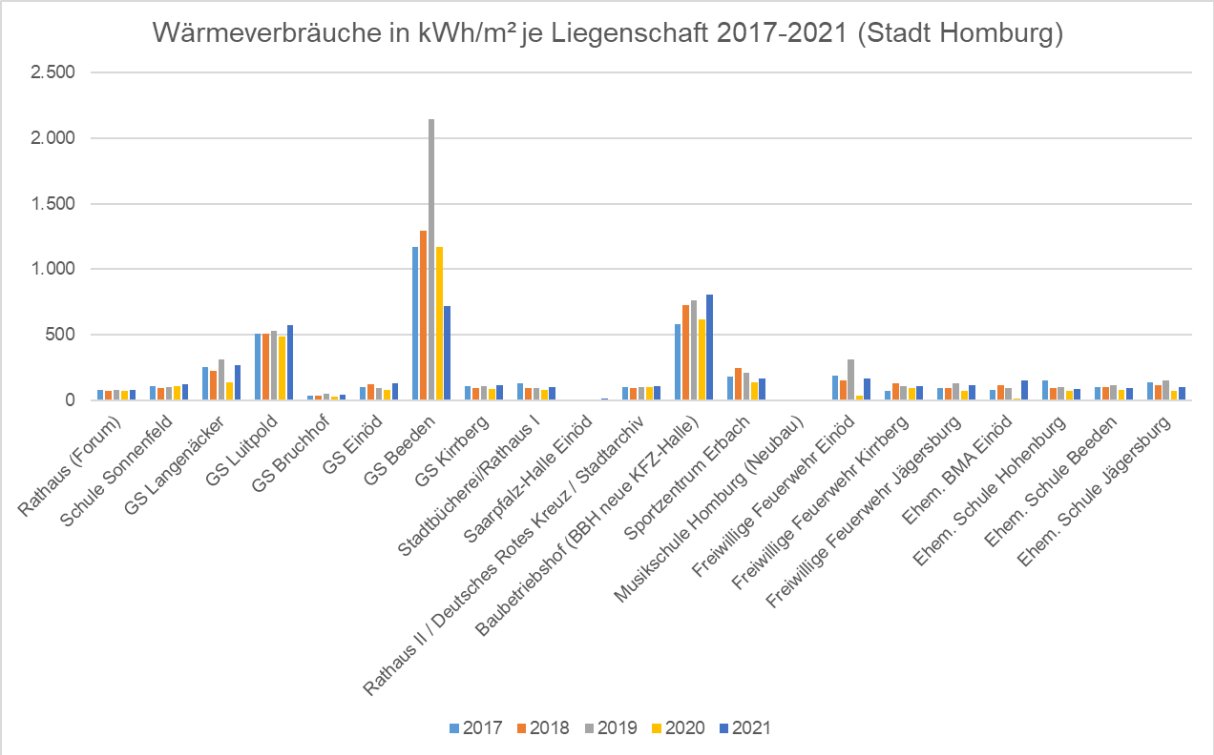


Abbildung 20: Wärmeverbräuche je Liegenschaft

Vier der Liegenschaften weisen einen deutlich erhöhten Wärmeverbrauch auf: GS Langenäcker, GS Luitpold, GS Beeden und der Baubetriebshof.

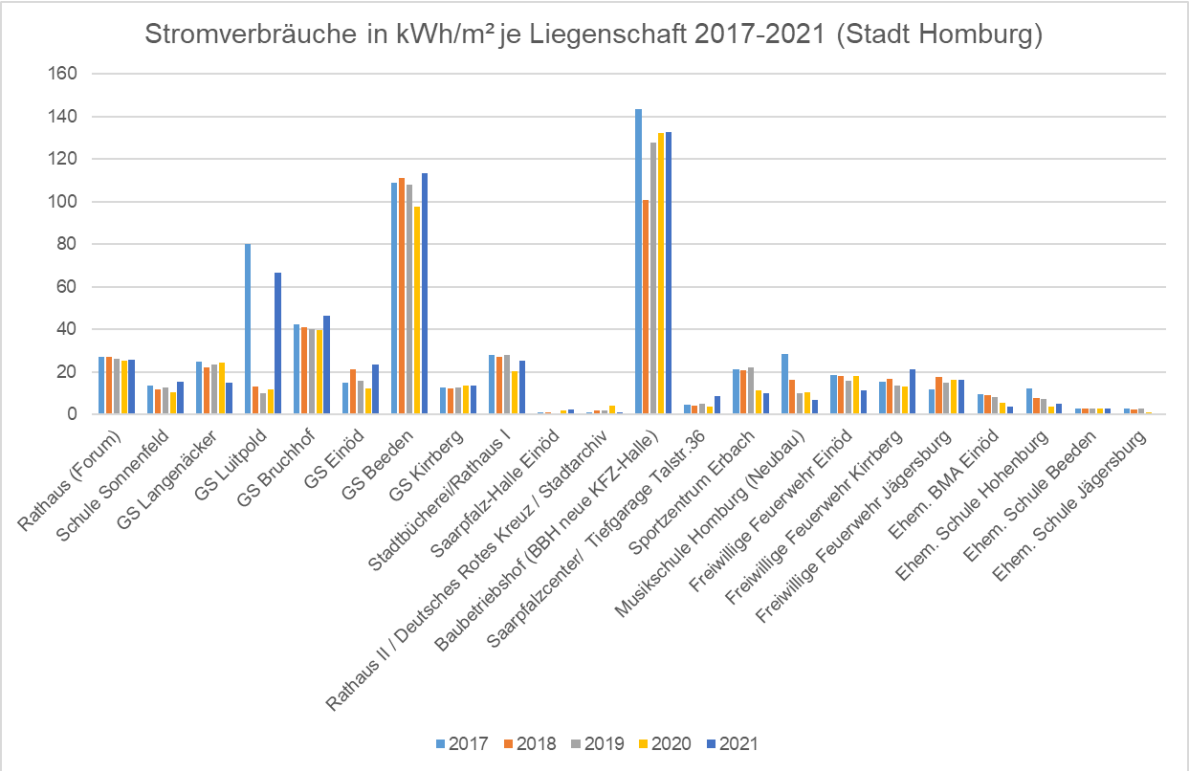


Abbildung 21: Stromverbräuche je Liegenschaft

Vier der Liegenschaften weisen einen deutlich erhöhten Stromverbrauch auf: GS Luitpold, GS Bruchhof, GS Beeden und der Baubetriebshof. Detailliertere Auswertungen und erste Handlungsempfehlungen sind in den jährlich erstellten Energieberichten zu finden.

Es ergeben sich Einsparpotenziale zur langfristigen Verbrauchsreduktion (bis 2045) im Strom- und Wärmebereich. Wesentliche Voraussetzung, um die Energieeinspareffekte in den eigenen Zuständigkeiten zu erzielen, ist es, Gesamtpotenziale zu erkennen, systematisch zu bewerten und anschließend umzusetzen.

Das größte Potenzial zur Endenergieeinsparung liegt gleichermaßen wie bei den Wohngebäuden (vgl. Kapitel 0) im Bereich der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude. Durch eine energetische Sanierung bzw. den Neubau von Gebäuden (Ersatzneubau) mit besonders geringem Energiebedarf können Energieverbrauch und -kosten erheblich reduziert werden.

Unter Anwendung der Einsparpotenziale aus den genannten Studien kann für die kommunalen Liegenschaften bis zum Jahr 2045 der Strombedarf auf rund 3.000 MWh/a reduziert werden. Beim Wärmebedarf werden zusätzlich die Annahmen zu den Sanierungsraten der Wohngebäude eingerechnet, so dass sich beim Klimaschutzszenario eine Einsparung von ca. 33 % auf 5.700 MWh und im ambitionierten Szenario eine Reduktion von etwa 38 % auf 5.200 MWh/a ergibt.

5.4 Energieeffizienzpotenziale im Verkehrs- und Transportsektor

Um das Ziel Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, bedarf es neben dem Fokus auf die Sektoren Strom und Wärme auch einer Abschätzung zur Transformation des Verkehrssektors. Die Ist-Analyse hat gezeigt, dass der Verkehrs- und Transportsektor mit einem jährlichen Energieeinsatz von rund 365.300 MWh der drittgrößte Energieverbraucher ist (18% Anteil am Gesamtenergieverbrauch im Betrachtungsgebiet). Die Energie- und THG-Bilanz des Betrachtungsgebietes umfasst dabei, unter Anwendung des Territorialprinzips, sowohl kommunal gut beeinflussbare Verkehre als auch solche, die kaum durch kommunale Maßnahmen beeinflusst werden können. Da auf dem Gebiet der Stadt Homburg die Bundesautobahnen A6, A8 und die Bundesstraße B423 liegen, werden die Ergebnisse des Verkehrssektors zum großen Teil durch den Durchgangs- und Pendlerverkehr beeinflusst, auf den die Stadt wenig Einfluss hat.

Voraussetzung für eine Entwicklung des Verkehrssektors in Richtung Klimaneutralität ist die Reduzierung des Energieverbrauchs. Auf Grundlage der durchgeführten Literaturrecherche belaufen sich die Einsparpotenziale bis 2030 auf 29% und bis 2045 auf 66% gegenüber dem Status Quo.[25,26] Im Ergebnis würde so der Energiebedarf für den Verkehrssektor auf rund 124.600 MWh/a bis zum Jahr 2045 sinken, wie Abbildung 22: Energiebilanz Verkehrssektor der Stadt Homburg zeigt. Diese Einsparungen basieren im Wesentlichen auf Strukturänderungen zugunsten effizienterer Mobilitätstechnologien. Dazu gehören Eindämmung und Reduktion des motorisierten Individualverkehrs zugunsten Bahn, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Fahrrad (insbesondere im städtischen Bereich) sowie die Verlagerung eines Großteils des Güterverkehrs auf die Schiene.

[25] Vgl. Wuppertal-Institut 2021
[26] Vgl. Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut 2021

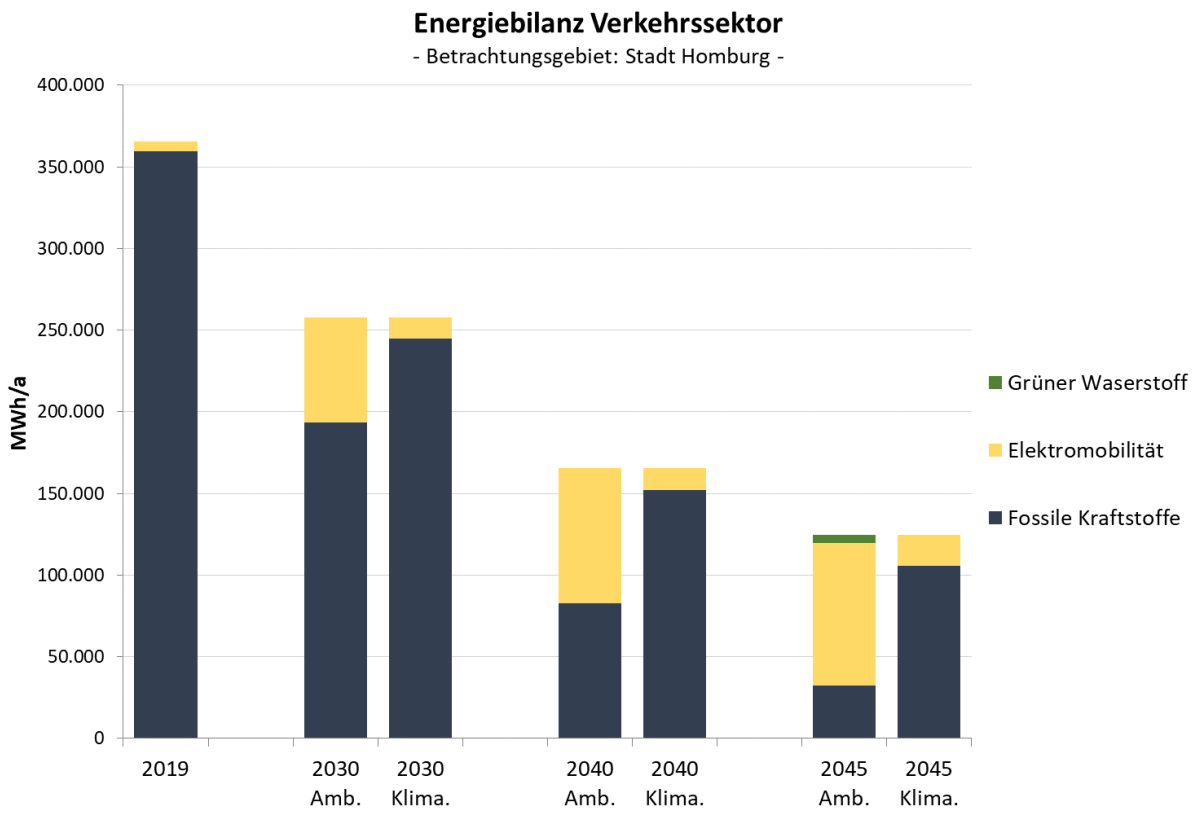


Abbildung 22: Energiebilanz Verkehrssektor der Stadt Homburg

Das Ambitionierte Szenario unterscheidet sich im Wesentlichen vom Klimaschutz Szenario durch eine stärkere Nutzung von grünem Wasserstoff und der Elektromobilität. Dies bringt einen zusätzlichen Strombedarf mit sich. Es wird davon ausgegangen, dass ein Teil des bilanziellen „Überschussstroms aus EE“ für die Bereitstellung von Wasserstoff aufgewendet wird, unabhängig vom Produktionsstandort. Dadurch können bis ins Jahr 2045 die fossilen Kraftstoffe zu 74% (Ambitioniertes Szenario) verdrängt werden.

6 Potenziale zur Erschließung der verfügbaren erneuerbaren Energien

Grundlegend für die Entwicklung von Maßnahmen und somit für die Erreichung von Klimaschutzzielen ist die Darstellung von Potenzialen. Diese bestehen einerseits aus den bereits genutzten Potenzialen (Bestand), die in der Energie- und Treibhausgasbilanz ermittelt wurden, sowie ggf. bereits genehmigter, aber noch nicht umgesetzter Anlagen oder Maßnahmen. Andererseits umfassen die Potenziale die darüber hinaus verfügbaren, bisher ungenutzten Möglichkeiten (Ausbau).

Die Ermittlung von Potenzialen erfolgt für die erneuerbaren Energieträger in den fünf Bereichen Wasserkraft, Geothermie, Solar, Windkraft und Biomasse. Das Potenzial stellt darin jeweils eine Größe dar, die aus heutiger Sicht im Maximum erreicht werden kann. Der nachstehende Exkurs geht näher auf das hier zu Grunde liegende Verständnis des Potenzialbegriffes ein.

Exkurs: Definition des Potenzialbegriffes

Bei der Ermittlung der Potenziale aus erneuerbaren Energien werden Restriktionen berücksichtigt, die aus heutiger Sicht eine Flächenerschließung grundsätzlich verhindern (z. B. Topografie, Mindestabstände zur derzeitigen Bebauung oder Naturschutzgebiete). Flächen, die den Bau von Erneuerbaren-Energien-Anlagen aus heutiger Sicht nicht grundsätzlich ausschließen, werden als energetisches Potenzial angesehen. Dies können auch Flächen sein, bei denen rechtlich für den Bau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen eine Einzelfallprüfung vorgesehen ist. Anhand der Ermittlung energetischer Potenziale wird zunächst ein größtmögliches Potenzial ausgewiesen, das versucht, den ganzen Handlungsspielraum im Bereich der regionalen Energiewende zu erfassen.

Die Darstellung der Potenziale bildet demzufolge zunächst einen grundsätzlich-theoretischen, maximalen Rahmen der Möglichkeiten für die Stadt Homburg ab. Dieser Rahmen zeichnet sich dadurch aus, dass er unabhängig etwaiger Interessenskonflikte einzelner Akteursgruppen im konkreten Fall vor Ort und unabhängig oben erwähnter rechtlicher Einzelfallprüfung wiedergegeben wird. Durch diesen möglichst „gering-restriktiven“ Ansatz wird gewährleistet, dass keine Potenzialmengen frühzeitig ausgeschlossen werden, die grundsätzlich im Stadtgebiet aufgrund seiner naturräumlichen Gegebenheiten oder technischer Möglichkeiten bestehen.

Eine präzisere Potenzialabbildung, die beispielsweise wirtschaftliche oder technische Rahmenbedingungen näher berücksichtigt, kann sowohl aufgrund sehr spezifischer zeit- und ortsabhängiger Randbedingungen als auch wegen Unsicherheiten in Bezug auf zukünftige rechtliche und technische Veränderungen nicht explizit abgeschätzt bzw. ausgewiesen werden. Derartige Details, die eine klare handlungs- und umsetzungsorientierte Darstellung gewährleisten, müssen bei Bedarf

mittels einer Detailbetrachtung (bspw. einer Machbarkeitsstudie) einzelfallbezogen untersucht werden.

Das Potenzial stellt somit eine Maximalmenge einzelner regenerativer Energieträger für den Untersuchungsraum dar. Die lang- oder kurzfristige Umsetzung der Potenziale kann daher auch in einem reduzierteren Umfang erfolgen. Die tatsächliche Höhe der Erschließung der Potenziale entscheidet sich letztlich also auf der Basis standortbezogener Detailuntersuchungen, etwa um die Wirtschaftlichkeit oder auch die Umweltauswirkungen zu bewerten, und daraus abgeleiteten Entscheidungen vor Ort.

Als Hilfsmittel für diesen Entscheidungsprozess dient die Aufstellung eines Szenarios. Hier wird auf der Basis vorhandener Potenziale der mögliche Entwicklungspfad einer zukünftigen Energieversorgung in der Stadt Homburg diskutiert. Dieses Szenario stellt jedoch keinen konkreten Umsetzungsplan dar.

6.1 Wasserkraftpotenziale

Zur Nutzung der Wasserkraft wird die kinetische und die potenzielle Energie des Wassers mittels Turbinen in Rotationsenergie, welche zum Antrieb von Maschinen oder Generatoren gebraucht wird, umgewandelt. Durch Technologien, wie z. B. die Wasserkraftschnecke oder das Wasserwirbelkraftwerk, können auch kleinere Gewässer zur Erzeugung von Strom genutzt werden. Im Rahmen der Potenzialanalyse im Bereich der Erneuerbaren Energien für die Stadt Homburg werden mögliche Standorte an Gewässern 1. und 2. Ordnung[27] sowie der Klarwasserablauf von Kläranlagen im Hinblick auf die Nutzung von Kleinwasserkraft betrachtet. Bei der Untersuchung der Gewässer wird ein Neubau von Wasserkraftanlagen an neuen Querverbauungen direkt ausgeschlossen, gemäß dem Verschlechterungsverbot der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL)[28]. Des Weiteren werden meist keine neuen Querbauwerke genehmigt, weil die Beeinträchtigungen der Ökologie zu hoch sind, sodass nur Standorte mit vorhandenem Wasserrecht betrachtet werden. Hinzu kommt die Untersuchung der bestehenden Wasserkraftanlagen im Hinblick auf Modernisierung sowie die Betrachtung ehemaliger Mühlenstandorte auf mögliche Reaktivierung. Bei den Untersuchungen wurden die jahreszeitlichen und wetterbedingten Schwankungen des Abflusses, d. h. der verfügbaren Wassermenge, sowie der Fallhöhe nicht berücksichtigt. Lediglich der Mindestwasserorientierungswert des Saarlandes, d. h. welche minimale ökologisch begründete Mindestwassermenge erforderlich ist,

[27]Vgl. Saarländisches Wassergesetz (SWG) §3.
[28]Vgl. Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (EG-WRRL) Artikel 4 Absatz 1.

wurde berücksichtig. Im Saarland entspricht der Mindestwasserorientierungswert dem mittleren Niedrigwasserabfluss (MNQ).[29]

6.1.1 Wasserkraftpotenziale an Gewässern

Gewässer in der Stadt Homburg

Der Anteil der Fließgewässerfläche an der gesamten Bodenfläche der Stadt beträgt etwa 0,8% (≈ 62 ha).[30] Gewässer 1. Ordnung sind keine vorhanden. Zu den Gewässern 2. Ordnung gehören die Blies und der Schwarzbach.

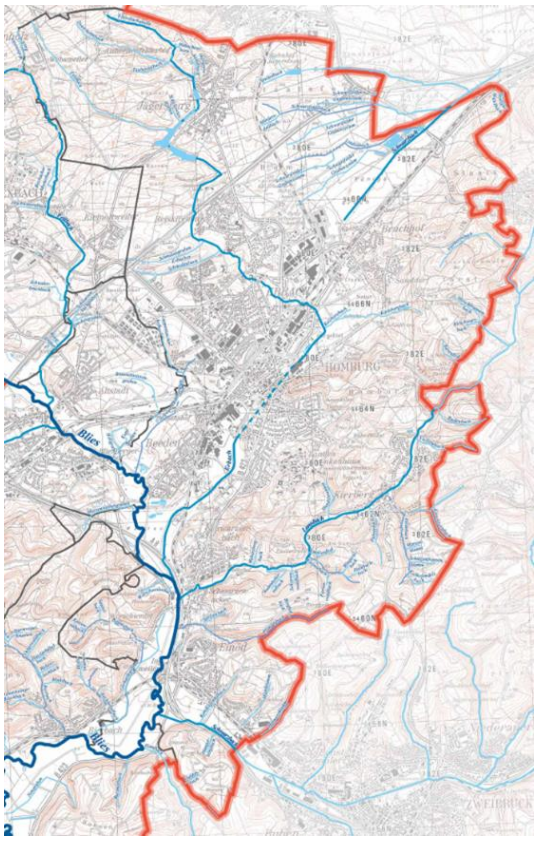


Abbildung 23: Übersicht Gewässer im Betrachtungsgebiet[31]

Im Betrachtungsgebiet sind keine Wasserkraftanlagen in Betrieb.[32, 33] Aus diesem Grund ist kein Ausbaupotenzial durch Modernisierung gegeben.

[29] vgl. Webseite Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Saarland (1).
[30] vgl. Webseite Statistisches Ämter des Bundes und der Länder.
[31] vgl. Webseite Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Saarland.
[32] vgl. Webseite EEG-Anlagenregister.
[33] vgl. Webseite Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur.

Ausbaupotenzial durch Neubau

Auf Grundlage der Gewässerlänge und der führenden Wassermengen besteht ein Potenzial (Obergrenze des möglichen Zubaus) von etwa 445.700 kWh/a an der Blies und ca. 250.300 kWh/a am Schwarzbach. Somit beträgt das gesamte Potenzial rund 696.000 kWh/a. Es ist davon auszugehen, dass vorhandenen Nutzungsbeschränkungen sowie technische als auch ökonomische Faktoren dieses Potenzial hinsichtlich Umsetzbarkeit sehr stark mindern.

6.1.2 Wasserkraftpotenziale an ehemaligen Mühlenstandorten

Ausbaupotenzial durch Reaktivierung ehemaliger Mühlenstandorte

Während der Konzepterstellungsphase konnten keine Mühlenstandorte ermittelt werden, welche eventuell reaktiviert werden könnten. Eine Reaktivierung kommt in Betracht, wenn der Mühlenkanal und die entsprechende technische Infrastruktur (z. B. Mühlrad, Turbine o. ä.) sowie die Wasserrechte vorhanden sind.[34]

6.1.3 Wasserkraftpotenziale an Kläranlagen

Im Betrachtungsgebiet existiert eine kommunale Kläranlage (Standort Homburg). Zum jetzigen Zeitpunkt wird der Klarwasserablauf dieser Kläranlage noch nicht zur Energieerzeugung genutzt.

Für den Betrieb einer Wasserkraftschnecke, einem Wasserrad oder einem Wasserwirbelkraftwerk (erprobte Techniken bei Klarwasserabläufen von Kläranlagen) wird eine Wassermenge von 0,1 – 20,0 m^3/s und eine Fallhöhe von 0,3 – 10,0 m benötigt. Zu dem Kläranlagenstandort im Betrachtungsgebiet waren keine verwertbaren Daten verfügbar. Jedoch ist das Potenzial an Klarwasserabläufen bei Kläranlagen generell, wenn überhaupt vorhanden, sehr gering.

[34]Vgl. Webseite Deutsche Gesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenerhaltung e. V.

6.2 Geothermiepotenziale

Geothermie ist eine in Wärmeform gespeicherte Energie unterhalb der festen Erdoberfläche. Erdwärme ist eine nach menschlichen Maßstäben unerschöpfliche Energiequelle und kann daher als erneuerbar angesehen werden. Sie stammt aus dem Zerfall natürlicher Radioisotope im Gestein der Erdkruste sowie aus der Erstarrungswärme des Erdkerns. Bis ca. 10 m Tiefe ist darüber hinaus die Strahlungsenergie der Sonne im Erdreich gespeichert.

6.2.1 Rahmenbedingungen

Es wird zwischen der Tiefengeothermie, die zur Wärmenutzung und Stromerzeugung eingesetzt wird und der oberflächennahen Geothermie, die wegen des geringeren Temperaturniveaus ausschließlich der Wärmenutzung dient, unterschieden.

Das Potenzial zur Erdwärmenutzung ist nicht sinnvoll in Energieeinheiten zu quantifizieren, da es theoretisch flächendeckend zur Verfügung steht. Für die praktische Nutzung relevant ist vielmehr, ob andere Kriterien einer Nutzung entgegenstehen und ob sich ein konkreter Wärmeenergiebedarf nahe eines Gunstgebietes befindet.

Das Saarland hatte 2008 einen Leitfaden mit Kartenmaterial zur Nutzung der oberflächennahen Geothermie herausgegeben. Nach Auskunft des zuständigen Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) ist der Leitfaden nicht mehr zu verwenden und muss aus fachlicher Perspektive überarbeitet werden.[35] Zum Zeitpunkt der Klimaschutzkonzepterstellung befand sich der Leitfaden auf Nachfrage in der fachlichen Prüfung, sodass keine hinreichenden Grundlagen vorliegen, um konkrete Aussagen zum Geothermiepotenzial treffen zu können. Im Folgenden sind allgemeingültige Hinweise und überschlägige Aussagen zur Nutzung der oberflächennahen Geothermie gegeben.

6.2.2 Ergebnisse Oberflächennahe Geothermie

Die Nutzung der oberflächennahen Geothermie mit einem Temperaturniveau von 10 - 15 °C erfolgt üblicherweise über Erdwärmesonden oder Erdwärmekollektoren. Um die Wärmequelle für die Raumheizung und Brauchwassererwärmung nutzen zu können, ist eine Temperaturanhebung mittels Wärmepumpe gängige Praxis. Dies bedeutet, dass elektrische Hilfsenergie aufgewendet wird, um aus einer Einheit Strom ca. vier Einheiten Nutzwärme bereit zu stellen. Alternativ sind auch erdgasbetriebene Wärmepumpen erhältlich. Der Bedarf an Hilfsenergie ist umso geringer, desto niedriger das Temperaturniveau des Heizungssystems ist. Damit eignen sich insbesondere neuere oder vollsanierte Wohngebäude mit Flächenheizungen (z. B. Fußbodenheizung) für den Einbau von Erdwärmepumpen. Eine besonders klimafreundliche Treibhausgasbilanz wird erreicht, wenn

[35] Vgl. Telefonische Auskunft der Sachgebietsleitung A. Schmidt im LUA Saarland am 13.01.2022.

ergänzend zur Wärmepumpe z. B. Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung vorgesehen sind oder zertifizierter Ökostrom bzw. regionaler Grünstrom für den Wärmepumpenantrieb genutzt wird.

Neben der Wärmeversorgung ist die oberflächennahe Geothermie auch für die Gebäudekühlung im Sommer geeignet. Hierbei dient das in der warmen Jahreszeit in Relation zur Außentemperatur geringe Temperaturniveau des Untergrundes als Quelle für die Kühlung. Bei Bedarf ist eine zusätzliche Temperaturabsenkung mittels Kompressionskältemaschine bzw. einer reversiblen Wärmepumpe möglich, die dann sowohl im Winter heizen als auch im Sommer kühlen kann.

Im Saarland können gegen Gebühr Voranfragen für die Nutzung von Erdwärmesonden oder Erdwärmekollektoren beim LUA gestellt werden.[36] Daraufhin erfolgt Auskunft zur hydrogeologischen Eignung konkreter Standorte. An gleicher Stelle kann ebenso die Erlaubnis für Vorhaben zur Errichtung von Erdwärmesonden oder Erdwärmekollektoren beantragt werden.

Erdwärmesonden

Erdwärmesonden sind eine marktübliche Technik, um die Erdwärme als regenerative Energiequelle zu erschließen.

Die wesentliche Rechtsgrundlage für die Errichtung und den Betrieb von Erdwärmesonden-Anlagen bilden das Wasserhaushaltsgesetz und das Wasserrecht des jeweiligen Bundeslandes. Beim Bau und Betrieb von Erdwärmesonden ist dem Grundwasserschutz nach dem Besorgnisgrundsatz des Wasserrechts Rechnung zu tragen. In Abhängigkeit von der Gestaltung und Ausführung einer Anlage gelten auch bergrechtliche Vorschriften, die sich insbesondere aus dem Bundesberggesetz ergeben.[37]

In Abhängigkeit vom hydrogeologischen Untergrundaufbau ist vor dem Bau von Erdwärmesonden eine Standortqualifikation durchzuführen. Wesentliches Gefährdungspotenzial stellt hierbei die Möglichkeit eines Schadstoffeintrags in den oberen Grundwasserleiter bzw. in tiefere Grundwasserstockwerke aufgrund fehlerhaften Bohrlochausbaus dar.

Für die Stadt Homburg kann überschlägig konstatiert werden, dass sich Teile des Stadtgebiets innerhalb festgesetzter Wasserschutzgebiete befinden und damit innerhalb wasserwirtschaftlich unzulässiger Gebiete für die Nutzung der Geothermie mittels Erdwärmesonden.[38]

[36] https://www.saarland.de/mukmav/DE/portale/wasser/informationen/grundwasser/erdwaerme/erdwaerme_node.html, abgerufen am 13.01.2022.
[37] Vgl. Umweltministerium Baden-Württemberg, 2005.
[38] Vgl. E-Mail-Auskunft des LUA am 06.12.2022.

Erdwärmekollektoren

Erdwärmekollektoren stellen eine Alternative zu Erdwärmesonden in wasserwirtschaftlich kritischen Gebieten dar. Sie sammeln die im Erdreich gespeicherte Solarenergie zur Nutzung in Heizungssystemen. Dazu muss eine ausreichend große Fläche zur horizontalen Verlegung von Rohrschlangen (Erdwärmekollektoren) zur Verfügung stehen. Vorrangig sind hier neu zu erschließende oder bereits erschlossene Wohngebiete mit ausreichender Grundstücksfläche geeignet.[39] Die Erdkollektorfläche sollte etwa die 1,5 bis 2-fache Größe der zu beheizenden Wohnfläche aufweisen.[40] Für ein Niedrigenergiehaus mit 180 m² Wohnfläche müssten also etwa 360 m² Rohrschlangen verlegt werden. Die Einbautiefe für die Rohrschlangen beträgt ca. 1,50 m. Die Kollektoren müssen für etwaige Reparaturen zugängig bleiben und dürfen nicht überbaut werden. Da die Wärmequelle im Wesentlichen aus gespeicherter Solarstrahlung stammt, sollte die Erdoberfläche möglichst frei von Verschattung durch Sträucher, Bäume oder angrenzende Gebäude sein.[41] In der Regel sind Kollektoren nicht genehmigungs-, sondern lediglich anzeigepflichtig.[42]

Teile des Stadtgebietes befinden sich in festgesetzten Wasserschutzgebieten, die Nutzung mittels Flächenkollektoren oder Körben kann unter Auflagen auch in der Schutzzone III möglich sein.[43]

6.2.3 Ergebnisse Tiefe Geothermie

Als Tiefengeothermie wird die Erdwärmenutzung aus einem Bereich unterhalb von 400 Metern der Erdoberfläche bezeichnet. Grundsätzlich ist das Wärmepotenzial aus tiefen Erdschichten unbegrenzt vorhanden. Eine nachhaltige Erschließung ist jedoch nur unter bestimmten Rahmenbedingungen möglich. Eine erschöpfende Potenzialerhebung zur Ermittlung der Tiefengeothermiepotenziale kann nicht Bestandteil dieser Potenzialerhebung sein. Dazu bedarf es geologischer Untersuchungen bzw. einer umfassenden Auswertung vorhandener Daten. Eine erste Einordung des Gebietes lässt sich aber über eine Berücksichtigung der wärmeführenden Aquifere im Bundesgebiet vornehmen.

[39] Vgl. Burkhardt, Kraus 2006: S. 69.
[40] Vgl. Wesselak, Schabbach: 2009, S. 308.
[41] Vgl. Burkhardt, Kraus 2006, S. 69.
[42] Vgl. www.waermepumpe.de/waermepumpe/erdwaerme
[43] Vgl. E-Mail-Auskunft des LUA am 06.12.2022.

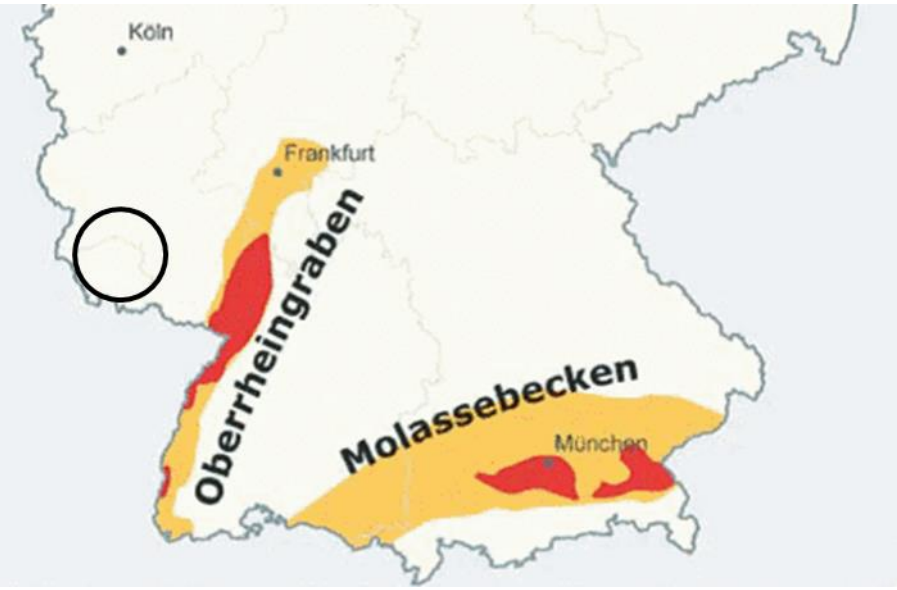


Abbildung 24: Wichtige Regionen für die Nutzung von Tiefengeothermie in Deutschland[44]

Danach liegt die Stadt Homburg außerhalb wichtiger Regionen für die hydrogeothermische Nutzung. Dies schließt jedoch eine Projektenwicklung zur Tiefengeothermie nicht grundsätzlich aus.

6.2.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Konkrete Aussagen zum oberflächennahen Geothermiepotenzial sind aktuell wegen fehlender Datengrundlagen nicht möglich. Die Nutzung ist jedoch durch festgesetzte Wasserschutzgebiete eingeschränkt.

Des Weiteren ist zu beachten, dass zur Gebäudeheizung Hilfsenergie (z. B. Elektroenergie) für die Temperaturanhebung benötigt wird. Der Strombedarf fällt aber deutlich geringer aus als bei Luft-Wärmepumpen, welche mit dem weitaus geringeren Temperaturniveau der Außenluft („Umweltwärme“) operieren. Der Kauf von Erdwärmepumpen wird über das sog. „Bundesprogramm für effiziente Gebäude - BEG“ der Bundesregierung finanziell gefördert.[45] Viele Energieversorgungsunternehmen bieten darüber hinaus einen vergünstigten Stromtarif für den Betrieb von Wärmepumpen an.[46]

Die wesentlichen Prüfkriterien für einen sinnvollen Einsatz von Erdwärmepumpen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

[44] BMU-Broschüre: „Nutzungsmöglichkeiten der tiefen Geothermie in Deutschland“, S. 57.
[45] Vgl. https://www.bafa.de/DE/Energie/Effiziente_Gebaeude/Sanierung_Wohngebaeude/sanierung_wohngebaeude_node.html
[46] Vgl. https://www.verivox.de/heizstrom/

1. Niedrige Systemtemperaturen des Heizungssystems (< 60 °C)
2. Relativ häufige und regelmäßige Nutzung/Beheizung
3. Keine hydrogeologischen Ausschlusskriterien am Standort (vgl. Karten)
4. Ausreichend Platzangebot für die Bohrung(en) oder Verlegung der Kollektoren

Für die Nutzung der Tiefengeothermie bestehen grundsätzlich keine besonders günstigen geologischen Voraussetzungen.

6.3 Solarpotenziale

Mit Sonnenenergie lässt sich mittels Photovoltaikanlagen (PV) die Erzeugung von Strom bzw. mittels Solarthermieanlagen (ST) die Erzeugung von Wärme realisieren. Dies geschieht entweder durch auf Dachflächen montierten Anlagen oder durch Freiflächenanlagen. Anhand der vorliegenden Analysen werden Aussagen dazu getroffen, wie viel Strom und Wärme innerhalb der Stadt Homburg photovoltaisch bzw. solarthermisch erzeugt werden kann und welcher Anteil des Gesamtstrom- bzw. Gesamtwärmeverbrauchs gedeckt werden könnte.

6.3.1 Grundlagen zur Potenzialermittlung

Die Datengrundlage zur Ermittlung der Solarpotenziale auf Dachflächen stellt ein geodatenbasierter Auszug des Solardachkatasters des Biosphärenreservats Bliesgau dar, welches Ende des Jahres 2021 veröffentlicht wurde.[47] Um das maximale Ausbaupotenzial innerhalb der Stadt Homburg zu ermitteln, werden zunächst alle technisch nutzbaren Dachflächen herangezogen. Innerhalb eines gebäudespezifischen Belegungsszenarios wird die gleichzeitige Betrachtung von Photovoltaik und Solarthermie abgebildet. Dabei wurde abhängig vom gebäudetypischen Wärme- bzw. Warmwasserbedarf zuvor festgelegt, welche Fläche zur solarthermischen Wärmeerzeugung vorgehalten wird und wie hoch das verbleibende PV-Potenzial jedes Gebäudes ist. Die Dimensionierung der veranschlagten Kollektorfläche basiert insbesondere für Wohngebäude auf dem Warmwasserbedarf (zwei Röhrenkollektoren mit einem Flächenbedarf von ca. 8 m² für ein Einfamilienhaus), bei anderen Gebäudearten wird im Einzelfall auch eine wesentlich höhere Kollektorfläche für Solarthermie berücksichtigt (bspw. Frei- und Hallenbäder, Pflegeheime, etc.). Die Ergebnisse werden im Folgenden in die Cluster Wohngebäude, Gebäude für Wirtschaft oder Gewerbe sowie Gebäude für öffentliche Zwecke eingeteilt und aggregiert. Im nächsten Schritt führt die Berücksichtigung von Bestandsanlagen zum resultierenden maximalen Ausbaupotenzial.

[47] Geodatenauszug bereitgestellt i.A. des Klimaschutzmanagers der Biosphäre Bliesgau



Abbildung 25: Solarkataster Biosphärenreservat Bliesgau (Übersicht Einstrahlung)

Auf Basis der zur Verfügung stehenden Informationen (u. a. Gebäudeart, mögliche geeignete Modulfläche und Eignungsklasse) wird im Rahmen dieser Potenzialanalyse ein Belegungsszenario bestimmt, das eine gleichzeitige Betrachtung von Solarthermie und Photovoltaik vorsieht. Die an dieser Stelle ausgewiesenen Gesamtpotenziale zum Ausbau von Solarthermie und Photovoltaik resultieren aus einer kennwertbasierten Berechnungsmethode, unter Berücksichtigung des zugrundeliegenden Belegungsszenarios (Anteil Solarthermie in Abhängigkeit des typischen Wärmebedarfs einzelner Gebäudearten).

Neben einer Ersteinschätzung über die Eignung einzelner Gebäude und Dachflächen bietet der Webviewer des Solarkatasters Gebäudeeigentümern die Möglichkeit, sich die Ergebnisse der Simulation per E-Mail aufbereiten zu lassen siehe Abbildung 26 Photovoltaik-Dachflächenanlagen).

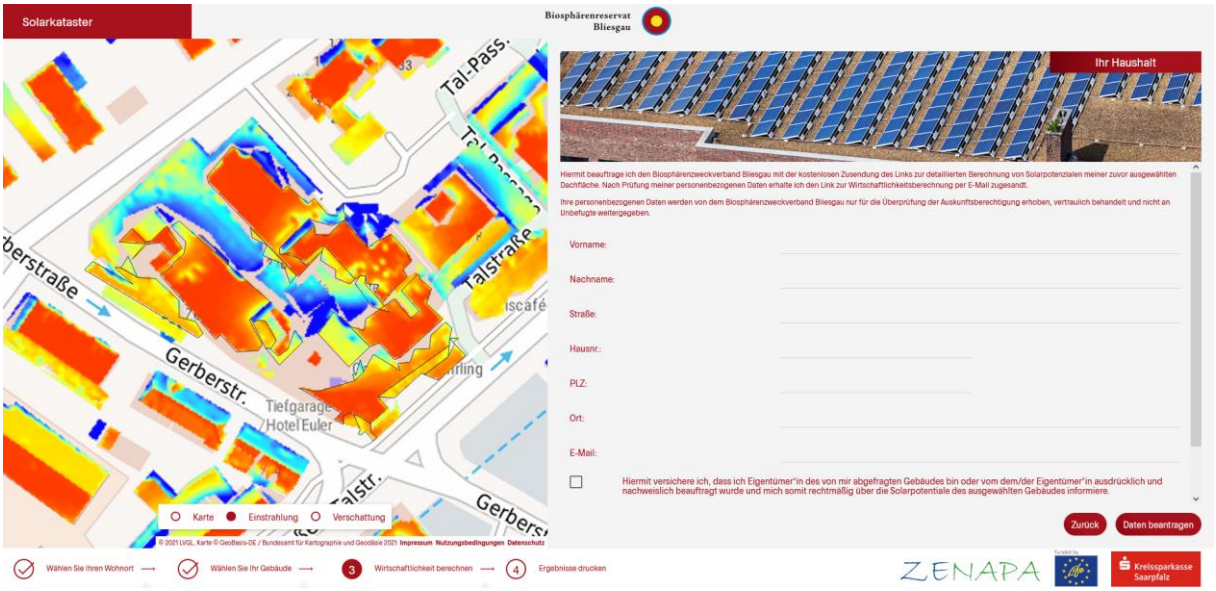


Abbildung 26 Photovoltaik-Dachflächenanlagen

Durch die Nutzung aller potenzialrelevanten Dachflächen könnte unter Berücksichtigung der zugrundeliegenden Annahmen insgesamt eine Leistung von etwa 380 MW_p installiert und jährlich ca. 356.000 MWh Strom produziert werden.

Tabelle 2: Ausbaupotenzial Photovoltaik (Dachflächen)

Photovoltaik - Dachflächen		
Potenzial / Cluster	**Inst. Leistung [kW_p][1]**	**Stromerträge [MWh/a][2]**
Gesamtpotenzial	**380.400**	**356.000**
Wohngebäude	134.600	128.000
Gebäude für Wirtschaft oder Gewerbe	220.400	204.000
Gebäude für öffentliche Zwecke	22.900	22.000
Sonstige	2.600	2.000
Bestand[3]	**19.000**	**17.000**
Ausbaupotenzial	**361.400**	**339.000**

1) kristalline Module: ca. 6m²/kW_p

2) Jährlicher Stromertrag auf Basis Globalstrahlung und Wirkungsgraden (standortabhängig)

3) Auswertung MaStR (Stand Januar 2023, Bilanzjahr 2019)

In Relation zum ermittelten Gesamtpotenzial beträgt das bisher genutzte Potenzial im Bereich Photovoltaik auf Dachflächen insgesamt 5 %. Würde das gesamte Potenzial in Umsetzung gebracht, könnte der PV-Anteil am gegenwärtigen Gesamtstromverbrauch (rd. 475.000 MWh Gesamtstromverbrauch im Bilanzjahr 2019) bei 75 % liegen.

6.3.2 Solarthermie-Dachflächenanlagen

Parallel dazu wurde das Potenzial zur Installation von solarthermischen Kollektoren auf Dachflächen untersucht. Unter Berücksichtigung der zuvor beschriebenen Methodik könnten ca. 92.000 m² Kollektorfläche jährlich rund 39.000 MWh Wärmeenergie produzieren, die einem Heizöläquivalent von etwa 3,9 Mio. Liter entsprechen.

Tabelle 3: Ausbaupotenzial Solarthermie (Dachflächen)

Solarthermie - Dachflächen		
Potenzial	**Kollektorfläche [m²][1]**	**Wärmeerträge [MWh/a][2]**
Gesamtpotenzial	**92.200**	**39.000**
Wohngebäude	78.200	33.000
Gebäude für Wirtschaft oder Gewerbe	-	-
Gebäude für öffentliche Zwecke	14.000	6.000
Sonstige	-	-
Bestand[3]	**4.400**	**2.000**
Ausbaupotenzial	**87.800**	**37.000**

1) Röhrenkollektoren

2) Jährlicher Wärmeertrag auf Basis Globalstrahlung und Wirkungsgraden (standortabhängig)

3) Angaben der BAFA zu geförderten Anlagen (2019)

Verglichen mit dem zuvor ermittelten Ausbaugrad im Bereich Photovoltaik ist der Anteil des bereits genutzten Potenzials in Relation zum ermittelten Gesamtpotenzial im Bereich Solarthermie mit 4,8 % nur unwesentlich geringer.

Würde das gesamte Potenzial in Umsetzung gebracht, könnte der Solarthermieanteil am gesamten gegenwärtigen Wärmeverbrauch (rd. 1.277.200 MWh Gesamtwärmeverbrauch im Bilanzjahr 2019) bei rund 3 % liegen.

6.3.3 Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Im Rahmen der Photovoltaik-Freiflächenanlagen-Potenziale Analyse werden potenziell geeignete Flächen unterschiedlicher Standortkategorien berücksichtigt, die i. d. R. jeweils abweichenden rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen. An dieser Stelle steht zunächst die technische Machbarkeit im Fokus. Maßgeblich für die Förderfähigkeit von Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen (PV-FFA) sind die Standortkriterien gemäß § 37 EEG.

Weitere gesetzliche Regularien und Vorschriften, die sich bspw. aus dem Landesbaurecht ergeben sowie die Notwendigkeit zur Teilnahme an einer Ausschreibung der Bundesnetzagentur werden an dieser Stelle zunächst nicht betrachtet. Dabei unterscheidet sich auch die jeweilige Datengrundlage, die herangezogen wird.

Potenzialflächen innerhalb des förderfähigen Korridors entlang von Autobahnen und Schienenwegen (500 m nach EEG 2023) werden auf Basis einer GIS-Analyse bestimmt. Innerhalb der ermittelten Korridore wurden darüber hinaus die in Tabelle 4: Restriktionen PV-FFA (Autobahn) aufgeführten Ausschlussflächen inkl. zusätzlicher Abstandsannahmen berücksichtigt. Als Datengrundlage kommen im Wesentlichen das digitale Landschaftsmodell (ATKIS Basis-DLM) sowie Fachdaten aus dem Bereich Naturschutz zum Einsatz.

Tabelle 4: Restriktionen PV-FFA (Autobahn)

Restriktionen PV-Freiflächenanalyse und Pufferabstände	
Verkehrswege	
Autobahn	20 m
Sonstige Straßen und Wege	20 m
Bahnstrecke	20 m
Baulich geprägte Flächen	
Wohnbaufläche	100 m
Fläche gemischter Nutzung	50 m
Flächen besonderer funktionaler Prägung	50 m
Industrie und Gewerbe	20 m
Sport-, Freizeit-, Erholungsfläche	50 m
Historisches Bauwerk, historische Einrichtung	100 m
Gewässer	
Fließende Gewässer (Flüsse, Bäche)	20 m
Stehendes Gewässer	20 m
Vegetation	
Sumpf, Moor	30 m
Unland, Vegetationslose Fläche	30 m
Wald, Gehölz	30 m
Sonstige	
Landwirtschaft (nur Ackerland)	Ausschluss
Naturschutzgebiet	Ausschluss
Tagebau, Grube, Steinbruch	50 m

Die resultierenden Potenzialflächen werden im Folgenden anhand von Erfahrungs- und Kennwerten hinsichtlich Anlagenpotenzial und möglichen Stromerträgen ausgewertet.

Über geeignete Konversionsflächen lagen zum Zeitpunkt der Datenerhebung keine Informationen vor.

Die Landesregierung hat im Dezember 2018 von der nach EEG 2017 möglichen Verordnungsermächtigung zur Errichtung von PV auf sog. „benachteiligten Gebieten“ nach EU-Definition Gebrauch gemacht. Über die Beteiligung der wesentlichen Akteure an einem runden Tisch wurde bereits im Vorfeld eine „Angebotskulisse“ definiert, die eine Vorabprüfung wichtiger KO-Kriterien beinhaltet. So wurden Vorrangflächen für Landwirtschaft sowie eine Reihe wertvoller

Schutzgebiete (Artenschutz, Naturschutz, Denkmalschutz) ausgeschlossen.[48] Im Hinblick auf die notwendige Teilnahme an einer Ausschreibung der Bundesnetzagentur ist zu berücksichtigen, dass eine Flächeninanspruchnahme landesweit nach der aktuell gültigen Änderungsverordnung (vorerst bis 31.12.2025) auf eine kumulierten Anlagenleistung von 250°MW_p begrenzt ist.[49]

Die ausgewiesene Flächenkulisse kann im Geoportal des Saarlandes eingesehen werden.[50] Durch die Notwendigkeit der Erstellung eines Bebauungsplans liegt es in der Entscheidungsgewalt der jeweiligen Kommune, eine solarenergetische Nutzung zu ermöglichen oder abzulehnen.

Im Rahmen der Analyse wurde auch geprüft, ob innerhalb der Stadt Homburg gelegene Niedermoorböden für eine PV-Nutzung in Frage kommen. Da die bekannten Standorte jedoch vollständig innerhalb von Naturschutzgebieten liegen und die Errichtung von PV-Anlagen innerhalb derer grundsätzlich nicht zulässig ist, wird im Folgenden kein Potenzial innerhalb dieser Flächenkulisse ausgewiesen.

Weitere Standorte, die grundsätzlich für eine mögliche Förderung in Frage kommen (bspw. Gewerbegebiete, Parkplatzflächen) können aus methodischen Gründen oder auf Basis der vorhandenen Informationen an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden. Sie stellen ebenso wie eine gleichzeitige Nutzung weiterer landwirtschaftlicher Flächen (Acker- und Grünland) durch Agri-PV unter Umständen ein zusätzliches Ausbaupotenzial dar, das im Rahmen einer standortspezifischen Betrachtung detailliert zu untersuchen ist.

6.3.4 Ergebnisse Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Die zuvor beschriebenen Flächenkulissen stellen die Grundlage der folgenden Potenziale und damit potenzielle Standorte für PV-Freiflächenanlagen dar. umfasst die resultierenden Potenzialflächen der unterschiedlichen Standortkulissen. In der weiteren Betrachtung wird die Standortkategorie Seitenrandstreifen in Autobahn und Bahn differenziert.

[48] Vgl. MWAEV, o. J..
[49] Vgl. Geoportal Saarland, o. J..
[50] Vgl. Geoportal Saarland, o. J..

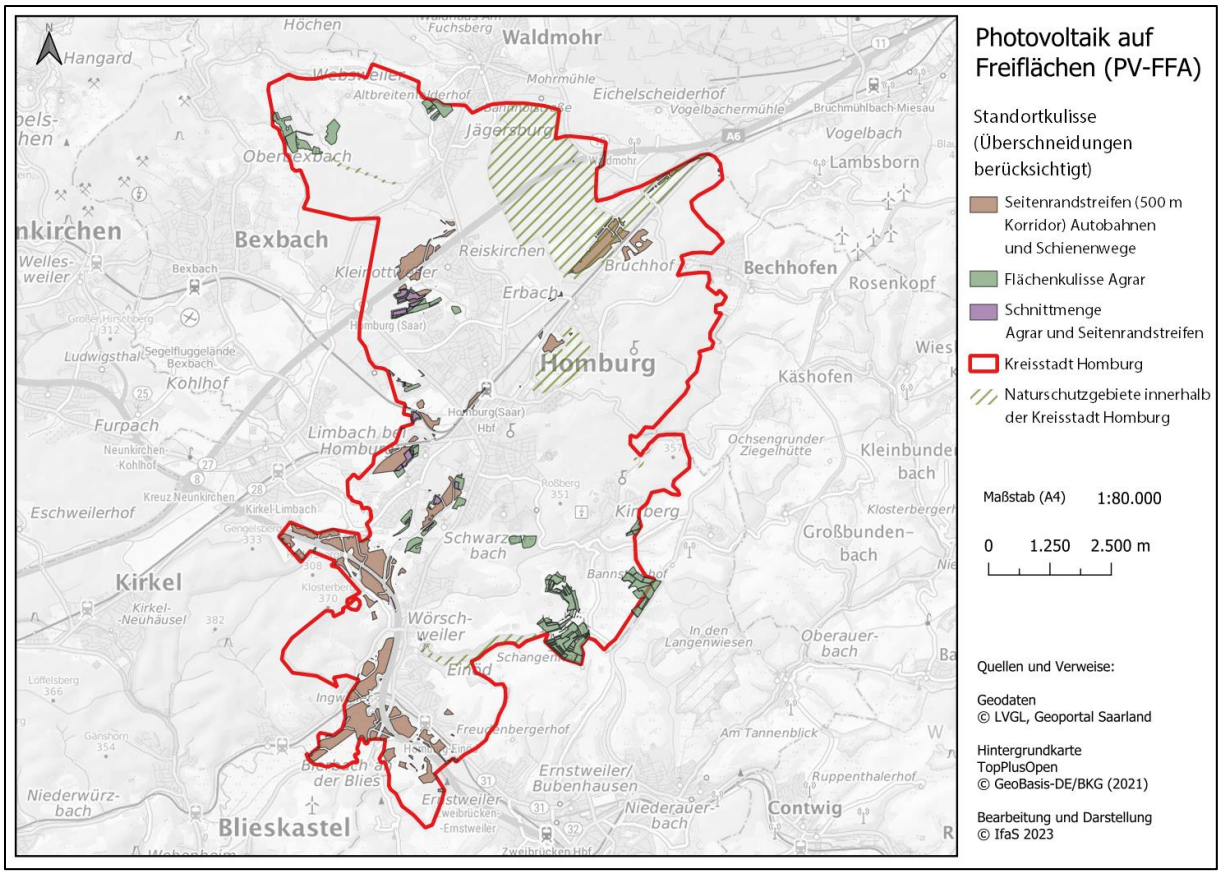


Abbildung 27: Potenzialflächen PV-FFA

Unter Berücksichtigung aller getätigten Annahmen und methodischen Einschränkungen beläuft sich das ermittelte Ausbaupotenzial innerhalb der Stadt Homburg insgesamt auf eine Flächenkulisse von 555 ha. Anhand der berücksichtigten spezifischen Anlagenleistung (kWp pro m²), ergibt sich so eine installierbare Leistung von 462 MW_p. Damit einher gehen jährliche Stromerträge von rund 439.000 MWh/a. Der aktuelle Anlagenbestand auf Freiflächen umfasst 3 MW_p, sodass sich die jährlichen Stromerträge derzeit auf ca. 2.500 MWh/a belaufen.

Tabelle 5: Gesamtpotenzial Photovoltaik (Freiflächen)

PV-Freiflächen (PV-FFA) Potenziale Kreisstadt Homburg			
Kategorie	Flächenkulisse [ha]	Inst. Leistung [MW_p]	Stromerträge [MWh/a]
Agrar	209	175,0	165.800
Autobahn	252	210,0	199.400
Bahn	53	44,0	42.200
Gemischt	40	33,0	31.800
*Bestehende FFA**	4	3,0	2.500
Summe	**559**	**465**	**441.700**

* Anlagenbestand lt. MaStR (Freifläche), Carports als sonstige bauliche Anlage im Bereich der PV-Potenziale auf Dachflächen berücksichtigt.

Die in Tabelle 5: Gesamtpotenzial Photovoltaik (Freiflächen) dargestellten Flächen, die innerhalb von Naturschutzgebieten liegen, wurden im Rahmen der vorherigen Auswertung nicht berücksichtigt. Nach den aktuellen Förderbedingungen des EEG, besteht für Standorte innerhalb von Naturschutzgebieten kein Anspruch auf EEG-Vergütung. Dies betrifft an dieser Stelle sowohl Flächen auf Grün- und Ackerland als auch mögliche Modellprojekte für Moor-PV, für die darüber hinaus, grundsätzlich noch gesonderte Bestimmungen zu berücksichtigen sind.

Würde die gesamte Flächenkulisse erschlossen, könnten PV-Anlagen innerhalb der beschriebenen Flächenkategorien insgesamt 93 % des Gesamtstromverbrauchs (rd. 475.000 MWh im Bilanzjahr 2019) decken.

6.4 Windkraftpotenziale

Die Nutzung der Windkraft zur Stromerzeugung ist technisch weit fortgeschritten und stellt eine besonders effektive Möglichkeit zur Ablösung fossiler Energieträger dar.

Das Ergebnis dieser Analyse stellt ein aus technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitetes, maximales Potenzial dar und beschreibt somit weder einen konkreten Umsetzungsplan, noch nimmt es erforderliche detaillierte Untersuchungen im Vorfeld einer möglichen Umsetzung vorweg. Unterschiedliche politische oder gesellschaftliche Interessen wurden bei dieser Betrachtung nur bedingt berücksichtigt.

Der aktuell gültige Teilflächennutzungsplan würde einen über den aktuellen Anlagenbestand ausgehenden Zubau derzeit nicht zulassen. Für die Erschließung neuer Standorte wird somit eine Änderung des bestehenden Teilflächennutzungsplanes erforderlich.

6.4.1 Potenzialermittlung

Grundlage für die Ermittlung der Windkraftpotenziale ist zunächst die Bestimmung eines Flächenpotenzials, das auf Basis rechtlicher und technischer Restriktionen mit Hilfe von Geodaten bestimmt wurde.

In sind die angewandten Ausschlussgebiete und berücksichtigten Abstandsannahmen dargestellt.

Tabelle 6: Restriktionen Windenergie (Vergleichsanalyse)

Restriktionen Windpotenzialflächen und Pufferabstände	
Verkehrswege	
Autobahn	100 m
Bundesstraße	75 m
Landesstraße	75 m
Kreisstraße	75 m
Weg	1 m
Bahnstrecke	150 m
Baulich geprägte Flächen	
Wohnbaufläche	900 m
Fläche gemischter Nutzung	900 m
Flächen besonderer funktionaler Prägung	500 m
Industrie und Gewerbe	500 m
Sport-, Freizeit-, Erholungsfläche	500 m
Sonstige Siedlungsflächen	500 m
Historisches Bauwerk, historische Einrichtung	900 m
Gewässer	
Fließende Gewässer (Flüsse, Bäche)	50 m
Stehendes Gewässer	50 m
Natur- und Artenschutz	
Naturschutzgebiet	200 m
Vogelschutzgebiet	Ausschluss
Flora-Fauna-Habitat	Ausschluss
Sonstige	
Tagebau, Grube, Steinbruch	1 m
Flugverkehr	3.000 m
Freileitungen	100 m

Im folgenden Schritt erfolgt eine Bewertung auf Grundlage der mittleren Windgeschwindigkeiten mit dem Ziel, ertragsschwache Teilflächen auszuschließen. Anhand der verbliebenen Eignungsflächen wird ein exemplarisches Anlagenpotenzial auf Basis einer definierten Windkraftanlage gebildet.

6.4.2 Repowering

Des Weiteren ist bei der Potenzialdarstellung das Repowering zu berücksichtigen, also der Austausch kleinerer Windenergieanlagen älterer Baujahre durch leistungsstärkere Anlagen, der jeweils aktuellen Generation.

Der Einsatz von Windenergieanlagen größerer Leistung im Rahmen einer Repoweringmaßnahme impliziert u. a.:

- Bei ansonsten gleichen Standortbedingungen (mittlere Windgeschwindigkeit, Windgeschwindigkeit im Nennpunkt der Anlage) wächst die Rotorfläche proportional zur Nennleistung bzw. der Rotorradius proportional zur Quadratwurzel der Leistung.

- Proportional zur Vergrößerung des Rotorradius sinkt die Rotationsgeschwindigkeit (die Umlaufgeschwindigkeit der Rotorblattspitzen bleibt konstant).
- Proportional mit dem Rotorradius steigt der (Mindest-)Abstand zwischen den Anlagenstandorten.
- Die Anzahl der Anlagen innerhalb eines Windparks sinkt.
- Die installierte Leistung des Windparks bleibt unverändert oder vergrößert sich.
- Die Masthöhe wächst mit dem Rotorradius.
- Die anlagenspezifischen Erträge erhöhen sich durch den Betrieb in höheren (=günstigeren) Windlagen.

Bei einer Repowering-Maßnahme handelt es sich somit nicht nur um eine Sanierung, sondern auch um die Neubelegung einer Fläche durch leistungsfähigere, größere Windenergieanlagen. Ein vollständiger Rückbau der alten Anlagen ist somit erforderlich. Gegebenenfalls sind auch die Infrastrukturen für die Netzanbindung zu erweitern.

Für das Ermitteln der Repowering-Potenziale steht die Anlagenanzahl auf den Flächen des heutigen Windparks im Vordergrund. Dabei sind die Abstandsverhältnisse zwischen den neuen Standorten und damit der Flächenbedarf pro Windanlage maßgeblich.

Trotz der Verringerung der Anlagenanzahl ist mit einer deutlich gesteigerten Windparkleistung durch die Repowering-Maßnahme zu rechnen. Die Anzahl der Anlagen nimmt hier proportional zur Wurzel der Leistung der Einzelanlagen ab.

Sowohl durch die geringere Anzahl der Windenergieanlagen als auch durch die mit größeren Rotoren einhergehende Reduzierung der Drehzahl werden optische Beeinträchtigungen vermindert. Aufgrund von Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen kann das Repowering-Potenzial gegebenenfalls jedoch nur eingeschränkt ausgeschöpft werden.

Weiterhin ist zu bedenken, dass insbesondere in Mittelgebirgslagen dem Transport sehr großer und schwerer Anlagenkomponenten einer Leistungserweiterung für künftige Repowering-Generationen Grenzen gesetzt sind. Die Zuwegung zu den Standorten wird dabei zunehmend zum kritischen Faktor. Das Repowering-Potenzial wurde für Maßnahmen bis 2030 daher auf der Basis von Anlagen der 6 MW Klasse bestimmt.

6.4.3 Ergebnisse Windenergiepotenzial

Ausgehend von der Gesamtfläche der Stadt Homburg und den zuvor aufgeführten Ausschluss- und Restriktionskriterien resultieren Potenzialflächen, die, unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Kriterien, zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in Frage kommen.

Abbildung 28: Windenergie in der Kreisstadt Homburgs stellt die ermittelten Potenzialflächen dar. Auf konkrete Anlagenstandorte wird an dieser Stelle nicht eingegangen, im Rahmen der Potenzialermittlung werden jedoch exemplarische Anlagenstandorte berücksichtigt.

Dies begründet sich u. a. damit, dass die im Rahmen einer möglichen Erschließung notwendigen detaillierten Untersuchungen, auf Basis der Detailschärfe sowie Datengrundlage dieser Analyse nicht vorweggenommen werden können. Zudem wäre, wie bereits eingangs beschrieben, zunächst eine Änderung des gültigen Teilflächennutzungsplanes notwendig, um neue Standorte erschließen zu können.

Abbildung 28: Windenergie in der Kreisstadt Homburg

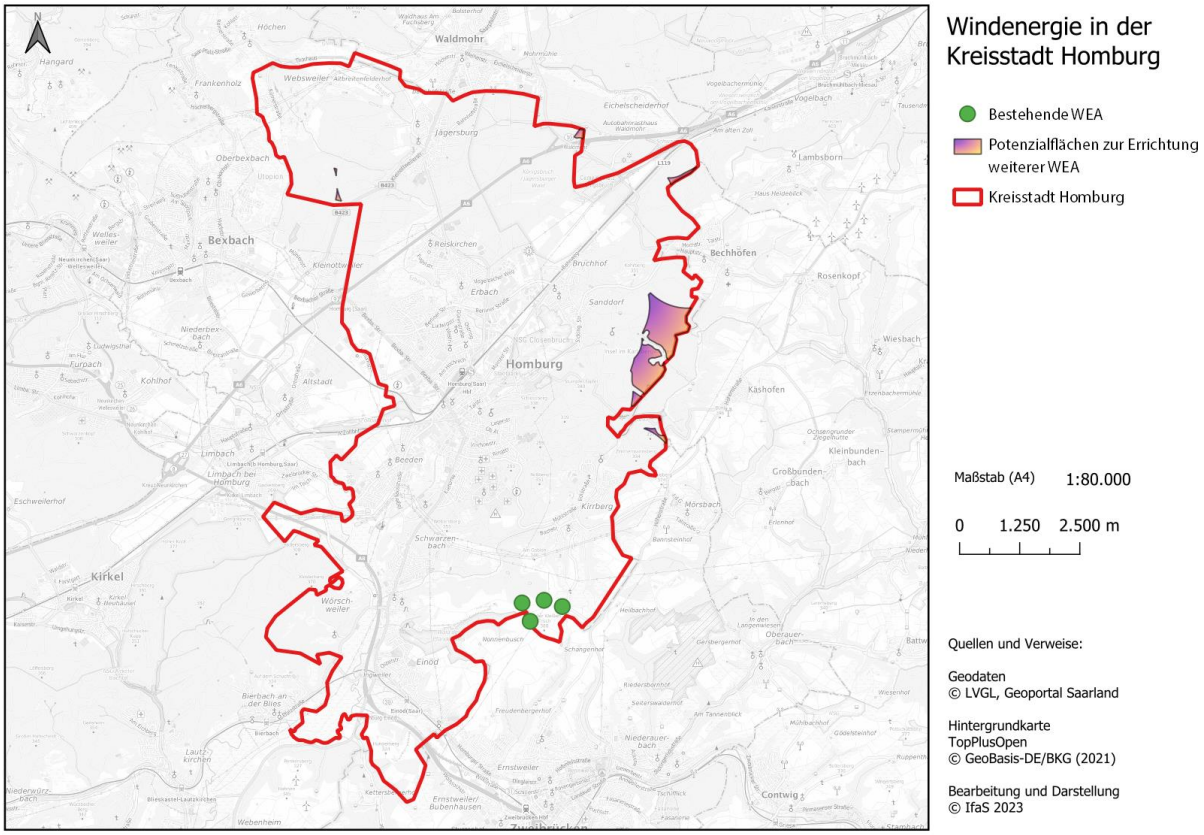


Abbildung 29: Potenzialflächen Windenergie

Anhand einer exemplarischen Anlagenbelegung innerhalb der resultierenden Flächenkulisse, einer für die Standortbedingungen geeigneten Referenzanlage (Anlagenleistung je 6 MW) sowie der jeweiligen

Windgeschwindigkeit an den gewählten Standorten wird zunächst ein maximales Ausbaupotenzial ermittelt.

Tabelle 7: Windenergiepotenzial (Ausbaupotenzial)stellt für o. g. Potenzialflächen (Zubau I) sowie für ein mögliches Repowering des bestehenden Standortes die mögliche Anlagenanzahl, installierbare Leistung und Stromerträge innerhalb der Betrachtungsräume 2030 und 2045 dar.

Tabelle 7: Windenergiepotenzial (Ausbaupotenzial)

Windenergiepotenzial Kreisstadt Homburg			
Bezeichnung	Anzahl	Leistung [MW]	Stromerträge [MWh/a][2]
Bestand I - Energie und THG-Bilanzierung: Einspeisung lt. Netzbetreiber (Windpark Lambsborn-Martinshöhe)[1]	10	20,0	39.600
Bestand II - Potenzialanalyse: Anlagenstandorte innerhalb Kreisstadt Homburg (Windpark auf der weißen Trisch) [2]	*4*	*9,6*	*24.000*
Summe 2020[1,2]	**10**	**20,0**	**39.600**
Bestand II (Windpark auf der weißen Trisch)[2]	4	9,6	24.000
Summe 2030	**4**	**9,6**	**24.000**
Zubau (Potenziale innerhalb Kreisstadt Homburg)	9	54,0	144.000
Repowering (Windpark auf der weißen Trisch)[2]	3	18,0	48.000
Summe 2040 / 2045	**12**	**72,0**	**192.000**

1) Anlagenstandorte außerhalb der Kreisstadt Homburg (Einspeisepunkt innerhalb) werden im Rahmen der Energie- und THG Bilanzierung nach BISKO-Standard im IST-Zustand berücksichtigt. Im Rahmen der Potenzialanalyse erfolgt weder im Bestand, noch im Repowering eine Berücksichtigung.
2) Anlagenstandorte innerhalb der Kreisstadt Homburg (Einspeisepunkt außerhalb) werden im Rahmen der Potenzialanalyse ab 2030 im Anlagenbestand berücksichtigt. Es wird zudem ein theoretisches Repowering (20 Jahre nach Inbetriebnahme) angenommen.

Ausgehend von den ermittelten Flächenpotenzialen ergibt sich zunächst ein Zubaupotenzial von 9 WEA, bei einer kumulierten Anlagenleistung von 54 MW und prognostizierten Erträgen von rund 144.000 MWh/a. An dieser Stelle wird angenommen, dass diese zwischen den Jahren 2030 und 2040 errichtet werden.

Ein weiteres Potenzial besteht darin, die bestehenden Anlagen einem Repowering zu unterziehen. Dabei wird angenommen, dass von den vier bestehenden Standorten aufgrund der wesentlich höheren Anlagengröße nach dem Repowering drei verbleiben, die mit rund 18 MW bis zum Jahr 2050 ein Gesamtpotenzial von 72 MW ermöglichen. Damit einhergehend könnten sich die jährlichen Stromerträge auf ca. 192.000 MWh/a belaufen.

Differenziert werden muss an dieser Stelle der jeweils berücksichtigte Anlagenbestand. Im Rahmen der IST-Analyse werden dabei zunächst diejenigen Anlagen berücksichtigt, die auf dem Territorium der Kreisstadt Homburg einspeisen (Angaben Netzbetreiber). Dies betrifft in Summe 10 WEA des Windparks Lambsborn-Martinshöhe, der vollständig außerhalb der Kreisstadt liegt. Im Rahmen der weiteren Potenzialbetrachtung ab 2020 werden stattdessen nur noch die Anlagenstandorte

berücksichtigt, die innerhalb der Kreisstadt Homburg liegen. Somit werden die vier bestehenden WEA des Windparks auf der weißen Trisch im Zwischenstand 2030 sowie im Rahmen eines möglichen Repowerings betrachtet.

Beachtet werden muss hierbei, dass der jeweilige Anlagentyp bzw. die betrachtete Leistungsklasse maßgeblich für die Anzahl der WEA je Potenzialflächen ist, da bei größeren Masthöhen und Rotordurchmessern ein höherer Abstand der Anlagen untereinander einzuhalten ist.

Bei einem vollständigen Ausbau der Potenziale würde die Windenergie mit einem Anteil von rund 40,4 % des aktuellen Stromverbrauchs (rd. 475.000 MWh Gesamtstromverbrauch im Bilanzjahr 2019) einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Homburg leisten. Es ist nicht auszuschließen, dass ein möglicher Ausbau durch bisher nicht berücksichtigte technische Restriktionen, (zunächst) geringer ausfallen kann. Derartige Einschränkungen könnten sich aus heutiger Sicht bzw. aufgrund fehlender Datenmaterialien beispielsweise auch ergeben durch:

- eine unzureichende Netzinfrastruktur bzw. fehlende Anbindung an Mittel- und Hochspannungsnetze (Netztrassen und Umspannwerke sowie vom Netzbetreiber genannter Anschlusspunkt für die Netzanbindung), fehlende Aufnahmekapazität des zusätzlich produzierten Stroms oder eine fehlende Investitionsbereitschaft in den Ausbau von Netzinfrastrukturen, die für eine höhere Transportleistung bezogen auf die anvisierten Stromerzeugungskapazitäten benötigt würde (innerhalb und außerhalb des Betrachtungsgebiets),
- Grenzen der Akzeptanz für WEA und Hochspannungstrassen,
- fehlende Informationen bezüglich etwaiger Tiefflugbiete oder Richtfunkstrecken,
- unzureichend befahrbare Zuwegungen durch schweres Gerät (öffentliche Straßen, Ortsdurchfahrten etc.) zum Windpark zur Erschließung der potenziellen Windenergieanlagenstandorte, Geländeprofil lässt keine Baustelle zu,
- Potenzialflächen in Grenznähe des Betrachtungsraums (die Grenze zwischen Kommunen/Landkreisen/Bundesländern etc.) können jeweils nur einmal mit Standorten „besetzt“ werden; die Abstandsregelungen zwischen WEA in Windparkanordnungen sind zu beachten.

Andererseits bestehen Aspekte, die zu einer Erweiterung des Potenzials für WEA führen können:

- Ein höheres Flächenpotenzial ist möglich, wenn die hier getroffenen Annahmen bzgl. der Abstände zu restriktiven Gebieten bei der Einzelfallprüfung geringer ausfallen.
- Eine feingliedrigere Untersuchung von Schutzgebieten in Bezug auf Vorbelastungen durch Verkehrsflächen oder Freileitungstrassen sowie die Nähe zu bereits existierenden

Anlagenstandorten bleiben der kommunalen oder regionalen Planung sowie einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorbehalten.

- Flächen, auf denen Freileitungstrassen oder Verkehrsflächen verlaufen, gelten als vorbelastet und damit als weniger schutzwürdig bzgl. einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Die vorliegende Potenzialanalyse kann weder die im Genehmigungsverfahren für Windparks erforderlichen Prüfungen (bspw. Umweltverträglichkeitsprüfung, Schallgutachten) vorwegnehmen noch den Detaillierungsgrad einer Standortplanung (u. a. Zuwegung, Eigentümer) erfüllen.

6.5 Biomassepotenziale

Die Biomassepotenziale in der Stadt Homburg umfassen die Bereiche Forst- und Landwirtschaft, Landschaftspflege sowie Siedlungsabfälle und werden in Biomasse-Festbrennstoffe und Biogassubstrate eingeteilt. Im Ergebnis werden nur die ausbaufähigen Potenziale ausgewiesen. Die Flächenverteilung ist in der folgenden Abbildung dargestellt. Land- und forstwirtschaftliche Flächen haben einen Anteil von 57 % der Gesamtfläche, während Siedlungsgebiete und Infrastruktur 43 % der Flächennutzung im Gebiet ausmachen. Die Potenzialdarstellung basiert auf statistischen Daten, Literaturwerten und praktischen Erfahrungen.

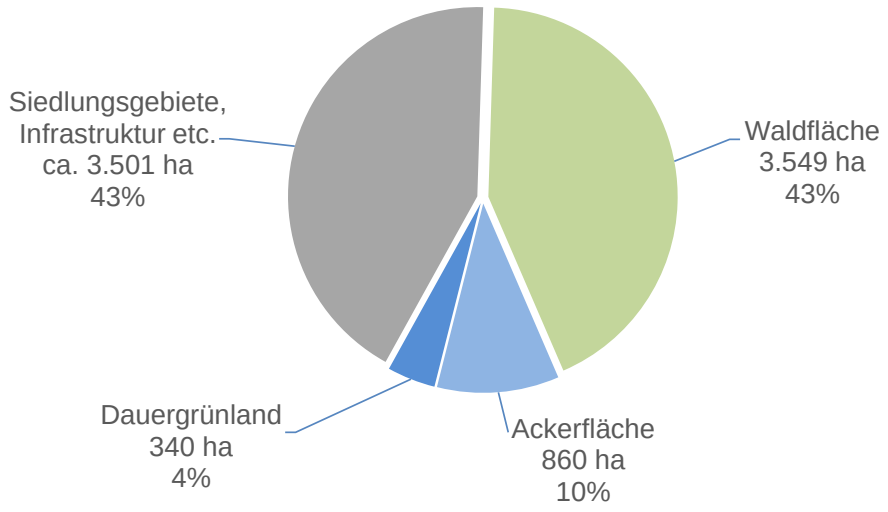


Abbildung 30: Flächenverteilung der Stadt Homburg

Die Datengrundlage speziell zur Flächenverteilung setzt sich zusammen aus Statistischen Werten sowie Werten, die von der Stadt Homburg zur Verfügung gestellt wurden. Bei der Darstellung des Dauergrünlands wurde bewusst auf statistische Daten zurückgegriffen, da diese nur bewirtschaftetes Grünland enthalten und der Fokus der Potenzialermittlung auch im Sinne des Erosionsschutzes auf Agrarholz gelegt wurde.

6.5.1 Potenziale aus der Landwirtschaft

Im Bereich der Landwirtschaft wurden auf der Datenbasis des Statistischen Landesamtes aktuelle Flächen- und Nutzungspotenziale für den Bilanzraum analysiert.

Die Betrachtung fokussiert sich auf folgende Bereiche:

- Energiepflanzen aus Ackerflächen,
- Reststoffe aus Ackerflächen,
- Reststoffe aus der Viehhaltung,
- Biomasse aus Dauergrünland.

6.5.1.1 Anbau von Energiepflanzen auf Ackerflächen

Um Potenziale aus dem Anbau von Energiepflanzen auf Ackerflächen darzustellen, wurde zunächst ermittelt, in welchem Umfang Ackerflächen für eine derartige Nutzung zusätzlich bereitgestellt werden können.

In der folgenden Potenzialanalyse wird zugrunde gelegt, dass ca. 15% der Ackerflächen für eine derartige Verwendung bereitgestellt werden können. Hieraus errechnet sich ein Flächenpotenzial von ca. 120-130 ha. Es ist bereits eine Biogasanlage mit einer Leistung von ca. 200 kW_{el} installiert, deren Nutzung etwa 60-70 ha Ackerfläche in Anspruch nimmt. Hieraus errechnet sich ein Flächenpotenzial von ca. 60 ha. Wenn diese Ackerflächen zu 100% für den Anbau von Agrarholz genutzt werden, ergibt sich hieraus ein Energiepotenzial von 2.300 MWh/a.

6.5.1.2 Reststoffe aus der Tierhaltung

Die relevanten Daten zur Tierhaltung im Betrachtungsraum beziehen sich auf den Stand 2022 und berücksichtigen dabei sowohl die durchschnittlich produzierten Güllemengen sowie die Stalltage pro Tierart und Jahr. Es ist von etwa 3.000-3.500 t/a vorhandenem Wirtschaftsdünger auszugehen. Die genutzten Potenziale liegen geschätzt bei ca. 1.500 – 1.700 t/a. Aufgrund dieser bisherigen Nutzung von landwirtschaftlichen Reststoffen verbleiben Potenziale i. H. v. etwa 1.600 – 1.700 t/a, welche energetisch verwertet werden könnten. Dies entspricht einem Energiegehalt von etwa 150 - 200 MWh/a. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Potenzialanalyse.

Tabelle 8: Aufkommen und energetische Nutzung von Wirtschaftsdünger in der Stadt Homburg

Art des Wirtschaftsdüngers		Tieranzahl	Wirtschafts-dünger	Energie-gehalt
			[t/a]	[MWh/a]
Mutterkühe	Festmist	0	0	0
Milchvieh	Flüssigmist	0	0	0
	Festmist		0	0
Rinder	Flüssigmist	597	3.038	280
	Festmist		274	127
Σ		597	3.313	407
Mastschweine	Flüssigmist		0	0
Zuchtsauen	Flüssigmist		0	0
Σ		0	0	0
Geflügel	Kot-Einstreu-Gemisch	300	6	6
Pferde	Mist		0	0
		Gesamt-Σ	**3.318**	**413**
	davon bereits in Nutzung		**1.644**	205
	davon ausbaufähig		**1.674**	**208**

6.5.2 Potenziale aus der Landschaftspflege und Siedlungsabfällen

6.5.2.1 Potenziale aus der Landschaftspflege

Im Bereich Landschaftspflege wurden die Potenziale für eine energetische Verwertung aus den Bereichen Gewässer- und Straßenbegleitgrün untersucht.

Unter Berücksichtigung der Gewässer- und Straßenlängen innerhalb des Stadtgebietes ergibt sich ein Potenzial von rund 200 t/a. Wird zum Zeitpunkt der Verwendung ein Wassergehalt von 35 % angesetzt, so ergibt sich ein Gesamtheizwert von rund 600 MWh/a.

6.5.2.2 Potenziale aus organischen Siedlungsabfällen: Gartenabfall

Für die Erhebung des nachhaltigen Potenzials aus Gartenabfällen wurden ebenfalls Mengenangaben der Landesabfallbilanz zugrunde gelegt (ca. 2.900 t/a Grüngut). Dies entspricht etwa 59,6 kg/EW. Unter der Annahme, dass der holzige Anteil in etwa 30 – 40 % beträgt, ergibt sich ein Energiepotenzial der Festbrennstoffe i. H. v. etwa 3.100 MWh/a.

An dieser Stelle muss erwähnt sein, dass das vorhandene Potenzial, aufgrund der Andienungspflicht an den Entsorgungsverband Saar (EVS), nicht im Zugriff der Stadt befindet.

6.5.3 Potenziale aus der Forstwirtschaft

Die Basisdaten für die Forstpotenziale der Stadt wurden auf Grundlage der dritten Bundeswaldinventur (statistische Daten zu Wald und Forstwirtschaft im Saarland) sowie statistischen Daten auf Landesebene erhoben. Hieraus ergibt sich eine Waldfläche im Bezugsraum von ca. 3.550 ha. Um eine Einschätzung über die Nutzung dieser Waldfläche zu erhalten, wird das Verhältnis von Nutzung und Zuwachs gebildet. Aus den zugrunde gelegten Daten lässt sich ein Verhältnis aus Nutzung und Zuwachs von ca. 45 - 50 % ableiten.

Als Leitsortimente werden in der Forstsprache die Verkaufskategorien der unterschiedlichen Holzarten bezeichnet. Hier wird vor allem zwischen Stammholz, Industrieholz höherer und niedrigerer Qualität und Energieholz unterschieden. In der Potenzialanalyse werden die Sortimente Industrieholz und Energieholz berücksichtigt. Für das Energieholz errechnet sich ein genutztes jährliches Potenzial von rund 1.430 t. Der darin gebundene Energiegehalt summiert sich auf ca. 4.700 MWh.

Aufgrund der tendenziell niedrigen Nutzung des Zuwachses wurde eine Nutzungssteigerung auf ca. 70 % des Zuwachses in der Potenzialanalyse berücksichtigt. Im Rahmen einer Sortimentsverschiebung wurden für den Planungszeitraum bis 2045 ca. 5 – 10 % des Industrieholzes in das Energieholz verschoben. Die nachfolgende Tabelle 9: Darstellung des nachhaltigen Energieholzpotenzials von 2020-2050 zeigt die aktuelle Energieholznutzung sowie den Ausbau der Energieholzmengen.

Tabelle 9: Darstellung des nachhaltigen Energieholzpotenzials von 2020-2050

Potenziale Forstwirtschaft	
	Gesamtwald
Energieholz 2021 [t]	1.430
Energiegehalt 2021 [MWh/a]	4.786
Energieholz 2050 [t]	2.288
Energiegehalt 2050 [MWh/a]	7.658
Ausbaupotenzial [MWh]	2.872

Hieraus ergibt sich ein Ausbaupotenzial von rund 2.870 MWh bis zum Jahr 2045.

7 Energie- und Treibhausgasbilanzierung (Szenarien)

Mit dem Ziel, ein auf den regionalen Potenzialen des Betrachtungsgebietes aufbauendes Szenario der zukünftigen Energieversorgung und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2045 abzubilden, werden an dieser Stelle die Bereiche Strom und Wärme hinsichtlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten der Verbrauchs- und Versorgungsstrukturen analysiert. Die zukünftige Wärme- und Strombereitstellung wird auf der Grundlage ermittelter Energieeinsparpotenziale im Bereich der privaten Haushalte (siehe Kapitel Energieeffizienzpotenziale der privaten Haushalte) und Potenziale regenerativer Energieerzeugung (siehe Kapitel Potenziale zur Erschließung der verfügbaren erneuerbaren Energien) errechnet. Die Ergebnisse werden in zwei verschiedenen Szenarien dargestellt. Beiden Szenarien zeigen dabei Möglichkeiten und entsprechen nicht einem Umsetzungsplan.

Die Entwicklung im Verkehrssektor selbst wurde bereits in Kapitel 5.4 hinsichtlich des gesamten Energieverbrauches von 2019 bis 2045 dargestellt. Hier wurde verdeutlicht, dass es zukünftig zu Kraftstoffeinsparungen aufgrund effizienterer Motorentechnik der Verbrennungsmotoren und zu einer Substitution der fossilen durch biogene Treibstoffe kommen wird. Darüber hinaus wird es im Verkehrssektor zu einem vermehrten Einsatz effizienter Elektroantriebe kommen. Daher sind weitere Detailbetrachtungen in diesem Kapitel nicht erforderlich.

Bei der Entwicklung des Stromverbrauches ist bereits der steigende Bedarf (Mehrverbrauch) durch die Sektorenkopplung mit dem Wärme- und Verkehrssektor mitberücksichtigt.

7.1 Betrachtete Szenarien

Die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Homburg bis zum Jahr 2045 hinsichtlich ihrer Strom- und Wärmeversorgung werden anhand von zwei Szenarien dargestellt:

1. Klimaschutz Szenario (Klima.)
2. Ambitioniertes Szenario (Amb.)

In beiden Szenarien wird der Ausbau Erneuerbarer Energien, die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie eine Reduktion der Treibhausgase forciert. Beide Szenarien unterscheiden sich im Ausmaß der Energieeinsparung durch Sanierung und der Zubaurate der Erneuerbare-Energien-Anlagen. Der sukzessive Ausbau der Potenziale „Erneuerbarer Energieträger“ sowie die Erschließung der Energieeffizienzpotenziale erfolgt unter der Berücksichtigung nachstehender Annahmen:

Tabelle 10: Erschließung der Potenziale je Szenario

	Effizienz		PV-FFA	PV-Dach	Solarthermie	Biomasse Festbrenn-stoffe	Biogas	Windkraft	Wasserkraft	Geothermie
Klimaschutzszenario	1,5% jährlich Sanierungs-quote des privaten Wohnge-bäudebestands Sanierung von 124 Gebäude/a (entspricht ca. 29% des Gesamtgebäude-bestandes)	mit dieser Sanierungsquote ist eine Wärme-verbrauchs-minderung um **ca. 18%** bis 2045 ggü. 2019 möglich	20% **88.200 MWh/a**	40% **142.300 MWh/a**	70% **27.400 MWh/a**	100% **10.900 MWh/a**	100% **2.100 MWh/a**	100% **192.000 MWh/a**	36% **250 MWh/a**	--- Zubau nicht quantifizierbar
Ambitioniertes Szenario	2,5% jährlich Sanierungs-quote des privaten Wohnge-bäudebestands Sanierung von 206 Gebäude/a (entspricht ca. 48% des Gesamtgebäude-bestandes)	mit dieser Sanierungsquote ist eine Wärme-verbrauchs-minderung um ca. **28%** bis 2045 ggü. 2019 möglich	100% **440.900 MWh/a**	100% **355.800 MWh/a**	100% **39.200 MWh/a**	100% **10.900 MWh/a**	100% **2.100 MWh/a**	100% **192.000 MWh/a**	100% **700 MWh/a**	--- Zubau nicht quantifizierbar

Die in obenstehender Tabelle aufgezeigte Entwicklung ermöglicht es, die Auswirkungen der unterschiedlichen Zubau- bzw. Erschließungsraten auf die Energie- und Treibhausgasbilanz und die mögliche Regionale Wertschöpfung (vgl. Kapitel 8) abzubilden.

Das Ambitionierte Szenario geht von einem vollständigen Ausbau der ermittelten Potenziale zur Erschließung der verfügbaren erneuerbaren Energien aus. Die verfügbaren Potenziale werden in diesem Szenario bis zum Zieljahr 2045 zu 100% erschlossen.

Im Klimaschutz Szenario erfolgt dagegen ein reduzierter Ausbau der regional verfügbaren Potenziale. Dieser Ausbau orientiert sich an den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in der Stadt. Folglich geht das Klimaschutz Szenario von einer nicht vollständigen Erschließung der theoretischen Potenziale bis zum Zieljahr 2045 aus.

Das Ambitionierte und das Klimaschutz Szenario unterscheiden sich hinsichtlich der Energieeffizienz im Wesentlichen aufgrund der Sanierungsquote der privaten Haushalte. Im Ambitionierten Szenario wurde eine Sanierungsquote von 2,5% angenommen, im Klimaschutz Szenario dagegen liegt die Sanierungsquote bei 1,5%. In den beiden Entwicklungsszenarien wurde darüber hinaus die vollständige Erschließung der in Kapitel 5 Potenziale zur Energieeinsparung und –effizienz dargestellten Einspar- und Effizienzpotenziale aller weiteren Sektoren zugrunde gelegt. Des Weiteren wurde bis 2045 eine Sektorenkopplung für Wärme und Verkehr angestrebt, wenn die Stromproduktion aus regenerativen Anlagen den Verbrauch überschreitet.

7.2 Struktur der Strombereitstellung bis zum Jahr 2045

Im Jahr 2019 (Startbilanz) kann die Stadt Homburg ihren Stromverbrauch zu nur 12% aus regionalen Erneuerbaren Energien decken. Ein weiterer Ausbau ist deshalb in beiden Szenarien unbedingt erforderlich, um die THG-Minderungsziele, eine stabile regenerative Versorgung im Stromsektor und darüber hinaus die Versorgung anderer Bereiche, wie Wärme und Verkehr (Sektorenkopplung), zu ermöglichen.

Das Verhältnis zwischen Stromverbrauch und Stromerzeugung wird sich verändern. Technologische Fortschritte und gezielte Effizienz- und Einsparmaßnahmen können bis zum Jahr 2045 zu enormen Einsparpotenzialen innerhalb der verschiedenen Stromverbrauchssektoren führen. Im gleichen Entwicklungszeitraum wird der oben beschriebene Umbau der Energiesysteme jedoch auch eine steigende Stromnachfrage induzieren, wie die folgende Abbildung zeigt:

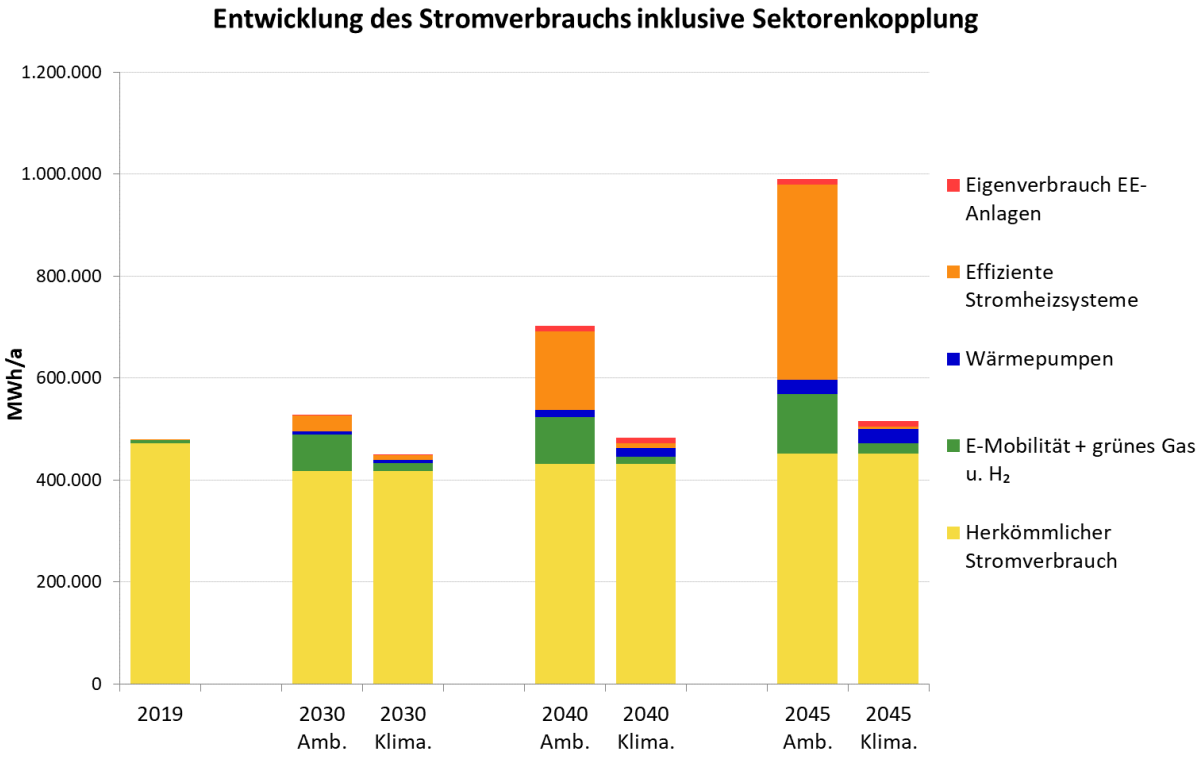


Abbildung 31: Entwicklung und Struktur des Stromverbrauchs bis zum Jahr 2045

So werden die Trendentwicklungen im Verkehrssektor (Elektromobilität und Wasserstoff), der Strombedarf der Wärmeerzeugungsanlagen, wie z. B. Wärmepumpen, und der Eigenstrombedarf regenerativer Stromerzeugungsanlagen zu einer gesteigerten Stromnachfrage im Betrachtungsgebiet führen.

Wie untenstehende Abbildung zeigt, wird durch den Zubau von Erneuerbaren-Energien-Anlagen im Ambitionierten Szenario bis zum Jahr 2045 eine Deckung des Strombedarfs zu 100% erreicht. Das Klimaschutz Szenario erreicht dieses Ziel auch bis 2045 nicht. Die dezentrale Stromproduktion stützt sich dabei hauptsächlich auf einen regenerativen Mix der Energieträger Wind und Sonne[51].

[51] An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen aufgrund ihrer dezentralen und fluktuierenden Strom- und Wärmeproduktion besondere Herausforderungen an die Energiespeicherung und Abdeckung von Grund- und Spitzenlasten im Verteilnetz mit sich bringen. Intelligente Netze und Verbraucher werden in Zukunft in diesem Zusammenhang unerlässlich sein. Um die forcierte dezentrale Stromproduktion im Jahr 2045 zu erreichen, ist folglich der Umbau des derzeitigen Energiesystems unabdingbar.

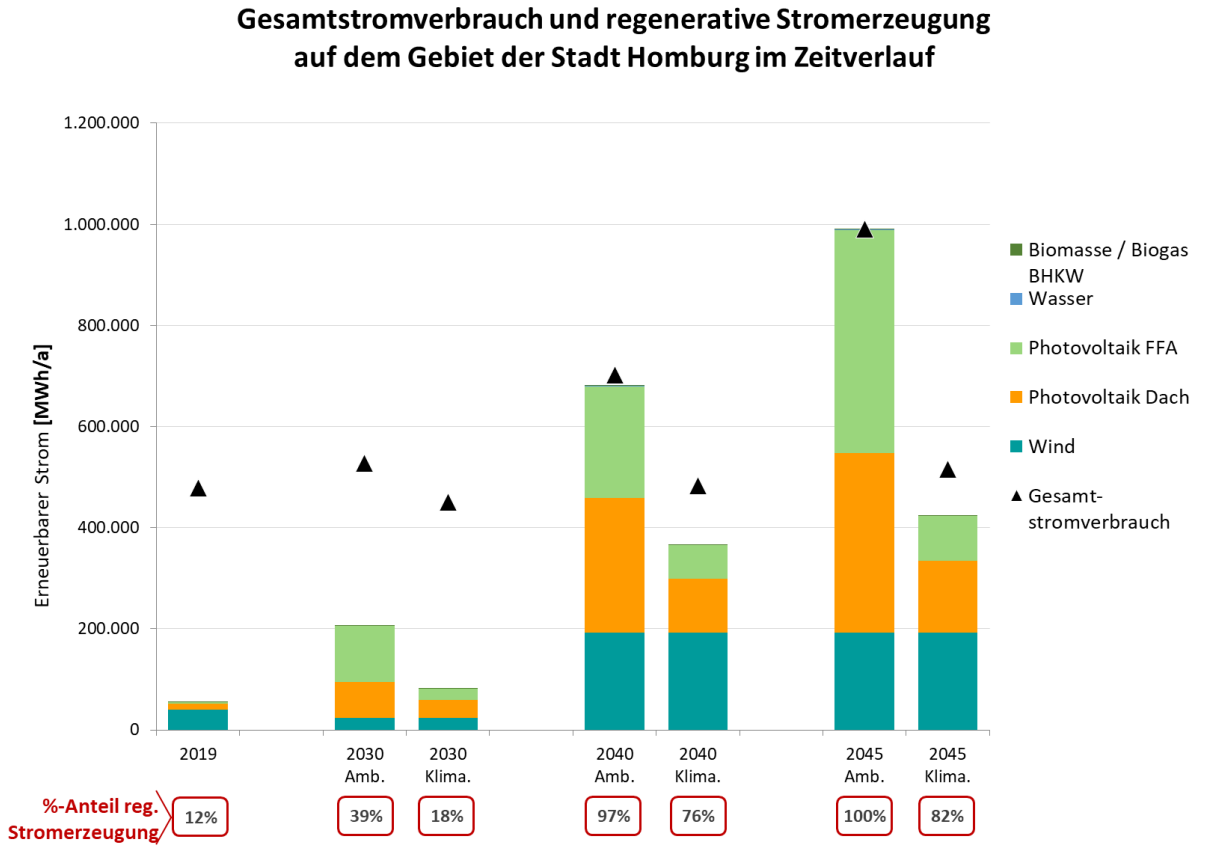


Abbildung 32: Entwicklung der regenerativen Stromversorgung bis zum Jahr 2045

7.3 Struktur der Wärmebereitstellung bis zum Jahr 2045

Die Deckung des Wärmebedarfs im Jahr 2019 liegt mit 1% weit unter der des Stromsektors. Die Bereitstellung regenerativer Wärme stellt somit eine große Herausforderung dar. Durch die Nutzung der regionalen Potenziale (inkl. Einbezug von regenerativem Strom als Wärmeenergieträger (Sektorenkopplung)) und der Erschließung der Effizienzpotenziale kann im Ambitionierten Szenario bis zum Jahr 2045 eine 64%-ige Versorgung mit Erneuerbaren Energien erreicht werden. Bedingt durch den geringen regenerativen Stromüberschuss für die Sektorenkoppelung im Klimaschutz Szenario kann die Wärmeversorgung im Jahr 2045 nur zu einem Anteil von 24% erneuerbar ausgebaut werden, wie die folgende Abbildung zeigt:

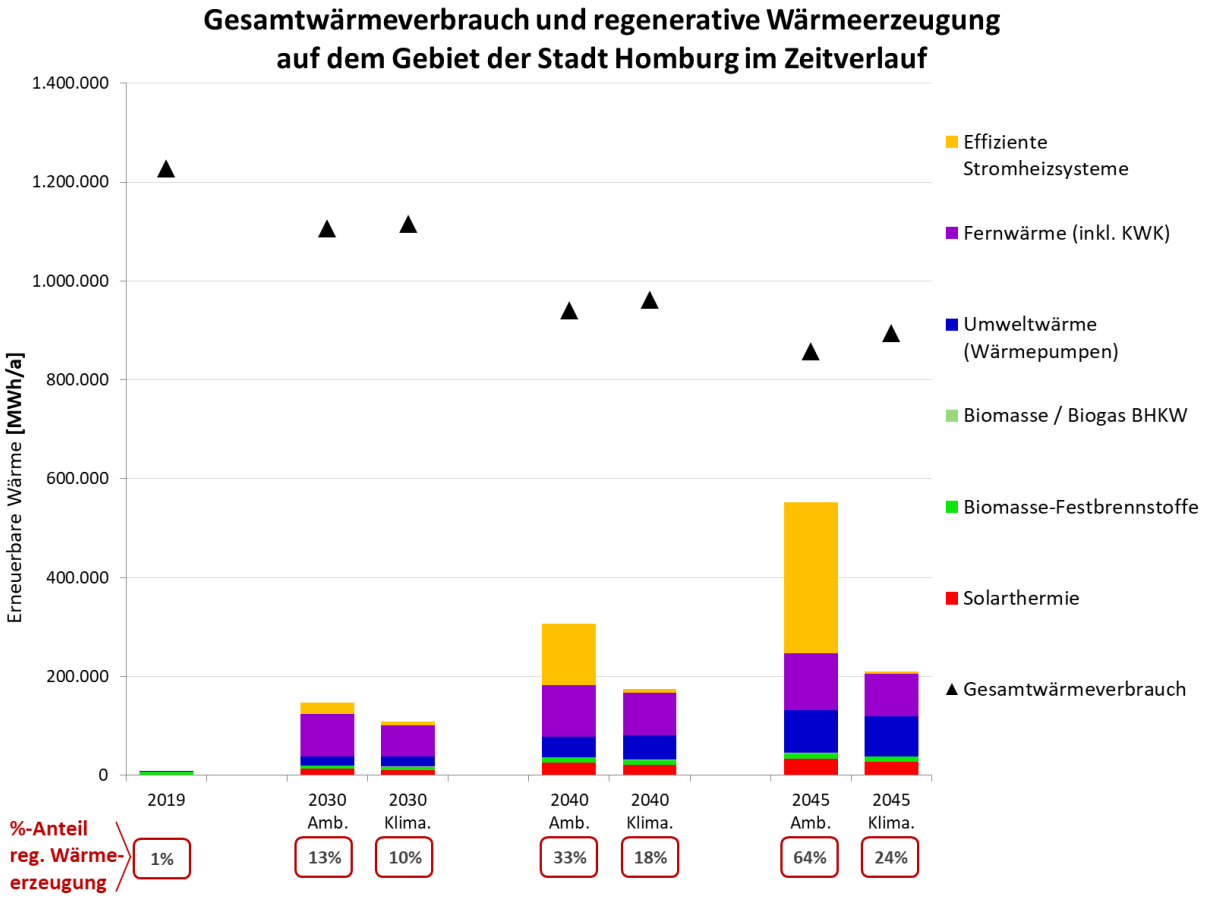


Abbildung 33: Entwicklung der regenerativen Wärmeversorgung bis zum Jahr 2045

Die Bereitstellung regenerativer Wärmeenergie stellt eine große Herausforderung dar. Der Anteil der Biomasse zur Wärmebereitstellung steigt bis zum Jahr 2045 gegenüber dem heutigen Stand nur leicht an, da es kaum lokales nachhaltiges Potenzial gibt. In Bezug auf die Solarpotenzialanalyse ist eine Heizungs- und Warmwasserunterstützung durch den Ausbau von Solarthermieanlagen auf Dachflächen privater Wohngebäude eingerechnet. Außerdem wird davon ausgegangen, dass die technische Heizungssanierung den Ausbau oberflächennaher Geothermie in Form von Wärmepumpen begünstigt. Durch den Ausbau Erneuerbarer-Energien-Anlagen bei gleichzeitiger Erschließung der Effizienzpotenziale kann bis zum Jahr 2030 in beiden Szenarien eine Steigerung von etwa 10% des EE-Anteils erreicht werden. Dieser Anteil kann durch den weiteren Ausbau und der Umsetzung der Sektorenkopplung (regenerativer Strom als Wärmeenergieträger) bis 2045 um ein Vielfaches erhöht werden. Die beiden Szenarien unterscheiden sich vor allem in der Sanierungsquote des privaten Wohngebäudebestandes, die im Ambitionierten Szenario 2,5% beträgt. Im Klimaschutz Szenario wurde dagegen eine geringere Sanierungsquote in Höhe von 1,5% angenommen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied der beiden Szenarien liegt im Ausbau der Fernwärme aus Erneuerbaren Energien[52]. Im Ambitionierten Szenario wurde eine 20%-ige Deckung des Wärmebedarfs der privaten Haushalte

[52] Kombination aus Biomasse, Solarthermie und Wärmepumpen

angenommen. Im Klimaschutz Szenario wurde die Deckung des Wärmebedarfs der privaten Haushalte mit 8% angenommen. So kann im Ambitionierten Szenario bis 2045 mithilfe einer Kombination aus Fernwärme EE, Solarthermieanlagen, Wärmepumpen, Biomasse und hocheffizienten Stromheizsystemen eine 64% regenerative Wärmeversorgung erreicht werden. In beiden Szenarien reichen die lokalen nachhaltigen Potenziale nicht aus, um die fossilen Energieträger komplett aus dem System zu verdrängen. Hier müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, die über die Systemgrenze hinausgehen, um die verbleibende Menge an Erdgas bis zum Jahr 2045 zu substituieren.

7.4 Zusammenfassung Gesamtenergieverbrauch – nach Sektoren und Energieträgern 2045

Der Gesamtenergieverbrauch des Betrachtungsgebietes wird sich aufgrund der zuvor beschriebenen Entwicklungsszenarien in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr im Jahr 2045 von derzeit ca. 2.067.200 MWh/a um ca. 27% im Klimaschutz Szenario und um ca. 25% im Ambitionierten Szenario reduzieren.

Die Verbrauchergruppen Private Haushalte, Industrie, GHD und die kommunalen Liegenschaften tragen zu einer Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs bei, indem sie durch Effizienz- und Sanierungsmaßnahmen ihren stationären Energieverbrauch stetig bis 2045 senken.

Die Senkung des Energieverbrauchs ist gekoppelt mit einem enormen Umbau des Versorgungssystems, welches sich von einer primär fossil geprägten Struktur zu einer regenerativen Energieversorgung entwickelt. Folgende Abbildung zeigt die Entwicklung des Gesamtenergieverbrauchs im Zeitverlauf der beiden Szenarien:

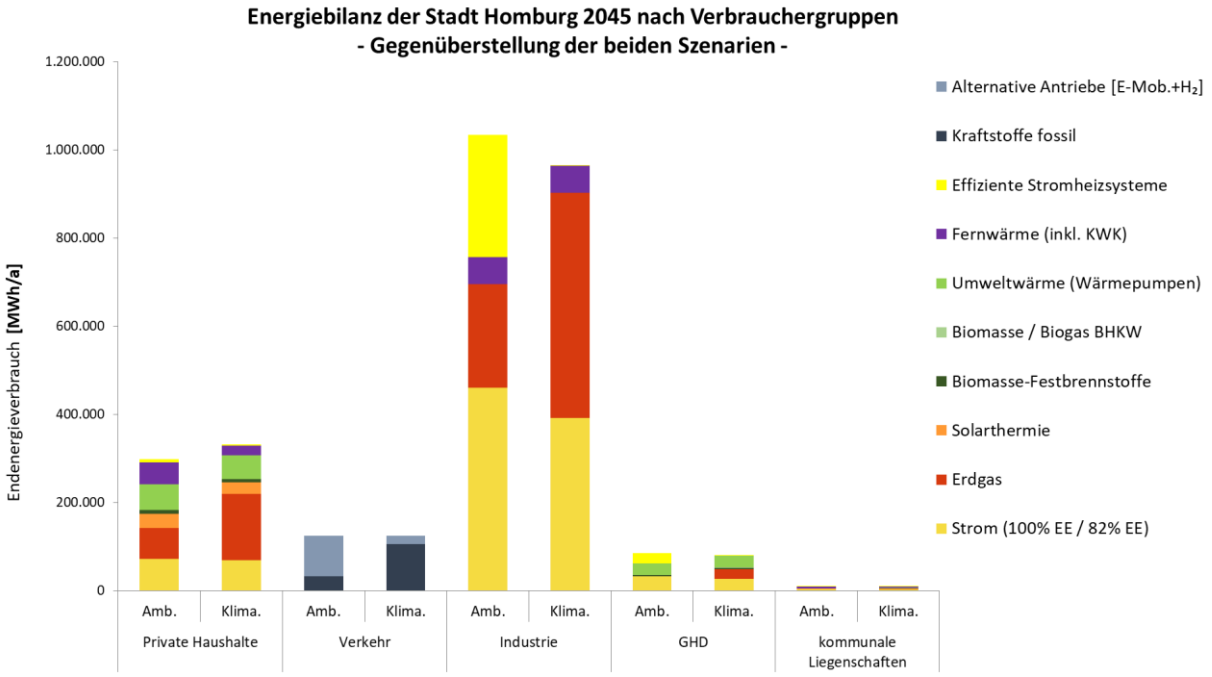


Abbildung 34: Energiebilanz nach Verbrauchergruppen und Energieträgern nach Umsetzung der Entwicklungsszenarien im Jahr 2045

In obenstehender Abbildung zeigen sich die szenarienspezifischen Energieeinsparungen der privaten Haushalte, sowie den unterschiedlichen Zubau der Fernwärme aus Erneuerbare Energien. Für den Verkehrssektor gibt es innerhalb des Ambitionierten Szenarios eine großteilige Umstellung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf alternative Antriebe. Für beide Verkehrsszenarien wurden die gleichen Annahmen hinsichtlich der benötigten Energiemengen getroffen, die im Ergebnis eine deutliche Reduktion gegenüber dem Betrachtungsjahr aufzeigen. Im Industriesektor zeigt sich der hohe Stromeinsatz für effiziente Stromheizsysteme, die einen Teil des fossilen Erdgases im Ambitionierten Szenario ersetzen.

7.5 Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2045

Durch den Ausbau einer regionalen regenerativen Strom- und Wärmeversorgung sowie durch die Erschließung von Effizienz- und Einsparpotenzialen lassen sich bis zum Jahr 2045 rund 556.900 t/CO_2e (Ambitionierten Szenario) bzw. 489.700 t/CO_2e (Klimaschutz Szenario) gegenüber 2019[53] einsparen. Dies entspricht einer Gesamteinsparung zwischen 85% (Ambitioniert) und 75% (Klimaschutz) und trägt somit zu den aktuellen Klimaschutzzielen der Bundesregierung bei. Wird die lokale Stromerzeugung berücksichtigt und angerechnet[54], können zwischen 553.500 t/CO_2e (Ambitioniert) und

[53] THG-Emissionen 2019 unter Berücksichtigung Bundesstrommix: 653.100 t/CO_2e

[54] Die niedrigeren Emissionsfaktoren der Erneuerbaren Energien verdrängen den höheren Emissionsfaktor des Bundesstrommix. THG-Emissionen 2019 bei Anrechnung der lokalen, regenerativen Stromerzeugung: 634.400 t/CO_2e

478.900 t/CO_2e (Klimaschutz) vermieden werden, was einer Gesamteinsparung zwischen 87% (Ambitioniert) bzw. 75% (Klimaschutz) entspricht.

Einen großen Beitrag hierzu leisten die Einsparungen im Stromsektor, die bis zum Jahr 2045 stetig gesenkt werden können. Durch den zuvor beschriebenen Aufbau einer nachhaltigen Wärmeversorgung können die Treibhausgasemissionen in diesem Bereich zwar stark vermindert, jedoch nicht vollständig vermieden werden.

Die Emissionen des Verkehrssektors werden aufgrund des technologischen Fortschrittes der Antriebstechnologien sowie der Einsparpotenziale innovativer Verbrennungsmotoren im Entwicklungspfad sukzessive gesenkt. In Kapitel 5.4 wurde anhand eines Entwicklungsszenarios beschrieben, dass es zukünftig zu Kraftstoffeinsparungen, der Substitution fossiler Treibstoffe durch biogene Treibstoffe in Verbrennungsmotoren und dem vermehrten Einsatz effizienter Elektroantriebe[55] kommen wird. Dennoch können die Emissionen im Verkehrssektor bis zum Jahr 2045 nicht vollständig vermieden werden. Hintergrund ist, dass vor allem im Straßengüterverkehr bis 2045 nicht alle fossilen Treibstoffe ersetzt werden können und nur ein geringer Bruchteil des Verkehrsaufkommens von der Straße auf die Schiene verlagert werden kann.

Die nachfolgenden beiden Grafiken veranschaulichen die Entwicklungspotenziale der Emissionsbilanz aller Sektoren, die zuvor beschrieben wurden, zum einen unter Berücksichtigung des Bundesstrommix und zum anderen unter Berücksichtigung der Entwicklung bei Anrechnung der lokalen, regenerativen Stromerzeugung:

[55] An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der Umbau des Fahrzeugbestandes hin zur Elektromobilität unmittelbar mit einem Systemumbau des Tankstellennetzes einhergeht. Dieser Aspekt kann im Rahmen der Klimaschutzkonzepterstellung nicht behandelt werden und ist in einer gesonderten Studie zu vertiefen.

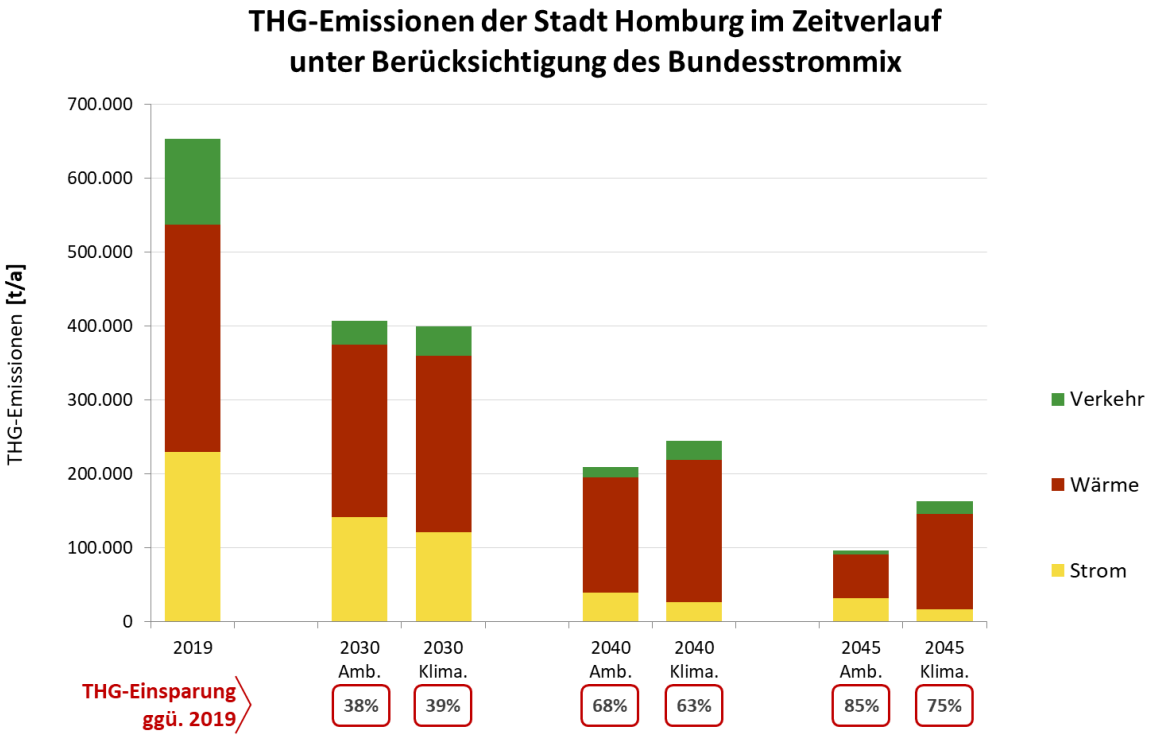


Abbildung 35: Entwicklung der Treibhausgasemissionen auf Basis der zukünftigen Energiebereitstellung unter Berücksichtigung des Bundesstrommix

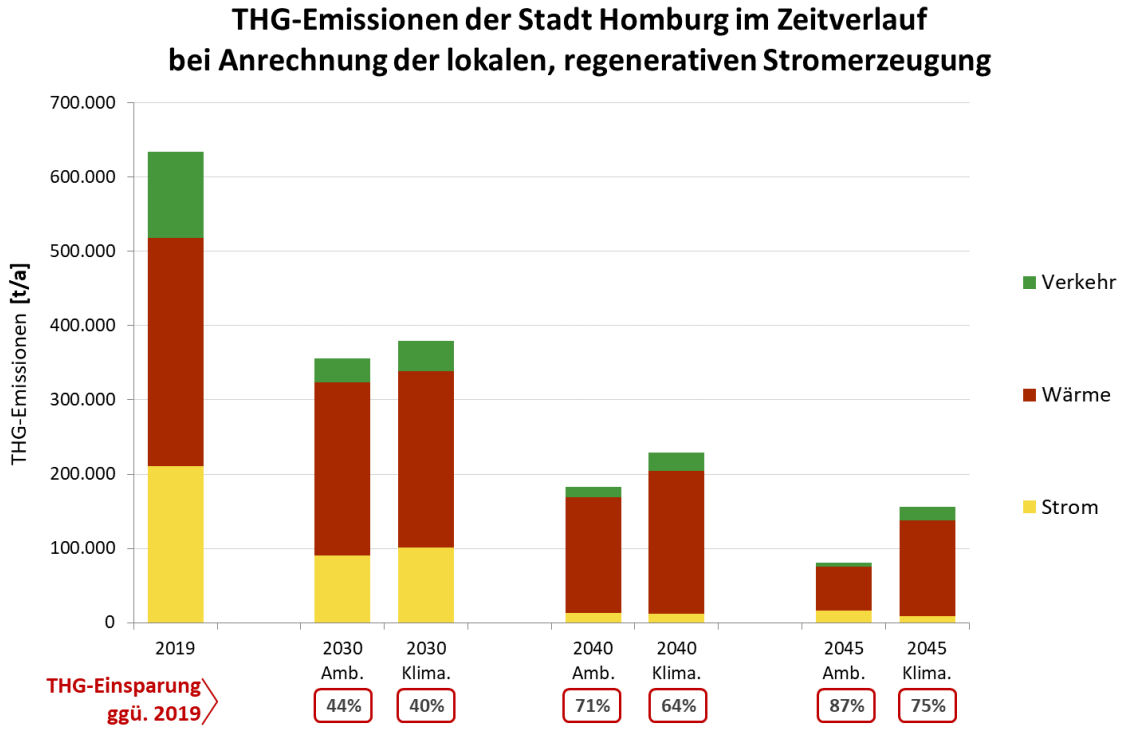


Abbildung 36: Entwicklung der Treibhausgasemissionen auf Basis der zukünftigen Energiebereitstellung bei Anrechnung der lokalen Stromerzeugung[56]

[56] Da im deutschen Kraftwerkspark der Anteil EE-Anlagen immer weiter steigt, nimmt der Emissionsfaktor des Bundesstrommix über die Dekaden bis 2045 kontinuierlich ab. Somit reduziert sich auch die Differenz der Emissionsfaktoren zwischen Bundesstrommix und der lokalen EE-Anlagen.

Das vorliegende Klimaschutzkonzept zeigt auf, dass sich das Betrachtungsgebiet in Richtung Null-Emission[57] positionieren kann, jedoch keine 100%-ige Einsparung gegenüber 2019 erreicht.

8 Szenario zur Regionalen Wertschöpfung bis 2045

Im Folgenden werden die zukünftigen Auswirkungen für die Jahre 2030 und 2045 für die Stadt Homburg dargestellt. Der Zubau Erneuerbarer Energien und die Erschließung von Energieeffizienz erfolgt entsprechend der definierten Szenarien der Energie- und Treibhausgasbilanz: Klimaschutz- und ambitioniertes Szenario (Vgl. Kapitel 7.1). Unter Berücksichtigung der zu erschließenden Potenziale im Zeitverlauf können stetig Finanzmittel in neuen, regionalen Wirtschaftskreisläufen gebunden werden.

8.1 Regionale Wertschöpfung 2030

Für die Kalkulation der beiden definierten Szenarien werden verschiedene Annahmen getroffen, die beispielhaft aufzeigen, unter welchen Bedingungen eine Wirtschaftlichkeit und die damit einhergehende regionale Wertschöpfung im Betrachtungsgebiet gehebelt werden kann. Als wesentliche Treiber werden hierfür die Faktoren Energiepreise und Preissteigerungsraten identifiziert. Alle Annahmen sowie eine entsprechende Methodik-Beschreibung zur Ermittlung der regionalen Wertschöpfung sind dem Anhang 12 zu entnehmen.

Bis zum Jahr 2030 ist unter den getroffenen Bedingungen eine Wirtschaftlichkeit in den Bereichen Strom, Wärme sowie Kraft-Wärme-Kopplung feststellbar. Des Weiteren wird sich die regionale Wertschöpfung in der Stadt Homburg durch die weitere Erschließung der vorhandenen Potenziale deutlich erhöhen.

Nachfolgende Abbildung stellt alle Kosten- und Einnahmepositionen des Strom- und Wärmebereiches und die damit einhergehende regionale Wertschöpfung bis zum Jahr 2030 dar:

[57] Der Begriff Null-Emission bezieht sich im vorliegenden Kontext lediglich auf den Bereich der bilanzierten Treibhausgase.

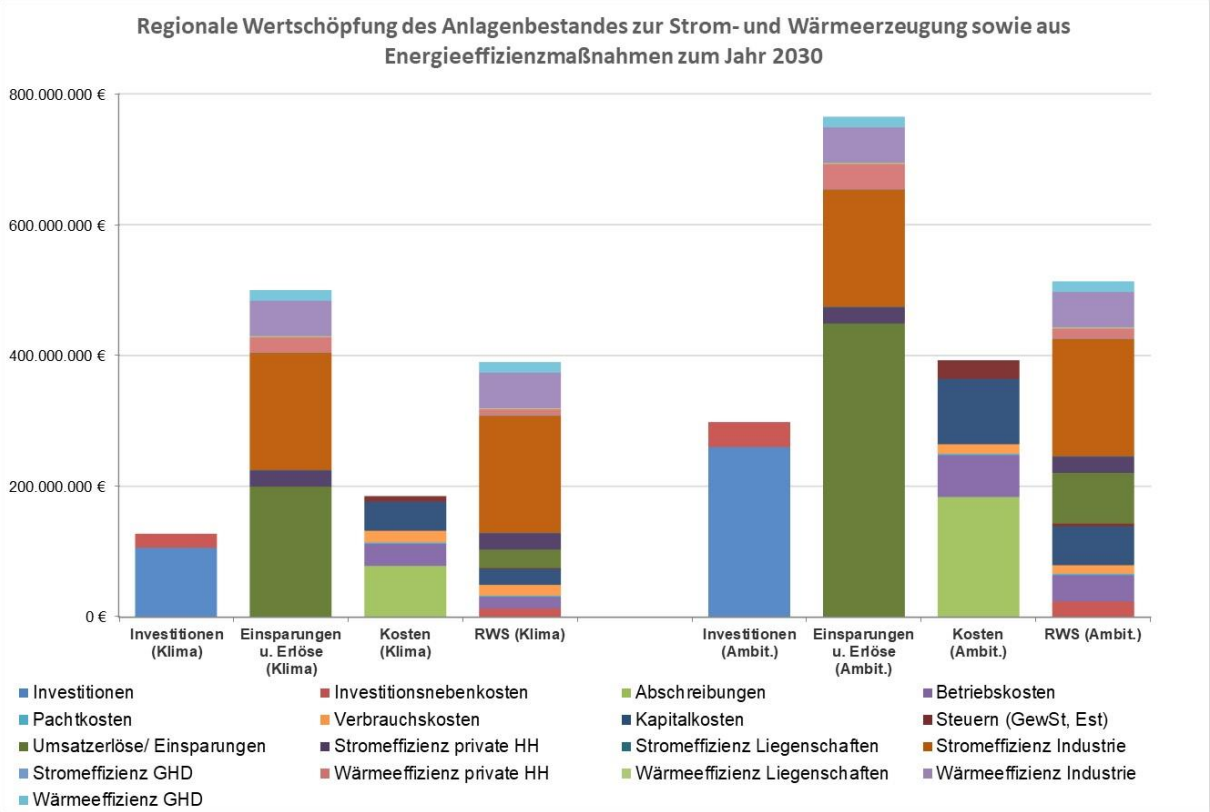


Abbildung 37: Regionale Wertschöpfung des Anlagenbestandes und aus Energieeffizienzmaßnahmen 2030 in der Stadt Homburg [Klimaschutzszenario (Klima) & ambitioniertes Szenario (Ambit.)]

Klimaschutzszenario

Im Rahmen des Klimaschutzszenarios und den damit einhergehenden Annahmen errechnet sich für das Jahr 2030 ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 128 Mio. €. Hiervon entfallen auf den Strombereich ca. 105 Mio. € und auf den Wärmebereich ca. 22 Mio. € sowie auf die Kraft-Wärme-Kopplung ca. 0,8 Mio. €.[58]

Durch die getätigten Investitionen entstehen über eine Betrachtungsdauer von 20 Jahren Gesamtkosten in Höhe von rund 185 Mio. €. Diese Kosten werden vor allem durch die Abschreibungen, die Kapital- und Betriebs- sowie die Verbrauchskosten ausgelöst. Im Jahr 2030 stehen diesem Kostenblock rund 500 Mio. € an Einsparungen und Erlösen gegenüber. Hieraus kann für das Jahr 2030 eine regionale Wertschöpfung von rund 390 Mio. € für die Stadt Homburg abgeleitet werden.

Die regionale Wertschöpfung 2030 basiert mit rund 68%. auch weiterhin auf dem Strombereich. Dies ist vor allem auf die Umsetzung von Stromeffizienzmaßnahmen, vor allem im Sektor Industrie zurückzuführen. Danach folgen die Bertreibergewinne, die Kapital- und die Betriebskosten.

[58] Da das Potenzial im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung bereits erschlossen wurde, wird in diesem Bereich nicht mehr investiert. Das gilt in beiden Szenarien gleichermaßen.

Diese Positionen gehen allesamt mit dem Betrieb und der Installation von Erneuerbaren-Energien-Anlagen (z. B. PV- und Windkraftanlagen) einher. Die Wertschöpfung steigt in diesem Bereich von rund 20 Mio. € (Status Quo) auf rund 263 Mio. €.

Der größte Wertschöpfungsanteil im Wärmebereich[59] basiert auf den realisierten Wärmeeffizienzmaßnahmen, insbesondere im Sektor Industrie. Auf diese Positionen folgen die Verbrauchskosten, die Betreibergewinne sowie die Investitionsneben- sowie die Kapitalkosten. In diesem Bereich steigt die Wertschöpfung von ca. 6 Mio. € (Status Quo) auf etwa 126 Mio. € an. Im Klimaschutzszenario wird in der Stadt Homburg nicht in die Kraft-Wärme-Kopplung investiert.

Im Bereich der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme beträgt die Wertschöpfung ca. 1 Mio. €, wie bereits im Status Quo.[60] Die Wertschöpfung basiert hauptsächlich auf den Verbrauchs-, Betriebskosten sowie den Betreibergewinnen durch die Erschließung der Biogaspotenziale.

Ambitioniertes Szenario

Bedingt durch den höheren Ausbau Erneuerbarer Energien im vorliegenden Szenario errechnet sich für die Dekade 2030 ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 298 Mio. €. Auch in diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass in der Stadt Homburg hauptsächlich in die Stromerzeugung und in Stromeffizienzmaßnahmen investiert wird. Die Investitionssumme im Strombereich beträgt rund 261 Mio. €, im Wärmebereich rund 37 Mio. € und im Bereich der gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung rund 0,8 Mio. €.[61]

Mit den ausgelösten Investitionen entstehen über 20 Jahre betrachtet Gesamtkosten von rund 393 Mio. €. Die Kosten werden in diesem Szenario vorrangig durch die Abschreibungen, Kapital- und Betriebskosten ausgelöst. Den Gesamtkosten stehen ca. 765 Mio. € Einsparungen und Erlöse gegenüber. Die aus allen Investitionen, Kosten und Einnahmen abgeleitete regionale Wertschöpfung für die Stadt Homburg beträgt im vorliegenden Szenario rund 513 Mio. €.

Auch im ambitionierten Szenario wird die Wertschöpfung hauptsächlich durch den Stromsektor ausgelöst und basiert hauptsächlich auf den sektoralen Stromeffizienzen, insbesondere im Sektor Industrie. Die Wertschöpfung steigt im Stromsektor von ca. 20 Mio. € im Status Quo auf ca. 371 Mio. € im Jahr 2030.

[59] Basiert u. a. auf den Ausbau Solarthermie, Holzheizungen, Wärmepumpen und der Erschließung der Wärmeeffizienz.
[60] Dies ist dem Umstand geschuldet, dass im Rahmen dieser Dekade keine weitere Erschließung von Biogaspotenzialen erfolgt.
[61] In die Kraft-Wärme-Kopplung wird in beiden Szenarien im gleichen Maß investiert.

Im Wärmebereich erhöht sich die Wertschöpfung von ca. 6 Mio. € (Status Quo) auf 141 Mio. € (2030). Die Wertschöpfung basiert hier, wie im Strombereich, hauptsächlich auf der Erschließung der Wärmeeffizienz, insbesondere im Sektor Industrie.

Im Bereich der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme beträgt die Wertschöpfung ca. 1 Mio. €, wie bereits im Klimaschutzszenario, da in beiden Szenarien im gleichen Umfang investiert wird.

8.2 Regionale Wertschöpfung 2045

Bis zum Jahr 2045 wird unter Berücksichtigung der definierten Gegebenheiten[62] eine Wirtschaftlichkeit der Umsetzung erneuerbarer Energien und Effizienzmaßnahmen erreicht.

Nachfolgende Abbildung stellt alle Kosten- und Einnahmepositionen des Strom- und Wärmebereiches und die damit einhergehende regionale Wertschöpfung des Jahres 2045 dar:

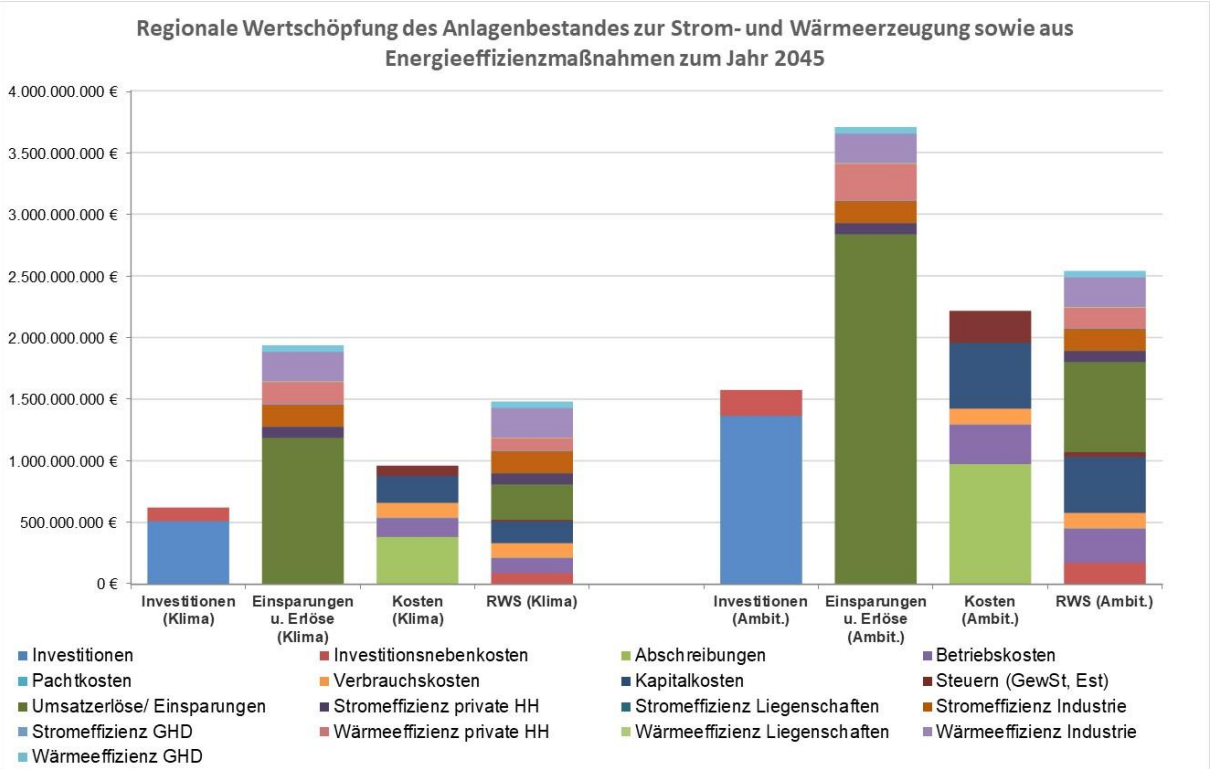


Abbildung 38: Regionale Wertschöpfung des Anlagenbestandes und aus Energieeffizienzmaßnahmen 2045 in der Stadt Homburg [Klimaschutzszenario (Klima) & ambitioniertes Szenario (Ambit.)]

Klimaschutzszenario

Durch den niedrigeren Erneuerbaren-Energien-Ausbau im Klimaschutzszenario gegenüber dem ambitionierten Szenario errechnet sich für die Dekade 2045 ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund

[62] Politische Entscheidungen, die sich entgegen des prognostizierten Ausbaus Erneuerbarer Energien stellen oder unvorhergesehene politische oder wirtschaftliche Auswirkungen können nicht berücksichtigt werden.

622 Mio. €. Die Stadt Homburg investiert weiterhin hauptsächlich in die Stromerzeugung (z. B. PV- und Windenergieanlagen) mit ca. 507 Mio. €. Die Investitionssumme im Wärmebereich beträgt rund 113 Mio. €. Dahingegen wird in die Kraft-Wärme-Kopplung eine Summe von rund 2 Mio. € investiert.

Mit den ausgelösten Investitionen entstehen über 20 Jahre betrachtet Gesamtkosten von rund 1 Mrd. €. Die Kosten werden vorrangig durch die Abschreibungen, die Kapital- und die Betriebs- sowie die Verbrauchskosten ausgelöst. Den Gesamtkosten stehen rund 2 Mrd. € Einsparungen und Erlöse gegenüber. Die aus allen Investitionen, Kosten und Einnahmen abgeleitete regionale Wertschöpfung für die Stadt Homburg beträgt im vorliegenden Szenario rund 1,5 Mrd. €.

Weiterhin findet die Wertschöpfung 2045 im Strombereich statt, allerdings nur noch mit einem etwas höheren Beitrag als im Wärmebereich. Die Wertschöpfung im Strombereich basiert auch weiterhin auf der Umsetzung von sektoralen Stromeffizienzmaßnahmen, insbesondere in den Sektoren Industrie und private Haushalte. Danach folgend als wichtige Wertschöpfungspositionen die Betreibergewinne, die Kapital- und Betriebskosten. Die Wertschöpfung steigt von ca. 20 Mio. € im Status Quo auf rund 759 Mio. € im Jahr 2045.

Im Wärmebereich erhöht sich die Wertschöpfung von ca. 6 Mio. € (Status Quo) auf rund 719 Mio. € (2045). Dies ist vornehmlich auf die Ergreifung von Wärmeeffizienzmaßnahmen, insbesondere in den Sektoren Industrie und private Haushalte zurückzuführen. Danach folgen die Verbrauchskosten und die Betreibergewinne sowie die Investitionsnebenkosten.

Die Wertschöpfung im Rahmen der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme basiert hauptsächlich den Verbrauchs- und Betriebskosten, gefolgt von den Betreibergewinnen. Sie erhöht sich von ca. 1 Mio. € (Status Quo) auf rund 4 Mio. €.[63]

Ambitioniertes Szenario

Durch stärkere Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale in den Bereichen Erneuerbare Energie und Effizienzmaßnahmen (Strom & Wärme), gegenüber dem Klimaschutzszenario, kann die regionale Wertschöpfung im Jahr 2045 in der Stadt Homburg erheblich gesteigert werden.

Für das Jahr 2045 errechnet sich ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 1,6 Mrd. €, wobei der größte Anteil auch in diesem Szenario im Strombereich mit rund 1,4 Mrd. € liegt. Im Wärmebereich wird eine Summe von rund 182 Mio. € und in die gekoppelte Strom- und Wärmeerzeugung ca. 2 Mio. € investiert. Damit einhergehend entstehen über 20 Jahre betrachtet Gesamtkosten von ca. 2,2 Mrd. €. Demgegenüber stehen im Jahre 2045 Einsparungen und Erlöse in Höhe von rund 3,7 Mrd. €. Die aus

[63] Hier liegt die Annahme zugrunde, dass in der Dekade 2040 ein Reinvest der im Status Quo erschlossenen Potenziale erfolgt.

allen Investitionen, Kosten und Einnahmen abgeleitete regionale Wertschöpfung für die Stadt Homburg beträgt im ambitionierten Szenario rund 2,5 Mrd. €.

Auch in diesem Szenario entsteht die größte Wertschöpfung im Strombereich, sie beträgt rund 1,7 Mrd. € gegenüber 20 Mio. € im Status Quo. Die Wertschöpfung steigt aufgrund der Betreibergewinne, welche u. a. auf den stärkeren Ausbau der Windkraft und der Photovoltaik im Betrachtungsgebiet basieren. Danach folgen die Betriebskosten als wichtige Wertschöpfungsposition.

Im Wärmebereich steigt die Wertschöpfung, gegenüber dem Klimaschutzszenario, auf rund 889 Mio. € (Status Quo: 6 Mio. €). Die Wertschöpfung wird vornehmlich durch die erschlossenen Wärmeeffizienzen, insbesondere in den Sektoren Industrie und private Haushalte, ausgelöst. Danach folgen im vorliegenden Szenario die Betreibergewinne, die Verbrauchs- sowie die Investitionsneben- und die Kapitalkosten.

Der Bereich der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme ist in beiden Szenarien identisch. Daher wird auch im ambitionierten Szenario eine Wertschöpfung von rund 4 Mio. € (Wertschöpfung Status Quo: ca. 1 Mio. €) generiert.

8.3 Profiteure der Regionalen Wertschöpfung

Im Folgenden werden die Profiteure der regionalen Wertschöpfung der Stadt Homburg dargestellt.

Es ist hervorzuheben, dass die Wertschöpfung für die Bürger und Kommunen sowie die Unternehmen wesentlich höher ausfällt, sobald sie sich als Anlagenbetreiber beteiligen können. Daher ist es Ziel und Empfehlung, Teilhabemodelle mit dem Ausbau regenerativer Energien und Effizienzmaßnahmen intensiv und breitflächig zu etablieren. Den Kommunen kommt dabei im Hinblick auf die Steuerung der regionalen Wertschöpfung und somit dem Verbleib von finanziellen Mitteln vor Ort eine entscheidende Rolle zu.

In nachfolgender Abbildung werden die Wertschöpfungseffekte der beiden unterstellten Szenarien auf die unterschiedlichen Profiteure vergleichend gegenübergestellt:[64]

[64] Alle Vorketten, d. h. die Herstellung und der Handel von Anlagen und -komponenten, finden methodisch keine Berücksichtigung. Aus diesem Grund wird die regionale Wertschöpfung bei diesen Profiteuren mit 0 € angesetzt.

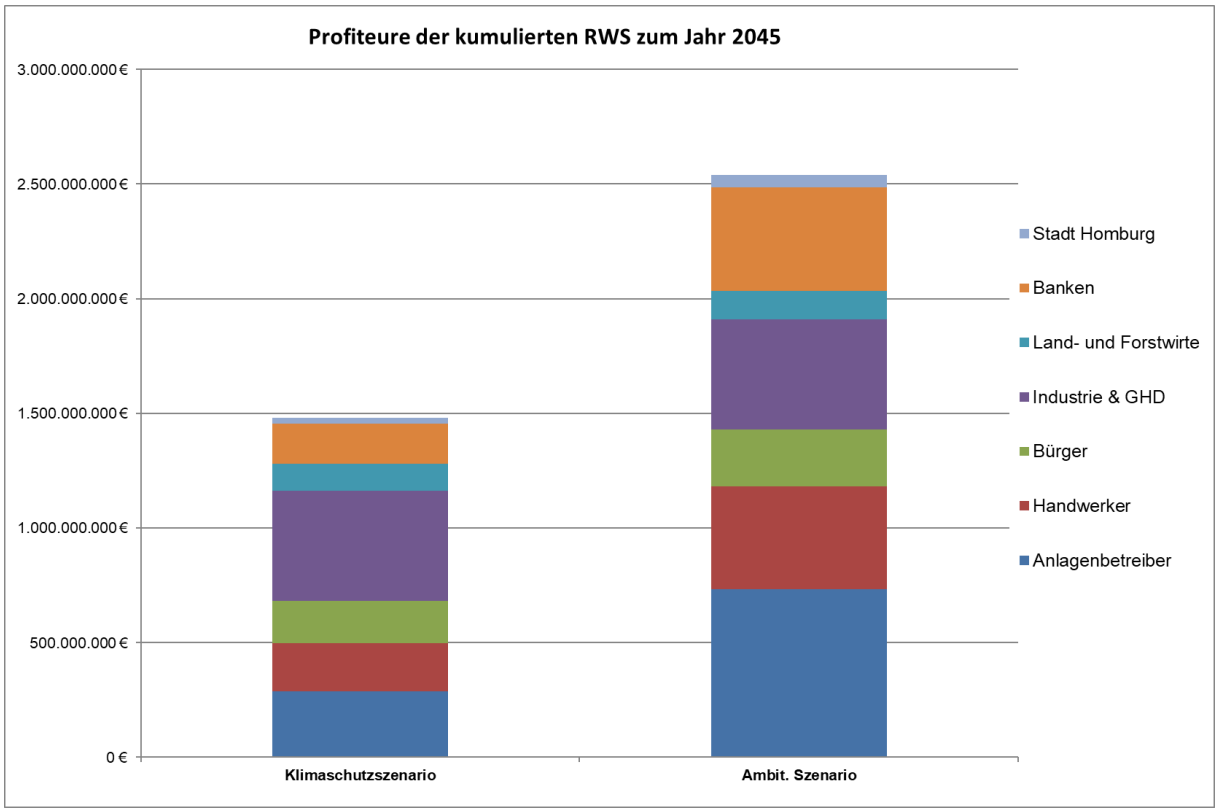


Abbildung 39: Profiteure der kumulierten, regionalen Wertschöpfung zum Jahr 2045 in der Stadt Homburg [Klimaschutzszenario & ambitioniertes Szenario]

Klimaschutzszenario

Im Klimaschutzszenario kann der Sektor Industrie & GHD durch die resultierenden Kosteneinsparungen aufgrund der Umsetzung von Effizienzmaßnahmen mit ca. 478 Mio. € an der Wertschöpfung teilhaben und stellt folglich die Hauptprofiteursgruppe dar. Danach folgen die Anlagenbetreiber mit ca. 288 Mio. €. Die Wertschöpfung dieser Personengruppe basiert auf dem Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen. Danach folgen die Handwerker, welche durch die Installation, die Wartung und die Instandhaltung von Anlagen, mit rd. 210 Mio. € an der Wertschöpfung teilnehmen, gefolgt von den Bürgern mit einem Anteil von rund 185 Mio. €.

Die Banken und Kreditinstitute können, im Rahmen der Finanzierung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen bzw. Effizienzmaßnahmen, einen Wertschöpfungsanteil von ca. 175 Mio. € generieren. Ferner partizipieren die Land- und Forstwirte mit einem Anteil von ca. 118 Mio. € an der Wertschöpfung 2045.

Aufgrund u. a. von Steuereinnahmen kann, die öffentliche Hand rund 26 Mio. € Wertschöpfung bis 2045 realisieren.

Folglich kann im vorliegenden Szenario eine bilanzielle Gesamtwertschöpfung von rd. 1,5 Mrd. € erwirtschaftet werden.

Ambitioniertes Szenario

Im Gegensatz zum Klimaschutzszenario profitieren im vorliegenden Fall die Anlagenbetreiber als Hauptprofiteursgruppe in Höhe von rund 732 Mio. €.[65] In beiden Szenarien nimmt der Sektor Industrie & GHD im gleichen Umfang an der Wertschöpfung 2045 teil (rund 478 Mio. €). Der Wertschöpfungsanteil der Banken[66] beträgt rund 453 Mio. €, gefolgt von der Handwerkerschaft mit einem Anteil von ca. 448 Mio. €.[67] Die Bürger nehmen mit rund 251 Mio. € an der Wertschöpfung 2045 teil.

Die Land- und Forstwirte nehmen an der Wertschöpfung mit einem Anteil von 125 Mio. € teil, während die öffentliche Hand einen Anteil von rund 53 Mio. € generieren kann. Somit ist die Wertschöpfung im Sektor öffentliche Hand um rund 27 Mio. € höher als im Klimaschutzszenario. Dies ist u. a. auf den höheren Ausbaugrad Erneuerbarer Energien und den damit einhergehenden Steuereinnahmen sowie die Erschließung von öffentlichen Effizienzpotenzialen zurückzuführen.

In Summe kann im vorliegenden ambitionierten Szenario eine bilanzielle Wertschöpfung von rd. 2,5 Mrd. € realisiert werden.

[65] Höhere Erschließung der vorhandenen Potenziale in der Stadt Homburg.
[66] In diesem Szenario können die Banken bzw. Kreditinstitute in einem deutlich höheren Umfang, u. a. aufgrund vermehrter Zinseinnahmen durch den verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien und der Erschließung von Effizienzmaßnahmen, als im Klimaschutzszenario profitieren.
[67] Höhere Auftragslage in den Bereichen Montage/Installation, Wartung und Instandhaltung.

9 Maßnahmen

Nachfolgend finden Sie zunächst aufgelistet Maßnahmen als Grundlage für weitere Klimaschutzarbeit in der Stadt Homburg. Diese haben sich aus der Arbeit vor Ort ergeben und wurden abgeglichen mit den Maßnahmenvorschlägen aus dem Klimaschutz-Workshop, sowie allgemein sinnvollen Maßnahmen, die sich gut auf die meisten Kommunen übertragen lassen.[68]

Der Maßnahmenkatalog dient als Grundlage für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren und ist ausdrücklich nicht abschließend. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Optimierung sind sinnvoll. Die in den einzelnen Maßnahmenblättern genannten Initiatoren, Akteure und Zielgruppen und flankierenden Maßnahmen stellen eine Auswahl dar, weitere können relevant sein. Die genaue Bilanzierung der Energie- und Treibhausgaseinsparungen einzelner Maßnahmen ist von einigen Maßnahmen quantifiziert, im Rahmen einer detaillierten Maßnahmenbearbeitung kann dies ggf. genauer erfolgen.

Tabelle 11: Liste der Klimaschutzmaßnahmen für Homburg

1	Politische Verankerung von Klimaschutz
2	Klimaschutzkoordination und -management
3	Bürgerbeteiligung
4	Beratungs- und Informationsangebote
5	Kommunale Wärmeplanung
6	Dekarbonisierung der Fernwärme
7	Erschließung der Effizienzpotenziale im Sektor private Haushalte
8	Erschließung der Effizienzpotenziale im Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie
9	Kommunales Energiemanagement
10	Sanierungskonzept kommunale Liegenschaften
11	Photovoltaik-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften
12	Förderprogramm für PV-Dachanlagen und Balkonanlagen
13	Empfehlung von PV bei Neubauten
14	Ausbau PV-Dachanlagen
15	Ausbau Solarthermischer Anlagen
16	Ausbau von PV-Freiflächenanlagen und Agri-PV
17	Ausbau und Repowering der Windenergie
18	Energiecontracting
19	Erschließung der Effizienzpotenziale im Verkehrsbereich
20	Nachhaltige Mobilität
21	Sicherung und Ausbau von Nahversorgungsstrukturen
22	Steuerung der Verkehrsströme
23	Durchführung eines Fußverkehrs-Checks
24	Ausbau der Rad-Infrastruktur
25	Ausbau und Optimierung des ÖPNV-Angebots

[68] siehe „Klimaschutzpotentiale in Kommunen“, ifeu; Umweltbundesamt

26	Einrichtung von Mobilitätspunkten
27	Weiterentwicklung des Job-Tickets für kommunale Mitarbeiter
28	Verlagerung von Dienstfahrten
29	Energieeffizienter kommunaler Fuhrpark
30	Umstellung des Bus-Fuhrparks der HPS auf nachhaltige Antriebe
31	Parkraummanagement
32	Anforderungen zur Kompaktheit und Gebäudeausrichtung
33	Anschluss an die dekarbonisierte Fernwärme
34	Ausweitung der Dienstanweisung nachhaltige Beschaffung
35	Kommunale Moorstrategie
36	(Dach)-Begrünung der städtischen Gebäude und Flächen
37	Natürliche Gärten
38	Nachhaltiger Transport und Verwendung von Abfällen

Handlungsfeld	Maßnahmen-Nr.	Maßnahmen-Typ	Einführung der Maßnahme	Dauer der Maßnahme
Kommune	M1	politisch	kurzfristig	kurz
Maßnahmen-Titel Politische Verankerung von Klimaschutz				
Ziel und Strategie Klimaschutz soll strategisch auf allen Ebenen der städtischen Politik mit hoher Priorität verankert werden.				
Ausgangslage In Homburg existiert bereits ein grundsätzlicher Beschluss „Mehr Klimaschutz in Homburg“ mit Ansätzen zum Klimaschutz, auf dessen Basis etwa das Erstvorhaben Klimaschutzmanagement angestoßen wurde.				
Beschreibung Die politischen Gremien sollen sich explizit zu den bundespolitischen Zielen einer Treibhausgasneutralität bis 2045 oder weitergehenden eigenen kommunalen Klimaschutzzielen bekennen. Ein verbindlicher politischer Beschluss wird dabei als Leitbild für das kommunale Handeln herangezogen. Auf dieser Basis entwickelt die Verwaltung kontinuierlich passende Maßnahmen-vorschläge.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement				
Akteure Politik, Verwaltung				
Zielgruppe Öffentlichkeit, Verwaltung				
Ausgaben und Finanzierungsansatz niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) niedrig				
Regionale Wertschöpfung Vorbildfunktion im Klimaschutz als Anreiz für die Bevölkerung				
Flankierende Maßnahmen M2				

Handlungsfeld	Maßnahmen-Nr.	Maßnahmen-Typ	Einführung der Maßnahme	Dauer der Maßnahme
Kommune	M2	Organisatorisch	kurzfristig	kontinuierlich

Maßnahmen-Titel

Klimaschutzkoordination und -management

Ziel und Strategie

Mit der Klimaschutzkoordination und dem Klimaschutzmanagement wird eine zentrale Stelle für die Umsetzung der Klimaschutzziele, Klimaschutzkonzepte und Aktionsprogramme eingerichtet.

Ausgangslage

Ein für finanzschwache Kommunen zu 100% gefördertes Erstvorhaben Klimaschutzmanagement wurde in Homburg 2021 beschlossen und zum Februar 2022 in Vollzeit besetzt. Seit Juni 2023 ist dieses aufgrund des Weggangs des Klimaschutzmanagers unbesetzt. 8 vollgeförderte Monate verbleiben. Das vorliegende integrierte Klimaschutzkonzept wurde in dieser Zeit verfasst.

Beschreibung

Um den grundsätzlichen Beschluss mit Zielen zum Thema Klimaschutz „Mehr Klimaschutz in Homburg“, weitergehende zukünftige Zielbeschlüsse und die Maßnahmen aus diesem Klimaschutzkonzept effektiv umsetzen zu können, muss Klimaschutz dauerhaft personell festgeschrieben werden.

Zunächst können die restlichen 8 Monate des Erstvorhabens Klimaschutzmanagement personell neu besetzt werden und die dreijährige Anschlussförderung beantragt werden.

Da die Aufgabe fachübergreifend ist, wird eine Koordinationsstelle benötigt, die über Kompetenz, Personal und Mittel verfügt. Die beste Form der Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung ist die Schaffung einer Stabstelle, die über Rückhalt aus Verwaltung und Politik verfügt.

Initiator

Klimaschutzmanagement, weitere Teile der Verwaltung

Akteure

Umwelt- und Grünflächenabteilung, Personalabteilung, weitere Teile der Verwaltung

Zielgruppe

Verwaltung

Ausgaben und Finanzierungsansatz

Erstvorhaben: 100%-Förderung über NKI, Anschlussvorhaben: 65%-Förderung über NKI

Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential)

unmittelbar: niedrig; mittelbar: hoch

Regionale Wertschöpfung

Koordinieren der Maßnahmen vor Ort

Flankierende Maßnahmen

M1

Handlungsfeld	Maßnahmen-Nr.	Maßnahmen-Typ	Einführung der Maßnahme	Dauer der Maßnahme
Kommune	M3	Kommunikation	kurzfristig	kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Bürgerbeteiligung				
Ziel und Strategie Die gemeinsame Erarbeitung von Maßnahmen schafft Vertrauen und Transparenz über Verfahrensabläufe und Gestaltungsspielräume.				
Ausgangslage Die Bevölkerung verfügt häufig über zusätzliche Kenntnisse der Situation vor Ort. Diese wurde bereits im Rahmen der Erstellung dieses Konzeptes beteiligt. Möglichkeiten der Beteiligung waren eine Umfrage zum Thema „Klimaschutz in Homburg“ und ein Klima-Workshop, bei Informationen über den Ist-Zustand gegeben wurden und Maßnahmenvorschläge zum Thema Klimaschutz unterbreitet werden konnten. Sowohl die Umfrage als auch der Workshop werden gesondert in diesem Konzept behandelt und detailliert ausgewertet. Die Maßnahmenvorschläge wurden in diesen Maßnahmenkatalog eingearbeitet.				
Beschreibung Auch zukünftig sollen Beteiligungsformate durchgeführt, intensiviert und weiterentwickelt werden um das Potential der spezifischen Maßnahmen, gerade für den Klimaschutz als zentrale Aufgabe unserer Zeit aus der Bevölkerung heben zu können.				
Initiator Klimaschutzmanagement				
Akteure Klimaschutzmanagement, Pressestelle				
Zielgruppe Öffentlichkeit				
Ausgaben und Finanzierungsansatz gering bis mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) unmittelbar: niedrig; mittelbar: hoch				
Regionale Wertschöpfung Wertschätzung und Nutzung der lokalen Klimaschutzarbeit für die Allgemeinheit				
Flankierende Maßnahmen M1, M2				

Handlungsfeld	Maßnahmen-Nr.	Maßnahmen-Typ	Einführung der Maßnahme	Dauer der Maßnahme
Kommune	M4	Kommunikation	kurzfristig	kurz
Maßnahmen-Titel Beratungs- und Informationsangebote				
Ziel und Strategie Beratungs- und Informationsangebote zum Klimaschutz unterstützen persönliche Klimaschutzaktivitäten in der Bevölkerung und Klimaschutzaktivitäten in Gewerbe und Industrie				
Ausgangslage Derzeit gibt es in der Stadt zum Beispiel ein Repair-Café, welches regelmäßig stattfindet, eine Sprechstunde der Verbraucherzentrale und den Klimaschutz-Workshop mit Informationsteil.				
Beschreibung Relevante Angebote mit Bezug zum Klimaschutz in Art und Intensität ausbauen und in einem Wegweiser darstellen, um diese bekannter zu machen und einen niederschwelligen Zugang zu ermöglichen.				
Initiator Klimaschutzmanagement, Stadtmarketing				
Akteure Klimaschutzmanagement, Stadtmarketing, Pressestelle,				
Zielgruppe Privatpersonen, Gewerbe, Industrie				
Ausgaben und Finanzierungsansatz niedrig – mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) unmittelbar: niedrig; mittelbar: hoch				
Regionale Wertschöpfung Stärkung des Kreislaufgedankens, Anregung zu lokalem Klimaschutzhandeln				
Flankierende Maßnahmen M1, M2, M3				

Handlungsfeld	Maßnahmen-Nr.	Maßnahmen-Typ	Einführung der Maßnahme	Dauer der Maßnahme
Kommune	M5	planerisch	kurzfristig	Kurz - mittel
Maßnahmen-Titel Kommunale Wärmeplanung				
Ziel und Strategie Auf Basis Erneuerbarer Energien soll eine strategische Wärmeplanung entwickelt werden.				
Ausgangslage Der Anteil Erneuerbarer Energien zur Deckung des Wärmebedarfs beträgt in der Stadt Homburg etwa 9% (bundesweit: 15%). Um die nationalen Klimaschutzziele erreichen zu können, muss die Nutzung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich ausgebaut werden.				
Beschreibung Die Wärmenetze müssen effizienter werden und auf Erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme aus der Industrie umgestellt werden. Eine strategische kommunale Wärmeplanung bietet eine sehr gute Grundlage für die Dekarbonisierung der Wärmenetze und den Betrieb von neuen Netzen auf Basis Erneuerbarer Energien. Die kommunale Wärmeplanung wird beantragt. Nach Bewilligung wird diese ausgeschrieben und von einem Dienstleister ausgeführt.				
Initiator Gebäudemanagement, Klimaschutzmanagement				
Akteure Externe Gutachter, Fördermittelgeber, Gebäudemanagement				
Zielgruppe Gebäudemanagement, Klimaschutzmanagement				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch, jedoch können Fördergelder beantragt werden				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) hoch				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Verringerung Finanzmittelabfluss				
Flankierende Maßnahmen M6				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M6	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme Kurz- bis mittelfristig	Dauer der Maßnahme Mittel- bis lang
Maßnahmen-Titel Dekarbonisierung der Fernwärme				
Ziel und Strategie Eine Treibhausgasneutrale Fernwärme als Rückgrat der zukünftigen Wärmeversorgung.				
Ausgangslage Fernwärme leistet bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren Wärmeversorgung mit regionaler Wertschöpfung. Allerdings wird diese leitungsgebundene Wärmeversorgung in Homburg mithilfe fossiler Brennstoffe und Abwärme erzeugt.				
Beschreibung Die Dekarbonisierung der Fernwärme erfolgt in Homburg durch Umstellung des Heizkraftwerks Homburg auf Erneuerbare Energieträger, bspw. kommunal anfallender Grünschnitt. Die verstärkte Nutzung unvermeidbarer Abwärme im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung kann zu einem Teil über die vorhandenen Fernwärmenetze angeschlossen und verteilt werden. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca. 172.000 MWh/a erneuerbare Energiemengen über die Fernwärme abgesetzt.				
Initiator Klimaschutzmanagement, Gebäudemanagement				
Akteure Stadtwerke, Heizkraftwerk Homburg GmbH, Industrie, Gewerbe,				
Zielgruppe (potenzielle) Fernwärmenutzer				
Ausgaben und Finanzierungsansatz hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) 172.000 MWh/a 28.900 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung Nutzung lokaler Abwärme und Abfälle				
Flankierende Maßnahmen M5				

Handlungsfeld Private Haushalte	Maßnahmen-Nr. M7	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme lang
Maßnahmen-Titel Erschließung der Effizienzpotenziale im Sektor private Haushalte				
Ziel und Strategie Senkung der Energieverbräuche durch technische und energetische Sanierung, Nutzung effizienter Geräte und Deckung der verbleibenden Energiemengen durch Erneuerbare Energien.				
Ausgangslage In der Stadt Homburg befinden sich im Basisjahr 2019 (Status Quo) 11.277 Wohngebäude. Die Wohngebäudestruktur teilt sich dabei in 65 % Einfamilienhäuser, 23 % Zweifamilienhäuser und 12 % Mehrfamilienhäuser. Die privaten Haushalte ist nach der Industrie und GHD der Sektor, mit dem größten Energieverbrauch.				
Beschreibung Ziel muss es sein, die Energieverbräuche im Gebäudebestand maßgeblich zu senken und den verbleibenden Energiebedarf aus Erneuerbaren Energien zu decken. Aus diesen Gründen muss ein hoher Anteil der bestehenden Wohngebäude energetisch saniert werden. Mit Hilfe der Öffentlichkeitsarbeit kann Einfluss auf die Sanierungsquote genommen werden. Es ist anzustreben, die Sanierungsquote im privaten Gebäudebestand deutlich zu erhöhen. Der aktuelle Durchschnitt in Deutschland liegt bei etwa 1 %. Um dies zu erreichen, sind Fördermittel als Impulsgeber notwendig. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca. 13.000 MWh/a Strom und ca. 77.000 MWh/a Wärme eingespart.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement				
Akteure Politik, Verwaltung				
Zielgruppe Private Haushalte				
Ausgaben und Finanzierungsansatz niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Wärme: 77.000MWh/a und 18.400 t CO_{2e}/a Strom: 13.000 MWh/a und 1.700 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung				
Flankierende Maßnahmen				

Handlungsfeld GHD / I	Maßnahmen-Nr. M8	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme lang
Maßnahmen-Titel Erschließung der Effizienzpotenziale im Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie				
Ziel und Strategie Senkung der Energieverbräuche durch technische und energetische Sanierung, Nutzung effizienter Maschinen, Geräte, etc. und Deckung der verbleibenden Energiemengen durch Erneuerbare Energien.				
Ausgangslage Der Sektor GHD/I ist der größte Energieverbraucher. Allein das verarbeitende Gewerbe (Industrie) hat mit ca. 785.000 MWh/a Wärmeenergie einen Anteil von etwa 38% an der gesamten Energiemenge (inkl. Strom, Wärme und Verkehr) die innerhalb der Stadt Homburg jährlich verbraucht wird.				
Beschreibung Ziel muss es sein, die Energieverbräuche maßgeblich zu senken und den verbleibenden Energiebedarf aus Erneuerbaren Energien zu decken. Anreize, Gesetzgebungen und Anforderungen auf EU- und Bundesebene, wie z.B. die Taxonomie, CSRD und Weiteres führen zu mehr Effizienz in diesem Sektor. Die Stadt Homburg sollte verschiedenste Angebote, Hilfestellungen und Projekte anstoßen, um die Entwicklungen zu fördern und anzustoßen. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca. 50.500 MWh/a Strom und ca. 252.700 MWh/a Wärme eingespart.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement				
Akteure GHD / I, Politik, Verwaltung				
Zielgruppe GHD / I				
Ausgaben und Finanzierungsansatz mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Wärme: 252.700MWh/a und 60.800 t CO_{2e}/a Strom: 50.500 MWh/a und 12.300 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung				
Flankierende Maßnahmen				

Handlungsfeld Kommune	Maßnahmen-Nr. M9	Maßnahmen-Typ Kommunal	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Kommunales Energiemanagement				
Ziel und Strategie Realisierung von Einsparpotenzialen durch kontinuierliches Monitoring kommunaler Energieflüsse				
Ausgangslage Die Bewirtschaftung kommunaler Liegenschaften und der damit verbundene Verbrauch von Wärme, Strom und Wasser stehen für einen erheblichen Teil der kommunalen Ausgaben und CO2-Emissionen. Bis dato wurden Verbrauchsdaten der Fernwärme-, Erdgas-, Strom-, und Wasserverbräuche im Zuge der Abrechnungen in einer Excel-Tabelle erfasst, jedoch keiner intensiveren technischen Nutzung zugeführt. Eine Leitstelle zur Erfassung der Verbrauchsdaten am Objekt in kurzen Zeitintervallen ist seit 2016 im Aufbau, welcher laut Anbieter nahezu abgeschlossen ist und durch ein Unternehmen (GEW), welches vom Saarpfalzkreis und der Stadt Homburg gegründet wurde, durchgeführt. Die relevanten Verwaltungsmitarbeiter können Monatsberichte der gesammelten Daten als PDF-Ausdruck erhalten.				
Beschreibung Ein erster und wesentlicher Bestandteil der Einführung eines kommunalen Energiemanagements ist die Reduzierung der Kosten, Verbräuche und CO2-Emissionen. Unter Energiemanagement versteht man die kontinuierliche Begehung und Betreuung von Gebäuden und deren Nutzer, mit dem Ziel, eine Minimierung der Energieverbräuche und Energiebezugskosten zu erreichen. Der Schlüssel für den Erfolg liegt dabei in der Koordination und Zusammenführung einer Vielzahl von Aufgaben, zu denen unter anderem ein verbesserter Zugang der relevanten Verwaltungsmitarbeiter zu den Ergebnissen der systematischen Energieverbrauchserfassung, etwa durch einen direkten digitalen Login auf die Leitstelle, zählt. Des Weiteren zählen hierzu die Kontrolle der erfassten Energieverbräuche, eine Analyse und Optimierung der Gebäudetechnik, der dort installierten technischen Einrichtungen und deren Nutzung, die Überprüfung und ggf. Anpassung der Energiebezugsverträge, die Überprüfung und Optimierung der Regelungseinrichtungen, die Lenkung von Wartungs- und Instandhaltungsbemühungen, die kontinuierliche Schulung der Gebäudeverantwortlichen und das Motivieren der Nutzer zu energiesparendem Verhalten.				
Initiator Energiemanagement, Gebäudemanagement				
Akteure Vertreter aus den Abteilungen (z.B.: Hochbau) inklusive Hausmeisterei; Anbieter des EMS-Systems				
Zielgruppe Gebäudemanagement, Klimaschutzmanagement,				
Ausgaben und Finanzierungsansatz 90%-Förderung durch die Kommunalrichtlinie des Bundes („Aufbau und Betrieb eines EMS + Personalstelle Energiemanager“) Haushaltsmittel von 10 % (12.000 – 15.000€)				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) bis zu 30% Energieeinsparungen sind möglich				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Verringerung Finanzmittelabfluss				
Flankierende Maßnahmen M5, M6				

Handlungsfeld Kommune	Maßnahmen-Nr. M10	Maßnahmen-Typ planerisch	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme Kurz bis mittel
Maßnahmen-Titel Sanierungskonzept kommunale Liegenschaften				
Ziel und Strategie Aufstellung eines Sanierungsfahrplans, um deutliche und dauerhafte Energieeinsparungen im städtischen Gebäudesektor zu erreichen.				
Ausgangslage Bei der Stadt Homburg existieren Verbrauchsabrechnungen und eine Leitstelle für die Erfassung von Verbräuchen der kommunalen Liegenschaften. Die meisten Gebäude befinden sich in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand.				
Beschreibung Auf Basis der verfügbaren Verbrauchsdaten und der Weiterentwicklung eines Energiemanagements werden Einsparpotenziale der einzelnen Gebäude ermittelt. Des Weiteren erfolgt eine Priorisierung und Abstimmung der Umsetzungsreihenfolge. In einem Sanierungsfahrplan werden spezifische Maßnahmen für die haustechnischen Anlagen und die Gebäudehüllen ausgearbeitet. Dafür können oftmals Fördergelder beantragt werden. Die Stadt Homburg saniert demnach kontinuierlich alle eigenen Liegenschaften auf einen Stand, der bei finanzieller und konstruktiver Machbarkeit einem hohen Energieeffizienzstandard entspricht. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca. 525 MWh/a Strom und ca. 2.800 MWh/a Wärme eingespart.				
Initiator Energiebeauftragte, Gebäudemanagement				
Akteure Gebäudemanagement				
Zielgruppe Gebäudemanagement, Klimaschutzmanagement				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch, jedoch können Fördergelder beantragt werden				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Wärme: 2.800MWh/a und 670 t CO_{2e}/a Strom: 525 MWh/a und 70 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Verringerung Finanzmittelabfluss				
Flankierende Maßnahmen M5, M6, M7, M18				

Handlungsfeld Kommune	Maßnahmen-Nr. M11	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme Kurzfristig	Dauer der Maßnahme Kurz bis mittel
Maßnahmen-Titel Photovoltaik-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften				
Ziel und Strategie Der Anteil der Erneuerbaren Energien und der Autarkiegrad bei der kommunalen Stromversorgung sollen erhöht werden. Dabei hat die Stadt eine Vorbildfunktion				
Ausgangslage Derzeit bestehen schon auf bestimmten kommunalen Liegenschaften PV-Anlagen. Diese befinden sich an folgenden Orten: - Baubetriebshof - Musikschule Homburg - Feuerwehr Einöd Die Energieerträge dieser PV-Anlagen lassen sich bereits über einen Online-Login tagesaktuell nachvollziehen. Die Potentiale für PV-Dachanlagen im gesamten Stadtgebiet sind auch den Berechnungen der Startbilanz zu entnehmen.				
Beschreibung Die Stadt Homburg erstellt einen Fahrplan zum Ausbau der Photovoltaik-Anlagen auf eigenen Dächern. Dabei kann das Solardachkataster der Biosphäre-Bliesgau für eine erste Abschätzung des Potentials auf den einzelnen Dächern herangezogen werden. Alle energetisch und statisch geeigneten eigenen Dächer sollen in den folgenden Jahren mit PV-Anlagen versehen werden. Dabei amortisieren sich PV-Anlagen bereits nach wenigen Jahren. Besonderes Augenmerk sollte auch auf den Eigenverbrauch gelegt werden. Da kommunale Gebäude, wie beispielsweise das Rathaus, gerade tagsüber genutzt werden, bieten sich diese sehr gut an auch von dem höheren finanziellen Einsparpotential von nicht bezogener Energie zu profitieren im Gegensatz zu eher gering vergüteter eingespeister Energie.				
Initiator Gebäudemanagement, Klimaschutzmanagement				
Akteure Vertreter aus den Abteilungen (z.B.: Hochbau)				
Zielgruppe Gebäudemanagement, Klimaschutzmanagement				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) bis zu 30% Energieeinsparungen sind möglich				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Verringerung Finanzmittelabfluss				
Flankierende Maßnahmen M5, M6, M9, M10				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M12	Maßnahmen-Typ Förderung	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Förderprogramm für PV-Dachanlagen und Balkonanlagen				
Ziel und Strategie Steigerung des Anteils der PV-Dachflächen im Stadtgebiet und der Akzeptanz in der Bevölkerung durch persönliche Teilnahme an der Umstellung.				
Ausgangslage Derzeit gibt es ein großes Potential für PV-Dachanlagen im Stadtgebiet laut Potentialberechnung dieses Konzepts.				
Beschreibung Das Potential lässt sich nur in Zusammenarbeit mit privaten Eigentümern heben. Zusätzliche Anreize für die Anschaffung von PV-Dachanlagen können z.B. mit den Stadtwerken geschaffen werden. Es existieren Beispiele für solche Ansätze in Kommune (z. B.: Stadt Freiburg)				
Initiator Politik				
Akteure Klimaschutzmanagement, Stadtwerke, Bürgerenergiegenossenschaften				
Zielgruppe Immobilieneigentümer, Mieter				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) hoch				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Nutzung des Erneuerbare-Energien-Potenzials vor Ort				
Flankierende Maßnahmen M11, M13				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M13	Maßnahmen-Typ Motivation	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kurz
Maßnahmen-Titel Empfehlung von PV-Anlagen bei Neubauten				
Ziel und Strategie Steigerung des Anteils an Photovoltaik an der Stromversorgung und verbesserte Ausschöpfung des berechneten Potenzials.				
Ausgangslage Derzeit ist es Bauherren freigestellt auf ihren Neubauten PV-Dachanlagen zu errichten und findet daher nicht notwendigerweise statt.				
Beschreibung Die Stadt Homburg empfiehlt PV-Anlagen bei Neubauten zu installieren				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement				
Akteure Politik, Verwaltung				
Zielgruppe Bauherren				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) gering				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Nutzung des Erneuerbare-Energien Potenzials vor Ort				
Flankierende Maßnahmen M12				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M14	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme lang
Maßnahmen-Titel Ausbau PV-Dachanlagen				
Ziel und Strategie Errichtung von PV-Anlagen auf Dächern sowie Schaffung von Anreizen und Unterstützungsangeboten				
Ausgangslage Die Errichtung von PV-Anlagen auf Dächern ist mit das größte Potenzialfeld zur Erzeugung erneuerbarer Energien in der Stadt Homburg.				
Beschreibung Ziel muss es sein, neben den kommunalen Dachflächen auch bei privaten und gewerblichen Dachflächen das Potenzial maximal auszuschöpfen. Hierzu sind ebenfalls Anreizsysteme und Umsetzungs- sowie Unterstützungsinstrumente zu entwickeln. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca. 249.100 MWh/a Strom erzeugt.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement, jede Akteursgruppe				
Akteure Jede Akteursgruppe				
Zielgruppe Jede Akteursgruppe				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig bis sehr hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) 249.100 MWh/a 11.400 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung				
Flankierende Maßnahmen				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M15	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme lang
Maßnahmen-Titel Ausbau Solarthermischer Anlagen				
Ziel und Strategie Errichtung von ST-Anlagen auf Dächern sowie Schaffung von Anreizen und Unterstützungsangeboten				
Ausgangslage Die Errichtung von solarthermischen Anlagen auf Dächern, vor allem im Bereich der privaten Haushalte, können einen wesentlichen Beitrag zu einer erneuerbaren Versorgung leisten.				
Beschreibung Ziel muss es sein, vor allem bei privaten Haushalten das Potenzial maximal auszuschöpfen. Gut ausgelegte Solarthermie-Anlagen können in den Übergangszeiten als auch in den Sommermonaten die benötigte Energie für Heizen und Warmwasser vollständig bereitstellen. Hierzu sind ebenfalls Anreizsysteme und Umsetzungs- sowie Unterstützungsinstrumente unter Vorbehalt der Finanzierbarkeit zu entwickeln. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca.50.900 MWh/a Wärme erzeugt.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement				
Akteure Klimaschutzmanager, ggf. Handwerk				
Zielgruppe Private Haushalte				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig bis mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) 50.900 MWh/a 10.700 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung				
Flankierende Maßnahmen				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M16	Maßnahmen-Typ Baurecht	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Ausbau von PV-Freiflächenanlagen und Agri-PV				
Ziel und Strategie Steigerung des Anteils an Freiflächen-PV an der Stromversorgung und verbesserte Ausschöpfung des berechneten Potentials.				
Ausgangslage PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet gibt es bereits bei mehreren Industriebetrieben. Details zu den Anlagen sind öffentlich im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur einsehbar. Ein großes Potential im Bereich der PV-Freiflächen ist laut Potentialanalyse dieses Klimaschutzkonzeptes vorhanden. Ein Projektvorhaben an den Berghöfen auf der Gemarkung Einöd und in Wörschweiler ist derzeit in Planung.				
Beschreibung Die Stadt Homburg fördert Initiativen zur Errichtung von Freiflächen-PV und Agri-PV und unterstützt diese politisch. Entsprechende Bebauungsplanverfahren werden möglichst zügig durchgeführt. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca. 154.300 MWh/a Strom erzeugt.				
Initiator Politik, Verwaltung				
Akteure Politik, Verwaltung, Klimaschutzmanagement				
Zielgruppe Projektentwickler, Stadtwerke, Bürgerenergiegenossenschaften				
Ausgaben und Finanzierungsansatz niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) 154.300 MWh/a 7.000 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Nutzung des Erneuerbare-Energienpotentials vor Ort				
Flankierende Maßnahmen M18				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M17	Maßnahmen-Typ Baurecht	Einführung der Maßnahme Kurz- bis mittelfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Ausbau und Repowering der Windenergie				
Ziel und Strategie Steigerung des Anteils an Windenergie im Strom- und Wärmebereich.				
Ausgangslage Der Teilflächennutzungsplan Windenergie für die Stadt Homburg des Jahres 2016 ist vom Stadtrat beschlossen und in Kraft. Eine Konzentrationszone für Windenergie resultiert hieraus. Im Bereich „Auf der weißen Triesch“ befinden sich vier Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von 9,6 MW. Im Stadtgebiet existiert großes Potential für neue Windenergieanlagen nach Berechnungen dieses Konzepts. Im Bereich des bestehenden Windenergiegebiets gibt es überdies großes Potential für Repowering in den nächsten Jahrzehnten.				
Beschreibung In Hinblick auf die sich wandelnde Gesetzgebung im Bereich Windenergie wird der Teilflächennutzungsplan fortgeschrieben. Das Potential für neue Windenergieanlagen wird nutzbar gemacht. Das Repowering-Potential wird, sobald es die bestehenden Anlagen erfordern, nutzbar gemacht. Bis zum Jahr 2045 werden durchschnittlich ca. 384.000 MWh/a Strom erzeugt.				
Initiator Politik				
Akteure Politik, Stadtplanung, UBA, Planungsbüros				
Zielgruppe Projektentwickler, Stadtwerke, Bürgerenergiegenossenschaften				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) 384.000 MWh/a 25.200 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie				
Flankierende Maßnahmen M18				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M18	Maßnahmen-Typ Technisch, Bau	Einführung der Maßnahme Kurz- bis mittelfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Energiecontracting				
Ziel und Strategie Beschleunigte Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen und Erneuerbare Energien-Anlagen				
Ausgangslage Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz im Gebäude und zum Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen verzögern sich oder scheitern mitunter aufgrund von Fachkräftemangel und bürokratischen Hürden.				
Beschreibung Maßnahmen werden unter Anwendung von Energiecontracting durch spezialisierte Fachfirmen durchgeführt. Die Kosten werden durch Zahlungen der Energie über die Zeit getragen.				
Initiator Klimaschutzmanagement, Gebäudemanagement				
Akteure Externe Fachfirmen, Gebäudemanagement				
Zielgruppe Verwaltung				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig bis mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel bis hoch				
Regionale Wertschöpfung Zügige Umsetzung von Erneuerbare-Energienanlagen vor Ort				
Flankierende Maßnahmen M10, M16, M17				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M19	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme lang
Maßnahmen-Titel Erschließung der Effizienzpotenziale im Verkehrsbereich				
Ziel und Strategie Senkung der Energieverbräuche und Substitution von Treibstoffen durch verschiedenste Maßnahmen.				
Ausgangslage In der Stadt Homburg ist der Verkehrssektor der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen.				
Beschreibung Ziel muss es sein, die Energieverbräuche zu senken und den verbleibenden Energiebedarf aus Erneuerbaren Treibstoffen zu decken. Hierzu sind vielfältige Maßnahmen notwendig, die auf planerischer, politischer Ebene zu finden als auch auf Nutzerverhalten und Suffizienz herbeizuführen sind.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement, jede Akteursgruppe				
Akteure Jede Akteursgruppe				
Zielgruppe Jede Akteursgruppe				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig bis sehr hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) 4.900 t CO_{2e}/a				
Regionale Wertschöpfung				
Flankierende Maßnahmen				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M20	Maßnahmen-Typ Planungsrecht	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Nachhaltige Mobilität				
Ziel und Strategie Die Aspekte von nachhaltiger Mobilitäts- und Flächenentwicklung werden in der Planung integriert und eine Kooperation der Fachdisziplinen wird strukturell verankert.				
Ausgangslage Das städtische Radverkehrskonzept befindet sich in der Umsetzungsphase. Derzeit befindet sich der Ausbau der S1 der S-Bahn Rhein-Neckar bis Zweibrücken auf Seiten der Vorhabenträger in Planung. Dadurch entstehen im Stadtgebiet mehrere neue Haltepunkte für den Schienenpersonennahverkehr. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Homburger Forum entsteht in den nächsten Jahren ein neues städtisches Wohngebiet.				
Beschreibung Die Stadt Homburg nutzt den planerischen Spielraum, den sie im Zusammenhang mit dem Ausbau der S-Bahn hat, um die Belange der nachhaltigen Mobilität zu genügen. Der Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren und Fachdisziplinen muss in die Abwägung von Alternativen im Bereich nachhaltiger Mobilität einbezogen werden. Durch den Abgleich von Folgewirkungen auf Verkehrsaufkommen und der Folgekosten für eine attraktive ÖPNV-Erschließung können zunächst schwieriger erscheinende Flächen dennoch sinnvoller sein.				
Initiator Klimaschutzmanagement				
Akteure Stadtplanung				
Zielgruppe Nutzer des Umweltverbunds				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) mittel				
Regionale Wertschöpfung Erfüllen der Mobilitätsbedarfe vor Ort				
Flankierende Maßnahmen M21, M22				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M21	Maßnahmen-Typ Ordnungsrecht	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Sicherung und Ausbau von Nahversorgungsstrukturen				
Ziel und Strategie Innerhalb des kompletten Stadtgebiets sollen kurze Wege gewährleistet werden – indem Nahversorgungsstrukturen vor Ort gesichert und ausgebaut werden.				
Ausgangslage Demografische Veränderungen, aber auch die Zentralisierung von Einzelhandels- und Bankstandorten stellt auch in Homburg eine steigende Herausforderung dar. Dadurch entstehen, neben den sozialen Aspekten, zusätzliche Mobilitätsbedarfe.				
Beschreibung Durch die Unterstützung von entsprechenden Initiativen zur Sicherung und zum Ausbau von Nahversorgungsstrukturen kann diesen Herausforderungen begegnet werden. Die Ausweitung nachhaltiger Mobilitätsangebote durch Mobilitätsstationen ist eine weitere Möglichkeit.				
Initiator Klimaschutzmanagement, Stadtmarketing				
Akteure Stadtmarketing, Stadtplanung, Politik				
Zielgruppe Bevölkerung in den Stadtteilen				
Ausgaben und Finanzierungsansatz niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel bis hoch				
Regionale Wertschöpfung Erledigungen werden vor Ort getätigt, Identifikation mit der Stadt				
Flankierende Maßnahmen M20				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M22	Maßnahmen-Typ Ordnungsrecht	Einführung der Maßnahme mittelfristig	Dauer der Maßnahme Kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Steuerung der Verkehrsströme				
Ziel und Strategie Der motorisierte Individualverkehr soll auf ein stadtverträgliches Maß reduziert werden, um die Aufenthaltsqualität der Bürger in und die Identifikation mit der Stadt zu erhöhen.				
Ausgangslage In Homburg besitzt der MIV einen vergleichsweisen hohen Anteil am Verkehrsaufkommen. Dies ist nicht mit dem Anspruch einer nachhaltigen und emissionsarmen Stadt vereinbar.				
Beschreibung Die Stadtverwaltung strebt den Ausbau nachhaltiger Verkehrsmöglichkeiten an. Dies gelingt mithilfe von durchgängigen und komfortablen Fuß- und Radverkehrsnetzen. Außerdem sollen Durchfahrtsmöglichkeiten und Geschwindigkeiten des MIVs reduziert und Park and Ride Möglichkeiten vor die Stadt platziert und Grünflächen innerhalb der Stadt zahlreicher werden.				
Initiator Politik				
Akteure Mobilitätsmanager, Stadtplanung, Ortspolizei				
Zielgruppe Nutzer des MIV, Nutzer des Umweltverbunds				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel, Fördermöglichkeiten beachten				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel bis hoch				
Regionale Wertschöpfung Erledigungen werden vor Ort getätigt, Identifikation mit der Stadt				
Flankierende Maßnahmen M20, M21				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M23	Maßnahmen-Typ Planung, Bau	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme Kurz - mittel
Maßnahmen-Titel Durchführung eines Fußverkehrs-Checks				
Ziel und Strategie Das Ziel ist die Erhöhung des Anteils des Fußverkehrs, zur Reduktion von Emissionen aus anderen Verkehrsmöglichkeiten und zur Steigerung des persönlichen Wohlbefindens der zu Fuß Gehenden.				
Ausgangslage In Homburg existiert kein einheitliches, stadtweites Konzept für die Belange des Fußverkehrs. An einigen Stellen müssen Fußgänger Umwege gehen im Vergleich zu Verkehrsteilnehmern, welche sich auf der Straße fortbewegen. Außerdem befinden sich mitunter Hindernisse, wie Mülltonnen oder auch KFZ auf Gehwegen. Dies ist kontraproduktiv bei der Entscheidung zu Fuß zu gehen.				
Beschreibung Die Stadt Homburg erstellt ein Konzept zur Analyse und Verbesserung der Belange des Fußverkehrs und setzt dieses zeitnah um.				
Initiator Klimaschutzmanager				
Akteure Klimaschutzmanager, Gutachter, Stadtplanung, Ortspolizei, Verbände				
Zielgruppe (potenzielle) Fußgänger				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig bis mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel bis hoch				
Regionale Wertschöpfung Erledigungen werden vor Ort getätigt, Identifikation mit der Stadt				
Flankierende Maßnahmen M22, M24				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M24	Maßnahmen-Typ Planung, Bau	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Ausbau der Rad-Infrastruktur				
Ziel und Strategie Die Rad-Infrastruktur in der Stadt Homburg soll verbessert werden, um die Sicherheit und das Wohlbefinden der Radfahrenden und den Anteil des Radverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen zu erhöhen, sowie schädliche Emissionen zu verringern.				
Ausgangslage Ein Radverkehrskonzept für den Alltagsradverkehr aus dem Jahre 2019 liegt vor und wurde vom Stadtrat beschlossen. Es befindet sich seitdem in der Umsetzung. Größere Maßnahmen sollen laut Beschluss einzeln in den politischen Gremien besprochen werden. Dies führt zu umfangreichen Diskussionen. Für das Vorhaben zur Erstellung eines Freizeit- und oder Alltagsradwegs auf der entwidmeten Eisenbahntrasse zwischen Homburg und dem rheinland-pfälzischen Waldmohr soll eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Der rheinland-pfälzische Landkreis Kusel ist dem Vorhaben ggü. positiv gestimmt.				
Beschreibung Beschleunigte Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Rad-Infrastruktur, wie das Radverkehrskonzept und das Vorhaben nach Waldmohr. Letzteres würde einen Lückenschluss im Radverkehrsnetz darstellen und den Radverkehr aus dem Bliesgauradweg durch Homburg zum Glanradweg leiten.				
Initiator Radverkehrsbeauftragte, Klimaschutzmanagement				
Akteure Politik, Radverkehrsbeauftragter, Stadtplanung, Ortspolizei, Verbände				
Zielgruppe (potenzielle) Radfahrer				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch, Fördermöglichkeiten gegeben (NMob, Leader, etc.)				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) hoch				
Regionale Wertschöpfung Erledigungen werden vor Ort getätigt, Identifikation mit der Stadt				
Flankierende Maßnahmen M23, M22				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M25	Maßnahmen-Typ Planung, Bau	Einführung der Maßnahme	Dauer der Maßnahme
Maßnahmen-Titel Ausbau und Optimierung des ÖPNV-Angebots				
Ziel und Strategie Der Anteil des Bus- und Bahnverkehrs soll erhöht werden, um Emissionen zu reduzieren.				
Ausgangslage Der Binnen-ÖPNV in der Stadt wird derzeit ausschließlich durch Busse der städtischen Tochtergesellschaft HPS (Homburger Parkhaus- und Stadtbusgesellschaft) bedient. Der Verkehr in den Bliesgau und ländliche Regionen der Pfalz erfolgt ebenfalls durch Busse. Lediglich am Hauptbahnhof und unabhängig davon in Einöd lassen sich der Zeit Züge nutzen. Der Ausbau der S-Bahn nach Zweibrücken, durch den drei Haltepunkte im Homburger Stadtgebiet reaktiviert werden, ist im Gange und nach derzeitigem Stand 2025 vollendet.				
Beschreibung Die Homburger Stadtbusse sollen in einem angemessenen regelmäßigen Taktverkehr zwischen wichtigen, relevanten Haltestellen innerhalb des Stadtgebiets verkehren, der bestmöglich auf den schienengebundenen Verkehr abgestimmt ist				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement, HPS				
Akteure HPS, Politik, Planungsbüros				
Zielgruppe Nutzer des ÖPNV				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel bis hoch				
Regionale Wertschöpfung Erledigungen werden vor Ort getätigt, Identifikation mit der Stadt				
Flankierende Maßnahmen M22, M23, M24				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M26	Maßnahmen-Typ Planung, Bau	Einführung der Maßnahme Kurz- bis mittelfristig	Dauer der Maßnahme Mittel
Maßnahmen-Titel Einrichten von Mobilitätspunkten				
Ziel und Strategie An Mobilitätspunkten können die Nutzer komfortabel und sinnvoll intermodal zwischen den Verkehrsformen wechseln.				
Ausgangslage Der Homburger Hauptbahnhof dient als ein Mobilitätspunkt, an dem zwischen Zug-, Bus-, Rad- und Fußverkehr, etc. gewechselt werden kann.				
Beschreibung Der Homburger Hauptbahnhof wird als Mobilitätspunkt aktiv weiterentwickelt. An anderen wichtigen Orten in der Stadt (z.B. Talstraße, wichtige Punkte in den Stadtteilen, zukünftige Haltepunkte der S-Bahn in den Stadtteilen, etc.) werden Mobilitätspunkte aufgebaut.				
Initiator Klimaschutzmanager				
Akteure Klimaschutzmanager, Mobilitätsmanager, Radverkehrsbeauftragte, Verbände				
Zielgruppe Nutzer des Umweltverbunds				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) mittel				
Regionale Wertschöpfung Stärkung der Intermodalität (im Umweltverbund)				
Flankierende Maßnahmen M22, M23, M24, M25				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M27	Maßnahmen-Typ Personal	Einführung der Maßnahme mittelfristig	Dauer der Maßnahme kurz
Maßnahmen-Titel Weiterentwicklung des Job-Tickets für kommunale Mitarbeiter				
Ziel und Strategie Umstieg der Mitarbeiter im Alltags- und Freizeitverkehr auf den ÖPNV und Nutzung von Kombinationen des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad-, Fußverkehr) zur Reduktion schädlicher Emissionen, sowie verstärkte Identifikation mit der Stadt als Arbeitgeberin.				
Ausgangslage In Homburg konzentrieren sich eine Vielzahl an Arbeitsplätzen. Allein bei der Stadtverwaltung arbeiten rund 450 Personen. Diese kommen zahlreich aus dem Umland mit dem privaten PKW – nicht zuletzt aufgrund der eher hohen Preise und der Landes-/Verkehrsverbundgrenze. Durch die Einführung des bundesweiten Deutschlandtickets sind bereits zahlreiche Hürden gefallen. Die Stadt Homburg bietet das D-Ticket als vergünstigtes Jobticket an.				
Beschreibung Erhöhung des Anteils der Arbeitgeberfinanzierung am Jobticket, z.B. auf vorherigen Zuschussbetrag pro Ticket vor Einführung des D-Tickets als Jobticket.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement, Mobilitätsmanagement				
Akteure Mobilitätsmanagement, Personalabteilung				
Zielgruppe Kommunale Mitarbeiter				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) mittel				
Regionale Wertschöpfung Stärkung der Stadt Homburg als Arbeitgeber, Statement für den ÖPNV, Vorbildfunktion				
Flankierende Maßnahmen M25, M26				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M28	Maßnahmen-Typ Personal	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Verlagerung von Dienstfahrten				
Ziel und Strategie Reduzierung des Verkehrsaufkommens im Bereich MIV und von schädlichen Emissionen				
Ausgangslage In Homburg werden Dienstfahrten noch in der Regel mit dem PKW durchgeführt. Einige der dienstlich genutzten PKW sind aber bereits elektrisch betrieben. Außerdem stehen dienstliche E-Bikes zur Verfügung.				
Beschreibung Verlagerung von Dienstfahrten auf den Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, sofern dies dienstlich möglich ist.				
Initiator Mobilitätsmanagement, Klimaschutzmanagement				
Akteure Mobilitätsmanagement, Personalabteilung				
Zielgruppe Mitarbeiter				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Niedrig bis mittel				
Regionale Wertschöpfung Reduktion der THG-Emissionen				
Flankierende Maßnahmen M22, M29				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M29	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Energieeffizienter kommunaler Fuhrpark				
Ziel und Strategie Energieeinsparungen durch Umstellungen im kommunalen Fuhrpark				
Ausgangslage Der kommunale Fuhrpark der Stadt Homburg wird in einer Excel-Tabelle detailliert erfasst. Darin finden sich die Auflistung der Fahrzeuge, deren Fahrleistung und Tankvorgänge. Zahlreiche dieselbetriebene PKW und Nutzfahrzeuge, sowie einzelne erdgasbetriebene, aber auch bereits elektrisch betriebene PKW sind im Bestand. Ein elektrisch betriebenes Fahrzeug zur Abfallentsorgung soll getestet werden.				
Beschreibung Durch einen verbindlichen politischen Beschluss der Stadt kann erreicht werden, dass Neuanschaffungen im Bereich des Fuhrparks verstärkt an den Erfordernissen des Klimaschutzes ausgerichtet werden. So soll vor allem auf geringe Treibhausgasemissionen, geringer Verbrauch fossiler Energieträger, Verminderung der lokalen Luftschadstoff- und Lärmbelastung und einen Beitrag zur Diversifizierung der Kraftstoffversorgung geachtet werden.				
Initiator Politik, Klimaschutzmanagement				
Akteure Baubetriebshof, Mobilitätsmanagement				
Zielgruppe Mitarbeiter				
Ausgaben und Finanzierungsansatz hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) hoch				
Regionale Wertschöpfung Energieautonomie, Verringerung Finanzmittelabfluss				
Flankierende Maßnahmen M28				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M30	Maßnahmen-Typ technisch	Einführung der Maßnahme Mittelfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Umstellung des Bus-Fuhrparks der HPS auf nachhaltige Antriebe				
Ziel und Strategie Senkung der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet und Ausüben einer Vorbildfunktion				
Ausgangslage Die Homburger Stadtbusse der HPS (Homburger Parkhaus- und Stadtbusgesellschaft) sind dieselbetrieben.				
Beschreibung Die HPS schafft bei Bedarf an neuen Bussen solche mit nachhaltigen Antrieben (z.B. Elektrobusse) an.				
Initiator Politik				
Akteure HPS, Mobilitätsmanagement, Klimaschutzmanagement				
Zielgruppe ÖPNV-Nutzer, Bewohner				
Ausgaben und Finanzierungsansatz hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) hoch				
Regionale Wertschöpfung Nutzung der vor Ort erzeugten Erneuerbaren Energien				
Flankierende Maßnahmen M25				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M31	Maßnahmen-Typ Planung	Einführung der Maßnahme mittelfristig	Dauer der Maßnahme
Maßnahmen-Titel Parkraummanagement				
Ziel und Strategie Reduzierung des MIVs zur Senkung schädlicher Emissionen, Steuerung der Verkehrsströme des MIVs				
Ausgangslage Derzeit existieren sehr vereinzelt, bzw. vergleichsweise günstige Parkgebühren an Parkplätzen und Parkhäusern der HPS. Anwohnerparkgebühren existieren nicht.				
Beschreibung Die HPS und die Stadt führen ein Parkraummanagement – einhergehend mit der Verbesserung des Stadtbussystems - ein, bzw. erhöht die Parkgebühren auf ein sinnvolles Niveau.				
Initiator Politik				
Akteure HPS, Mobilitätsmanagement, Klimaschutzmanagement, Verbände				
Zielgruppe Nutzer des MIVs, Bewohner				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig bis mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel				
Regionale Wertschöpfung Stärkung des Umweltverbundes				
Flankierende Maßnahmen M22, M25, M30				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M32	Maßnahmen-Typ Baurecht	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kurz
Maßnahmen-Titel Anforderungen zur Kompaktheit und Gebäudeausrichtung				
Ziel und Strategie Steigerung der Energieeffizienz pro Nutzer und Möglichkeit zur Nutzung von Photovoltaik/Solarthermie				
Ausgangslage Kompaktheit und Gebäudeausrichtung sind derzeit nicht in Bebauungsplänen für Neubauten vorgeschrieben.				
Beschreibung Einführung des Maßstabs der Kompaktheit bei Neubauten in Bebauungsplänen zur Steigerung der Energieeffizienz und der Ausrichtung einer Dachseite Richtung Süden, um Photovoltaik und / oder Solarthermie effizient nutzen zu können.				
Initiator Politik				
Akteure Stadtplanung				
Zielgruppe Bauherren				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel				
Regionale Wertschöpfung -				
Flankierende Maßnahmen M33				

Handlungsfeld Energie	Maßnahmen-Nr. M33	Maßnahmen-Typ Baurecht	Einführung der Maßnahme Mittel- bis langfristig	Dauer der Maßnahme kurz
Maßnahmen-Titel Anschluss an die dekarbonisierte Fernwärme				
Ziel und Strategie Steigerung der Nutzung der dekarbonisierten Fernwärme und Verringerung der Nutzung fossiler Energieträger für Wärme				
Ausgangslage In Homburg wird das Fernwärmenetz derzeit durch das Homburger Heizkraftwerk und Abwärme von Industriebetrieben gespeist.				
Beschreibung Nachdem die kommunale Wärmeplanung einen Handlungspfad aufgezeigt hat und anschließend das Fernwärmenetz dekarbonisiert wurde, beschließt die Stadt Homburg ein Anschlussgebot von Neubauten an die mit erneuerbaren Energien treibhausgasneutral hergestellte Fernwärme.				
Initiator Politik				
Akteure Politik, Verwaltung				
Zielgruppe Bauherren				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel bis hoch				
Regionale Wertschöpfung Wärmenutzung aus vor Ort anfallenden Quellen				
Flankierende Maßnahmen M32				

Handlungsfeld Beschaffung	Maßnahmen-Nr. M34	Maßnahmen-Typ rechtlich	Einführung der Maßnahme Kurz- bis mittelfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel Ausweitung der Dienstanweisung nachhaltige Beschaffung				
Ziel und Strategie Nachhaltige Beschaffung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, inklusive der Bereiche IT und Bau				
Ausgangslage In Homburg ist eine Dienstvereinbarung „nachhaltige Beschaffung“ in Kraft. Die Umsetzung kann derzeit im Alltag nicht sinnvoll überprüft werden, da sich dies recht zeitintensiv gestaltet. Die Beschaffung nachhaltigerer Alternativen ist überdies häufig teurer, was aus finanzieller Sicht Probleme darstellt.				
Beschreibung Verstärkte Umsetzung der bestehenden DV „nachhaltige Beschaffung“ und Ausweitung der Geltungsbereiche durch politischen Beschluss.				
Initiator Politik				
Akteure Verwaltung (z.B. Vergabeabteilung)				
Zielgruppe Mitarbeiter				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Niedrig				
Regionale Wertschöpfung Kürzere Transportwege, Nutzung nachhaltiger Anbieter in der Stadt				
Flankierende Maßnahmen -				

Handlungsfeld Natürlicher Klimaschutz	Maßnahmen-Nr. M35	Maßnahmen-Typ Natur- und Klimaschutz	Einführung der Maßnahme kurz- bis mittelfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel kommunale Moorstrategie				
Ziel und Strategie Umsetzung von sinnvollen Maßnahmen an der Schnittstelle von Natur- und Klimaschutz zur Senkung von Treibhausgasemissionen, sowie zur Erhaltung und Erhöhung der Artenvielfalt.				
Ausgangslage Es existiert ein Stadtratsbeschluss zum Thema „Wiedervernässung der Moore in Homburg“ aus dem März 2022. Dieses Vorhaben wurde seitdem vorangetrieben und das Erstellen einer zu fördernden Machbarkeitsstudie durch ein fachkundiges Büro vorbereitet, in der geeignete Standorte im Stadtgebiet evaluiert werden sollen. In einer darauf aufbauenden Umsetzungsstudie kann die Umsetzung der Wiedervernässung an den geeigneten Standorten detailliert aufgezeigt werden. Das Thema gestaltet sich in Prozess und Inhalt komplex.				
Beschreibung Die Stadt Homburg schreibt eine Machbarkeitsstudie „Wiedervernässung der Moore in Homburg“ an geeignete Fachbüros aus, beantragt eine Förderung (z.B. LEADER) und lässt die Studie durchführen. Eine passende Umsetzungsstudie wird in die Wege geleitet. Umsetzungspotential für Wiedervernässungen von Niedermooren besteht über die Stadtgrenzen hinaus in der St. Ingbert-Kaiserslauterer Senke. Eine Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren aus der überregionalen Verwaltung, Politik und Verbänden kann dieses Potential heben.				
Initiator Politik				
Akteure Verwaltung, Verbände				
Zielgruppe Bevölkerung				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch, Fördermöglichkeiten z. B. über Leader, Moorstrategie des Bundes				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel bis hoch				
Regionale Wertschöpfung Verbesserung des Mikroklimas				
Flankierende Maßnahmen M31				

Handlungsfeld Natürlicher Klimaschutz	Maßnahmen-Nr. M36	Maßnahmen-Typ Natur- und Klimaschutz	Einführung der Maßnahme Kurz- bis mittelfristig	Dauer der Maßnahme kontinuierlich
Maßnahmen-Titel (Dach)-Begrünung der städtischen Gebäude und Flächen				
Ziel und Strategie Einnehmen einer Vorbildfunktion, Bindung von Treibhausgasen, Erhöhung der Artenvielfalt, sowie Aufenthaltsqualität und Identifikation mit der Stadt, Senkung von Temperaturen				
Ausgangslage Es existiert derzeit kein Konzept zum Thema Dachbegrünung.				
Beschreibung Die Stadt Homburg beschließt die sukzessive (Wieder)-Begrünung der städtischen Dächer, Fassaden und Pflanzgefässe im öffentlichen Raum und entsiegelt ungenutzte oder nicht notwendigerweise versiegelte städtische Flächen.				
Initiator Politik				
Akteure Umwelt- und Grünflächenabteilung				
Zielgruppe Stadtbevölkerung				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) Mittel				
Regionale Wertschöpfung Verbesserung des Mikroklimas, Stärkung nachhaltiger Anbieter vor Ort				
Flankierende Maßnahmen M35				

Handlungsfeld Natürlicher Klimaschutz	Maßnahmen-Nr. M37	Maßnahmen-Typ Ordnungsrecht	Einführung der Maßnahme kurzfristig	Dauer der Maßnahme kurz
Maßnahmen-Titel Natürliche Gärten				
Ziel und Strategie Bindung von Treibhausgasen, Erhöhung der Artenvielfalt, sowie Aufenthaltsqualität und Identifikation mit der Stadt, Senkung von Temperaturen				
Ausgangslage (Vor)-Gärten werden derzeit nach freiem Belieben des Hauseigentümers gestaltet, u.a. durch zur Hilfenahme von Schotter				
Beschreibung Die Stadt Homburg erlässt eine Gestaltungssatzung für natürliche Gärten und setzt diese durch.				
Initiator Politik				
Akteure Politik, Umwelt- und Grünflächenabteilung				
Zielgruppe Hauseigentümer				
Ausgaben und Finanzierungsansatz niedrig				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) niedrig				
Regionale Wertschöpfung Verbesserung des Mikroklimas				
Flankierende Maßnahmen M35, M36				

Handlungsfeld Mobilität	Maßnahmen-Nr. M38	Maßnahmen-Typ Ordnungsrecht	Einführung der Maßnahme Mittelfristig	Dauer der Maßnahme
Maßnahmen-Titel Nachhaltiger Transport und Verwendung von Abfällen				
Ziel und Strategie Senkung der Treibhausgase aus dem Transport von Abfällen				
Ausgangslage Die Stadt Homburg ist Mitglied im Entsorgungsverband Saar (EVS). Kommunal anfallende Abfälle werden nach den Vorgaben des EVS zur zentralen Weiterverwertung außerhalb des Stadtgebietes gebracht. Die kommunale Wertschöpfungskette wird so nicht vollständig eingehalten.				
Beschreibung Die Stadt Homburg prüft eine lokale Nutzung und Wertschöpfung der anfallenden Abfälle, (bspw. im Heizkraftwerk Homburg zur Speisung des Fernwärmenetzes) mithilfe von lokalen Partnern (z.B. Stadtwerke) und nach Verhandlungen mit dem EVS. Ein elektrisch betriebenes Müllfahrzeug kann anschließend langfristig eingesetzt werden.				
Initiator Baubetriebshof, Klimaschutzmanagement				
Akteure Stadtwerke Homburg, EVS				
Zielgruppe Abfallerzeuger, Wärmenutzer				
Ausgaben und Finanzierungsansatz Mittel bis hoch				
Energie- und Treibhausgaseinsparung (Klimaschutzpotential) hoch				
Regionale Wertschöpfung Nachhaltige Nutzung städtischer Abfälle zur Wärmeerzeugung, Verkürzung Transportwege				
Flankierende Maßnahmen M5, M29				

10 Akteurs-, Öffentlichkeits- und Gremienarbeit

Im bisherigen Verlauf des Erstvorhabens Klimaschutzmanagement wurden kontinuierlich Gespräche mit verschiedenen relevanten internen Akteuren aus der Stadtverwaltung durchgeführt, um einen Ist-Zustand der Klimaschutzbemühungen und Klimaschutzmaßnahmen herauszuarbeiten. Diese finden sich im Unterkapitel „Bereits realisierte Maßnahmen“ des Kapitels 2, „Ist-Analyse“.

Am 10.11.2022 unterrichtete das Klimaschutzmanagement den Stadtrat der Stadt Homburg zum Stand des Vorhabens zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie „Wiedervernässung der Homburger Moore“, welches dem natürlichen Klimaschutz zuzuordnen ist.

Eine interne Steuerungsgruppe Klimaschutz wurde durch das Klimaschutzmanagement ins Leben gerufen. Eingeladen waren der Bürgermeister, die Umweltbeigeordnete, der Bauamtsleiter, der Abteilungsleiter der Umwelt- und Grünflächenabteilung, zwei Ansprechpartner des Instituts IfaS. Das erste Treffen fand am 19.01.2023 statt. Dabei wurden die Energie- und Treibhausgasbilanz der Stadt Homburg, sowie Potenzialanalysen für Erneuerbare Energien als Teilergebnisse des IfaS vorgestellt, welche auf Basis der Datenzusammenstellungen des Klimaschutzmanagements entwickelt wurden. Im Zuge der Veranstaltung gab es die Möglichkeit die Teilergebnisse zu diskutieren, optimieren und weitere wichtige Themen für den Klimaschutz aus Sicht der Teilnehmer anzusprechen. Die Teilergebnisse finden sich im Kapitel 3 „Energie- und THG-Bilanzierung (Startbilanz)“ und Kapitel 5 „Potenziale zur Erschließung der verfügbaren Erneuerbaren Energien“.

Das Klimaschutzmanagement stellte am 26.01.2023 im Bau- und Umweltausschuss der Stadt Homburg die Energie- und Treibhausgasbilanzierung vor.

Beim Klimaschutz-Workshop am 22.03.2023 wurde, nach einem Grußwort des Bürgermeisters und einer Einführung durch das Klimaschutzmanagement die Energie- und Treibhausgasbilanz den Teilnehmenden vorgestellt und in einem interaktiven Veranstaltungsteil die Möglichkeit gegeben Vorschläge für Klimaschutzmaßnahmen zu machen, welche Eingang in den Maßnahmenkatalog fanden (siehe Kapitel 6). Eingeladen waren die gesamte Öffentlichkeit, inklusive Privatpersonen, Gewerbe, Industrie und Presse.

Am gleichen Abend wurde eine Kooperationsvereinbarung „KlikKS – Klimaschutz in kleinen Kommunen und Stadtteilen“ zwischen der Stadt Homburg und der Arge Solar geschlossen. KlikKS ist ein landesweit organisiertes Klimaschutzvorhaben, welches auch in vielen weiteren Bundesländern existiert. Interessierte Personen können sich bei den Projektverantwortlichen melden und erhalten dort Unterstützung, um ehrenamtlich eigene Klimaschutzideen in ihrer Kommune umzusetzen.

Zwischen dem 01.03.2023 und dem 30.04.2023 war die Umfrage „Klimaschutz in Homburg“ freigeschaltet. Sie richtete sich an interessierte Personen, die entweder in Homburg mit einer Wohnung gemeldet sind oder dort arbeiten, studieren, einer Ausbildung nachgehen oder zur Schule gehen. Inhaltlich wurde die anonymisiert die persönliche Meinung zu klimarelevanten Themen abgefragt und eine Möglichkeit gegeben, Kontaktdaten für eine ehrenamtliche Klimaschutzarbeit im Rahmen von KlikKS zu hinterlassen. Dazu wurde das professionelle Onlineumfrage-Tool „Survio“ verwendet.

Flankierend erschienen zum Klimaschutzmanagement zahlreiche Presseberichte und Interviews. Diese werden folgend aufgeführt und sind im Anhang einzusehen.

Tabelle 12: Presse zum Klimaschutz

Datum	Art	Inhalt	Medium
11.02.2022	Bericht	Einstellung KSM	Saarbrücker Zeitung
11.02.2022	Bericht	Einstellung KSM	Rhein-Pfalz (Zeitung)
15.02.2022	Bericht	Einstellung KSM	Homburg1 (Website)
14.02.2023	Pressemitteilung	Klima-Workshop	Presseverteiler der Stadt
23.12.2022	Jahresrückblick	Einstellung KSM im Februar	Webseite der Stadt
23.02.2023	Ankündigung	Klima-Workshop	Saarbrücker Zeitung
01.03.2023	Bericht/Ankündigung	KlikKS / Klima-Workshop	Saarbrücker Zeitung
07.03.2023	Bericht/Ankündigung	Klima-Workshop	Homburg1
11.03.2023	Ankündigung	Klima-Workshop	Rhein-Pfalz
15.03.2023	Ankündigung	Klima-Workshop	Saarbrücker Zeitung
22.03.2023	Bericht/Ankündigung	Klima-Workshop	Homburg1
23.03.2023	Interview	Klimaschutz in Homburg	Rhein-Pfalz
24.03.2023	Bericht	Teilnahme an KlikKS	Saarbrücker Zeitung
27.03.2023	Bericht	Klima-Workshop /-konzept	Saarbrücker Zeitung
01.04.2023	Bericht	Teilnahme an KlikKS	Wochenspiegel (Zeitung)
03.04.2023	Bericht	Stadtradeln	Saarbrücker Zeitung
03.04.2023	Bericht	Klima-Workshop	Homburg1
17.04.2023	Studio-Interview	Klimaschutz vor Ort	SR - Fernsehen
27.04.2023	Bericht	KSM geht	Saarbrücker Zeitung
28.04.2023	Bericht	KSM geht	Rhein-Pfalz

10.1 Klimaschutz-Workshop

Die organisatorischen und inhaltlichen Vorplanungen der Veranstaltung haben ca. 6 Wochen in Anspruch genommen. Dafür konnte auf verschiedene Abteilungen – von den technischen Diensten, über die IT bis zur Umwelt- und Grünflächenabteilung – zurückgegriffen werden.

Der Klimaschutz-Workshop wurde von der Presseabteilung begleitet, sodass er von der Zielgruppe wahrgenommen werden konnte. So erschienen eine Reihe von Ankündigungen über einen längeren Zeitraum in Zeitung, Fernsehen und Internet der Presse, sowie auf der eigenen Webseite der Stadt Homburg.

Die Veranstaltung Klimaschutz-Workshop wurde vom Klimaschutzmanager geplant, durchgeführt und moderiert. Sie bestand aus zwei Teilen, einem informativen und einem interaktiven. Nach einem einleitenden Grußwort des Bürgermeisters der Stadt Homburg und einer Einführung in die Thematik Klimaschutz des Klimaschutzmanagers wurde die Energie- und Treibhausgasbilanz der Öffentlichkeit durch das IfaS vorgestellt. Die Arge Solar stellte zum Abschluss des informativen Teils des Abends das Projekt KlikKS vor, sodass sich gleich Interessierte als ehrenamtliche Klimaschutzpaten melden konnten. Im zweiten Teil der Veranstaltung waren die Teilnehmenden aufgerufen Ihre Vorschläge für Klimaschutzmaßnahmen in Homburg aufzuschreiben. Dazu waren sie aufgerufen sich an vorbereiteten Magnetwänden mit vier verschiedenen Themenfeldern einzufinden. Diese waren:

- Erneuerbare Energien
- Nachhaltige Mobilität
- Energieeinsparung/Energieeffizienz
- Ehrenamtlicher Klimaschutz

Ihre Vorschläge konnten die Teilnehmenden auf Papierkarten schreiben und an die Magnetwände hängen. Von dieser Möglichkeit machten sie rege und lange (ca. 1,5 Stunden) Gebrauch. Währenddessen standen die Redner des informativen Teils der Veranstaltung Rede und Antwort.

Zum Abschluss der Veranstaltung wies der Klimaschutzmanager darauf hin, dass die gesammelten Maßnahmenvorschläge ausgewertet werden und Eingang in den Maßnahmenkatalog des integrierten Klimaschutzkonzepts finden.

Die Vorschläge aus dem Klima-Workshop lauten wie folgt:

Handlungsfeld Erneuerbare Energien

Tabelle 13: Handlungsfeld Erneuerbare Energien

1	PV-Anlagen
2	Potentiale bündeln, Synergien ausschöpfen -> interkommunaler Klimaschutz
3	Holz ist bei der Verbrennung nicht CO2-neutral! Aufklären! Was bedeutet CO2-Neutralität! Aufklären?
4	Windkraftanlage Garten sinnvoll -> Windregister
5	PV-Anlagen auf Dächern -> auch denkmalgeschützte Gebäude
6	1. Weg von Steinvorgärten zu z.B. Bienenwiesenvorgärten 2. Bäume vor den Häusern -> Pflanzaktionen 3. Fahrradfahren attraktiver machen, Toleranz für Radfahrer stärken 4. Mit entsprechender Kleidung die Umwelt schützen 5. Nächtliche Ampelabschaltung
7	Wie geht es weiter nach 20 Jahren EEG-Förderung? -> attraktive Vermarktung
8	Reihenfolge der Investitionen erklären 1. Dachdämmung 2. Fenster 3. aktive Lüftung

	4. Wanddämmung 5. Dann erst Heizungsmethode Aufklären!
9	Deutlich mehr Abwärmenutzung
10	Einspeisevergütung für Balkonkraftwerke attraktiver machen!
11	Wasserstoffspeicher für Industrie, nicht für Mobilität und Heizen verschwenden!
12	Erneuerbarer „Nachbarstrom“ vereinfachen
13	Strommix Stadtwerke deutlich verbessern
14	Schon vorhandene versiegelte Flächen (z.B. Gebäude) für Photovoltaik nutzen, bevor unbebaute Flächen damit bebaut werden.
15	Netzausbau auf Niederspannungsebene
16	Industriegebäude in HOM sind oft durch Grünflächen umgeben. Dieses Aufforsten mit Bäumen inklusive Bewässerung (automatisch) sofort!
17	PV auf Garagen / öffentlichen Dächern
18	PV-Anlagen auf großen Firmenparkplätzen (Sensibilisierung / ggf. Förderung inklusive E-Bikes für Mitarbeitende -> Jobrad)
19	Fernwärme ausbauen und darüber informieren, bevor individuelle Heizungen bestellt werden
20	PV-Anlagen als Bürgerbeteiligung
21	Bereitstellung kommunaler Dach- und Freiflächen für PV-Anlagen
22	Stadtwerke reformieren -> weg von der fossilen Wärmeversorgung
23	Mehr Kontrolle, was die GEW (mit dem Geld) macht
24	Bürgerbeteiligung an Windkraft transparent und wertschöpfend
25	Kirchendächer und Gemeindehäuser PV
26	Bürgerenergiegenossenschaften bewerben
27	Referentenentwurf „65%“ -> Förderung von Hybrid-Anlagen? (wenn beschlussfähig)
28	PV-Anlagen auf Denkmälern genehmigen
29	PV auf alle öffentlichen Gebäude
30	Vernetzung -> Synergieeffekte
31	Parkplätze mit PV überdachen
32	Nährstoffkreislauf der Stadt Homburg -> Kompost: Wo geht er hin, was kommt zurück?
33	Neuer Windpark am Schlossberg! Bürgerenergiegenossenschaft!
34	Gastankstelle in Erbach erhalten!
35	Methangasrückgewinnung von Kühen -> technische Möglichkeit?
36	Lederkleidung ist CO2-Speicher; keine Kunststoffkleidung; Holzbesteck, Holzschüsseln

Handlungsfeld nachhaltige Mobilität

Tabelle 14: Handlungsfeld nachhaltige Mobilität

1	Austauschprogramm Mofas -> E-Bikes, E-Roller
2	Stärkung und Ausbau des ÖPNV, mehr Verbindungen
3	Reaktivierung von Bahnstrecken
4	Radwegenetz, Ausbau Radinfrastruktur
5	PKW-Stellplätze kostenpflichtig -> Einnahme für Kommunen
6	Industrie: Börsen für Fahrgemeinschaften (Firmenübergreifende Kooperation)
7	Ausbau öffentliche Ladeinfrastruktur
8	Durchgängiges Radwegenetz/-konzept; Schwerpunkt: Sicherheit
9	Intelligente Ampelschaltung; Smart City
10	Parkraumbewirtschaftung; Anreiz für ÖPNV, Radfahren
11	Fahrradgaragen am Bahnhof und einfachere Langzeitparkmöglichkeiten für Park + Ride am Bahnhof

12	Auf Schulen zugehen -> sicher und umweltfreundlich per Rad
13	Carsharing
14	Stationen für Schnellladen in der Innenstadt
15	Fahrradsharing (Mieträder)
16	Kein kostenfreies Parken für Autos
17	Fahrradwege zügig räumen bei Eis, Schnee oder Sturmschäden
18	Tempolimit BAB 100, Laster 70; Stadt 30
19	Krankenkassenrabatte bei bewegt zur Arbeit
20	Platzhirsche vor Ort in Ihre Schranken weisen.
21	E-Mobilität in der Personenbeförderung, z.B.: Busse, etc.
22	Jobradangebot ausweiten
23	Mehr Fahrradboxen am Bahnhof
24	Rückbau Parkplätze -> Radwege, Fußgängerfreundlichkeit „15min Stadt“
25	E-Roller einführen/fördern
26	Breite Straßen mit Bäumen zur Verschattung bepflanzen
27	Fahrradzonen testen/einführen
28	Carsharing-Angebote; Mitfahrangebote
29	Grüne Ampelwelle auf Hauptverkehrsstraße (Vermeidung Stop & Go sowie Einhaltung Tempolimit
30	Mobilitätsstationen
31	Erdgastankstelle in Erbach erhalten
32	An jedem Parkplatz in Homburg einen Baum pflanzen – Grün City

Handlungsfeld Energieeinsparung/Energieeffizienz

Tabelle 15: Handlungsfeld Energieeinsparung/Energieeffizienz

1	Beeden Ampeln an Wochenenden abschalten (mindestens an Grundschulen)
2	Förderung Heizungscheck -> Verbraucherzentrale!
3	Löwenanteil der Industrie an THG -> aber keine Vertreter vor Ort
4	Stromverbraucher anteilsmäßig reduzieren (Anzahl Lampen, Brunnen, …)
5	Strom/Wärme (Warmwasser) prüfen in UKS
6	Undichte WC-Drücker im Rathaus reparieren
7	Klimaschutzmanager langfristig verankern
8	Oberste Geschossdecke dämmen
9	Begrünung von Fassaden bes. innerstädtisch sowie Miniklimaflächen mit Wasserläufen zur Temperatursenkung im Sommer
10	Bewerbung Haus-fit-Check!
11	Balkonkraftwerke -> 2-Richtungszähler, aber auch Vergütung der Einspeisung?
12	Wärmepumpenspezialisierung
13	Energieberaternetzwerk leicht zugänglich machen
14	Heizungsregelungen intelligent nutzen, z.B. abschalten der Heizkreise
15	Green Hospital
16	Brunnen (z.B. am Kreisel) abschalten und durch einen Baum ersetzen (vielleicht eine Linde)
17	Power to Gas
18	Nutzerverhalten positiv ändern (Sensibilisierung)
19	Straßenbeleuchtung dimmen (Lichtintensität senken)
20	Energetische Modernisierung von Gebäuden auch kommunalen Gebäuden mit PV-Anlagen + Wärmepumpen oder Biomasseanlagen
21	Versiegelte Flächen (auch im Innenstadtbereich) aufbrechen

22	Energieberater in Anspruch nehmen (Förderung nutzen)
23	Landwirtschaftlich aktive Dörfer: Biogasanlagen mit Nahwärmenetzen
24	Erhöhung der Energieeffizienz der Gebäude durch wärmedämmende Maßnahmen
25	Energiemanagement und -controlling personalisieren + dauerhaft verankern

Handlungsfeld ehrenamtlicher Klimaschutz

Tabelle 16: Handlungsfeld ehrenamtlicher Klimaschutz

1	Baumwiederanpflanzprojekte durch die lokale Bürgerschaft auf freien Grundstücken
2	Bewässerungsprojekte durch Bürgerpatenschaften
3	Begrünung fürs Stadtklima durch ansässige Ehrenamtler
4	Regenwasserauffangsysteme für lokale Gießeinsätze
5	Dachbegrünungen
6	Wiederherstellung von Mooren, Bachläufen und kleinen Weihern
7	Öffnung für KlikKS auch für Naturerhaltung
8	Artenschutz ist Klimaschutz! Grünflächen insektenfreundlich gestalten
9	Projekt Schottergärten versus wilde Gärten
10	Essbare Stadt
11	Unterstützung bei Erhaltung des Bestandes „obere / untere Allee
12	Klimaschutzmanagement im Krankenhaus
13	Bienenprojekte auf städtischen Gebäuden
14	Führungen Biosphäre zu essbaren Kräutern (regionale Angebote zu Lebensmitteln)
15	Mehr Grün im Innenstadtbereich, auch an senkrechten Wänden
16	Betreuung / Unterstützung von Projekten in KiTas und Schulen
17	Projekt Stadtbäume -> wie Saarlouis
18	Klimaneutrales Kulturzentrum Schuhfabrik Schwarzenacker – mit insektenfreundlicher Bepflanzung
19	Sinnvolle Bepflanzung (einheimische Pflanzen) statt Petunien, Geranien u.ä.
20	Blumenkübelpaten, Baumpaten
21	Blühwiesen pflanzen, Mülltrennaktion + Sammeln
22	Projekt Stadt: Mähzyklen anpassen, Randstreifen von Parkplätzen bepflanzen
23	Klimafolgenanpassung
24	Radwegeausbau und -verbesserungen
25	Keine Pflanzenkübel, die ja gegossen werden müssen
26	Wanderwegeausbau
27	Grünpaten für kleine öffentliche Räume in der Innenstadt
28	Wiesen und freie Flächen sowie landwirtschaftliche Flächen mit Hecken und Blühstreifen versehen
29	Nistplätze / Insektenhotels
30	Klimaschutzbeauftragte in Firmen (z.B. Azubis)

Eindrücke des Klima-Workshops finden Sie folgend.



Abbildung 40: Einleitendes Grußwort des Bürgermeisters



Abbildung 41: Redebeitrag Klimaschutzmanager, Einführung in die Thematik Klimaschutz



Abbildung 42: Kooperationsvereinbarung „KlikKS“ zwischen ARGE SOLAR und Stadt Homburg

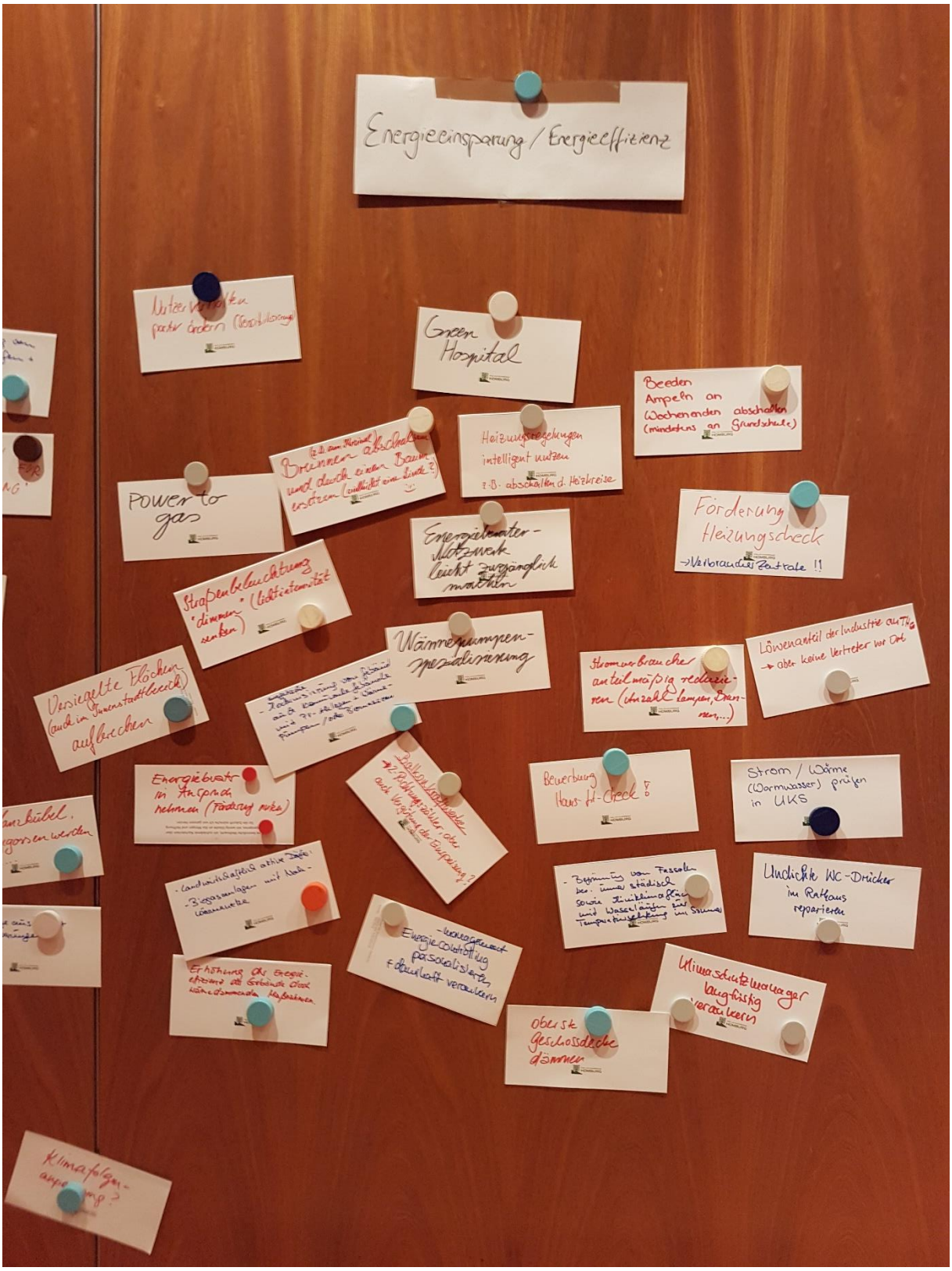


Abbildung 43: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Energieeinsparung/Energieeffizienz

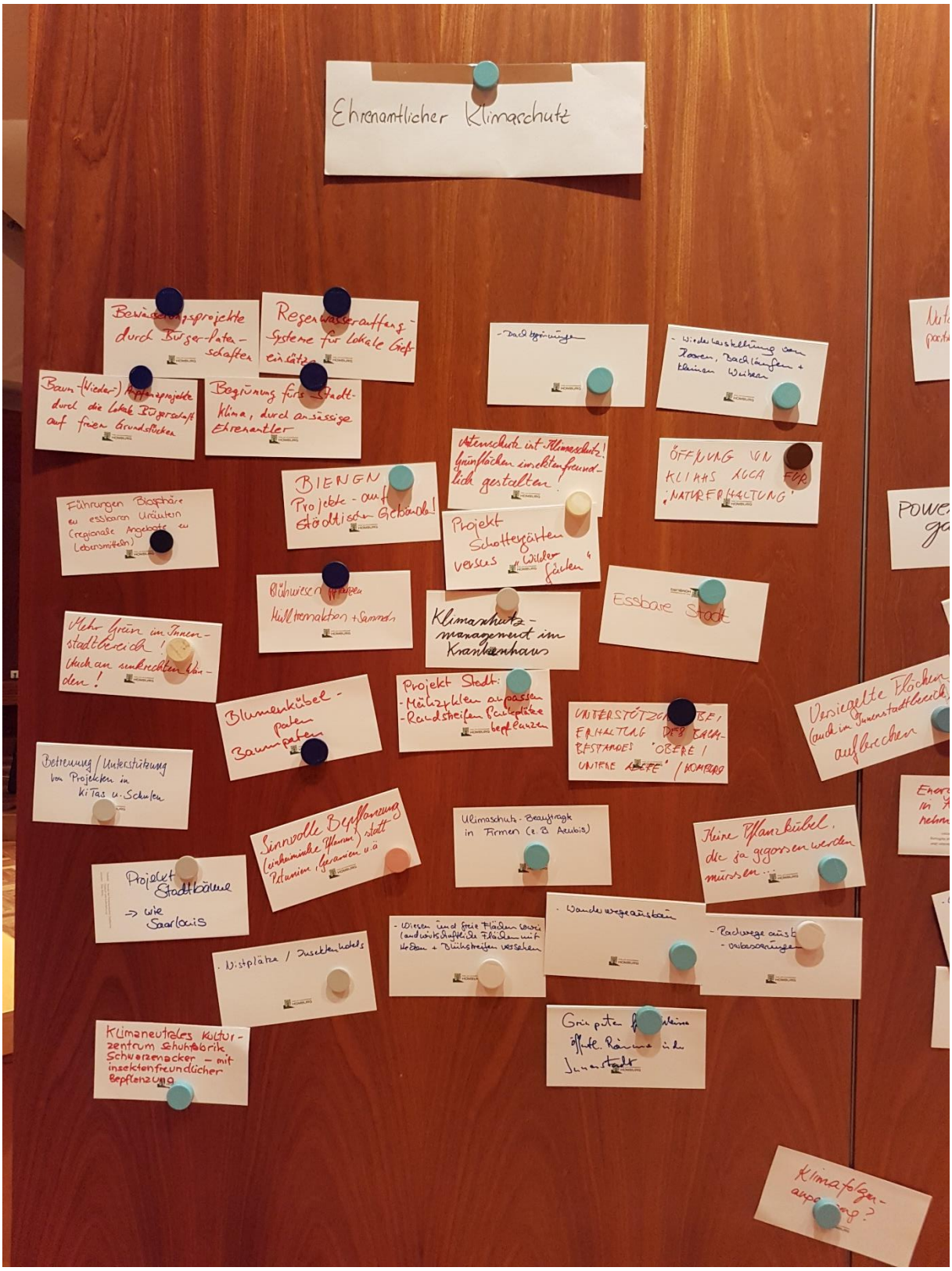


Abbildung 44: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Ehrenamtlicher Klimaschutz



Abbildung 45: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Klimafreundliche Mobilität



Abbildung 46: Magnettafel mit Vorschlägen zum Handlungsfeld Erneuerbare Energien

10.2 Umfrage zum Klimaschutz in Homburg

Eine weitere Maßnahme zur Beteiligung der Öffentlichkeit stellte die anonym durchgeführte Umfrage „Klimaschutz in Homburg“ dar. Die Details zur Umfrage werden in diesem Kapitel wiedergegeben und erläutert. Zunächst finden Sie eine tabellarische Auflistung der einzelnen Punkte der Umfrage.

Tabelle 17: Punkte der Umfrage „Klimaschutz in Homburg“

1	Sind Sie mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen einverstanden?
2	Wie groß ist aus Ihrer Sicht der Handlungsbedarf beim Klimaschutz in Homburg?
3	Bei welchen Klimaschutzthemen sehen Sie in Homburg den größten Handlungsbedarf?
4	Die Festlegung kommunaler Klimaschutzziele für Homburg empfinde ich als...
5	Welche der folgenden Klimaschutzmaßnahmen haben Sie selbst durchgeführt?
6	Wie wichtig ist Ihnen Klimaschutz?
7	Bewerten Sie Ihr persönliches Engagement im Klimaschutz.
8	Wie groß ist Ihre Bereitschaft sich ehrenamtlich im Klimaschutz zu engagieren?
9	Bei Interesse an weiteren Informationen zur ehrenamtlichen Klimaschutzpatenschaft, können Sie hier Ihre E-Mail angeben.
10	Wie gut sind Sie über die Klimaschutzaktivitäten in Homburg informiert?
11	Fühlen Sie sich über die Klimaschutzbemühungen der Stadt Homburg ausreichend aufgeklärt?
12	Bitte geben Sie Ihre Altersgruppe an:
13	Wie ist Ihre aktuelle Wohnsituation?
14	Liegt Ihr Hauptwohnsitz in der Stadt Homburg?
15	Liegt Ihre Hauptarbeits- bzw. Ausbildungsstätte in der Stadt Homburg?
16	Welche Wege bewältigen Sie in Ihrem Alltag mit welchem Verkehrsmittel?

Allgemeines

In diesem Abschnitt werden allgemeine Details zur Umfrage aufgezeigt.

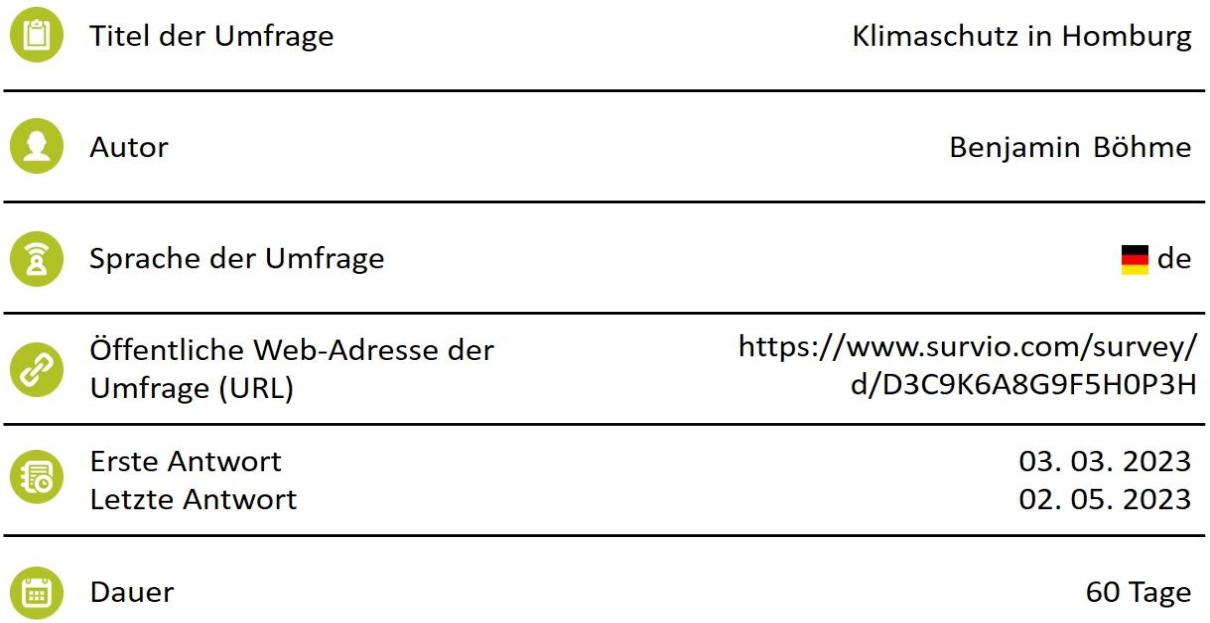


Abbildung 47: Basisdaten zur Umfrage

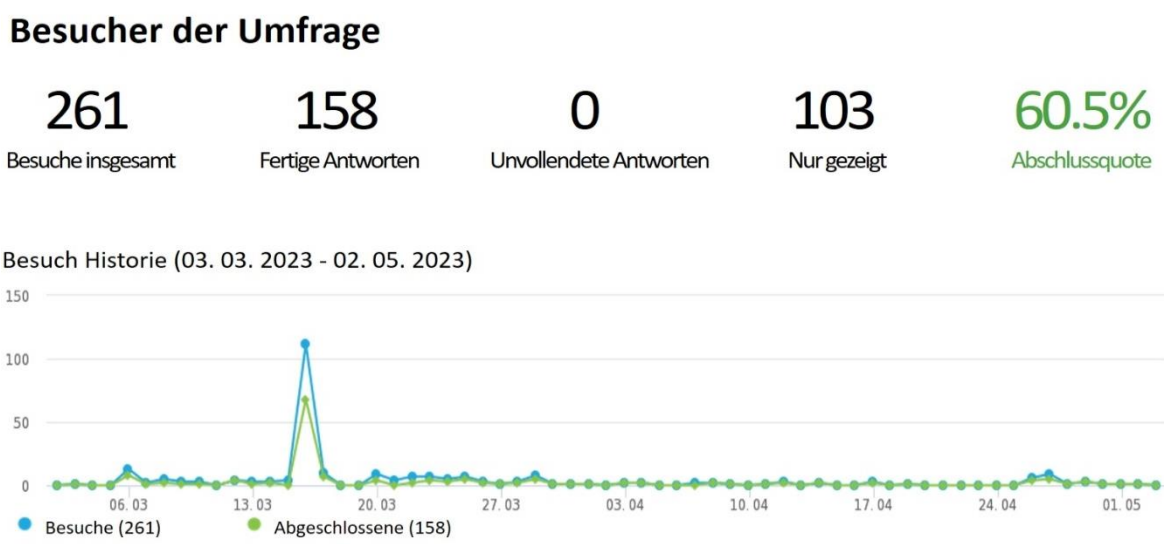


Abbildung 48: Besucher der Umfrage 1

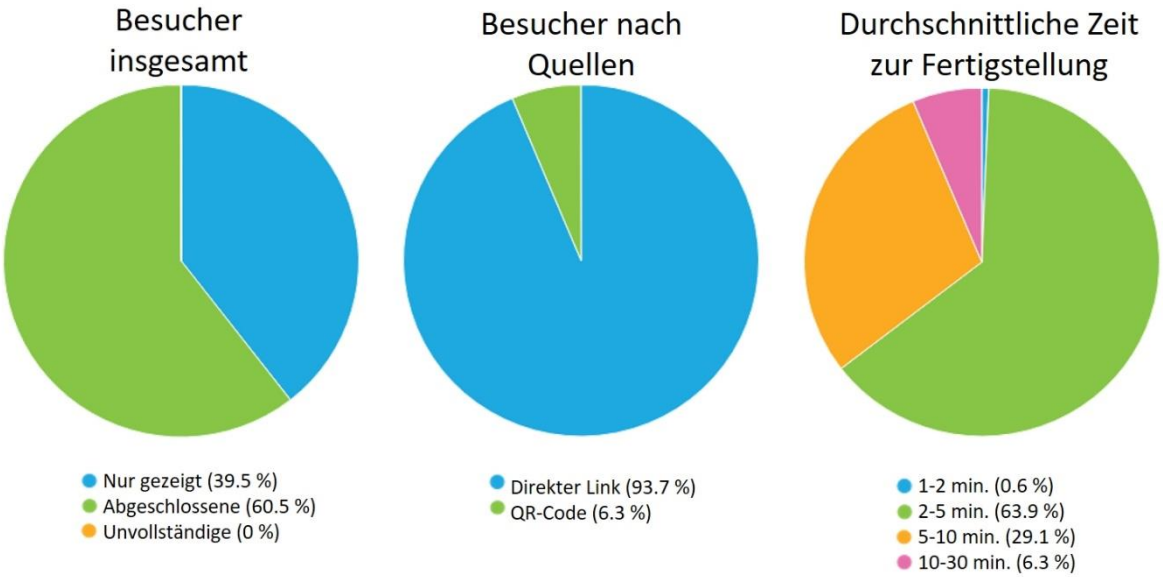


Abbildung 49: Besucher der Umfrage 2

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

Aus Gründen des Datenschutzes wurden datenschutzrechtliche Bedingungen aufgesetzt. Diese lauteten:

> „Seit dem 25. Mai 2018 gilt europaweit die Datenschutzgrundverordnung DSGVO. Diese Verordnung enthält Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Verkehr solcher Daten. Weiterhin schützt sie die
>
> Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen und insbesondere deren Recht auf Schutz personenbezogener Daten. Der freie Verkehr personenbezogener Daten in der Union

darf aus Gründen des Schutzes natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten

weder eingeschränkt noch verboten werden. Um die exakte Einhaltung des gesetzlichen Datenschutzes gem. DSGVO (Datenschutzrichtlinie 95/46/EG von 1995) zu garantieren, ersuche ich Ihre Zustimmung zur Verwendung und Speicherung der zu erhebenden Daten.

Ihre Daten werden für rein projektgebundene Zwecke verwendet. Die Auswertung erfolgt anonym und unter der Einhaltung der gesetzlichen Vorschrift des Datenschutzes."

Eine Zustimmung wurde abgefragt und zur Voraussetzung gemacht, um an den eigentlichen, inhaltlichen Fragen der Umfrage teilnehmen zu können. Diese Abfrage ist nachfolgend abgebildet.

1. Sind Sie mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen einverstanden?

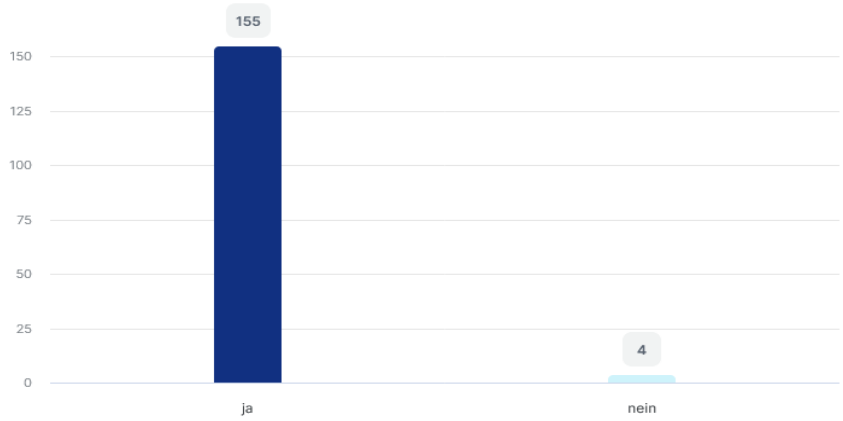


Abbildung 50: Datenschutzbestimmungen

Handlungsbedarf im Bereich Klimaschutz

Als erste inhaltliche Frage wurde der generelle Handlungsbedarf im Bereich Klimaschutz abgefragt.

2. Wie groß ist aus Ihrer Sicht der Handlungsbedarf beim Klimaschutz in Homburg?

Tabelle 18: Handlungsbedarf

	sehr gering	gering	moderat	hoch	enorm
Handlungsbedarf	12	14	25	78	29

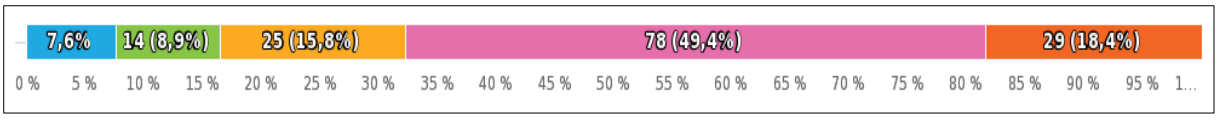


Abbildung 51: Handlungsbedarf

Folgend wurden bestimmte Klimaschutzthemen mit Handlungsbedarf zur Auswahl gestellt. Die Ergebnisse aus Sicht der Teilnehmenden gliedern sich wie unten ersichtlich.

3. Bei welchen Klimaschutzthemen sehen Sie in Homburg den größten Handlungsbedarf?

Tabelle 19: Klimaschutzthemen

Klimaschutzthemen	Auswahl	Anteil
Ausbau Erneuerbarer Energien (z.B. Solarstrom, Windenergie, Erdwärme, Biomasse)	102	64.56%
Energieeffizienz und -einsparung (z.B. Gebäudesanierung, Austausch alter Elektrogeräte, LED-Beleuchtung)	92	58.23%
Klimafreundliche Mobilität (z.B. Ausbau des ÖPNV, E-Mobilität, Radinfrastruktur, Sharing-Konzepte)	102	64.56%
Klimabildung (z.B. Klimaschutz in Schulen, Schulung & Weiterbildung)	54	34.18%
Maßnahmen Klimaanpassung (z.B. Extremwetterereignisse: Hitze, Dürren, Flutkatastrophen)	62	39.24%
Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Informations- und Beratungsangebote, Nutzersensibilisierung)	40	25.32%
Kommunale Förderprogramme & finanzielle Anreize	75	47.47%
Integration & Verstetigung des Klimaschutz in den kommunalen Alltag (z.B. zentraler Ansprechpartner Klimaschutz)	37	23.42%
Sonstige:	13	8.23%

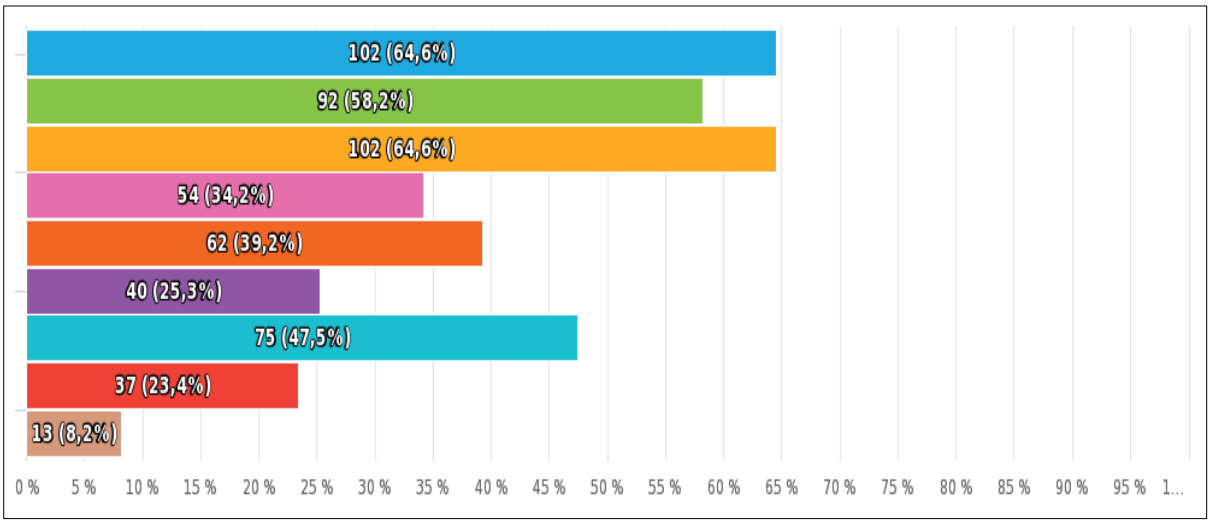


Abbildung 52: Klimaschutzthemen

Kommunale Klimaschutzziele für Homburg

4. Die Festlegung kommunaler Klimaschutzziele für Homburg empfinde ich als...

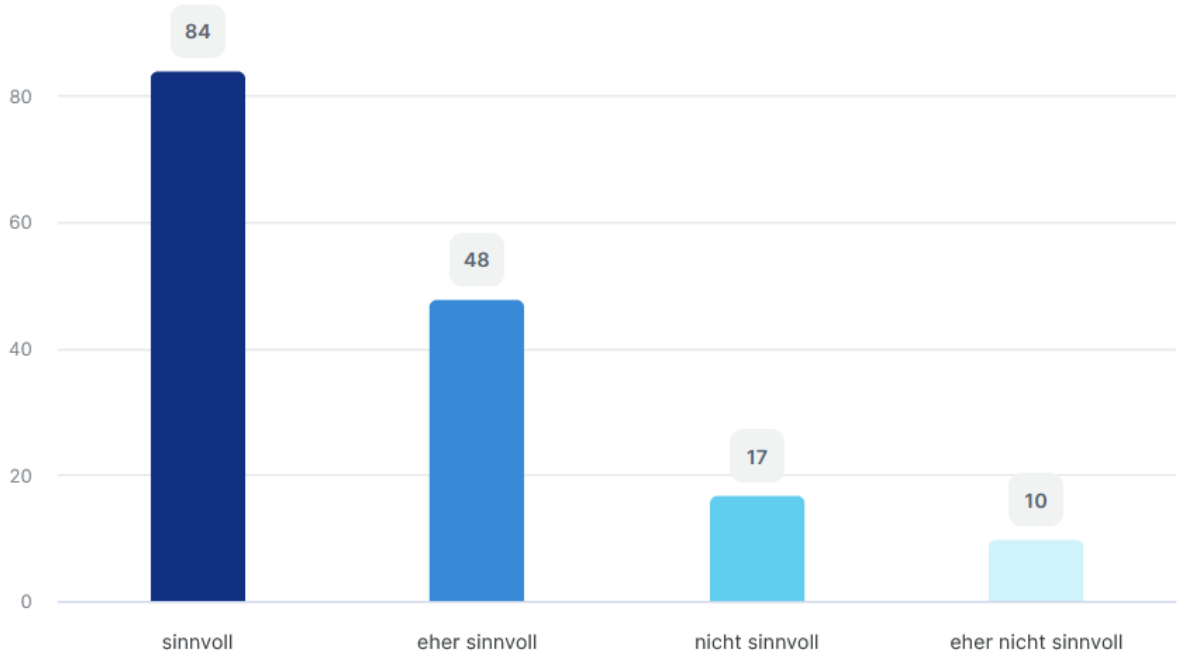


Abbildung 53: Kommunale Klimaschutzziele

Die Festlegung kommunaler Klimaschutzziele empfinden 83 Prozent der Befragten als sinnvoll oder eher sinnvoll.

Persönliches Engagement für den Klimaschutz

5. Welche der folgenden Klimaschutzmaßnahmen haben Sie selbst durchgeführt?

Tabelle 20: Persönliches Engagement

Antwort	Auswahl	Anteil [%]
Installation effizienter LED-Beleuchtung	133	84,18
Austausch von Stromfressern durch energieeffiziente Haushaltsgeräte	113	71,52
Energetische Wärmedämmung (z. B. Abdichtung/Austausch von Fenstern, Isolierung von Heizungsrohren)	79	50
Installation einer Photovoltaik-/Solarthermie-Anlage	53	33,54
Heizungsoptimierung (z.B. hydraulischer Abgleich, Umstellung auf EE)	43	27,22
Anpassung von Kauf- & Konsumgewohnheiten (z. B. Herkunft, Zertifizierung, Umweltverträglichkeit)	96	60,76
Installation wassersparender Armaturen	64	40,51
Nutzung des Energiesparmodus / Eco-Modus / Ausschalten des Stand-by-Modus	95	60,13

Nutzung des ÖPNV als Alternative zum privaten Pkw	30	18,99
Nutzung des Fahrrads als Alternative zum privaten Pkw	48	30,38
Gründung/Teilnahme an einer Fahrgemeinschaft	10	6.33%
Nutzung eines Elektrofahrzeugs	21	13.29%
klimabewusstes Fahren (niedertourig, Anpassung der Geschwindigkeit, Anpassung des Reifendrucks)	78	49.37%
Vermeidung nicht notwendiger Flüge	76	48.1%
Fassaden- / Dachbegrünung	4	2.53%
Entsiegelung von Stellplatz- und Hofflächen	25	15.82%

6. Wie wichtig ist Ihnen Klimaschutz?

Tabelle 21: Wichtigkeit Klimaschutz

Antwort	Auswahl	Anteil
unwichtig	6	3.8%
eher unwichtig	16	10.13%
eher wichtig	55	34.81%
wichtig	81	51.27%

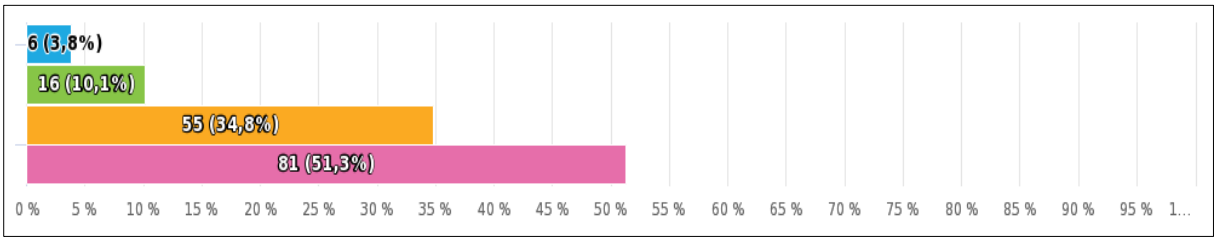


Abbildung 54: Wichtigkeit Klimaschutz

Auf die Frage nach der persönlichen Wichtigkeit des Klimaschutzes antworteten 85,5 Prozent der Befragten mit „wichtig“ oder „eher wichtig“.

7. Bewerten Sie Ihr persönliches Engagement im Klimaschutz

Tabelle 22: Bewertung persönliches Engagement

Skalen-/Sternenbewertung	Auswahl	Anteil
1/5 ★☆☆☆☆	16	10.13%
2/5 ★★☆☆☆	18	11.39%
3/5 ★★★☆☆	66	41.77%
4/5 ★★★★☆	47	29.75%
5/5 ★★★★★	11	6.96%

Ein Anteil von 71,52 Prozent der Befragten bewerteten ihr persönliches Engagement im Klimaschutz mit 3 oder 4 von 5 möglichen Sternen.

8. Wie groß ist Ihre Bereitschaft sich ehrenamtlich im Klimaschutz zu engagieren?

Tabelle 23: Bereitschaft für ehrenamtlichen Klimaschutz

	sehr gering	gering	hoch	sehr hoch
Bereitschaft	41	73	40	4

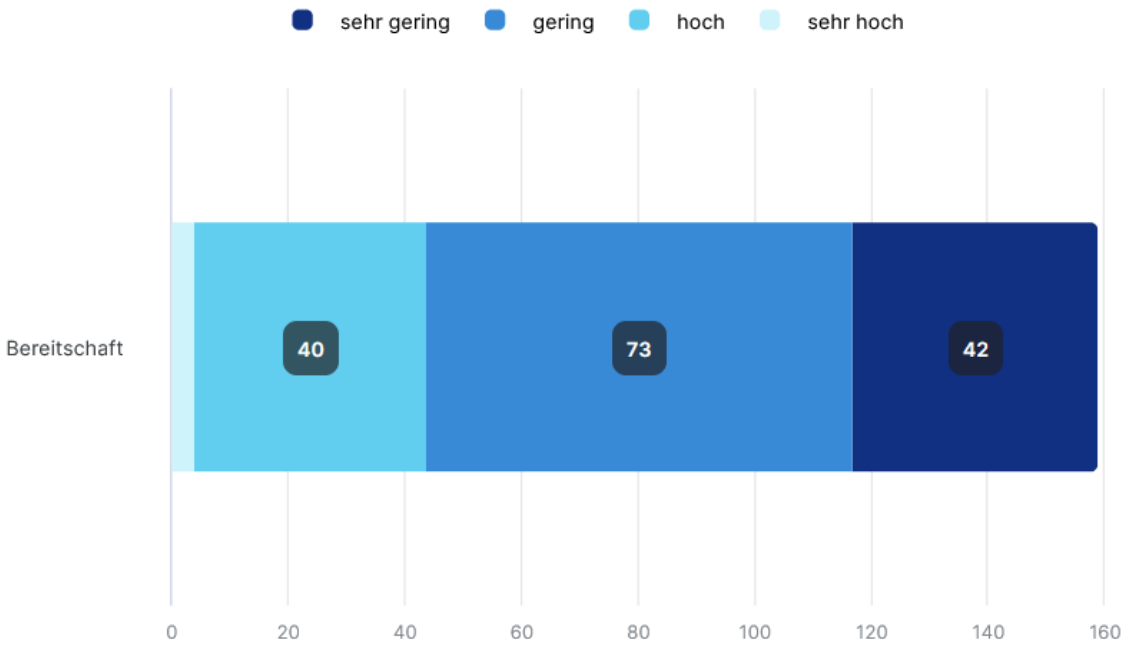


Abbildung 55: Bereitschaft für ehrenamtlichen Klimaschutz

Die Bereitschaft sich ehrenamtlich im Klimaschutz zu engagieren gaben 71,69 Prozent der Teilnehmenden mit „gering“ oder „sehr gering“ an.

Das Projekt „KlikKS“ wurde erläutert und eine Möglichkeit gegeben weitere Informationen zur ehrenamtlichen Tätigkeit als Klimaschutzpate per E-Mail zu erhalten.

> „Das Projekt „Klimaschutz in kleinen Kommunen und Stadtteilen“ (KlikKS) verknüpft die Themen Klimaschutz und Ehrenamt. Getragen von ehrenamtlichen Klimaschutzpat*innen, die sich in ihren Nachbarschaften für den Klimaschutz einsetzen, wird das Ehrenamt in Bezug auf Klimaschutz in kleineren Gemeinden und Quartieren gestärkt und mit dem hauptamtlichen Klimaschutzmanagement der Kommunen vernetzt.
>
> Das Projektteam der Arge Solar schult und informiert die ehrenamtlichen Klimaschutzpat:innen im Saarland und unterstützt sie prozessbegleitend bei der Beantragung von Fördermitteln und der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor Ort.
>
> Bürgerinnen und Bürger können in ihren Heimatgemeinden und Stadtteilen so Ideen einbringen, Verantwortung übernehmen und konkrete Projekte zum Klimaschutz gemeinschaftlich entwickeln und umsetzen.“

9. Bei Interesse an weiteren Informationen zur ehrenamtlichen Klimaschutzpatenschaft, können Sie hier Ihre E-Mail angeben.

Von dieser konkreten Möglichkeit machten 10 Personen Gebrauch. Die angegebenen E-Mail-Adressen wurden an den Kooperationspartner ARGE Solar zum weiteren Kontakt übergeben.

Kommunaler Klimaschutz

Abgefragt wurde in diesem Teil der Umfrage, wie der bisherige kommunalen Klimaschutz aus Sicht der Teilnehmer eingeschätzt wird.

10. Wie gut sind Sie über die Klimaschutzaktivitäten in Homburg informiert?

Bei dieser Frage wurden bestimmte Klimaschutzaktivitäten der Stadt Homburg zur Auswahl gestellt. Folgende Ergebnisse sind eingegangen.

Tabelle 24: Kommunale Klimaschutzaktivitäten

	nicht	schlecht	gut	umfassend
Zubau von Photovoltaik auf kommunalen Dächern	66	71	14	6
Stadtradeln	27	35	76	19
Klimaschutzkonzept und Klimaschutzmanagement	53	75	23	6
Klimaschutzaktionen (z. B. Earth Hour)	60	56	38	3

Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude	55	75	20	7
ehrenamtliches Klimaschutzengagement	73	60	18	6
Effizienzmaßnahmen	55	66	31	5
Beratungsangebote	59	72	24	2

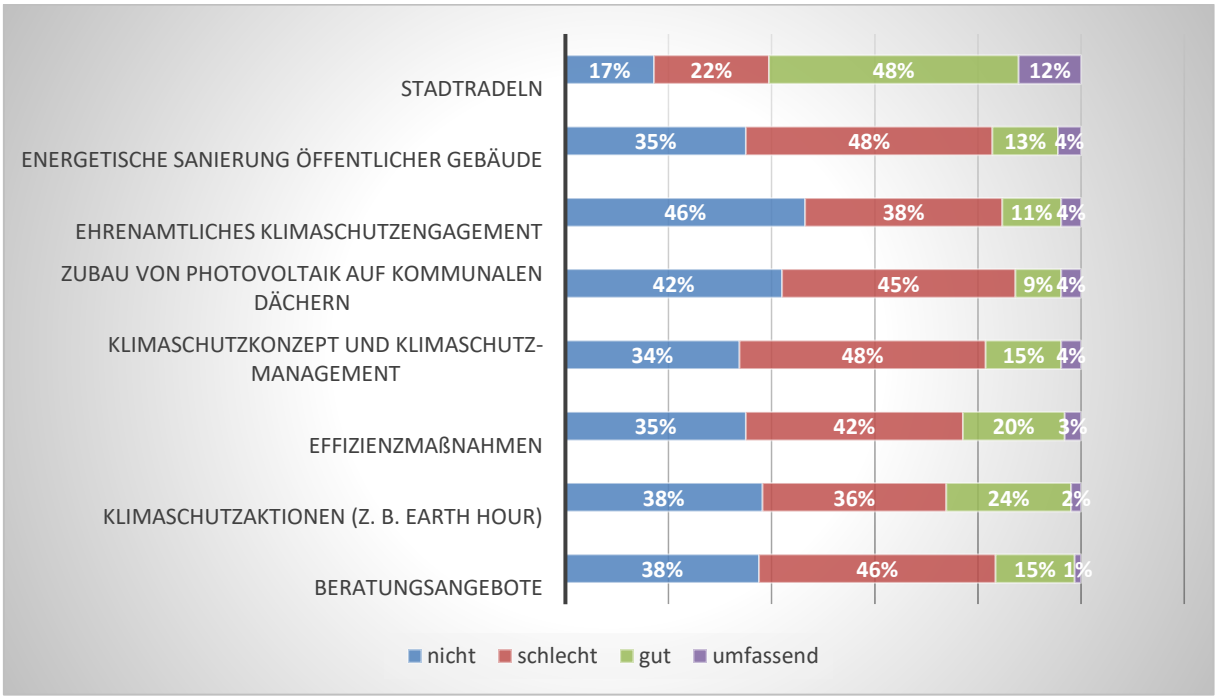


Abbildung 56: Kommunale Klimaschutzaktivitäten

Dabei ist zu erkennen, dass vor allem das Thema Stadtradeln im Bewusstsein einer Mehrheit der Teilnehmer angekommen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass eine Teilnahme der Stadt Homburg bereits seit Jahren besteht.

11. Fühlen Sie sich über die Klimaschutzbemühungen der Stadt Homburg ausreichend aufgeklärt?

Tabelle 25: Aufklärung über Klimaschutzbemühungen

	-3	-2	-1	0	1	2	3	
überhaupt nicht	21	51	40	20	13	8	5	vollumfänglich

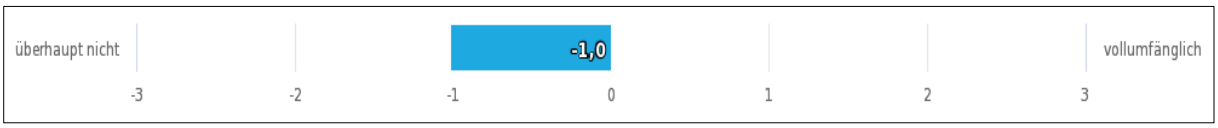


Abbildung 57: Aufklärung über Klimaschutzbemühungen

Eine Mehrheit beantwortet diese Frage dahingehend, dass sie sich eher nicht ausreichend informiert fühlen.

Persönliche Umstände

12. Bitte geben Sie Ihre Altersgruppe an:

Tabelle 26: Altersgruppe Teilnehmer

Altersgruppen	Anzahl	Anteil [%]
jünger als 16	0	0
16-25	4	2,53
26-35	30	18,99
36-45	46	29,11
46-55	41	25,95
56-65	36	22,78
66-75	3	1,9
älter als 75	0	0

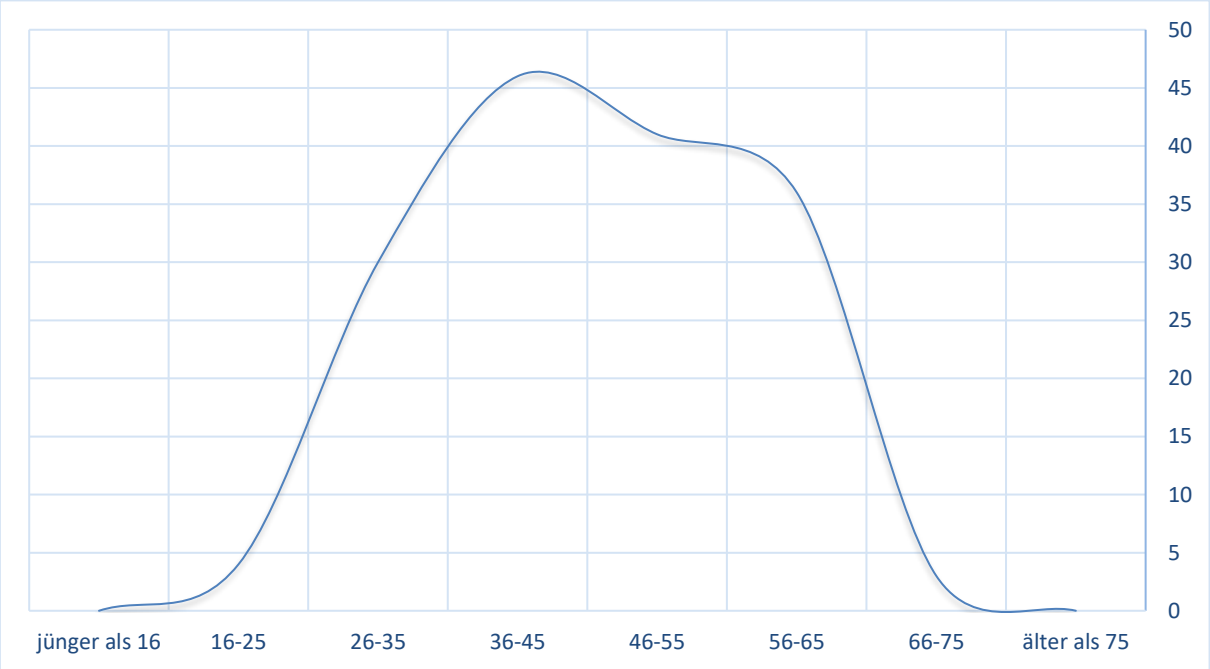


Abbildung 58: Altersgruppe Teilnehmer

Der überwiegende Anteil befindet sich laut eigenen Angaben in einer der Altersklassen zwischen 26 und 65 Jahren. Auffällig ist, dass sehr wenige Menschen ein junges Alter zwischen 16 und 25 Jahren, sowie ein höheres Alter zwischen 66 und 75 Jahren angaben. Kein Teilnehmer war unter 16 oder über 75 Jahre alt.

13. Wie ist Ihre aktuelle Wohnsituation?

Tabelle 27: Wohnsituation Teilnehmer

Antwort	Antworten	Verhältnis
Ich wohne zur Miete.	35	22.15%
Ich wohne in einer Eigentumswohnung.	6	3.8%
Ich wohne in einem eigenen Haus.	114	72.15%
Ich wohne in einer Wohngemeinschaft.	3	1.9%

Die überwiegende Mehrheit von fast Dreiviertel der Teilnehmenden gab an in einem eigenen Haus zu wohnen. Fast ein weiteres Viertel wohnt zur Miete und lediglich 5 Prozent der Befragten gab an in einer Eigentumswohnung, bzw. in einer Wohngemeinschaft zu leben.

14. Liegt Ihr Hauptwohnsitz in der Stadt Homburg?

Tabelle 28: Hauptwohnsitz Teilnehmer

	Anzahl	Anteil
ja	95	60,13%
nein	63	39,87%

15. Liegt Ihre Hauptarbeits- bzw. Ausbildungsstätte in der Stadt Homburg?

Tabelle 29: Hauptarbeits- und Ausbildungsstätten

	Auswahl	Anteil
Ja, ich arbeite in der Stadt Homburg.	120	75,95%
Nein, ich arbeite in einem anderen Ort.	32	20,25%
Nein, ich bin nicht (mehr) berufstätig, bzw. in Ausbildung.	6	3,8%

Wahl der Fortbewegungsmöglichkeiten

16. Welche Wege bewältigen Sie in Ihrem Alltag mit welchem Verkehrsmittel?

Tabelle 30: Nutzung von Fortbewegungsmöglichkeiten (Mehrfachnennungen)

	KFZ	ÖPNV	Fahrrad	zu Fuß	sonstige
Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte	130	18	34	19	4
dienstlich / geschäftlich	126	20	14	31	13
Einkäufe und Erledigungen	140	10	41	55	0
Freizeit	135	33	66	83	11

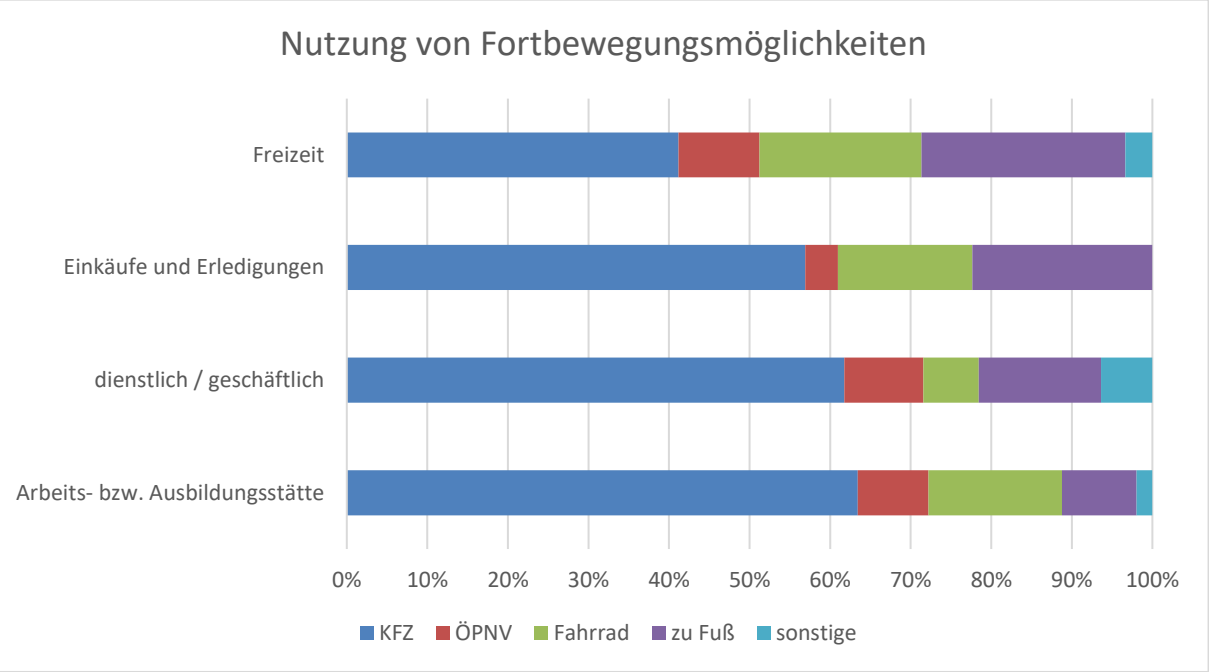


Abbildung 59: Nutzung von Fortbewegungsmöglichkeiten

Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen pro Kategorie möglich. Das heißt, dass es zum Beispiel möglich war, auszuwählen, in der Freizeit sowohl KFZ als auch das Fahrrad zu nutzen.

Wege zu Arbeits- und Ausbildungsstätten wurden am häufigsten mit KFZ zurückgelegt, in der Freizeit die wenigsten Wege. In der Freizeit wurden am häufigsten auch andere Fortbewegungsmöglichkeiten gewählt.

11 Verstetigungsstrategie

Die Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes (iKSK) der Kreis- und Universitätsstadt Homburg wird dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn die relevanten Akteure aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Industrie und Gewerbe, sowie der Stadtgesellschaft aktiv daran mitwirken.

Der Stadt Homburg obliegt dabei zunächst die Umsetzung von Maßnahmen, welche den direkten politischen, rechtlichen, organisatorischen und technischen Einflussbereich betreffen, um eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Das Gros der Treibhausgasminderungen muss dennoch häufig durch die anderen relevanten Akteure innerhalb der Stadt erfolgen. Die Stadt Homburg kann dabei jedoch unterstützend agieren.

So bieten sich Beratungs-, Informations- und Teilhabeangebote an. Gerade die Themen Energieeinsparung und -effizienz, Erneuerbare Energien im Bereich Strom und Wärme, nachhaltige Mobilität durch Nutzung des Umweltverbunds aus öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad und zu Fuß gehen kommen, neben weiteren wichtigen Themen, hierfür in Frage.

Der Klimaschutz muss daher politisch, organisatorisch und institutionell verankert werden, um diese Aufgaben erfüllen zu können. Eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung ist dabei unerlässlich. Weitere acht Monate werden im Rahmen des Erstvorhabens Klimaschutzmanagement der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert. Im Rahmen des Anschlussvorhabens sind weitere drei Jahre förderfähig. Voraussetzung für die Förderfähigkeit des Anschlussvorhabens ist ein beschlossenes Integriertes Klimaschutzkonzept, welches umgesetzt werden soll.

Dem Klimaschutzmanagement im Anschlussvorhaben kommen insbesondere folgende Aufgaben mit Bezug zum Klimaschutz zu:

- Schnittstelle zwischen der Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung
- Koordinierung der Klimaschutzaktivitäten
- Einbindung relevanter Akteure
- Netzwerkarbeit zwischen Stadt und Kreis und Land
- Vernetzung mit regionalen und überregionalen Akteuren, Bündnissen und Verbänden
- Klimaschutzfachliche Gremienarbeit
- Kontinuierliche Weiterentwicklung des Maßnahmenkatalogs
- Eruierung von Finanzquellen und Akquisition von Fördermitteln
- Öffentlichkeitsarbeit
- Aufbau eines Klimaschutz-Controllings

11.1 Controlling

Eine Voraussetzung für die Förderung von Stellen für das Klimaschutzmanagement ist der Beschluss zum Aufbau eines kontinuierlichen Klimaschutz-Controllings. Der Aufbau eines Klimaschutz-Controllings und die regelmäßige Berichterstattung in den städtischen Gremien ist daher ein weiteres Element der Verstetigungsstrategie.

Mit dem Controlling- und Monitoringkonzept soll künftig überprüft werden, ob die Ziele des Integrierten Klimaschutzkonzeptes erreicht und in welchem Umfang die Maßnahmen des Konzeptes umgesetzt werden. Dazu wird ein praxistaugliches Controllingkonzept benötigt, das mit verhältnismäßig geringem Aufwand implementierbar ist, sodass es tatsächlich regelmäßig durchgeführt werden kann. Weiterhin sind die Zuständigkeiten klar zu definieren, damit jeder Akteur seine Aufgaben kennt und das Controlling damit wirksam umgesetzt werden kann.

Die Einführung richtet sich frei nach den Managementsystemen, welche einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess (PDCA-Zyklus) beinhalten, bspw. das Umweltmanagementsystem ISO14001.

1. plan / planen
2. do / einführen und umsetzen
3. check / überwachen, messen und analysieren
4. act / korrigieren

Konkret kann dies für das Klimaschutzmanagement folgende Schritte bedeuten:

1. Regelmäßige Fortschreibung der Energie- und THG-Bilanz

Die Energie- und THG-Bilanz (Startbilanz) aus diesem integrierten Klimaschutzkonzept wird in Zukunft alle zwei Jahre durch das Klimaschutzmanagement mithilfe der bereits für die Startbilanz durch den Klimaschutzmanager verwendete Software „Klimaschutz-Planer fortgeschrieben.

Durch die Fortschreibung lassen sich die Entwicklung der Energieverbräuche, der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien-Anlagen, sowie der THG-Emissionen in der Stadt Homburg nachvollziehen. So kann regelmäßig ein Überblick über die klimarelevanten Faktoren dargestellt und den Weg zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele kontrolliert werden.

Die Ergebnisse werden, wie bei der Startbilanz auch, in politischen Gremien, separaten Infoveranstaltungen und Pressemitteilungen der Öffentlichkeit dargestellt.

2. Indikatoren-Analyse

Als eine Art Zusammenfassung der jährlichen Energie- und THG-Bilanz werden Werte für bestimmte Indikatoren analysiert und dargestellt.

Dazu lassen sich kommunale Basisdaten, sowie Energie- und Verkehrsdaten heranziehen und der Indikatorenanalyse im Ausgabemodul des „Klimaschutz-Planers“ entnehmen.

Für das in diesem Klimaschutzkonzept betrachtete Bilanzjahr 2019 gestaltet sich dies beispielhaft für einige Indikatoren, wie folgt. Weitere Indikatoren können dem Klimaschutz-Planer zur Konkretisierung, bzw. Erweiterung der Analyse entnommen werden.

Tabelle 31: Indikatoren-Analyse

Indikatorenname	Wert für Homburg (2019)	Punkte (0 – 10)	Kommune (Wert)	Bestwert Kommune (Wert)	Einheit
01) Gesamttreibhausgasemissionen	15,6	2,2	8,55	4,32	t/EW
02) Treibhausgasemissionen Private Haushalte	2,75	4,49	2,32	0	t/EW
03) Erneuerbare Energien Strom	11,93	1,19	42,27	641,02	%
04) Erneuerbare Energien Wärme	0,65	0,06	6,85	36,96	%
05) Kraft-Wärme-Kopplung (Wärme)	0	0	3,12	61,95	%
06) Energieverbrauch Private Haushalte	9610,36	3,59	8109,77	0	kWh/EW
07) Energieverbrauch GHD-Sektor	5256,62	8,25	12599,02	0	kWh/Besch.
08) Modal-Split	17,63	1,76	16,63	99,58	%
09) Energiebedarf MIV	5561,19	4,44	5356,79	1516,54	kWh/EW

3. Maßnahmen-Controlling

Das Maßnahmen-Controlling dient dazu, die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes zu überprüfen. Dabei wird jährlich analysiert, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden oder sich in der Umsetzung befinden und wie erfolgreich diese waren beziehungsweise sind.

Um diesen Prozess möglichst einfach zu halten, kann ein Musterbogen zur Bewertung der einzelnen Maßnahmen verwendet werden.

Da sich die Maßnahmen in einem breiten Themenspektrum abspielen, muss der Erfolg einer Maßnahme jedoch sehr differenziert betrachtet und abgewogen werden. Eine genaue Einsparung an THG-Emissionen ist bspw. nicht immer möglich oder sinnvoll. Bei Beteiligungsformaten können die Anzahl der Teilnehmer oder die Resonanz in der Presse sinnvoller sein.

4. Anpassung der Maßnahmen und Zielsetzungen

Durch die vorangegangenen Schritte des Controlling-Prozesses lässt sich erkennen, ob die Stadt bei der Maßnahmenumsetzung und der einhergehenden Zielerreichung bereits auf einem guten Weg ist oder noch an manchen Stellschrauben zu drehen ist. Änderungsmöglichkeiten für die durchzuführenden Maßnahmen im Sinne einer kontinuierlichen Verbesserung lassen sich also quantifizieren.

5. Klimaschutzberichterstattung

Ein jährlich zu verfassender Klimaschutzbericht rundet das Controlling-Konzept ab.

Dieser wird in den relevanten städtischen Gremien vorgestellt. Inhaltlich geht es in den Berichten um die konkret verfolgten Maßnahmen während des gesamten Jahres mitsamt einer quantitativen und qualitativen Analyse der Ergebnisse. Die vorangegangenen Schritte dieses Controlling-Konzepts fließen sinnvollerweise in den Klimaschutzbericht mit ein.

11.2 Kommunikation

Die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts und kann nur gemeinsam mit allen Akteuren der Stadt Homburg gelingen. Homburg als Industrie- und Arbeitsplatzstandort steht vor großen Herausforderungen im Bereich Klimaschutz, denen ebenso große Potenziale gegenüberstehen. Um den Herausforderungen sinnvoll zu begegnen und die Poteztiale heben zu können, muss die Umsetzung des Konzepts durch eine starke Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit begleitet werden.

Mithilfe der Kommunikationsstrategie sollen die Inhalte des integrierten Klimaschutzkonzepts in die Öffentlichkeit getragen werden. Bestandteile sind:

- Positionierung des Themenfeldes Klimaschutz auf der Stadthomepage, in Broschüren und Pressemitteilungen
- Stärkung des Bewusstseins im Bereich Klimaschutz
- Motivation der Öffentlichkeit zu konkretem Engagement (z.B. als Klimaschutzpaten mit eigenen Ideen, im Bereich Erneuerbare Energien und Nutzung des Umweltverbundes im Verkehr)
- Koordinierung der kommunalen Akteure aus Industrie, Verbänden und Genossenschaften
- laufende Information zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts

Die wesentlichen Aufgaben der Kommunikationsstrategie bestehen darin Informationen bereitzustellen und eine Anlaufstelle für den Klimaschutz zu bieten.

Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts mit erheblichem Umfang sollte die Stadt Homburg Identifikation durch positive, klare Aussagen zum Klimaschutz stiften. Eine Führungspersönlichkeit aus Politik und Verwaltung sollte dies authentisch kommunizieren.

Neben der eigentlichen Maßnahmenarbeit wird auch das Klimaschutzmanagement aktiv und fachlich Kommunikationsarbeit zum Klimaschutzmanagement leisten. Information ist dabei ebenso wichtig, wie Motivieren der Öffentlichkeit.

Klimaschutz und Klimaanpassung betreffen die gesamte Öffentlichkeit. Lediglich geringe Anteile können allein durch öffentliche Stellen ausgeführt werden. Die meisten Handlungsfelder und Maßnahmen benötigen die Zusammenarbeit mit allen Akteuren oder können gar hauptsächlich von diesen angegangen werden. Daher benötigt es Strukturen zur Kommunikation, welche Information, Identifikation und Motivation gleichermaßen beinhalten.

Im Rahmen der Bearbeitung des Klimaschutzkonzepts wurden bereits einige Maßnahmen zum Aufbau von Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen gestartet. Diese sind z. B.:

- Klimaschutz-Workshop
- Umfrage zum Klimaschutz in Homburg
- Teilnahme am Projekt KlikKS
- Pressekontakte zum Klimaschutz
- verschiedene Vernetzungstreffen der Klimaschutzmanager

Die einzelnen Bestrebungen wurden bereits öffentlichkeitswirksam dargestellt. Dies soll in Zukunft fortgesetzt, intensiviert und weiterentwickelt werden. Gerade Veranstaltungen mit Einbezug der Öffentlichkeit können zukünftig weiter im Voraus geplant und kommuniziert werden, sowie zahlreicher und kleinteiliger erfolgen.

Im Zuge der konkreten Umsetzung der einzelnen Projekte werden weitere Bausteine einer Öffentlichkeitsarbeit konkreter werden.

Bereits bestehende Aktivitäten und Akteure sollten weiterhin in die Kommunikation einbezogen und neue Akteure dem größer werdenden Netzwerk zum Klimaschutz für die Stadt Homburg hinzugefügt werden. Auf dem Markt vorhandene Infomaterialien und Werkzeuge für die Öffentlichkeitsarbeit (z.B. der ARGE Solar oder des Klima-Bündnisses) werden genutzt auf Homburg angepasst.

12 Anhang

Regionale Wertschöpfung – Methodik-Beschreibung

Die regionale Wertschöpfung entspricht der Summe aller zusätzlichen Werte, die in einer Region innerhalb eines bestimmten Zeitraumes entstehen. Diese Werte können sowohl ökologischer als auch ökonomischer sowie soziokultureller Natur sein.69

Im Rahmen der Konzepterstellung wird der Fokus in erster Linie auf die ökonomische Bewertung der Investitionsmaßnahmen gelegt. Die regionale Wertschöpfung bildet sich aus der Differenz zwischen den regional erzeugten Leistungen und den von außen bezogenen Vorleistungen.

Den Ausgangspunkt für die Betrachtung der regionalen Wertschöpfung in den Bereichen Erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz bildet somit stets eine getätigte Investition mit ihren ausgelösten Finanzströmen, die sich wiederum in Erträge und Aufwendungen unterteilen lassen. Mit den ausgelösten Finanzströmen ergeben sich auch unterschiedliche Profiteure und die Frage, wie die ausgelösten Finanzströme und die damit einhergehenden „zusätzlichen Werte“ im Hinblick auf die Betrachtungsgruppen zu bewerten sind.

In diesem Zusammenhang wird, als geeignetes Verfahren zur Bewertung der regionalen Wertschöpfung, die Nettobarwert-Methode herangezogen. Denn aufgrund des langen Betrachtungshorizonts bis ins Jahr 2040 müssen zukünftige Einzahlungs- und Auszahlungsströme mit Hilfe eines Kalkulationszinssatzes auf den Gegenwartswert abgezinst und aufsummiert werden (Barwert). Hierdurch werden Ergebnisse zum heutigen Zeitpunkt erst vergleichbar. Der Nettobarwert bildet sich, indem die so entstandenen Barwerte durch die getätigten Investitionen bereinigt werden. Er kann durch nachfolgende Formel berechnet werden:

$$Co = -Io + \sum_{t=1}^{n} (E_t - A_t) * \frac{1}{(1+i)^t}$$

Co Netto-Barwert / Kapitalwert zum Zeitpunkt t = 0

-Io Investition zum Zeitpunkt t = 0

E_t Einzahlungen in Periode t

A_t Auszahlungen in Periode t

n Anzahl der Perioden

i Kalkulationszinssatz

[69] Vgl. Heck, P., Regionale Wertschöpfung, 2004, S. 5.

t Perioden ab Zeitpunkt 1

Die Netto-Barwertmethode [auch Net Present Value (NPV)] stellt in der Unternehmenspraxis ein präferiertes Verfahren zur Bestimmung der Vorteilhaftigkeit von Investitionsvorhaben[70], aufgrund der leichten Interpretation und Vergleichbarkeit der Ergebnisse, dar.[71] Investitionen sind nach der Netto-Barwertmethode folgendermaßen zu beurteilen:

- Vorteilhaft bei positivem Netto-Barwert (NPV > 0)
- Unvorteilhaft bei negativem Netto-Barwert (NPV < 0)
- Indifferent bei Netto-Barwert gleich Null (NPV = 0)

Mit dieser Methode können unterschiedliche Investitionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten miteinander verglichen und darüber hinaus der Totalerfolg einer Investition bezogen auf den Anschaffungszeitpunkt erfasst werden.

Im Rahmen der regionalen Wertschöpfung werden nachfolgende Parameter betrachtet:

1. Betrachtungszeitraum

Die Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen wird entsprechend der Treibhausgasbilanz für den Ist-Zustand sowie für 2030 und 2045 berechnet.

Hierbei werden der kumulierte Anlagenbestand sowie Energieeffizienzmaßnahmen bis zu den festgelegten Jahren mit ihren künftigen Einnahmen und Einsparungen sowie Kosten über eine kalkulatorische Betrachtungsdauer von 20 Jahren berechnet. Dies bedeutet für den Ist-Zustand, dass alle Anlagen und Energieeffizienzmaßnahmen betrachtet werden, welche in einem Zeitraum von 20 Jahren bis zum Basisjahr (Ist-Zustand) in Betrieb genommen wurden. Darüber hinaus werden alle mit dem Anlagenbetrieb und den umgesetzten Effizienzmaßnahmen einhergehenden Einnahmen und Kosteneinsparungen über die Laufzeit dieser Anlagen und Maßnahmen (i. d. R. 20 Jahre) berücksichtigt. Entsprechend enthalten die darauffolgenden Dekaden jeweils alle bis dahin installierte Anlagen (ab dem Ist-Zustand) sowie Einnahmen bzw. Kosteneinsparungen über die Nutzungsdauer von 20 Jahren. Dies bedeutet zum Beispiel für das Jahr 2030, dass die künftigen Einnahmen und Kosten bis zum Jahr 2045 betrachtet werden.

Um ausschließlich die wirtschaftlichen Auswirkungen der installierten erneuerbaren Energieanlagen und umgesetzten Effizienzmaßnahmen zu ermitteln, werden die Ergebnisse um die Kosten und die regionale Wertschöpfung aus fossilen Anlagen bereinigt. Diese Vorgehensweise beinhaltet die

[70] Vgl. Pape, U., Grundlagen, 2009, S. 306.
[71] Vgl. Olfert, K./Reichel, C., Kompakt-Training, 2002, S. 121.

Berücksichtigung aller Kosten, die entstanden wären, wenn anstatt erneuerbarer Energieanlagen und Effizienzmaßnahmen konventionelle Lösungen (Heizöl- und Erdgaskessel) eingesetzt worden wären. Gleichzeitig wird hierdurch die regionale Wertschöpfung berücksichtigt, die entstanden wäre, jedoch aufgrund der Energiesystemumstellung auf regenerative Systeme nicht stattfindet.[72]

2. Energiepreise

Für die Bewertung des aktuellen Anlagenbestandes im Ist-Zustand basieren die angesetzten Energiepreise auf bundesweiten Durchschnittspreisen, u. a. nach dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWK), dem Centralen Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungsnetzwerk e. V. (C.A.R.M.E.N.), dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) sowie der Statista GmbH. Des Weiteren wurden für die zukünftige Betrachtung jährliche Energiepreissteigerungsraten nach dem BMWK73 herangezogen. Diese ergeben sich aus den real angefallenen Energiepreisen der vergangenen 20 Jahre.

Den Energiepreisen und den Preissteigerungsraten wurde eine konservative Betrachtungsweise zugrunde gelegt, basierend auf statistischen Daten, praktischen Erfahrungswerten und Literaturquellen.

Für die dynamische Betrachtung weiterer Kosten, z. B. Betriebskosten, wurde eine Inflation von 1,5 %[74] (Jahr 2018/2019) angesetzt. Die nachfolgende Tabelle listet die unterstellten Energiepreise und die dazugehörigen Preissteigerungsraten auf:[75]

[72] Somit werden nur die reinen Nettoeffekte betrachtet.
[73] Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2021: Zahlen und Fakten: Energiedaten.
[74] Vgl. Statista GmbH 2023, Inflationsrate in Deutschland von 1950 bis 2022.
[75] Aufgrund der aktuellen Volatilität der Energiepreise und der zurzeit stetig steigenden Inflationsrate wurde zur Bewertung der Effekte oben beschriebene konservative Methode zugrunde gelegt, d. h. es wurde auf statistische Daten der letzten Jahrzehnte im Mittel zurückgegriffen und durch Erfahrungs- sowie Literaturwerte ergänzt.

Tabelle 32: Energiepreise und Preissteigerungsraten

Energiepreise	Energiepreise	Steigerungsrate/a
Strom private HH	0,2800 €/kWh	2,44%
Strom öffentl. Liegenschaften	0,2800 €/kWh	2,10%
Strom Industrie & GHD	0,2260 €/kWh	2,10%
Wärmepumpenstrom	0,2240 €/kWh	2,44%
Strom Straßenbeleuchtung	0,2800 €/kWh	2,10%
Heizöl private HH	0,0689 €/kWh	4,90%
Heizöl öffentl. Liegenschaften	0,0689 €/kWh	4,90%
Heizöl Industrie & GHD	0,0555 €/kWh	5,82%
Erdgas private HH	0,0650 €/kWh	3,12%
Erdgas öffentl. Hand	0,0650 €/kWh	3,12%
Erdgas Industrie & GHD	0,0371 €/kWh	3,73%
Holzhackschnitzel	0,0357 €/kWh	2,60%
Biomethan	0,0900 €/kWh	2,00%
Biogas Wärme	0,0300 €/kWh	3,15%
Nahwärme	0,0900 €/kWh	3,69%
Pellets	0,0357 €/kWh	2,80%

3. Wirtschaftliche Parameter im Rahmen der regionalen Wertschöpfung

Die Darstellung aller ausgelösten Finanzströme sowie der regionalen Wertschöpfung basiert auf einer standardisierten Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV).

Alle in der GuV ermittelten Finanzströme, mit einem Betrachtungszeitraum von 20 Jahren, werden mit einem Faktor von 5 % auf ihren Netto-Barwert hin abgezinst, sodass alle Finanzströme dem heutigen Gegenwartswert entsprechen.

In diesem Zusammenhang sind bei der Ermittlung der regionalen Wertschöpfung folgende Parameter von Relevanz:

Investitionen

Die Investitionen in Erneuerbare Energien und Effizienzmaßnahmen bilden den Ausgangpunkt zur Ermittlung der regionalen Wertschöpfung. Bei den Investitionen werden keine Vorketten betrachtet und somit wird angenommen, dass alle Anlagenkomponenten außerhalb der betrachteten Region hergestellt werden. Die zugrunde gelegten Anlagenkosten basieren je nach Technologie auf Literaturquellen oder Herstellerangaben. Zur Validierung und Ergänzung fließen zusätzlich eigene Erfahrungswerte in die Betrachtung ein.

Investitionsnebenkosten

Dienstleistungen im Bereich der Investitionsnebenkosten (z. B. Planung, Montage, Aufbau) werden fast ausschließlich durch das regionale Handwerk erbracht und dementsprechend ganzheitlich als regionale Wertschöpfung ausgewiesen.

Eine Ausnahme stellen hierbei die Wärmepumpen dar. Die hier anfallenden Arbeiten können nur teilweise regional angerechnet werden, da die fachmännische Anlagenprojektierung oder die Erdbohrung nur zum Teil von ansässigen Unternehmen geleistet werden kann.

Zukünftig ist mit einer steigenden Nachfrage nach erneuerbaren Energiesystemen zu rechnen, sodass sich zunehmend Fachunternehmen in der Region ansiedeln bzw. vorhandene Unternehmen ihr Portfolio erweitern werden. Dementsprechend wird sich der Anteil der regionalen Wertschöpfung vor Ort erhöhen.

Die Investitionsnebenkosten errechnen sich hierbei als prozentualer Anteil der Investitionen. Die unterstellten Prozentsätze, die je nach Technologie variieren, wurden unterschiedlichen Literaturquellen entnommen.

Förderung durch die Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)[76]

Die Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle fördert den Ausbau bzw. den Einsatz Erneuerbarer Energien mit entsprechenden Investitionszuschüssen. Hierbei handelt sich um keine gleichbleibende Summe, sondern vielmehr um einen den eingesetzten Technologien entsprechenden Zuschuss. Förderungen werden u. a. für Solarthermie, Holzheizungen sowie Wärmepumpen gewährt.

Energieerlöse

Die Höhe der Energieerlöse, die beim Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbaren Stroms bzw. bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen entstehen, werden im Ist-Zustand wie folgt betrachtet:

- Bei den Eigenstromanteilen werden die durchschnittlichen Strompreise angesetzt.
- Für den Anteil des erzeugten Stromes, welcher ins Stromnetz eingespeist wird, wird mit durchschnittlichen EEG-Vergütungssätzen gerechnet.

Für die Betrachtung der zukünftigen Energieerlöse wurden für die eingespeisten Stromanteile die Stromgestehungskosten angesetzt. Für die Erlöse im Bereich der Stromeigennutzung werden, äquivalent zum Ist-Zustand, die durchschnittlichen Strompreise, unter Berücksichtigung der jährlichen Steigerungsraten angesetzt.

Im Wärmebereich hingegen werden alle Einsparungen mit einem Öl-/Gaspreis anhand des aktuellen Wärmemixes bewertet und äquivalent zum Strombereich als „Energieerlöse“ angesetzt.

[76] In Anlehnung an: Bundesministerium für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle 2022, Förderwegweiser Energieeffizienz.

Abschreibungen

Als Abschreibungen werden Wertminderungen von Vermögensgegenständen in Form von z. B. Verschleiß innerhalb einer Rechnungs- bzw. Betrachtungsperiode bezeichnet.[77] Dieser Aufwand entsteht bereits in der Nutzungsphase und mindert den Gewinn vor Steuern.[78] vereinfachend wird von einer linearen Abschreibung ausgegangen, sodass sich gleichmäßige Kostenbelastungen pro Periode ergeben.

Betriebskosten

Die operativen Leistungen zum störungsfreien Anlagenbetrieb, wie z. B. Wartung und Instandhaltung, können von den ansässigen Handwerkern geleistet werden. Eine Ausnahme bildet hierbei die Wartung und Instandhaltung der Windenergieanlagen.

Zwar wird auch hier künftig mit einer zunehmenden Ansiedlung von Windenergiebetreibern in der Region gerechnet, jedoch wird davon ausgegangen, dass das Fachpersonal für die Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten aktuell nur zum Teil innerhalb der Regionsgrenzen ansässig ist. Dementsprechend kann die regionale Wertschöpfung in diesem Bereich nicht vollständig vor Ort gebunden werden.

Verbrauchskosten

Unter Verbrauchskosten fallen Holzpellets, Hackschnitzel, Scheitholz, vergärbare Substrate für die Biogasanlagen und regenerativer Strom für den Betrieb von Wärmepumpen.

Die Deckung der eingesetzten Energieträger kann zu einem großen Teil durch regionale Biomassefestbrennstoffe erfolgen. Das Gleiche gilt auch für die benötigten Substrate zur Biogaserzeugung.

Pacht

Für die Inanspruchnahme von Flächen zur Installation von Photovoltaikanlagen fallen Pachtaufwendungen an. Diese werden komplett der regionalen Wertschöpfung zugewiesen, da davon auszugehen ist, dass die benötigten Flächen ausschließlich durch regional ansässige Eigentümer bereitgestellt werden können.

[77] Vgl. Olfert, K./Reichel, C., Kompakt-Training, 2002, S. 83.
[78] Vgl. Pape, U., Grundlagen, 2009, S. 229.

Für die künftige Verpachtung von Freiflächen zur Solarstromerzeugung werden erfahrungsgemäß 5 € pro kWp und Jahr angesetzt. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Anteil verpachteter Freiflächen bei ca. 5 % liegt.

Kapitalkosten

Bei der Investitionsfinanzierung wurde die Annahme getroffen, dass sie zu 100 % auf Fremdkapital beruht. Laut standardisierter Gewinn- und Verlustrechnung werden nur die anfallenden Zinsbeträge als Kapitalkosten betrachtet.

Das eingesetzte Fremdkapital wird mit einem (Fremd-) Kapitalzinssatz von 4 % jährlich verzinst.[79] Da davon auszugehen ist, dass die attraktivsten Finanzierungsangebote von Banken außerhalb der Region stammen, z. B. von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), kann die regionale Wertschöpfung in diesem Bereich nur zum Teil vor Ort gebunden werden. Zukünftig wird sich das Angebotsportfolio regional ansässiger Banken im Bereich Erneuerbarer Energien sukzessive verbessern, sodass auch in diesem Bereich die regionale Wertschöpfung gesteigert werden kann.

Steuern

Zur Bestimmung der Steuerbeträge wurde mit einem durchschnittlichen Steuersatz von rund 30 % gerechnet. Er basiert auf den ermittelten Überschüssen und folgenden Annahmen:

- Bei Photovoltaik-Dachanlagen wurden 20 % Einkommensteuer angesetzt, wovon 15 %[80] an die Kommune fließen, der Rest verteilt sich zu je 42,5 % auf Bund und Bundesland.
- Parallel werden bei Photovoltaik-Dachanlagen und Windenergieanlagen rund 15 % Gewerbesteuer angesetzt.
- Hinsichtlich der Steuerfreibeträge wird pauschal davon ausgegangen, dass der Anlagenbetrieb an ein bereits bestehendes Gewerbe angegliedert wird und dadurch die Steuerfreibeträge bereits überschritten sind.

Gewinn

Der Gewinn vor Steuern für den Betreiber errechnet sich aus der Summe aller Ein- und Auszahlungen. In diesem Betrag sind aber die zu entrichtenden Steuern noch enthalten (Brutto-Gewinn). Durch die Subtraktion dieses Kostenblocks ergibt sich der Netto-Gewinn des Betreibers (Gewinn nach Steuern), der gleichzeitig auch dessen „Mehrwert“ darstellt.

[79] In Anlehnung an aktuelle Programme der KfW im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (vgl. Quellenverzeichnis).
[80] Vgl. Scheffler, W., Besteuerung, 2009, S. 239.

IV Quellenverzeichnis

BMU 2009: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU, Hrsg., 2009): Nutzungsmöglichkeiten der tiefen Geothermie in Deutschland, Berlin, S. 57.

Bundesministerium für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle 2022: Förderwegweiser Energieeffizienz: https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienzwegweiser/energieeffizienzwegweiser.html, letzter Zugriff 14.01.2023.

Bundesministerium der Justiz 2022: Gesetz über den nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (Brennstoffemissionshandelsgesetz - BEHG), §10: https://www.gesetze-im-internet.de/behg/BJNR272800019.html, letzter Zugriff 14.03.2022.

BMWi 2021: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland unter Verwendung aktueller Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat), Berlin, Stand Feb 2021

Burkhardt 2006: Burkhardt W., Kraus R. (2006): Projektierung von Warmwasserheizungen, Arbeitsmethodik, Anlagenkonzeption, Regeln der Technik, Auslegung, Gesetze, Vorschriften, Wirtschaftlichkeit, Energieeinsparung, S. 69.

Eclareon GmbH 2023: Biomasseatlas, online verfügbar unter: https://www.biomasseatlas.de/, abgerufen am 15.02.2023

Eclareon GmbH 2023: Solaratlas, online verfügbar unter: https://www.solaratlas.de/, abgerufen am 15.02.2023

Eclareon GmbH 2023: Wärmepumpenatlas, online verfügbar unter: https://www.wärmepumpenatlas.de/, abgerufen am 15.02.2023

Heck 2004: Heck, Peter: Regionale Wertschöpfung als Zielvorgabe einer dauerhaft nachhaltigen, effizienten Wirtschaftsförderung, Forum für angewandtes systemisches Stoffstrommanagement, 2004, S. 5.

Institut Wohnen und Umwelt 2016: Datenbasis Gebäudebestand, Datenerhebung zur energetischen Qualität zu den Modernisierungstrends im deutschen Wohngebäudebestand, Darmstadt 2018, S. 44f.

Johann Heinrich von Thünen-Institut 2021: Dritte Bundeswaldinventur 2012: https://bwi.info/, letzter Zugriff 11.2021.

KBA 2020: Kraftfahrt-Bundesamt, Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Gemeinden, Flensburg, https://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/ZulassungsbezirkeGemeinden/zulassungsbezirke_node.html?yearFilter=2020

KfW 2020: Konditionen für den Endkreditnehmer: http://nlread.kfw.de/public/PBd/KfW-Information_fuer_Multiplikatoren/KfW-Info-06_01_2020_K_Deutsch_ax_99.pdf?kfwnl=Sonstiges_Bonn.06-01-2020.10160, letzter Zugriff 18.06.2021.

KfW 2022: Merkblatt KfW-Programm Erneuerbare Energien „Standard“: https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/F%C3%B6rderprogramme-(Inlandsf%C3%B6rderung)/PDF-Dokumente/6000000178_M_270_EE-Standard.pdf, letzter Zugriff 14.01.2023.

KfW 2022: Wohngebäude – Kredit: https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestehende-Immobilie/F%C3%B6rderprodukte/Bundesf%C3%B6rderung-f%C3%BCr-effiziente-Geb%C3%A4ude-Wohngeb%C3%A4ude-Kredit-(261-262)/, letzter Zugriff 14.01.2023.

KfW 2022/2023, Förderprodukte für Energie und Umwelt: https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Energie-Umwelt/F%C3%B6rderprodukte/F%C3%B6rderprodukte-(S3).html, letzter Zugriff am 14.01.2023.

Olfert / Reichel 2002a: Kompakt-Training Investition, 2. Auflage, Herne: Kiehl Verlag, 2002, S. 121.

Olfert / Reichel 2002b: Kompakt-Training Investition, 2. Auflage, Herne: Kiehl Verlag, 2002, S. 83.

Öko-Institut e.V. 2013: Öko-Institut e.V., Treibhausgasneutraler Verkehr 2050: Ein Szenario zur zunehmenden Elektrifizierung und dem Einsatz stromerzeugter Kraftstoffe im Verkehr, 2013.

Pape 2009a: Pape, Ulrich: Grundlagen der Finanzierung und Investition, München, Oldenbourg-Verlag, 2009, S. 306.

Pape 2009b: Pape, Ulrich: Grundlagen der Finanzierung und Investition, München, Oldenbourg-Verlag, 2009, S. 229.

Plattform Erneuerbare Energien 2021: Baden-Württemberg Klimaneutral 2040: Erforderlicher Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut 2021: Klimaneutrales Deutschland 2045: Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann, Zusammenfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende.

Richtlinie 2000/60/EG Artikel 4 Absatz 1: Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik**:** http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm, letzter Zugriff 05.12.2011.

Scheffler 2009: Scheffler, Wolfram: Besteuerung von Unternehmen: Ertrag-, Substanz- und Verkehrssteuern, 12. Auflage, Nürnberg, C. F. Müller Verlag, 2009, S. 239.

Statista GmbH 2023: Durchschnittlicher Preis für Dieselkraftstoff in Deutschland in den Jahren 1950 bis 2022 (Cent pro Liter): https://de.statista.com/statistik/daten/studie/779/umfrage/durchschnittspreis-fuer-dieselkraftstoff-seit-dem-jahr-1950/, letzter Zugriff 14.01.2023.

Statista GmbH 2023: Durchschnittlicher Preis für Superbenzin in Deutschland in den Jahren 1972 bis 2022 (Cent pro Liter): https://de.statista.com/statistik/daten/studie/776/umfrage/durchschnittspreis-fuer-superbenzin-seit-dem-jahr-1972/, letzter Zugriff 14.01.2023.

Statista GmbH 2023: Durchschnittlicher Verbraucherpreis für leichtes Heizöl in Deutschland in den Jahren 1960 bis 2022: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2633/umfrage/entwicklung-des-verbraucherpreises-fuer-leichtes-heizoel-seit-1960/, letzter Zugriff 14.01.2023.

Statista GmbH 2023: Entwicklung des Industriepreises für leichtes Heizöl in Deutschland in den Jahren 1970 bis 2021 (in Euro je Tonne Steinkohleeinheit): https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163034/umfrage/entwicklung-des-industrie-preises-fuer-leichtes-heizoel-seit-1970/, letzter Zugriff 14.01.2023.

Statista GmbH 2023: Gaspreise* für Gewerbe- und Industriekunden in Deutschland in den Jahren 2012 bis 2022: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/168528/umfrage/gaspreise-fuer-gewerbe-und-industriekunden-seit-2006/, letzter Zugriff 14.01.2023.

Statista GmbH 2023: Inflationsrate in Deutschland von 1950 bis 2022: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4917/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-seit-1948/, letzter Zugriff 14.01.2023.

Statistisches Amt Saarland 2021: Saarländische Gemeindezahlen 2020, Wohnungsbestand, letzter Zugriff: 07.06.2022.

Statistisches Bundesamt 2021: Holzeinschlagsstatistik forstl. Erzeugerbetriebe, Holzeinschlag: Bundesländer, Jahre, Holzsorten, Holzartengruppen, Waldeigentumsarten: https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Wald-Holz/Publikationen/Downloads-Wald-und-Holz/holzeinschlag-2030331217004.pdf?__blob=publicationFile, letzter Zugriff 29.11 2021.

Statistisches Landesamt RLP: Wärmepumpenatlas (o. J.): unter https://www.wärmepumpenatlas.de/, letzter Zugriff 21.04.2022.

Statistisches Landesamt RLP 2017, Öffentliche Klärschlammentsorgung in RLP 2016: Statistisches Amt Saarland 2008: Statistisches Amt Saarland, Öffentliche Abwasserbeseitigung Saarland 2007, 2008.

SWG: Saarländisches Wassergesetz, §3**:** https://recht.saarland.de/bssl/document/jlr-WasGSL2004rahmen, letzter Zugriff 15.07.2022.

Umweltministerium Baden-Württemberg 2005: Leitfaden zur Nutzung von Erdwärme mit Erdwärmesonden, Stuttgart: http://www.lgrb.uni-freiburg.de/lgrb/download_pool/Leitfaden_-_Nutzung_von_Erdwaerme.pdf.

Webseite BAFA: Bundesförderung für effiziente Gebäude – Sanierung Wohngebäude: https://www.bafa.de/DE/Energie/Effiziente_Gebaeude/Sanierung_Wohngebaeude/sanierung_wohngebaeude_node.html, letzter Zugriff 11.03.2022.

Webseite des Bundesverbandes Wärmepumpe (BWP) e. V.: Erdwärme: http://www.waermepumpe.de/waermepumpe/waermequellen/erdwaerme.html, letzter Zugriff 18.03.2015.

Webseite EEG-Anlagenregister:
http://www.energymap.info/energieregionen/DE/105/120/283/24768.html, letzter Zugriff 15.07.2022.

Webseite Entsorgungsverband Saar:
https://www.evs.de/abwasser/klaeranlagen/klaeranlagenstandorte, letzter Zugriff 15.07.2022.

Webseite Markstammdatenregister der Bundesnetzagentur:
https://www.marktstammdatenregister.de/MaStR/Einheit/Einheiten/ErweiterteOeffentlicheEinheitenuebersicht#stromerzeugung, letzter Zugriff 15.07.2022.

Webseite Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz:
https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/mukmav/wasser/dl_gewaesserkartesaarbr%C3%BCcken_muv.pdf?__blob=publicationFile&v=1, letzter Zugriff 15.07.2022.

Webseite Statistisches Ämter des Bundes und der Länder:
https://www.regionalstatistik.de/genesis/online?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1658150341595&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&code=33111-01-02-5-B&auswahltext=&nummer=5&variable=5&name=GEMEIN&werteabruf=Werteabruf#abreadcrumb, letzter Zugriff 15.07.2022.

Webseite Verivox: Wärmepumpenstrom: https://www.verivox.de/heizstrom/, letzter Zugriff: 11.03.2022.

Wesselak 2009: Wesselak V., Schabbach T. (2009): Regenerative Energietechnik, 1. Auflage, Heidelberg: Springer Verlag, S. 308.

Wuppertal-Institut 2021: Studie zur Nutzung von Stromüberschüssen aus Erneuerbaren Energien sowie zu den Potenzialen für den Einsatz von Wärme- und Kältespeichern in Rheinland-Pfalz (Flexibilitätsstudie Rheinland-Pfalz): Abschlussbericht

WWF 2009: World Wide Fund For Nature, Modell Deutschland Klimaschutz bis 2050 – Vom Ziel her denken, unter: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Deutschland/WWF-Kurzfassung-Modell-Deutschland.pdf, 2009.

2024/0492/69
öffentlich
Beschlussvorlage
69 - Baubetriebshof
Bericht erstattet:

Ermächtigung zur Auftragsvergabe Streusalzbeschaffung

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Lieferung von Winterdienststreumaterial an den günstigsten Bieter zu vergeben.

Sachverhalt

Gemäß Einleitungsbeschluss des SVA vom 19.08.2024 wird die Lieferung von Streumaterial für den Winterdienst europaweit ausgeschrieben.

Nächste Möglichkeit zur Auftragsvergabe durch den Stadtrat wäre der 19.12.2024 Die Winterdienstsaison beginnt jedoch bereits am 15.11.2024. Da nicht abgeschätzt werden kann, wie das Wetter sich bis Dezember entwickelt, wäre eine schnellstmögliche Auftragsvergabe sinnvoll, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Es wird empfohlen den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen

Kostenschätzung : 900.000 € für fünf Gemeinden

Anlage/n

1 2024-07-29 2024_0308_69 Europaweite Ausschre VO (öffentlich)

2024/0308/69
öffentlich
Einleitungsbeschluss
69 - Baubetriebshof
Bericht erstattet: Jürgen Simon

Europaweite Ausschreibung einer Rahmenvereinbarung zur Lieferung von Winterdienststreumaterial

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss (Entscheidung)	03.09.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss beschließt die öffentliche europaweite Ausschreibung einer Rahmenvereinbarung zur Lieferung von Winterdienststreumaterial.

Sachverhalt

Die bisherige Vereinbarung lief im Mai des Jahres ab. Die neue Vereinbarung soll ab der Winterdienstsaison November 2024 für drei Jahre bis Mai 2027 ausgeschrieben werden. Die letzten beiden Vereinbarungen wurden gemeinschaftlich von den Gemeinden Bexbach, Blieskastel, Gersheim, Homburg und Kirkel ausgeschrieben. Federführend war hierbei die Kreisstadt Homburg.

Finanzielle Auswirkungen

Kostenschätzung:
900.000 €

Anlage/n
Keine

2024/0401/10-02
öffentlich
Beschlussvorlage
10 - Hauptamt
Bericht erstattet: Frau Puchner

Weisungsrecht – Abstimmungsverhalten des Vertreters der Kreisstadt Homburg in der Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) am 10.12.2024

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat erteilt dem Vertreter der Kreisstadt Homburg keine Weisung bezüglich des Abstimmungsverhaltens in der Verbandsversammlung des EVS am 10.12.2024.

Sachverhalt

In der am 10.12.2024 stattfindenden EVS-Verbandsversammlung wird über folgende Verhandlungsgegenstände abgestimmt, die zu den weisungsgebundenen Angelegenheiten im Sinne von § 114 Abs. 4 KSVG (siehe § 7 Abs. 2 EVSG i.V.m. § 114 Abs. 4 KSVG) gehören:

1. Wirtschaftsplan 2025 des EVS,
2. Festlegung der Abfallgebühren 2025 und 2026 innerhalb des zweijährigen Kalkulationszeitraums und den damit verbundenen Änderungen der Abfallgebühren-, Abfallwirtschafts- und Verwaltungsgebührensatzungen
3. Festlegung des Einheitlichen Verbandsbeitrags sowie des einjährigen Kalkulationszeitraums

Im Rahmen des Wirtschaftsplanes sind Gebührenerhöhungen erforderlich. Die entsprechenden Satzungsentwürfe und Begründungen finden Sie als Anlagen beigefügt.

Am 29. und 30. Oktober 2024 finden Regionalforen statt. Den Mandatsträgern wird, wie in den vergangenen Jahren, ermöglicht, Fragen zu stellen und sich eine umfassende Grundlage für die Beratungen in den Räten zu schaffen.

Anlage/n

1 WP_2025_Entwurf (nichtöffentlich)
2 Begründung für Erhöhung (öffentlich)
3 Begründung zu den Änderungen (öffentlich)
4 4. Änderungssatzung_Verwaltungsgebühren_Satzung (öffentlich)
5 8. Änderungssatzung_Abfallwirtschafts_Satzung (öffentlich)
6 11. Änderungssatzung_Abfallgebühren_Satzung (öffentlich)

Begründung:

zu 1:

EVS-Abfallwirtschaft

Die Umsatzerlöse steigen gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 um rd. 13,2 Mio. EUR auf 84,6 Mio. EUR, was im Wesentlichen aus einer moderaten Erhöhung der Abfallbeseitigungsgebühren – unter Berücksichtigung der zum 1.1.2025 rückübertragenen Kommunen Mettlach und Wadgassen - und dem gestiegenen überörtlichen Beitrag der ausgeschiedenen Kommunen resultiert.

Das von dem EVS an die EVS ABW GmbH zu leistende Entsorgungsentgelt in Höhe von 52,1 Mio. EUR liegt um 15,6 Mio. EUR über dem Ansatz im Wirtschaftsplan 2024. Entscheidend hierfür sind die gestiegenen Materialaufwendungen der ABW, insbesondere das darin enthaltene Entsorgungsentgelt, welches von der ABW an die AVA Velsen zu zahlen ist, steigt. Hier wirkt sich besonders die in 2024 erstmalig zu leistende CO2-Abgabe auf die thermische Verwertung gem. BEHG mit rd. 6,3 Mio. EUR aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 12 Mio. EUR nahezu auf dem Planniveau des Vorjahres.

Im Ergebnis plant der EVS in der Sparte Abfallwirtschaft für das Jahr 2025 – unter Berücksichtigung der anpassten Gebührensätze einen Jahresfehlbetrag von 7,5 Mio. EUR.

Die **5-jährige Finanzplanung der Sparte Abfallwirtschaft** zeigt bis zum Jahr 2028 trotz moderater Gebührenerhöhungen in allen dargestellten Jahren konstant negative Jahresergebnisse. Diese können durch bestehende Gebührenüberdeckungen in Höhe von rd. 25 Mio. EUR (Stand Ende 2023) in voller Höhe ausgeglichen werden.

Das **Investitionsprogramm** der Sparte Abfallwirtschaft für das Jahr 2025 weist Investitionen in Höhe von rd. 3,9 Mio. EUR brutto aus.

EVS-Abwasserwirtschaft

Die für den Wirtschaftsplan 2025 relevante Frischwassermenge (Basiswert 2023) sinkt um 0,87 %.

Um den Rückgang der Frischwassermenge zu kompensieren und zur Absicherung der bestehenden finanziellen Risiken wird der Einheitliche Verbandsbeitrag um 6,8 % von bisher 3,360 EUR pro cbm auf 3,588 EUR pro cbm Frischwasserverbrauch erhöht. Dies hat zur Folge, dass der Einheitliche Verbandsbeitrag im Vergleich zum Vorjahr von 152,3 Mio. EUR auf 161,1 Mio. EUR steigt.

Der Materialaufwand sinkt um 3,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahresplan. Grund hierfür ist im Wesentlichen der um rd. 3,0 Mio. EUR gesunkene Stromaufwand, der jedoch noch immer auf einem historisch hohen Niveau verbleibt.

Im Bereich der Aufwendungen steigt der Personalaufwand um 1,4 Mio. EUR oder 4,49 % auf 31,8 Mio. EUR.

Der Zinsaufwand steigt infolge des deutlichen Anstiegs des Zinsniveaus um 1,2 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Ergebnis plant der EVS in der Sparte Abwasserwirtschaft einen Jahresfehlbetrag von rd. 6,0 Mio. EUR.

Die **5-jährige Finanzplanung der Abwasserwirtschaft** zeigt die stufenweise Erhöhung des Einheitlichen Verbandsbeitrags – jedoch gegenüber dem Vorjahr in einem abgemilderten Szenario.

Im **Investitionsprogramm** der Sparte Abwasserwirtschaft für das Jahr 2025 weist der EVS eine Barmittel für Investitionen von rd. 103,4 Mio. Euro aus. Diese entfällt mit rd. 80,1 Mio. Euro auf EVS-eigene Bau-Projekte sowie mit 13,0 Mio. Euro auf Projekte Dritter. Weitere 3,7 Mio. Euro entfallen auf allgemeine Maßnahmen. Zusätzliche 6,5 Mio. setzen sich aus den aktivierbaren Eigenleistungen, den Bauzeitzinsen und den Ausgleichszahlungen für Entlastungsanlagen zusammen.

Weitere Eckpunkte und Details des vorliegenden Wirtschaftsplanes 2025 sind im Vorbericht erläutert.

zu 2:

Die Abfallgebühren des EVS müssen für den Kalkulationszeitraum 2025 / 2026 erhöht werden.

Wieso steigen die Abfallgebühren 2025 erstmals wieder?

- durch den Anstieg des an die AVA Velsen zu leistende Entsorgungsentgelt
  - insbesondere infolge der CO2-Bepreisung gem. Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)
  - bedingt durch den Rückgang der durch die AVA Velsen erzielten Stromerlöse im Vergleich zu historisch hohen Erlösen in den Jahren 2023 und 2024
- durch Mehraufwendungen im Bereich „Einsammeln und Befördern“ infolge neuer Verträge (v.a. bedingt durch CO2-Besteuerung und Clean-Vehicle-Directive).
- höhere Aufwendungen für Wertstoff-Zentren und Stoffströme
- durch den deutlichen Anstieg der Zinsen (insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Investitionen).
- durch Mehraufwendungen aufgrund Preissteigerungen in fast allen Bereichen

Wie sehen die für die 2-jährige Kalkulationsperiode 2025 / 2026 errechneten Gebührensätze aus?

Behälter				Gebühr 2024	Gebühr 2025	Gebühr 2026
Restabfall	2-rädrige Behälter	Grundgebühr	120 l	55,00 € / Jahr	57,75 € / Jahr	60,64 € / Jahr
			240 l	62,44 € / Jahr	65,56 € / Jahr	68,84 € / Jahr
		Leerungszahl-gebühr	120 l	6,70 € / Leerung	6,81 € / Leerung	6,92 € / Leerung
			240 l	13,41 € / Leerung	13,63 € / Leerung	13,84 € / Leerung
		Verwiegegebühr	120 l / 240 l	0,39 € / kg	0,42 € / kg	0,44 € / kg
	4-rädrige Behälter		770 l / wöchentlich	1.922,04 € / Jahr	2.115,60 € / Jahr	2.229,60 € / Jahr
			770 l / 2-wöchentlich	960,96 € / Jahr	1.057,80 € / Jahr	1.114,80 € / Jahr
			1.100 l / wöchentlich	2.745,84 € / Jahr	3.022,44 € / Jahr	3.185,16 € / Jahr
			1.100 l / 2-wöchentlich	1.372,92 € / Jahr	1.511,16 € / Jahr	1.592,52 € / Jahr
Bioabfall	2-rädrige Behälter		120 l	58,00 € / Jahr	62,00 € / Jahr	66,00 € / Jahr

Was bedeutet die Erhöhung der Gebührensätze für einen an durchschnittlichen Leerungen bzw. durchschnittlichen Mengen orientierten Musterhaushalt?

Bei einem 120L-Gefäß im Leerungszählsystem (mit 10 Leerungen p.a.) ergibt sich für 2025 eine Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahr von 3,85 EUR (+ 3,2%) / p.a. oder 0,32 EUR / Monat.

Bei einem 120L-Gefäß im Verwiegesystem (mit 166 KG p.a.) ergibt sich für 2025 eine Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahr von 7,82 EUR (+ 6,5%) / p.a. oder 0,65 EUR / Monat.

Die vorstehend aufgeführten Gebührensätze wurden rechtssicher in Zusammenarbeit mit der Kanzlei Schüllermann & Partner sowie dem Beratungsunternehmen INFA – Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH ermittelt.

Die Anpassung der Gebührensätze erfordert eine Änderung der Abfallgebühren-, Abfallwirtschafts- und Verwaltungsgebührensatzungen.

Nähere Einzelheiten zu den jeweiligen Gebührensätzen können bei Bedarf der als Anlage beigefügten Sitzungsvorlage des EVS für die Verbandsversammlung am 10.12.24 sowie den Änderungssatzungen selbst entnommen werden.

zu 3:

Der Einheitliche Verbandsbeitrag (Gebühr für die Abwasserreinigung in den EVS- Anlagen) steigt zum 01.01.2025 um 6,8 Prozent - von 3,360 Euro um 22,8 Cent auf 3,588 Euro pro Kubikmeter verbrauchtem Frischwasser. Bei einem Pro-Kopf-Verbrauch von durchschnittlich 45 Kubikmetern Frischwasser pro Jahr bedeutet das eine Mehrbelastung von 0,855 Euro pro Bürger(in) und Monat. Bereits im vergangenen Jahr war eine Steigerung um 6,8 % und zuvor von 3,0 % zur Deckung der Kostensteigerungen erforderlich, nachdem der Einheitliche Verbandsbeitrag seit 2012 mehr als eine Dekade konstant gehalten werden konnte.

Wieso blieb der Einheitliche Verbandsbeitrag so lange stabil?

- Weil die Menge verbrauchten Frischwassers weitgehend konstant war.
- Weil das Zinsniveau seit 2012 rückläufig war.
- Weil der Strombezug durch energetische Optimierungsmaßnahmen der Abwasseranlagen trotz Zuwachs an technischen Kläranlagen konstant gehalten werden konnte.
- Weil die Anzahl der MitarbeiterInnen in der Sparte Abwasser trotz stetiger Zunahme an Aufgaben weitgehend stabil blieb.
- Weil Rücklagen „für schlechte Zeiten“ aufgebaut werden konnten.

Warum muss der Einheitliche Verbandsbeitrag zum 01.01.2025 steigen?

- Weil der erneute Rückgang der Frischwassermenge kompensiert werden muss.
- Weil Aufwandssteigerungen und Inflation insbesondere in den Bereichen Strombezug, Personal und Zinsen– zu einem deutlichen Ergebnisrückgang führen.
- Weil die Liquidität des EVS gesichert werden muss.

Änderung der Abfallwirtschafts-, Abfallgebühren und Verwaltungsgebührensatzung

Begründung:

Es resultiert insbesondere die Anpassung der Abfallgebühren im Rahmen deren aktueller Neukalkulation in entsprechend notwendigen Aktualisierungen der hier relevanten EVS Satzungen, konkret der Abfallgebührensatzung sowie die Verwaltungsgebührensatzung. Weiterhin musste die Eingliederung der Gemeinden Mettlach und Wadgassen im Kontext deren Rückübertragung der örtlichen Abfallentsorgung mit Wirkung zum 01.01.2025 in die Satzungen eingebracht werden.

1. Änderung der Abfallwirtschaftssatzung:

Aufgrund der Rückübertragung der örtlichen Abfallentsorgung im Kontext des § 11 EVS Aufgabenübernahmesatzung der Gemeinden Mettlach und Wadgassen mit Wirkung zum 01.01.2025 ist der einleitende § 1 „Aufgaben und Zielsetzung", hier Absatz (1) letzter Satz, der Abfallwirtschaftssatzung entsprechend in Bezug auf die Gemeinde Mettlach als hinzukommende Verwiege-Kommune zu aktualisieren:

Entsprechend der nötigen Trennung zwischen dem Verwiegesystem der Gemeinden Losheim und Mettlach vom Ident-System der sonstigen EVS Kommunen wird **§ 1 Abs. 1 Satz 3** wie folgt geändert:

Alte Formulierung:

(1) Der Entsorgungsverband Saar (EVS) nimmt innerhalb des Verbandsgebietes Aufgaben der örtlichen und überörtlichen Abfallentsorgung im Sinne des § 5 Abs. 3 Satz 1 SAWG, § 2 EVSG und nach Maßgabe des § 2 dieser Satzung als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger wahr. Der EVS betreibt die Entsorgung der Abfälle nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtungen. Dabei bildet die Entsorgung der Gemeinde Losheim eine rechtlich getrennte Abfallentsorgungseinrichtung.

Neue Formulierung:

(1) Der Entsorgungsverband Saar (EVS) nimmt innerhalb des Verbandsgebietes Aufgaben der örtlichen und überörtlichen Abfallentsorgung im Sinne des § 5 Abs. 3 Satz 1 SAWG, § 2 EVSG und nach Maßgabe des § 2 dieser Satzung als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger wahr. Der EVS betreibt die Entsorgung der Abfälle nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtungen. Dabei bildet die Entsorgung der **Gemeinden Losheim und Mettlach** eine rechtlich getrennte Abfallentsorgungseinrichtung.

2. Änderung der Abfallgebührensatzung:

Die Anpassung der Abfallgebühren und der Verwaltungsgemeinkosten im Rahmen deren aktueller Neukalkulation resultiert in entsprechend notwendigen Aktualisierungen der betreffenden Passagen der Abfallgebührensatzung. Des Weiteren sind § 4 Abs. (4) und (5) aufgrund des Hinzukommens der Gemeinde Mettlach als Verwiegekommune zu aktualisieren.

Entsprechend wird **§ 4 Abs. 4 Satz 1 und Satz 2** wie folgt geändert:

Alte Formulierung:

(4) Für die Leistungsgebühren der zweirädrigen Restabfallbehälter ist im Gebiet der Gemeinde Losheim das Gewicht der Abfälle Bemessungsgrundlage, im übrigen Entsorgungsgebiet das Nennvolumen der Abfallbehälter sowie die Leerungshäufigkeit der Abfallbehälter. Zur Ermittlung der Jahresgewichtsmengen wird im Gebiet der Gemeinde Losheim die Abfallmenge aus den Restmüll- und Bioabfallbehältern

bei jeder Entleerung der Behälter im Erhebungszeitraum gewogen; im übrigen Entsorgungsgebiet wird die Zahl der jährlichen Leerungen gezählt.

Neue Formulierung:

(4) Für die Leistungsgebühren der zweirädrigen Restabfallbehälter **sind im Gebiet der Gemeinden Losheim und Mettlach** das Gewicht der Abfälle Bemessungsgrundlage, im übrigen Entsorgungsgebiet das Nennvolumen der Abfallbehälter sowie die Leerungshäufigkeit der Abfallbehälter. Zur Ermittlung der Jahresgewichtsmengen wird im Gebiet der **Gemeinden Losheim und Mettlach** die Abfallmenge aus den Restmüll- und Bioabfallbehältern bei jeder Entleerung der Behälter im Erhebungszeitraum gewogen; im übrigen Entsorgungsgebiet wird die Zahl der jährlichen Leerungen gezählt.

Entsprechend wird auch **§ 4 Abs. 5 Satz 1** wie folgt geändert:

Alte Formulierung:

(5) Bei den zweirädrigen Restabfallbehältern in Losheim werden zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entsorgung mindestens die Gebühren für nachfolgend aufgelistete Mindestmassen je Jahr und Restabfallbehälter in Form einer Mindestgewichtsgebühr erhoben:

Neue Formulierung:

(5) Bei den zweirädrigen Restabfallbehältern in Losheim **und Mettlach** werden zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entsorgung mindestens die Gebühren für nachfolgend aufgelistete Mindestmassen je Jahr und Restabfallbehälter in Form einer Mindestgewichtsgebühr erhoben:

In § 5 sind die jeweiligen Gebührensätze der Gefäße enthalten. Diese werden aufgrund der Tatsache, dass durch diese Beschlussvorlage sowohl die Gebühren für die Abfallabfuhr in 2025 wie auch in 2026 (jeweils durch unterschiedliche Sätze) angepasst werden, im Folgenden jeweils für das Jahr 2025 und dann darunter (je Absatz) für das Jahr 2026 dargestellt.

Entsprechend wird auch **§ 5 Abs. 1** (dort tabellarische Aufstellung der Basisgebühren) unter Berücksichtigung des zweijährigen Kalkulationszeitraumes mit abweichenden Gebührensätzen für das Jahr 2025 und ab dem 01.01.2026 wie folgt geändert:

Alte Formulierung:

§ 5 Gebühren für die Abfallabfuhr

(1) Die Basisgebühr für die Leistungen gemäß § 4 beträgt je Kalenderjahr für

Abfallbehälter	Gebühren bei Verwiegung jährlich in €
120 Liter Restabfall	69,82
120 Liter Bioabfall	58,00
240 Liter Restabfall	154,48

Abfallbehälter	Gebühren bei Leerungszahlmessung jährlich in €
120 Liter Restabfall	81,80
120 Liter Bioabfall	58,00
240 Liter Restabfall	196,54

Neue Formulierung:

(1) Die Basisgebühr für die Leistungen gemäß § 4 beträgt **für das Kalenderjahr 2025** für

Abfallbehälter	Gebühren bei Verwiegung jährlich in €
120 Liter Restabfall	**73,71**
120 Liter Bioabfall	**62,00**
240 Liter Restabfall	**164,68**

Abfallbehälter	Gebühren bei Leerungszahlmessung jährlich in €
120 Liter Restabfall	**84,99**
120 Liter Bioabfall	**62,00**
240 Liter Restabfall	**201,68**

(1) Die Basisgebühr für die Leistungen gemäß § 4 beträgt **ab dem 01.01.2026** für

Abfallbehälter	Gebühren bei Verwiegung jährlich in €
120 Liter Restabfall	**77,36**
120 Liter Bioabfall	**66,00**
240 Liter Restabfall	**172,68**

Abfallbehälter	Gebühren bei Leerungszahlmessung jährlich in €
120 Liter Restabfall	**88,32**
120 Liter Bioabfall	**66,00**
240 Liter Restabfall	**207,24**

Ebenfalls wird auch **§ 5 Abs. 2** wie folgt geändert und für das Jahr 2025 und ab dem 01.01.2026 gebührenseitig angepasst:

Alte Formulierung:

(2) Die Gewichtsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 38 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 120 Liter sowie von 236 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall beträgt 0,39 Euro/kg. Die Leerungsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 4 Leerungen bei Nutzung eines MGB 120 Liter beträgt Euro 6,70 je weiterer Leerung, bei Überschreitung von 10 Leerungen bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall Euro 13,41 je weiterer Leerung.

Neue Formulierung:

(2) Die Gewichtsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 38 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 120 Liter sowie von 236 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall beträgt **für das Jahr 2025 0,42** Euro/kg. Die Leerungsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 4 Leerungen bei Nutzung eines MGB 120 Liter beträgt **für das Jahr 2025** Euro **6,81** je weiterer Leerung, bei Überschreitung von 10 Leerungen bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall Euro **13,63** je weiterer Leerung.

(2) Die Gewichtsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 38 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 120 Liter sowie von 236 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall beträgt für das **Jahr 2026 0,44** Euro/kg. Die Leerungsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 4 Leerungen bei Nutzung eines MGB 120 Liter beträgt **ab dem 01.01.2026** Euro **6,92** je weiterer Leerung, bei Überschreitung von 10 Leerungen bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall Euro **13,84** je weiterer Leerung.

Entsprechend wird auch **§ 5 Abs. 3** aufgrund der Neukalkulation für das Jahr 2025 und das Jahr 2026 aktualisiert, die bisherigen Spiegelstriche werden durch eine zielführendere Aufzählung mit Nummerierung ersetzt sowie durch eine stärkere Berücksichtigung des verwaltungsseitigen und operativen Mehraufwandes und einhergehend einer stärkerer Wälzung der entstehenden Kosten auch in seiner Lenkungswirkung bei Fehlbefüllung angepasst:

Alte Formulierung:

(3) Für die Entleerung eines fehlbefüllten Wertstoffbehälters (für Leichtverpackungen, Bio- oder Papier-Pappe-Kartonagen-Abfall) gemäß §§ 20 Abs. 5 bzw. 21 Abs. 5 AbfWiS, der mit anderen Abfällen als den für die jeweilige Behälterart zu gelassenen Abfällen bzw. Wertstoffen befüllt ist, beträgt bei Fehlbefüllung

- eines MGB 120 Liter
  die Gewichtsgebühr 0,39 Euro/kg bei Verwiegung,

- eines MGB 240 Liter
  die Gewichtsgebühr 0,39 Euro/kg bei Verwiegung,

- eines MGB 120 Liter
  die Gebühr 6,70 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

- eines MGB 240 Liter
  die Gebühr 13,41 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

- eines MGB 770 Liter
  die Gebühr 36,96 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

- eines MGB 1 100 Liter die Gebühr 52,80 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung.

Neue Formulierung:

(3) Für die Entleerung eines fehlbefüllten Wertstoffbehälters (für Leichtverpackungen, Bio- oder Papier-Pappe-Kartonagen-Abfall) gemäß §§ 20 Abs. 5 bzw. 21 Abs. 5 AbfWiS, der mit anderen Abfällen als den für die jeweilige Behälterart zu gelassenen Abfällen bzw. Wertstoffen befüllt ist, beträgt **für das Jahr 2025 die Gebühr 10,41 € zzgl.** bei Fehlbefüllung

a) eines MGB 120 Liter
   die Gewichtsgebühr **0,42** Euro/kg bei Verwiegung,

b) eines MGB 240 Liter
   die Gewichtsgebühr **0,42** Euro/kg bei Verwiegung,

c) eines MGB 120 Liter
   die Gebühr **6,81** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

d) eines MGB 240 Liter
   die Gebühr **13,63** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

e) eines MGB 770 Liter
   die Gebühr **40,69** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

f) eines MGB 1 100 Liter die Gebühr **58,13** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung.

(3) Für die Entleerung eines fehlbefüllten Wertstoffbehälters (für Leichtverpackungen, Bio- oder Papier-Pappe-Kartonagen-Abfall) gemäß §§ 20 Abs. 5 bzw. 21 Abs. 5 AbfWiS, der mit anderen Abfällen als den für die jeweilige Behälterart zu gelassenen Abfällen bzw. Wertstoffen befüllt ist, beträgt **ab dem 01.01.2026 die Gebühr 10,41 € zzgl.** bei Fehlbefüllung

a) eines MGB 120 Liter
die Gewichtsgebühr **0,44** Euro/kg bei Verwiegung,

b) eines MGB 240 Liter
die Gewichtsgebühr **0,44** Euro/kg bei Verwiegung,

c) eines MGB 120 Liter
die Gebühr **6,92** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

d) eines MGB 240 Liter
die Gebühr **13,84** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

e) eines MGB 770 Liter
die Gebühr **42,88** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

f) eines MGB 1 100 Liter die Gebühr **61,25** Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung.

Entsprechend wird auch **§ 5 Abs. 4** wie folgt geändert und für das Jahr 2025 und ab dem 01.01.2026 gebührenseitig angepasst:

Alte Formulierung:

(4) Wird ein Abfallumleerbehälter zum gleichen Leerungstermin mehrfach geleert, wird bei Verwiegung eine Gewichtsgebühr in Höhe von 0,39 Euro/kg erhoben; bei Leerungszahlmessung 6,70 Euro/Leerung.

Neue Formulierung:

(4) Wird ein Abfallumleerbehälter zum gleichen Leerungstermin mehrfach geleert, wird **für das Jahr 2025** bei Verwiegung eine Gewichtsgebühr in Höhe von **0,42** Euro/kg erhoben; bei Leerungszahlmessung **6,81** Euro/Leerung.

(4) Wird ein Abfallumleerbehälter zum gleichen Leerungstermin mehrfach geleert, wird **ab dem 01.01.2026** bei Verwiegung eine Gewichtsgebühr in Höhe von **0,44** Euro/kg erhoben; bei Leerungszahlmessung **6,92** Euro/Leerung.

Auch **§ 5 Abs. 5** wird wie folgt geändert und für das Jahr 2025 und das Jahr 2026 neu untergliedert:

Alte Formulierung:

(5) Für zwei über die Mindestausstattung hinausgehende Anstattsäcke 70 Liter beträgt die Gebühr 6,70 Euro. Bei Nichtbenutzung erfolgen keine Rücknahme und keine Gebührenerstattung.

Neue Formulierung:

(5) Für zwei über die Mindestausstattung hinausgehende Anstattsäcke 70 Liter beträgt **für das Jahr 2025** die Gebühr **6,81** Euro. Bei Nichtbenutzung erfolgen keine Rücknahme und keine Gebührenerstattung.

(5) Für zwei über die Mindestausstattung hinausgehende Anstattsäcke 70 Liter beträgt **für das Jahr 2026** die Gebühr **6,92** Euro. Bei Nichtbenutzung erfolgen keine Rücknahme und keine Gebührenerstattung.

Entsprechend wird auch **§ 5 Abs. 6** wie folgt geändert und für das Jahr 2025 und ab dem 01.01.2026 gebührenseitig angepasst:

Alte Formulierung:

(6) Für die Nutzung eines MGB 770 beträgt die Jahresgebühr

a)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	960,96
b)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	1.922,04

Für die Nutzung eines MGB 1.100 beträgt die Jahresgebühr

c)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	1.372,92
d)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	2.745,84
e)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	5.491,68
f)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	8.237,64
g)	bei 208 Jahresleerungen (wöchentlich viermalige Leerung)	€	10.983,48
h)	bei 260 Jahresleerungen (wöchentlich fünfmalige Leerung)	€	13.729,32

Bei einem dem Benutzer gehörenden MGB 1.100 Liter ermäßigen sich die vorgenannten Gebühren um 3,58 Euro/Monat.

Für die Nutzung eines MGB 3.300 beträgt die Jahresgebühr

i)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	4.118,76
j)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	8.237,64
k)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	16.475,28

l)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	24.712,92

Für die Nutzung eines MGB 5.500 beträgt die Jahresgebühr

m)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	6.864,60
n)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	13.729,32
o)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	27.458,76
p)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	41.188,20

Neue Formulierung:

(6) Für die Nutzung eines MGB 770 beträgt die Jahresgebühr **für das Jahr 2025**

a)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**1.057,80**
b)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**2.115,60**

Für die Nutzung eines MGB 1.100 beträgt die Jahresgebühr **für das Jahr 2025**

c)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**1.511,16**
d)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**3.022,44**
e)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	**6.044,88**
f)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	**9.067,32**
g)	bei 208 Jahresleerungen (wöchentlich viermalige Leerung)	€	**12.089,76**
h)	bei 260 Jahresleerungen (wöchentlich fünfmalige Leerung)	€	**15.112,20**

Bei einem dem Benutzer gehörenden MGB 1.100 Liter ermäßigen sich die vorgenannten Gebühren um 3,58 Euro/Monat.

Für die Nutzung eines MGB 3.300 beträgt die Jahresgebühr **für das Jahr 2025**

i)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**4.533,60**

j)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**9.067,32**
k)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	**18.134,64**
l)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	**27.201,96**

Für die Nutzung eines MGB 5.500 beträgt die Jahresgebühr **für das Jahr 2025**

m)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**7.556,04**
n)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**15.112,20**
o)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	**30.224,40**
p)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	**45.336,72**

(6) Für die Nutzung eines MGB 770 beträgt die Jahresgebühr **ab dem 01.01.2026**

a)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**1.114,80**
b)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**2.229,60**

Für die Nutzung eines MGB 1.100 beträgt die Jahresgebühr **ab dem 01.01.2026**

c)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**1.592,52**
d)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**3.185,16**
e)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	**6.370,32**
f)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	**9.555,48**
g)	bei 208 Jahresleerungen (wöchentlich viermalige Leerung)	€	**12.740,64**
h)	bei 260 Jahresleerungen (wöchentlich fünfmalige Leerung)	€	**15.952,80**

Bei einem dem Benutzer gehörenden MGB 1.100 Liter ermäßigen sich die vorgenannten Gebühren um 3,58 Euro/Monat.

Für die Nutzung eines MGB 3.300 beträgt die Jahresgebühr **ab dem 01.01.2026**

i)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**4.777,68**
j)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**9.555,48**
k)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	**19.111,08**
l)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	**28.666,56**

Für die Nutzung eines MGB 5.500 beträgt die Jahresgebühr **ab dem 01.01.2026**

m)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	**7.962,84**
n)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	**15.925,80**
o)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	**31.851,72**
p)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	**47.777,64**

Entsprechend wird auch **§ 5 Abs. 7** wie folgt geändert und für das Jahr 2025 und ab dem 01.01.2026 gebührenseitig angepasst:

Alte Formulierung:

(7) Für die zusätzlichen bzw. außerplanmäßigen Sonderentleerungen gemäß § 17 Abs. 3 S. 4 AbfWiS sowie für die bedarfsweise Entsorgung von öffentlichen Veranstaltungen, Vereinsfesten u. Ä. gemäß § 18 Abs. 10 AbfWiS beträgt die Gebühr je Entleerung für einen

a)	Abfallbehälter MGB 120 Liter je Entleerung	€	8,23,
b)	Abfallbehälter MGB 240 Liter je Entleerung	€	14,94,
c)	Abfallbehälter MGB 770 Liter je Entleerung	€	42,61,
d)	Abfallbehälter MGB 1 100 Liter je Entleerung	€	60,83,
e)	Abfallbehälter MGB 3 300 Liter je Entleerung	€	180,34,
f)	Abfallbehälter MGB 5 500 Liter je Entleerung	€	301,03.

Neben der vorgenannten Gebühr werden bei der bedarfsweisen Leerung gemäß § 18 Abs. 10 AbfWiS für den Transport (An- und Abfahrt) und die Reinigung der Behälter durch die beauftragten Dritten Kosten berechnet.

Neue Formulierung:

(7) Für die zusätzlichen bzw. außerplanmäßigen Sonderentleerungen gemäß § 17 Abs. 3 S. 4 AbfWiS sowie für die bedarfsweise Entsorgung von öffentlichen Veranstaltungen, Vereinsfesten u. Ä. gemäß § 18 Abs. 10 AbfWiS beträgt die Gebühr **für das Jahr 2025** je Entleerung für einen

a)	Abfallbehälter MGB 120 Liter je Entleerung	€	**8,61**,
b)	Abfallbehälter MGB 240 Liter je Entleerung	€	**15,63**,
c)	Abfallbehälter MGB 770 Liter je Entleerung	€	**44,57**,
d)	Abfallbehälter MGB 1 100 Liter je Entleerung	€	**63,41**,
e)	Abfallbehälter MGB 3 300 Liter je Entleerung	€	**188,62**,
f)	Abfallbehälter MGB 5 500 Liter je Entleerung	€	**314,85**.

(7) Für die zusätzlichen bzw. außerplanmäßigen Sonderentleerungen gemäß § 17 Abs. 3 S. 4 AbfWiS sowie für die bedarfsweise Entsorgung von öffentlichen Veranstaltungen, Vereinsfesten u. Ä. gemäß § 18 Abs. 10 AbfWiS beträgt die Gebühr **ab dem 01.01.2026** je Entleerung für einen

a)	Abfallbehälter MGB 120 Liter je Entleerung	€	**8,94**,
b)	Abfallbehälter MGB 240 Liter je Entleerung	€	**16,24**,
c)	Abfallbehälter MGB 770 Liter je Entleerung	€	**46,30**,
d)	Abfallbehälter MGB 1 100 Liter je Entleerung	€	**65,89**,
e)	Abfallbehälter MGB 3 300 Liter je Entleerung	€	**195,97**,
f)	Abfallbehälter MGB 5 500 Liter je Entleerung	€	**327,13**.

Neben der vorgenannten Gebühr werden bei der bedarfsweisen Leerung gemäß § 18 Abs. 10 AbfWiS für den Transport (An- und Abfahrt) und die Reinigung der Behälter durch die beauftragten Dritten Kosten berechnet.

Der bisherige **§ 17 „Inkrafttreten“** ist aufgrund der vorangehenden Aktualisierungen für die Jahre 2025 und ab 2026 wie folgt neu zu formulieren:

Alte Formulierung:

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Hiervon abweichend treten die §§ 13 bis 16 am Tag nach der Veröffentlichung der Satzung in Kraft.

Neue Formulierung:

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

---

3. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung:

Im Rahmen der neubeauftragten Dienstleistungen im Kontext „Einsammeln und Befördern“ (Fremdkosten durch die beauftragten Dritten) sowie der Neukalkulation der Verwaltungsgemeinkosten des EVS (z. B. aufgrund von Tarifanpassungen etc.) ist **Anlage 1 der aktuell gültigen Verwaltungsgebührensatzung** (3. Änderungssatzung zum 2012.2019) in den betreffenden Positionen insbesondere hinsichtlich der numerisch genannten Euro-Beträge zu aktualisieren, das Hauptdokument bleiben textlich unverändert.

Entsprechend werden folgende Titel-Nummern des Gebühren- und Kostenverzeichnisses zu § 2 der Verwaltungsgebührensatzung wie folgt angepasst bzw. bleiben unverändert:

- Titel Nr. 01 bis einschließlich 09 bleiben unverändert.
- Titel Nr. 10:

  Alte Formulierung:

  Zuweisung von Abfallbehältern/Anstattsäcken je Fall gem. § 18 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung

  - Bearbeitungsgebühr ohne Auslagenersatz -

  a) bis 770 Liter einschließlich 22,00 €

  b) ab 1.100 Liter 46,00 €

  Neue Formulierung:

  Zuweisung von Abfallbehältern/Anstattsäcken je Fall gem. § 18 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung

  - Bearbeitungsgebühr ohne Auslagenersatz -

  a) bis **240** Liter einschließlich **23,15** €

  b) ab **770** Liter **60,57** €

- Titel Nr. 11 bis einschließlich 15 bleiben unverändert.
- Titel Nr. 16 bleibt textlich unverändert, wird aber betreffend die genannten Euro-Beträge wie folgt angepasst:
  - „von 120 oder 240 Liter 22,00 €“ auf nun **23,15** €
  - „von 770, 1.100 3.300 oder 5.500 Liter 46,00 €“ auf nun **60,57** €

- Titel Nr. 17 bleibt textlich ebenfalls unverändert, wird aber betreffend die genannten Euro-Beträge wie folgt angepasst:
    - „von 120 oder 240 Liter 22,00 €“ auf nun **40,92** €
    - „von 770 oder 1.100 Liter 46,00 €“ auf nun **107,83** €

- Titel Nr. 18 bis einschließlich 21 bleiben unverändert.

Hinweis:
Es handelt sich bei den Änderungen nach Auffassung des EVS um solche gem. § 7 Abs. 2 EVSG, weshalb eine entsprechende Befassung der Räte und Einholung eines Beschlusses vor der Stimmabgabe in der VV am 10.12.2024 hier indiziert ist. Die Endbeurteilung diesbezüglich obliegt dem / der jeweiligen (Ober-)BürgermeisterIn.

4. Änderungssatzung zur Satzung des Entsorgungsverbandes Saar über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)

vom 29. Januar 2008

Gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 26. Februar 1975 (Amtsbl. S. 490) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S 723), zuletzt geändert durch Art. 63 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. S. 2629), der §§ 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 26. April 1978 (Amtsbl. S. 409) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1998 (Amtsbl. S. 691), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amtsbl. I S. 1119), der §§ 7 und 8 des Saarländischen Abfallwirtschaftsgesetzes (SAWG) vom 26. November 1997 (Amtsblatt S. 1352, 1356), zuletzt geändert durch Artikel 170 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629) und des § 5 des Gesetzes über den Entsorgungsverband Saar (EVSG) vom 26. November 1997 (Amtsbl. S. 1352), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03.05.2024 (Amtsbl. I S. 286) hat die Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar am 29. 10.12.2024 folgende 4. Änderungssatzung zur Satzung des Entsorgungsverbandes Saar über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung) beschlossen. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Gemäß § 12 Abs. 6 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) vom 15. Januar 1964 in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amtsbl. I S. 1119) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des KSVG oder auf Grund dieses Gesetzes zu Stande gekommen sind, ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als gültig zu Stande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt sind,

2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Geschäftsführung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) dem Beschluss widersprochen oder die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder der Verfahrens- oder Formmangel gegenüber dem Entsorgungsverband Saar unter Bezeichnung der Tatsache, die den Mangel ergibt, in Textform gerügt worden ist.

Artikel 1

Die Anlage 1, das Gebühren- und Kostenverzeichnis zu § 2 der Satzung des Entsorgungsverbandes Saar über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung) vom 29. Januar 2008, zuletzt geändert am 10.12.2019 wird wie folgt geändert:

Anlage 1

Titel Nr. 10 wird wie folgt geändert:

Zuweisung von Abfallbehältern/Anstattsäcken je Fall gem. § 18 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung

- Bearbeitungsgebühr ohne Auslagenersatz -

a) bis **240** Liter einschließlich	**23,15** €
b) ab **770** Liter	**60,57** €

Titel Nr. 16 bleibt textlich unverändert, wird aber betreffend die genannten Euro-Beträge wie folgt angepasst:

o „von 120 oder 240 Liter	22,00 €“	auf nun	**23,15 €**
o „von 770, 1.100, 3.300 oder 5.500 Liter	46,00 €“	auf nun	**60,57 €**

Titel Nr. 17 bleibt textlich ebenfalls unverändert, wird aber betreffend die genannten Euro-Beträge wie folgt angepasst:

o „von 120 oder 240 Liter	22,00 €“	auf nun	**40,92 €**
o „von 770 oder 1.100 Liter	46,00 €“	auf nun	**107,83 €**

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Saarbrücken, den 10.12.2024

Entsorgungsverband Saar

Stefan Kunz
Geschäftsführer

Holger Schmitt
Geschäftsführer

8. Änderungssatzung zur Abfallwirtschaftssatzung des Entsorgungsverbandes Saar

Gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 26. Februar 1975 (Amtsbl. S. 490) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 723), zuletzt geändert durch Art. 63 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), der §§ 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 26. April 1978 (Amtsbl. S. 409) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1998 (Amtsbl. S. 691), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amts. I S. 1119), der §§ 7 und 8 des Saarländischen Abfallwirtschaftsgesetzes (SAWG) vom 26. November 1997 (Amtsbl. S. 1352), zuletzt geändert durch Artikel 170 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629) und des § 5 des Gesetzes über den Entsorgungsverband Saar (EVSG) vom 26. November 1997 (Amtsbl. S. 1352), zuletzt geändert durch Artikel Artikel 1 des Gesetzes vom 03.05.2024 (Amtsbl. I S. 286) hat die Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar am 10.12.2024 folgende 8. Änderungssatzung zur Abfallwirtschaftssatzung des Entsorgungsverbandes Saar beschlossen. Sie wird hiermit bekanntgemacht.

Gemäß § 3 Abs. 2 KGG und § 12 Abs. 6 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) vom 15. Januar 1964 in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amtsbl. I S. 1119) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des KSVG oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt sind,

2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Geschäftsführung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) dem Beschluss widersprochen oder die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder der Verfahrens- oder Formmangel gegenüber dem Entsorgungsverband Saar unter Bezeichnung der Tatsache, die den Mangel ergibt, schriftlich gerügt worden ist.

Artikel 1

§ 1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

In Satz 3 werden die Wörter „Gemeinde Losheim“ durch die Wörter „Gemeinden Losheim und Mettlach“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Entsorgungsverband Saar

Saarbrücken, den

Stefan Kunz
Geschäftsführer

Holger Schmitt
Geschäftsführer

11. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung

des Entsorgungsverbandes Saar

Gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 26. Februar 1975 (Amtsbl. S. 490) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 723), zuletzt geändert durch Art. 63 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), der §§ 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 26. April 1978 (Amtsbl. S. 409) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1998 (Amtsbl. S. 691), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amtsbl. I S. 1119), der §§ 7 und 8 des Saarländischen Abfallwirtschaftsgesetzes (SAWG) vom 26. November 1997 (Amtsbl. S. 1352), zuletzt geändert durch Artikel 170 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629) und des § 5 des Gesetzes über den Entsorgungsverband Saar (EVSG) vom 26. November 1997 (Amtsbl. S. 1352), zuletzt geändert Artikel 1 des Gesetzes vom 03.05.2024 (Amtsbl. I S. 286) hat die Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar am 10. Dezember 2024 folgende 11. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung des Entsorgungsverbandes Saar beschlossen. Sie wird hiermit bekanntgemacht.

Gemäß § 3 Abs. 2 KGG und § 12 Abs. 6 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) vom 15. Januar 1964 in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amtsbl. I S. 1119) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des KSVG oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt sind,

2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Geschäftsführung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) dem Beschluss widersprochen oder die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder der Verfahrens- oder Formmangel gegenüber dem Entsorgungsverband Saar unter Bezeichnung der Tatsache, die den Mangel ergibt, schriftlich gerügt worden ist.

Artikel 1

1. § 4 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

In Satz 1 und Satz 2 werden die Wörter „Gemeinde Losheim“ durch die Wörter „Gemeinden Losheim und Mettlach“ ersetzt.

2. § 4 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

In Satz 1 werden nach dem Wort „Losheim“ die Wörter „und Mettlach“ eingefügt.

Artikel 2

In der Zeit vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2025 gilt § 5 in der nachfolgenden Fassung:

§ 5 Gebühren für die Abfallabfuhr

(1) Die Basisgebühr für die Leistungen gemäß § 4 beträgt für das Kalenderjahr 2025 für

Abfallbehälter	Gebühren bei Verwiegung jährlich in €
120 Liter Restabfall	73,71
120 Liter Bioabfall	62,00
240 Liter Restabfall	164,68

Abfallbehälter	Gebühren bei Leerungszahlmessung jährlich in €
120 Liter Restabfall	84,99
120 Liter Bioabfall	62,00
240 Liter Restabfall	201,68

(2) Die Gewichtsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 38 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 120 Liter sowie von 236 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall beträgt für das Jahr 2025 0,42 Euro/kg. Die Leerungsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 4 Leerungen bei Nutzung eines MGB 120 Liter beträgt für das Jahr 2025 Euro 6,81 je weiterer Leerung, bei Überschreitung von 10 Leerungen bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall Euro 13,63 je weiterer Leerung.

(3) Für die Entleerung eines fehlbefüllten Wertstoffbehälters (für Leichtverpackungen, Bio- oder Papier-Pappe-Kartonagen-Abfall) gemäß §§ 20 Abs. 5 bzw. 21 Abs. 5 Abf-WiS, der mit anderen Abfällen als den für die jeweilige Behälterart zu gelassenen Abfällen bzw. Wertstoffen befüllt ist, beträgt für das Jahr 2025 die Gebühr 10,41 € zzgl. bei Fehlbefüllung

a) eines MGB 120 Liter
die Gewichtsgebühr 0,42 Euro/kg bei Verwiegung,

b) eines MGB 240 Liter
die Gewichtsgebühr 0,42 Euro/kg bei Verwiegung,

c) eines MGB 120 Liter
die Gebühr 6,81 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

d) eines MGB 240 Liter
die Gebühr 13,63 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

e) eines MGB 770 Liter
die Gebühr 40,69 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

f) eines MGB 1 100 Liter die Gebühr 58,13 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung.

(4) Wird ein Abfallumleerbehälter zum gleichen Leerungstermin mehrfach geleert, wird für das Jahr 2025 bei Verwiegung eine Gewichtsgebühr in Höhe von 0,42 Euro/kg erhoben; bei Leerungszahlmessung 6,81 Euro/Leerung.

(5) Für zwei über die Mindestausstattung hinausgehende Anstattsäcke 70 Liter beträgt für das Jahr 2025 die Gebühr 6,81 Euro. Bei Nichtbenutzung erfolgen keine Rücknahme und keine Gebührenerstattung.

(6) Für die Nutzung eines MGB 770 beträgt die Jahresgebühr für das Jahr 2025

a)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	1.057,80
b)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	2.115,60

Für die Nutzung eines MGB 1.100 beträgt die Jahresgebühr für das Jahr 2025

c)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	1.511,16
d)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	3.022,44
e)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	6.044,88
f)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	9.067,32
g)	bei 208 Jahresleerungen (wöchentlich viermalige Leerung)	€	12.089,76
h)	bei 260 Jahresleerungen (wöchentlich fünfmalige Leerung)	€	15.112,20

Bei einem dem Benutzer gehörenden MGB 1.100 Liter ermäßigen sich die vorgenannten Gebühren um 3,58 Euro/Monat.

Für die Nutzung eines MGB 3.300 beträgt die Jahresgebühr für das Jahr 2025

i)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	4.533,60
j)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	9.067,32
k)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	18.134,64

l)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	27.201,96

Für die Nutzung eines MGB 5.500 beträgt die Jahresgebühr für das Jahr 2025

m)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	7.556,04
n)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	15.112,20
o)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	30.224,40
p)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	45.336,72

(7) Für die zusätzlichen bzw. außerplanmäßigen Sonderentleerungen gemäß § 17 Abs. 3 S. 4 AbfWiS sowie für die bedarfsweise Entsorgung von öffentlichen Veranstaltungen, Vereinsfesten u. Ä. gemäß § 18 Abs. 10 AbfWiS beträgt die Gebühr für das Jahr 2025 je Entleerung für einen

a)	Abfallbehälter MGB 120 Liter je Entleerung	€	8,61,
b)	Abfallbehälter MGB 240 Liter je Entleerung	€	15,63,
c)	Abfallbehälter MGB 770 Liter je Entleerung	€	44,57,
d)	Abfallbehälter MGB 1 100 Liter je Entleerung	€	63,41,
e)	Abfallbehälter MGB 3 300 Liter je Entleerung	€	188,62,
f)	Abfallbehälter MGB 5 500 Liter je Entleerung	€	314,85.

Artikel 3

Für die Zeit ab dem 01.01.2026 gilt § 5 in der nachfolgenden Fassung:

§ 5 Gebühren für die Abfallabfuhr

(1) Die Basisgebühr für die Leistungen gemäß § 4 beträgt ab dem 01.01.2026 für

Abfallbehälter	Gebühren bei Verwiegung jährlich in €
120 Liter Restabfall	77,36

120 Liter Bioabfall	66,00
240 Liter Restabfall	172,68

Abfallbehälter	Gebühren bei Leerungszahlmessung jährlich in €
120 Liter Restabfall	88,32
120 Liter Bioabfall	66,00
240 Liter Restabfall	207,24

(2) Die Gewichtsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 38 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 120 Liter sowie von 236 kg p.a. bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall beträgt für das Jahr 2026 0,44 Euro/kg. Die Leerungsgebühr für Restabfall bei Überschreitung von 4 Leerungen bei Nutzung eines MGB 120 Liter beträgt ab dem 01.01.2026 Euro 6,92 je weiterer Leerung, bei Überschreitung von 10 Leerungen bei Nutzung eines MGB 240 Liter für Restabfall Euro 13,84 je weiterer Leerung.

(3) Für die Entleerung eines fehlbefüllten Wertstoffbehälters (für Leichtverpackungen, Bio- oder Papier-Pappe-Kartonagen-Abfall) gemäß §§ 20 Abs. 5 bzw. 21 Abs. 5 Abf-WiS, der mit anderen Abfällen als den für die jeweilige Behälterart zu gelassenen Abfällen bzw. Wertstoffen befüllt ist, beträgt ab dem 01.01.2026 die Gebühr 10,41 € zzgl. bei Fehlbefüllung

a) eines MGB 120 Liter
die Gewichtsgebühr 0,44 Euro/kg bei Verwiegung,

b) eines MGB 240 Liter
die Gewichtsgebühr 0,44 Euro/kg bei Verwiegung,

c) eines MGB 120 Liter
die Gebühr 6,92 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

d) eines MGB 240 Liter
die Gebühr 13,84 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

e) eines MGB 770 Liter
die Gebühr 42,88 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung,

f) eines MGB 1 100 Liter die Gebühr 61,25 Euro/Leerung bei Leerungszahlmessung.

(4) Wird ein Abfallumleerbehälter zum gleichen Leerungstermin mehrfach geleert, wird ab dem 01.01.2026 bei Verwiegung eine Gewichtsgebühr in Höhe von 0,44 Euro/kg erhoben; bei Leerungszahlmessung 6,92 Euro/Leerung.

(5) Für zwei über die Mindestausstattung hinausgehende Anstattsäcke 70 Liter beträgt für das Jahr 2026 die Gebühr 6,92 Euro. Bei Nichtbenutzung erfolgen keine Rücknahme und keine Gebührenerstattung.

(6) Für die Nutzung eines MGB 770 beträgt die Jahresgebühr ab dem 01.01.2026

a)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	1.114,80
b)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	2.229,60

Für die Nutzung eines MGB 1.100 beträgt die Jahresgebühr ab dem 01.01.2026

c)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	1.592,52
d)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	3.185,16
e)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	6.370,32
f)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	9.555,48
g)	bei 208 Jahresleerungen (wöchentlich viermalige Leerung)	€	12.740,64
h)	bei 260 Jahresleerungen (wöchentlich fünfmalige Leerung)	€	15.952,80

Bei einem dem Benutzer gehörenden MGB 1.100 Liter ermäßigen sich die vorgenannten Gebühren um 3,58 Euro/Monat.

Für die Nutzung eines MGB 3.300 beträgt die Jahresgebühr ab dem 01.01.2026

i)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	4.777,68
j)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	9.555,48
k)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	19.111,08
l)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	28.666,56

Für die Nutzung eines MGB 5.500 beträgt die Jahresgebühr ab dem 01.01.2026

m)	bei 26 Jahresleerungen (vierzehntägige Leerung)	€	7.962,84
n)	bei 52 Jahresleerungen (wöchentlich einmalige Leerung)	€	15.925,80

o)	bei 104 Jahresleerungen (wöchentlich zweimalige Leerung)	€	31.851,72
p)	bei 156 Jahresleerungen (wöchentlich dreimalige Leerung)	€	47.777,64

(7) Für die zusätzlichen bzw. außerplanmäßigen Sonderentleerungen gemäß § 17 Abs. 3 S. 4 AbfWiS sowie für die bedarfsweise Entsorgung von öffentlichen Veranstaltungen, Vereinsfesten u. Ä. gemäß § 18 Abs. 10 AbfWiS beträgt die Gebühr ab dem 01.01.2026 je Entleerung für einen

a)	Abfallbehälter MGB 120 Liter je Entleerung	€	8,94,
b)	Abfallbehälter MGB 240 Liter je Entleerung	€	16,24,
c)	Abfallbehälter MGB 770 Liter je Entleerung	€	46,30,
d)	Abfallbehälter MGB 1 100 Liter je Entleerung	€	65,89,
e)	Abfallbehälter MGB 3 300 Liter je Entleerung	€	195,97,
f)	Abfallbehälter MGB 5 500 Liter je Entleerung	€	327,13.

Artikel 4

Inkrafttreten

Artikel 1 bis Artikel 3 einschließlich treten am 01.01.2025 in Kraft.

Entsorgungsverband Saar

Saarbrücken, den

Stefan Kunz
Geschäftsführer

Holger Schmitt
Geschäftsführer

2024/0454/110
öffentlich
Beschlussvorlage
110 - Personalangelegenheiten
Bericht erstattet: Fritzen, Frank

Ermächtigung zur Vergabe der Arbeitssicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung der Kreisstadt Homburg und deren Tochtergesellschaften

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss (Vorberatung)	02.10.2024	N
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die arbeitssicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung der Kreisstadt Homburg und deren Tochtergesellschaften wird nach Ausschreibung an den wirtschaftlichsten Bieter vergeben.

Sachverhalt

Gemäß § 1 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit hat ein Arbeitgeber Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen, die ihn beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung unterstützen. In der Regel sind dies Sicherheitsingenieur,
-techniker oder –meister sowie Betriebsmediziner.
Ziel dieser Regelung ist, dass die dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung dienenden Vorschriften den besonderen Betriebsverhältnissen entsprechend angewandt werden, gesicherte arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Erkenntnisse zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung verwirklicht werden können und die dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung dienenden Maßnahmen einen möglichst hohen Wirkungsgrad erreichen.

Seit 02.01.2016 stellt das avb Ingenieurbüro aus Homburg sowohl die sicherheitstechnische als auch arbeitsmedizinische Betreuung der Kreisstadt Homburg und deren Tochtergesellschaften sicher.
Am 07.09.2022 beschloss der Ständige Vergabeausschuss der Stadt Homburg, dass das avb Ingenieurbüro auch weiterhin die arbeitssicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung der Stadt Homburg und deren Tochtergesellschaften sicherstellt, allerdings mit der Maßgabe, jährlich zu prüfen, ob die vorgenommene Bewertung und Beurteilung der erbrachten Leistungen auch weiterhin bedarfsgerecht zu den Bedürfnissen der Kreisstadt Homburg passt oder eine Neuvergabe der Leistungen erfolgen soll.

Da sich durch Aufpersonalisierung, hohe Fluktuation und Überalterung des Personalstammes das Auftragsvolumen deutlich vergrößert hat, wurde der Vertrag mit dem avb Ingenieurbüro zum 31.12.2024 sowohl für die sicherheitstechnische als auch die arbeitsmedizinische Betreuung gekündigt, da er nicht mehr bedarfsgerecht war.
Die Leistungen sollen mit einem Rahmenvertrag über eine Laufzeit von 4 Jahren neu ausgeschrieben werden.

Die Kostenschätzung erfolgt anhand den Vorgaben der DGUV Vorschrift 2 und unter Zugrundlegung der aktuellen Mitarbeiterzahl (Stand 01.09.2024). Ausgeschrieben werden soll ein Rahmenvertrag über eine Laufzeit von 4 Jahren für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung.
Die Kostenschätzung für die vierjährige Gesamtlaufzeit beträgt 271.447 Euro.

Die Bestellung des Betriebsarztes unterliegt der Mitbestimmung der Personalvertretung.

Um den Auftrag unter der fristwahrenden Beteiligung der Mitarbeitervertretung zum 01.01.2025 vergeben zu können, bittet die Verwaltung um die Ermächtigung zur Auftragsvergabe nach erfolgter Prüfung und Wertung und Zustimmung von Vergabestelle und RPA an den wirtschaftlichsten Bieter.
Der Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss wird im Nachgang über die Vergabe vollumfänglich informiert.

Finanzielle Auswirkungen

Kostenschätzung für 4 Jahre: 271.447 EURO

Anlage/n
Keine

2024/0446/16
öffentlich
Beschlussvorlage
16 - Stabsstelle Zentrale Vergabestelle
Bericht erstattet: Jürgen Weber

Anwendung des Vergabeerlasses des Landes vom 28.08.2024

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss (Vorberatung)	02.10.2024	N
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die Vergabegrundsätze für die Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunalen Eigenbetriebe und kommunalen Zweckverbände (Vergabeerlass 2024) des Ministers für Inneres, Bauen und Sport vom 28.08.2024 sind für sämtliche Vergabeverfahren der Kreisstadt Homburg verbindlich anzuwenden.

Sachverhalt

Der Erlass enthält die Verlängerung der im Vergabeerlass vom 22. April 2022 (Amtsbl. I S. 722), zuletzt geändert durch Erlass vom 31. Oktober 2023 (Amtsbl. I S. 1000), befristet bis zum 31.12.2024 festgesetzten Wertgrenzen bis zum 31.12.2025
Die Wertgrenze für den Direktauftrag bei Bauleistungen wird auf 20.000 Euro erhöht.
Die Richtlinien für die Berücksichtigung von Werkstätten für behinderte Menschen, Blindenwerkstätten und Inklusionsbetrieben vom 7. Mai 2024 sind von den Kommunen entsprechend anzuwenden.
Die den Kommunen mit E-Mail vom 13.06.2024 mitgeteilten Erleichterungen zur Bekämpfung der unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Hochwasserkatastrophe ergänzend zu den Regelungen des Vergabeerlasses 2022 werden in den Vergabeerlass überführt.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlage/n

1 Vergabeerlass 2024 endg (öffentlich)

Bekanntgabe der Vergabegrundsätze für die Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunalen Eigenbetriebe und kommunalen Zweckverbände

(Vergabeerlass 2024)

Vom 28. August 2024

Nach § 222 Absatz 1 Nummer 9 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amtsbl. I S. 1119), i. V. m. § 24 Absatz 2 der Kommunalhaushaltsverordnung vom 10. Oktober 2006 (Amtsbl. S. 1842), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. November 2023 (Amtsbl. I S. 1097), und nach § 25 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. November 2010 (Amtsbl. I S. 1426), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. November 2023 (Amtsbl. I S. 1097), werden für die Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände und für die kommunalen Eigenbetriebe die nachfolgenden Vergabegrundsätze bekannt gegeben:

1. Bauleistungen

1.1 Abschnitt 1 der VOB/A, Ausgabe 2019, die VOB/B, Ausgabe 2016, sowie die VOB/C in der jeweils aktuellen Ausgabe werden zur Anwendung vorgeschrieben.
§ 21 VOB/A findet keine Anwendung.

1.2 Ein Direktauftrag ist abweichend von § 3a Absatz 4 VOB/A bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 20.000 Euro zulässig.

1.3 Befristet bis zum 31. Dezember 2025 sind ohne weitere Einzelbegründung zulässig

1.3.1 abweichend von § 3a Absatz 3 Satz 2 VOB/A eine freihändige Vergabe von Bauleistungen bis zu einer Wertgrenze von 150.000 Euro,

1.3.2 abweichend von § 3a Absatz 2 Nummer 1 VOB/A eine beschränkte Ausschreibung bis zu einer Wertgrenze von 1.000.000 Euro.

2. Liefer- und Dienstleistungen

2.1 Die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) wird zur Anwendung empfohlen.

2.2 Eine Verhandlungsvergabe bzw. freihändige Vergabe ist ohne weitere Einzelbegründung bei einem geschätzten Auftragswert von bis zu 25.000 Euro zulässig.

2.3 Eine beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb ist ohne weitere Einzelbegründung bei einem geschätzten Auftragswert von bis zu 100.000 Euro zulässig.

2.4 Befristet bis zum 31. Dezember 2025 sind abweichend von 2.2 und 2.3 ohne weitere Einzelbegründung zulässig eine Verhandlungsvergabe bzw. freihändige Vergabe und eine beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb bis zu einer Wertgrenze von 150.000 Euro.

2.5 Für den Direktauftrag gilt § 14 UVgO bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 10.000 Euro.

2.6 Zur Bekämpfung der unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Hochwasserkatastrophe vom 16. und 17. Mai 2024 sind befristet bis zum 31. Dezember 2024 ohne weitere Einzelbegründung folgende Wertgrenzen zulässig:

2.6.1 abweichend von 2.5 eine Direktvergabe bis zu einer Wertgrenze von 15.000 Euro,

2.6.2 abweichend von 2.2 und 2.3 eine Verhandlungsvergabe bzw. freihändige Vergabe bis zu einer Wertgrenze von 221.000 Euro.

3. Freiberufliche Leistungen

3.1 Für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen gilt § 50 UVgO.

3.2 Ein Direktauftrag ist ohne weitere Einzelbegründung bis zu einer Wertgrenze von 25.000 Euro zulässig.

3.3 Freiberufliche Leistungen, die einem Bauvorhaben im Sinne des § 1 VOB/A dienen, können bis zu folgenden Wertgrenzen ohne vorherige Einholung von Vergleichsangeboten beschafft werden:

- 50.000 Euro für von der HOAI erfasste freiberufliche Leistungen,
- 100.000 Euro für von der HOAI erfasste freiberufliche Leistungen, wenn sie zu den Basishonorarsätzen der HOAI vergeben werden.

3.4 Bei Vergaben oberhalb der Wertgrenzen nach Nr. 3.3 sind in der Regel mindestens drei Angebote einzuholen, soweit nicht die Eigenart der Leistung oder besondere Umstände dem entgegenstehen. Die Gründe für eine Abweichung sind schriftlich zu dokumentieren.

4. Anforderungen bei der Inanspruchnahme von Vergabeerleichterungen

Bei der Inanspruchnahme von Vergabeerleichterungen nach Nr. 1.2, 1.3, 2.4, 3.2 und 3.3 gelten die folgenden Anforderungen:

4.1 Die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind auch bei der Inanspruchnahme der Wertgrenzen zu beachten. Es sind geeignete organisatorische und personelle Vorkehrungen zu treffen, um Wettbewerb und Transparenz zu gewährleisten und die Manipulationsgefahr zu minimieren.

4.2 Bei einem Direktauftrag und bei freihändiger Vergabe bzw. Verhandlungsvergabe ist unter den Bewerbern regelmäßig zu wechseln. Die maßgeblichen Gründe für die Auswahl des Bewerbers sind zu dokumentieren.

4.3 Ein Direktauftrag oberhalb von 10.000 Euro und eine beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb sind nach der Auftragserteilung dem Rechnungsprüfungsamt oder, wenn dieses nicht besteht, dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen.

4.4 Bei beschränkten Ausschreibungen werden folgende Maßnahmen empfohlen:

- formlose Information der Fachöffentlichkeit über größere Bau- oder Beschaffungsvorhaben in geeigneten Medien und Aufforderung an Unternehmen, ihr Interesse an der Beteiligung zu bekunden;

- Aufforderung von in der Regel drei bis acht Bewerbern zur Abgabe eines Angebots, abhängig von Marktsituation und Auftragswert.

5. Weitere Vorgaben für Vergabeverfahren

Die Richtlinien für die Berücksichtigung von Werkstätten für behinderte Menschen, Blindenwerkstätten und Inklusionsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 7. Mai 2024 (Amtsbl. I S. 355) sind entsprechend verbindlich anzuwenden.

6. Weitere Empfehlungen

Den kommunalen Körperschaften wird empfohlen, sich bei der Anwendung der VOB am Vergabe- und Vertragshandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (zurzeit: VHB 2017), dem Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (zurzeit: HVA B-StB, Ausgabe März 2023) und an den für die Landesbauverwaltung maßgebenden Erlassen zu orientieren. Bei der Anwendung ist zu beachten, dass nicht alle für die staatliche Bauverwaltung maßgebenden Richtlinien und Hinweise auf die kommunalen Körperschaften übertragen werden können.

Das VHB 2017 ist mit laufenden Aktualisierungen im Internet unter www.fib-bund.de („Vergabe“ - „VHB“) verfügbar.

Das HVA B-StB, Ausgabe März 2023, ist mit laufenden Aktualisierungen im Internet unter www.bmdv.bund.de verfügbar.

Die für die staatliche Bauverwaltung maßgebenden Erlasse sind im Internet unter www.vorschriften.saarland.de verfügbar.

7. EU-Vergaberecht

Unberührt bleibt die Verpflichtung zur Anwendung des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, deren geschätzter Auftragswert die durch § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Bezug genommenen Schwellenwerte erreicht oder überschreitet.

8. Errechnung der Wertgrenzen

Alle Wertgrenzen errechnen sich ohne Umsatzsteuer.

9. Geltung, Inkrafttreten

9.1 Dieser Erlass tritt in Kraft am 10.September 2024.

9.2 Gleichzeitig tritt der Vergabeerlass vom 22. April 2022 (Amtsbl. I S. 722), zuletzt geändert durch den Erlass vom 31. Oktober 2023 (Amtsbl. I S. 1000), außer Kraft.

9.3 Bereits begonnene Vergabeverfahren werden nach dem Recht und den Vergabebestimmungen, die zum Zeitpunkt des Beginns des Verfahrens galten, beendet.

Saarbrücken, den 28. August 2024

Der Minister für Inneres, Bauen und Sport

Reinhold Jost

2024/0452/200
öffentlich
Beschlussvorlage
200 - Haushaltsangelegenheiten
Bericht erstattet: Herr Braß

Förderung der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Kreisstadt Homburg

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Haupt- und Finanzausschuss (Vorberatung)	09.10.2024	N
Kultur-, Jugend-, Sport- und Sozialausschuss (Vorberatung)	10.10.2024	N
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Den Trägern der Kindertageseinrichtungen werden die Zuschussanteile zu den Personal- und Sachkosten, die über die bestehende gesetzliche Regelung hinausgeht, übergangsweise bis zum 31.12.2024 - ohne Anerkennung einer Rechtspflicht - nach den Kriterien der jeweils mit Ihnen getroffenen Einzelvereinbarungen weitergewährt, auch wenn wegen der Beendigung der Rechtswirksamkeit mit Ablauf des Schuljahres 2019/2020 darauf kein Rechtsanspruch mehr besteht.

Sachverhalt

Grundlage für die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen bildet das Saarländische Ausführungsgesetz nach § 26 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB) für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – Saarländisches Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsgesetz (SBEBG) - und die hierzu erlassenen Ausführungsverordnungen (AVO-SBEBG) in der jeweils gültigen Fassung.

Kindertageseinrichtungen können von Trägern der freien oder der öffentlichen Jugendhilfe, von kommunalen Gebietskörperschaften oder von anderen, durch das örtlich zuständige Jugendamt anerkannten Trägern, betrieben werden.

Der jeweilige Einrichtungsträger wirkt als freier oder konfessionell gebundener Träger der freien Jugendhilfe im Rahmen seiner finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten an der Erfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtungen mit.

Gem. § 5 der AVO-SBEBG sind Betriebskosten Personalkosten, die für das nach § 3 Abs. 3 des Saarländischen Bildung-, Erziehungs- und Betreuungsgesetzes eingesetzte Personal entstehenden. Zu den Betriebskosten zählen ebenfalls die entstandenen Sachkosten sowie angefallene Kosten für eine Kaltmiete.

Gem. Stadtratsbeschluss vom 13.05.2015 zur Förderung der Kinderbetreuungseinrichtungen im Stadtgebiet wurden die damals bestehenden Zusagen und Vereinbarungen mit den jeweiligen Trägern bestätigt und ihre Laufzeiten verlängert, aber die Zusagen wurden bis zum Ablauf des Schuljahres 2019/2020 befristet.

Bezuschussung von Personalkosten durch die Stadt Homburg

Gem. § 6 Abs. 1 AVO-SBEBG werden die angemessenen Personalkosten durch Eigenleistung des Trägers, durch Zuschüsse des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und des Landes sowie durch Beiträge der Erziehungsberechtigten, die sukzessiv bis Ende 2026 abgebaut werden, gedeckt. Gem. § 6 Abs. 2 AVO-SBEBG soll die Eigenleistung des Trägers (hier: Arbeiterwohlfahrt, Katholische und Protestantische Kirche) in der Regel zehn Prozent der angemessenen Personalkosten abdecken. Eine Beteiligung der örtlichen Kommunen an den Personalkosten ist gesetzlich nicht vorgeschrieben und erfolgte in der Vergangenheit durch die Stadt Homburg auf freiwilliger Basis.

Die Kreisstadt Homburg hatte bis zum Haushaltsjahr 2021 Personalkostenzuschüsse gewährt. Als Grundlage wurden die früheren Einzelvereinbarungen, die mit den Trägern der ortsansässigen Kinderbetreuungsstätten getroffen waren, angewandt.

Bezuschussung von Sachkosten durch die Stadt Homburg

Gem. § 5 Abs. 5 der Verordnung zur Ausführung des Saarländischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsgesetzes (AVO-SBEBG) sind Sachkosten die angemessenen Aufwendungen des Trägers der Einrichtung für die laufende Unterhaltung der Einrichtung sowie für Material, das für die Erfüllung der Aufgaben der Einrichtung notwendig ist. Als angemessen gelten 15 Prozent der vom Ministerium anerkannten Personalkosten. Städte und Gemeinden, in deren Zuständigkeit die Einrichtung betrieben wird (Sitzgemeinden), tragen mindestens 60 Prozent der angemessenen Personalkosten (§ 6 Abs. 7 AVO-SBEBG) als Sachkostenzuschuss.

Die Kreisstadt Homburg hatte die zusätzliche Bezuschussung von Sachkosten durch Einzelvereinbarungen mit verschiedenen Trägern der ortsansässigen Kinderbetreuungsstätten geregelt. Bis zum Haushaltsjahr 2021 wurden diese Regelungen angewandt. Seit dem Abrechnungsjahr 2022 wurden nur noch 60 % der angemessenen Personalkosten als Sachkostenzuschuss gewährt.

Aktuell liegen von den Trägern der Kinderbetreuungseinrichtungen Anträge auf Zuschüsse zu den anerkannten Personalkosten und Sachkosten für das Jahr 2022 (teilweise 2023) vor. Eine frühere Antragstellung seitens der Träger konnte nicht erfolgen. Die Entscheidung bezgl. der Anerkennung der Personalkosten für das Jahr 2022 wurde seitens des Ministerium erst in 2024 beschieden.
Nach Prüfung der Unterlagen wurde festgestellt, dass die Zusagen bezgl. der Einzelvereinbarungen, auf die sich die Träger berufen, befristet sind.
Die Träger haben mit den Personalkostenzuschüssen auch in den Jahren 2022 bis

2024 kalkuliert. Die Verwaltung empfiehlt daher, den Trägern der Kinderbetreuungseinrichtungen die Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten nach den Kriterien, der mit Ihnen bis zum Schuljahr 2019/2020 getroffenen Einzelvereinbarungen bis zum 31.12.2024 weiter zu gewähren.

Die Kreisstadt Homburg hat in der Vergangenheit pro Jahr zwischen 2,5 Mio. und 2,7 Mio. EUR an Zuschüssen für Personal- und Sachkosten an die Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen gewährt.

Ab 01.01.2025 soll aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes eine einheitliche Regelung und Förderkulisse herbeigeführt werden. Die Verwaltung bereitet eine entsprechende Satzung über die Förderung der Kindertageseinrichtungen in der Kreisstadt Homburg vor.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

1 Entwurf Fördersatzung Kindertageseinrichtungen (nichtöffentlich)

2024/0418/200
öffentlich
Beschlussvorlage
200 - Haushaltsangelegenheiten
Bericht erstattet: Herr Braß und Herr Willig

Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Gesamtkosten eines Zentralen Grünschnittplatzes

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Haupt- und Finanzausschuss (Vorberatung)	09.10.2024	N
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der aktuellen Gesamtkosten für den Zentralen Grünschnittplatz in Höhe von 900.000 Euro wird bewilligt.

Sachverhalt

Das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz und das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz haben die Kreisstadt Homburg verpflichtet, eine genehmigungsfähige Grünschnittsammelstelle zu errichten.
Der Zentrale Grünschnittplatz, der in der Neuen Industriestraße in Homburg betrieben wird, muss daher neu konzipiert und errichtet werden. Die Umweltgeotechnik GmbH wurde daher zur Erstellung eines Bodengutachtens zur Feststellung des vorhandenen Unterbaus und der Bodenverhältnisse sowie um eine chem. Analyse für die Neuerrichtung des Grünschnittplatzes gebeten. Um die genehmigungstechnischen und räumlichen Notwendigkeiten erfüllen zu können beläuft sich die derzeitige Kostenschätzung der beauftragten Firma ToSH Bauingenieure GmbH auf 1.338.000 Euro. Zusätzlich müssen die Planungskosten an die Bausumme angepasst werden, so dass mit einem Finanzierungsbedarf von 1.500.000 Euro zu rechnen ist.
Im Haushalt 2024 wurden auf dem Produkt 53700400 (Grünschnittplätze und Abfuhr), Maßnahme 701 (Zentraler Grünschnittplatz) Konto 783012 (Ausz. für Neu- und Ersatzbaumaßnahmen) 350.000 Euro geplant. Aus Vorjahren konnten noch für die Maßnahme Haushaltsreste in Höhe von 250.000 Euro ins Haushaltsjahr 2024 übertragen werden. Zur Sicherstellung der Finanzierung der benötigten Gesamtkosten in Höhe von 1,5 Mio. Euro müssen daher noch 900.000 Euro überplanmäßig bewilligt werden.
Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Minderausgaben in 2024 von Planansätzen aus 2024 und aus dem Vorjahr übertragenen investiven Finanzansätzen folgender Maßnahmen; 235.000 Euro bei Maßnahme 120 Ausbau Obere und Untere Allee (Produkt 54100110 Verkehrsflächen, Bau- und Erhaltungslast der Stadt), 210.000 Euro bei Maßnahme 320 Am Ohligberg u. a. (Produkt 54100110 Verkehrsflächen, Bau- und Erhaltungslast der Stadt) und 455.000 Euro bei der zus. gefassten Maßnahme 501 Endausbau Am Collinger Berg, In den

Schrebergärten, In den Rohrwiesen, Vogelbacher Weg (Produkt 51100411 Wohnbauerschließungen).
Die Nachfinanzierungen dieser Maßnahmen erfolgen im Haushaltsjahr 2025 und der mittelfristigen Finanzplanung der Folgejahren.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n
Keine

2024/0456/24-01
öffentlich
Beschlussvorlage
24 - Stabsstelle Beteiligungsmanagement
Bericht erstattet: Geschäftsführer Dipl.-Kfm. R. Weber

Jahresabschluss 2022 der HPS GmbH

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö
Gesellschafterversammlung der HPS GmbH (Entscheidung)		N

Beschlussvorschlag

Der Aufsichtsrat empfiehlt, den Jahresabschluss 2022 festzustellen und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen. Das Ergebnis 2022 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenso. Die Gesellschafterversammlung, erteilt dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung. Der Stadtrat und die Gesellschafterversammlung stellen den Jahresabschluss fest.

Sachverhalt

Der Jahresabschluss 2022 der HPS GmbH wurde von der ATAX Treuhand GmbH, St. Ingbert geprüft.
Gegenstand der Prüfung waren die Buchhaltung, der Jahresabschluss und der Lagebericht der Geschäftsführung nach den §§ 316 ff HGB. Es waren die Vorschriften des § 111 Abs. 1 KSVG i.V.m. den §§ 15 und 16 des Gesellschaftsvertrages sowie des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG zu beachten. Dabei wurden auch die Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. eingehalten.

Die Prüfungsgesellschaft hat als abschließendes Ergebnis ihrer Prüfung einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Jahresabschluss 2022 wird mit folgenden Beträgen festgestellt:

Bilanzsumme:	48.767.666,90 €
Summe der Erträge:	8.554.971,86 €
Summe der Aufwendungen:	5.350.483,94 €
Jahresüberschuss:	3.204.487,92 €.

Zur detaillierten Erläuterung einzelner Positionen von Bilanz, Gewinn- und

Verlustrechnung sowie der weiteren Feststellungen der Prüfungsgesellschaft wird auf den Bericht bzw. die Anlagen zum Bericht verwiesen. Der Jahresabschluss wird veröffentlicht.

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Anlage/n

1 Prüfungsbericht HPS 2022 (öffentlich)

Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich ausschließlich an die Organe des angegebenen Unternehmens, ohne dadurch ein etwaiges, gesetzlich begründetes Recht Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme zu beeinträchtigen.
Die Weitergabe der vorliegenden elektronischen Kopie an Dritte bedarf unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung, soweit im Rahmen der Auftragsvereinbarung zwischen dem Unternehmen und der Atax Treuhand GmbH keine anderen Vereinbarungen getroffen wurden.

Prüfungsbericht

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2022
und Lagebericht

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH
Homburg

Inhaltsverzeichnis

Anlagenverzeichnis 3
Abkürzungsverzeichnis 4
A. Prüfungsauftrag 5
B. Grundsätzliche Feststellungen 6
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter 6
1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf 6
2. Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen 7
II. Wirtschaftliche Gefahren und Regelverstöße 8
1. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen 8
2. Unrichtigkeiten und Verstöße gegen Rechnungslegungsnormen und sonstige Vorschriften 8
C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks 8
D. Durchführung der Prüfung 12
I. Gegenstand der Prüfung 12
II. Art und Umfang der Prüfungsdurchführung 12
E. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 15
I. Vorjahresabschluss 15
II. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 15
III. Jahresabschluss 15
IV. Lagebericht 16
F. Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 16
I. Wesentliche Bewertungsgrundlagen 16
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 16
G. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages 17
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG 17
H. Unterzeichnung des Prüfungsberichts 17

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2022
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022
Anlage 3	Anhang für das Geschäftsjahr 2022
Anlage 4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022
Anlage 5	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
Anlage 6	Analyse der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage
Anlage 7	Fragenkatalog zu § 53 HGrG
Anlage 8	Allgemeine Auftragsbedingungen

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
bzw.	beziehungsweise
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
d.h.	das heißt
DRS21	Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr.21
EStG	Einkommensteuergesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Handelsregister
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW PS	IDW Prüfungsstandard
IKS	Internes Kontrollsystem
L. u. L.	Lieferungen und Leistungen
T€	Tausend Euro
u.a.	unter anderem
UR-Nr.	Urkundenrollen-Nummer
z.B.	zum Beispiel

A. Prüfungsauftrag

Die Geschäftsführung der Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg – im Folgenden auch kurz „Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH“ oder „Gesellschaft“ genannt – hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der zugrundeliegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung zu berichten.

Dem uns erteilten Prüfungsauftrag ging ein Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29. September 2023 voraus. Wir haben den Prüfungsauftrag mit unserem Schreiben vom 29. November 2023 angenommen.

Die Gesellschaft ist nach den Kriterien des § 267a HGB als Kleinstkapitalgesellschaft und damit als nicht prüfungspflichtig einzustufen. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Abschlussprüfung. Die Prüfungspflicht ergibt sich aus § 15 des Gesellschaftsvertrages. Aufgrund dieser Bestimmung kommen die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften zur Anwendung.

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW Prüfungsstandards 450 erstellt.

Bei unserer Prüfung wurden auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Den notwendigen Fragenkatalog nach IDW PS 720 haben wir in der Anlage 7 wiedergegeben.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der vorliegende Prüfungsbericht ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

Der Durchführung des Auftrags und unserer Verantwortung, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017“ zugrunde.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse halten wie die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens, seiner voraussichtlichen Entwicklung und die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht für zutreffend.

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft sind insbesondere die folgenden Aspekte von Bedeutung:

- Gegenstand des Unternehmens ist die Wirtschaftsführung für Parkhäuser und Parkplätze in der Stadt Homburg und die Sicherstellung eines öffentlichen Personennahverkehrs auf konzessionierten Stadtbuslinien sowie die Grundstücksverwaltung. Diese beinhaltet immobilienwirtschaftliche Maßnahmen zur Entwicklung und Vorhaltung von Grundstücken, insbesondere Erwerb, Verwaltung und Veräußerung eigener bebauter und unbebauter Grundstücke sowie Grundstücke der Stadt Homburg.
- Das Gesamtvermögen hat sich um 2.929 T€ erhöht und ist im Wesentlichen durch das langfristig gebundene Anlagevermögen geprägt. Darin sind die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an der Stadtwerke Homburg GmbH sowie eine langfristige Ausleihung an die Homburger Bäder GmbH enthalten.
- Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital entsprechend des Jahresüberschusses des Berichtsjahres erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt nun 87,2 %.
- Im Jahr 2022 stieg der Finanzmittelfond von 10.166 T€ um 1.514 T€ auf 11.680 T€ an. Der Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 6.687 T€ konnte die Mittelabflüsse der Finanzierungstätigkeit und der laufenden Geschäftstätigkeit decken.
- Insgesamt hat die HPS ein positives Ergebnis in Höhe von 3.204 T€ (Vj. 834 T€) erwirtschaftet. Die deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den Steuererstattungen und Zinserträgen aus Vorjahren auf Grund einer Betriebsprüfung bei der Stadtwerke Homburg GmbH.

2. Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

- Die HPS GmbH kann die erheblichen Verluste aus dem operativen Geschäft nur durch die Erträge aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Homburg GmbH kompensieren. Risiken, die die Stadtwerke Homburg GmbH bezüglich ihrer Gewinnerwartung ausweist, betreffen somit auch die HPS GmbH.
- Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beim Betrieb des Kombibades führen zu einem schlechteren Ergebnis bei der HBG mbH, das gemäß Ergebnisabführungsvertrag von der HPS zu tragen ist.
- Die Erhaltungslast im Parkhaus Zentrum, die sich bei unvorhergesehenen Ereignissen zu besonderen nicht finanzierbaren Belastung entwickeln könnte, besteht weiter. Das Gebäude und sein Zustand werden deshalb überwacht und jährlich zweimal inspiziert.
- Aufgrund der erheblichen Kostensteigerungen bei den Personalkosten der Verkehrsunternehmen sowie der gestiegenen Dieselpreisen, ist eine Erhöhung des Zuschusses für den Stadtbusbetrieb erforderlich. Für 2023 wurde eine Erhöhung des Zuschusses bis auf 980 T€ angekündigt.
- Seit Juni 2021 wurde die Richtlinie zu dem Gesetz über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge in deutsches Recht umgesetzt. Damit wurden für die Beschaffung von Bussen im ÖPNV erstmals bei öffentlichen Aufträgen verbindliche Mindestziele festgesetzt. Bis zum 31.12.2025 ist eine Mindestquote von 45 % sauberer Busse bei Neuanschaffungen einzuhalten. Inwieweit damit eine Verteuerung des Angebots im ÖPNV einhergeht, wird erheblich von entsprechenden Förderprogrammen abhängen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Sicherstellung des ÖPNV in der Stadt Homburg durch die HPS GmbH zu einer Verteuerung führen wird.
- Für die Grundstücke in der Gerberstraße laufen immer noch Verkaufsverhandlungen. Entscheidungen wurden bisher keine getroffen. Auch die Vermarktung des Grundstückes in der Innenstadt sind bisher gescheitert. Übergangsweise soll diese Fläche auch weiterhin als Parkplatz genutzt werden.
- Im Jahr 2022 hat der Stadtrat eine weitere Finanzierungstranche durch eine Kreditaufnahme von 4 Mio. € für die Sanierung des Sportzentrum Homburg-Erbach beschlossen. Des Weiteren soll die marode Heizung saniert werden.
- Die Planergebnisse für die Jahre 2023 bis 2027 sind allesamt positiv.

II. Wirtschaftliche Gefahren und Regelverstöße

1. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Tatsachen, über die gemäß § 321 Abs.1 Satz 3 HGB zu berichten wäre, haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

2. Unrichtigkeiten und Verstöße gegen Rechnungslegungsnormen und sonstige Vorschriften

Der Jahresabschluss wurde, gemessen an den gesetzlichen Vorschriften, verspätet aufgestellt. Darüber hinaus hat unsere Prüfung keine Erkenntnisse über derartige Unrichtigkeiten und Verstöße hervorgebracht.

C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 (Anlage 4) der Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg, unter dem Datum vom 05.06.2024 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg, für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger

Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern demgegenüber nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

D. Durchführung der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das zum 31. Dezember 2022 endende Geschäftsjahr geprüft. Unser Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht erteilen wir auf dieser Grundlage.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich daraus üblicherweise Rückwirkungen auf den Prüfungsgegenstand ergeben.

II. Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Wir haben die angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze untersucht, die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht stichprobenartig geprüft und die Gesamtaussage von Jahresabschluss und Lagebericht beurteilt.

Diese Prüfung bildet - nach unserem Ermessen - eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet. Diese basiert auf einer Einschätzung des Unternehmensumfeldes, Auskünften der Geschäftsführung über die wesentlichen Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken. Weiterhin erfolgten eine vorläufige Einschätzung des Risikos wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss aufgrund von Unrichtigkeiten und Verstößen, eine grundsätzliche Beurteilung des internen Kontrollsystems sowie analytische Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur vorläufigen Beurteilung der Lage der Gesellschaft.

Zur Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sind daraufhin kritische Prüfungsziele identifiziert und ein Prüfungsprogramm entwickelt worden. In diesem Prüfungsprogramm sind der Ansatz und die Schwerpunkte der Prüfung sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei werden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeitereinsatz geplant.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

1. Bilanzierung, Bewertung und Entwicklung des Anlagevermögens
2. Vollständigkeit und Werthaltigkeit der Forderungen,
3. Bewertung der Rückstellungen,
4. Prüfung der Angaben in Anhang und Lagebericht,
5. Prüfung anhand von Stichproben innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung
6. weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen. Bei der Analyse und Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sind wir folgendermaßen vorgegangen:

Zunächst haben wir die wesentlichen Geschäftsprozesse identifiziert und analysiert. Darauf aufbauend haben wir die diesbezüglichen Steuerungs- und Überwachungsmechanismen untersucht. Im anschließenden Schritt haben wir geprüft inwieweit die hinsichtlich unseres Prüfungsrisikos relevanten Geschäftsrisiken durch die vorhandenen Mechanismen erfasst und gemindert werden.

Grundlage dieser Prüfung sind unsere Kenntnisse über das Unternehmen, seine Ziele, seine Strategie und sein wirtschaftliches Umfeld. Die Erkenntnisse aus der Bearbeitung dieses Prüfungsfeldes sind die Basis für die anschließende Auswahl analytischer und einzelfallbezogener Prüfungen.
Nicht Gegenstand der Prüfung ist, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB).

Die Prüfungsarbeiten haben wir in den Monaten Dezember 2023 bis Juni 2024 (mit Unterbrechungen) durchgeführt.

Sämtliche von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes schriftlich bestätigt.

E. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

I. Vorjahresabschluss

In der Gesellschafterversammlung vom 29. September 2023 ist u.a.

- der von der Geschäftsführung der Gesellschaft aufgestellte und von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 vorgelegt und festgestellt worden,
- beschlossen worden, den Jahresüberschuss in Höhe von 834.194,16 € auf neue Rechnung vorzutragen,
- der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt worden.

II. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen klar geordnet.

Damit entsprechen die Buchführung und die weiteren in Zusammenhang damit geprüften Unterlagen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

III. Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 ist ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Gesellschaft abgeleitet worden.

Der Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang, wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Das heißt insbesondere, dass die Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung beachtet, der Stetigkeitsgrundsatz befolgt und alle erforderlichen Angaben in den Anhang aufgenommen wurden.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

IV. Lagebericht

Unsere Einschätzung der Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft haben wir bereits im Kapitel B. I. dieses Berichtes dargelegt.
Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

F. Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

I. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang dargestellt und erläutert.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) vom 17. Juli 2015 unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

G. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 „Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.
Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind.
Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 7 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

H. Unterzeichnung des Prüfungsberichts

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

St. Ingbert, den 05.06.2024

Atax Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Bach
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH

Homburg

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	EUR	EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2,00			2,00
		2,00		2,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.196.458,58			10.428.304,02
2. Technische Anlagen und Maschinen	213.570,72			237.035,15
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	408.140,66			439.641,62
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	173.413,70			264.845,25
		10.991.583,66		11.369.826,04
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	8.698.110,33			8.718.084,28
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.825.000,00			3.825.000,00
		12.523.110,33		12.543.084,28
			23.514.695,99	23.912.912,32
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Sonstige Vorräte	2.476.047,14			2.476.047,14
		2.476.047,14		2.476.047,14
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	72.192,22			29.732,39
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	6.329.379,96			7.099.276,91
3. Forderungen gegen Gesellschafter	13.930.727,01			11.563.682,14
4. Sonstige Vermögensgegenstände	2.426.459,94			728.898,55
		22.758.759,13		19.421.589,99
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		3.178,30		5.019,00
			25.237.984,57	21.902.656,13
C. Rechnungsabgrenzungsposten			14.986,34	23.142,29
			48.767.666,90	45.838.710,74

PASSIVA	EUR	EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	5.000.000,00			5.000.000,00
Gezeichnetes Kapital: EUR 5.000.000,00 (Vj: EUR 5.000.000,00)				
II. Kapitalrücklage	4.386.754,59			4.386.754,59
III. Gewinnvortrag	29.937.309,42			29.103.115,26
IV. Jahresüberschuss	3.204.487,92			834.194,16
			42.528.551,93	39.324.064,01
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse			266.711,50	299.283,76
C. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	8.128,00			188.245,00
2. Sonstige Rückstellungen	1.035.163,00			746.696,39
			1.043.291,00	934.941,39
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.984,45			11.066,46
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	119.733,81			54.010,94
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.762.514,59			4.903.648,61
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	28.494,30			46.414,42
5. Sonstige Verbindlichkeiten	10.595,80			263.491,63
davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vj: EUR 251.944,79)				
			4.927.322,95	5.278.632,06
E. Rechnungsabgrenzungsposten			1.789,52	1.789,52
			48.767.666,90	45.838.710,74

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH

Homburg

Gewinn- und Verlustrechnung

Für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

		EUR	2022 EUR	2021 EUR
1.	Umsatzerlöse		476.373,01	457.661,34
2.	Sonstige betriebliche Erträge		39.649,02	40.169,51
3.	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-152.490,21		-136.687,15
			-152.490,21	-136.687,15
4.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	-319.552,97		-314.704,83
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-90.281,90		-88.976,78
	davon für Altersversorgung: EUR -17.183,06 (Vj: EUR -18.036,09)			
			-409.834,87	-403.681,61
5.	Abschreibungen			
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-319.664,93		-359.377,07
			-319.664,93	-359.377,07
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.143.227,16	-1.887.047,06
7.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		6.329.379,96	7.099.276,91
8.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		38.250,00	38.250,00
	davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 38.250,00 (Vj: EUR 38.250,00)			
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		330.627,82	0,00
10.	Aufwendungen aus Gewinngemeingemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-2.261.687,86	-2.419.540,79
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-3.482,03	-1.624,57
12.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.340.692,05	-1.457.546,99
13.	**Ergebnis nach Steuern**		**3.264.584,80**	**969.852,52**
14.	Sonstige Steuern		-60.096,88	-135.658,36
15.	**Jahresüberschuss**		**3.204.487,92**	**834.194,16**

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg
Amtsgericht Saarbrücken, Abtlg. HRB Nr. 13238
Anhang für das Geschäftsjahr 2022

I. Angaben zum Jahresabschluss

A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31.Dezember 2022 wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches sowie der ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung erstellt. Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach den Vorschriften des §§ 266 ff. HGB.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungswahlrechte werden nicht in Anspruch genommen.

Die Bewertungsmethoden werden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen.

Das Sachanlagevermögen wird mit den Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderung und vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, der Grund und Boden der Tiefgarage Tal-Zentrum mit dem Durchschnittswert der Anschaffungskosten und Vergleichspreisen bewertet.

Die sonstigen Vorräte werden zu Anschaffungskosten abzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderung bewertet, die unter Beachtung des Niederstwertprinzips nicht über den Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag liegen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr bis zu einem Zugangswert von 250,00 € direkt abgeschrieben. Für Zugänge zwischen 250,00 bis 1.000,00 € wird ein Sammelposten gebildet und nach allgemeinen Grundsätzen zur Schätzung der Nutzungsdauer und nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung vereinfachend über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren linear abgeschrieben.

Das Finanzanlagevermögen besteht unter anderem aus dem Anteil an der Stadtwerke Homburg GmbH. Er ist zu dem Wert angesetzt, den der ausgegründete Eigenbetrieb auswies und entsprach demjenigen, der der Umwandlung des Eigenbetriebs Stadtwerke Homburg in die Stadtwerke Homburg GmbH zum 1. Januar 1989 zugrunde lag (Buchwertverknüpfung), erhöht um den Betrag der tatsächlich in 2000 geleisteten Einlage. Nach Gründung der HPS GmbH wurde er vermindert um die Kapitelentnahme aus den Wirtschaftsjahren 2002 bis 2007.

Das restliche Finanzanlagevermögen ist zu Anschaffungskosten bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennwert angesetzt.

Der Bestand an liquiden Mitteln wird mit Nominalwerten bewertet.

Rückstellungen werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Verbindlichkeiten werden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt.

II. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ergibt sich aus dem beigefügten Anlagespiegel.

Finanzanlagen

Die HPS GmbH hält 65,1 % der Anteile an der Stadtwerke Homburg GmbH, Homburg und 100 % der Anteile an der Homburger Bädergesellschaft mbH, Homburg.

Das Eigenkapital der Stadtwerke Homburg GmbH zum 31.12.2022 beträgt 35.138 T€ und das Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und vor Gewinnabführung/Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafter für das Geschäftsjahr 2022 beläuft sich auf 9.220 T€.

Das Eigenkapital der Homburger Bädergesellschaft mbH zum 31.12.2022 beträgt 25 T€ und das Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und vor Verlustübernahme durch die HPS GmbH für das Geschäftsjahr 2022 beläuft sich auf 2.262 T€.

Umlaufvermögen

Vorräte

Die sonstigen Vorräte beinhalten Grundstücke in der Homburger Innenstadt, die gemäß Gesellschafterversammlung vom 28. Juni 2019 zum Verkauf stehen. Es wurde eine Wertkorrektur des Umlaufvermögens gem. § 253 Abs. 4 HGB vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen haben insgesamt eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 6.329 T€ (VJ: 7.099 T€) aus Ansprüchen gegen die Stadtwerke Homburg GmbH. Die Forderungen gegenüber Gesellschafter in Höhe von 13.931 T€ (VJ: 11.564 T€) resultieren aus dem Anspruch gegen die Einheitskasse der Kreistadt Homburg in Höhe von 11.677 T€ (Vj: 10.161 T€) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 176 T€ (Vj: 198 T€) und Steuererstattungen in Höhe von 2.078.T€ (Vj.: 1.205 T€).

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind antizipative Posten in Höhe von 2.121 T€ (VJ: 622 T€) enthalten.

Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Das Stammkapital beträgt 5.000.000 EUR.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage besteht aus dem sich bei der GmbH-Gründung ergebenen Eigenkapital-Saldo, abzüglich Stammkapital und abzüglich des unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages für 2001 für den Eigenbetrieb festzustellenden und zu übernehmenden Jahresergebnisses. Der ausgewiesene Stand berücksichtigt Entnahmen der Gesellschafterin

aus	2002	von	2,4 Mio. €
	2003	von	5,0 Mio. €
	2004	von	4,0 Mio. €
	2005	von	5,0 Mio. €
	2007	von	2,0 Mio. €

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Es handelt sich um Sonderposten aus Zuschussgewährung.

Rückstellungen

Die ausgewiesenen Buchwerte zum Bilanzstichtag entsprechen den ermittelten notwendigen Erfüllungsbeträgen der Rückstellungen.

Zusammensetzung des Gesamtbetrages der sonstigen Rückstellungen:

	in T€
Rückstellung für Abschluss- und Prüfungskosten	67
Rückstellung für interne Abschlusskosten	3
Rückstellung Archivierungskosten	2
Rückstellung für Nebenkostenabrechnung	3
Rückstellung Zinsen Gewerbesteuer	10
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	950
Summe	1.035

Verbindlichkeitenspiegel zum 31.12.2022:

	Restlaufzeit bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.984,45 €	0,00 €	0,00 €	5.984,45 €
(Vj)	(5.082,01 €)	(5.984,45 €)	(0,00 €)	(11.066,46 €)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	119.733,81 €	0,00 €	0,00 €	119.733,81 €
(Vj)	(54.010,94 €)	(0,00 €)	(0,00 €)	(54.010,94 €)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.762.514,59 €	0,00 €	0,00 €	4.762.514,59 €
(Vj)	(4.903.648,61 €)	(0,00 €)	(0,00 €)	(4.903.648,61 €)
4. Verbindlichkeiten gegen-über Gesellschafter	28.494,30 €	0,00 €	0,00 €	28.494,30 €
(Vj)	(46.414,42 €)	(0,00 €)	(0,00 €)	(46.414,42 €)
5. sonstige Verbindlichkeiten	10.595,80 €	0,00 €	0,00 €	10.595,80 €
(Vj)	(263.491,63 €)	(0,00 €)	(0,00 €)	(263.491,63 €)
Gesamt	4.927.322,95 €	0,00 €	0,00 €	4.927.322,95 €
	(5.272.647,61€)	(5.984,45 €)	(0,00 €)	(5.278.632,06 €)

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern handelt es sich mit 28.494,30 € (VJ: 46.414,42 T€) um sonstige Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten Verbindlichkeiten in Höhe von 4.681 T€ (VJ: 4.789 T€) aus der vertraglichen Verlustübernahmeverpflichtung gegenüber der Homburger Bädergesellschaft mbH sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 81 T€ (Vj. 115 T€).

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse
Sämtliche Umsatzerlöse wurden, wie im Vorjahr, im Inland erbracht.

	2022 TEUR	**2021 TEUR**
Vermietung	238	237
Parkgebühren	237	199
Übrige	1	22
	476	458

Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Periodenfremde Erträge sind unter der Position Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 1.847 T€ und unter der Position sonstige Zinsen und ähnlich Erträge in Höhe von 331 T€ ausgewiesen. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 91 T€ enthalten.

Erträge aus Ergebnisabführung und Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die Erträge aus Ergebnisabführung resultieren ausschließlich aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Homburg GmbH.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme stammen einzig aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Homburger Bädergesellschaft mbH.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge entfallen im Wesentlichen auf solche aus verbundenen Unternehmen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Das Darlehen bei der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank Hamburg wird mit 5,91 % p.a. verzinst. Der Zinssatz ist bis zum 30.06.2024 festgeschrieben. Die Zinsaufwendungen betragen 1 T€.

IV. Ergänzende Angaben

Für das Geschäftsjahr berechnetes Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Prüfungshonorar in 2022 inklusive der Konzernabschlussprüfung betrug T€ 16.

Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HPS GmbH haben, ist nicht zu berichten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung	Ralf Weber	Dipl.-Kaufmann, Geschäftsführer
Aufsichtsrat	Michael Forster	Bürgermeister
	Markus Emser	Maschinenschlosser (bis 21.07.2022)
	Daniel Neuschwander	Dipl.-Ingenieur/Sachverständiger
	Markus Löw	Fachinformatiker
	Manfred Rippel	Verkehrsfachwirt (bis 21.07.2022)
	Ralf Rouget	Dipl.-Betriebswirt (bis 24.03.2022)
	Michael Eckardt	Versicherungskaufmann (ab 28.07.2022)
	Marianne Bullacher	Unternehmerin (ab 28.07.2022)
	Peter Kaufmann	Selbständig (ab 28.07.2022)
	Prof. Dr. Marc Piazolo	Prof. Dr. für Volkswirtschaftslehre (ab 28.07.2022)

Der Geschäftsführer wie auch die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Geschäftsjahr keine gesonderten Vergütungen.

Mitarbeiter

Die Geschäftsbesorgung sowie die Betriebsführung werden von Mitarbeitern der Stadtverwaltung erledigt. Die Gesellschaft führt bis auf drei Angestellte im Stadtbusbüro, einen Installateur, einen Bauingenieur, eine Buchhalterin sowie zwei Hausmeister kein eigenes Personal.

Nahestehende Personen oder Unternehmen

Kreisstadt Homburg	Gesellschafterin
Stadtwerke Homburg GmbH und deren Töchter	Tochter
Homburger Bädergesellschaft mbH	Tochter
Wirtschaftsförderung Homburg GmbH	Gesellschaft der Kreisstadt Homburg und der Stadtwerke GmbH keine Geschäfte
Stiftung Römermuseum	Stiftung der Kreisstadt Homburg u.a. Vorstandsvorsitzender ist der Oberbürgermeister
Stiftung Klosterruine Wörschweiler	Stiftung der Kreisstadt Homburg u.a. Vorstandsvorsitzender ist der Oberbürgermeister
Homburger Kulturgesellschaft gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft der Kreisstadt Homburg
Musikschule gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft der Kreisstadt Homburg

Homburg, den 27. Mai 2024

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH

Dipl.-Kfm. Ralf Weber
Geschäftsführer

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH
Entwicklung des Anlagevermögens 2022

		Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
		Stand 1.1.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2022 EUR	Stand 1.1.2022 EUR	Abschreibungen Berichtsjahr EUR	Änderung der gesamten Abschreibungen i. Z. m. Abgängen EUR	Stand 31.12.2022 EUR	Stand 31.12.2022 EUR	Stand 31.12.2021 EUR
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**										
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.050,00	0,00	0,00	7.050,00	7.048,00	0,00	0,00	7.048,00	2,00	2,00
		7.050,00	0,00	0,00	7.050,00	7.048,00	0,00	0,00	7.048,00	2,00	2,00
II.	**Sachanlagen**										
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	21.623.474,08	0,00	0,00	21.623.474,08	11.195.170,06	231.845,44	0,00	11.427.015,50	10.196.458,58	10.428.304,02
2.	Technische Anlagen und Maschinen	1.340.239,33	13.799,06	0,00	1.354.038,39	1.103.204,18	37.263,49	0,00	1.140.467,67	213.570,72	237.035,15
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	715.062,48	19.055,04	0,00	734.117,52	275.420,86	50.556,00	0,00	325.976,86	408.140,66	439.641,62
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	264.845,25	5,08	91.436,63	173.413,70	0,00	0,00	0,00	0,00	173.413,70	264.845,25
		23.943.621,14	32.859,18	91.436,63	23.885.043,69	12.573.795,10	319.664,93	0,00	12.893.460,03	10.991.583,66	11.369.826,04
III.	**Finanzanlagen**										
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	8.802.870,33	0,00	104.760,00	8.698.110,33	84.786,05	0,00	84.786,05	0,00	8.698.110,33	8.718.084,28
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.825.000,00	0,00	0,00	3.825.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.825.000,00	3.825.000,00
		12.627.870,33	0,00	104.760,00	12.523.110,33	84.786,05	0,00	84.786,05	0,00	12.523.110,33	12.543.084,28
		36.578.541,47	32.859,18	196.196,63	36.415.204,02	12.665.629,15	319.664,93	84.786,05	12.900.508,03	23.514.695,99	23.912.912,32

L a g e b e r i c h t

Geschäftsjahr 2022

für die

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH



****

I. Grundlagen des Unternehmens

Der zum 01.01.1993 errichtete Eigenbetrieb "Homburger Parkhaus- und Stadtbusbetrieb HPS“ wurde im Wege der Ausgliederung zur Neugründung gem. §§168 ff., 123 Abs.3 Ziffer 2 UmwG durch Übertragung auf die nachstehend zum 01.01.2002 neu gegründete Homburger Parkhaus und Stadtbus GmbH gegen Gewährung aller Gesellschaftsanteile an dieser GmbH an die Stadt Homburg ausgegliedert. Der Eintrag ins Handelsregister erfolgte am 26. September 2002.

Gegenstand des Unternehmens ist die Wirtschaftsführung für Parkhäuser und Parkplätze in der Stadt Homburg und die Sicherstellung eines öffentlichen Personennahverkehrs auf konzessionierten Stadtbuslinien. Hinzugekommen ist die Grundstücksverwaltung. Diese beinhaltet immobilienwirtschaftliche Maßnahmen zur Entwicklung und Vorhaltung von Grundstücken, insbesondere Erwerb, Verwaltung und Veräußerung eigener bebauter und unbebauter Grundstücke sowie Grundstücke der Stadt Homburg.

In 2012 gründete die HPS GmbH die 100 %-ige Tochtergesellschaft Homburger Bädergesellschaft mbH mit einem Stammkapital von 25.000 €.

Daneben ist die Gesellschaft mit 65,1 % der Anteile am Gezeichneten Kapital der Stadtwerke Homburg GmbH, Homburg mehrheitlich beteiligt.

Zwischen der HPS GmbH und der Stadtwerke Homburg GmbH besteht seit 19.11.2002 ein Ergebnisabführungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2012 wurde ferner ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Homburger Bädergesellschaft mbH abgeschlossen.

Der Jahresabschluss 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von 3.204.487,92 ab. Das Jahresergebnis 2022 ist geprägt durch Sondereinflüsse aus Vorjahren, die sich aus einer Betriebsprüfung bei der Stadtwerke Homburg GmbH ergaben. Die Steuererstattungen aus Vorjahren betrugen fast 3 Mio. €.

Die Zahlen der Wasserwelt Homburg GmbH haben sich im Laufe des Jahres 2022 seit Wiedereröffnung des Bades im Sommer 2021 stabilisiert. Der von der HPS GmbH zu übernehmende Verlust aus der Homburger Bäder GmbH lag bei 2,261 Mio. €.

Ein Bereich Forschung und Entwicklung existiert nicht.

II. Wirtschaftsbericht

II. a Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr angesichts der Energiekrise und der Lieferkettenprobleme als erfreulich widerstandsfähig erwiesen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr um 1,9 % zu. Gründe für den positiven Verlauf sind Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie sowie nachlassende Lieferengpässe. So hat der private Konsum mit einer Wachstumsrate von 4,6 % expandiert.

Die Industrieproduktion stabilisierte sich. Die Nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe ging kräftig zurück, war aber stark von ausbleibenden Großaufträgen aus dem Ausland im sonstigen Fahrzeugbau geprägt.

Die Umsätze im Einzelhandel erhöhten sich wieder etwas. Die Stimmung unter den privaten Verbrauchern stabilisierte sich weiter, lag allerdings immer noch auf einem niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate hat sich auf voraussichtlich auf 8,6 % verringert. Im Jahresdurchschnitt lagen die Verbraucherpreise damit um 7,9 % über dem Vorjahresniveau. Die Teuerung der Energiepreise fiel spürbar schwächer aus als in den Vormonaten. Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel hat sich leicht abgeschwächt.

Der Arbeitsmarkt erwies sich nach wie vor als widerstandsfähig. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit hat nochmals zugelegt, bewegt sich aber nach wie vor auf niedrigem Niveau. Die Arbeitskräfteknappheit wird allerdings nach wie vor zur Wachstumsbremse. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg im Jahr 2022 auf ein Höchstniveau. Insbesondere im Dienstleistungssektor suchen fast alle Branchen nach neuen Mitarbeitern.

Was den Welthandel betrifft, zeigen alle Indikatoren zum Jahresende eine insgesamt schwache Entwicklung des globalen Umfeldes. Der Welthandel nahm spürbar um ca. 1,6 % ab. Die weltweite Industrieproduktion verringerte sich um 0,6 %.

[Quelle: BMWK – Pressemitteilung vom 13.01.2023 über die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahr 2022]

Das Jahr 2022 brachte für alle Beförderungsleistungen im öffentlichen Personenverkehr (ÖPV) eine deutliche Erholung. Allerdings konnte das Vor-Corona-Niveau von 2019, trotz erfolgreicher Werbemaßnahmen wie dem bundesweit gültigen 9-Euro-Ticket noch nicht wieder erreicht werden. Der ÖPNV-Rettungsschirm konnte die pandemiebedingten Verluste weitgehend ausgleichen. Die Zahl der in Deutschland im Liniennahverkehr beförderten Personen 2022 lag bei 87 % des Niveaus von 2019.

Anfang 2023 wurde die Einführung des 49-Euro-Tickets ab Mai 2023 beschlossen. Trotzdem bleiben der zu niedrige Kostendeckungsgrad der ÖPNV-Unternehmen, die steigenden Ausgleichsleistungen und die negativen Entwicklungen bei den Fahrkartenerlösen wichtige Herausforderungen.

In Deutschland dominieren die öffentlichen Betriebe den Linienverkehr. Sie befördern mehr als 84 % der Fahrgäste, sind für mehr als 71 % der Beförderungsleistung zuständig und nehmen mehr als 84 % der Beförderungsentgelte ein.

Gerade im Wirtschaftsjahr 2022 war die ganze Branche von den infolge des Ukraine-Krieges gestiegenen Preise für Diesel betroffen.

Die Digitalisierung hat inzwischen auch im Nahverkehr Einzug gehalten. Moderne Formen der Kommunikation mit den Fahrgästen sowie betriebliche Vorteile wie eine vorausschauende Instandhaltung eröffnen Chancen.

Nachhaltigkeit definiert sich in der Personenbeförderung in erster Linie über die Antriebsarten und Verbräuche der Verkehrsmittel. Insgesamt weist die Branche mittlere Nachhaltigkeitsrisiken auf (S-ESG-Branchenscore Note C).

[Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. – Branchen-Report Personenbeförderung 2022]

II. b Geschäftsverlauf

Vermögenslage

	31.12.2022 €	31.12.2021 €
Vermögen (Aktiva)		
* langfristig	25.990.743,13	23.912.912,32
* kurzfristig	22.776.923,77	21.925.798,42
	48.767.666,90	45.838.710,74
Kapital (Passiva)		
* langfristig		
- Eigenkapital	42.528.551,93	39.324.064,01
- Investitionszuschüsse	133.355,75	299.283,76
	42.661.907,68	39.623.347,77
* kurz- und mittelfristig	6.105.759,22	6.215.362,97
	48.767.666,90	45.838.710,74

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.928.956,16 € erhöht. Ein wesentlicher Teil dieses Vermögen besteht aus dem langfristig gebundenen Anlagevermögen in Höhe von 23.514.695,99 €. Darin enthalten sind auch der Beteiligungsbuchwert der Anteile an der Stadtwerke Homburg GmbH und eine langfristige Ausleihung an die Homburger Bäder GmbH.

Das Gesamtkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 2.928.956,16 € erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 87,2 %. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Eigenkapital durch den im Geschäftsjahr erwirtschafteten Gewinn erhöht. Gewinnausschüttungen an den Gesellschafter Stadt Homburg fanden im Geschäftsjahr nicht statt.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2022 erwirtschaftete die HPS GmbH Mittelzuflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 6.687 T€. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Homburg GmbH und Zinsen. Die Mittel aus der Finanzierungstätigkeit verminderten sich um 8 T€. In der Summe reichten diese Mittelzuflüsse aus, um die Mittelabflüsse aus der operativen Tätigkeit in Höhe von 5.165 T€ zu decken. Somit haben sich die liquiden Mittel von 10.166 T€ um 1.514 T€ auf 11.680 T€ erhöht.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte ein positives Ergebnis in Höhe von 3.204 T€ (834 T€). Die deutliche Erhöhung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Steuererstattungen aus Vorjahren auf Grund einer Betriebsprüfung der Jahre 2014 bis 2016 bei der Stadtwerke Homburg GmbH.

Wie in den Vorjahren erwirtschaftete die HPS GmbH lediglich in der Sparte „Beteiligungen“ auf Grund der Ergebnisabführung der Stadtwerke Homburg GmbH einen Gewinn. In den Sparten „Wirtschaftsführung Parkhäuser und Parkplätze“ sowie „Stadtbusbetrieb“ und „Grundstücksverwaltung“ wurden dagegen aufgabenbedingt Verluste erwirtschaftet. Die Verluste waren aufgrund der vorgegebenen Preisstruktur im Bereich der Stellplatzvermietung und auf Grund der Vertragsgestaltung mit der DB Regio Bus Mitte GmbH zum Betrieb der Stadtbuslinien nicht beeinflussbar.

Die nachfolgende Umsatzstatistik spiegelt den Umsatzverlauf der letzten Jahre bis zum Berichtszeitraum 2022 wider. Kontinuität zeichnet die Zahlen aus.

Umsatzstatistik

Jahre	Planzahlen	Ist-Zahlen	Abweichung	
	T €	T €	T €	%
2009	170	137	-33	-19,41
2010	170	138	-32	-18,82
2011	170	135	-35	-20,59
2012	254	163	-91	-35,83
2013	205	186	-19	-9,27
2014	221	189	-32	-14,48
2015	219	181	-38	-17,35
2016	221	414	193	87,33
2017	463	520	57	12,31
2018	547	570	23	4,20
2019	564	532	-32	-5,67
2020	705	493	-244	-34,61
2021	639	544	-95	-14,86
2022	651	476	-175	-26,88

Die Homburger Parkhaus und Stadtbus GmbH beschäftigt im Berichtszeitraum drei Personen im Stadtbusbüro, einen Dipl. Ing. und einen Anlagenmechaniker zur Betreuung der gesellschaftseigenen Liegenschaften, einen Hausmeister für das Sportzentrum Erbach und eine Buchhalterin. Zusätzlich wurde im Jahr 2021 ein Hausmeister für das Parkhaus in der Innenstadt auf Basis eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses eingestellt. Zwischen der Gesellschaft und der Stadt Homburg besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Die Geschäftsführung bedient sich zur Geschäftsbesorgung in allen für die HPS GmbH zu erledigenden Angelegenheiten der entsprechenden Dienststellen der Stadt. Für die Übernahme der Geschäftsführung und der Geschäftsbesorgung erhält die Stadt eine Vergütung gemäß dem Geschäftsbesorgungsvertrag. Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Herrn Dipl.-Kfm. Ralf Weber, Leiter der Stabstelle Beteiligungsverwaltung der Stadt Homburg.

II. Gegenüberstellung Ergebnis

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt entwickelt:

	2022	2021	Ergebnis-veränderung
	T €	T €	T €
1 . Umsatzerlöse	476	458	18
2 . Sonstige betriebliche Erträge	39	40	-1
3 . Materialaufwand	152	137	15
4 . Personalaufwand	410	404	-6
5 . Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	319	359	40
6 . Sonstige Betriebliche Aufwendungen	2.243	1.887	-356
a.) Stadtbus	682	674	-8
b.) Parkhaus	387	411	24
c.) Verwaltungsführung	425	431	6
d.) Veranstaltungsstätten	19	15	-4
e.) Parkplätze	177	173	-4
f.) Grundstücksverwaltung	37	32	-5
g.) Beteiligungen	0	1	1
h.) Marketing/Vermietung	0	0	0
i.) Sportzentrum Erbach	461	100	-361
j.) Gebäude Am Hochrech	41	50	9
7 . a.)Erträge aus Gewinnabführung	6.329	7.099	-770
b.)Aufwendungen aus Verlustübernahmen	2.261	2.419	158
8 . Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	369	38	331
9 . Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	2	-2
10 . Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.925	2.427	-502
11 . Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.341	1.458	2.799
12 . Sonstige Steuern	60	136	76
13 . Jahresüberschuss	**3.204**	**834**	**2.370**

Das Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht, obwohl die Gewinnabführung der Stadtwerke um 770 T€ niedriger ausfiel. Hauptsächlich dafür verantwortlich waren Steuererstattungen aus Vorjahren auf Grund einer Betriebsprüfung bei der SWH GmbH. In der Gegenüberstellung des Ergebnisses wurde der Betrag unter Nr. 11 negativ ausgewiesen. Dadurch ergab sich eine Verbesserung bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 2.789 T€.

III. Chancen und Risikobericht

Allgemein

Die HPS GmbH kann weiterhin die erheblichen Verluste aus dem operativen Geschäft nur durch Erträge aus der Beteiligung an der Stadtwerke Homburg GmbH bzw. aus deren Gewinnabführung im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages kompensieren. Ohne diese Erträge müsste der Betrieb seine Rücklagen aufzehren und käme deshalb, da diese Rücklagen aus der Einlage von Anlagevermögen resultieren, in erhebliche Liquiditätsschwierigkeiten.

Die Risiken, die die Stadtwerke Homburg GmbH bezüglich ihrer Gewinnerwartung ausweist, betreffen also auch die HPS GmbH. Vorsorgemaßnahmen hiergegen kann allerdings nur die Stadtwerke Homburg GmbH treffen. Strom- und Gaslieferungen werden auch in Zukunft risikoreiche Geschäftsfelder bleiben. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Homburg wurde zum 01.01.2010 um 20 Jahre verlängert. Die Verträge zwischen der Stadtwerke Homburg GmbH und der HPS GmbH für Strom und Gas sind inzwischen bereits abgeschlossen.

Die Gewinnabführung aufgrund des mit der Stadtwerke Homburg GmbH geschlossenen Ergebnisabführungsvertrags ist bei einer möglichen Verbesserung der Ertragslage der Stadtwerke gleichzeitig als Chance auf höhere Erträge zu begreifen.

Verlustübernahme Homburger Bäder GmbH

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beim Betrieb des Kombibades, die durch weit hinter den Planzahlen zurückgebliebenen Besucherzahlen entstanden sind und durch eine zunächst befristete und jährlich erneut überprüfte Erhöhung des Betriebskostenzuschusses von der HBG mbH an den Betreiber Wasserwelt Homburg GmbH aufgefangen werden, führen zu einem entsprechend schlechteren Ergebnis, das gemäß Ergebnisabführungsvertrag von der HPS GmbH zu tragen ist. Inzwischen haben sich die Besucherzahlen auf den Stand von vor Corona stabilisiert. Gerade in der Sauna werden überaus positive Ergebnisbeiträge erwirtschaftet. Insgesamt bleibt es aber bei dem Verlust der Vorjahre in der Homburger Bäder GmbH. Der Bestand der Gesellschaft ist dadurch aber nicht gefährdet.

Parkhaus Zentrum

Die Erhaltungslast im Parkhaus Zentrum, die sich bei unvorhergesehenen Ereignissen zur besonderen nicht finanzierbaren Belastung entwickeln könnte, besteht weiter. Das Gebäude und sein Zustand werden deshalb von einem Ingenieurbüro, das insbesondere im Brückenbaubereich große Erfahrungen aufweist, überwacht und jährlich zweimal inspiziert. Dabei festgestellte Schäden werden regelmäßig sofort behoben. Das Büro hat einen Vorschlag erarbeitet zur stufenweise Umsetzung einer nachhaltigen Sanierung. Das Instandsetzungskonzept wurde im Jahre 2024 aktualisiert.

Stadtbus

Gemäß der EG-Verordnung Nr. 1370 aus dem Jahr 2007, die nunmehr auch im Saarland umgesetzt wird, ist nunmehr der Saar-Pfalz-Kreis Aufgabenträger für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr und somit zuständige Behörde für die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen und die Erteilung öffentlicher Dienstleistungsaufträge. Die Homburger Stadtbusverkehre wurden mit den Schulverstärkerverkehren im Linienbündel Stadt Homburg zusammengefasst und müssen europaweit ausgeschrieben werden.

Seit 2018 wird der Ruf nach einer Überarbeitung des Verkehrskonzeptes immer lauter. Allerdings muss eine neue Ausschreibung im Jahr 2024 erfolgen, die bereits 2 Jahre vorher anzukündigen ist. Auf Grund der Einführung des CVD (Clean vehicle directive) und der zur Zeit unzureichenden technischen Lösungen wurde der aktuelle Ausschreibungszeitraum um 2 Jahre verlängert, also bis 2026. So kann sich die Stadt Homburg mit ihrer Abteilung Stadtplanung zusammen mit der HPS GmbH abstimmen, wie der zukünftige Stadtbusverkehr aussehen soll.

Sportzentrum Homburg-Erbach

Das Sportzentrum in Erbach wurde von der HPS GmbH übernommen. Auf Grund der schlechten Substanz der Anlage laufen bereits seit 2013 Untersuchungen zu einer energetischen Sanierung. Im Laufe der Jahre wurden die Untersuchungen immer wieder angepasst. Fördermittel von Bund und Land stehen zur Verfügung, so dass die HPS GmbH die Sanierungskosten nicht vollständig selbst zahlen muss.

Risikomanagementziele und –methoden der Gesellschaft

Das Ziel des Risikomanagements der HPS GmbH ist die frühzeitige Erkennung entwicklungsgefährdender Risiken. Das Risikomanagement der HPS GmbH ist insbesondere durch die regelmäßige Überwachung und Abweichungsanalyse der Geschäftsentwicklung anhand des Wirtschaftsplans, die Beaufsichtigung von Vorgängen von besonderer Bedeutung sowie die laufende Kontrolle der Investitionen durch die Geschäftsführung geprägt. Die HPS GmbH wendet die Vorgaben des städtischen

Auftrags- und Anordnungswesens an und hat sich verpflichtet, die engen Grenzen der Vergabeordnung der Stadt Homburg anzuwenden.

Die Gesellschaft hat nunmehr ab dem Geschäftsjahr 2018 ein Risikofrüherkennungssystem final implementiert. Eine Risikoerfassung wird mit Unterstützung eines Wirtschaftsberatungsunternehmens durchgeführt. Im Berichtszeitraum haben sich erhebliche Unwägbarkeiten in Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (erhebliche Energiekostensteigerungen) ergeben. Bestandsgefährdende Risiken haben sich jedoch nicht ergeben.

IV. Prognosebericht

Hinsichtlich des Betriebsergebnisses ist beim Parkhaus aufgrund der ab 1. 8.2016 angepassten Entgelte für Kurz- und Dauerparker eine Steigerung eingetreten. Gleiches gilt durch die neu eingeführten Entgelte des Parkplatzes Uhlandstraße. Für den Parkplatz am Enklerplatz war die Bewirtschaftung mit Parkautomaten ebenso vorgesehen wie am angemieteten ZT-Parkplatz (Zweibrücker Tor am Edenkino). Corona bedingt wurde aber wegen der schwierigen Lage des Einzelhandels in der Innenstadt darauf verzichtet. Insoweit stehen den Ausgaben für die teilweise Anmietung der Parkplätze am Enklerplatz keine Einnahmen gegenüber. Insgesamt werden beim Parkhaus genauso wie bei den Parkplätzen erhebliche Defizite erzielt. Inzwischen werden die Rufe nach moderaten Anpassungen der Gebühren immer lauter. Im Jahr 2022 hat die HPS GmbH zusammen mit der Kreisstadt Homburg ein Parkraum- und Mobilitätskonzept auf den Weg gebracht. Die ersten Ergebnisse wurden bereits vorgestellt. Bisher hat sich der Aufsichtsrat gegen eine Gebührenerhöhung ausgesprochen.

Beim Stadtbus ist im Hinblick auf das Ergebnis der erfolgten Ausschreibung ab Oktober 2016 eine Verringerung der Betriebskosten der Stadtbuslinien eingetreten. Allerdings wurde im Laufe des Jahres 2022 auf Grund erheblicher Kostensteigerungen bei den Personalkosten der Verkehrsunternehmen aber auch wegen der deutlich gestiegenen Dieselpreise als Konsequenz des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine eine Erhöhung des Zuschusses für den Stadtbusbetrieb erforderlich. Für 2023 wurde sogar eine Erhöhung des Zuschusses bis auf 980 T€ angekündigt. Inzwischen haben sich die Energiepreise etwas erholt, allerdings ist bei den Personalkosten kein Rückgang zu erwarten.

Am 9. Juni 2021 wurde die Richtlinie zu dem Gesetz über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge in deutsches Recht umgesetzt. Damit wurden für die Beschaffung von Bussen im ÖPNV erstmals bei öffentlichen Aufträgen verbindliche Mindestziele festgesetzt. Die Richtlinie gilt ab dem 2. August 2021. Damit ist bis zum 31.12.2025 eine Mindestquote von 45 % sauberer Busse bei Neuanschaffungen einzuhalten. Inwieweit damit eine Verteuerung des Angebotes im ÖPNV einhergeht, wird erheblich von entsprechenden Förderprogrammen abhängen. Eine Festlegung der Stadt mit welcher Technik das Postulat der „sauberen“ Fahrzeuge erreicht werden soll, ist noch nicht erfolgt. Es ist aber davon auszugehen, dass die Sicherstellung des ÖPNV in der Stadt Homburg durch die HPS GmbH auch in diesem Bereich zu einer weiteren Verteuerung führen wird. Der nächste Ausschreibungszeitraum ist 2026. Allerdings sind eu-weite Ausschreibungen in diesem Bereich 2 Jahre vorher bekannt zu machen. Daher arbeitet die HPS GmbH bereits an der Ausarbeitung eines Leistungsverzeichnisses für die nächste Ausschreibungsrunde.

Für die Grundstücke in der Gerberstraße laufen immer noch Verkaufsverhandlungen. Entscheidungen wurden bisher keine getroffen. Zurzeit erfolgt die Überprüfung der Machbarkeit und Umsetzung.

Ende 2010 wurde ein Innenstadtgrundstück erworben, auf welchem die Errichtung des Vauban-Carrées geplant war. Bisher waren jegliche Versuche gescheitert, das Grundstück zu vermarkten. Auch in diesem Bereich wurde eine neue Machbarkeitsstudie beauftragt. Da noch nicht absehbar ist wie es an der Stelle weitergeht, wurde der Parkplatz aufgefrischt. Übergangsweise soll diese Fläche wohl auch weiterhin als Parkplatz genutzt werden.

Im Dezember 2012 wurde das Sportzentrum Homburg-Erbach für ca. 2,7 Mio. € erworben. Gebäude und Sportanlagen werden saniert und sowohl für Trainingsbetrieb als auch für Veranstaltungen entgeltlich zur Verfügung gestellt. Für die Sanierung standen 8,9 Mio. € zur Verfügung. Im Jahr 2022 hat der Stadtrat eine weitere Finanzierungstranche durch eine Kreditaufnahme von 4 Mio. € beschlossen. Da zum Ende des Jahres 2024 eine Finanzierungstranche des Bundes ausläuft, wurde beschlossen die marode Heizung zu sanieren. Die Planungsleistungen wurden in einem eu-weiten Verfahren vergeben. Die Ausschreibung der eigentlichen Bauleistungen steht kurz vor dem Abschluss. Danach sollen dann weitere Sanierungsschritte erfolgen.

Eine Teilfläche des im Jahr 2012 erworbenen Areals in der Entenmühlstraße wurde im Geschäftsjahr 2017 an die Ökumenische Sozialstation Homburg zum Preis von 445.800,00 € veräußert, für eine weitere Fläche wurde eine Option vereinbart. Auf diesen Grundstücken hat die Erwerberin ihren Geschäftssitz errichtet. Inzwischen ist die Optionsfrist des Erwerbers für die weitere Grundstücksfläche ausgelaufen.

Im ersten Quartal des Jahres 2022 war die Liquidation der A6-Projektgesellschaft abgeschlossen. Weitere Kosten nicht zu erwarten.

Die Planergebnisse der HPS GmbH für die Wirtschaftsjahre 2023 bis einschließlich 2027 sind allesamt positiv. Der letzte Wirtschaftsplan der Stadtwerke Homburg GmbH für das Jahr 2024 liegt der Geschäftsführung ebenfalls vor.

Homburg, den 27. Mai 2024

Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH

(HPS GmbH)



Dipl.-Kfm. Ralf Weber

- Geschäftsführer -

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH, Homburg, für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise

ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern demgegenüber nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsich-

tigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungs-

nachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

St. Ingbert, den 05.06.2024

Atax Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Bach
Wirtschaftsprüfer

Analyse der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von ± einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2022 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2021 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Sachanlagen	10.992	22,5	11.370	24,7	-378	-3,3
Finanzanlagen	12.523	25,7	12.543	27,4	-20	-0,2
Anlagevermögen	**23.515**	**48,2**	**23.913**	**52,1**	**-398**	**-1,7**
Langfristig gebundene Mittel	**23.515**	**48,2**	**23.913**	**52,1**	**-398**	**-1,7**
Vorräte	2.476	5,1	2.476	5,4	0	0,0
Lieferforderungen	72	0,1	30	0,1	42	140,0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	6.329	13,0	7.099	15,5	-770	-10,8
Forderungen gegen Gesellschafter	13.932	28,6	11.564	25,2	2.368	20,5
Sonstige Vermögensgegenstände	2.426	5,0	729	1,6	1.697	232,8
Liquide Mittel	3	0,0	5	0,0	-2	-40,0
Kurzfristiges Umlaufvermögen	**25.238**	**51,8**	**21.903**	**47,8**	**3.335**	**15,2**
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0,0	23	0,1	-8	-34,8
Kurzfristig gebundene Mittel	**25.253**	**51,8**	**21.926**	**47,9**	**3.327**	**15,2**
AKTIVA	**48.768**	**100,0**	**45.839**	**100,0**	**2.929**	**6,4**

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.929 T€ auf 48.768 T€ erhöht. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 2.368 T€ und der sonstigen Vermögensgegenstände um 1.697 T€ saldiert mit der Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und des Anlagevermögens.

Mit 48,2 % des Gesamtvermögens stellt das Anlagevermögen eine wesentliche Bilanzposition dar. Die Veränderung des Anlagevermögens resultiert aus den Investitionen des Berichtjahres in Höhe von 33 T€ vermindert um die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 320 T€ und Anlagenabgänge in Höhe von 111 T€. Somit

verminderte sich der Buchwertbestand des Anlagevermögens gegenüber dem Vorjahr um 398 T€.
Die Finanzanlagen enthalten im Wesentlichen eine 65,1 %-ige Beteiligung an der Stadtwerke Homburg GmbH, deren Buchwert 8.673 T€ beträgt. Darüber hinaus wird unter den Ausleihungen an verbundene Unternehmen ein endfälliges Darlehen an die Homburger Bädergesellschaft mbH, Homburg, zur teilweisen Finanzierung der Herstellungskosten des Kombibades in Höhe von 3.825 T€ ausgewiesen.

Die Vorräte beinhalten zwei Grundstücke in der Homburger Innenstadt (Gerberstraße und Vauban Carree), die die HPS ursprünglich zur Errichtung von Parkmöglichkeiten erwarb. Das Bauvorhaben wurde jedoch verworfen. In der Gesellschaftsversammlung vom 28. Juni 2019 wurde einer Veräußerung der Grundstücke zugestimmt.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen allein die Ansprüche gegen die Stadtwerke Homburg GmbH und resultieren mit 6.329 T€ fast ausschließlich aus der Gewinnabführung des Geschäftsjahres 2022 aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages.

Die Forderungen gegen Gesellschafter beinhalten im Wesentlichen der Anspruch gegen die Einheitskasse der Kreisstadt Homburg in Höhe von 11.676 T€ (Vorjahr 10.161 T€).

Die Veränderung der liquiden Mittel wird unter Anlage 6 S.7 (Finanzlage) dieses Berichtes detailliert dargestellt.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. mittel- und kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Eigenkapital	**42.529**	**87,2**	**39.324**	**85,8**	**3.205**	**8,2**
Sonderposten für Investitionszuschüsse	267	0,5	299	0,7	-32	-10,7
Bankverbindlichkeiten	0	0,0	6	0,0	-6	-100,0
Langfristiges Fremdkapital	**0**	**0,0**	**6**	**0,0**	**-6**	**-100,0**
Rückstellungen	1.043	2,1	935	2,0	108	11,6
Bankverbindlichkeiten	6	0,0	5	0,0	1	20,0
Lieferantenverbindlichkeiten	120	0,2	54	0,1	66	122,2
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.762	9,9	4.904	10,7	-142	-2,9
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	28	0,1	46	0,1	-18	-39,1
Übrige Verbindlichkeiten	13	0,0	266	0,6	-253	-95,1
Kurzfristiges Fremdkapital	**5.972**	**12,3**	**6.210**	**13,5**	**-238**	**-3,8**
PASSIVA	**48.768**	**100,0**	**45.839**	**100,0**	**2.929**	**6,4**

Das Gesamtkapital hat sich entsprechend dem Gesamtvermögen ebenfalls um 2.929 T€ auf 48.768 T€ erhöht. Wesentlicher Faktor dieser Steigerung ist die Zunahme des Eigenkapitals.

Das Eigenkapital hat sich entsprechend des Jahresüberschusses des Berichtsjahres (+ 3.205 T€) erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt nun 87,2 % (VJ: 85,8 %).

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse enthält ausschließlich öffentliche Zuwendungen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. Diese Position wird entsprechend der Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Abnahme der Position beruht aus der Auflösung in Höhe von 32 T€.

Die Rückstellungen wurden mit 1.039 T€ hauptsächlich für ausstehende Rechnungen für den Busbetrieb Saar-Pfalz-Bus GmbH (620 T€) sowie für die Geschäftsbesorgung (330 T€) gebildet. Daneben werden die Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten ausgewiesen.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der vertraglichen Verlustübernahmeverpflichtung gegenüber der Homburger Bädergesellschaft mbH für die Geschäftsjahre 2021 und

2022 in Höhe von 4.631 T€ ausgewiesen. Des Weiteren sind Liefer- und Leistungsverpflichtungen gegenüber der Stadtwerke Homburg GmbH enthalten.

Die übrigen Verbindlichkeiten haben sich durch den Ausgleich der Steuerverbindlichkeiten (252 T€) vermindert.

Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der Geschäftsjahre 2022 und 2021 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2022		2021		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	476	100,0	458	100,0	18	3,9
Gesamtleistung	**476**	**100,0**	**458**	**100,0**	**18**	**3,9**
Sonstige Erträge	6	1,3	7	1,5	-1	-14,3
Materialaufwand	-152	-31,9	-136	-29,7	-16	11,8
Personalaufwand	-410	-86,1	-404	-88,2	-6	1,5
Abschreibungen	-320	-67,2	-359	-78,4	39	-10,9
Sonstige Aufwendungen	-2.052	-431,1	-1.887	-412,0	-165	8,7
Sonstige Steuern	-60	-12,6	-136	-29,7	76	-55,9
Betriebsergebnis (bereinigt)	**-2.512**	**-527,6**	**-2.457**	**-536,5**	**-55**	**2,2**
Beteiligungsergebnis	4.067	854,4	4.679	1.021,6	-612	-13,1
Finanzergebnis	366	76,9	37	8,1	329	889,2
Neutrales Ergebnis	-58	-12,2	33	7,2	-91	-275,8
Ertragsteuern	1.341	281,7	-1.458	-318,3	2.799	-192,0
Ergebnis nach Ertragsteuern	**3.204**	**673,2**	**834**	**182,1**	**2.370**	**284,2**
Jahresergebnis	**3.204**	**673,2**	**834**	**182,1**	**2.370**	**284,2**

Die Umsatzerlöse setzen sich hauptsächlich aus Erträgen aus Parkgebühren in Höhe von 237 T€ (Vorjahr 199 T€) und Vermietungen in Höhe von 238 T€ (Vorjahr 237 T€) zusammen.

Im Materialaufwand sind Energiekosten der Tiefgarage und dem Sportzentrum Erbach enthalten, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 16 T€ erhöht haben.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Aufwendungen für den Busbetrieb der DB Regio Bus Mitte GmbH in Höhe von 625 T€ (Vorjahr 627 T€), Geschäftsbesorgung Stadt Homburg in Höhe von 354 T€ (Vorjahr 371 T€), Reparaturen/Instandhaltungsaufwand für Gebäude sowie bauliche und technische Anlagen in Höhe von 665 T€ (Vorjahr 436 T€), Parküberwachungskosten in Höhe von 193 T€ (Vorjahr 181 T€), Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von 18 T€ (Vorjahr 23 T€), Rechts- und Steuerberatungskosten in Höhe von 32 T€ (Vorjahr 17 T€) sowie Raummieten bzw. Grundstückspachten in Höhe von 162 T€ (Vorjahr 161 T€).

Das Beteiligungsergebnis beinhaltet den Saldo aus den Ergebnisabführungsverträgen. Zum einen handelt es sich um die Gewinnabführung von der Stadtwerke Homburg GmbH in Höhe von 6.329 T€ und zum anderen um die Verlustübernahme der Homburger Bäder GmbH in Höhe von 2.261 T€.

Der Anstieg des Finanzergebnisses ist im Wesentlichen durch die Zinserträge der Steuererstattungen aufgrund der Betriebsprüfung für die Jahre begründet.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2022		2021		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	33	100,0	33	100,0	0
Erträge	**33**	**100,0**	**33**	**100,0**	**0**
sonstige aperiodische Aufwendungen	-91	100,0	0	0,0	-91
Aufwendungen	**-91**	**100,0**	**0**	**0,0**	**-91**
Neutrales Ergebnis	**-58**		**33**		**-91**

Die Ertragssteuern weisen bei fast gleichbleibendem Beteiligungsergebnis eine Erstattung in Höhe von 1.341 T€ aus. Dabei handelt es sich um Steuererstattungen dem Vorjahr auf Grund einer Betriebsprüfung bei der Stadtwerke Homburg GmbH. Dadurch hat sich die Steuerbelastung gegenüber dem Vorjahr um 2.799 T€ verbessert.

Insgesamt hat sich das Jahresergebnis auf Grund der Auswirkungen der Betriebsprüfung im Vergleich zum Vorjahr um 2.370 T€ auf 3.204 T€ verbessert.

Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= flüssige Mittel abzüglich eventuell bestehender Kontokorrentkredite) in Anlehnung an DRS 21 zur Kapitalflussrechnung erstellt:

	2022 TEUR	2021 TEUR
Periodenergebnis	3.204	834
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	318	356
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	56	-33
Cashflow	**3.578**	**1.157**
Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-3.327	-3.363
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	1.279	5.938
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-328	2
Sonstige Beteiligungserträge	-6.367	-7.137
Ertragsteueraufwand/-ertrag	-1.341	1.458
Zahlungsunwirksamer Steueraufwand/-ertrag	2.926	69
Ertragsteuerzahlungen	-1.585	-1.527
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**-5.165**	**-3.403**
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-31	-220
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	20	0
Erhaltene Zinsen	331	0
Erhaltene Dividenden	6.367	7.137
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**6.687**	**6.917**
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-5	-5
Gezahlte Zinsen	-3	-2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**-8**	**-7**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1.514	3.507
Finanzmittelfonds am 1.1.	10.166	6.659
Finanzmittelfonds am 31.12.	**11.680**	**10.166**

Die aus der Investitionstätigkeit (6.687 T€) zugeflossenen Mittel übersteigen die Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (-5.165 T€) und der Finanzierungstätigkeit (-8 T€) und haben somit den Finanzmittelfonds im Vergleich zum Vorjahr um 1.514 T€ von 10.166 T€ auf 11.680 T€ erhöht.

Die Gesellschaft ist zum 01. Januar 2010 der Einheitskasse der Stadt Homburg beigetreten und weist daher unter den liquiden Mitteln ausschließlich die Wechselgeldbestände der Parkautomaten in Höhe von 3 T€ (VJ: 5 T€) aus. Dem Finanzmittelfonds sind darüber hinaus als Zahlungsmitteläquivalent die Forderungen gegen die Einheitskasse der Kreisstadt Homburg zuzurechnen, die sich zum Bilanzstichtag auf 11.667 T€ (VJ: 10.161 T€) beliefen.

Definition des Finanzmittelfonds:	2022 TEUR	2021 TEUR
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	3	5
Finanzmittelfonds aus der Einheitskasse	11.677	10.161
Finanzmittelfonds am 31.12.	11.680	10.166

Fragenkatalog zu § 53 HGrG (nach IDW PS 720)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a. Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Da die Geschäftsleitung nur aus einer Person besteht wird das Vorhandensein einer Geschäftsordnung für die Organe sowie einem Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung als entbehrlich angesehen. Über den mit der Kreisstadt Homburg geschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag gelten jedoch die Organisationspläne der Stadt mittelbar auch für die Gesellschaft, sodass durchgehend die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips sichergestellt ist.
Schriftliche Weisungen des Aufsichtsrates zur Organisation für die Geschäftsleitung liegen nicht vor.

b. Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fanden insgesamt drei Gesellschafterversammlungen sowie drei Aufsichtsratssitzungen statt. Niederschriften wurden erstellt und uns vorgelegt.

c. In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Geschäftsführer ist auskunftsgemäß in keinem Aufsichtsrat oder anderen Kontrollgremien tätig.

d. Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/ Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Der Geschäftsführer sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Tätigkeiten keine gesonderte Vergütung.

Fragenkreis 2: **Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

a. Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Da die Gesellschaft über keine eigenen Angestellten verfügt, wird ein Organisationsplan als entbehrlich angesehen. Die Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Stadt Homburg.

b. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Entfällt, da kein Organisationsplan vorhanden ist.

c. Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Aufgrund der bestehenden Organisationsstruktur (HPS ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Kreisstadt Homburg) ist eine hinreichende Kontrolle durch die Vorkehrungen in den städtischen Abläufen und das hierin stark verankerte Vier-Augen-Prinzip gewährleistet. Zudem ist die Stadt angehalten, die Grundsätze der Antikorruptionsrichtlinie der Landesregierung anzuwenden.

d. Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es gelten die Dienstanweisungen der Stadtverwaltung und ergänzend dazu die Regelungen in der Geschäftsordnung des Stadtrates. Es haben sich während unserer Prüfung keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass diese nicht eingehalten wurden.

e. Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verträge werden von der Gesellschaft selbst oder von den zuständigen Dienststellen der Stadt ordnungsgemäß dokumentiert.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a. Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Der Wirtschaftsplan 2022 wurde dem Aufsichtsrat am 30.11.2021 vorgelegt und in der Gesellschafterversammlung am 17.12.2021 beschlossen.

b. Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Nach unseren Informationen werden Planabweichungen systematisch untersucht und analysiert. Bei Bedarf wird die Planung an die gegebenen Umstände angepasst. Bei außerordentlicher oder überplanmäßiger Bereitstellung von Mitteln werden die Vorgaben des KSVG berücksichtigt.

c. Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Unserer Auffassung nach entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen der Gesellschaft. Die Kostenrechnung wird durch einen Produktplan abgebildet, indem die einzelnen Sparten der Gesellschaft dargestellt werden.

d. Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Durch die enge Einbindung der Gesellschaft in das Finanzmanagement der Kreisstadt Homburg ist eine laufende Liquiditäts- und Kreditkontrolle gewährleistet.

e. Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Die Gesellschaft ist in das zentrale Cash-Management der Kreisstadt Homburg (Einheitskasse) eingebunden. Bei der Durchführung unserer Prüfung haben sich keinerlei Anhaltspunkte für eine Nichteinhaltung der hierfür geltenden Regelungen ergeben.

f. Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Parkgebühren für Kurzparker müssen vor Ort in bar entrichtet werden. Ausstehende Forderungen aus Mietverträgen mit Dauerparkern sowie sonstige Mieten und Entgelte werden nach unseren Feststellungen zeitnah und effektiv von der Gesellschaft eingezogen.
Daneben erbringen Mitarbeiter der Gesellschaft auf Grundlage einer mündlichen Vereinbarung Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin (Stadt Homburg).

g. Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Die Aufgaben des Controllings werden von Mitarbeitern der Stadtverwaltung übernommen. Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass das Controlling nicht den Anforderungen des Unternehmens entspricht.

h. Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die HPS GmbH als Mutterunternehmen übt im Verhältnis zu ihrem Tochterunternehmen Stadtwerke Homburg GmbH keine einheitliche Leitung im Sinne des § 18 Abs.1 AktG aus. Regelungen zur Konzernleitung existieren daher nicht. Es gilt allerdings zu beachten, dass der Oberbürgermeister der Stadt Homburg gleichzeitig das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden bei der Stadtwerke Homburg GmbH innehat.
In Bezug auf das Tochterunternehmen HBG mbH, ist die Geschäftsführung der HPS GmbH in sämtliche Entscheidungen bzgl. des Gebäudemanagements und des Pachtbetriebs des Freizeitbades eingebunden.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a. Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Seit 2018 ist in der Gesellschaft ein branchenspezifisches Risikomanagement implementiert. Dabei wurden in einer Risikomatrix den einzelnen, im Rahmen einer Risikoinventur identifizierten Risiken Eintrittswahrscheinlichkeiten sowie potentielle Schäden zugeordnet und daraus eine Risikobewertung einschließlich der Notwendigkeit von Maßnahmen wie auch deren Priorisierung abgeleitet.

b. Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Vor dem Hintergrund der Größe der Gesellschaft sind die getroffenen Maßnahmen ausreichend.

c. Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Nach unserer Einschätzung sind die getroffenen Maßnahmen ausreichend dokumentiert.

d. Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Das Risikomanagementsystem wurde 2018 final implementiert. Hierbei sind keine erheblichen Änderungen aufgetreten, sodass eine Anpassung nicht erforderlich war.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a. Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
   - Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
   - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
   - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
   - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Termingeschäfte, Optionen und Derivate kommen nicht zum Einsatz.

b. Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

siehe a.

c. Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
   - Erfassung der Geschäfte
   - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
   - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
   - Kontrolle der Geschäfte?

   siehe a.

d. Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

   siehe a.

e. Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

   siehe a.

f. Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

   siehe a.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a. Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

   Größenbedingt existiert keine eigene Revisionsabteilung.

b. Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

   Entfällt, siehe oben.

c. Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

   Entfällt, siehe oben.

d. Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Entfällt, siehe oben.

e. Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Entfällt, siehe oben.

f. Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Entfällt, siehe oben.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Dafür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

b. Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Solche Kredite wurden nach den vorliegenden Unterlagen nicht gewährt.

c. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Solche Anhaltspunkte haben sich bei unseren Prüfungshandlungen nicht ergeben.

d. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Es haben sich während unserer Prüfung keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans bei zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden wäre.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a. Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

   In Zusammenhang mit der Erstellung des Wirtschaftsplanes wird auch eine unseres Erachtens angemessene Planung von Investitionen und ihrer Finanzierung vorgenommen.

b. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

   Nein. Anhaltspunkte für nicht ausreichende Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung haben sich nicht ergeben.

c. Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

   Eine Überwachung der Durchführung von Investitionen erfolgt durch den Abgleich des Wirtschaftsplanes.

d. Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

   Bei den abgeschlossenen Investitionen haben sich im abgelaufenen Jahr nach den uns vorgelegten Unterlagen keine wesentlichen Überschreitungen ergeben.

e. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

   Es wurden keine Leasing- oder vergleichbare Verträge abgeschlossen.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a. Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

   Anhaltspunkte dazu sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

b. Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Mit dem Aufsichtsratsbeschluss vom 30.November 2015 hat die Gesellschaft die Anwendung der Vergaberichtlinie sowie die Beachtung der Allgemeinen Dienstanweisung über die Grundsätze des Vergabewesens der Kreisstadt Homburg beschlossen. Demzufolge sind auch für bestimmte Geschäfte, die nicht den gesetzlichen Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote einzuholen. Offensichtliche Verstöße gegen die Vergaberichtlinie sowie die Beachtung der Allgemeinen Dienstanweisung über die Grundsätze des Vergabewesens der Kreisstadt Homburg konnten wir im Rahmen unserer Prüfung nicht feststellen.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a. Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Im Berichtsjahr fanden insgesamt 4 Aufsichtsratssitzungen statt. Die Niederschriften wurden erstellt und uns vorgelegt.

b. Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Nach den von uns gewonnenen Erkenntnissen vermitteln diese Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

c. Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Soweit durch uns zu beurteilen ist, wurden Aufsichtsrat und Gesellschafterin über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen lagen darüber hinaus nicht vor.

d. Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Solche Themen gab es keine.

e. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Anhaltspunkte für eine unzureichende Berichterstattung haben sich nicht ergeben.

f. Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Für die Gesellschaft wurde 2006 eine Vermögenseigenschadenversicherung abgeschlossen. Ein Selbstbehalt ist in angemessener Höhe vereinbart.

g. Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Derartige Interessenskonflikte wurden nicht gemeldet.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a. Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Die Gesellschaft unterhält neben notwendigem Betriebsvermögen auch Beteiligungen an der Stadtwerke Homburg GmbH (65,1 %) und an der HBG in Höhe von 100 %. Sie übt insoweit eine Holdingfunktion aus.

b. Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Es liegen keine Bestände vor.

c. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Solche Anhaltspunkte haben sich keine ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a. Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Liquide Mittel standen zum Bilanzstichtag in Höhe von 3 T€ (VJ: 5 T€) zur Verfügung. Des Weiteren bestehen Finanzmittel aus der Einheitskasse der Stadt Homburg in Höhe von 11.677 T€ (VJ: 10.161 T€). Weitere Details sind der Kapitalflussrechnung in Anlage 6 dieses Berichtes zu entnehmen.

b. Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Finanzlage des Konzerns ist insgesamt als geordnet zu bezeichnen. Innerkonzernliche Kreditbeziehungen bestehen ausschließlich zwischen HPS und der HBG. Die HPS hat der HBG ein endfälliges Darlehen in Höhe von 3.825 Mio. € zur Verfügung gestellt.

c. In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Im Berichtsjahr erhielt die Gesellschaft keine Zuwendungen aus der öffentlichen Hand.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a. Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 87,2 % (VJ: 85,8 %). Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu geringen Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

b. Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagen-bildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Gewinnverwendungsvorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a. Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Es wird eine Spartentrennung in die Segmente „Wirtschaftsführung Parkhäuser und Parkplätze“, „Stadtbusbetrieb“, „Beteiligungen“, „Marketing/Vermietung“, und „Grundstücksverwaltung“ vorgenommen.

b. Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis war nicht entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt.

c. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Die Leistungsverrechnungen erfolgen zu angemessenen Konditionen.

d. Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Es wird keine Konzessionsabgabe erhoben.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a. Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Wie in den Vorjahren erwirtschaftete die HPS lediglich in der Sparte „Beteiligungen“ aufgrund der Ergebnisabführung der Stadtwerke Homburg GmbH einen Gewinn. In den Sparten „Wirtschaftsführung Parkhäuser und Parkplätze“ sowie „Stadtbusbetrieb“ und „Grundstücksverwaltung“ wurden dagegen aufgabenbedingt Verluste erwirtschaftet. Die Verluste waren aufgrund der vorgegebenen Preisstruktur im Bereich der Stellplatzvermietung und aufgrund der Vertragsgestaltung mit der DB Regio Bus Mitte GmbH zum Betrieb der Stadtbuslinien nicht beeinflussbar.

Die Verluste sind im Wesentlichen aufgabenbedingt (Daseinsvorsorge für die Bürger der Kreisstadt Homburg) und werden insoweit hingenommen.

b. Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss erwirtschaftet.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a. Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Siehe Fragenkreis 15 a).

b. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Siehe Fragenkreis 15 b).

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

Lizenziert für/Licensed to: Atax Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | 70006106878 | AV00025585
digitaler Prüfungsbericht

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

2024/0458/24-01
öffentlich
Beschlussvorlage
24 - Stabsstelle Beteiligungsmanagement
Bericht erstattet: Geschäftsführer HPS GmbH und Büro IGDB, Herr Fiedler

Vorabinformation Stadtbus, Ausschreibung 2026

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö
Gesellschafterversammlung der HPS GmbH (Entscheidung)		N

Beschlussvorschlag

Die Ausschreibung und Vergabe der Stadtbuslinien soll für 10 Jahre erfolgen. Die Vorabinformation auf der Grundlage der bestehenden Fahrpläne wird veröffentlicht.

Sachverhalt

Die Ausschreibung und Vergabe der Stadtbuslinien muss für 2026 neu erfolgen. Dies ist zwei Jahre vorher eu-weit bekannt zu machen. Aufgabenträger für die Stadtbuslinien ist der Saarpfalz-Kreis. Für die Ausschreibung und Vergabe ist der ZPS (Zweckverband Personennahverkehr Saarland) in Saarbrücken zuständig.

Zur Vorbereitung der Ausschreibung wurde Anfang des Jahres das Büro IGDB Verkehrsplanung und Beratung, Dreieich mit der Überplanung des Stadtbusverkehrs (Status-Quo) beauftragt. Insbesondere die Einbindung des Stadtbusses in die Fahrpläne der Deutschen Bahn und der Buslinien des Saarpfalz-Kreises waren zu berücksichtigen. Schwachstellenanalyse und Verbesserungsvorschläge wurden untersucht. Die IGDB stellt die durchgeführten Untersuchungen und die Ergebnisse der Überplanung des bestehenden Stadtbusverkehrs vor.

Die Vorabinformation zur danach anstehenden Ausschreibung ist bekannt zu machen. Diese erfolgt auf der Grundlage der bestehenden Fahrpläne. Diese selbst können im Vergabeverfahren noch jederzeit angepasst werden. Bei der Vorabinformation handelt es sich um die Festlegung von Mindeststandards. Eine Ausweitung ist jederzeit möglich. Die Vorabinformation dient lediglich dazu, mögliche Bieter frühzeitig zu informieren. Auch soll so Verkehrsunternehmen ermöglicht werden, eigenwirtschaftliche Anträge zur Erbringung der Verkehrsleistung zu stellen. Dies ist zwar aufgrund der mangelnden finanziellen Ausstattung des Verkehrs so gut wie ausgeschlossen, trotzdem muss die Möglichkeit eingeräumt werden.

Vor Erstellung der Unterlagen für die Ausschreibung sind die Ortsräte anzuhören.

Mit der Erstellung der Vergabeunterlagen ist ein Verkehrsplanungsbüro zu beauftragen.
Auf Empfehlung des Saarpfalz-Kreises sollte der Ausschreibungszeitraum auf 10 Jahre festgelegt werde, da sich so eine höhere Planungssicherheit für Stadt und Verkehrsunternehmen ergibt, was auch eine längere Abschreibungsdauer für Investitionen beutet.

Für die Beschaffung neuer Fahrzeuge gilt die CVD (Clean Vehicle Directive), nach der eine Quote von 65 % (bei Zuschlag vor dem 31.12.2025 lediglich 45 %) sauberer Fahrzeuge gefordert wird. Diese Quote gilt auch bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen an private Busunternehmen, wie es bei der Vergabe des Stadtbusses der Fall ist. Im Ergebnis haben alle Neubeschaffungen „sauber“ zu erfolgen. Zur Zeit erfolgt die Prüfung der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Umstellung der Dieselbusse auf Elektrobusse. Durch technologische Fortschritte konnte bereits Reichweite und Zuverlässigkeit der E-Busse gesteigert werden. Aus finanzieller Sicht sind Anschaffungspreise sowie Infrastrukturkosten (Lade- und Wartungseinrichtung, Betriebshof) allerdings noch deutlich über denen konventioneller Fahrzeuge. Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe aus der CVD im Ausschreibungsverfahren ist noch zu prüfen.

Mögliche zusätzliche Bedarfe auf Grund der Reaktivierung der Bahnstrecke Zweibrücken – Homburg werden später berücksichtigt.

Finanzielle Auswirkungen

Auf den Haushalt der Stadt: keine

Anlage/n

1 IGDB Stadtbus (öffentlich)

Überprüfung stadtbus homburg

Aufsichtsratssitzung am 07.10.2024



Aufgabenstellung

Im Rahmen der Überplanung sollte das derzeit aktuelle Stadtbuskonzept überprüft und bewertet, Schwachstellen herausgearbeitet sowie Verbesserungsmöglichkeiten oder alternative Ansätze für den Stadtbusverkehr eruiert werden.

- Analyse der Erschließungswirkung unter Berücksichtigung der vorhandenen Haltestellenstandorte;
- Betrachtung des Zusammenspiels der Stadtbuslinien und der Regionallinien, ggf. Optimierung und Abstimmung aufeinander;
- Möglichkeiten zur Integration von freigestellten Schülerverkehren überprüfen.
- Zurückgestellt: Prüfung Erweiterung/Harmonisierung des Stadtbusnetzes im Hinblick auf den anstehenden Ausbau der Zugverbindung zwischen Homburg und Zweibrücken.

ÖPNV – Status quo-Angebot

- Aktuell wird das Grundangebot im Stadtgebiet von Homburg neben den Linien 511 bis 516 mit regionalen Buslinien des Kreises und des Landes gewährleistet.
- Außerdem gehören zum Stadtbusnetz die für den Schulverkehr eingesetzten Linien 571 bis 574.

ÖPNV – Status quo-Angebot

- Linienübersicht im Stadtgebiet Homburg

Linie	Verlauf	Zuständigkeit
511	Homburg Hbf – Uniklinik – Kirrberg	HPS
512	Homburg Hbf – Uniklinik – Birkensiedlung	HPS
513	Homburg Hbf – Zentrum – Sanddorf Kombibad – Bruchhof	HPS
514	Hauptbahnhof > Inastraße > Wilmersdorfer Straße > Buschstraße > Hauptbahnhof	HPS
515	Hauptbahnhof > Buschstraße > Wilmersdorfer Straße > Inastraße > Hauptbahnhof	HPS
516	Homburg Talstraße > Marktplatz > Homburg Hbf	HPS
501	*Biosphärenbus* Homburg – Blieskastel – Reinheim – Kleinblittersdorf	Reg. Aufgabenträger
505	Bexbach – Höchen / Kleinottweiler – Jägersburg – Homburg – Universität	Reg. Aufgabenträger
507	Homburg – Blieskastel – Aßweiler – Kleinblittersdorf	Reg. Aufgabenträger
560	*Ringlinie* Uni-Klinik Homburg	Reg. Aufgabenträger
R7	Zweibrücken – Einöd – Schwarzenacker – Homburg	Reg. Aufgabenträger
R8	Kusel – Brücken – Waldmohr – Homburg	Reg. Aufgabenträger
R14	Homburg – Blieskastel – Aßweiler – Saarland Therme – Kleinblittersdorf	Reg. Aufgabenträger

Einwohnerstatistik

- Um eine qualitative Vergleichbarkeit des Angebotsniveaus in den Stadtteilen zu erhalten, ist eine Berücksichtigung der Einwohnerzahlen erforderlich.

Stadtteil	Einwohner (März 2024)	Linie(n)
Altbreitenfelderhof	118	505
Beeden	2.709	501/507/R14
Bruchhof	1.874	513
Einöd	2.790	R7
Erbach	12.409	514/515
Homburg Kernstadt	12.230	Alle Stadtbuslinien, Kreis- & Regional-Buslinien
Ingweiler	157	-
Jägersburg	2.731	505/R8
Kirrberg	2.582	511
Lappentascher Hof	192	546
Reiskirchen	1.304	505/R8
Sanddorf	1.161	513
Schwarzenacker	604	R7
Schwarzenbach	1.992	R7
Websweiler	247	505
Wörschweiler	269	501/507/R14

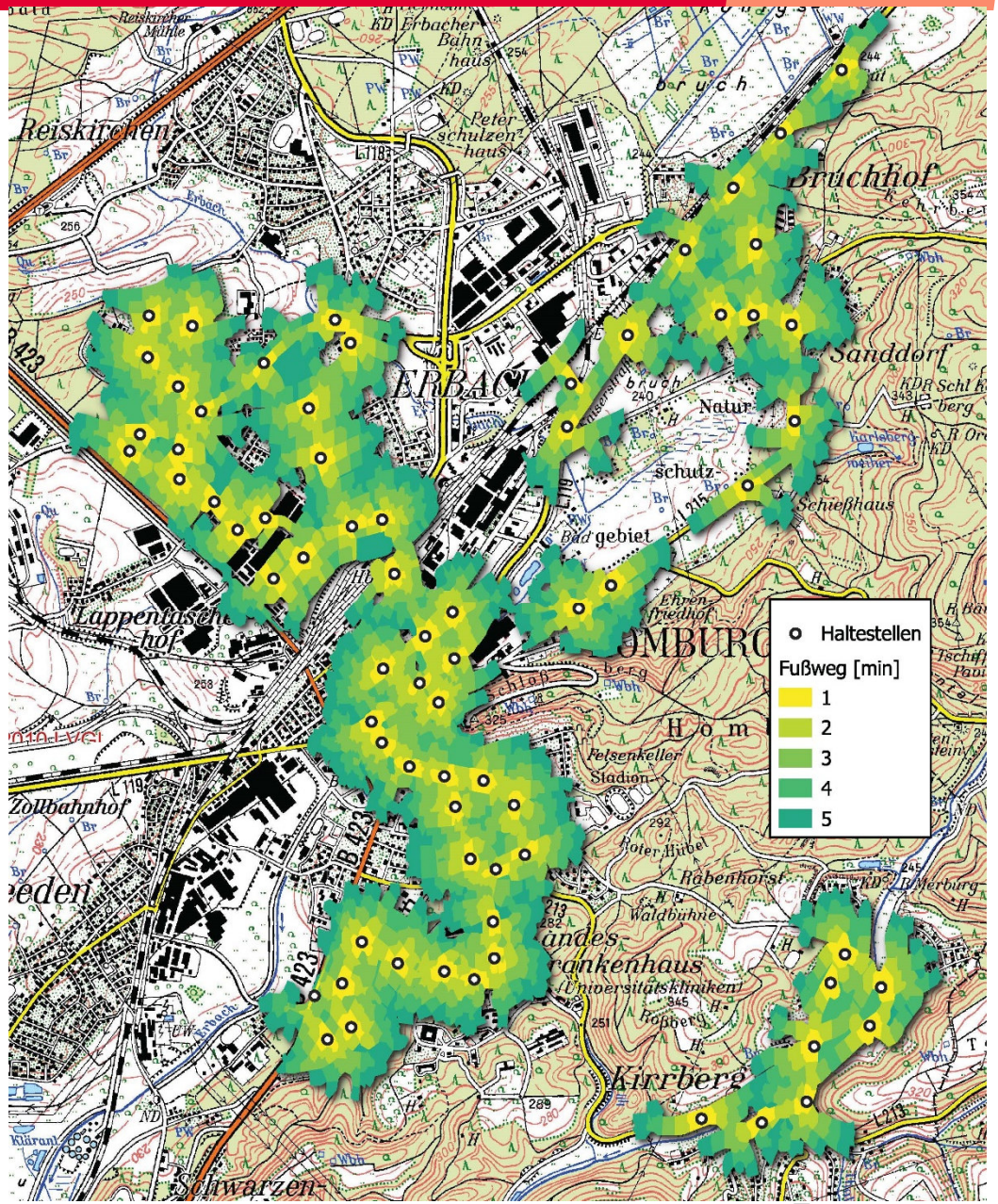
ÖPNV – Status quo-Angebot

- Betriebszeiten im Stadtgebiet Homburg

Linie	Montag-Freitag	Samstag	Sonntag
511	5:00-22:00 Uhr	5:00-22:00 Uhr	13:30-22:00 Uhr
512	5:30-22:00 Uhr	5:30-22:00 Uhr	14:00-22:00 Uhr
513	5:00-23:00 Uhr	5:00-23:00 Uhr	14:00-22:00 Uhr
514	5:00-23:00 Uhr	5:00-23:00 Uhr	14:00-22:00 Uhr
515	5:30-22:00 Uhr	6:00-22:00 Uhr	14:00-22:00 Uhr
516	8:00-22:00 Uhr	8:00-22:00 Uhr	15:00-22:00 Uhr
501	4:30-0:30 Uhr	4:30-2:00 Uhr	7:00-0:00 Uhr
505	5:00-23:30 Uhr	5:00-2:00 Uhr	5:00-23:30 Uhr
507	6:00-19:30 Uhr	-	-
560	7:00-16:30 Uhr	-	-
R7	4:30-0:00 Uhr	5:00-1:30 Uhr	8:00-23:30 Uhr
R8	5:00-22:00 Uhr	5:30-22:30 Uhr	7:30-20:30 Uhr
R14	6:30-20:30 Uhr	-	8:00-21:00 Uhr

Stadtbus-Haltestellen Erreichbarkeit innerhalb von 5 min Fußweg

- Die Erreichbarkeit des Stadtgebietes durch die bestehenden Haltestellen des Stadtbusses ist mit einem Fußweg von 5 Minuten (ca. 400 m Fußweg) nahezu vollständig gewährleistet.
- Einige wenige Bereiche in Wohngebieten erfordern einen längeren Fußweg. Diese Gebiete sind jedoch mit dem Stadtbus aus infrastrukturellen Gründen (Befahrbarkeit von Wohnstraßen) nicht besser zu erschließen.

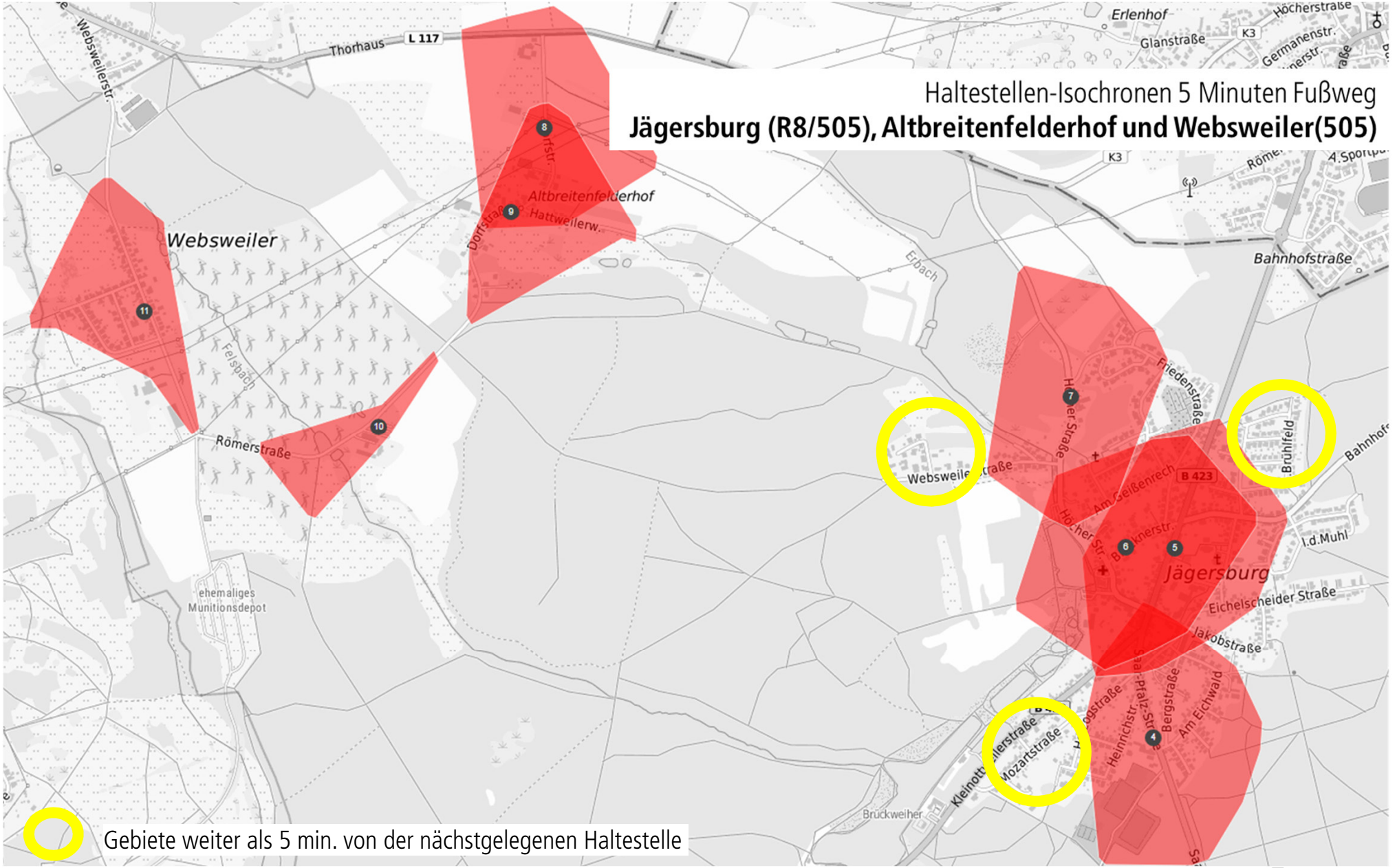


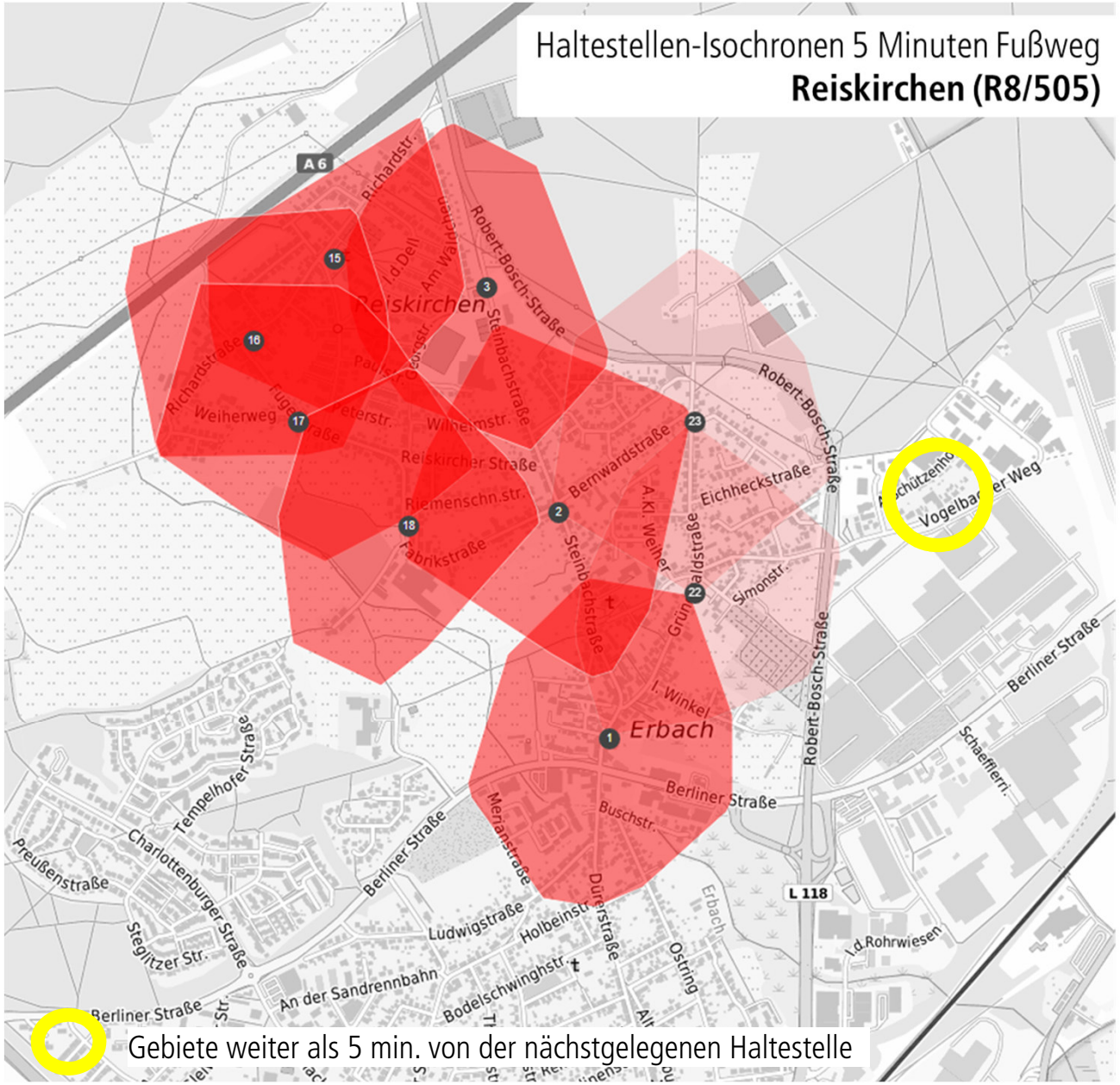
Regionalbus-Haltestellen Erreichbarkeit innerhalb von 5 min Fußweg

- Die Erreichbarkeit der nicht vom Stadtbus bedienten Stadtteile mit einem Fußweg von 5 Minuten (ca. 400 m Fußweg) ist weitestgehend gewährleistet.
- Auch hier existieren einige wenige Bereiche in Wohngebieten, die einen längeren Fußweg erforderlich machen.
- Auf den folgenden Seiten werden vom Regionalbus bediente Korridore dargestellt.

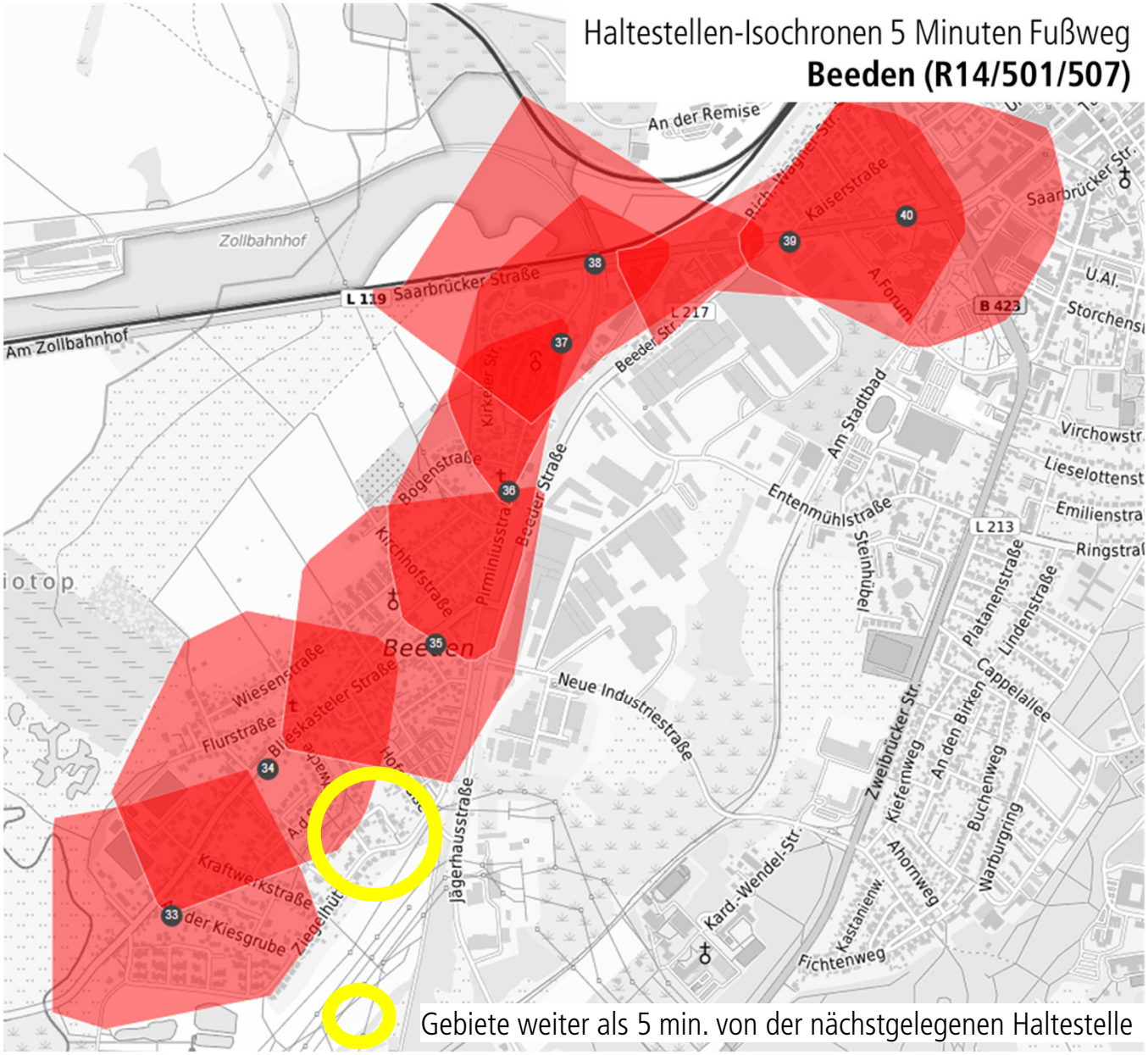
Haltestellen-Isochronen 5 Minuten Fußweg

Jägersburg (R8/505), Altbreitenfelderhof und Websweiler(505)



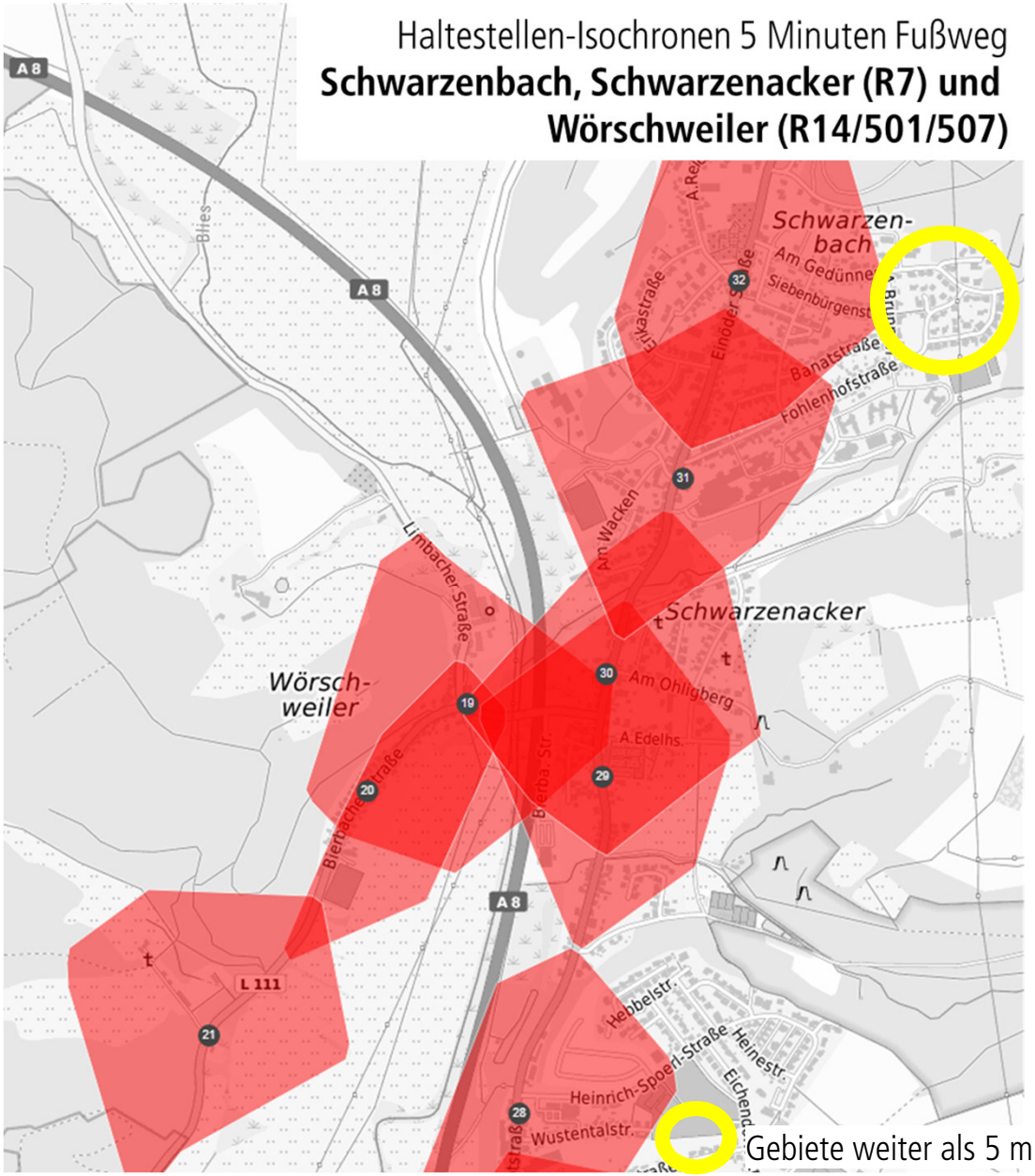


Haltestellen 22/23
unregelmäßige Bedienung

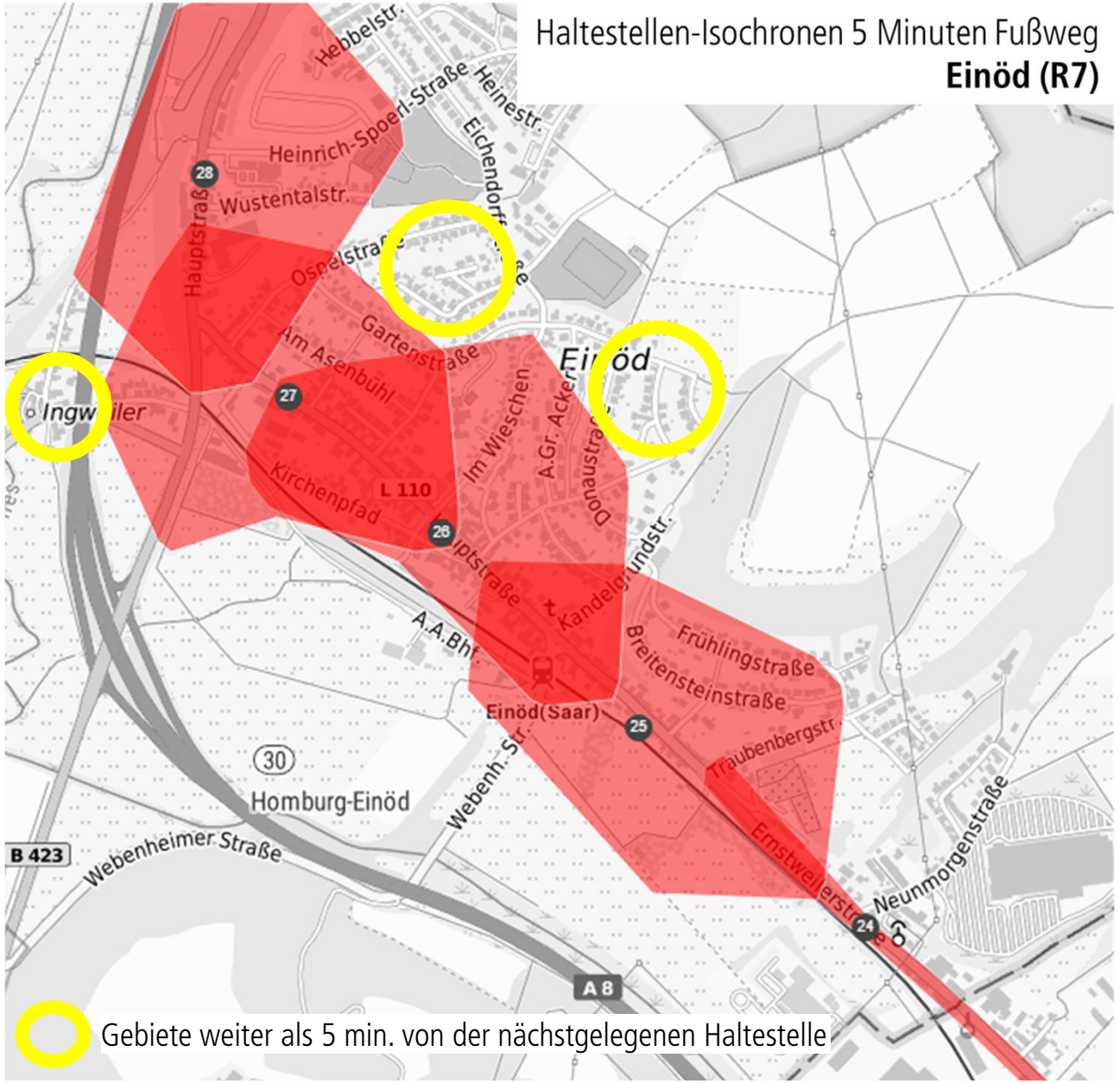

Haltestellen-Isochronen 5 Minuten Fußweg
Beeden (R14/501/507)
Gebiete weiter als 5 min. von der nächstgelegenen Haltestelle
Zollbahnhof
L 119 Saarbrücker Straße
Am Zollbahnhof
An der Remise
Kaiserstraße
Saarbrücker Str.
B 423
L 217
Beeder Str.
Am Stadtbad
Virchowstr.
Lieselottenst.
Emilienstra
Ringstra
Entenmühlstraße
L 213
Steinhübel
Platanenstraße
Lindenstraße
Cappelallee
Neue Industriestraße
Zweibrücker Str.
Kiefernweg
An den Birken
Buchenweg
Warburgring
Ahornweg
Kard.-Wendel-Str.
Kastanienw.
Fichtenweg
Jägerhausstraße
Rogenstraße
Kirchhofstraße
Pirminiusstra
Beeder Straße
Wiesenstraße
Flurstraße
Bliesgasteler Straße
Kraftwerkstraße
der Kiesgrube
Ziegelhütt
A.Forum
U.Al.
Storchensi
Beeden
iotop
38
39
40
37
36
35
34
33

Haltestellen-Isochronen 5 Minuten Fußweg

Schwarzenbach, Schwarzenacker (R7) und Wörschweiler (R14/501/507)



Gebiete weiter als 5 min. von der nächstgelegenen Haltestelle


Haltestellen-Isochronen 5 Minuten Fußweg
Einöd (R7)
Hebbelstr.
Heinrich-Spoerl-Straße
Heinestr.
Eichendorffstraße
Wustentalstr.
Hauptstraße
Ospelstraße
Gartenstraße
Am Asenbühl
Im Wieschen
A.Gr. Ackerstraße
Donaustraße
Kirchenpfad
L 110
Kandelgrundstr.
A.A.Bhf.
Einöd(Saar)
Frühlingstraße
Breitensteinstraße
Traubenbergstr.
Ernstweilerstraße
Neunmorgenstraße
Webenh. Str.
Homburg-Einöd
Webenheimer Straße
B 423
A 8
28
27
26
25
24
30
Gebiete weiter als 5 min. von der nächstgelegenen Haltestelle

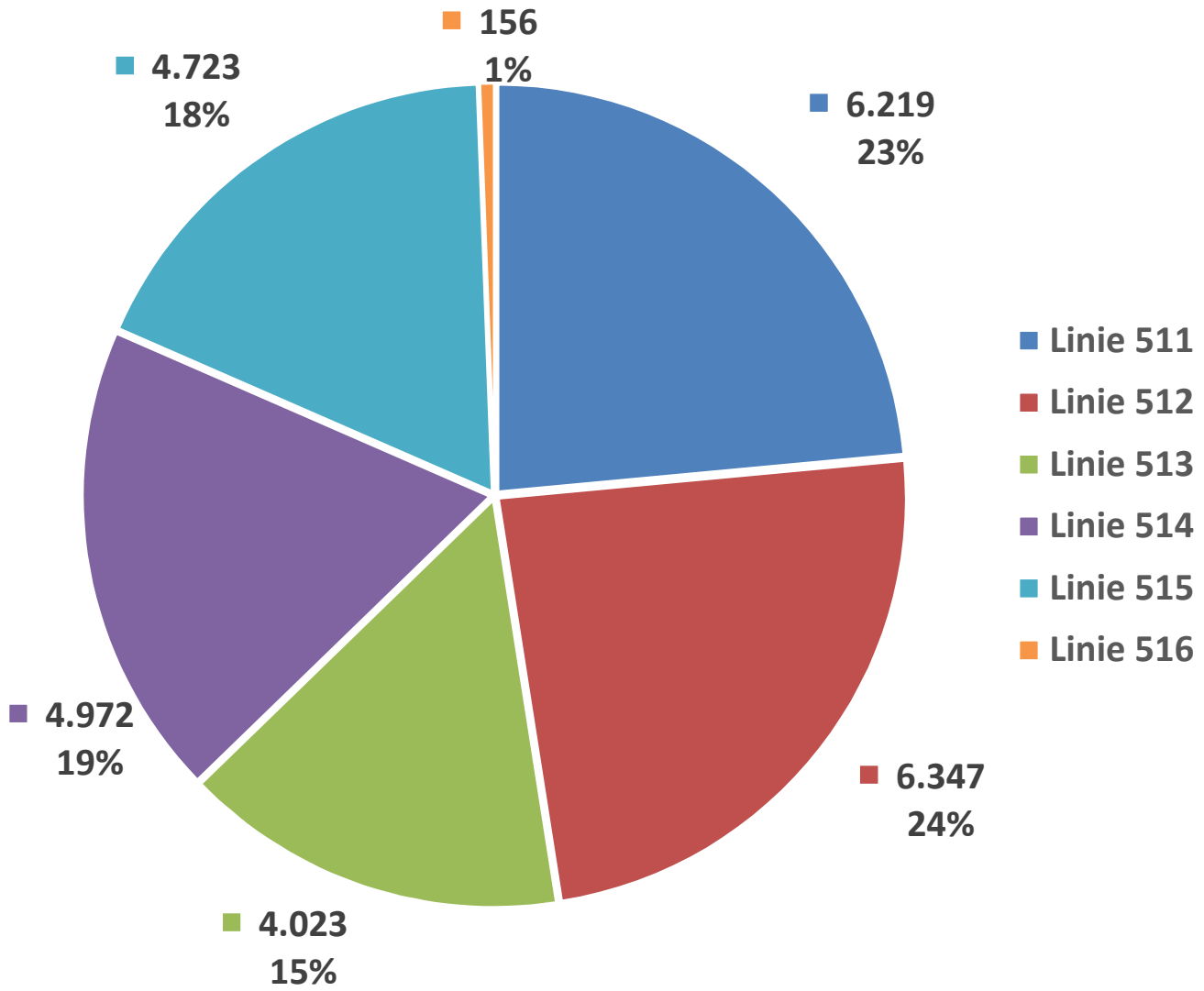
Fahrgastzählung 2023

- Im Jahr 2023 sind drei Fahrgastzählungen in den Stadtbuslinien durchgeführt worden:

  KW 12 (20.03-26.03.2023)
  KW 31 (31.07-06.08.2023) Ferien
  KW 41 (09.10-15.10.2023)

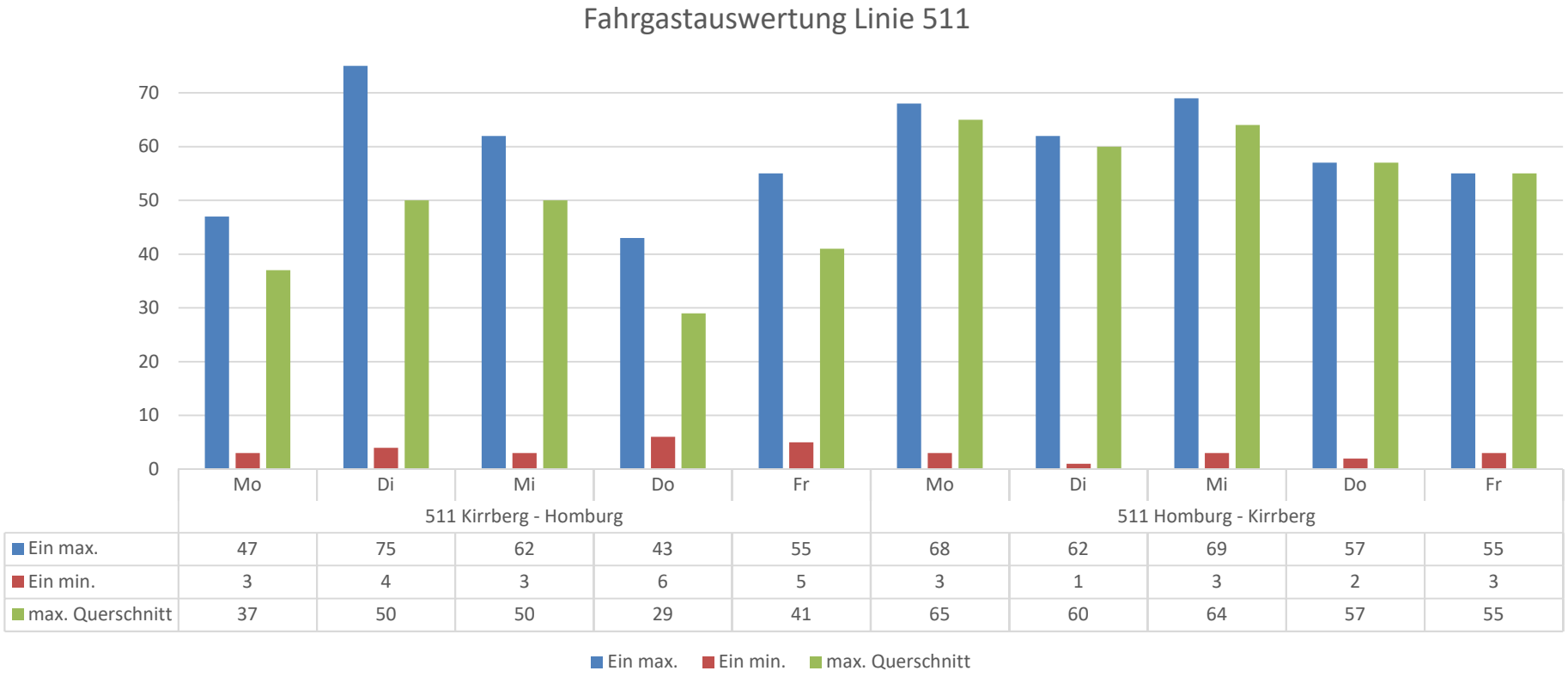
- Die auf den folgenden Seiten wesentlichen Zählergebnisse beziehen sich auf die Auswertung der KW 41.

Einsteiger je Linie in KW 41



Fahrgastzählung 2023 – Linie 511

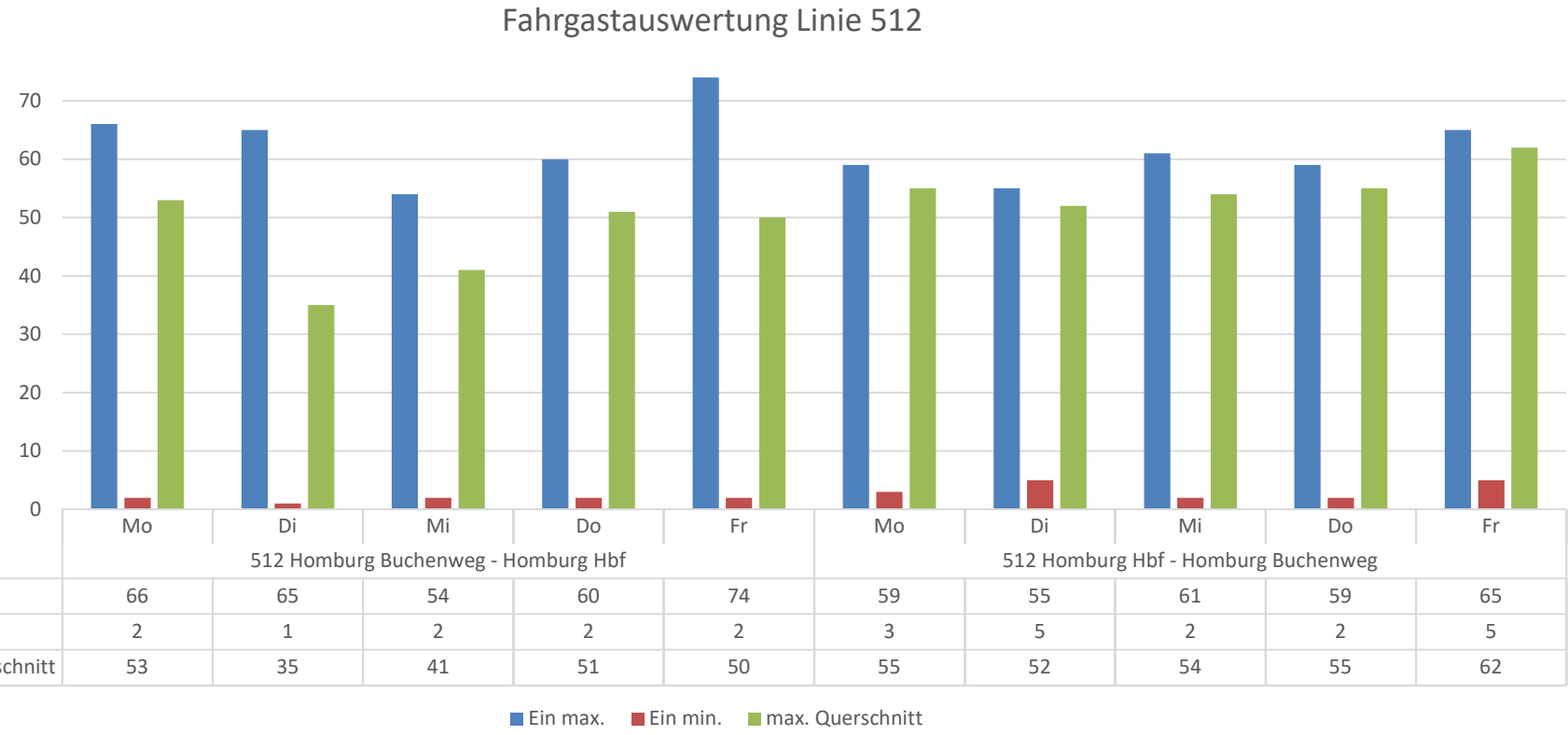
- Minimale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein min.)
- Maximale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein max.)
- Maximaler Querschnitt (Anzahl Fahrgäste gleichzeitig im Bus) je Fahrt



	511 Kirrberg - Homburg					511 Homburg - Kirrberg				
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Mo	Di	Mi	Do	Fr
Ein max.	47	75	62	43	55	68	62	69	57	55
Ein min.	3	4	3	6	5	3	1	3	2	3
max. Querschnitt	37	50	50	29	41	65	60	64	57	55

Fahrgastzählung 2023 – Linie 512

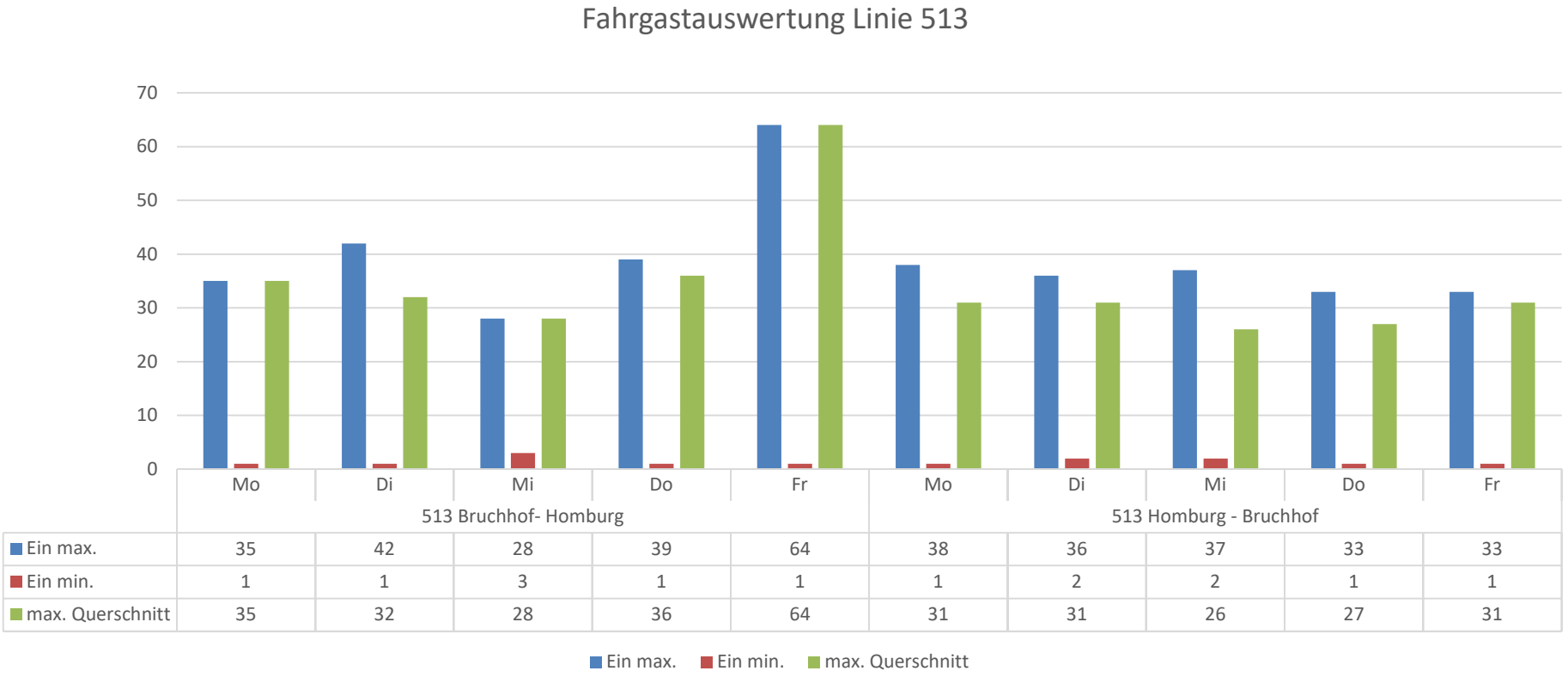
- Minimale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein min.)
- Maximale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein max.)
- Maximaler Querschnitt (Anzahl Fahrgäste gleichzeitig im Bus) je Fahrt



	512 Homburg Buchenweg - Homburg Hbf					512 Homburg Hbf - Homburg Buchenweg				
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Mo	Di	Mi	Do	Fr
Ein max.	66	65	54	60	74	59	55	61	59	65
Ein min.	2	1	2	2	2	3	5	2	2	5
max. Querschnitt	53	35	41	51	50	55	52	54	55	62

Fahrgastzählung 2023 – Linie 513

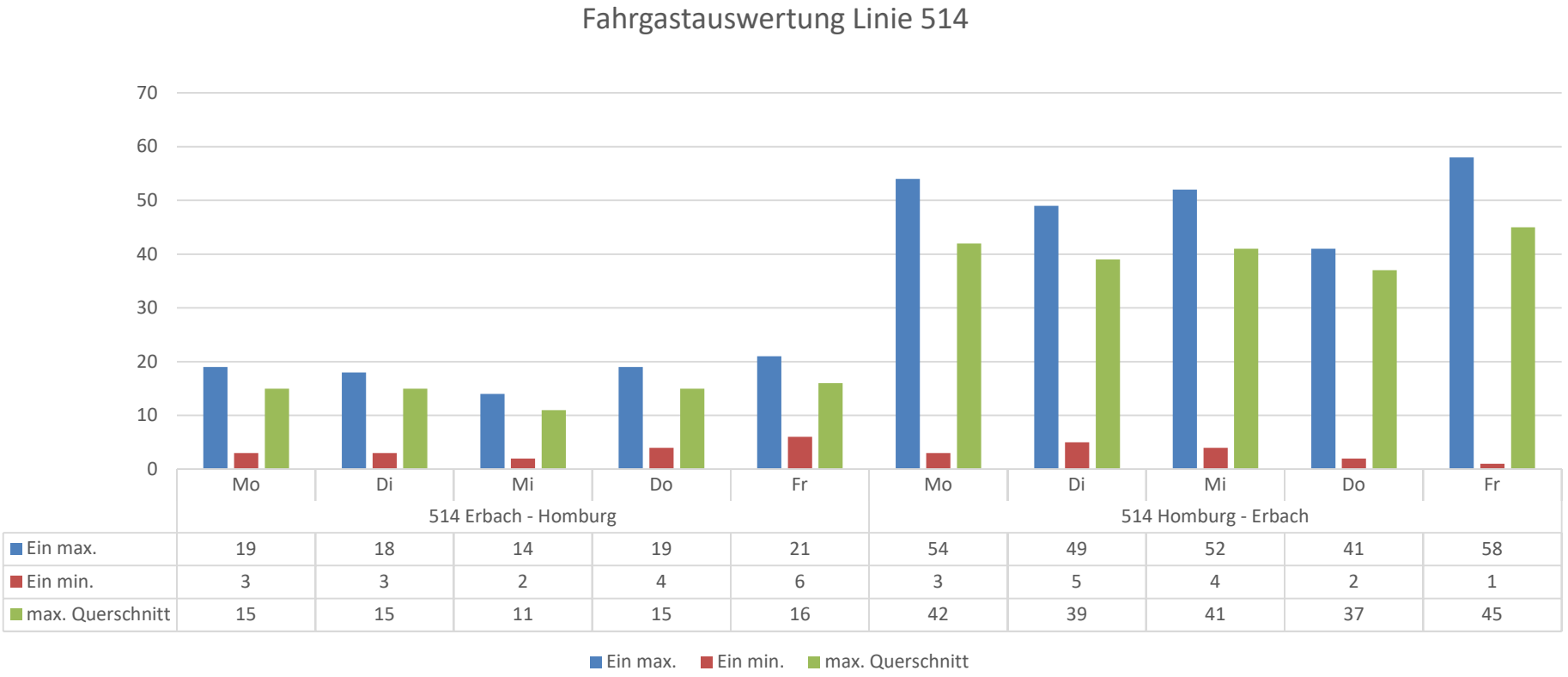
- Minimale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein min.)
- Maximale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein max.)
- Maximaler Querschnitt (Anzahl Fahrgäste gleichzeitig im Bus) je Fahrt



	513 Bruchhof- Homburg					513 Homburg - Bruchhof				
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Mo	Di	Mi	Do	Fr
Ein max.	35	42	28	39	64	38	36	37	33	33
Ein min.	1	1	3	1	1	1	2	2	1	1
max. Querschnitt	35	32	28	36	64	31	31	26	27	31

Fahrgastzählung 2023 – Linie 514

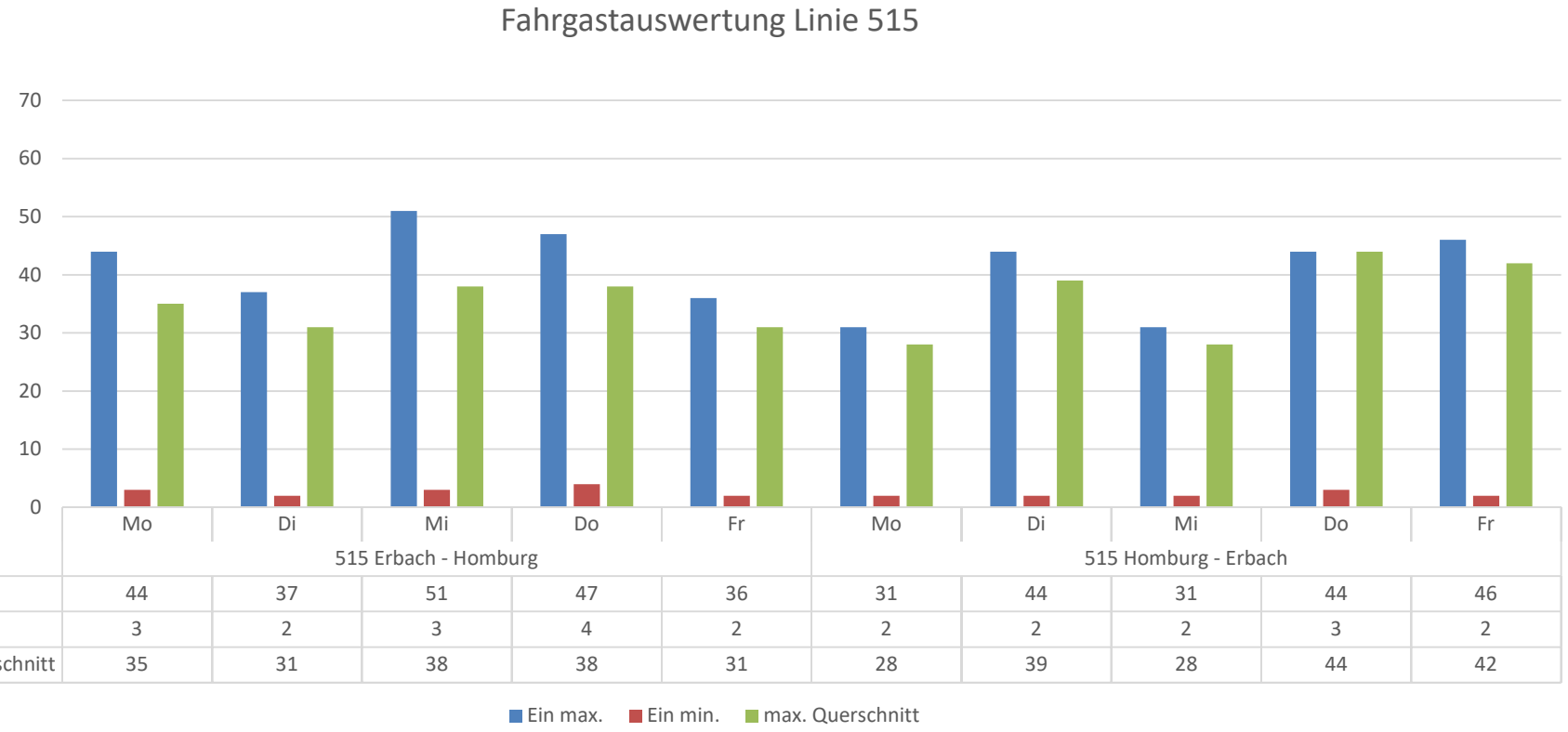
- Minimale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein min.)
- Maximale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein max.)
- Maximaler Querschnitt (Anzahl Fahrgäste gleichzeitig im Bus) je Fahrt



	514 Erbach - Homburg					514 Homburg - Erbach				
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Mo	Di	Mi	Do	Fr
Ein max.	19	18	14	19	21	54	49	52	41	58
Ein min.	3	3	2	4	6	3	5	4	2	1
max. Querschnitt	15	15	11	15	16	42	39	41	37	45

Fahrgastzählung 2023 – Linie 515

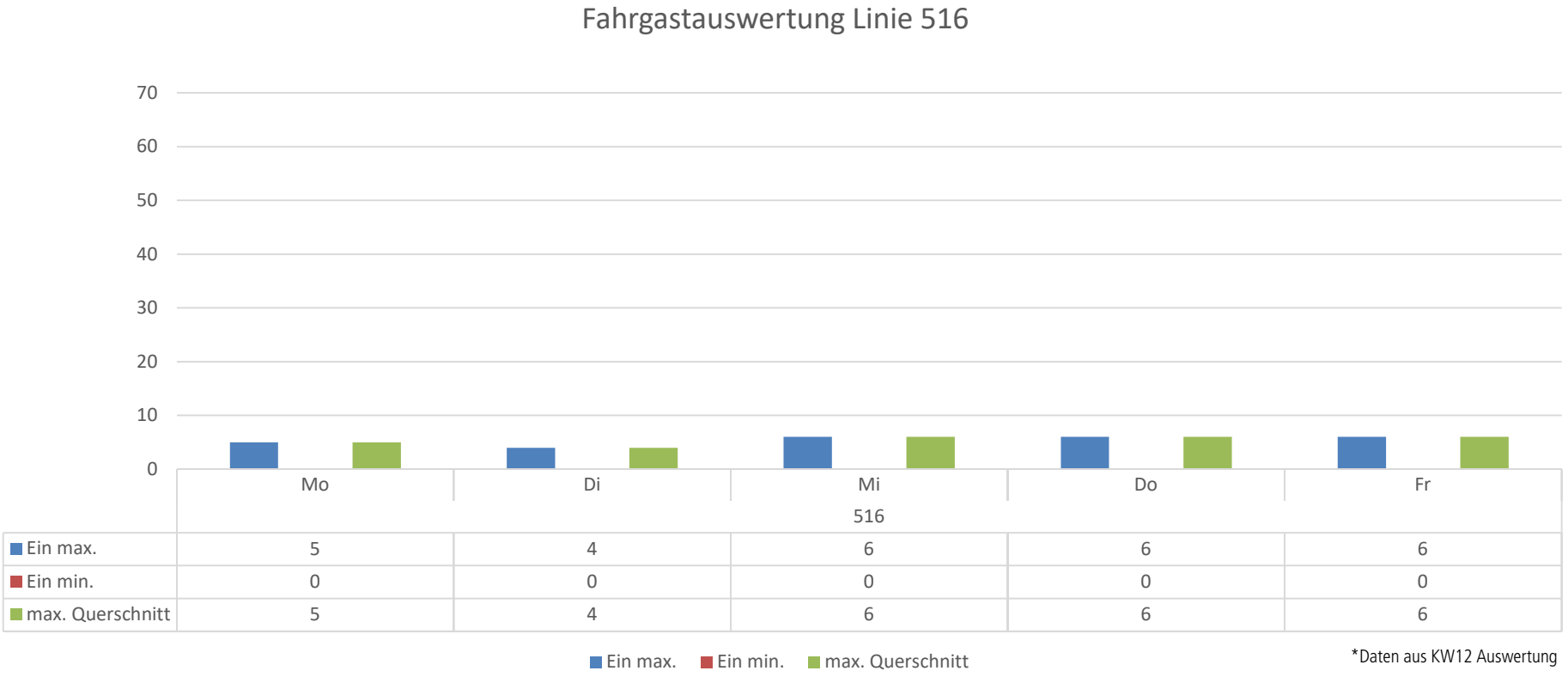
- Minimale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein min.)
- Maximale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein max.)
- Maximaler Querschnitt (Anzahl Fahrgäste gleichzeitig im Bus) je Fahrt



	515 Erbach - Homburg					515 Homburg - Erbach				
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Mo	Di	Mi	Do	Fr
Ein max.	44	37	51	47	36	31	44	31	44	46
Ein min.	3	2	3	4	2	2	2	2	3	2
max. Querschnitt	35	31	38	38	31	28	39	28	44	42

Fahrgastzählung 2023 – Linie 516

- Minimale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein min.)
- Maximale Anzahl an Fahrgästen je Fahrt (Ein max.)
- Maximaler Querschnitt (Anzahl Fahrgäste gleichzeitig im Bus) je Fahrt



	Mo	Di	Mi	Do	Fr
			516		
Ein max.	5	4	6	6	6
Ein min.	0	0	0	0	0
max. Querschnitt	5	4	6	6	6

*Daten aus KW12 Auswertung

Schwachstellen im Stadtgebiet Homburg

- Keine harmonisierte Taktung bei der Bedienung einzelner Ortsteile (30‘/60‘)
- Erschließungslücken entlang der Regionallinien
- Jägersburg und Reiskirchen zeitparallele Fahrplanlage der Regionallinien
- Fehlende Anbindung von Ingweiler
- Linien 512 und 505 nahezu zeitparallele Fahrten zwischen Hbf und Uni-Augenklinik
- Betriebszeiten Sonntagsverkehr Stadtbus
- Linie 513 ohne Bedienung des Hauptbahnhofs in stadtauswärtiger Richtung
- Betriebskonzept Linie 516
- Anschlusskonzeption Stadtbus („Rendezvous“)

Vorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen (Angebotskonzeption) - I

- Keine harmonisierte Taktung bei der Bedienung einzelner Ortsteile (30'/60')
  - Durch unterschiedliche Anschlussbindungen von regionalen Buslinien außerhalb von Homburg bestehen aktuell mögliche Restriktionen in der Abstimmung der einzelnen Taktlagen dieser Buslinien. In Abstimmung mit den regionalen Aufgabenträgern soll versucht werden, eine einfach merkbare Taktstruktur zu konzipieren (bereits vorhanden auf der Linie R7), um auch in Beeden und Wörschweiler „Stadtbusfahrplan-Niveau" zu erreichen.

- Erschließungslücken entlang der regionalen Linien
  - Regionalbuslinien zeichnen sich i.d.R. durch eine gestreckte Linienführung aus, um ihren Fahrgästen möglichst kurze Fahrzeiten anzubieten. Daher kann eine Anpassung der Strecken im Bereich Beeden oder Einöd nicht empfohlen werden.
    In Reiskirchen sollte jedoch der Fahrplan der Linie 505 angepasst werden, um die Haltestellen im Zuge der Grünewaldstraße Montag bis Freitag auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten regelmäßig zu bedienen.

Vorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen (Angebotskonzeption) - II

- Jägersburg und Reiskirchen zeitparallele Fahrplanlage der Regionallinien
  - Im Korridor Reiskirchen/Jägersburg kann durch eine zeitlich optimierte Verteilung des Fahrtenangebots auf den Linien 505 und R8 ohne zusätzlichen Betriebsaufwand ein wesentlich attraktiveres Angebot ermöglicht werden. Innerhalb von Reiskirchen sollte der Charakter der „schnellen" Linie R8 mit einer gestreckten Führung und der feinerschließenden 505 mit der Führung via Grünewaldstraße und Fugelstraße erhalten bleiben. Basis für die Fahrplananpassung ist die Linie 505. Auf der Linie R8 wären neue Fahrplanlagen erforderlich, von der auch die Anschlusssituation u.a. in Kusel profitieren würde.
  - Sollte sich eine Anpassung des Fahrplans nicht erreichen lassen, ist die Einrichtung einer zusätzlichen Stadtbuslinie zur Schließung der Taktlücken im Abschnitt Hauptbahnhof – Jägersburg denkbar. Für diese Leistung ist ein zusätzliches Fahrzeug erforderlich. Die Betriebsleistung (auf Basis des heutigen Stadtbusbetriebskonzepts) würde ca. 69.000 Fpkm/Jahr (Mo bis Fr Takt 60, 5 bis 21 Uhr) erfordern. Die Zulässigkeit sollte mit der Behörde geklärt werden.

Vorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen (Angebotskonzeption) - III

- Fehlende Anbindung von Ingweiler
  - Ingweiler ist aktuell der einzige Homburger Stadtteil ohne direkten ÖPNV-Anschluss.
    Die nächstgelegene Haltestelle ist in Einöd und nur mit einem recht unattraktiven und langen Fußweg zu erreichen.
    Da die Einwohnerzahl von Ingweiler (ca. 160) mit Lappentascher Hof (ca. 190) vergleichbar ist, sollte auch ein vergleichbares ÖPNV mit einer ALT-Linie (anrufbasiert) zwischen Ingweiler und Einöd Bahnhof eingerichtet werden.
    Die Betriebszeiten (täglich ca. 5 bis 20 Uhr) und der Takt (alle 60 Minuten) soll sich an der Linie 546 (Lappentascher Hof) orientieren.

Vorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen (Angebotskonzeption) - IV

- Linien 512 und 505 nahezu zeitparallele Fahrten zwischen Hbf und Uni Augenklinik
  - Zeitparallele Fahrten führen zur Kannibalisierung und binden damit unnötig Ressourcen. Da die Fahrplanlagen der regionalen Busse häufig in einen großräumige Anschlusskonzeption eingebunden sind, wäre nur eine Anpassung des Fahrplankonzeption der Linie 512 denkbar. Diese ist jedoch im Kontext mit den anderen Stadtbuslinien zu betrachten und unterliegt Restriktionen. Daher sind nur minimale zeitliche Verschiebungen möglich.

- Betriebszeiten Sonntagsverkehr Stadtbus
  - Im Gegensatz zu den vom Regionalbus bedienten Stadtteilen, die bereits ab ca. 8 Uhr im Einsatz sind, startet der Stadtbus erst nach 13 Uhr.
    Da die Nachfrage am Sonntagvormittag vsl. geringer sein wird als am Nachmittag, bietet sich der Einsatz eines anrufbasierten Angebots an (z.B. wie ALT 546 Lappentascher Hof). Dieses System kann mit 8-sitziger Fahrzeugen betrieben werden, so dass kein zusätzliches Buspersonal benötigt wird.

Vorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen (Angebotskonzeption) - V

- Linie 513 ohne Bedienung des Hauptbahnhofs in stadtauswärtiger Richtung
  - Fahrgäste in Richtung Bruchhof und Sanddorf müssen im aktuellen Betriebskonzept eine verlängerte Fahrstrecke mit zusätzlichem Zeitaufwand zurücklegen, wenn sie am Hauptbahnhof starten.
    Im Rahmen einer vorgegebenen Umlaufverknüpfung kann erreicht werden, dass die Linie 513 in beiden Richtungen den Hauptbahnhof bedient (bei Entfall des Innenstadtrings).

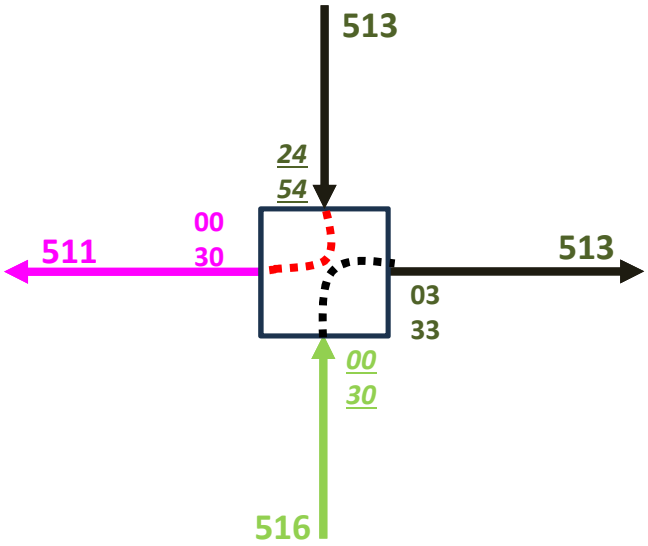
- Betriebskonzept Linie 516
  - Alleinstellungsmerkmal der Linie 516 ist die Bedienung der Haltestelle „Marktplatz". Die Fahrgastnachfrage ist hier sehr gering.
    Linie 516 wird zu einer Innenstadtringlinie Bahnhof – Talstraße – Bahnhof (über Marktplatz) aufgewertet. Im Gegenzug wird die Linie 515 nicht mehr über den Innenstadtring geführt. Fahrgäste von / nach Erbach können durch eine Umlaufverknüpfung umsteigefrei zwischen Erbach und Innenstadt verkehren.

Vorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen (Angebotskonzeption) - VI

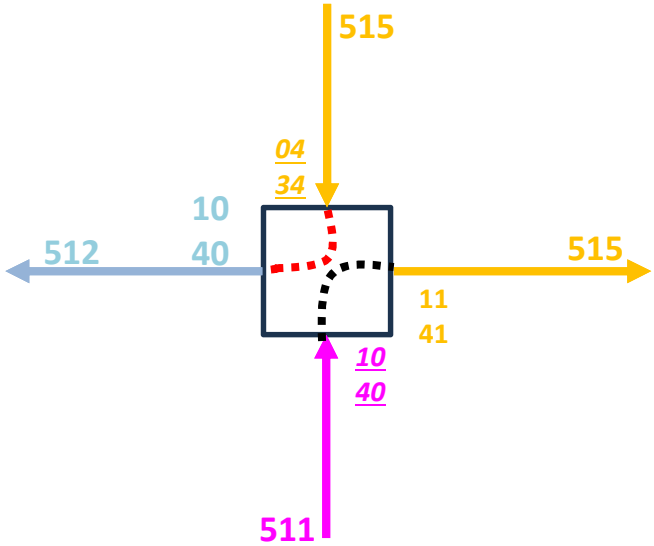
- Anschlusskonzeption Stadtbus („Rendezvous“)
  - Ein Rendezvous aller Linien zum gleichen Zeitpunkt ist aus räumlichen Gründen (fehlende Haltepositionen) sowie fahrplantechnischen Gründen (unterschiedlicher Fahrtzeitbedarf) nicht möglich. Ferner würden Linien aus der gleichen Richtung (z.B. 514 / 515 aus Erbach) gleichzeitig hintereinander herfahren (Parallelverkehr).
  - Vorschlag ist die Einrichtung kleinerer Anschlussknoten alle 10 Minuten am Bahnhof. Dadurch würde sich ein 10 Minuten-Takt auf dem Innenstadtring ergeben.
    Ferner ist gewährleistet, dass Fahrgäste mit Wartezeiten von ca. 10 Minuten aus allen Ortsteilen in alle Ortsteile gelangen können.
  - Die Anschlussknoten ermöglichen neben kurzen Übergängen zu den Regionalbussen auch Übergänge auf den SPNV (RE, RB, S-Bahn).

Darstellung der kleinen Rendezvouspunkte am Hauptbahnhof

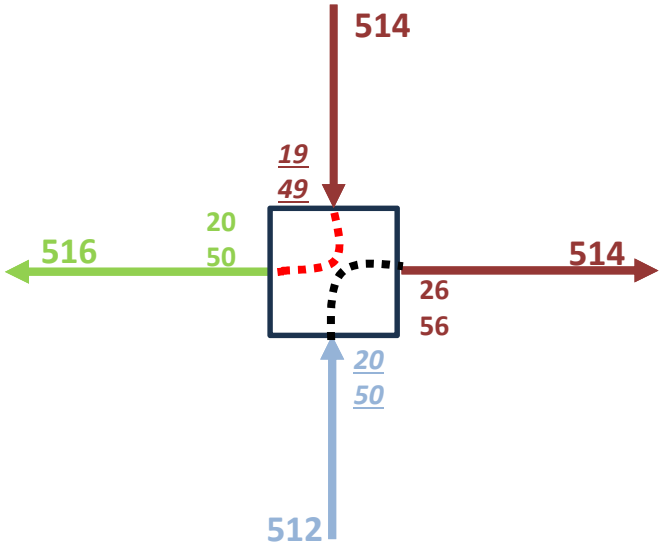
Zur Minute: 00/30



:10/40



:20/50



Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

2024/0424/610
öffentlich
Beschlussvorlage
610 - Stadtplanung / Bauordnung
Bericht erstattet: Büro Kernplan; Herr Banowitz

Teiländerung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Bebauungsplanes "Universitätskliniken, Teilbereich 3", Gemarkung Homburg, hier: Entwurfsbeschluss

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Ortsrat Homburg (Anhörung)	30.09.2024	Ö
Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss (Vorberatung)	02.10.2024	N
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

a. Die Anpassung des Geltungsbereiches der Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ wird beschlossen
b. Der Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ wird gebilligt
c. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen

Sachverhalt

Der Flächennutzungsplan stellt für das Plangebiet insbesondere ein Sondergebiet bzw. geplantes Sondergebiet „Klinik“ sowie Waldflächen dar. Da der Bebauungsplan „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ in seinen Festsetzungen (Sondergebiet, Waldflächen) von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes abweicht, widerspricht er dem Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind.
Aus diesem Grund wird für den Geltungsbereich des Bebauungsplans der Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homburg im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB teilgeändert.

Gegenstand der Teiländerung des Flächennutzungsplanes ist die Darstellung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Universitätsklinikum“ sowie von Waldflächen, um die Erweiterung und zukünftige Entwicklung des Universitätsklinikums planerisch vorzubereiten. Aktuell stellt der Flächennutzungsplan überwiegend ein Sondergebiet bzw. geplantes Sondergebiet „Klinik“ sowie Flächen für die Forstwirtschaft

(u. a. Aufforstungsflächen) dar.

Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Teiländerung umfasst den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“. Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches der Teiländerung des Flächennutzungsplanes sind dem beigefügten Lageplan zu entnehmen. Er umfasst insgesamt eine Fläche von ca. 34,5 ha.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 07.02.24 gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs.1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Änderungen, die Einleitung des Verfahrens zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ beschlossen.

Gegenüber der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB, die vom 22.03.24 bis einschließlich 01.03.24 durchgeführt wurde, gibt es folgende wesentliche Änderungen:

- Gegenüberstellung und Bewertung der Trassenvarianten und Festlegung auf eine Trassenvariante; Festsetzung eines Sondergebietes im Bereich der zukünftigen Verkehrsanbindung an die Kirrberger Straße bzw. L 213
- Anpassung des Geltungsbereiches östlich im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213 im Sinne der zukünftig geplanten Verkehrsanbindung und Knotenpunktgestaltung
- Darstellung von Richtfunkstrecken gemäß Stellungnahme von Versorgungs- bzw. Leitungsträgern
- Fertigstellung des Umweltberichtes

Die während der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden sind in der beiliegenden Tabelle im Anhang dargestellt. Parallel hierzu fand die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit statt. Bürgerinnen und Bürger haben sich zur vorliegenden Planung nicht geäußert.

Aufgrund des fortgeschrittenen Planungsstandes beschließt der Stadtrat in diesem Zusammenhang zudem die Anpassung des Geltungsbereiches der Teiländerung des Flächennutzungsplanes analog zur Anpassung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“. Die Anpassung ist insbesondere zur Realisierung der zukünftigen Verkehrsanbindung des Plangebietes an die L 213 erforderlich. Zuvor belief sich die Größe des Plangebietes auf ca. 34,1 ha.

Der Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), der Begründung sowie dem dazugehörigen Umweltbericht.
Der Umweltbericht wird in diesem Kontext, insb. aufgrund noch andauernder Erfassungen, gegenwärtig noch fertiggestellt und zum Stadtrat bzw. spätestens zur anstehenden Offenlage final vorgelegt. Die aktuellsten Erkenntnisse und Untersuchungsergebnisse des Umweltgutachters sind jedoch schon in die angepassten Planunterlagen eingeflossen (u. a. Naturschutzfachliche Kurzbeurteilung in der Begründung, umweltbezogene Festsetzungen Bebauungsplan).

Als nächster Schritt erfolgt die Offenlage des Entwurfes sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden an der Planung.

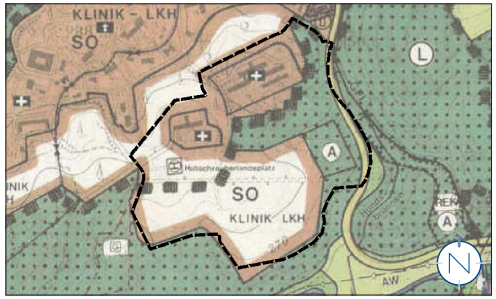
Finanzielle Auswirkungen

Keine

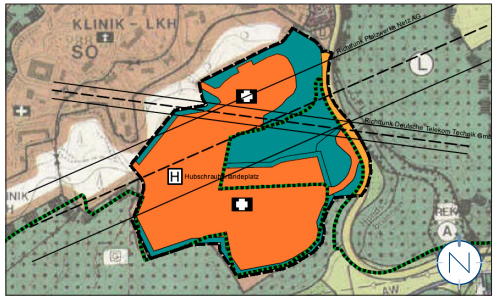
Anlage/n

1 Planzeichnung (öffentlich)
2 Lageplan (öffentlich)
3 Begründung (öffentlich)
4 Synopse Stellungnahmen (öffentlich)

BISHERIGE DARSTELLUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES



TEILÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

GELTUNGSBEREICH DER TEILÄNDERUNG

Planzeichen neue Darstellung (nach Teiländerung)

SONDERBAUFLÄCHE
(§ 5 ABS. 2 NR. 1 BAUGB UND § 1 ABS. 1 NR. 4 BAUNVO)

ZWECKBESTIMMUNG: GESUNDHEITLICHEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE; HIER „UNIVERSITÄTSKLINIKUM"
(§ 5 ABS. 2 NR. 1 BAUGB UND § 1 ABS. 1 NR. 4 BAUNVO)

WALDFLÄCHEN
(§5 ABS. 2 NR. 9 B BAUGB)

LANDSTRASSEN; HIER: L 213
(§ 5 ABS. 2 NR. 3 BAUGB)

RICHTFUNKSTRECKE MIT SCHUTZSTREIFEN
(§ 5 ABS. 2 NR. 4 BAUGB)

UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, DIE DEM NATUR- ODER LANDSCHAFTSSCHUTZ DIENEN; HIER: LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET
(NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME; §5 ABS. 6 BAUGB)

Planzeichen bisherige Darstellung (Bestand)

SO — SONDERGEBIET KLINIK - LKH
(§ 5 ABS. 2 NR. 1 BAUGB)

S — GEPLANTES SONDERGEBIET KLINIK - LKH
(§ 5 ABS. 2 NR. 1 BAUGB)

FORSTWIRTSCHAFT
(§ 5 ABS. 2 NR. 9 B BAUGB)

A — AUFFORSTUNGSFLÄCHE
(§ 5 ABS. 2 NR. 9 B BAUGB)

LANDSTRASSEN; HIER: L 213
(§ 5 ABS. 2 NR. 3 BAUGB)

L — UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, DIE DEM NATUR- ODER LANDSCHAFTSSCHUTZ DIENEN; HIER: LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET
(NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME§5 ABS. 6 BAUGB)

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Stadtrat der Kreisstadt Homburg hat am __.__.__ die Einleitung des Verfahrens zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, die Teiländerung durchzuführen, wurde am __.__.____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Homburg, den __.__.____

_____
Der Oberbürgermeister
i.V. Der Bürgermeister

- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich der Teiländerung des Flächennutzungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Die Vorbereitung und Durchführung der Verfahrensschritte nach den §§ 2a bis 4a BauGB wurden gem. § 4b BauGB an die Kernplan GmbH übertragen.
- Die Öffentlichkeit wurde in der Zeit vom __.__.____ bis einschließlich __.__.____ frühzeitig beteiligt und von der Planung unterrichtet (§ 3 Abs. 1 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, deren Aufgabenbereich von der Planung berührt werden kann, wurden mit elektronischem Schreiben vom __.__.____ frühzeitig beteiligt und von der Planung unterrichtet und um Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB (Scoping) aufgefordert (§ 4 Abs. 1 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum __.__.____ zur Stellungnahme eingeräumt.
- Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am __.__.____ den Entwurf gebilligt und die Veröffentlichung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Internet inkl. einer Auslegung beschlossen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und dem Umweltbericht wurde in der Zeit vom __.__.____ bis einschließlich __.__.____ im Internet veröffentlicht und zur Ansicht und zum Herunterladen bereitgehalten (§ 3 Abs. 2 BauGB). Zusätzlich fand eine öffentliche Auslegung statt.
- Ort und Dauer der Veröffentlichung im Internet und der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Veröffentlichungsfrist von jedermann elektronisch per Mail, oder bei Bedarf schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Teiländerung des Flächennutzungsplanes unberücksichtigt bleiben können, am __.__.____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB.)
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom __.__.____ von der Veröffentlichung im Internet / Auslegung elektronisch benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum __.__.____ zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der elektronischen Beteiligung, Veröffentlichung im Internet / Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am __.__.____. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 6 BauGB).
- Der Stadtrat hat am __.__.____ die Teiländerung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Homburg, den __.__.____

_____
Der Oberbürgermeister
i.V. Der Bürgermeister

- Die Teiländerung des Flächennutzungsplanes wurde gem. § 6 Abs. 1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorgelegt.
- Die Teiländerung des Flächennutzungsplanes wurde gem. § 6 Abs. 1 BauGB vom Ministerium für Inneres, Bauen und Sport genehmigt.

Az.:_____

Ministerium für Inneres, Bauen und Sport

Saarbrücken, den __.__.____

- Die Erteilung der Genehmigung der Flächennutzungsplanteiländerung durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport vom __.__.____ ist am __.__.____ gem. § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der Einsehbarkeit der Teiländerung des Flächennutzungsplanes. Mit der Bekanntmachung ist die Teiländerung des Flächennutzungsplanes wirksam.

Homburg, den __.__.____

_____
Der Oberbürgermeister
i.V. Der Bürgermeister

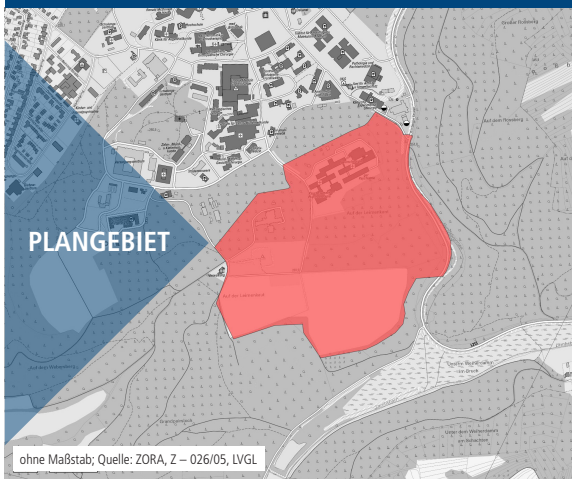
GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Darstellungen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes gelten u. a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394).
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240).
- § 12 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Januar 2023 (Amtsbl. I S. 204).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz - (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch Artikel 162 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629).

Universitätskliniken, Teilbereich 3

Teiländerung des Flächennutzungsplanes in der Kreisstadt Homburg, Stadtteil Homburg



Bearbeitet im Auftrag der
Kreisstadt Homburg
Am Forum 5
66424 Homburg

Stand der Planung: 03.09.2024
ENTWURF

Maßstab 1:10.000 im Original
Verkleinerung ohne Maßstab

0 100 500 1000

Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH

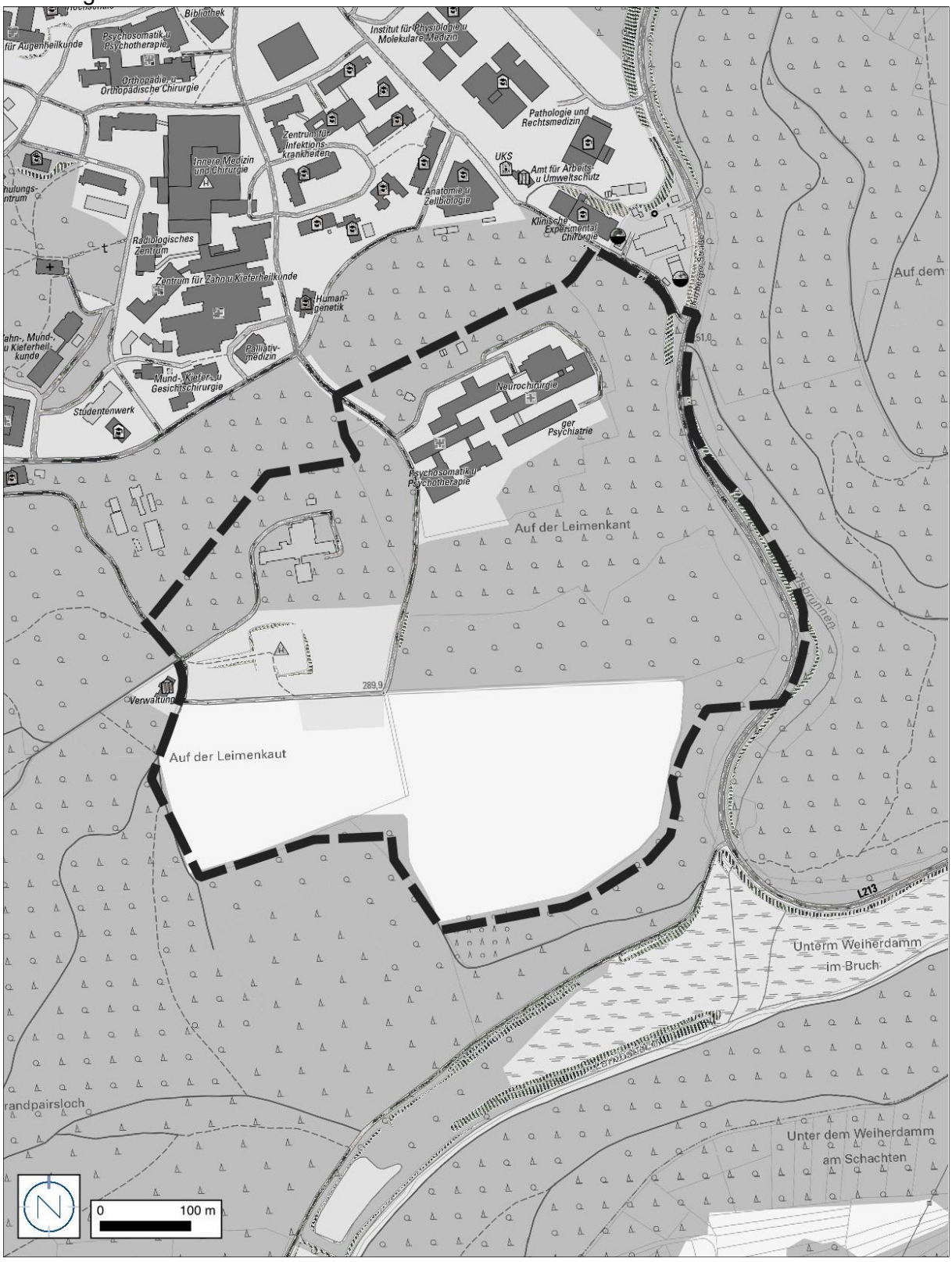
Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70
email: info@kernplan.de

Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End

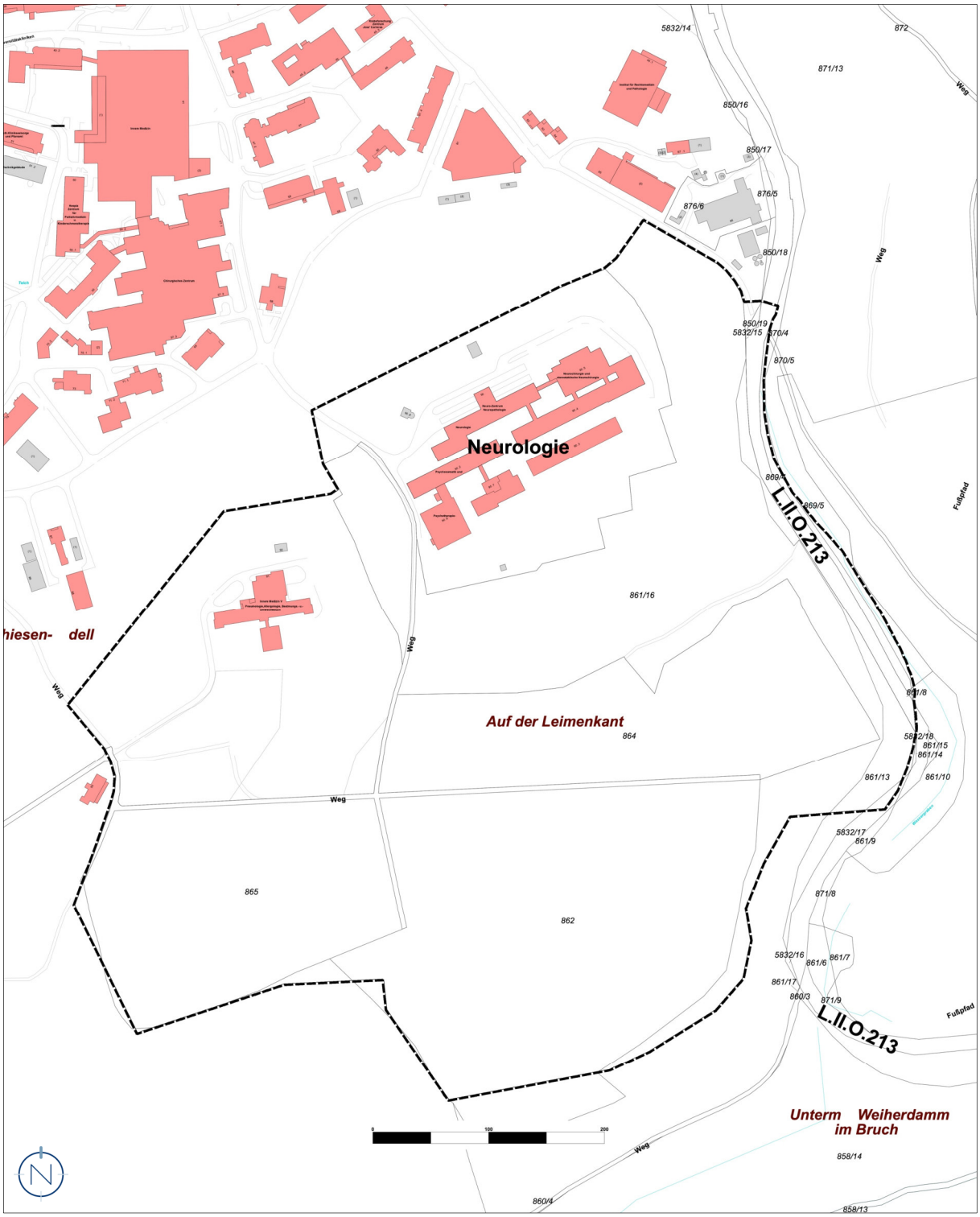
KERN PLAN

LAGEPLAN, OHNE MASSSTAB

Geltungsbereich der Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ in der Kreisstadt Homburg, Stadtteil Homburg



Quelle: © GeoBasis DE/LVGL-SL (2024); Bearbeitung: Kernplan, Stand: 04.09.24



Quelle Katastergrundlage: LVGL; Stand Katastergrundlage: 31.05.2023; Bearbeitung: Kernplan

Universitätskliniken, Teilbereich 3

Teiländerung des Flächennutzungsplans in der Kreisstadt Homburg, Stadtteil Homburg

ENTWURF

03.09.2024

KERN PLAN

Universitätskliniken, Teilbereich 3

IMPRESSUM

Im Auftrag:

Kreisstadt Homburg
Am Forum 5
66424 Homburg

Stand: 03.09.2024, Entwurf

Verantwortlich:

Geschäftsführende Gesellschafter
Dipl.-Ing. Hugo Kern, Raum- und Umweltplaner
Dipl.-Ing. Sarah End, Stadtplanerin AKS

Projektleitung:

M. Sc. Christopher Jung, Umweltplanung und Recht

Hinweis:

Inhalte, Fotos und sonstige Abbildungen sind geistiges Eigentum der Kernplan GmbH oder des Auftraggebers und somit urheberrechtlich geschützt (bei gesondert gekennzeichneten Abbildungen liegen die jeweiligen Bildrechte/Nutzungsrechte beim Auftraggeber oder bei Dritten).

Sämtliche Inhalte dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung der Kernplan GmbH bzw. des Auftraggebers (auch auszugsweise) vervielfältigt, verbreitet, weitergegeben oder auf sonstige Art und Weise genutzt werden. Sämtliche Nutzungsrechte verbleiben bei der Kernplan GmbH bzw. beim Auftraggeber.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel. 0 68 25 - 4 04 10 70
Fax 0 68 25 - 4 04 10 79
www.kernplan.de · info@kernplan.de

KERN PLAN

INHALT

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung 4

Grundlagen und Rahmenbedingungen 5

Begründungen der Darstellungen und weitere Planinhalte 10

Auswirkungen des Flächennutzungsplanes, Abwägung 12

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung

Das Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS) ist als eines der beiden Krankenhäuser der Maximalversorgung im Saarland das Rückgrat der medizinischen Versorgung des Landes und benötigt gemäß seinem besonderem Auftrag eine ausreichende infrastrukturelle Ausstattung.

Der Gebäudekomplex der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) stammt im Wesentlichen aus den 1960er Jahren und beherbergt die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, die Klinik für Neurologie, die Klinik für diagnostische und interventionelle Neuroradiologie, die Klinik für Neurochirurgie, die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie, das Institut für Neuropathologie, das Deutsche Institut für Demenzprävention sowie das Institut für Psychoanalyse, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin.

Bei den Gebäuden besteht ein erheblicher Sanierungsbedarf. Aufgrund der überholten Gebäudestruktur, des insgesamt schlechten Erhaltungszustandes und der Tatsache, dass eine zeitgemäße (medizinisch und betriebswirtschaftlich sinnvolle) Nutzung der Gebäude nicht mehr möglich ist, wird eine Generalsanierung als nicht mehr zielführend angesehen. Darüber hinaus können derart umfangreiche Sanierungsmaßnahmen nicht im laufenden Klinikbetrieb durchgeführt werden, da wichtige Einheiten der Neurologischen Klinik (Intensiv-, Stroke-Unit-Einheit) hiervon betroffen sind und keine geeigneten Ausweichgebäude bzw. Ausweichbetten zur Verfügung stehen.

Im Ergebnis stellt somit lediglich ein Neubau für den Gebäudekomplex 90 sowohl mittelfristig, mit Blick auf die Betriebssicherung, als auch langfristig eine zielführende Lösung zur zukünftigen Gewährleistung und Modernisierung der medizinischen Versorgung am Standort Homburg dar. Dabei wird ein Ersatzneubau angestrebt, der auch die übrigen Bereiche des Gebäudekomplexes 90 aufnehmen kann.

Eine Prüfung mehrerer Möglichkeiten und potenzieller Standorte hat letztlich ergeben, dass Neubaumaßnahmen im Bereich der stillgelegten Pneumologie (Geb. 91) bzw. des Hubschrauberlandeplatzes, also südlich des derzeitigen Uniklinikgeländes, in der Gesamtbetrachtung am besten geeignet sind. Auch die Verkehrsanbindung und -organisation kann im Zuge dessen an die aktuellen und zukünftigen Anforderungen angepasst werden.

In diesem Zusammenhang sollen des Weiteren auch Fragen der zukünftigen gesamträumlichen Entwicklung des Klinikums aufgegriffen und geklärt werden. Aus diesem Grund umfasst das Vorhaben, neben dem Neubau für den Gebäudekomplex 90, weitere flexible Entwicklungsmöglichkeiten für die Klinik. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, langfristig alle klinischen Nutzungen an den neuen Standort zu verlagern sowie die verkehrlichen Erschließung in diesem Zusammenhang weiterzuentwickeln. Hierzu wird eine neue Verkehrsanbindung an die L 213 in die Planung integriert, die in Verbindung mit der zukünftigen Entwicklung der Uniklinik sukzessiv und bedarfsorientiert realisiert werden soll.

Der aktuell rechtswirksame Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homburg stellt das Plangebiet überwiegend als Sondergebiet bzw. geplantes Sondergebiet „Klinik" dar. Weitere Teilbereiche werden als Flächen für die Forstwirtschaft (u. a. auch Aufforstungsflächen) dargestellt. Das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB ist somit nicht vollständig erfüllt. Aus diesem Grund wird eine Teiländerung des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes gem. § 8 Abs. 3 BauGB durchgeführt.

Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Teiländerung entspricht dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3". Die genauen Grenzen können dem Lageplan entnommen werden. Der Geltungsbereich umfasst insgesamt eine Fläche von ca. 34,50 ha.

Dementsprechend hat der Stadtrat der Kreisstadt Homburg den Beschluss gefasst, den rechtswirksamen Flächennutzungsplan parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3" teil zu ändern.

Gegenstand der vorliegenden Teiländerung des Flächennutzungsplanes ist die Darstellung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Universitätsklinikum" sowie von Waldflächen, um die zukünftige Entwicklung und Erweiterung des Universitätsklinikums planerisch vorzubereiten.

Parallel zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes ist eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchzuführen. Der Umweltbericht ist gesonderter Bestandteil der Begründung (der Umweltbericht entspricht dem Planwerk zum Bebauungsplan „Universitätskliniken, Teilbereich 3").

Mit der Erstellung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes und der Durchführung des Verfahrens ist die Kernplan, Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH, Kirchenstraße 12, 66557 Illingen, beauftragt.

Mit der Erstellung des Umweltberichts ist die ARK Umweltplanung und -consulting Partnerschaft, Paul-Marien-Str. 18, 66111 Saarbrücken, beauftragt.

Grundlagen und Rahmenbedingungen

Lage und Begrenzung des räumlichen Geltungsbereiches

Das Plangebiet liegt südlich des Stadtteils Homburg, im Bereich der Universitätsklinik des Saarlandes und ist aktuell über das Straßennetz der UKS erschlossen sowie im weiteren Verlauf über die Ringstraße und Cappelallee an den örtlichen und überörtlichen Verkehr (u. a. B 423) angebunden. Die Gebäude der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) und der bereits stillgelegten Pneumologie (Geb. 91) sowie der Hubschrauberlandeplatz der Uniklinik befinden sich dabei innerhalb des Geltungsbereiches.

Die Abgrenzung des Bebauungsplanes und damit auch der FNP-Teiländerung orientiert sich in erster Linie an den vorhandenen Nutzungen, der südlich gelegenen, zusammenhängenden Freifläche und den bestehenden Waldgrenzen in diesem Bereich (mit ausgebildetem Waldrandbereich bzw. Waldsaum).

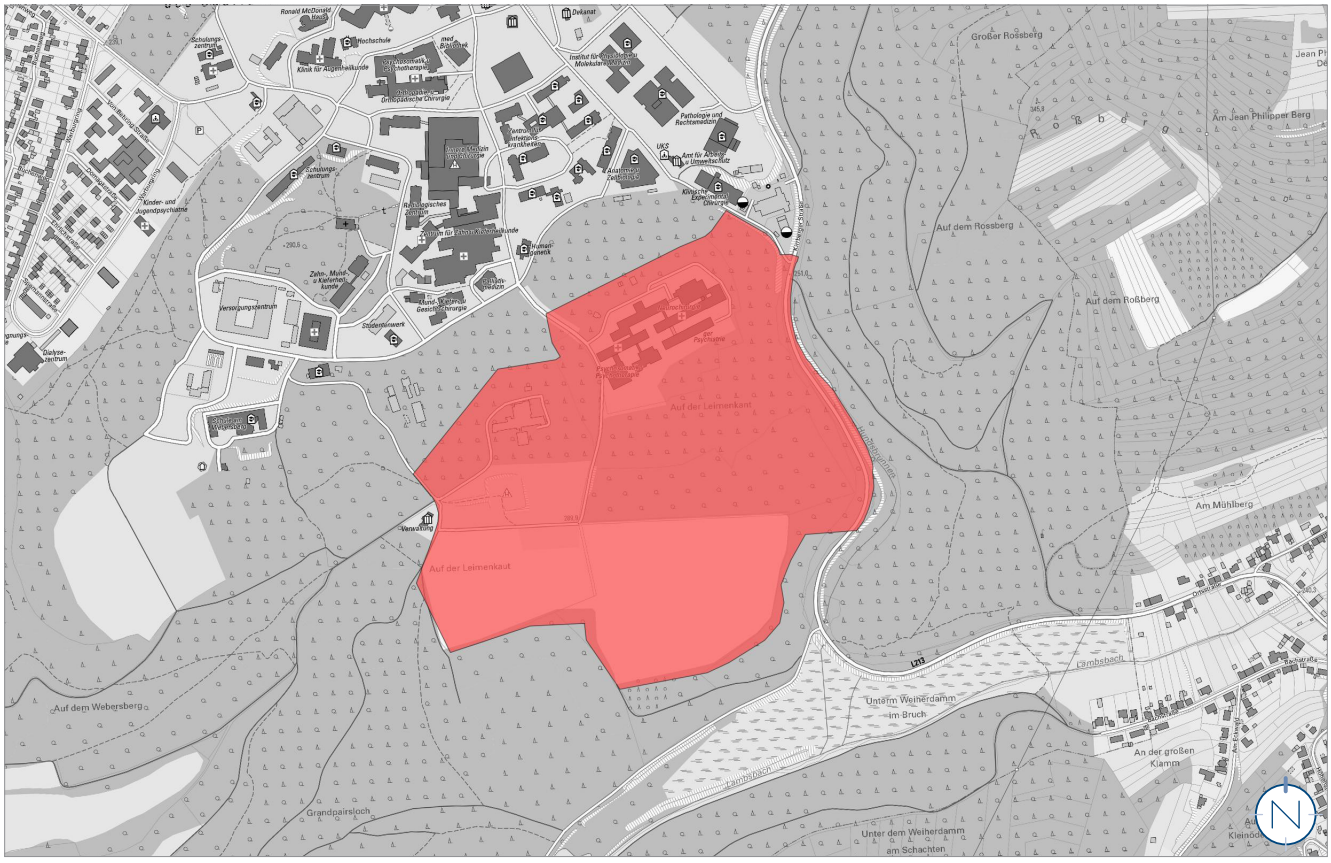
Folgende Flurstücke (Gemarkung Homburg) liegen dabei insb. im Plangebiet:

- Flur 4, Nr. 850/19, 861/8, 864 und 865,
- Flur 24, Nr. 5832/15,
- Flur 4, Nr. 869/4, 869/5, 863/1, 850/49, 858, 861/10, 861/13, 861/16 und 862 (jeweils Teilflächen),
- Flur 24, Nr. 5832/17 und 5832/30 (jeweils Teilflächen).

Der Geltungsbereich der FNP-Teiländerung i. V. m. dem Bebauungsplan wird vor diesem Hintergrund wie folgt begrenzt:

- Im Osten durch die Kirrberger Straße bzw. L 213 (Verlauf der Grenze östlich am äußeren Rand der Verkehrsfläche);
- Im Süden, von der L 213 ausgehend, durch den Waldbestand in Richtung bestehender Freifläche (Flurstück 862) und im weiteren Verlauf der derzeitigen Grenze zwischen Freifläche und Wald in einem Abstand von 15,0 m (zur künftigen Entwicklung eines abgestuften Waldrandes mit Waldsaumbereich) folgend bis zum westlich angrenzenden forstwirtschaftlichen Weg (im weiteren Verlauf Flurstück 863/1);
- Im Westen durch den vorhandenen forstwirtschaftlichen Weg bzw. die bestehende Verkehrsfläche (Flurstück 863/1) entlang des Waldrandes und weiter in nordwestlicher Richtung ca. 50,0 m dem Weg in Richtung „Schule am Webersberg“ folgend;
- Im Norden von dem zuvor genannten Weg (in Richtung „Schule am Webersberg“) ausgehend ca. 210,0 m in nordöstlicher und weitere ca. 100,0 m in östlicher Richtung durch den Waldbestand bis zur Grenze des Flurstücks 861/16, dann weiter nach Norden bis zur Mitte der nördlichen Verkehrsanbindung und anschließend ca. 280,0 m nach Osten bis zur Grenze des Flurstücks 861/16 und dieser Grenze folgend (u. a. entlang der dortigen Verkehrsfläche) bis zur Kirrberger Straße bzw. L 213.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind der Planzeichnung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes zu entnehmen.



Übersichtsplan mit Geltungsbereich (rot); ohne Maßstab Quelle: LVGL; Bearbeitung: Kernplan

Nutzung des Plangebietes und Umgebungsnutzung

Bei dem Plangebiet handelt es sich um das südlich angrenzende Gelände des Universitätsklinikums des Saarlandes in der Kreisstadt Homburg. Neben den bestehenden Gebäuden des UKS ist das Plangebiet derzeit vor allem durch größere Waldflächen sowie eine zentrale, weitestgehend unbebaute, zusammenhängende Freifläche geprägt.

Zu den Bestandsgebäuden zählen der Gebäudekomplex der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) mit den dazugehörigen Nutzungen sowie die mittlerweile stillgelegte Pneumologie (Geb. 91). Darüber hinaus befinden sich südlich der Bebauung, im Bereich der Freifläche, ein Hubschrauberlandeplatz sowie ein Parkplatz mit ca. 120 Stellplätzen.

Die zusammenhängende Waldfläche im Bereich des bestehenden Gebäudekomplexes der Nervenklinik, also zwischen Kirrberger Straße bzw. L 213 und Verkehrsanbindung zwischen Uniklinikgelände und südlichem Parkplatz, stellt sich als Bereich mit hochwertigem Altholzbestand dar und soll folglich soweit möglich erhalten bleiben.

Die Parzellen des Plangebietes befinden sich vollständig im Eigentum des Landes als Träger des Universitätsklinikums. Somit ist von einer zügigen Realisierung der Planung auszugehen.

Berücksichtigung von Standortalternativen

Das Abwägungsgebot gem. § 1 Abs. 7 BauGB und das Gebot des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden gem. § 1a Abs. 2 BauGB verlangen bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes eine Prüfung des Baulandbedarfs, die kritische Würdigung sich aufdrängender Standortalternativen, sowie in Grundzügen alternative Formen der Bodennutzung und Erschließung. Dadurch wird sichergestellt, dass der geplante Standort private und öffentliche Belange so gering wie möglich beeinträchtigt (Verträglichkeit) und die Planungsziele am besten erreicht.

In bestimmten Fällen, wie etwa bei der geplanten Erweiterung bzw. Entwicklung der Universitätsklinik des Saarlandes, kann die Standortbindung jedoch so stark sein, dass



Luftbild mit Geltungsbereich (Schwarze Balkenlinien); Quelle: Kreisstadt Homburg; Bearbeitung: Kernplan

eine Alternativenprüfung im eigentlichen Sinne nicht sinnvoll erscheint. Im vorliegenden Fall ist ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zu den bestehenden Nutzungen auf dem Uniklinik-Gelände erforderlich, um auch zukünftig als Krankenhaus der Maximalversorgung die medizinische Versorgung des Landes durch eine entsprechende infrastrukturelle Ausstattung sicherstellen zu können.

Standortalternativen innerhalb des Uniklinik-Geländes bzw. mit unmittelbaren Anschluss daran wurden im Vorfeld zwar geprüft, stellten jedoch keine geeigneten Alternativen dar (u. a. wegen bereits vorhandener Nutzungen bzw. Planungen, zu geringer Fläche). Möglichkeiten, wie eine Gesamtsanierung der Bestandsgebäude oder eine weitere Aufstockung wurden u. a. aus medizinischen, klinischen und betriebswirtschaftlichen Gründen abgelehnt.

Zur Entwicklung und Erweiterung des UKS im vorgesehenen Umfang kommt folglich lediglich die südlich gelegene Fläche in Betracht. Da das Vorhaben folglich genau an diesem Standort realisiert werden muss und sich keine weiteren geeigneten Alternativen aufdrängen, entfällt die Berücksichtigung weiterer Standortoptionen.



Drohnenaufnahme aus östlicher Richtung mit L 213, Waldbestand und Plangebiet (insb. Freifläche)

Umweltbericht

Parallel zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BAuGB durchgeführt. Der Umweltbericht ist gesonderter Bestandteil der Begründung (der Umweltbericht entspricht dem Planwerk zum Bebauungsplan „Universitätskliniken, Teilbereich 3").



Drohnenaufnahme aus südwestlicher Richtung mit Plangebiet (Freifläche, Waldfläche, Bestandsgebäude Nervenklinik und Pneumologie)

Übergeordnete Planungsvorgaben der Raumordnung und Landesplanung; naturschutzrechtliche Belange; geltendes Planungsrecht

Kriterium	Beschreibung
Landesentwicklungsplan (Siedlung und Umwelt)	
Zentralörtliche Funktion	Kernzone des Verdichtungsraumes, Siedlungsachse 1. Ordnung, Mittelzentrum Homburg (Lage überwiegend im Außenbereich, in räumlicher Nähe zum UKS)
Vorranggebiete	• Plangebiet liegt teilweise innerhalb eines Vorranggebietes für Forschung und Entwicklung (Bereich der bestehenden Nutzungen bzw. Gebäude) gemäß LEP Umwelt • (79) „Vorranggebiete für Forschung und Entwicklung (VF) dienen der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, die in Zusammenhang mit universitären Einrichtungen stehen. Aufgrund des knappen Flächenangebotes sind alle Flächennutzungsansprüche, die keinen Bezug zu Forschungs- und Entwicklungsprojekten haben sowie die Ansiedlung aller Formen des großflächigen Einzelhandels in VF unzulässig." • Im LEP Entwurf 2030 ist die Erweiterung des Vorranggebiets für Forschung und Entwicklung (um ca. 13,0 ha) insbesondere im Bereich des Plangebietes vorgesehen. „Geplant ist die Sicherung für Flächen zur Erweiterung des Universitätsklinikums des Saarlandes in Homburg. Das Gebiet des Universitätsklinikums und die Erweiterungen sollen als Vorranggebiet für Forschung und Entwicklung im Landesentwicklungsplan ausgewiesen werden." • Entspricht dem Planvorhaben, folglich keine Restriktionen für das Vorhaben
Zu beachtende Ziele und Grundsätze	• Der vorliegende Bebauungsplan passt sich gem. § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung an.
Landschaftsprogramm	• Teilweise Darstellung als Landschaftsschutzgebiet (Neuordnung) • Darüber hinaus keine speziellen Entwicklungsziele oder Funktionszuweisungen • Lage im Regionalpark Saar, aber nicht innerhalb eines Projektraumes (rein informelles Instrument ohne restriktive Wirkungen)
Übergeordnete naturschutzrechtliche Belange	
Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung	• Nicht betroffen
Sonstige Schutzgebiete: Naturschutz-, Landschaftsschutz-, Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Nationalparks, Naturparks, Biosphärenreservate, Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung, Naturpark	• Ein ca. 9,5 ha großer Teil der Waldflächen innerhalb des aktuell festgelegten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes befindet sich innerhalb des ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes L 6.02.01 „Wald zw. L119 im Norden, der Landesgrenze und Kirrberg im (Süd)Osten sowie Homburg im Westen" (VO v. 06.02.2006, Abl. d.S. 2006, Nr. 8, S. 309ff.). Parallel zum Bauleitplanverfahren soll eine Ausgliederung der beanspruchten Bereiche aus dem LSG angestrebt werden. • Auf der Grundlage einer ersten Biotopstrukturerfassung wurden bereits in einem sehr frühen Planungsstadium wertgebende Waldbereiche sowohl innerhalb als auch außerhalb der LSG-Kulisse identifiziert und als Tabuflächen im weiteren Verfahren festgelegt. Um das Bauvorhaben in seinem erforderlichen Umfang realisieren zu können, ist lediglich die Ausgliederung einer 2,4 ha großen Roteichenpflanzung in Stangenholzstärke und kleinerer Waldrandflächen erforderlich. Die wertgebenden Bereiche sollen bauplanungsrechtlich als Wald gesichert werden. • Der Ausgliederungsprozess muss vor Satzungsbeschluss abgeschlossen sein. • Die Möglichkeit einer Ausgliederung erscheint aufgrund der landesplanerischen Erfordernisse, der öffentlichen Bedeutung des Vorhabens bei gleichzeitiger Beschränkung auf jüngere bis mittelalte Waldstrukturen und aufgrund fehlender Standortalternativen gegeben. • Das Plangebiet befindet sich mit mehr als der Hälfte der Fläche (östlich) innerhalb der Schutzzone III des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg - Kirrberg". • Weitere Schutzgebiete bzw. -objekte n. BNatSchG bzw. SWG (Wasserschutz- oder festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete) sind nicht betroffen.

Kriterium	Beschreibung
Denkmäler / Naturdenkmäler / Archäologisch bedeutende Landschaften nach § 6 SDSchG oder in amtlichen Karten verzeichnete Gebiete	• Nicht betroffen.
Geschützter unzerschnittener Raum nach § 6 Abs. 1 SNG	• Nicht betroffen.
Informelle Fachplanungen	Auf der Grundlage der vorliegenden Geofachdaten (Quelle: Geoportal Saarland) bestehen keine Hinweise auf das Vorkommen von i. S. d. besonderen Artenschutzes relevanten Arten innerhalb des Geltungsbereiches bzw. im direkten Planungsumfeld: • Keine Fundorte planungsrelevanter Arten gem. ABDS (Arten- und Biotopschutzdaten 2017 Saarland) auf der Planungsfläche, innerhalb eines 1 km-Radius 2 Nachweise des Großen Mausohres (C. Harbusch, 2010 und D. Gerber, 2010) im Siedlungsbereich von Kirrberg und auf dem Uni-Gelände (jeweils Wochenstubenquartiere?); die oft hallenartigen Wälder im Umfeld stellen geeignete Jagdgebiete dar • Die Altdaten des ABSP listen innerhalb eines 1 km-Radius um den Geltungsbereich lediglich mehr oder weniger häufige Moose und Heuschrecken • Keine ABSP-Fläche innerhalb des Geltungsbereiches; das südlich des Planbereiches gelegene Lamsbachtal ist als ABSP-Fläche 6710-0001 erfasst; hier befinden sich auch mehrere im Rahmen der Biotopkartierung 2017 erfasste n. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Biotope • Innerhalb der Planungsfläche sind weder geschützte Biotope noch Lebensräume n. Anh. 1 der FFH-RL erfasst; zumindest die wertgebenden Altbestände dürften jedoch als FFHLebensraum 9110 (azidophiler Buchenwald) zu klassifizieren sein, was im Rahmen der Untersuchungen zu verifizieren ist
Beschreibung der Umwelt sowie Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen der Planung: siehe Umweltbericht und Begründung zum Bebauungsplan „Universitätskliniken, Teilbereich 3“	

Begründungen der Darstellungen und weitere Planinhalte

Darstellungen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes

Nachfolgend werden nur die Darstellungen aufgeführt, die gegenüber dem derzeit rechtswirksamen Flächennutzungsplan grundlegend geändert worden sind.

Art der baulichen Nutzung

Gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB

Geplantes bzw. Bestehendes Sondergebiet Klinik - LKH

Gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB

Bisher stellt der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homburg den Geltungsbereich der Teiländerung überwiegend als geplantes bzw. bestehendes Sondergebiet Klinik - LKH gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB dar.

Sonderbaufläche; Zweckbestimmung: Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude, hier: „Universitätsklinikum"

Gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO

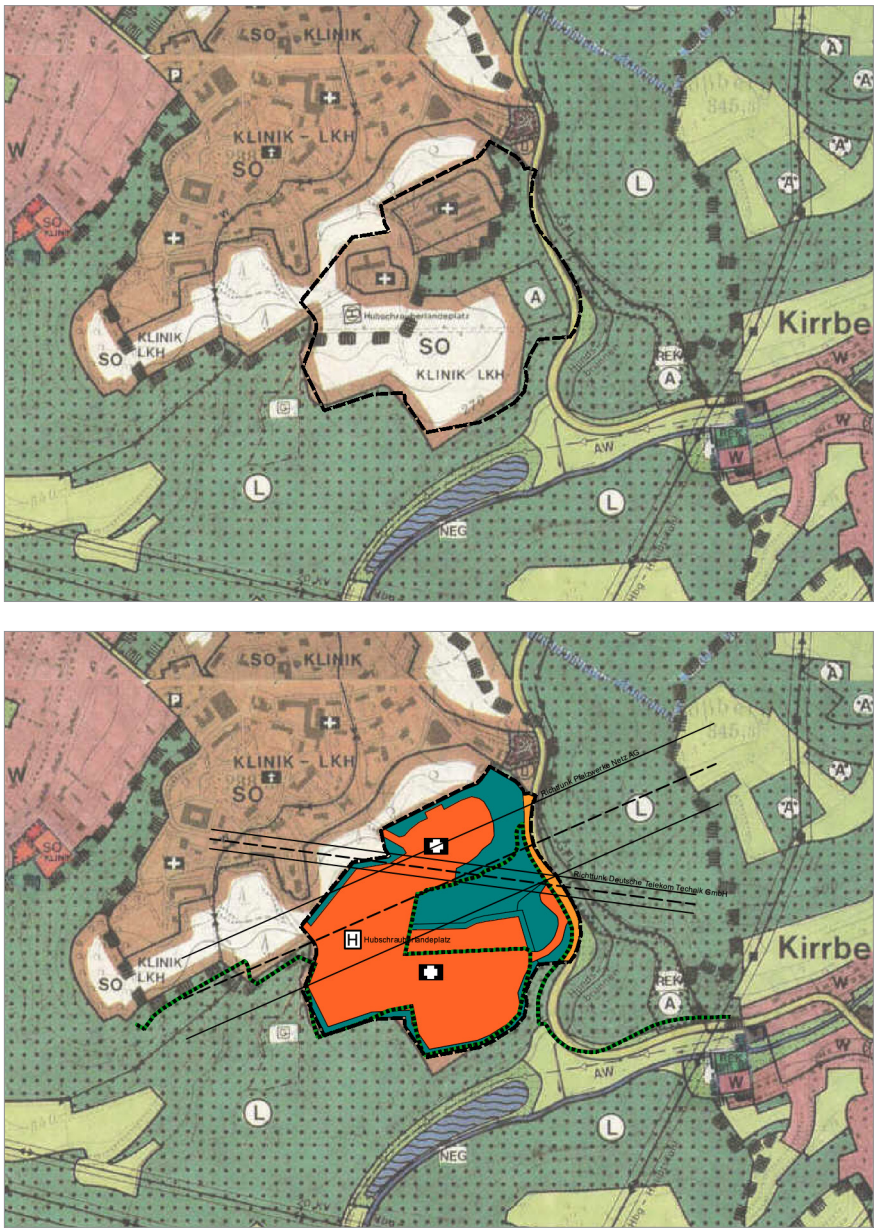
Künftig wird mit ca. 23,00 ha der Großteil des Geltungsbereiches der Teiländerung des Flächennutzungsplanes als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Universitätsklinikum" gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB dargestellt. Damit wird die Entwicklung und Erweiterung des Universitätsklinikums planerisch vorbereitet. Die Konkretisierung der Planung erfolgt im Bebauungsplan.

Waldflächen

Gem. § 5 Abs. 2 Nr. 9 b BauGB

Darüber hinaus stellt der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homburg einen Teilbereich des Geltungsbereiches im Bestand als Waldfläche bzw. Aufforstungsfläche (ca. 7,60 ha) gem. § 5 Abs. 2 Nr. 9b BauGB dar.

Nach der Teiländerung werden im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ca. 10,70 ha als Waldflächen gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB dargestellt. Auf diese Weise kann der Erhaltung von Waldflächen, insbesondere auch solchen mit hochwertigem Altholzbestand, planerisch Rechnung getragen werden.



Ausschnitt der FNP-Teiländerung (oben Bestand, unten Änderung); ohne Maßstab; Quelle: Kernplan

Die verbleibende Restfläche innerhalb des Geltungsbereiches (ca. 0,80 ha) wird in beiden Planständen als Verkehrsfläche (Landesstraße) dargestellt und bleibt somit unverändert.

Konsequenzen für die Flächenbilanz innerhalb des geänderten Teilbereiches

	Flächenbilanz des FNP vor der Teiländerung	Flächenbilanz des FNP nach der Teiländerung
Sondergebiet (Geplant)	ca. 6,90 ha	-
Sondergebiet/-baufläche Bestand	ca. 19,20 ha	ca. 23,00 ha
Waldflächen (Aufforstungsflächen)	ca. 1,60 ha	-
Waldflächen	ca. 6,00 ha	ca. 10,70 ha
Verkehrsfläche (Landstraßen)	ca. 0,80 ha	ca. 0,80 ha



Drohnenaufnahme aus südöstlicher Richtung (L 213) mit Blick auf Bestandsgebäude Nervenklinik und Waldbestand; im Hintergrund weitere Gebäude der Universitätsklinik des Saarlandes außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Auswirkungen des Flächennutzungsplanes, Abwägung

Abwägung der öffentlichen und privaten Belange

Für jede städtebauliche Planung ist das Abwägungsgebot gem. § 1 Abs. 7 BauGB von besonderer Bedeutung. Danach muss die Kommune als Planungsträgerin bei der Teiländerung des Flächennutzungsplanes die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abwägen. Die Abwägung ist die eigentliche Planungsentscheidung. Hier setzt die Kommune ihr städtebauliches Konzept um und entscheidet sich für die Berücksichtigung bestimmter Interessen und die Zurückstellung der dieser Lösung entgegenstehenden Belange.

Die Durchführung der Abwägung impliziert eine mehrstufige Vorgehensweise, die aus folgenden vier Arbeitsschritten besteht:

- Sammlung des Abwägungsmaterials (siehe „Auswirkungen der Planung")
- Gewichtung der Belange (siehe „Gewichtung des Abwägungsmaterials")
- Ausgleich der betroffenen Belange (siehe „Fazit")
- Abwägungsergebnis (siehe „Fazit")

Auswirkungen der Planung auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung sowie die natürlichen Lebensgrundlagen

Hinsichtlich der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung bzw. der natürlichen Lebensgrundlagen (im Sinne des § 1 Abs. 6 BauGB) sind insbesondere folgende mögliche Auswirkungen beachtet und in die Teiländerung des Flächennutzungsplanes eingestellt:

Auswirkungen auf die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse

Die geplante Darstellung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Universitätsklinikum" im Bereich der Teiländerung hat keine negativen Auswirkungen auf die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse.

Beeinträchtigungen vom Planungsgebiet auf die Umgebung und von der Umgebung auf das Planungsgebiet sind nicht zu erwarten. Die Nutzung des Gebietes zur medizinischen Versorgung entspricht der vor Ort bestehenden bzw. angrenzenden Nutzungsstruktur.

Die Teiländerung des Flächennutzungsplanes kommt somit der Forderung, dass die Bevölkerung bei der Wahrung der Grundbedürfnisse gesunde und sichere Wohn- und Arbeitsbedingungen vorfindet, in vollem Umfang nach.

Auswirkungen auf die Belange der Versorgung der Bevölkerung

Mit der planerischen Vorbereitung der Erweiterung der Universitätsklinik Homburg (einer von zwei Krankenhausstandorten der Maximalversorgung im Saarland) wird die medizinische Versorgung des Landes und damit eine zentrale Daseinsfunktion in der gesamten Region nachhaltig verbessert und langfristig gesichert.

Auswirkungen auf die Belange der Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Im Rahmen der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange spielt auch die Erhaltung und Sicherung bestehender sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine wichtige Rolle.

Die Teiländerung des Flächennutzungsplanes trägt diesem Belang i. V. m. dem Bebauungsplan Rechnung, indem sie die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erweiterung und zukunftsfähigen Entwicklung des Universitätsklinikums schafft und somit, auch langfristig, hiermit verbundene Arbeitsplätze sichert.

Auswirkungen auf die Erhaltung, Gestaltung und Erneuerung des Stadt- und Landschaftsbildes

Es handelt sich um einen durch das bestehende Universitätsklinikum vorgeprägten Standort, welcher aktuell keine besondere Bedeutung für das Stadt- und Landschaftsbild hat. Das Stadt- und Landschaftsbild wird folglich durch die geplante Erweiterung der Uniklinik nicht erheblich negativ beeinträchtigt. Die geplante Bebauung fügt sich in den angrenzenden bzw. bereits vorhandenen Klinikbestand ein. Die prägenden Gehölzbestände im Umfeld der bestehenden Freifläche werden weitestgehend erhalten. Denkmäler sind nicht betroffen.

Auswirkungen auf umweltschützende Belange

Bei dem Plangebiet handelt es sich um ein bereits teilweise bebautes und erschlossenes Gebiet im südlichen Bereich der Uniklinik Homburg sowie um eine unmittelbar hieran anschließende Freifläche.

Durch die bestehenden Nutzungen innerhalb des Plangebietes sowie in der unmittelbaren Umgebung mit den entsprechenden Überbauungen und Versiegelungen, Bewegungsunruhen sowie Lärmemissionen und den daraus resultierenden Störungen weist der Geltungsbereich bereits eine Vorbelastung auf.

Vom Planvorhaben sind, mit Ausnahme der beschriebenen Fläche des Landschaftsschutzgebietes, keine Schutzgebiete, insbesondere keine Schutzgebiete mit gemeinschaftlicher Bedeutung betroffen, die dem Planvorhaben entgegenstehen könnten.

Aus Vorsorgegründen werden artenschutzrechtlich begründete Maßnahmen vorsorglich in den Bebauungsplan aufgenommen (u. a. Prüfung von Gebäuden vor Rück- oder Umbaumaßnahmen).

Mit dem Erhalt sowie der planungsrechtlichen Sicherung des Altholzbestandes werden die ökologisch wertvollen Bereiche vor einer Inanspruchnahme bewahrt.

Insofern kann davon ausgegangen werden, dass umweltschützende Belange bei Beachtung der artenschutzrechtlich begründeten Maßnahmen und bei Durchführung der entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen durch die Planung nicht negativ beeinträchtigt werden. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos ist nicht zu erwarten.

Wird nach Vorlage des Umweltberichtes ergänzt.

Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs

Durch die vorliegende Teiländerung des Flächennutzungsplanes sind die Belange des Verkehrs nicht unmittelbar betroffen. Diese werden erst im parallelen Bebauungsplanverfahren konkretisiert.

In erster Linie handelt es sich beim Vorhaben um eine Verlagerung bereits bestehender klinischer Nutzungen (Gebäudekomplex Nr. 90 sowie weitere klinische Nutzungen langfristig), wodurch zunächst keine Veränderung der Verkehrsfrequenz gegenüber der heutigen Situation herbeigeführt wird. Zusätzliche Verkehrsaufkommen können, wenn, vor allem langfristig durch die Nachnutzung des derzeitigen Gebäudebestandes bzw. Umnutzungen im Bestand entstehen. Allerdings ist durch die Schaffung einer neuen Verkehrsanbindung unmittelbar an die Kirrberger Straße bzw. L 213 auch von einer generellen Verbesserung der Verkehrsanbindung und folglich auch der Verkehrssituation auf dem Uniklink-Gelände auszugehen.

Eine weitere Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf die Belange des Verkehrs erfolgt im Rahmen der Verkehrsuntersuchungen (in Abstimmung mit den zuständigen Behörden) im parallelen Bebauungsplanverfahren.

Auswirkungen auf die Belange der Ver- und Entsorgung

Durch die vorliegende Teiländerung des Flächennutzungsplanes sind die Belange der Ver- und Entsorgung nicht unmittelbar betroffen. Diese werden erst im parallelen Bebauungsplanverfahren konkretisiert.

Das Gebiet ist über das bestehende Areal bereits grundsätzlich an das örtliche System der Ver- und Entsorgung bzw. das Ver- und Entsorgungssystem der Uniklinik angeschlossen, sodass die grundlegende Infrastruktur sowie notwendige Anschlusspunkte bereits vorhanden sind. Im Rahmen der späteren Umsetzung werden die Anlagen jedoch entsprechend ausgebaut werden müssen, um eine klinikinterne Versorgung sicherzustellen.

Unter Beachtung der Kapazitäten und getroffenen Festsetzungen kann somit davon ausgegangen werden, dass die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur ordnungsgemäß sichergestellt werden kann.

Eine weitere Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf die Belange der Ver- und Entsorgung erfolgt insbesondere im Rahmen des siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages (in Abstimmung mit den zuständigen Behörden) im parallelen Bebauungsplanverfahren.

Auswirkungen auf die Belange des Klimas und Belange des Hochwasserschutzes

Im Zuge der Realisierung der vorgesehenen Planung kommt es zu neuen Versiegelungen, was voraussichtlich zu einer Veränderung des Mikroklimas führen wird. Es handelt sich jedoch nicht um ein dicht besiedeltes Gebiet, in dem sich derartige Veränderungen in erheblicherem Ausmaß auf das lokale Klima auswirken könnten.

Abgesehen von potenziell eintretenden sehr geringfügigen mikroklimatischen Veränderungen, können erhebliche negative Auswirkungen insgesamt ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich der klimatischen Veränderungen ist aus Vorsorgegründen ein Hinweis zum Abfluss des Wassers bei Starkregenereignissen in den nachfolgenden Bebauungsplan mit aufgenommen worden. Der siedlungswasserwirtschaftliche Planungsbeitrag zum parallelen Bebauungsplanverfahren beachtet dies ebenfalls.

Auswirkungen auf die Belange der Land- und Forstwirtschaft

Die Belange der Landwirtschaft werden durch die Planung nicht negativ beeinträchtigt. Vorranggebiete für die Landwirtschaft sind von der Planung nicht betroffen. Bei den Böden handelt es sich um ertragsschwächere Böden (niedrige Acker-/Ertragsmesszahlen).

Durch das Planvorhaben werden teilweise Waldflächen in Anspruch genommen, wobei in diesem Zusammenhang darauf geachtet wurde, dass der Eingriff auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert und den inanspruchzunehmenden Waldflächen eine vergleichsweise eher geringe Wertigkeit zuzuschreiben ist. Größere, zusammenhängende Waldflächen können durch die entsprechende Darstellung im Flächennutzungsplan sowie Festsetzung im parallelen Bebauungsplan erhalten und langfristig gesichert werden.

Somit sind keine hochwertigen, ökologisch wertvollen Waldflächen, wie Altholzbestände, von der Planung betroffen. Für die inanspruchzunehmenden Waldflächen wird ein entsprechender Waldausgleich erbracht und auf Ebene des Bebauungsplanes definiert. Die im Übrigen an das Plangebiet angrenzenden Waldflächen werden durch die Planung nicht negativ beeinträchtigt. Stattdessen können große Teile des Waldbestandes im Zuge der Planung erhalten und planungsrechtlich gesichert werden.

Auswirkungen auf private Belange

Das Universitätsklinikum des Saarlandes in der Kreisstadt Homburg ist aufgrund seiner Versorgungsfunktion (Krankenhaus der Maximalversorgung) für das Land von besonderer Bedeutung. Das zukünftige Ziel besteht daher darin, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung am Standort sowie eine angemessene medizinische Versorgung langfristig zu sichern. Zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung des Gebiets sowie zur zukunftsfähigen Entwicklung des Gesamtstandortes ist die Teiländerung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes dringend erforderlich.

Durch die Planung ergeben sich für den Grundstückseigentümer keine negativen Folgen. Es sind auch keine nachteiligen Auswirkungen auf die angrenzende Nachbarschaft zu erwarten.

Auswirkungen auf alle sonstigen Belange

Alle sonstigen bei der Aufstellung von Bauleitplänen laut § 1 Abs. 6 BauGB zu berücksichtigenden Belange werden nach jetzigem Kenntnisstand durch die Planung nicht berührt.

Gewichtung des Abwägungsmaterials

Gemäß dem im Baugesetzbuch verankerten Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB) wurden die bei der Abwägung zu berücksichtigenden öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen und entsprechend ihrer Bedeutung in die vorliegende Teiländerung eingestellt.

Argumente für die Verabschiedung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung und langfristige zukünftige Entwicklung des Universitätsklinikums des Saarlandes als einer von zwei Standorten der Maximalversorgung im Saarland
- Ausbau der medizinischen Versorgung / Entwicklung einer zeitgemäßen Gesundheitsversorgung von regionaler und überregionaler Bedeutung
- Erhaltung und Sicherung bestehender sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gesundheitssektor
- Störungen und Beeinträchtigungen der Planung auf die Umgebungsnutzung können ausgeschlossen werden; ebenso verhält es sich umgekehrt
- Keine nachteiligen Auswirkungen auf das Stadt- und Landschaftsbild
- Keine erheblichen, nicht ausgleichbaren Auswirkungen auf die Belange des Umweltschutzes; bei Beachtung der festgesetzten Maßnahmen im Bebauungsplan
- Keine negativen Auswirkungen auf die Belange des Hochwasserschutzes
- Keine erheblich negativen Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs; ggf. Verbesserung der allgemeinen Verkehrssituation im Bereich der Uniklinik durch Schaffung einer neuen Verkehrsanbindung (s. a. Verkehrsuntersuchung Bebauungsplanverfahren)
- Keine negativen Auswirkungen auf die Ver- und Entsorgung, unter Berücksichtigung der Vorgaben des siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages (Bebauungsplanverfahren) und des vorhandenen Netzes mit seinen Kapazitäten
- Keine Auswirkungen auf die Belange des Klimaschutzes
- Keine Auswirkungen auf die Belange der Landwirtschaft; kein Vorranggebiet für Landwirtschaft; ertragsschwache Böden
- Keine erheblichen, nicht ausgleichbaren Auswirkungen auf die Belange der Forstwirtschaft, Erhalt des hochwertigen Altholzbestandes
- Keine Beeinträchtigung privater Belange

Argumente gegen die Verabschiedung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes

Es sind keine Argumente bekannt, die bei Einhaltung der festgesetzten Maßnahmen und Realisierung der Kompensationsmaßnahmen gegen die Teiländerung des Flächennutzungsplanes sprechen. Die Ausgliederung aus dem Landschaftsschutzgebiet wird parallel zum FNP-Teiländerungs- bzw. Bebauungsplanverfahren eingeleitet und wird im Anschluss an den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes vollzogen und im Amtsblatt des Saarlandes veröffentlicht.

Fazit

Im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes wurden die zu beachtenden Belange in ihrer Gesamtheit untereinander und gegeneinander abgewogen. Aufgrund der genannten Argumente, die für die Planung sprechen, kommt die Kreisstadt Homburg zu dem Ergebnis, dass der Umsetzung der Planung nichts entgegensteht.

Beschlussvorlage zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie zur frühzeitigen Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand vom 19.02.2024 bis 22.03.2024 statt. Im Anschreiben vom 19.02.2024 wurde darauf hingewiesen, dass bei Nichtäußerung davon ausgegangen wird, dass keine Bedenken und Anregungen vorliegen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit fand vom 23.02.2024 bis 01.03.2024 statt.

Zur vorliegenden Planung haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert. BürgerInnen haben sich zur vorliegenden Planung nicht geäußert.

Die geäußerten Anregungen werden, wie folgt beschrieben, in die Planung eingestellt.

Stand: 04.09.2024

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
1	**Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz** Schreiben vom 19.03.2024 AZ: 6101-0031#0009/Wß „Mit der vorliegenden Planung sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau des Gebäudekomplexes 90 geschaffen werden. Die ca. 34,1 ha große Fläche ist bereits teilweise bebaut. Zur verkehrlichen Anbindung ist eine neue Anbindung an die L 213 (Kirrberger Straße) vorgesehen. Zurzeit werden mehrere Trassenvarianten geprüft. Zum o. a. Verfahren nehmen wir aus fachtechnischer Sicht unseres Hauses wie folgt Stellung und bitten, die aufgeführten Hinweise und Anmerkungen zu berücksichtigen. Natur- und Artenschutz Von den Waldflächen innerhalb des Bebauungsplangebietes liegen ca. 9,5 ha im Landschaftsschutzgebiet L_6_02_01. „Wald zwischen L119 im Norden, der Landesgrenze und Kirrberg im (Süd)Osten sowie Homburg im Westen“. Der davon beanspruchte Teil von ca. 2,4 ha (Roteichenforst und kleine Waldrandbereiche) soll aus dem Landschaftsschutzgebiet ausgegliedert werden. Als von besonderer ökologischer Bedeutung wurden bereits bei ersten Begehungen die Waldflächen (Altholzbestand mit hohem Totholzanteil, Buchen-Mischbestand) nördlich und südlich der Neurologie erfasst. Es dürfte sich dabei um einen Hainsimsen-Buchenwald handeln. Diese bodensauren Buchenwälder zählen als FFH-Lebensraumtyp 9110 gem. FFH-Richtlinie zu den gesetzlich geschützten Biotopen gem. § 22 SNG i.V.m. § 30 (BNatSchG). Alle Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, sind verboten (§ 30 Abs. 2 BNatSchG). Daher wurden diese Bestände bereits als Tabuflächen festgesetzt in denen keine forstlichen Eingriffe erfolgen; es sind lediglich verkehrssichernde Maßnahmen zulässig. In der Biotopkartierung ist dieser hochwertige Biotop nicht erfasst. Ansonsten sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand und den hier vorliegenden Unterlagen keine Schutzgebiete oder Schutzobjekte nach dem Bundesnaturschutzgesetz direkt betroffen.	Natur- und Artenschutz Keine Bedenken gegenüber der Planung. Das Verfahren zur Ausgliederung der betroffenen Bereiche aus dem Landschaftsschutzgebiet wird parallel zum nächsten Verfahrensschritt durchgeführt. Die Festsetzung zur Kompensation des ökologischen Defizits wird entsprechend ergänzt.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB zu modifizieren und zur Eingriffskompensation eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1a BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**14. KOMPENSATIONSMASSNAHMEN** GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1A BAUGB Das entstehende ökologische Defizit von _____ ökologischen Werteinheiten wird durch folgende Maßnahme kompensiert: …“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Im Geltungsbereich des B-Plans finden sich bereits bebaute Flächen mit Gebäuden, Parkplätzen, Straßen, aber auch viele Gehölzflächen (Wald, Feldgehölze, Hecken, Einzelbäume und Streuobst) sowie Acker- und Wiesenflächen. Insgesamt ist es reich strukturiert und bietet auch aufgrund seiner Größe gute Voraussetzungen für eine artenreiche Flora und Fauna. Der Untersuchungsumfang, insbesondere im Hinblick auf die artenschutzrechtlich relevanten Arten, wurde bereits im Vorfeld der Planung intensiv abgestimmt. In der Planung ist bereits eine erste „artenschutzrechtliche Betrachtung“ enthalten, die in diesem Jahr fortgeführt wird und insbesondere die Artengruppen Reptilien, Säugetiere (insbes. Fledermäuse in bzw. an Gebäuden und Waldbeständen, Haselmaus) und Avifauna genauer betrachtet. Eine besondere Beachtung finden dabei die Höhlenbrüter und bodenbrütende Arten wie die Feldlerche. Je nach gewählter Trassenvariante für die neue Zufahrtstrasse ergibt sich eine unterschiedliche Eingriffserheblichkeit (teilweise ältere Waldbestände), die ggf. einen umfangreicheren Untersuchungsumfang erforderlich machen. Die Untersuchungsergebnisse zu den einzelnen Arten werden im weiteren Verfahren ergänzt. Es wurden bereits erste allgemeine artenschützende Maßnahmen für das Bebauungsplangebiet beschrieben wie z. B. Begrenzung der Rodungszeiten gemäß § 39 BNatSchG, Einsatz einer Umweltbaubegleitung, Untersuchung von Höhlenbäumen und Gebäuden vor deren Fällung bzw. Sanierung/Abbruch und konkrete Festsetzungen wie z. B. Maßnahme M1 (Waldrand mit Waldsaum) getroffen. Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplanes bestehen aus naturschutzfachlicher Sicht keine Bedenken.	Parallel zur frühzeitigen Beteiligung wurden die Prüfung der Trassenvarianten und Planung der zukünftigen Verkehrsanbindung gemeinsam mit den beteiligten Gutachtern sowie in Abstimmung mit den hierfür zuständigen Behörden (Landesbetrieb für Straßenbau, LUA, Untere Naturschutzbehörde, Forstbehörde) weiter vorangetrieben. Durch die dabei erarbeitete zukünftige Verkehrsanbindung kann ein Eingriff in die älteren Waldbestände ausgeschlossen werden.	
	Wasser Gebiets- und anlagenbezogener Grundwasserschutz Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 34,1 ha und befindet sich mit mehr als der Hälfte im östlichen Bereich innerhalb der Schutzzone III des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg-Kirrberg“. Eine formale Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes ist bisher nicht erfolgt, jedoch entspricht die geplante Ausweisung der tatsächlichen Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet. Im Rahmen der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und des zu erstellenden Umweltberichts ist daher nachzuweisen, dass das Grundwasser durch die im	Wasser Gebiets- und anlagenbezogener Grundwasserschutz Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Bereich teilweise mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Da eine formale Unterschutzstellung des Gebietes bis dato weder erfolgt ist noch beantragt wurde, wird gemäß Abstimmung zwischen dem Landesamt für	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Anmerkungen des LUA zum geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ als bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**1.2. BEDINGTE ZULÄSSIGKEIT IM BEREICH DES GEPLANTEN TRINKWASSERSCHUTZGEBIETES „HOMBURG – KIRRBERG“ (SCHUTZZONE III) GEMÄSS § 9 ABS. 2 BAUGB**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Rahmen der Bauleitplanung geplanten Maßnahmen weder qualitativ noch quantitativ beeinträchtigt wird. Es ist insbesondere auf die erforderlichen Eingriffe in Grund- und Boden (auch für den Rückbau/Abriss des bereits vorhandenen Gebäudes) einzugehen. Es ist sicherzustellen, dass keine Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung eintritt und der Schutzzweck des Wasserschutzgebiets nicht gefährdet wird. Diesbezüglich ist in der Begründung/Umweltbericht zusätzlich auf folgende Aspekte einzugehen: 1. Auswirkungen der Eingriffe in die Deckschichten. 2. Beschreibung geplanter Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung möglicher Auswirkungen auf das Schutzgut Grundwasser im Rahmen der Bauphase. 3. Aussagen zur Entwässerung Für die Versickerung gelten die Anforderungen / Nachweise nach DWA M 153 sowie DWA A 138. Des Weiteren wird bereits zum jetzigen Zeitpunkt auf folgende Aspekte hingewiesen: 1. Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind innerhalb der Schutzzone III nicht erlaubnisfähig. 2. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung entspricht. 3. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz - SWG). 4. Für die Zufahrtsstraße, welche sich komplett innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes „Homburg-Kirrberg“ befindet, sind die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten" (RiSt-Wag) anzuwenden. Diese gelten für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten und sinngemäß für deren Nebenanlagen und Nebenbetriebe, z.B. Parkplätze und Rastanlagen. Unter Beachtung und Aufnahme der v. g. Hinweise sind keine weiteren	Umwelt- und Arbeitsschutz und der Verwaltung eine bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen, die die Hinweise der Stellungnahme aufgreift und, sobald die formale Unterschutzstellung erfolgt ist, durch die Vorgaben der entsprechenden Verordnung ersetzt wird. Dies erfolgt aus dem Grund, da der Bebauungsplan Rechtskraft vor Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung haben wird. Es ist davon auszugehen, dass das geplante Wasserschutzgebiet der Ausweisung des Sondergebietes „Universitätsklinikum“, auch mit Blick auf das landesplanerische Vorranggebiet „Forschung und Entwicklung" nicht entgegenstehen wird. Im Rahmen des späteren Bauantragsverfahrens können sich allerdings Auflagen ergeben. Mit der Aufnahme der Hinweise als bedingte Zulässigkeit wird den Belangen des Grundwasserschutzes Rechnung getragen. Im Zuge der Planung wird zudem ein siedlungswasserwirtschaftlicher Planungsbeitrag erstellt, der die aufgeführten Anmerkungen fachplanerisch berücksichtigt. Gleiches gilt für den in Erstellung befindlichen Umweltbericht.	Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Teilbereich mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Eine formale Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes ist bisher nicht erfolgt. Die geplante Ausweisung entspricht jedoch der tatsächlichen Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet. Folglich sind nachfolgende Vorgaben bzw. Hinweise des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutzes innerhalb des betroffenen Bereiches des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg“ gemäß § 9 Abs. 2 BauGB zu beachten. 1. Für die Versickerung gelten die Anforderungen / Nachweise nach DWA M 153 sowie DWA A 138. 2. Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind innerhalb der Schutzzone III nicht erlaubnisfähig. 3. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung entspricht. 4. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Ergänzungen zum Umfang und Detailierungsgrad der Umweltprüfung seitens des Fachbereiches 2.1 erforderlich.		sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz – SWG). 5. Für die Zufahrtsstraße, welche sich komplett innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes befindet, sind die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag) anzuwenden. Diese gelten für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten und sinngemäß für deren Nebenanlagen und Nebenbetriebe (z. B. Parkplätze und Rastanlagen). Nach Abschluss der formalen Unterschutzstellung des betroffenen Bereiches als Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III) ergeben sich die entsprechenden Vorgaben zum o. g. Trinkwasserschutzgebiet aus der damit verbundenen Verordnung.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Bodenschutz und Geologie Das ca. 34,1 ha große Plangebiet ist überwiegend durch Waldflächen und eine zentrale unbebaute Freifläche unter landwirtschaftlicher Nutzung geprägt. Die Neuversiegelung weitgehend natürlicher Böden mit geringer Vorbelastung wird nachvollziehbar mit der notwendigen Anbindung an die bereits bestehenden Nutzungen auf dem UKS-Gelände begründet. Das Bodeninventar im Geltungsbereich ist laut Kurzbeschreibung im Begründungstext durch einen mittleren Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 BBodSchG geprägt, seltene Bodenformen oder Archivböden i.S. des § 2 Abs. 2 Nr. 2 BBodSchG sind nicht belegt. Ungeachtet der durchschnittlichen standörtlichen Wertigkeit wird mit der Aufstellung des Bauleitplans ein erheblicher Verlust von Bodenfunktionen durch Überbauung, Versiegelung sowie Geländemodellierungen zur Schaffung einer neuen Verkehrsanbindung an die L 213 in einem Altholzbestand vorbereitet. Bei den im weiteren Planungsprozess noch zu konkretisierenden Ausgleichsmaßnahmen sind daher insbesondere auch Maßnahmen mit einem hohen pedofunktionalen Kompensationseffekt vorzusehen. Zur Minderung der klimarelevanten Funktionsverluste (Kühlleistung, Kohlenstoffsequestrierung) bietet sich u.a. die Festsetzung einer Dachbegrünung an. Im Hinblick auf die Durchführung der Baumaßnahmen weisen wir darauf hin, dass aus Sicht des vorsorgenden Bodenschutzes gemäß § 4 Abs. 5 BBodSchV die Einsetzung einer bodenkundlichen Baubegleitung nach DIN 19639 für erforderlich erachtet wird. Es wird daher empfohlen, einen textlichen Hinweis zum baubegleitenden Bodenschutz aufzunehmen. Darüber hinaus sind seitens des Fachbereichs 2.2 keine weiteren Hinweise, Anregungen oder Bedenken erforderlich.	Bodenschutz und Geologie Die Eingriffe und Auswirkungen auf das Schutzgut Boden werden im Rahmen des Umweltberichtes sowie bei der Kompensation der Eingriffe entsprechend berücksichtigt. Die Festsetzung zur Dachbegrünung wird im Bebauungsplan ergänzt. Die Einsetzung einer bodenkundlichen Baubegleitung wird als Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, eine Festsetzung zur Begrünung von Dachflächen in den Bebauungsplan aufzunehmen: **„13. ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN** GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A BAUGB Flachdächer und Dächer neu zu errichtender Gebäude mit einer Neigung von bis zu 15° sind mit einer durchwurzelbaren Mindestsubstratschicht von ca. 15 cm Stärke mindestens extensiv zu begrünen. Eine Nutzung als Dachgarten ist zulässig. Dabei ist ein Begrünungssystem zu wählen, welches das dauerhafte und vitale Wachstum von Gräsern, Polsterstauden und zwergigen Gehölzen auch während länger anhaltender Hitze- und Trockenheitsperioden gewährleistet. Dies gilt nicht für die durch Photovoltaik, notwendige technische Anlagen (z. B. Lüftungsanlagen) oder nutzbare Freibereiche auf den Dächern sowie Bereiche, die für eine Nutzung als Hubschrauberlandeplatz in Anspruch genommenen Flächen. Eine Kombination von Photovoltaikanlagen und Dachbegrünung ist zulässig.“ Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, eine bodenkundliche Baubegleitung in die Festsetzungen des Bebauungsplanes aufzunehmen:

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			„**12. FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT** GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB <u>V9 Ökologische und bodenkundliche Baubegleitung:</u> Eine ökologische Baubegleitung ist einzusetzen, die eine ordnungsgemäße Umsetzung der festgesetzten Maßnahmen sicherstellt und bei unvorhergesehenen Ereignissen mit umwelt-, vor allem natur- und artenschutzrechtlicher Relevanz, adäquate Lösungswege aufzeigt. Die konkreten Schutzanforderungen sind mit dem LUA abzustimmen. Während der Bauarbeiten ist zudem eine bodenkundliche Baubegleitung mit entsprechendem Fachkundenachweis einzusetzen.“
	Gewässerschutz Der BBP sieht vor, das Plangebiet im Trennsystem zu entwässern. Das anfallende Schmutzwasser soll über das Kanalsystem der UKS abgeleitet und dem öffentlichen Kanalsystem zugeführt werden. Das unbelastete Niederschlagswasser, welches innerhalb des Sondergebietes anfällt, soll vor Ort genutzt oder versickert werden. Zur Brauchwassernutzung ist weiterhin die Errichtung von Speichern (z. B. Zisternen) zulässig. Hiergegen bestehen keine Bedenken.	Gewässerschutz Keine Bedenken gegenüber der Planung. Der Siedlungswasserwirtschaftliche Planungsbeitrag wurde parallel zur frühzeitigen Beteiligung fertiggestellt. Die Festsetzung zur Abwasserbeseitigung wird entsprechend ergänzt.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Festsetzung zur Abwasserbeseitigung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. §§ 49-54 Landeswassergesetz wie folgt anzupassen: „**Abwasserbeseitigung** (§9 Abs. 4 BauGB i.V.m. §§ 49-54 Landeswassergesetz) • Das Plangebiet ist im Trennsystem zu entwässern. Das anfallende Schmutzwasser ist über das Kanalsystem der UKS abzuleiten und dem öffentlichen Kanalsystem zuzuführen.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			• Das unbelastete Niederschlagswasser (Oberflächenwasser), welches innerhalb des Sondergebietes anfällt, ist dezentral, vorzugsweise in den Randbereichen der Nutzflächen, zu versickern. • Je m² befestigter Fläche sind 20 l Rückhalt vorzusehen. Dies entspricht einer statistischen Überschreitungshäufigkeit einer Versickerungsanlage von n = 2/a. Der Rückhalt kann in der Versickerungsanlage integriert (z. B. in Form von Mulden) oder separat vorgehalten werden (z. B. Retentionsdächer, Zisternen). Versickerungsanlagen sind so anzuordnen, dass die Überlaufwassermengen im Überlastungsfall in schadlose überflutbare Bereiche münden (angrenzende Waldflächen). Punktuelle Überläufe in die umliegenden Waldflächen sind durch geeignete bauliche Maßnahmen zu verhindern. • Zur Ermittlung des Behandlungsbedarfs sind die a. a. R. d. T. (DWA-M 153) anzuwenden. • Für die geplante Zufahrtsstraße sind Flächen zum Rückhalt und zur Behandlung des anfallenden Oberflächenwassers vorzuhalten. Wasser, das nicht zur Versickerung gebracht werden kann, ist gedrosselt und unter Berücksichtigung des a. a. R. d. T. (DWA-A 102) in den gewählten Vorfluter einzuleiten. Es ist durch geeignete bauliche Maßnahmen sicherzustellen, dass es im

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			Bereich der Tiefenlinien nicht zu Überflutungen der Straße durch Starkregen kommt und diese auch im Starkregenfall befahrbar bleibt.“
	Lärmschutz und Luftreinhaltung Die nächste Wohnbebauung ist mehr als 500m von der jeweiligen Baugrenze entfernt. In einer Entfernung von ca. 115m zur Baugrenze des o.g. Bebauungsplanes befindet sich ein Heizkraftwerk und zwei Blockheizkraftwerk der Heizkraftwerk Homburg GmbH (HKH; Betriebsführung durch Iqony Energies GmbH). Zu den genannten (Block-)Heizkraftwerken liegen folgende Gutachten vor: - Müller BBM GmbH, Bericht-Nr.: M149178/01 (Heizkraftwerk) - proTerra Umweltschutz- und Managementberatung GmbH, Auftragsnummer: 21-AB-0648 (BHKW) - proTerra Umweltschutz- und Managementberatung GmbH, Auftragsnummer: 16-AB-0509.01 (BHKW) In allen vorliegenden Gutachten wurde als einziger maßgeblicher Immissionsort das 5. OG (direkte Sichtverbindung) im bestehenden Gebäude 90.1 (Neurologie, Südfassade) betrachtet. In allen Gutachten wurde der zulässige Immissionsrichtwert für Krankenhäuser am genannten Immissionsort um min. 14,10 bzw. 6 dB unterschritten. Aus Sicht des Fachbereichs Lärmschutz bestehen gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes bzw. die Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homburg keine Bedenken. Es sind keine negativen Umweltauswirkungen zu erwarten. Aus Sicht des Fachbereichs Luftreinhaltung bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken.“	Lärmschutz und Luftreinhaltung Keine Bedenken gegenüber der Planung.	

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
2	**Ministerium für Inneres, Bauen und Sport** **Oberste Landesbaubehörde OBB 1** **Referat OBB 11, Landesplanung, Bauleitplanung** Schreiben vom 22.03.2024 „der Planung stehen landesplanerische Ziele nicht entgegen. Ggf. erforderliche externe Ausgleichsmaßnahmen bitte ich im Vorfeld der Einleitung weiterer Verfahrensschritte im Hinblick auf möglicherweise entgegenstehende Ziele der Raumordnung frühzeitig mit uns abzustimmen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Genehmigung der Flächennutzungsplanteiländerung nur erfolgen kann, wenn das geplante Ausgliederungsverfahren des Vorhabenbereichs aus dem hier betroffenen Landschaftsschutzgebiet positiv abgeschlossen ist. Eine Beteiligung der Landesplanungsbehörde ist im weiteren Verfahren erforderlich.“	Landesplanerische Ziele stehen der Planung nicht entgegen. Bilanzierung und ggf. erforderliche externe Ausgleichsmaßnahmen werden im Zuge des Umweltberichtes erarbeitet und im weiteren Verfahren abgestimmt. Das Ausgliederungsverfahren zum betroffenen Landschaftsschutzgebiet wird parallel zum weiteren Verfahren durchgeführt.	**Kein Beschluss erforderlich.**
3	**Amprion GmbH** Schreiben vom 22.02.2024 „im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
4	**Arbeitskammer des** **Saarlandes** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
5	**Bundesanstalt für Immobilienaufgaben** **Sparte Verwaltungsaufgaben** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
6	**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen** Schreiben vom 07.03.2024 „Überprüfung der Betroffenheit funktechnischer Einrichtungen in Ihrem Plangebiet ========== Sehr geehrte Damen und Herren, auf Grundlage Ihrer Angaben wurde von uns eine Überprüfung des o. g. Gebiets auf Beeinträchtigungen von funktechnischen Einrichtungen wie Richtfunkstrecken, Radaren, radioastronomischen Einrichtungen sowie Funkmessstellen der Bundesnetzagentur (BNetzA) durchgeführt. Durch rechtzeitige Einbeziehung ihrer Betreiber in die weitere Planung sollen Störungen vermieden werden. Folgende Betreiber sind im Plangebiet aktiv: BETREIBER RICHTFUNK: ========== Deutsche Telekom Technik GmbH Ziegelleite 2-4 95448 Bayreuth Deutschland E-Mail: bauleitplanung@ericsson.com Johannes Gutenberg-Universität Mainz Saarstraße 21 55122 Mainz Deutschland Pfalzwerke Netz AG Wredestraße 35 67059 Ludwigshafen Deutschland E-Mail: Externe-Planungen_Kreuzungen@Pfalzwerke-Netz.de Telefónica Germany GmbH & Co. OHG Georg-Brauchle-Ring 50 80992 München		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Deutschland E-Mail: o2-MW-BImSchG@telefonica.com Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf Deutschland E-Mail: Richtfunk.Auskunft@Vodafone.com BETREIBER RADARE: ========== Es sind keine Radare betroffen. BETREIBER RADIOASTRONOMIE: ========== Es sind keine Radioastronomie Stationen betroffen. FUNKMESSSTELLEN DER BNETZA: ========== Es sind keine Funkmessstandorte der BNetzA betroffen. Hinweise zum Beteiligungsverfahren der Bundesnetzagentur ========== Beachten Sie bitte für Ihr geplantes Vorhaben auch die Hinweise auf unserer Internetseite www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung Nutzen Sie bitte immer für die Beteiligung der Bundesnetzagentur das auf der Internetseite verfügbare 'Formular Bauleitplanung', welches Sie unter folgendem Link direkt herunterladen können. www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Unternehmen_Institutionen/Frequenzen/Firmennetze/FormularRichtfunk.pdf Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formular zusammen mit den zugehörigen		

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Planungsunterlagen immer an die folgende E-Mail-Adresse. 226.Postfach@BNetzA.de“		
7	**CREOS Deutschland GmbH** **Planauskunft** <u>Schreiben vom 11.03.2024</u> „die Creos Deutschland GmbH betreibt ein eigenes Gashochdruckleitungsnetz sowie ein eigenes Hoch- und Mittelspannungsnetz inklusive der zugehörigen Anlagen. Für folgende Leitungen bzw. Leitungsabschnitte inklusive der zugehörigen Anlagen wurde die Creos Deutschland GmbH mit der Betreuung beauftragt: · Kokereigasleitungen der Zentralkokerei Saar GmbH (Z.K.S.) · Sauerstoff- und Stickstoffleitungen im Saarland der Nippon Gases Deutschland GmbH · Biogasleitung Ramstein der Stadtwerke Ramstein-Miesenbach GmbH · Gashochdruckleitungen im Bereich Friedrichsthal der energis-Netzgesellschaft mbH · Gasleitungen der Villeroy & Boch AG in Mettlach · Gasleitungsabschnitt Speyer Südost (Anschlussleitung G+H) der Stadtwerke Speyer GmbH · Gasleitungsabschnitt Fischbach Neunkirchen der Iqony Energies GmbH · Gasleitungsabschnitt Erdgasanschluss Ford Saarlouis der Iqony Energies GmbH Für diese Leitungen bzw. Leitungsabschnitte und Anlagen erfolgt die Planauskunft durch die Creos Deutschland GmbH. Zu Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass im angefragten Bereich keine Anlagen der Creos Deutschland GmbH und keine der von uns betreuten Anlagen vorhanden sind.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
8	**Deutsche Bahn AG** **DB Immobilien, Region Südwest** <u>Schreiben vom 19.02.2024</u> „DB Immobilien ist das von der DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigte Unternehmen für die Abgabe von Stellungnahmen bei Beteiligungen Träger öffentlicher Belange.		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Gegen den o.g. Bebauungsplan sowie die Teiländerung des Flächennutzungsplanes bestehen aus Sicht der DB InfraGO AG keine Einwendungen. Aufgrund eines Abstandes von ca. 1,4 km zur nächsten aktiv betriebenen Bahnstrecke Nr. 3283 (Homburg - Einöd) halten wir eine Beteiligung im weiteren Verlauf des Verfahrens für nicht erforderlich.“		
9	**Deutsche Telekom Technik GmbH** **PTI 11 Saarbrücken** <u>Schreiben vom 20.02.2024 - Bebauungsplan</u> „die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs.1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus beigefügtem Plan ersichtlich ist. Bei Konkretisierung Ihrer Planungen durch einen Bebauungsplan ist eine Planauskunft und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzufordern: Deutsche Telekom Technik GmbH Zentrale Planauskunft Südwest Chemnitzer Str. 2 67433 Neustadt a.d. Weinstr. E-Mail: planauskunft.suedwest@telekom.de Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bitten wir zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen rechtzeitig, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Für die Bestellung eines Anschlusses setzten sie sich bitte mit unserem Bauherrnservice 0800 3301903 in Verbindung.“ <u>Schreiben vom 20.02.2024 – FNP-Teiländerung</u> „die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs.1 TKG - hat die Deutsche		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom. Für zukünftige Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen. Wir werden zu gegebener Zeit zu den noch aus dem Flächennutzungsplan zu entwickelnden Bebauungsplänen detaillierte Stellungnahmen abgeben. Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.“		
10	**Deutscher Wetterdienst** **Referat Liegenschaftsmanagement** Schreiben vom 26.02.2024 „der Deutsche Wetterdienst (DWD) bedankt sich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an o. a. Vorhaben. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
11	**Die Autobahn GmbH des Bundes** **Niederlassung West** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
12	**Eisenbahn-Bundesamt** **Außenstelle Frankfurt/Saarbrücken** Schreiben vom 19.02.2024 „Ihr Schreiben ist am 19.02.2024 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o.a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange. Seitens des Eisenbahn-Bundesamtes werden keine Bedenken vorgebracht.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
13	**energis-Netzgesellschaft mbH** Schreiben vom 28.02.2024 „wir beziehen uns auf Ihre E-Mail vom 19.02.2024. Die energis-Netzgesellschaft mbH nimmt auch die Belange der energis GmbH wahr und beantwortet Ihre Anfrage wie folgt: Im genannten Bereich sind Versorgungseinrichtungen der energis-Netzgesellschaft mbH und der energis GmbH weder vorhanden noch geplant.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
14	**EVS Entsorgungsverband Saar** Schreiben vom 15.03.2024 „in dem o.g. Planungsgebiet befinden sich Abwasseranlagen des EVS. Sie erhalten beigefügt einen Auszug aus unserer Kanaldatenbank mit den sich vor Ort befindenden Hauptsammlern nebst Bauwerken. Wir bitten um Beachtung! Über mögliche Leitungsverläufe anderer oder der Kommune liegen uns keine Informationen vor. Wir weisen darauf hin, dass Abweichungen in den Bestandsplänen bzw. der Lage des Hauptsammlers möglich sind. Bei höheren Anforderungen an die Lagegenauigkeit empfehlen wir Ihnen daher Sondierungen zur Erfassung der exakten Lage des Hauptsammlers durchzuführen. Wir weisen weiter darauf hin, dass sich diese Auskunft ausschließlich auf den Verlauf des Sammlers bezieht. Soweit weitergehende Informationen, z.B. zu Eigentums - oder Nutzungsangelegenheiten von oder an Grundstücken erforderlich sind, sind diese von den jeweils zuständigen Stellen beim EVS oder anderen betroffenen Stellen, wie z.B. Gemeinde, Grundbuchamt, Eigentümern einzuholen. Bei der Durchführung von Maßnahmen im Bereich von Anlagen des EVS ist zu berücksichtigen, dass Sammler und Bauwerke des EVS „Besondere Anlagen“ im Sinne der §§ 74 und 75 TKG sind und der Daseinsvorsorge dienen. An diesen	Abwasseranlagen des EVS befinden sich gemäß Auszug aus der Kanaldatenbank im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213. Eine zeichnerische Festsetzung der Leitung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB sowie ein entsprechender Hinweis werden aus Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen, da die Planung und spätere Umsetzung der Verkehrsanbindung möglicherweise bauliche Maßnahmen im Bereich bzw. in der Nähe zu diesen Anlagen nach sich zieht.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Verlauf der Versorgungsleitung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB zeichnerisch in den Bebauungsplan aufzunehmen. Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Innerhalb des Plangebietes, im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213, befinden sich Abwasseranlagen des EVS Entsorgungsverband Saar. Bei der Durchführung von Maßnahmen im Bereich von Anlagen des EVS ist zu berücksichtigen, dass Sammler und Bauwerke des EVS „Besondere Anlagen“ im Sinne des §§ 74 und 75 TKG sind und der Daseinsvorsorge dienen.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Anlagen muss in unterschiedlichen Abständen gearbeitet (Reparatur, Erneuerung, Modernisierung oder Anpassung an den aktuellen Stand der Technik) werden. In räumlicher Nähe zu Anlagen des EVS vorgesehene Maßnahmen müssen daher so geplant und durchgeführt werden, dass zukünftige Arbeiten des EVS an seinen Anlagen ohne Mehrkosten für den EVS möglich sind. Kosten zur Durchführung zukünftiger Maßnahmen des EVS für erforderliche Umverlegungen sind vom jeweiligen Nutzungsberechtigten zu tragen. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.“		An diesen Anlagen muss in unterschiedlichen Abständen gearbeitet werden (Reparatur, Erneuerung, Modernisierung oder Anpassung an den aktuellen Stand der Technik). In räumlicher Nähe zu Anlagen des EVS vorgesehene Maßnahmen müssen daher so geplant und durchgeführt werden, dass zukünftige Arbeiten des EVS an seinen Anlagen ohne Mehrkosten für den EVS möglich sind. Kosten zur Durchführung zukünftiger Maßnahmen des EVS für erforderliche Umverlegungen sind vom jeweiligen Nutzungsberechtigten zu tragen.“
15	**Handwerkskammer des Saarlandes** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
16	**IHK Saarland** Schreiben vom 12.03.2024 „gegen die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplans zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zum Neubau des Gebäudekomplexes 90 der Universitätsklinik Homburg haben wir aus der Sicht der gewerblichen Wirtschaft keine Anregungen und Bedenken vorzutragen.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
17	**Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung** Schreiben vom 21.02.2024 „durch die o.g. Planungsmaßnahme könnten die Höhenfestpunkt (HFP) 6610-9-00572 ; HFP 6610-9-00571, welcher zugleich auch Schwerefestpunkt (SFP 6610-8-079-00) ist und der HFP 6610-9-00580 gefährdet werden. Wir bitten daher	Höhen- bzw. Schwerefestpunkte innerhalb des Plangebietes. Ein entsprechender Hinweis wird aus	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	rechtzeitig vor Aufnahme von Arbeiten, welche den Punkt gefährden könnten, um Rücksprache mit mir (Tel: 0681 / 9712-221 ; Mail: grundlagen@lvgl.saarland.de) im Sachgebiet 2.1; Geodätische Grundlagen, AFIS um gegebenenfalls Verlegungs- oder Sicherungsmaßnahmen vornehmen zu können.“	Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen.	Bebauungsplan aufzunehmen: „**Höhenfestpunkte (Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung)** • Innerhalb des Plangebietes befinden sich die Höhenfestpunkte (HFP) 6610-9-00572, HFP 6610-9-00571 (zugleich auch Schwerefestpunkt (SFP) 6610-8-079-00) und HFP 6610-9-00580. Vor der Aufnahme von Arbeiten, bei denen es zur Gefährdung dieser Punkte kommen könnte, ist Rücksprache mit dem LVGL, Sachgebiet 2.1; Geodätische Grundlagen, AFIS (Tel.: 0681 / 9712-221; Mail: grundlagen@lvgl.saarland.de), zu halten, um gegebenenfalls Verlegungs- oder Sicherungsmaßnahmen vornehmen zu können."
18	**Landesbetrieb für Straßenbau** <u>Schreiben vom 11.03.2024</u> „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes nebst paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplanes bestehen keine Bedenken nachdem der LfS bereits in die Planung involviert ist und die zukünftige verkehrliche Erschließung in enger Abstimmung mit ihm erfolgt.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
19	**Landesdenkmalamt** <u>Schreiben vom 05.03.2024</u> „zu der vorliegenden Planung nimmt das Landesdenkmalamt wie folgt Stellung. Rechtsgrundlage ist das Gesetz Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege (Saarländisches	Ein entsprechender Hinweis wurde, nach Rückmeldung des Landesdenkmalamtes vom 22.08.23, im Zuge der	**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Denkmalschutzgesetz - (SDschG) vom 13. Juni 2018 (Amtsblatt des Saarlandes Teil I vom 5. Juli 2018 S 358 ff.) Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht von Bodenfunden (§ 16 Abs. 1 SDschG) und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 2 SDschG) wird hingewiesen. Auf § 28 SDschG (Ordnungswidrigkeiten) sei an dieser Stelle hingewiesen.“	Vorabstimmung bereits in den, dem Landesdenkmalamt zur Stellungnahme vorliegenden, Bebauungsplan aufgenommen.	
20	**Landwirtschaftskammer für das Saarland** Schreiben vom 20.03.2024 „zum derzeitigen Planungsstand werden gegen die vorliegende Bauleitplanung keine Bedenken vorgebracht.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
21	**Ministerium der Justiz** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
22	**Ministerium für Bildung und Kultur** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
23	**Ministerium für Inneres, Bauen und Sport** **Referat OBB24** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
24	**Ministerium für Inneres, Bauen und Sport** **Referat B 4 ZMZ** Schreiben vom 19.02.2024 - Bundeswehr „vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
25	**Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Oberste Naturschutzbehörde** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
26	**Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Abteilung D - Natur und Forsten** Schreiben vom 22.03.2024 „im Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes und auch der Teiländerung des Flächennutzungsplanes befindet sich Wald im Sinne des § 2 Landeswaldgesetz (LWaldG). Die im o. g. Bebauungsplan M1 und M2 genannten Waldflächen sind zum Erhalt festgesetzt. Ein Eingriff in Wald wird auf zwei Flächen stattfinden: Eine Waldumwandlung wird im Bereich des neu geplanten Parkhauses nötig (ca. 2,5 ha), eine weitere Fläche ist im Umkreis der früheren Lungenklinik (ca. 1,8 ha) betroffen. Gemäß Begründung zum o. g. Bebauungsplan wird der forstliche Ausgleich gem. § 8 Abs. 3 LWaldG im weiteren Verfahren bestimmt. Im Fall des Bestandsgebäudes der Neurologie werden gemäß der Begründung zum o. g. Bebauungsplan die Sicherheitsabstände zu dem unmittelbar angrenzenden Wald bereits jetzt nicht eingehalten; hier ergeben sich für die Nachnutzung Möglichkeiten, diese durch eine Waldrandpflege und -sicherung zu unterschreiten, wobei dennoch wie bereits angegeben eine Haftungsfreistellung erforderlich ist. Die Regelungen des § 14 Abs. 3 LWaldG wurden bereits als „Nachrichtliche Übernahme gern. § 9 Abs. 6 BauGB" im Bebauungsplan aufgenommen und in der Planzeichnung dargestellt. Weiterhin bitten wir um Aufklärung, warum die umzuwandelnde Waldfläche um die im Umkreis der ehemaligen Pneumologie liegende Waldfläche vergrößert wurde. Es finden sich keine detaillierten Angaben über die· Qualität des betroffenen Waldes. Wir bitten, dies nachzubessern. Zur Thematik Niederschlagsentwässerung sind wir noch mit dem SaarForst Landesbetrieb im Gespräch und werden uns gesondert melden, wenn die Abstimmungen abgeschlossen sind.“	Der, aufgrund der durch den Bebauungsplan begründeten Waldumwandlung, erforderliche forstliche Ausgleich wird im Rahmen des Umweltberichts berücksichtigt und bestimmt. Eine Haftungsfreistellung (zwischen Forsteigentümer und Eigentümer der angrenzenden Flächen) wird für die betroffenen Bereiche vereinbart. Die umzuwandelnden Waldflächen sind im Vorentwurf zum Bebauungsplan, welcher Gegenstand der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB war, korrekt dargestellt. Einen Sachstand, wonach die Waldflächen im Umkreis der ehemaligen Pneumologie nicht umgewandelt werden sollten, hat	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Festsetzung zur Waldausgleichsmaßnahme gemäß § 9 Abs. 1a BauGB zu ergänzen: „**14. KOMPENSATIONSMASSNAHMEN** GEM. § 9 ABS. 1 A BAUGB Durch die Planung kommt es zu einer Umwandlung von Wald in einer Größe von __ ha nach LWaldG. Der forstliche Ausgleich ist innerhalb einer Frist von 3 Jahren nachzuweisen (Erstaufforstung an anderer Stelle).“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
		es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Sollte gegenüber der Forstbehörde etwas anderes kommuniziert worden sein, so kann es sich nur um ein Versehen gehandelt haben, was wir hiermit zu entschuldigen bitten. Die Waldfläche im Umkreis der ehemaligen Pneumologie wird, wie alle anderen umzuwandelnden Waldflächen auch, für die bauliche Erweiterung bzw. Verlagerung des UKS benötigt. Die betreffende Fläche gehört selbstverständlich, wie alle anderen Waldflächen auch, zum Untersuchungsumfang des Umweltberichtes. Die diesbezüglichen faunistischen Erhebungen und die Erstellung des Umweltberichtes sind derzeit im Gange.	
	<u>Schreiben vom 30.04.2024 – Eingang</u> „wie in der o. g. Stellungnahme der Forstbehörde angekündigt, nehmen wir hier noch Bezug auf das. Thema Niederschlagsentwässerung: Wir beziehen uns auf den Ortstermin vom 17.04.2024 und schließen uns der Stellungnahme des SaarForst Landesbetriebs vom 24.04.2024 an das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport an. Die Forstbehörde weist ausdrücklich darauf hin, dass mit dem Niederschlagswasser kein mit Schadstoffen belastetes Wasser in den angrenzenden Wald eingeleitet werden darf. Zudem dürfen durch den erhöhten Wassereintrag keine Schäden am Waldboden und dem darauf stockenden Waldbestand entstehen. Die im Waldrand anzulegenden Versickerungsmulden könnten je nach Ausformung zu einer temporären oder dauerhaften Waldumwandlung führen. Sofern die Waldumwandlung nicht im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geregelt werden kann, ist diese im Bauantragsverfahren bei der Forstbehörde zu beantragen. Die übrigen Anmerkungen der o. g. 1. Stellungnahme der Forstbehörde bleiben unberührt und haben weiterhin Bestand.“	Die Hinweise werden im Rahmen der Planung sowie des entsprechenden Siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages berücksichtigt.	

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
27	**Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Abteilung F - Mobilität** Schreiben vom 17.03.2024 – Ref. F/3 „gegen diese Planungsmaßnahme bestehen gemäß den hier vorliegenden Informationen seitens Referat F/3 keine Bedenken." Schreiben vom 14.03.2024 – Ref. F/4 „durch das Referat F/4 Öffentlicher Personenverkehr, Binnenschifffahrt, Logistik des Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz ergeht folgende Stellungnahme: Bei der Neugestaltung der verkehrlichen Anbindung im Zuge der Erweiterung der Uniklinik ist auf eine barrierefreie Erreichbarkeit mit dem ÖPNV zu achten. Grundsätzlich besteht bereits eine Anbindung des Erweiterungsgebiets an den ÖPNV mit den Haltestellen „Uni-Neurologie H6" und „Uni-Pneumologie H7" durch die Ringbuslinie 560 des Universitätsklinikums. Das Plangebiet ist jedoch bisher nur unzureichend an das Ortsbusnetz angebunden. Genannte Haltestellen sind nach aktuellen Standards nicht barrierefrei. Es fehlen z.B. taktile Leitstreifen und Ausleuchtung, die Bordsteine sind zwar erhöht, jedoch nicht auf barrierefreiem Niveau. Darüber hinaus fehlt es an einer barrierefreien Zuwegung für Fußgänger, bzw. insgesamt an attraktiven Fußwegen auf dem Gelände. Es wird daher angeregt in der weiteren Planung und baulichen Umsetzung: die Barrierefreiheit der genannten Haltestellen im Zuge der Baumaßnahmen herzustellen, bzw. bei größeren Umbauten der Verkehrswege neue barrierefreie Haltestellen zu schaffen. Das Plangebiet in das Ortsbusnetz einzubeziehen sowie die Linienführung im Bereich des Universitätsklinikums nach Festlegung der neuen Verkehrsanbindung auf Optimierung zu prüfen. Eine attraktive fußläufige Wegeverbindung zwischen Haltestellen des ÖPNV und Gebäuden im Plangebiet zu schaffen." Schreiben vom 15.03.2024 – Ref. F/5 „nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme der Obersten Straßenbaubehörde	Gegenstand der späteren Ausbau- und Detailplanung. Im Zuge der baulichen Erweiterung bzw. Verlagerung des UKS werden sowohl die barrierefreie Erreichbarkeit als auch die generelle Optimierung der ÖPNV-Anbindung berücksichtigt. Die Prüfung der Trassenvarianten und	

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	zur betreffenden Planung der Kreisstadt Homburg: Das Vorhaben hat durch den unmittelbaren Anschluss an die Landstraße II. Ordnung L213 signifikante verkehrliche Auswirkungen auf diese. Darüber hinaus sind absehbar noch bauliche Maßnahmen zur Ausbildung der verkehrlichen Anbindung notwendig. Die Mitwirkung des Landesbetriebs für Straßenbau (LfS) als Straßenbaubehörde ist deshalb erforderlich.“	Planung der zukünftigen Verkehrsanbindung erfolgt gemeinsam mit den beteiligten Gutachtern sowie in Abstimmung mit den hierfür zuständigen Behörden. Der LfS verweist in seiner Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung ebenfalls auf die enge Abstimmung im Zuge dessen.	
	<u>Schreiben vom 20.03.2024 – Ref. F/2</u> „auf die unserem Haus mit E-Mail vom 19.02.2024 zugänglich gemachten Unterlagen nehmen wir in unserer Funktion als zuständiger Landesluftfahrtbehörde wie folgt Stellung und verweisen insbesondere auf das Fazit am Ende unserer Ausführungen: Die derzeitigen Planungsunterlagen zeigen, dass von dem Vorhaben auch die bestehende und von Ihnen als „Hubschrauberlandeplatz" bezeichnete Landestelle betroffen sein wird. Bei dieser handelt es sich allerdings nicht um einen gemäß § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) genehmigten und der Aufsicht der Landesluftfahrtbehörde unterliegenden Hubschrauberlandeplatz, sondern lediglich um eine „Landestelle an einer Einrichtung von öffentlichem Interesse" (PIS - Public Interest Site), die auf der Grundlage der gemäß § 25 Abs. 4 LuftVG i. V. m. § 18 Abs. 4 Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) durch das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) genehmigten Flugbetriebshandbücher von den Luftrettungsunternehmen angeflogen werden dürfen. PIS unterstehen daher auch der Aufsicht des LBA. Die Anlage und der Betrieb von Hubschrauberlandeplätzen im Sinne des § 6 LuftVG stellt den Regelfall dar. Eine Public Interest Site stellt demgegenüber eine rechtliche Ausnahmeregelung dar. Sie wurde in der Vergangenheit durch die Europäische Kommission für Landestellen, insbesondere solche an Krankenhäusern, zugelassen, die über keinen gemäß § 6 LuftVG genehmigten Hubschrauberlandeplatz verfügten oder an denen die Voraussetzungen für einen solchen, insbesondere hinsichtlich der erforderlichen Hindernisfreiheit der An-/ Abflugbereiche, baulichen Gegebenheiten sowie der technischen Ausstattung, nicht realisierbar waren. Die Europäische Kommission hatte mit der Zulässigkeit des Betriebs von früheren Landestellen im Hubschraubernoteinsatz als Public Interest Site - die in die beim LBA geführte so genannte „PIS-Masterliste" zu melden waren - diese gleichwohl im Rahmen des Bestandsschutzes akzeptiert. Für Hubschrauberlandungen der Luftrettungsunternehmen auf Neubauten seien grundsätzlich gemäß§ 6 LuftVG	Regelungen des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) wurden bereits in den, dem Ministerium zur Stellungnahme vorliegenden, Bebauungsplan nachrichtlich übernommen. Die Errichtung eines Hubschrauberlandeplatzes ist, wie den Planunterlagen entnommen werden kann, auf den Dachflächen der geplanten Gebäude vorgesehen. Eine (temporäre) Verlagerung des Bodenlandeplatzes, um auch während der Bauphase eine entsprechende Landestelle vorhalten zu können, ist ebenfalls vorgesehen. Letztlich beziehen sich die Hinweise auf die parallelen bzw. nachgelagerte Fach- und Detailplanungen. Aus Vorsorgegründen wird die nachrichtliche Übernahme im Bebauungsplan um die Anmerkungen der Stellungnahme ergänzt.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Anmerkungen gemäß § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in den Bebauungsplan zu übernehmen: „Im Zuge der Planung ist ein auf der Grundlage des § 6 LuftVG zu genehmigender Landeplatz für Rettungshubschrauber vorzusehen. Dieser sollte vorrangig auf dem Dachbereich angelegt werden, wobei zwingende Hindernisfreiheiten der erforderlichen An- / Abflugbereiche in die weitere Planung einzubeziehen sind. Sofern eine Landemöglichkeit für einen weiteren Rettungshubschrauber vorgesehen wird, sollte ein zusätzlicher Bodenlandeplatz in die weitere Planung einbezogen werden. Dieser sollte ebenfalls entsprechend § 6 LuftVG angelegt werden, wobei dann unter anderem zwingende Hindernisfreiheiten in den An- / Abflugbereichen eingehalten und in der weiteren Planung, insbesondere von Gebäuden, zu berücksichtigen wären.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	angelegte und betriebene Landeplätze vorzusehen. Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Landestelle als Public Interest Site war und ist insbesondere, dass diese nachweislich bereits in der Vergangenheit, und zwar vor dem 28.10.2014, von Hubschraubern im Rahmen der Luftrettung angeflogen worden war. Das LBA kann zum einen die den Luftrettungsunternehmen erteilte Genehmigung zur Nutzung einer PIS befristen oder auch widerrufen, sodass diese dann nicht mehr angeflogen werden dürfte. Mit der gemäß § 18 Abs. 4 LuftVO verpflichtenden jährlichen Meldung der Anzahl der Flugbewegungen an den einzelnen PIS durch die Luftrettungsunternehmen ist dem LBA außerdem ein Instrument an die Hand gegeben, die Genehmigung zur Nutzung einer PIS widerrufen zu können, falls die Anzahl der jährlichen Flugbewegungen eine gewisse Grenze überschreitet, bei der von einem regelmäßigen Flugbetrieb ausgegangen werden kann und damit die Notwendigkeit eröffnet wird, entsprechend dem in § 25 Abs. 1 LuftVG enthaltenen Grundsatz des Flugplatzzwangs die Anlage und den Betrieb eines Hubschrauberlandeplatzes auf der Grundlage des§ 6 LuftVG zu fordern. Das LBA kann zum anderen die den Luftrettungsunternehmen erteilte Genehmigung zur Nutzung einer PIS außerdem dann widerrufen, wenn sie nicht entsprechend der Anlage zu § 18 Abs. 4 LuftVO ertüchtigt wird. An eine bestehende Public Interest Site, wie sie vom derzeitigen Planungsumfang überdeckt wird, bestehen daher gegenüber einem gemäß § 6 LuftVG angelegten und betriebenen Hubschrauberlandeplatz reduzierte Anforderungen. Aufgrund der Langfristigkeit der Planungen für ein neues Zentralklinikum im Geltungsbereich des vorgesehenen Bebauungsplans ist nicht auszuschließen, dass bis zur konkreten Errichtungsplanung die luftverkehrsrechtlichen Grundlagen dahingehend geändert bzw. weiterentwickelt worden sind, dass die Anlage und der Betrieb von Public lnterest Site grundsätzlich nicht mehr und stattdessen nur noch gemäß § 6 LuftVG genehmigte Hubschrauberlandeplätze zulässig sind. Die vorhandene Bodenlandstelle (PIS) im Süden des derzeitigen Klinikumgeländes wird derzeit hauptsächlich für den Fall genutzt, dass ein Hubschrauber den auf dem iMED-Gebäude vorhandenen Dachlandeplatz nicht nutzen kann, weil dieser entweder bereits durch einen anderen Rettungshubschrauber belegt ist oder dieser aufgrund einer hohen Gesamtabflugmasse (MTOM - Maximum Take-off Mass) bzw. zu großer Abmessungen als der in der luftrechtlichen Genehmigung ausgewiesene Referenzhubschrauber aufweist (z.B. Militärhubschrauber). Fazit In der Gesamtbetrachtung der Unterlagen und aufgrund unserer Ausführungen werden von unserer Seite als zuständiger Landesluftfahrtbehörde die nachstehenden Anforderungen geltend gemacht:		Vor Beginn der Bauphase, während die derzeit vorhandene Bodenlandestelle (PIS) für Hubschrauber nicht (mehr) genutzt werden könnte, wäre frühzeitig deren zumindest vorübergehende Verlagerung beim Luftfahrt-Bundesamt zu beantragen. Hierfür wäre ein entsprechender Antrag auf (vorübergehende) Verlegung der PIS zu stellen, zu begründen und eine Begutachtung der Geeignetheit der vorgesehenen Landestelle durch das örtliche Luftrettungsunternehmen vornehmen zu lassen. Die baulichen bzw. technischen Anforderungen (vgl. Anlage 3 zu § 18 Abs. 4 LuftVO) wären am neuen Ort (auch bei vorübergehender Verlagerung) zu erfüllen.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	1. Nach den derzeit nur sehr groben Planunterlagen ist die Errichtung eines Zentralklinikumgebäudes angedacht. Hier wäre zumindest ein auf der Grundlage des § 6 LuftVG zu genehmigender Landeplatz für Rettungshubschrauber vorzusehen; dieser sollte aus den genannten Gründen vorrangig auf dem Dachbereich angelegt werden, wobei zwingende Hindernisfreiheiten der erforderlichen An-/ Abflugbereiche in die weitere Planung einzubeziehen wären. 2. Sofern aus den gemachten Erläuterungen eine Landemöglichkeit für einen weiteren Rettungshubschrauber vorgesehen wird, sollte ein zusätzlicher Bodenlandeplatz in die weitere Planung einbezogen werden. Dieser sollte ebenfalls entsprechend§ 6 LuftVG angelegt werden, wobei dann unter anderem zwingende Hindernisfreiheiten in den An-/ Abflugbereichen eingehalten und in der weiteren Planung, insbesondere von Gebäuden, zu berücksichtigen wären. 3. Vor Beginn der Bauphase, während der die derzeit vorhandene Bodenlandestelle (PIS) für Hubschrauber nicht (mehr) genutzt werden könnte, wäre frühzeitig deren zumindest vorübergehende Verlagerung beim Luftfahrt-Bundesamt zu beantragen. Hierfür wäre ein entsprechender Antrag auf(vorübergehende) Verlegung der PIS zu stellen, zu begründen und eine Begutachtung der Geeignetheit der vorgesehenen Landestelle durch das örtlichen Luftrettungsunternehmen vornehmen zu lassen. Die baulichen bzw. technischen Anforderungen (vgl. Anlage 3 zu § 18 Abs. 4 LuftVO) wären am neuen Ort (auch bei vorübergehender Verlegung) zu erfüllen.“		
28	**Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie** **Referat E/1** <u>Schreiben vom 20.03.2024</u> „zum im Betreff angeführtem Planverfahren äußern sich die Fachreferate des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie wie folgt: Grundsatzfragen der Energiepolitik Zur Umsetzung landesweiter und bundesweiter Ziele in Bezug auf die Energiewende, der damit verbundenen Verringerung des Energiebedarfs und der ressourcenschonenden Erzeugung von Energie, wird wie folgt Stellung genommen: Um städtebauliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Energiebereich, insbesondere auf die bestehenden und zu erwartenden Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und des	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen allerdings die spätere Detailplanung. Die geltenden Vorschriften zur Installation erneuerbarer Energien werden, wie in den Hinweisen des Bebauungsplans aufgeführt, beachtet.	**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) mit Hinblick auf die Wärmeplanung, zu ermöglichen, sollte bei der Entwicklung neuer Quartiere bzw. Baugebiete die Minimierung des Wärmebedarfs und die möglichst dezentrale, CO2-neutrale Energieerzeugung in die Planung mit einfließen. Hinweis zu kommunalen Aufgaben im Bereich der Energieversorgung Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 7 lit. f BauGB). In diesem Sinne ist neben der grundsätzlich zu gewährleistenden Versorgungssicherheit innerhalb der räumlichen Verantwortung die Struktur der Energieversorgung auch im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen auf den Klimawandel zu optimieren. Zu den allgemeinen Grundsätzen und Zielen der Bauleitplanung im Bereich der Energieversorgung, welche im Sinne der Nachhaltigkeit auch festgesetzt werden können (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 lit. b BauGB), zählen insbesondere - die Erhöhung der Energieeffizienz bei der Herstellung von Energie und durch Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Energieeinsparung - die Verbesserung bzw. Schaffung der Voraussetzungen für den Einsatz regenerativer Energien - die bedarfsgerechte Bereitstellung von Flächen für Erzeugungsanlagen und Betriebe zur Erzeugung von Energie (Versorgungsflächen für die Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung; vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB) - die verbrauchernahe Energiebereitstellung bei der Planung und Errichtung neuer Standorte. Zudem können im Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB aus städtebaulichen Gründen auch Flächen für Ladeinfrastruktur elektrisch betriebener Fahrzeuge festgesetzt werden Energiewirtschaft, Montanindustrie Soweit noch nicht geschehen, wird darum gebeten, das Verfahren auch mit dem Oberbergamt des Saarlandes abzustimmen.“	Das Oberbergamt des Saarlandes wurde frühzeitig beteiligt und äußert gegenüber der Planung keine Bedenken.	

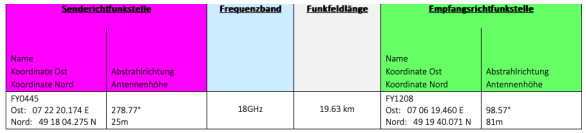
Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
29	**Oberbergamt des Saarlandes** Schreiben vom 19.03.2024 „nach Prüfung der Angelegenheit teilen wir Ihnen mit, dass gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3" in der Kreisstadt Homburg aus bergbaulicher Sicht keine Bedenken bestehen.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
30	**Pfalzwerke Netz AG** **Netzbau, Anlagenbau + Externe Planungen** Schreiben vom 22.03.2024 „aufgrund krankheits- und urlaubsbedingter Ausfälle bitten wir um Fristverlängerung für die Abgabe unserer Stellungnahmen zu den beiden untenstehenden Verfahren wenn möglich bitte bis zum 03.04.2024. Wir bitten um kurze Bestätigung bzw. Rückmeldung. Vielen Dank im Voraus!“ Schreiben vom 03.04.2024 - Bebauungsplan „aus internen, verwaltungstechnischen Gründen geben wir, nach gewährter Fristverlängerung durch Herrn Andes (E-Mail am 28.03.2024), zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum BBP „UNIVERSITÄTSKLINIKEN, TEILBEREICH 3", in einem separaten Schreiben ab. Die mitgeteilte Planung berührt Belange unseres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiches. Es bestehen keine Bedenken. Wir geben aber nachstehende Anregung an Sie weiter und bitten um Berücksichtigung. Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes (Plangebiet) befindet sich derzeitig folgende Versorgungseinrichtung der Pfalzwerke Netz AG: Richtfunkstrecke „F 1802" Zur Information über den Bestand dieser Versorgungseinrichtung im Plangebiet haben wir als Anlage einen aktuellen Planauszug unserer Bestandsdokumentation beigefügt.	Fristverlängerung bis 03.04.2024 wird gewährt. Der textliche Hinweis zur Richtfunkstrecke wird aus Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen. Gemäß der Stellungnahme sowie der darüber hinaus erfolgten Abstimmungen mit der Pfalzwerke Netz AG kann eine Betroffenheit der Richtfunkstrecke durch die Bebauung bis zu einer absoluten Höhe von 320 ü NN ausgeschlossen werden.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Richtfunk** • Über das Plangebiet verläuft teilweise eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG (nördlich im Bereich der Neurologie bzw. ehem. Pneumologie), die in der Planzeichnung nicht ausgewiesen ist, da durch die im Plangebiet festgesetzte Nutzung keine Beeinflussung zu erwarten ist. Für den ungestörten Betrieb einer Richtfunkstrecke ist es zwingend erforderlich, dass deren sogenannte

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Wir weisen jedoch ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hin: Diese Auskunft darf nur für Planungszwecke verwendet werden. Unsere Versorgungsnetze unterliegen ständig baulichen Veränderungen. Vor Baubeginn muss daher unbedingt eine aktuelle Planauskunft über die Online-Planauskunft der Pfalzwerke Netz AG eingeholt werden, die auf unserer Webseite (https://www.pfalzwerke-netz.de/service/kundenservice/onlineplanauskunft) zur Verfügung steht. Die Versorgungseinrichtung bedarf unterschiedlich der zeichnerischen und textlichen Berücksichtigung. • Zeichnerische Berücksichtigung Die Versorgungseinrichtung bedarf keiner zeichnerischen Berücksichtigung in der Planzeichnung des Bebauungsplanes • Textliche Berücksichtigung Zur textlichen Berücksichtigung der Versorgungseinrichtung regen wir an, Abschnitt ,,Hinweise" um den nachstehend in Kursivschrift dargestellten Inhalt zu ergänzen: Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG Über das Plangebiet verläuft teilweise eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG, die in der Planzeichnung nicht ausgewiesen ist, da durch die im Plangebiet festgesetzte Nutzung keine Beeinflussung zu erwarten ist. Für den ungestörten Betrieb einer Richtfunkstrecke ist es zwingend erforderlich, dass deren sogenannte Fresnelzone frei von Hindernissen bleibt. Dies wird gewährleistet durch Freihaltung eines insgesamt 200 m breiten Richtfunkkorridors (100 m beidseitig der Längsachse des Richtfunkstrahls senkrecht gemessen). Innerhalb dieses Richtfunkkorridors sind bei der Errichtung baulicher Anlagen bis 20 m Höhe Störungen einer Richtfunkstrecke nicht wahrscheinlich. Bei konkreten Planungen mit einer Höhe über 20 m wird empfohlen, diese mit dem Betreiber der Richtfunkstrecke abzuklären. Einrichtungen, die über die Höhen von 20 m hinausgehen, auch wenn diese zeitlich nur begrenzt aufgestellt werden sollten, bedürfen im Einzelfall der vorherigen Prüfung, ob sich hierdurch eine Beeinflussung der Richtfunkstrecke ergibt, sowie der Zustimmung zur Errichtung durch den Betreiber der Richtfunkstrecke. Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren und Mitteilung, inwieweit aufgrund unserer geäußerten Anregung eine Anpassung der Unterlagen zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgenommen wird.“ <u>Schreiben vom 03.04.2024 – FNP-Teiländerung</u> „aus internen, verwaltungstechnischen Gründen geben wir, nach gewährter Fristverlängerung durch Herrn Andes (E-Mail am 28.03.2024), zur Teiländerung des	Die Richtfunkstrecke wird zeichnerisch in die FNP-Teiländerung übernommen.	Fresnelzone frei von Hindernissen bleibt. Dies wird gewährleistet durch Freihaltung eines insgesamt 200 m breiten Richtfunkkorridors (100 m beidseitig der Längsachse des Richtfunkstrahls senkrecht gemessen). Innerhalb dieses Richtfunkkorridors sind bei der Errichtung baulicher Anlagen bis 20 m Höhe Störungen einer Richtfunkstrecke nicht wahrscheinlich (bis 320 m ü NN). Bei konkreten Planungen mit einer Höhe über 20 m wird empfohlen, diese mit dem Betreiber der Richtfunkstrecke abzuklären. Einrichtungen, die über die Höhen von 20 m hinausgehen, auch wenn diese zeitlich nur begrenzt aufgestellt werden sollten, bedürfen im Einzelfall der vorherigen Prüfung, ob sich hierdurch eine Beeinflussung der Richtfunkstrecke ergibt, sowie der Zustimmung zur Errichtung durch den Betreiber der Richtfunkstrecke.“ Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Richtfunkstrecke zeichnerisch in die

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum BBP „UNIVERSITÄTSKLINIKEN, TEILBEREICH 3", in einem separaten Schreiben ab. Bei der Umweltprüfung sind keine Belange unseres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiches zu berücksichtigen und haben wir zum Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichtes keine Anregungen Im Geltungsbereich der Teiländerung des Flächennutzungsplanes befindet sich eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG. Zum Nachweis des Bestands der Richtfunkstrecke haben wir als Anlage einen aktuellen Auszug aus unserer Bestandsdokumentation beigefügt. Die Richtfunkstrecke ist zeichnerisch noch nicht in der Planzeichnung enthalten. Wir bitten diese zu ergänzen. Für eine lagegenaue Übernahme der Führung der Richtfunkstrecke können unsererseits auch digitale Daten zur Verfügung gestellt werden. Bei Bedarf möchten Sie sich bitte mit unserer nachstehend genannten Organisationseinheit in Verbindung setzen. Pfalzwerke Netz AG Netzbau Geografischer-Informations-Service Postfach 21 73 65 67072 Ludwigshafen GIS-Produktion@pfalzwerke-netz.de Wir regen darüber hinaus zur grundsätzlichen textlichen Berücksichtigung der oben genannten Versorgungseinrichtung an, dass in der Begründung zum FNP beispielsweise unter einem Punkt „Richtfunkstrecken" der nachstehend in Kursivschrift dargestellte Textvorschlag aufgenommen wird: Richtfunkstrecken Innerhalb der Teiländerung verläuft eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG, welche im FNP nachrichtlich übernommen wurde. Der Korridor der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG hat eine Regelbreite von 200 m. Innerhalb dieses Korridors bestehen Beschränkungen für die Ausführung von Vorhaben z.B. bei der Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen bezüglich der Bauhöhe und der Fassadengestaltung im Hinblick auf mögliche Reflexionen bzw. Verschattung. Die genaue Beeinflussung ist im Einzelfall zu prüfen. Die Prüfung erfolgt auf Ebene der nachgeschalteten verbindlichen Bauleitplanungen und Genehmigungsverfahren. Ferner bitten wir Sie um Zusendung der rechtswirksam gewordenen Unterlagen ausschließlich zur Verwendung in unserem Unternehmen, vorzugsweise digital per E-Mail an: Externe-Planungen Kreuzungen@pfalzwerke-netz.de. Hierfür bedanken wir uns bei Ihnen bereits im Voraus.“	Der textliche Hinweis zur Richtfunkstrecke wird aus Vorsorgegründen in die Begründung zur FNP-Teiländerung aufgenommen. Gemäß der Stellungnahme sowie der darüber hinaus erfolgten Abstimmungen mit der Pfalzwerke Netz AG kann eine Betroffenheit der Richtfunkstrecke durch die Bebauung bis zu einer absoluten Höhe von 320 bzw. 325 m ü NN ausgeschlossen werden.	Planzeichnung der FNP-Teiländerung zu übernehmen. Weiterhin beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, folgenden Hinweis in die Begründung zur FNP-Teiländerung aufzunehmen: „**Richtfunk** Innerhalb der Teiländerung verläuft eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG (nördlich im Bereich der Neurologie bzw. ehem. Pneumologie), welche im FNP nachrichtlich übernommen wurde. Der Korridor der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG hat eine Regelbreite von 200 m. Innerhalb dieses Korridors bestehen Beschränkungen für die Ausführungen von Vorgaben z. B. bei der Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen bezüglich der Bauhöhe und der Fassadengestaltung im Hinblick auf mögliche Reflexionen bzw. Verschattung. Die genaue Beeinflussung ist im Einzelfall zu prüfen. Die Prüfung erfolgt auf Ebene der nachgeschalteten verbindlichen Bauleitplanung und Genehmigungsverfahren.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
31	**RAG Aktiengesellschaft** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
32	**Saarforst Landesbetrieb** **Geschäftsbereich 3** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
33	**Saarländischer Rundfunk** **Funkhaus Halberg** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
34	**Iqony Energies GmbH** Schreiben vom 20.02.2024 „in dem von Ihnen angefragten/gekennzeichneten Planbereich befindet sich Versorgungsleitungen der Iqony Energies GmbH siehe Anlagen. Die Verbindlichkeit dieser Auskunft hat eine Gültigkeit von einem Monat beginnend ab dem Datum der Zustellung.“	Die Versorgungsleitungen der Iqony Energies GmbH befinden sich im Bereich der bestehenden Bebauung (nördlich). Ein entsprechender Hinweis wird aus Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Innerhalb des Plangebietes, im Bereich nördlich der bestehenden Neurologie und ehemaligen Pneumologie befinden sich Versorgungsleitungen der Iqony Energies GmbH zur gebietsinternen Versorgung (Haus-/Gebäudeanschlüsse), die bei Maßnahmen in diesem Bereich berücksichtigt werden müssen.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
35	**Vodafone Kabel Deutschland GmbH** **Netzinfrastruktur** Schreiben vom 21.03.2024 „wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 19.02.2024. Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
36	**VSE Verteilnetz GmbH** Schreiben vom 12.03.2024 „gegen die Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes sowie die parallele Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homburg bestehen unsererseits keine Bedenken, da sich innerhalb des betroffenen Bereichs keine von uns betriebenen Versorgungsanlagen befinden. Für weitere Fragen steht Ihnen Herr Stefan Hoffmann gerne zur Verfügung.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
37	**VSE NET GmbH** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
38	**Wasserstraßen - und Schifffahrtsamt** **Mosel-Saar-Lahn** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
39	**Universitätsklinikum des Saarlandes** **Dezernat IV - Technik** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
40	**Biosphärenzweckverband Bliesgau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
41	**Bischöfliches Ordinariat** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
42	**Ericsson Services GmbH** Schreiben vom 28.02.2024 „vielen Dank für Ihre Anfrage. Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten. Der Verlauf der vorhandenen Richtfunkstrecke(n) ist im Folgenden zu entnehmen.  **Senderichtfunkstelle** / **Frequenzband** / **Funkfeldlänge** / **Empfangsrichtfunkstelle** Name / Koordinate Ost / Koordinate Nord / Abstrahlrichtung / Antennenhöhe FY0445 — Ost: 07 22 20.174 E — Nord: 49 18 04.275 N — 278.77° — 25m 18GHz 19.63 km FY1208 — Ost: 07 06 19.460 E — Nord: 49 19 40.071 N — 98.57° — 81m Um die direkte Sichtline ist ein Radius von mindestens +/- 25m freizuhalten. Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson - Netzes und für Richtfunkverbindungen des Netzes der Deutschen Telekom. Bitte richten Sie Nachfragen ausschließlich per Email an die: bauleitplanung@ericsson.com“	Zur Richtfunkstrecke wird aus Vorsorgegründen ein Hinweis in den Bebauungsplan und die FNP-Teiländerung aufgenommen. Zudem wird die Richtfunkstrecke zeichnerisch in die FNP-Teiländerung übernommen. Gemäß der Stellungnahme sowie der darüber hinaus erfolgten Abstimmungen mit der Ericsson Services GmbH kann eine Betroffenheit der Richtfunkstrecke durch die Bebauung bis zu einer absoluten Höhe von 335 m ü NN ausgeschlossen werden (Bestätigung per Mail vom 08.03.2024).	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan und die Begründung zur FNP-Teiländerung aufzunehmen: „**Richtfunk** • Über das Plangebiet verläuft teilweise eine Richtfunkstrecke der Deutschen Telekom Technik GmbH bzw. Ericsson Services GmbH (nördlich im Bereich der Neurologie bzw. ehem. Pneumologie). Um die direkte Sichtlinie ist ein Radius von mindestens +/- 25 m freizuhalten. Eine Störung ist unwahrscheinlich, solange die erste Fresnelzon frei von Hindernissen ist. Hierzu ist eine maximale Höhe von 335 m ü NN einzuhalten.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, die Richtfunkstrecke zeichnerisch in die Planzeichnung der FNP-Teiländerung zu übernehmen.
43	**Finanzamt Homburg** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
44	**Katasteramt St. Ingbert** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
45	**Pfalzkom GmbH** Schreiben vom 05.03.2024 „unsere Leitungen wären in diesem Fall betroffen. Bei Arbeiten in der Nähe unserer Trassen sind Suchschlitze herzustellen. Im Anhang finden Sie dazu eine oder mehrere PDF-Dateien, welche die Lage und die dazu angrenzenden Leitungen aufzeigt. Bei Fragen stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.“	Der Leitungsverlauf wird i. V. m. einem textlichen Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Leitungsverlauf gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB zeichnerisch in den Bebauungsplan aufzunehmen. Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich Leitungen der Pfalzkom GmbH (ausgehend von Gebäude Nr. 86 aus nordwestlicher Richtung, am Gebäude Nr. 93 vorbei, dem Verlauf des Weges in östlicher und dann südlicher Richtung folgend). Bei Arbeiten in der Nähe der Trassen sind Suchschlitze herzustellen.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
46	**PLEdoc GmbH** Schreiben vom 01.03.2024 „wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden: • OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • Uniper Energy Storage GmbH, Düsseldorf: Erdgasspeicher Epe, Eschenfelden, Krummhörn Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.“ Schreiben vom 08.03.2024 - GasLINE **Tabelle der betroffenen Anlagen:** 	lfd. Nr.	Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	Blatt	Schutzstreifen m	Ansprechpartner
---	---	---	---	---	---	---	---
1	GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_128_001	93 & 94	2	Maintenance Management Center (MMC) https://einweisung.mmc-portal.de | „von der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer	Der Leitungsverlauf wird i. V. m. einem textlichen Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Leitungsverlauf gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB sowie den entsprechenden Schutzstreifen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB zeichnerisch in den Bebauungsplan aufzunehmen. Ferner beschließt der Stadtrat, wie

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt. GasLINE ist Eigentümerin eines deutschlandweiten Kabelschutzrohr (KSR)-Anlagennetzes mit einliegenden Lichtwellenleiter(LWL)-Kabeln. Unabhängig davon, ob es sich bei den aufgeführten Kabelschutzrohranlagen um eine oder mehrere Kabelschutzrohranlagen handelt, bezeichnen wir diese nachfolgend als KSR-Anlage. Die Trassenführung der KSR-Anlage ist aus den Planunterlagen zu entnehmen. Berücksichtigen Sie bitte das Merkblatt zur Dokumentation. Die von Ihnen zur Einsicht gestellten Entwurfsunterlagen zu dem angezeigten Bauleitverfahren haben wir gesichtet und ausgewertet. Im Östlichen Bereich des Geltungsbereichs des Plans verläuft die eingangs aufgeführte Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungsachse). KSR-Anlagen mit einliegenden LWL-Kabeln werden von Telekommunikationsgesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Telekommunikationsübertragungswegen benutzt. Für eine exakte Übernahme des Verlaufs der KSR-Anlage in die Plangrundlage des Bebauungsplanes überlassen wir Ihnen die betreffenden Bestandspläne. Die Darstellung der KSR-Anlage ist in den beigefügten Unterlagen nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen. GasLINE gibt i.d.R. keine digitalen Daten an Dritte heraus. Mithilfe der Koordinaten an den Tangentenschnittpunkten (TS-Punkten) in den beiliegenden Bestandsplänen ist eine sehr präzise Übernahme der LWL-Trasse in CAD-Systeme möglich. In Ausnahmefällen liegen allerdings keine Koordinaten der TS-Punkte vor. Zustimmend haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Baugrenzen bereits außerhalb der Schutzstreifengrenzen liegen, um eine nach den technischen Regelwerken unzulässige Be- und Überbauung der KSR-Anlage auszuschließen. Unter Punkt Verkehrsanbindung auf Seite 7 & 8 der Begründung teilen sie uns mit , dass um zukünftig eine ausreichende Anbindung des Plangebietes und Uniklinik-Geländes an das öffentliche Verkehrsnetz sicherstellen zu können, insbesondere eine neue Verkehrsanbindung, die unmittelbar östlich an die L 213 (Kirrberger Straße) anschließt, geschaffen wird. Die Ausweisung privater/öffenlicher Verkehrswege und Stellplätze im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege und Pkw-Stellflächen innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer/gleich 1,0 m auszulegen. Detaillierte Planunterlagen sind uns zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme vorzulegen.		dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Im östlichen Bereich des Plangebietes (im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213) verläuft eine Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (LWL-KSR-Anlage, nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2,0 m breiten Schutzstreifen (1,0 m beiderseits der Leitungsachse). KSR-Anlagen mit einliegenden LWL-Kabeln werden von Telekommunikationsgesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Telekommunikationsübertragungswerten benutzt. Die Ausweisung privater / öffentlicher Verkehrswege und Stellplätze im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege und Pkw-Stellflächen innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer / gleich 1,0m auszulegen. Weite Anregungen können dem Merkblatt GasLINE „Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen“ entnommen werden.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Merkblatt der GasLINE „Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen". Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung werden von unserer Seite keine besonderen Angaben gemacht. Wir möchten Sie bitten, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.“		
47	**Polizeiinspektion Homburg** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
48	**saarVV** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
49	**Stadtwerke Homburg GmbH** Schreiben vom 15.04.2024 „die Stadtwerke Homburg GmbH hat folgende Einwände: • Das Stromnetz ist im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik • Das Gas- und Wassernetz ist im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik, allerdings Füllleitung zum HB-Webersberg führt durch das Betrachtungsgebiet, bitte berücksichtigen. • Betrachtungsgebiet liegt teilw. im beantragten WSG Kirrberg. Bitte bei weiteren Planungen berücksichtigen. Zu Fragen stehen wir Ihnen unter der oben angegebenen E-Mail-Adresse zur Verfügung.“	Die Anmerkungen werden als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Bereich teilweise mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Da eine formale Unterschutzstellung des Gebietes bis dato weder erfolgt ist noch beantragt wurde, wird gemäß Abstimmung zwischen dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz und der Verwaltung eine bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Das Stromnetz innerhalb des Plangebietes liegt im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik des Saarlandes. Das Gas- und Wassernetz innerhalb des Plangebietes liegt ebenfalls im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik des Saarlandes, wobei zu berücksichtigen ist, dass eine Füllleitung zum Hochbrunnen Webersberg durch

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
		Bebauungsplan aufgenommen, die die Hinweise der Stellungnahme aufgreift und, sobald die formale Unterschutzstellung erfolgt ist, durch die Vorgaben der entsprechenden Verordnung ersetzt wird. Dies erfolgt aus dem Grund, da der Bebauungsplan Rechtskraft vor Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung haben wird. Es ist davon auszugehen, dass das geplante Wasserschutzgebiet der Ausweisung des Sondergebietes „Universitätsklinikum“, auch mit Blick auf das landesplanerische Vorranggebiet „Forschung und Entwicklung" nicht entgegenstehen wird. Im Rahmen des späteren Bauantragsverfahrens können sich allerdings Auflagen ergeben. Mit der Aufnahme der Hinweise als bedingte Zulässigkeit wird den Belangen des Grundwasserschutzes Rechnung getragen. Im Zuge der Planung wird zudem ein siedlungswasserwirtschaftlicher Planungsbeitrag erstellt, der die aufgeführten Anmerkungen fachplanerisch berücksichtigt. Gleiches gilt für den in Erstellung befindlichen Umweltbericht.	das Plangebiet verläuft und zu berücksichtigen ist.“ Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, die Anmerkungen des LUA zum geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ als bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**1.2. Bedingte Zulässigkeit im Bereich des geplantes Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III) gemäß § 9 Abs. 2 BauGB** Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Teilbereich mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Eine formale Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes ist bisher nicht erfolgt. Die geplante Ausweisung entspricht jedoch der tatsächlichen Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet. Folglich sind nachfolgende Vorgaben bzw. Hinweise des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutzes innerhalb des betroffenen Bereiches des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg“ gemäß § 9 Abs. 2 BauGB zu beachten. 1. Für die Versickerung gelten die Anforderungen / Nachweise nach DWA M 153 sowie DWA A 138. 2. Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind innerhalb der Schutzzone III nicht erlaubnisfähig.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			3. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung entspricht. 4. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz – SWG). 5. Für die Zufahrtsstraße, welche sich komplett innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes befindet, sind die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag) anzuwenden. Diese gelten für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten und sinngemäß für

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			deren Nebenanlagen und Nebenbetriebe (z. B. Parkplätze und Rastanlagen). Nach Abschluss der formalen Unterschutzstellung des betroffenen Bereiches als Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III) ergeben sich die entsprechenden Vorgaben zum o. g. Trinkwasserschutzgebiet aus der damit verbundenen Verordnung.“
50	**Telefónica Germany GmbH & Co. OHG** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
51	**Westnetz GmbH** **DRW-S-LK-TM** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
52	**WVO Wasserversorgung Ostsaar GmbH** Schreiben vom 19.02.2024 „hiermit teilen wir Ihnen mit, dass in o. g. Bereich keine Versorgungsleitungen und –anlagen der Wasserversorgung Ostsaar GmbH und des Zweckverbandes Wasserversorgung der Stadt- und Landgemeinden des Kreises Neunkirchen in Ottweiler vorhanden sind. Wir erstatten somit Fehlanzeige. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
53	**Saarpfalz-Kreis** Schreiben vom 14.03.2024 „Sie haben uns um Stellungnahme zu o.g. Vorhaben gebeten. Seitens des Saarpfalz-Kreises bestehen keine Einwände zum Vorhaben.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
54	**Gemeinde Kirkel** **Herrn Bürgermeister** Schreiben vom 19.02.2024 „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ mit paralleler Teiländerung des FNP der Kreisstadt Homburg bestehen seitens der Gemeinde Kirkel keine Bedenken. Die Belange der Gemeinde Kirkel werden durch die Planungen nicht berührt.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
55	**Stadt Bexbach** **Herrn Bürgermeister** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
56	**Stadt Blieskastel** **Herrn Bürgermeister** Schreiben vom 19.03.2024 „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ mit Teiländerung des FNP in der Kreisstadt Homburg bestehen seitens der Stadt Blieskastel keine Bedenken.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
57	**Stadtverwaltung Zweibrücken** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
58	**Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
59	**Verbandsgemeinde Oberes Glantal** **Herrn Bürgermeister** Schreiben vom 20.02.2024 „wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 19.02.2024 und teilen Ihnen hiermit mit, dass wir als Verbandsgemeinde Oberes Glantal, sowie die Stadt Waldmohr keine Bedenken und Einwände gegen die o.g. Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3" sowie die Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homburg erheben.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
60	**Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
61	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Stadtplanung** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
62	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Untere Bauaufsicht** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
63	**Stadtentwässerung Homburg** Schreiben vom 19.02.2024 „von Seiten der SeH bestehen keine Einwände gegen die gemachten Angaben im Projekt. Bitte beachten Sie in den Listen die SeH nicht als Abteilung zu führen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
64	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Liegenschaften** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
65	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Hochbau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
66	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Verwaltungspolizei** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
67	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Umwelt und Grünflächen** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
68	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Tiefbau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
69	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Brand- und Zivilschutz** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
70	**Kreisstadt Homburg** **Kämmerei** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
71	**Kreisstadt Homburg** **Amt für Bildung und Sport** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
72	**Kreisstadt Homburg** **Amt für Jugend, Senioren und Soziales und Integration** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
73	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Denkmalpflege/Museen** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
74	**Kreisstadt Homburg** **Baubetriebshof** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
	Vorschlag der Verwaltung Die Verwaltung schlägt weiterhin folgende Anpassungen bzw. Ergänzungen der		

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Planunterlagen vor: • Ausnahme von der Ausführung von Stellplätzen, Zu- und Abfahrten in wasserdurchlässigen / versickerungsfähigem Material, falls sich aus dem geplanten Wasserschutzgebiet spezielle Anforderungen ergeben Anpassung der örtlichen Bauvorschrift zu Böschungen, Abgrabungen, Aufschüttungen und Stützmauern hin zu einer Höhe von 5,00 m sowie Ergänzung einer Ausnahmemöglichkeit im Bereich der geplanten Verkehrsanbindung zur L 213 aus Gründen der Verkehrsführung und -sicherheit i. V. m. der örtlichen Topografie		**Beschlussvorschlag:** Der Stadtrat beschließt den weiteren Anpassungsvorschlägen der Verwaltung zu folgen und die Festsetzungen des Bebauungsplanes entsprechend anzupassen.

2024/0425/610
öffentlich
Beschlussvorlage
610 - Stadtplanung / Bauordnung
Bericht erstattet: Büro Kernplan; Herr Banowitz

Bebauungsplan "Universitätskliniken, Teilbereich 3", Gemarkung Homburg, hier: Entwurfsbeschluss

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Ortsrat Homburg (Anhörung)	30.09.2024	Ö
Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss (Vorberatung)	02.10.2024	N
Stadtrat (Entscheidung)	31.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

a. Die erneute Anpassung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ wird beschlossen
b. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ wird gebilligt
c. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen

Sachverhalt

Das Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS) ist als eines der beiden Krankenhäuser der Maximalversorgung im Saarland das Rückgrat der medizinischen Versorgung des Landes und benötigt gemäß seinem besonderen Auftrag eine ausreichende infrastrukturelle Ausstattung. Der Gebäudekomplex 90 der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) stammt im Wesentlichen aus den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts und verfügt dementsprechend über erheblichen Sanierungsbedarf. Eine Generalsanierung des Gebäudes ist aufgrund der überholten Gebäudestruktur, des insgesamt schlechten Erhaltungszustandes der Gebäude und der Tatsache, dass eine zeitgemäße (medizinisch und betriebswirtschaftlich sinnvolle) Nutzung der Gebäude in den vorhandenen Gebäudestrukturen nicht mehr möglich ist, nicht zielführend. Hinzu kommt, dass eine solch umfangreiche Sanierung nicht im laufenden Betrieb der Klinik durchgeführt werden kann und Ausweichgebäude derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Im Ergebnis stellt somit nur ein Neubau für den Gebäudekomplex 90 sowohl mittelfristig, mit Blick auf die Betriebssicherung, als auch langfristig eine zielführende Lösung dar. Dabei wird ein Ersatzneubau angestrebt, der auch die übrigen Teile des Gebäudekomplexes 90 aufnehmen kann. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang auch die generelle zukünftige räumliche Entwicklung des Universitätsklinikums in der Form aufgegriffen, dass langfristig alle klinischen Nutzungen konzentriert werden können. Auch die verkehrliche Anbindung soll in diesem Zuge an aktuelle und zukünftige Anforderungen angepasst werden. In diesem Zusammenhang ist die Anbindung des Gebietes an die L 213 geplant.

Als Fläche für die Neubau- und Entwicklungsmaßnahme ist, nach einer Untersuchung potenzieller Standorte, der Bereich der stillgelegten Pneumologie (Geb. 91) bzw. des Hubschrauberlandeplatzes mit Umfeld am südlichen Rand des derzeitigen Klinikgeländes vorgesehen.

Aktuell beurteilt sich die planungsrechtliche Zulässigkeit überwiegend nach § 35 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich). Für einen kleineren Teilbereich besteht zudem die rechtswirksame Satzung „Universitätsklinikum Gebäude Nr. 90“ gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB von 2011. Demnach ist die Planung nicht realisierungsfähig. Es bedarf daher der Aufstellung eines Bebauungsplanes.

Der Bebauungsplan ersetzt in seinem Geltungsbereich die rechtswirksame Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB „Universitätsklinikum Gebäude Nr. 90“ von 2011.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind dem beigefügten Lageplan zu entnehmen. Er umfasst insgesamt eine Fläche von ca. 34,5 ha.

Der Flächennutzungsplan stellt für das Plangebiet insbesondere ein Sondergebiet bzw. geplantes Sondergebiet „Klinik“ sowie Waldflächen dar. Der vorliegende Bebauungsplan widerspricht damit dem Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind. Aus diesem Grund wird für den Geltungsbereich des Bebauungsplans der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB teilgeändert.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 02.06.2022 gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs.1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Änderungen, die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätsklinken, Teilbereich 3“ beschlossen.

Der Vorentwurf des Bebauungsplanes wurde am 07.02.2024 im Stadtrat gebilligt und es wurde eine Anpassung an den Geltungsbereich (u.a. aufgrund Waldschutzabstände) beschlossen.

Gegenüber der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB, die vom 22.03.24 bis einschließlich 01.03.24 durchgeführt wurde, gibt es folgende wesentliche Änderungen:

- Gegenüberstellung und Bewertung der Trassenvarianten und Festlegung auf eine Trassenvariante; Festsetzung eines Sondergebietes im Bereich der zukünftigen Verkehrsanbindung an die Kirrberger Straße bzw. L 213
- Anpassung des Geltungsbereiches östlich im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213 im Sinne der zukünftig geplanten Verkehrsanbindung und Knotenpunktgestaltung
- Festsetzung einer bedingten Zulässigkeit im Bereich des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III), um den Belangen des Grund- bzw. Trinkwasserschutzes Rechnung zu tragen
- Aufnahme unterirdischer Versorgungsleitungen (inkl. Schutzstreifen) als Festsetzung in den Bebauungsplan gemäß Rückmeldung der Leitungsträger
- Fertigstellung des Umweltberichtes
- Aufnahme von Gestaltungs- und Kompensationsmaßnahmen sowie Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen auf Basis des fertiggestellten Umweltberichtes
- Anpassung der Festsetzung zur Abwasserbeseitigung auf Basis des siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages
- Ergänzung der nachrichtlichen Übernahme zum Luftverkehrsgesetz und

Hubschrauberlandeplatz gemäß Stellungnahme des Ministeriums
- Ergänzung von Hinweisen (u. a. Höhenfestpunkte, Richtfunk, Versorgungsleitungen)

Die während der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden sind in der beiliegenden Tabelle im Anhang dargestellt. Parallel hierzu fand die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit statt. Bürgerinnen und Bürger haben sich zur vorliegenden Planung nicht geäußert.

Aufgrund des fortgeschrittenen Planungsstandes musste eine erneute Anpassung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes vorgenommen werden. Die Anpassung ist insbesondere zur Realisierung der zukünftigen Verkehrsanbindung des Plangebietes an die L 213 erforderlich. Zuvor belief sich die Größe des Plangebietes auf ca. 34,1 ha.

Der Entwurf des Bebauungsplanes besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), der Begründung sowie dem dazugehörigen Umweltbericht und Gutachten (Siedlungswasserwirtschaftlicher Planungsbeitrag, Verkehrsuntersuchung).

Der Umweltbericht wird in diesem Kontext, insb. aufgrund noch andauernder Erfassungen, gegenwärtig noch fertiggestellt und zum Stadtrat bzw. stätestens zur anstehenden Offenlage final vorgelegt. Die aktuellsten Erkenntnisse und Untersuchungsergebnisse des Umweltgutachters sind jedoch schon in die angepassten Planunterlagen eingeflossen (u. a. Naturschutzfachliche Kurzbeurteilung in der Begründung, umweltbezogene Festsetzungen Bebauungsplan).

Als nächster Schritt erfolgt die Offenlage des Entwurfes sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden an der Planung.

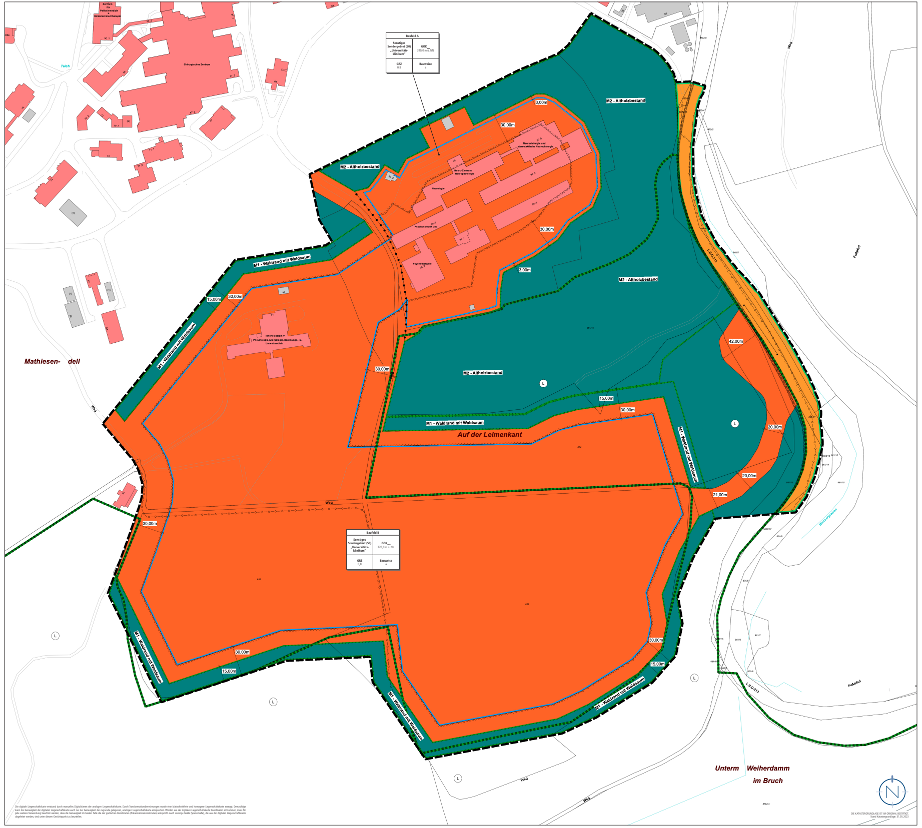
Finanzielle Auswirkungen

Keine

Anlage/n

1 Planzeichnung (öffentlich)
2 Lageplan (öffentlich)
3 Begründung (öffentlich)
4 Fachbeitrag Siedlungswasserwirtschaft (öffentlich)
5 Verkehrsuntersuchung (öffentlich)
6 Synopse Stellungnahmen (öffentlich)

TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

Zeichen	Erläuterung
	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 7 BAUGB)
SO	SONSTIGES SONDERGEBIET „UNIVERSITÄTSKLINIKUM" (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB)
GOK max. 320,0 m	HÖHE BAULICHER ANLAGEN ALS HÖCHSTMASS; HIER: MAXIMAL ZULÄSSIGE GEBÄUDEOBERKANTE (GOK) (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO)
GRZ 0,8	GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO)
a	ABWEICHENDE BAUWEISE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB UND § 22 NR. 4 BAUNVO)
	BAUGRENZE (§ 9 ABS.1 NR. 2 BAUGB UND § 23 ABS. 3 BAUNVO)
	UMGRENZUNG DER VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDEN SCHUTZFLÄCHEN BZW. FLÄCHEN DIE NUR EINGESCHRÄNKT BEBAUBAR SIND; HIER: SCHUTZSTREIFEN DER UNTERIRDISCHEN LEITUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 10 BAUGB)
	ÖFFENTLICHE STRASSENVERKEHRSFLÄCHE (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)
	ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTBEREICH L 213 (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)
	UNTERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)
	WALDFLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 18 B BAUGB)
	FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB)
L	UMGRENZUNG VON SCHUTZGEBIETEN UND SCHUTZOBJEKTEN IM SINNE DES NATURSCHUTZRECHTES; HIER: LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET „LSG-L_6_02_01" (NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME) (§ 9 ABS. 6 BAUGB)
	UMGRENZUNG DER VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDEN SCHUTZFLÄCHEN BZW. FLÄCHEN DIE NUR EINGESCHRÄNKT BEBAUBAR SIND; HIER: WALDABSTANDSFLÄCHE (NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME) (§ 9 ABS. 6 BAUGB UND § 9 ABS. 1 NR. 10 BAUGB)
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNGEN (§ 9 ABS. 7 BAUGB)
M1 / M2	NUMMERIERUNG DER MASSNAHMEN
Baufeld: Art der Nutzung / Höhe baulicher Anlagen / Grundflächenzahl / Bauweise	ERLÄUTERUNG DER NUTZUNGSSCHABLONE

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (GEM. § 9 BAUGB)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB
I. V. M. § 11 BAUNVO

1.1. SONSTIGES SONDERGEBIET „UNIVERSITÄTSKLINIKUM"
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB
I. V. M. § 11 BAUNVO

Siehe Plan.
Die Art der baulichen Nutzung im Plangebiet wird als Sonstiges Sondergebiet „Universitätsklinikum" (SO) gem. § 11 BauNVO festgesetzt.

Zulässig sind (gem. § 11 Abs. 2 BauNVO)

1. Einrichtungen und Anlagen der UKS für den Klinikbetrieb, die medizinische Versorgung und die Forschung und Lehre,
2. Nutzungen, die mit der Klinik-, Forschungs- und Hochschulnutzung in funktionaler und organisatorischer Verbindung stehen (hierzu zählen damit verbundene Verwaltungs-, Wirtschafts-, Werkstatt- und Technikgebäude und -anlagen, Rettungswachen o. Ä.),
3. weitere Bildungseinrichtungen (Einrichtung der Hochschule, Schule, Förderschule, für körperliche und motorische Entwicklung, berufsschulische Einrichtungen o. Ä.),
4. Hospiz und Palliativeinrichtungen,
5. mit der Hochschulnutzung und Klinik in Verbindung stehende Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
6. zur inneren Erschließung des Gebietes erforderliche Straßen, Wege, Platzbereiche, Stellplatzanlagen und Parkdecks/-häuser sowie Überdachungen von Stellplätzen zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen,
7. Wohnungen für Pflege- und Ausbildungskräfte und für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter,
8. Hubschrauberlandeplatz.

1.2. BEDINGTE ZULÄSSIGKEIT IM BEREICH DES GEPLANTEN TRINKWASSERSCHUTZGEBIETES „HOMBURG - KIRRBERG" (SCHUTZZONE III)
GEMÄSS § 9 ABS. 2 BAUGB

Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Teilbereich mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg" (Schutzzone III). Eine formale Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes ist bisher nicht erfolgt. Die geplante Ausweisung entspricht jedoch der tatsächlichen Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet. Folglich sind nachfolgende Vorgaben bzw. Hinweise des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutzes innerhalb des betroffenen Bereiches des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg" gemäß § 9 Abs. 2 BauGB zu beachten.

1. Für die Versickerung gelten die Anforderungen / Nachweise nach DWA M 153 sowie DWA A 138.
2. Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind innerhalb der Schutzzone III nicht erlaubnisfähig.
3. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung entspricht.
4. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz – SWG).
5. Für die Zufahrtsstraße, welche sich komplett innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes befindet, sind die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten" (RiStWag) anzuwenden. Diese gelten für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten und sinngemäß für deren Nebenanlagen und Nebenbetriebe (z. B. Parkplätze und Rastanlagen).

Nach Abschluss der formalen Unterschutzstellung des betroffenen Bereiches als Trinkwasserschutzgebiet „Homburg - Kirrberg" (Schutzzone III) ergeben sich die entsprechenden Vorgaben zum o. g. Trinkwasserschutzgebiet aus der damit verbundenen Verordnung.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M.
§§ 16 - 21A BAUNVO

2.1 HÖHE BAULICHER ANLAGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB
I.V.M. § 18 BAUNVO

Siehe Plan.
Maßgebender oberer Bezugspunkt für die maximale Höhe ist die Oberkante der baulichen und sonstigen Anlagen.
Die Gebäudeoberkante wird definiert durch den höchstgelegenen Abschluss einer Außenwand oder den Schnittpunkt zwischen Außenwand und Dachhaut (Wandhöhe) oder den Schnittpunkt zweier geneigter Dachflächen (Firsthöhe).

Die zulässige Oberkante kann durch untergeordnete Bauteile (technische Aufbauten etc.) auf max. 10 % der Grundfläche um bis zu 2,0 m überschritten werden.

Durch Photovoltaikmodule / Solarmodule inkl. der zum Betrieb erforderlichen Anlagen und Bauteile sind weitere Überschreitungen zulässig.

Eine ausnahmsweise Überschreitung der zulässigen Oberkante durch einen Hubschrauberlandeplatz auf dem Gebäudedach ist ebenfalls zulässig.

2.2 GRUNDFLÄCHENZAHL
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB
I.V.M. § 19 BAUNVO

Siehe Plan.
Die Grundflächenzahl (GRZ) wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 1 und 4 BauNVO auf 0,8 festgesetzt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von

1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,
3. bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen.

3. BAUWEISE
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB
I.V.M. § 22 BAUNVO

Siehe Plan.
Als Bauweise wird für das Sondergebiet gem. § 22 Abs. 4 BauNVO eine abweichende Bauweise (a) festgesetzt. Demnach sind auch Gebäude mit einer Länge von über 50 m zulässig. In der abweichenden Bauweise ist eine Grenzbebauung zulässig.

4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M.
§ 23 BAUNVO

Siehe Plan.
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt.

Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen Gebäude und Gebäudeteile die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebietes selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen. Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend.

Das Gleiche gilt für bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können.

5. UMGRENZUNG DER VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDEN SCHUTZFLÄCHEN BZW. FLÄCHEN DIE NUR EINGESCHRÄNKT BEBAUBAR SIND; HIER: SCHUTZSTREIFEN DER UNTERIRDISCHEN LEITUNGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 10 BAUGB

Siehe Plan.

Innerhalb des entsprechend gekennzeichneten Bereiches ist eine Bebauung oder Überbauung, auch für Kleinbauwerke, untersagt. Ausnahmen hiervon können in Abstimmung mit dem Ver- und Entsorgungsträger zugelassen werden.

6. ÖFFENTLICHE STRASSENVERKEHRSFLÄCHE
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

Siehe Plan.
Die Landesstraße 2. Ordnung (L 213) wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt.

7. ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTBEREICH L 213
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

Siehe Plan.
Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans ist nur im festgesetzten Bereich eine Ein- und Ausfahrt zum Anschluss des Sondergebietes „Universitätsklinikum" an die Landesstraße 2. Ordnung L 213 zulässig. Davon ausgenommen sind Notzufahrten für Rettungsfahrzeuge.

8. VERSORGUNGSFLÄCHEN / -ANLAGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 12 BAUGB
I.V.M. § 14 ABS. 2 BAUNVO

Nebenanlagen und Versorgungsleitungen, die der Versorgung des Sondergebietes „Universitätsklinikum" mit Elektrizität (z. B. Trafo-Station), Wasser (z. B. Druckerhöhungsanlage) und / oder der E-Mobilität dienen, sind innerhalb des Geltungsbereichs des Plangebietes, auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig, auch soweit für sie keine besonderen Flächen festgesetzt sind.

9. UNTERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

Siehe Plan.

10. FLÄCHEN FÜR DIE RÜCKHALTUNG UND VERSICKERUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 14 BAUGB

Das anfallende Niederschlagswasser ist innerhalb des Geltungsbereiches zu versickern oder zu bewirtschaften. Die Anlage von Versickerungsbecken und -mulden, Rückhaltebecken sowie Rieselfeldern ist hierfür zulässig. Entsprechende Maßnahmen können auch dezentral geplant und vorgesehen werden.

11. WALDFLÄCHEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 18 B BAUGB

Siehe Plan.

12. FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

Siehe Plan.

Gestaltungs- und Kompensationsmaßnahmen:

M1 Waldrand mit Waldsaum:
In einem Korridor von 30 m Abstand zu den nächstgelegenen Baufenstern gegenüber dem Sondergebiet „Universitätsklinikum" ist ein strukturierter Waldrand zu entwickeln, in dem durch turnusmäßige forstliche Maßnahmen mit Einzelbaumentnahme und Zulassung bzw. Anpflanzung von Straucharten eine gestufte Höhenentwicklung dauerhaft sichergestellt wird, sodass die geplanten Gebäude durch Windwurf nicht gefährdet werden. Der im Bebauungsplan festgesetzte „Waldrand mit Waldsaum" ist als strukturierter Waldrand zu entwickeln, indem er weitgehend der Sukzession überlassen wird. Eine aktive Anpflanzung von Sträuchern ist nur dann vorzusehen, wenn sukzessionsstarke Arten wie z. B. die Späte Traubenkirsche oder die Brombeere die Oberhand gewinnen sollten. Hierbei sind dann ausschließlich Laubarten, vorzugsweise fruchtragende, wie Eberesche, Schwarzer Holunder, Hasel, Weißdorn und Blutroter Hartriegel und herkunftsgesicherte Gehölze mit der regionalen Herkunft „Westdeutsches Bergland und Oberrheingraben" (Region 4) nach dem Leitfaden zur Verwendung gebietseigener Gehölze (BMU, Januar 2012) zu verwenden. Die naturgemäße Waldrandentwicklung ist dauerhaft im Rahmen einer regelmäßigen Revision sicherzustellen. Hiermit ist eine qualifizierter Forstdienstleister zu beauftragen.

M2 Altholzbestand:
Der als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzte Altholzbestand wird zukünftig aus der forstlichen Bewirtschaftung ausgeschlossen. Die Altbestände sind in Kooperation mit dem SaarForst aus der Nutzung zu nehmen um auf der gesamten Fläche alle Waldentwicklungsphasen einschließlich der Zerfallsphase zu ermöglichen. Regulierende Eingriffe sind lediglich in Randbereichen aus Gründen der Verkehrssicherung zulässig. Das hierbei eingeschlagene Holz verbleibt als Totholzvorrat im Bestand. Der ausgewiesene Waldrandbereich mit angestrebter Waldsaumentwicklung (M1) dient dem natürlichen Abschluss der Bestände und ebenfalls der Verkehrssicherung.

M3 Anbringen von Nisthilfen (CEF):
Der Verlust an Höhlen und Halbhöhlen für nachnutzende Vogelarten ist durch künstliche Nisthilfen zu ersetzen. Hierbei sind mind. 20 Nisthilfen verschiedener Art (Vollhöhlen mit unterschiedlich großen Einfluglöchern, Kleineulen-Höhlen, Halbhöhlen) noch vor den Bestandsrodungen in den umliegenden Waldbeständen auszubringen. Zudem sind insgesamt mindestens 10 Halbhöhlenkästen in Gebäudenischen oder unter Dachvorsprüngen anzubringen als Ausgleich für den vermuteten Verlust von Brutplätzen des Hausrotschwanzes. Zudem wird empfohlen auch für den Haussperling Nistkästen in Form aneinandergereihter Höhlenbrüterkästen (ggfs. fassadenintegriert) anzubringen. Die Anzahl und genaue Lage der Nisthilfen sind mit dem LUA abzustimmen.

M4 Ersatz von Fledermausquartieren (CEF):
Der Verlust an Fledermausquartieren ist durch künstliche Quartiere zu ersetzen. Hierzu sind 10 Flachkasten-Quartiere als Sommer-/Wochenstuben-Ersatz und 5 Großhöhlen-Quartiere (z. B. Schwegler 1FW), die zur Überwinterung geeignet sind, noch vor den Rodungsarbeiten in den umliegenden lichten Waldbeständen, jeweils in 3-5 m Höhe an den Stämmen anzubringen.

M5 Begrünungsmaßnahmen:
Innerhalb des Sondergebietes sind Intensivrasen und bodendeckendes Ziergrün auf das unmittelbare Umfeld der Gebäude zu beschränken. Größere Freiflächen sind parkartig mit Baumbestand zu begrünen. Für die Anpflanzung von Gehölzen sind ausschließlich einheimische und regionaltypische Arten zu verwenden. Der Unterstand soll vorzugsweise als blütenreiche Blumenwiese mit lediglich hochfrequent freigehaltenen Graswegen angelegt werden.
Bei allen Baumpflanzungen sind die Empfehlungen der FLL (Empfehlungen für Baumpflanzungen, Teil 1 - Planung, Pflanzarbeiten, Pflege, 2. Ausgabe 2015, Teil 2 Standortvorbereitungen für Neupflanzungen, Pflanzgruben und Wurzelraumerweiterung, Bauweisen und Substrate, 2. Ausgabe 2010 sowie die Gütebestimmungen für Baumschulpflanzen) ebenso wie die einschlägigen DIN Normen (DIN 18916 - Vegetationstechnik im Landschaftsbau, Pflanzen und Pflanzarbeiten) zu beachten.
Die Bäume sind dauerhaft zu sichern und Ausfälle durch gleichartige Bäume zu ersetzen.
Großflächig mit Steinen bedeckte Flächen, auf denen Pflanzen nicht oder nur in geringer Zahl vorkommen (Schottergärten), sind nicht zulässig. Wasserdichte oder nicht durchwurzelbare Materialien (z. B. Folien, Vlies) sind nur zur Anlage von dauerhaft mit Wasser gefüllten Flächen zulässig. Mineralische Splitabdeckungen ohne zusätzliches Vlies und Folie, die sich z. B. trockenresistenten und insektenfreundlichen Beeten oder Gartenanlagen unterordnen, sind erlaubt.

M6 Rückbau:
Nicht mehr benötigte Versiegelungen, Befestigungen und Schotterwegstrecken sind zurückzubauen und gemäß den jeweils angrenzenden Freiflächen zu begrünen.

Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:
V1 Baufeldräumung / Gehölzentfernung:
Die Fällung von Gehölzen darf gem. § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG nur außerhalb der Brut- und Setzzeiten im …

13. ANPFLANZUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN

14. KOMPENSATIONSMASSNAHMEN

15. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES

FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 85 LBO)

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB)

HINWEISE

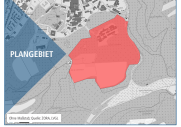
GESETZLICHE GRUNDLAGEN

VERFAHRENSVERMERKE

Homburg, den __.__.____

Der Oberbürgermeister
i. V. Der Bürgermeister

Universitätskliniken, Teilbereich 3
Bebauungsplan in der Kreisstadt Homburg, Stadtteil Homburg



Bearbeitet im Auftrag von
Kreisstadt Homburg
Am Forum 5
66424 Homburg

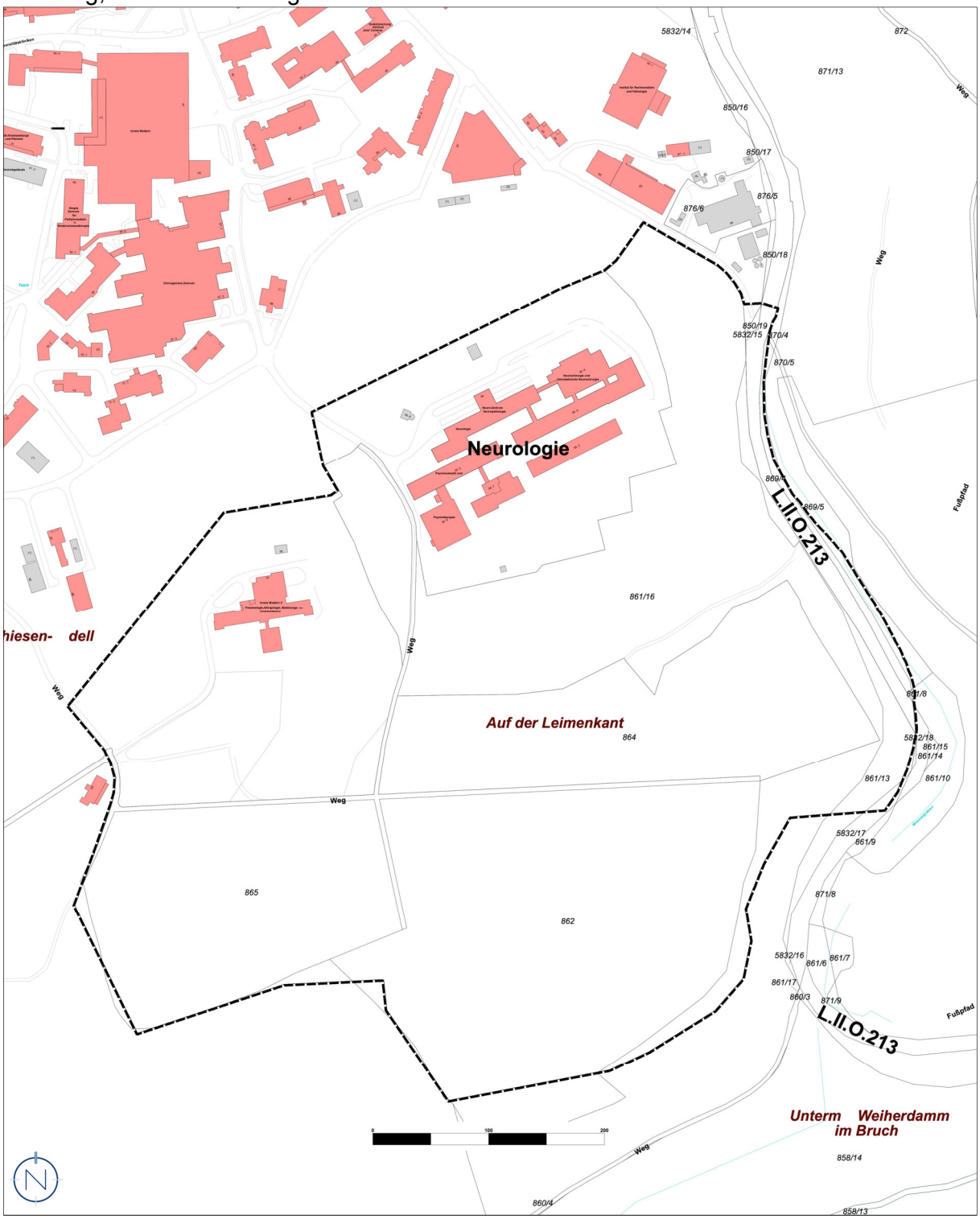
Stand der Planung: 03.09.2024
ENTWURF

Maßstab 1:1000 im Original
Verkleinerung ohne Maßstab
0 10 50 100

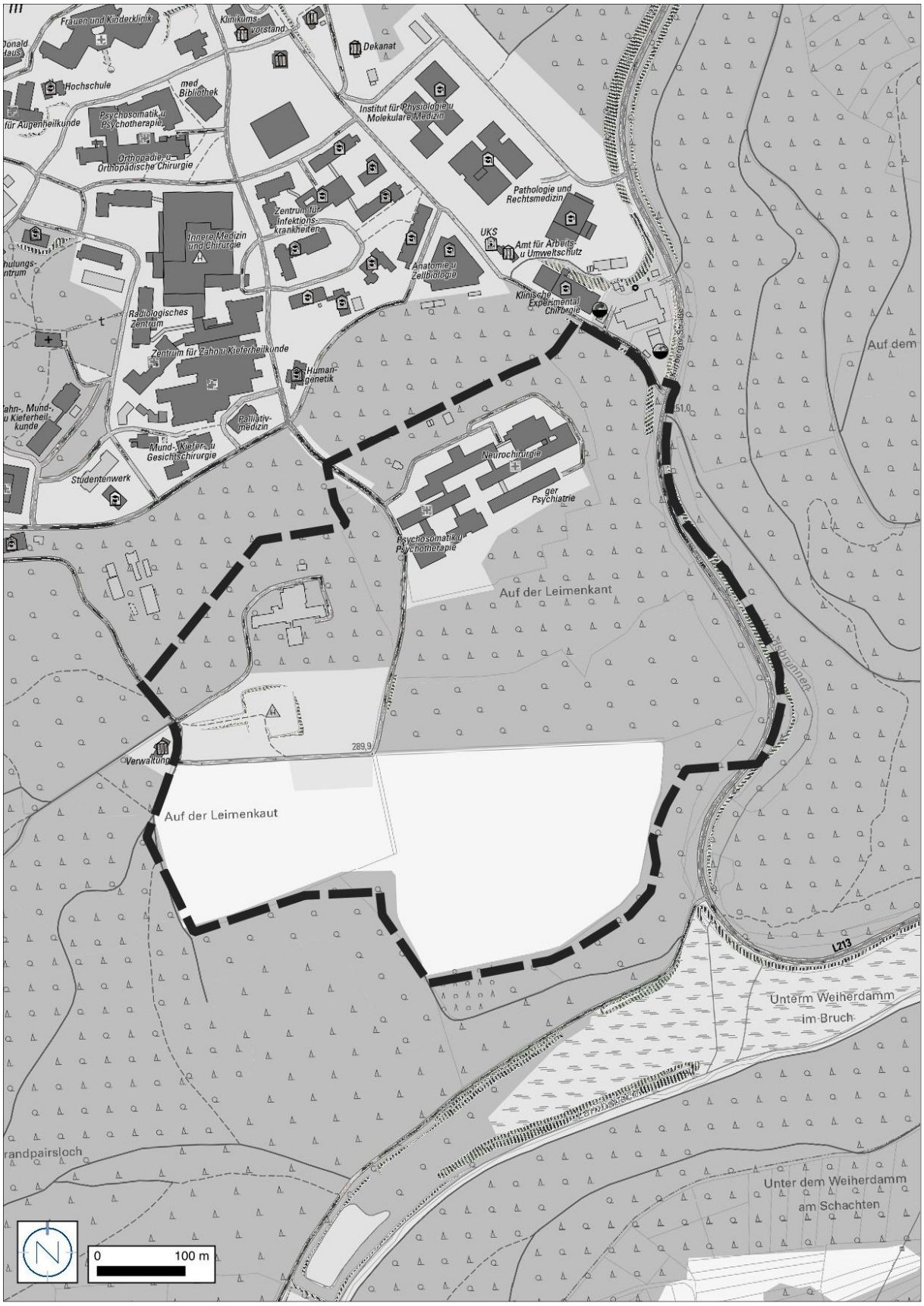
Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH
Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70
email: info@kernplan.de
Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End
KERN PLAN

LAGEPLAN, OHNE MASSSTAB

Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ in der Kreisstadt Homburg, Stadtteil Homburg



Quelle Katastergrundlage: LVGL; Stand Katastergrundlage: 31.05.2023; Bearbeitung: Kernplan



Quelle: © GeoBasis DE/LVGL-SL (2024); Bearbeitung: Kernplan, Stand: 04.09.24

Universitätskliniken, Teilbereich 3

Bebauungsplan in der Kreisstadt Homburg, Stadtteil Homburg

ENTWURF

03.09.2024

KERN PLAN

Universitätskliniken, Teilbereich 3

IMPRESSUM

Im Auftrag:

Kreisstadt Homburg
Am Forum 5
66424 Homburg

Stand: 03.09.2024, Entwurf

Verantwortlich:

Geschäftsführende Gesellschafter
Dipl.-Ing. Hugo Kern, Raum- und Umweltplaner
Dipl.-Ing. Sarah End, Stadtplanerin AKS

Projektleitung:

M. Sc. Christopher Jung, Umweltplanung und Recht

Hinweis:

Inhalte, Fotos und sonstige Abbildungen sind geistiges Eigentum der Kernplan GmbH oder des Auftraggebers und somit urheberrechtlich geschützt (bei gesondert gekennzeichneten Abbildungen liegen die jeweiligen Bildrechte/Nutzungsrechte beim Auftraggeber oder bei Dritten).

Sämtliche Inhalte dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung der Kernplan GmbH bzw. des Auftraggebers (auch auszugsweise) vervielfältigt, verbreitet, weitergegeben oder auf sonstige Art und Weise genutzt werden. Sämtliche Nutzungsrechte verbleiben bei der Kernplan GmbH bzw. beim Auftraggeber.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel. 0 68 25 - 4 04 10 70
Fax 0 68 25 - 4 04 10 79
www.kernplan.de · info@kernplan.de

KERN PLAN

INHALT

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung 4

Grundlagen und Rahmenbedingungen 6

Begründungen der Festsetzungen und weitere Planinhalte 20

Auswirkungen der Planung, Abwägung 25

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung

Das Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS) ist als eines der beiden Krankenhäuser der Maximalversorgung im Saarland das Rückgrat der medizinischen Versorgung des Landes und benötigt gemäß seinem besonderem Auftrag eine ausreichende infrastrukturelle Ausstattung.

Der Gebäudekomplex der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) stammt im Wesentlichen aus den 1960er Jahren und beherbergt die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, die Klinik für Neurologie, die Klinik für diagnostische und interventionelle Neuroradiologie, die Klinik für Neurochirurgie, die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie, das Institut für Neuropathologie, das Deutsche Institut für Demenzprävention sowie das Institut für Psychoanalyse, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin.

Bei den Gebäuden besteht ein erheblicher Sanierungsbedarf. Aufgrund der überholten Gebäudestruktur, des insgesamt schlechten Erhaltungszustandes und der Tatsache, dass eine zeitgemäße (medizinisch und betriebswirtschaftlich sinnvolle) Nutzung der Gebäude nicht mehr möglich ist, wird eine Generalsanierung als nicht mehr zielführend angesehen. Darüber hinaus können derart umfangreiche Sanierungsmaßnahmen nicht im laufenden Klinikbetrieb durchgeführt werden, da wichtige Einheiten der Neurologischen Klinik (Intensiv-, Stroke-Unit-Einheit) hiervon betroffen sind und keine geeigneten Ausweichgebäude bzw. Ausweichbetten zur Verfügung stehen.

Im Ergebnis stellt somit lediglich ein Neubau für den Gebäudekomplex 90 sowohl mittelfristig, mit Blick auf die Betriebssicherung, als auch langfristig eine zielführende Lösung zur zukünftigen Gewährleistung und Modernisierung der medizinischen Versorgung am Standort Homburg dar. Dabei wird ein Ersatzneubau angestrebt, der auch die übrigen Bereiche des Gebäudekomplexes 90 aufnehmen kann.

Eine Prüfung mehrerer Möglichkeiten und potenzieller Standorte hat letztlich ergeben, dass Neubaumaßnahmen im Bereich der stillgelegten Pneumologie (Geb. 91) bzw. des Hubschrauberlandeplatzes, also südlich des derzeitigen Uniklinikgeländes, in der Gesamtbetrachtung am besten geeignet sind. Auch die Verkehrsanbindung und -organisation kann im Zuge dessen an die aktuellen und zukünftigen Anforderungen angepasst werden.

In diesem Zusammenhang sollen des Weiteren auch Fragen der zukünftigen gesamträumlichen Entwicklung des Klinikums aufgegriffen und geklärt werden. Aus diesem Grund umfasst das Vorhaben, neben dem Neubau für den Gebäudekomplex 90, weitere flexible Entwicklungsmöglichkeiten für die Klinik. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, langfristig alle klinischen Nutzungen an den neuen Standort zu verlagern sowie die verkehrlichen Erschließung in diesem Zusammenhang weiterzuentwickeln. Hierzu wird eine neue Verkehrsanbindung an die L 213 in die Planung integriert, die in Verbindung mit der zukünftigen Entwicklung der Uniklinik sukzessiv und bedarfsorientiert realisiert werden soll.

Aktuell beurteilt sich die planungsrechtliche Zulässigkeit überwiegend nach § 35 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich). Für einen kleineren Teilbereich besteht zudem die rechtswirksame Satzung „Universitätsklinikum Gebäude Nr. 90“ gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB von 2011. Demnach ist die Planung aktuell nicht realisierungsfähig.

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Planvorhabens und Sicherung einer zukünftig geordneten städtebaulichen Entwicklung im betreffenden Gebiet bedarf es daher der Aufstellung eines Bebauungsplanes. Dieser soll sowohl den bestehenden Gebäudekomplex der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) als auch den Bereich des südlichen Klinikgeländes (im Bereich der stillgelegten Pneumologie (Geb. 91) bzw. des Hubschrauberlandeplatzes) umfassen.



Drohnenaufnahme aus südwestlicher Richtung mit Plangebiet (Freifläche, Waldfläche, Bestandsgebäude Nervenklinik und Pneumologie)

Der Stadtrat der Kreisstadt Homburg hat somit nach § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3" im Stadtteil Homburg beschlossen.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind der Planzeichnung zum Bebauungsplan zu entnehmen. Er umfasst eine Fläche von ca. 34,50 ha.

Gegenüber dem städtischen Aufstellungsbeschluss vom 02.06.2022 hat sich, aufgrund mittlerweile fortgeschrittener Erkenntnisse über erforderliche Bauflächen, zu erhaltender Baumbestände, Waldabstand und Verkehrserschließung, eine geringfügige Anpassung ergeben.

Im Rahmen des Bebauungsplans sind folgende Fachplanungen und Sachverständige beteiligt:

- Umweltprüfung bzw. Umweltbericht, ARK - Umweltplanung und Consulting Partnerschaft, Paul-Marien-Straße 18, 66111 Saarbrücken,
- Verkehrsplanung, PJG Planungsteam Jakob Gänssle GmbH, Hochstraße 57, 66135 Saarbrücken,
- Verkehrsuntersuchung Universitätsklinik Homburg, PTV Transport Consult GmbH, Stumpfstraße 1, 76131 Karlsruhe,
- Siedlungswasserwirtschaftlicher Planungsbeitrag, CP Beratende Ingenieure GmbH & Co KG, St. Ingberter Straße 49, 66583 Spiesen-Elversberg,
- Baugrunduntersuchung, ELS Erdbaulaboratorium Saar GmbH, Am Heidstock 24, 66265 Heusweiler

Mit der Erstellung des Bebauungsplanes und der Durchführung des Verfahrens ist die Kernplan Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH, Kirchenstraße 12, 66557 Illingen, beauftragt.

Flächennutzungsplan

Nach § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homburg stellt für das Plangebiet insbesondere ein Sondergebiet bzw. geplantes Sondergebiet „Klinik" sowie Flächen für die Forstwirtschaft (u. a. auch Aufforstungsfläche) dar. Das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB ist somit nicht vollständig erfüllt. Der Flächennutzungsplan wird daher gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren geändert.



Luftbild mit Geltungsbereich (Schwarze Balkenlinien); Quelle: Kreisstadt Homburg; Bearbeitung: Kernplan

Grundlagen und Rahmenbedingungen

Lage und Begrenzung des räumlichen Geltungsbereiches

Das Plangebiet liegt südlich des Stadtteils Homburg, im Bereich der Universitätsklinik des Saarlandes und ist aktuell über das Straßennetz der UKS erschlossen sowie im weiteren Verlauf über die Ringstraße und Cappelallee an den örtlichen und überörtlichen Verkehr (u. a. B 423) angebunden. Die Gebäude der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) und der bereits stillgelegten Pneumologie (Geb. 91) sowie der Hubschrauberlandeplatz der Uniklinik befinden sich dabei innerhalb des Geltungsbereiches.

Die Abgrenzung des Bebauungsplanes orientiert sich in erster Linie an den vorhandenen Nutzungen, der südlich gelegenen, zusammenhängenden Freifläche und den bestehenden Waldgrenzen in diesem Bereich (mit ausgebildetem Waldrandbereich bzw. Waldsaum).

Folgende Flurstücke (Gemarkung Homburg) liegen dabei insb. im Plangebiet:

- Flur 4, Nr. 850/19, 861/8, 864 und 865,
- Flur 24, Nr. 5832/15,
- Flur 4, Nr. 869/4, 869/5, 863/1, 850/49, 858, 861/10, 861/13, 861/16 und 862 (jeweils Teilflächen),
- Flur 24, Nr. 5832/17 und 5832/30 (jeweils Teilflächen).



Drohnenaufnahme aus östlicher Richtung mit L 213, Waldbestand und Plangebiet (insb. Freifläche)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird vor diesem Hintergrund wie folgt begrenzt:

- Im Osten durch die Kirrberger Straße bzw. L 213 (Verlauf der Grenze östlich am äußeren Rand der Verkehrsfläche);
- Im Süden, von der L 213 ausgehend, durch den Waldbestand in Richtung bestehender Freifläche (Flurstück 862) und im weiteren Verlauf der derzeitigen Grenze zwischen Freifläche und Wald in einem Abstand von 15,0 m (zur künftigen Entwicklung eines abgestuften Waldrandes mit Waldsaumbereich) folgend bis zum westlich angrenzenden forstwirtschaftlichen Weg (im weiteren Verlauf Flurstück 863/1);
- Im Westen durch den vorhandenen forstwirtschaftlichen Weg bzw. die bestehende Verkehrsfläche (Flurstück 863/1) entlang des Waldrandes und weiter in nordwestlicher Richtung ca. 50,0 m dem Weg in Richtung „Schule am Webersberg" folgend;
- Im Norden von dem zuvor genannten Weg (in Richtung „Schule am Webersberg") ausgehend ca. 210,0 m in nordöstlicher und weitere ca. 100,0 m in östlicher Richtung durch den Waldbestand bis zur Grenze des Flurstücks 861/16, dann weiter nach Norden bis zur Mitte der nördlichen Verkehrsanbindung und anschließend ca. 280,0 m nach Osten bis zur Grenze des Flurstücks 861/16 und dieser Grenze folgend (u. a. entlang der dortigen Verkehrsfläche) bis zur Kirrberger Straße bzw. L 213.



Blick aus westlicher Richtung durch das Plangebiet entlang der bestehenden Erschließungsstraße (links: Freifläche und Hubschrauberlandeplatz; rechts im Hintergrund: Parkplatz

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen.

Nutzung des Plangebiets und Umgebungsnutzung, Eigentumsverhältnisse

Bei dem Plangebiet handelt es sich um das südlich angrenzende Gelände des Universitätsklinikums des Saarlandes in der Kreisstadt Homburg. Neben den bestehenden Gebäuden des UKS ist das Plangebiet derzeit vor allem durch größere Waldflächen sowie eine zentrale, weitestgehend unbebaute, zusammenhängende Freifläche geprägt.

Zu den Bestandsgebäuden zählen der Gebäudekomplex der Nervenklinik (Geb. 90.1 bis 90.9) mit den dazugehörigen Nutzungen sowie die mittlerweile stillgelegte Pneumologie (Geb. 91). Darüber hinaus befinden sich südlich der Bebauung, im Bereich der Freifläche, ein Hubschrauberlandeplatz sowie ein Parkplatz mit ca. 120 Stellplätzen.

Die zusammenhängende Waldfläche im Bereich des bestehenden Gebäudekomplexes der Nervenklinik, also zwischen Kirrberger Straße bzw. L 213 und Verkehrsanbindung zwischen Uniklinikgelände und südlichem Parkplatz, stellt sich als Bereich mit hochwertigem Altholzbestand dar und soll folglich soweit möglich erhalten bleiben.

Die Parzellen des Plangebietes befinden sich vollständig im Eigentum des Landes als Träger des Universitätsklinikums. Somit ist von einer zügigen Realisierung der Planung auszugehen.

Topografie des Plangebiets

Das Plangebiet ist topografisch bewegt. Insbesondere in den bewaldeten Bereichen, z. B. in Richtung Kirrberger Straße bzw. L 213, kommt es teilweise zu größeren Reliefbewegungen mit mehreren Hügeln und Tälern bzw. Senken. Die Freiflächen und bereits bebauten Bereiche weisen hingegen ein weniger bewegtes Gelände auf.

Der westliche Geltungsbereich (bis ca. 300,0 m ü. NN) sowie der Bereich der stillgelegten Pneumologie (ca. 296,0 m ü. NN bis 293,5 m ü NN) stellen die derzeit höchsten Punkte innerhalb des Plangebietes dar. Im Bereich des Hubschrauberlandeplatzes und des vorhandenen Parkplatzes (jeweils ca. 289,0 m ü. NN) sind die Geländebewegungen grundsätzlich am geringsten.



Drohnenaufnahme aus östlicher Richtung mit Waldbestand bzw. bestehendem Waldrand und vorhandenem Hubschrauberlandeplatz sowie Parkplatz

Vom Parkplatz ausgehend (289 m ü. NN) fällt das Gelände, der derzeitigen Verkehrsanbindung folgend, bis zur nördlichen Geltungsbereichsgrenze auf ca. 270,0 m ü. NN ab. Im Bereich der Freifläche fällt das Relief in südöstlicher Richtung ebenfalls auf ca. 270 m ü. NN (an der südöstlichen Geltungsbereichsgrenze) ab. Die östlich gelegene Kirrberger Str. bzw. L 213 liegt bei etwa 245,0 bis 250 m ü. NN. Insbesondere unmittelbar westlich der Straße steigt das Gelände dabei relativ steil an.

Dementsprechend ist davon auszugehen, dass sich die Topografie u. a. auf die Konzeption der Bebauung, die Erschließung und die Ver- und Entsorgung des Gebietes und somit auch auf die Festsetzungen und Planinhalte des Bebauungsplanes auswirken wird. Im Sinne einer zweckmäßigen Nutzung und Bebauung des Gebietes wird es demnach zu Reliefveränderungen und Geländemodellierungen kommen (u. a. zur Schaffung einer neuen Verkehrsanbindung an die L 213).

Verkehrsanbindung

Das Plangebiet ist derzeit bereits in nördlicher Richtung an das Straßennetz der Universitätsklinik des Saarlandes und damit im weiteren Verlauf auch an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen. Der internen Erschließung dient insbesondere eine Straße, die vom Uniklinik-Gelände aus nördlicher Richtung, am Gebäudekomplex der Nervenklinik vorbei, über den südlicher gelegenen Parkplatz bis zum bestehenden Gebäude der ehemaligen Pneumologie führt.

Im Zuge der Umsetzung der zukünftigen Planung wird es allerdings innerhalb des Plangebietes zu Änderungen am bestehenden Straßennetz und Schaffung neuer Verkehrsflächen im Sinne einer möglichst effizienten inneren Erschließung des Gebietes kommen.

Um zukünftig eine ausreichende Anbindung des Plangebietes und Uniklinik-Geländes an das öffentliche Verkehrsnetz sicherstellen zu können, wird insbesondere eine neue Verkehrsanbindung geschaffen, die unmittelbar östlich an die L 213 anschließt.

Zum Stand der frühzeitigen Beteiligung existierten hierfür noch verschiedene Trassenvarianten, die im weiteren Verfahren anhand eingehender Untersuchungen, technischer Machbarkeitsstudien und umweltbezogener Prüfungen konkretisiert wurden. Auf diese Weise konnten unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten verglichen und letztlich eine optimale Trassenführung gemäß der örtlichen Gegebenheiten und unterschiedlichen Anforderungen ermittelt werden, die nun in die Planung integriert wurde. Berücksichtigt wurden im Zuge dieser Bewertung, neben den damit verbundenen Kosten und der verkehrstechnischen Nutzbarkeit der Verkehrsanlagen, aufgrund der örtlichen Gegebenheiten insbesondere umweltspezifische Kriterien

Die Anbindung des Plangebietes an den ÖPNV erfolgt in erster Linie über die bestehenden Busverbindungen des UKS. Innerhalb des Plangebietes bzw. im Randbereich befinden sich u. a. die Bushaltestellen „Uni-Kinderchirurgie/Zahnklinik (H5, Hom-

burg)", „Uni-Neurologie (H6, Homburg)" und „Uni-Pneumologie (H7, Homburg)", die über mehrere Buslinien (z. B. 315, 560, 571) das UKS insbesondere mit der Homburger Innenstadt verbinden. Dort bestehen dann auch weitere ÖPNV-Angebote durch den Homburger Hauptbahnhof (u. a. Bahnlinien nach Saarbrücken und Kaiserslautern).

Die nächstgelegenen Autobahn-Anschlussstellen befinden sich in ca. 6,0 km (A 6, Anschlussstelle 9 Homburg) sowie in ca. 7,0 km bzw. ca. 8,0 km Entfernung (A 8, Anschlussstellen 28 Limbach und 30 Einöd).

Hinsichtlich der Verkehrsplanung und -untersuchung sind, wie eingangs bereits erwähnt, weitere Fachplanungen bzw. Fachgutachter am Planungsprozess beteiligt. Das Planungsteam Jakob Gänssle GmbH übernimmt dabei die Planung der zukünftigen Verkehrsanbindung an die L 213 und prüft und bewertet in diesem Zusammenhang die möglichen Trassenvarianten. Die PTV Transport Consult GmbH ist wiederum mit der Verkehrsuntersuchung und der damit verbundenen Frage nach der Ausgestaltung des späteren Anschlussknotens an die L 213 beauftragt. Dabei wird zur Ermittlung der notwendigen Grundlagendaten auch eine Verkehrserhebung durchgeführt, auf dessen Basis dann die jeweiligen Verkehrsaufkommen bestimmt und Leistungsfähigkeitsnachweise durchgeführt werden.

Die entsprechenden Planungen bzw. Untersuchungen bis hin zur Darlegung der Art der Anbindung an die L 213 erfolgen in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Behörden und werden, sobald vorliegend, spätestens jedoch zur Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB in die Planung integriert.

Ver- und Entsorgung

Das Plangebiet ist, insbesondere aufgrund der bestehenden Nutzungen, bereits in Teilbereichen an das Ver- und Entsorgungssystem des UKS und im weiteren Verlauf folglich auch an das städtische System der Ver- und Entsorgung angeschlossen.

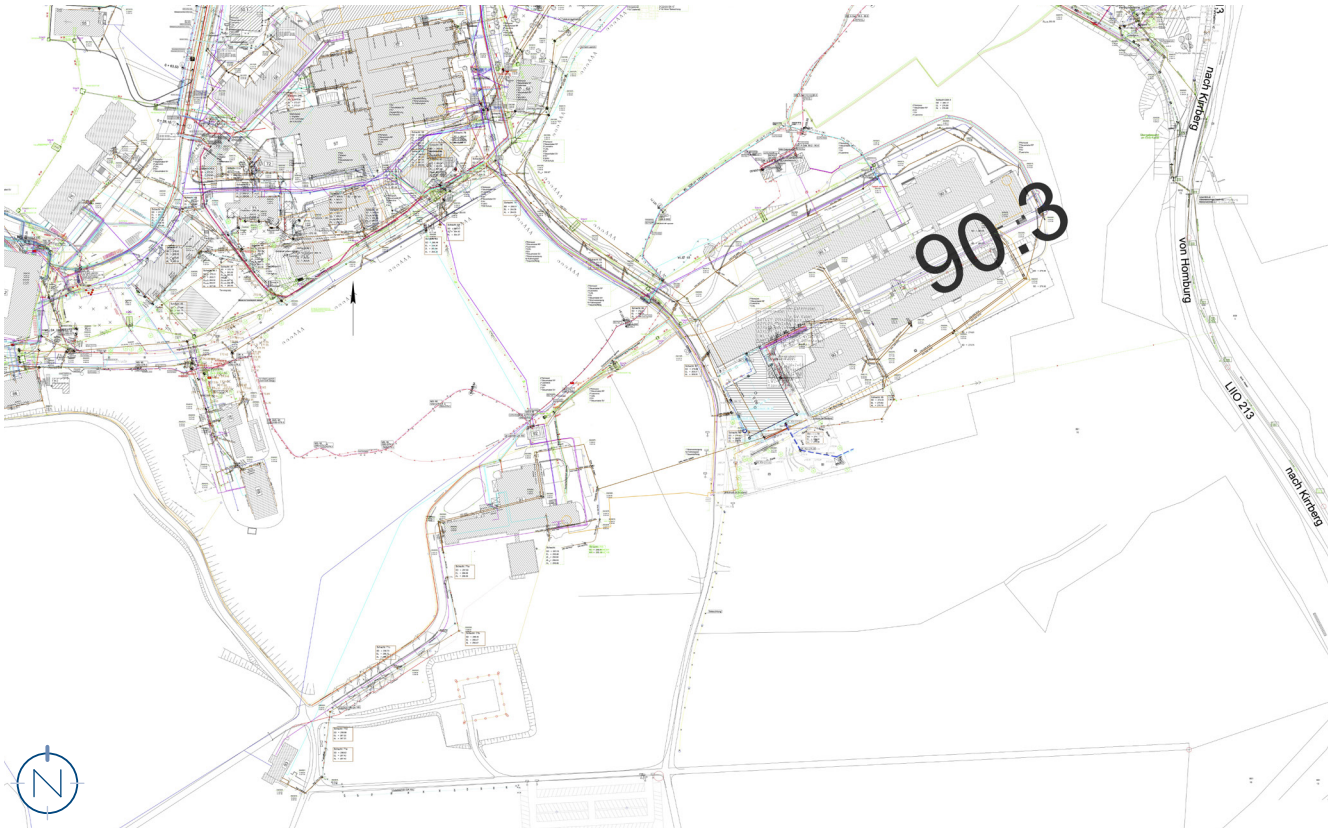
Die bisherige Entwässerung erfolgte über die vorhandenen Kanälen. Die künftige Entwässerung wird im Rahmen eines siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages vom Ingenieurbüro CP Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Behörden untersucht. Die Betrachtung behandelt dabei die Ableitung des anfallenden Schmutz- und Regenwassers sowohl für die Gebäude als auch die geplante Zufahrtsstraße. Als Bemessungsfall wird hierfür die größte Ausbaustufe der Neuerschließung zugrundegelegt (Trennsystem gem. § 49a SWG). Die vorgegebenen Entwässerungssysteme im Bestand werden entsprechend berücksichtigt.

„Das Schmutzwasser kann über das kommunale bzw. universitätseigene Abwassernetz abgeleitet werden. Dafür wurden mögliche Anschlussstellen ermittelt. Die Kapazitäten des kommunalen Netzes werden als ausreichend erachtet, ggfs. ist ein Ausbau der Kapazitäten im Anschlussbereich innerhalb des UKS-Netzes erforderlich.

Das Niederschlagswasser der Gebäude darf nicht in das kommunale Abwassernetz eingeleitet werden, sondern soll versickert werden. Aufgrund der Leitfähigkeit des Bodens kommen hier nur dezentrale Versickerungsanlagen mit Rückhaltevolumen infrage. Mittels einer überschlägigen Bemessung wurden ein erforderliches Rückhaltevolumen je m² versiegelter angeschlossener Fläche und der Behandlungsbedarf ermittelt.

Des Weiteren wurden Maßnahmen zur Reduzierung des Oberflächenabflusses und zur Erhöhung der Verdunstungsleistung empfohlen, sowie die Themen Starkregen und Überflutungsnachweis behandelt."

(Quelle: Fachtechnischer Beitrag zur Siedlungswasserwirtschaft, CP Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG, St. Ingberter Str. 49, 66583 Spiesen-Elversberg; Stand: Mai 2024)



Auszug Übersichtsplan Gesamtleitungsnetz des Uniklinikums des Saarlandes; Quelle: Landesverwaltungsamt, Staatliche Hochbaubehörde; Stand: August 2023

Städtebauliche Konzeption

In einem vorgelagerten Planungsschritt wurde vom Architekturbüro Sander Hofrichter eine Massenstudie erarbeitet. Diese ermöglicht in erster Linie eine überschlägige Abschätzung des zukünftigen Flächenbedarfs. Gleichzeitig werden hierbei, neben der Entwicklung eines Neurologischen Zentrums (als Stufe 1), weitere mögliche Ausbaustufen und Entwicklungen für das Plangebiet generiert und geprüft.

Die Massenstudie dient somit als Orientierung. Im weiteren Prozess bis zur letztlichen Umsetzung der Planung werden auf dieser Grundlage weitere Unterlagen und detailliertere Planungen ausgearbeitet. Der Bebauungsplan zielt vor diesem Hintergrund sowie aufgrund der generell sehr dynamischen Entwicklung des UKS darauf ab, ein gewisses Maß an Flexibilität zu erhalten. Grundlegend ist das Ziel einer effizienten Flächennutzung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange (insb. ökologische, ökonomische, soziale, städtebauliche Belange).

Verkehrsuntersuchung

Im Zuge der Planung wurde eine fachgutachterliche Verkehrsuntersuchung vom Büro PTV Transport Consult GmbH durchgeführt, um unter anderem die zugrunde liegende Ausbauform sowie die Leistungsfähigkeit der neuen Verkehrsanbindung aufzuzeigen. Hierbei wurden zudem begleitende Verkehrserhebungen durchgeführt, um Angaben über die derzeitige Straßenbelastungen tätigen zu können. Die neue Verkehrsanbindung ist dabei als langfristige, sukzessiv und bedarfsorientiert zu entwickelnde, Verkehrsmaßnahme vorgesehen.

„In einer umfangreichen Verkehrserhebung wurde das heutige Verkehrsaufkommen der Universitätsklinik Homburg ermittelt.

Die beiden Zu- bzw. Abfahrten Ringstraße und Cappelallee verzeichnen zusammen ein Verkehrsaufkommen von ca. 16.200 Kfz/24h, wobei davon ca. 62% auf die Ringstraße und ca. 38% auf die Cappelallee entfallen.

Für die zukünftige Erschließung ist vorgesehen, den Teil der klinischen Nutzung über eine neue Zufahrt im Bereich der L 213 zu erschließen, während die universitäre Nutzung über die Ringstraße und die Cappelallee erschlossen wird.

Für die neue Anbindung an die L 213 werden verschiedene Abschlussformen untersucht. Dabei stellt sich heraus, dass sowohl ein vorfahrtgeregelter Knotenpunkt als



Drohnenaufnahme aus südöstlicher Richtung (L 213) mit Blick auf Bestandsgebäude Nervenklinik und Waldbestand; im Hintergrund weitere Gebäude der Universitätsklinik des Saarlandes außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

auch ein Kreisverkehr an dieser Stelle nicht leistungsfähig sind. Lediglich ein lichtsignalgesteuerter Knotenpunkt kann das zu erwartende Verkehrsaufkommen leistungsfähig bewältigen.

Da die ursprüngliche Knotenpunktgestaltung mit je einem Abbiegestreifen für Links- und Rechtsabbieger auf der neuen Zu- bzw. Abfahrt entwurfstechnisch nur schwer umsetzbar ist, ist in der neuen Zu- bzw. Abfahrt ein Mischfahrstreifen vorgesehen. Auch mit dieser Lösung ist der neue Knoten leistungsfähig."

(Quelle: Verkehrsuntersuchung Universitätsklinik Homburg - Neuer Anschluss an die L 213, PTV Transport Consult GmbH, Stumpfstr. 1, 76131 Karlsruhe; Stand: September 2024)

Standortalternativen

Das Abwägungsgebot gem. § 1 Abs. 7 BauGB und das Gebot des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden gem. § 1a Abs. 2 BauGB verlangen bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes eine Prüfung des Baulandbedarfs, die kritische Würdigung sich aufdrängender Standortalternativen, sowie in Grundzügen alternative Formen der Bodennutzung und Erschließung. Dadurch wird sichergestellt, dass der geplante Standort private und öffentliche Belange so gering wie möglich beeinträchtigt (Verträglichkeit) und die Planungsziele am besten erreicht.

In bestimmten Fällen, wie etwa bei der geplanten Erweiterung bzw. Entwicklung der Universitätsklinik des Saarlandes, kann die Standortbindung jedoch so stark sein, dass eine Alternativenprüfung im eigentlichen Sinne nicht sinnvoll erscheint. Im vorliegenden Fall ist ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zu den bestehenden Nutzungen auf dem Uniklinik-Gelände erforderlich, um auch zukünftig als Krankenhaus der Maximalversorgung die medizinische Versorgung des Landes durch eine entsprechende infrastrukturelle Ausstattung sicherstellen zu können.

Standortalternativen innerhalb des Uniklinik-Geländes bzw. mit unmittelbaren Anschluss daran wurden im Vorfeld zwar geprüft, stellten jedoch keine geeigneten Alternativen dar (u. a. wegen bereits vorhandener Nutzungen bzw. Planungen, zu geringer Fläche). Möglichkeiten, wie eine Gesamtsanierung der Bestandsgebäude oder eine weitere Aufstockung wurden u. a. aus medizinischen, klinischen und betriebswirtschaftlichen Gründen abgelehnt.

Zur Entwicklung und Erweiterung des UKS im vorgesehenen Umfang kommt folglich lediglich die südlich gelegene Fläche in Betracht. Da das Vorhaben folglich genau an diesem Standort realisiert werden muss und sich keine weiteren geeigneten Alternativen aufdrängen, entfällt die Berücksichtigung weiterer Standortoptionen.

Übergeordnete Planungsvorgaben der Raumordnung und Landesplanung; naturschutzrechtliche Belange; geltendes Planungsrecht

Kriterium	Beschreibung
Landesentwicklungsplan (Siedlung und Umwelt)	
Zentralörtliche Funktion	Kernzone des Verdichtungsraumes, Siedlungsachse 1. Ordnung, Mittelzentrum Homburg (Lage überwiegend im Außenbereich, in räumlicher Nähe zum UKS)
Vorranggebiete	• Plangebiet liegt teilweise innerhalb eines Vorranggebietes für Forschung und Entwicklung (Bereich der bestehenden Nutzungen bzw. Gebäude) gemäß LEP Umwelt • (79) „Vorranggebiete für Forschung und Entwicklung (VF) dienen der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, die in Zusammenhang mit universitären Einrichtungen stehen. Aufgrund des knappen Flächenangebotes sind alle Flächennutzungsansprüche, die keinen Bezug zu Forschungs- und Entwicklungsprojekten haben sowie die Ansiedlung aller Formen des großflächigen Einzelhandels in VF unzulässig." • Im LEP Entwurf 2030 ist die Erweiterung des Vorranggebiets für Forschung und Entwicklung (um ca. 13,0 ha) insbesondere im Bereich des Plangebietes vorgesehen. „Geplant ist die Sicherung für Flächen zur Erweiterung des Universitätsklinikums des Saarlandes in Homburg. Das Gebiet des Universitätsklinikums und die Erweiterungen sollen als Vorranggebiet für Forschung und Entwicklung im Landesentwicklungsplan ausgewiesen werden." • Entspricht dem Planvorhaben, folglich keine Restriktionen für das Vorhaben
Zu beachtende Ziele und Grundsätze	• Der vorliegende Bebauungsplan passt sich gem. § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung an.
Landschaftsprogramm	• Teilweise Darstellung als Landschaftsschutzgebiet (Neuordnung) • Darüber hinaus keine speziellen Entwicklungsziele oder Funktionszuweisungen • Lage im Regionalpark Saar, aber nicht innerhalb eines Projektraumes (rein informelles Instrument ohne restriktive Wirkungen)
Übergeordnete naturschutzrechtliche Belange	
Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung	• Nicht betroffen.
Sonstige Schutzgebiete: Naturschutz-, Landschaftsschutz-, Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Nationalparks, Naturparks, Biosphärenreservate, Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung, Naturpark	• Ein ca. 9,5 ha großer Teil der Waldflächen innerhalb des aktuell festgelegten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes befindet sich innerhalb des ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes L 6.02.01 „Wald zw. L119 im Norden, der Landesgrenze und Kirrberg im (Süd)Osten sowie Homburg im Westen" (VO v. 06.02.2006, Abl. d.S. 2006, Nr. 8, S. 309ff.). Parallel zum Bauleitplanverfahren soll eine Ausgliederung der beanspruchten Bereiche aus dem LSG angestrebt werden. • Auf der Grundlage einer ersten Biotopstrukturerfassung wurden bereits in einem sehr frühen Planungsstadium wertgebende Waldbereiche sowohl innerhalb als auch außerhalb der LSG-Kulisse identifiziert und als Tabuflächen im weiteren Verfahren festgelegt. Um das Bauvorhaben in seinem erforderlichen Umfang realisieren zu können, ist lediglich die Ausgliederung einer 2,4 ha großen Roteichenpflanzung in Stangenholzstärke und kleinerer Waldrandflächen erforderlich. Die wertgebenden Bereiche sollen bauplanungsrechtlich als Wald gesichert werden. • Der Ausgliederungsprozess muss vor Satzungsbeschluss abgeschlossen sein. • Die Möglichkeit einer Ausgliederung erscheint aufgrund der landesplanerischen Erfordernisse, der öffentlichen Bedeutung des Vorhabens bei gleichzeitiger Beschränkung auf jüngere bis mittelalte Waldstrukturen und aufgrund fehlender Standortalternativen gegeben. • Das Plangebiet befindet sich mit mehr als der Hälfte der Fläche (östlich) innerhalb der Schutzzone III des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg - Kirrberg". • Weitere Schutzgebiete bzw. -objekte n. BNatSchG bzw. SWG (Wasserschutz- oder festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete) sind nicht betroffen.

Kriterium	Beschreibung
Denkmäler / Naturdenkmäler / Archäologisch bedeutende Landschaften nach § 6 SDSchG oder in amtlichen Karten verzeichnete Gebiete	• Nicht betroffen.
Geschützter unzerschnittener Raum nach § 6 Abs. 1 SNG	• Nicht betroffen.
Informelle Fachplanungen	Auf der Grundlage der vorliegenden Geofachdaten (Quelle: Geoportal Saarland) bestehen keine Hinweise auf das Vorkommen von i. S. d. besonderen Artenschutzes relevanten Arten innerhalb des Geltungsbereiches bzw. im direkten Planungsumfeld: • Keine Fundorte planungsrelevanter Arten gem. ABDS (Arten- und Biotopschutzdaten 2017 Saarland) auf der Planungsfläche, innerhalb eines 1 km-Radius 2 Nachweise des Großen Mausohres (C. Harbusch, 2010 und D. Gerber, 2010) im Siedlungsbereich von Kirrberg und auf dem Uni-Gelände (jeweils Wochenstubenquartiere?); die oft hallenartigen Wälder im Umfeld stellen geeignete Jagdgebiete dar • Die Altdaten des ABSP listen innerhalb eines 1 km-Radius um den Geltungsbereich lediglich mehr oder weniger häufige Moose und Heuschrecken • Keine ABSP-Fläche innerhalb des Geltungsbereiches; das südlich des Planbereiches gelegene Lamsbachtal ist als ABSP-Fläche 6710-0001 erfasst; hier befinden sich auch mehrere im Rahmen der Biotopkartierung 2017 erfasste n. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Biotope • Innerhalb der Planungsfläche sind weder geschützte Biotope noch Lebensräume n. Anh. 1 der FFH-RL erfasst; zumindest die wertgebenden Altbestände dürften jedoch als FFHLebensraum 9110 (azidophiler Buchenwald) zu klassifizieren sein, was im Rahmen der Untersuchungen zu verifizieren ist
Allgemeiner Artenschutz	
Allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen (§ 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG)	Im Rahmen der Planung sind Gehölzstrukturen betroffen. Zum Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen ist die gesetzliche Rodungszeit vom 01. Oktober bis 28. Februar einzuhalten.
Besonderer Artenschutz (§§ 19 und 44 des BNatSchG)	
Störung oder Schädigung besonders geschützter Arten bzw. natürlicher Lebensräume nach USchadG, Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG Zu den artenschutzrechtlich relevanten Arten zählen alle gemeinschaftsrechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten d. h. alle streng geschützten Arten inklusive der FFH-Anhang-IV-Arten sowie alle europäischen Vogelarten. „Allerweltsarten" mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit (d. h. bei diesen Arten sind keine populationsrelevanten Störungen und keine Beeinträchtigungen der ökologischen Funktion ihrer Lebensstätten, insbesondere der Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erwarten) werden nicht speziell geprüft.	<u>Schutzgut Biotope, Fauna und Flora:</u> • Innerhalb des Geltungsbereiches befindet sich der von Wald umschlossene Gebäudekomplex 90 „Nervenklinik" mit u. a. der Neurologie und Psychiatrie des Uni-Klinikums, das ebenfalls von Wald und einer Obstwiese flankierte Gebäude der ehemaligen Pneumologie und Umweltmedizin (Gebäude 91) sowie der Hubschrauberlandeplatz des Klinikums und ein Parkplatz mit Wegezuführung • Für den geplanten Neubau der Neurologie ist eine ackerbaulich genutzte Freifläche im südlichen Teil des Geltungsbereiches vorgesehen, wobei die Baugrenzen des Bebauungsplanentwurfes an den Rändern über den Lageplan des Bauentwurfes hinausgehen, um so zukünftige Erweiterungen und Nebenanlagen des Klinikums zu legitimieren • Weiterhin ist ein Parkhaus geplant, das aus Platzgründen nicht auf der bestehende Freifläche realisiert werden kann; es soll im Bereich der bereits genannten Roteichenpflanzung (Stangenholz) angelegt werden • Die Biotop- und Habitatstrukturen konnten im Zuge einer spätherbstlichen Begehung 2023 kursorisch und im Jahr 2024 genauer erfasst werden; dabei stellten sich die Wälder um den Gebäudekomplex der Neurologie (sowohl nördlich als auch südlich) als Bereiche mit hohem Konfliktpotenzial dar; es handelt sich hierbei um Buchen-Mischbestände beträchtlichen Alters (BHD teilweise > 100 cm), die aufgrund des bewegten Reliefs ganz offensichtlich nicht beförstert werden • Markant ist der hohe Totholzanteil, sowohl an liegendem (Astbruch, Baumwurf) als auch an stark dimensioniertem stehendem Totholz

Kriterium	Beschreibung
	• Von einer Qualifizierung als FFH-LRT 9110 ist aufgrund des Substrates (mittlerer Buntsandstein), der Hauptbaumarten (Buche mit Traubeneiche) und der floristischen Ausprägung der Krautschicht auszugehen; aufgrund des hohen Totholzvorrates wird ein sehr günstiger Erhaltungszustand (A) attestiert • Die Bestände wurden daher wie bereits erwähnt als Tabuflächen festgelegt, die bis auf verkehrssichernde Eingriffe nicht beansprucht werden sollen. Die weitere Waldentwicklung soll bis auf erforderliche Sicherungsmaßnahmen weiterhin autark und ohne forstliche Eingriffe ablaufen; dies wird bauplanerisch festgesetzt • Aus logistischen Gründen ist eine direkte Anbindung an die L 213 (Kirrberger Str.) erforderlich; hierfür lagen zunächst 5 Trassenvarianten vor, von denen jedoch alle den genannten Altbestand tangieren und zudem durch sehr bewegtes Relief führen; im weiteren Verfahren wurden daher 2 weitere Trassenvarianten untersucht, die den Altbestand nicht oder nur randlich beanspruchen; nach eingehender Prüfung wurde die nun vorgesehene Variante als die umweltverträglichste, wenngleich von Seiten des LfS als verkehrstechnisch weniger geeignete, aber ebenfalls machbare Zufahrt ausgewählt; die Variante führt durch einen Verjüngungskegel und eine Blöße, Altbäume mit BHD > 70 cm sind hier nicht betroffen; für die Variante spricht weiterhin, dass die im Frühjahr beobachteten Erdkrötenwanderungen von den Laichgewässern entlang des Lambsbaches in die Hangwaldbestände bei anderen Varianten entsprechende Sicherungsmaßnahme erfordern würden (temporäre oder dauerhafte Leiteinrichtungen, die sich aufgrund der Steillage nur schwer realisieren ließen) • Beim gegenwärtigen Stand der noch bis Oktober andauernden Untersuchungen lassen sich, auch unter dem geplanten Ausschluss des Altbestandes, aus natur- und artenschutzrechtlicher Sicht die nachfolgenden Konfliktfelder benennen: • Randliche Einbeziehung eines älteren Kiefernmischbestandes in die Baufenster im Umfeld des alten Gebäudes der Pneumologie mit artenschutzrechtlicher Relevanz • Überplanung einer Obstwiese unmittelbar südlich des Gebäudes (keine besetzten Höhlenquartiere Fledermäuse, Unterstand kein FFH-LRT 6510) • Überplanung einer mehrschürigen Grünlandfläche im Umfeld des Hubschrauberlandeplatzes; kein FFH-LRT 6510, aber mögliches Eidechsenhabitat (wird noch geprüft) • Entfernung einer wegebegleitenden Obstbaumreihe im Bereich des geplanten Parkhauses und entlang der Erschließungsstraße (keine besetzten Höhlenquartiere) • Eingriffsbereich Trasse der geplanten Zufahrt: keine Altbäume mit BHD > 70 cm betroffen; keine Höhlenquartiere • Verlust von Ackerflächen mit pot. wertgebender Segetalflora (Sandäcker): bislang nur rudimentäre Begleitflora erkannt, kein Vorkommen von Bodenbrütern (Feldlerche) • Bauzeitliche Gefährdung der nachgewiesenen Mauer- und Zauneidechse im Bereich des Erdmasselagers • Anlage einer Dampfzentrale für das Neurologie-Bestandsgebäude; als Standort ist ein bereits vorhandenes Aufschüttungsplateau nördlich des Gebäudes vorgesehen, das vermutlich ohne Verlust von Altbäumen realisiert werden kann

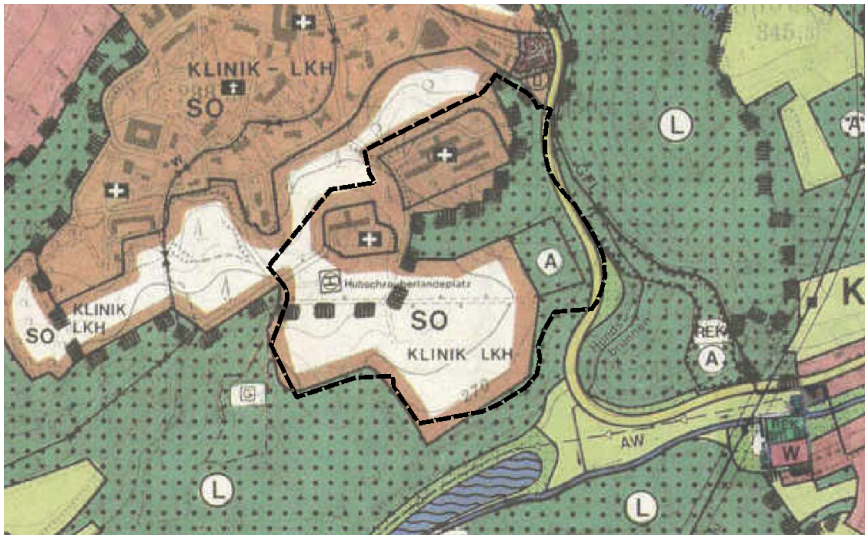
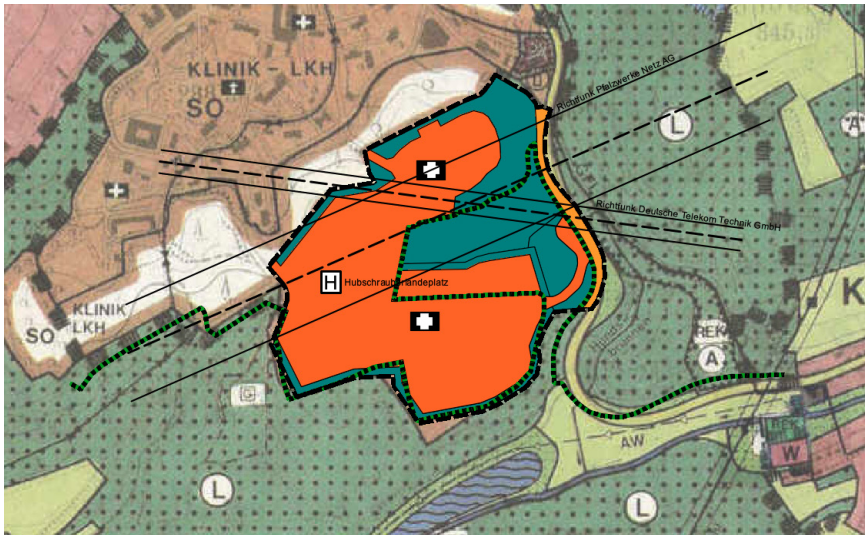
Kriterium	Beschreibung
	 Abb. 1: Buchen-Eichen-Altbestand mit hohem Totholzvorrat (obere Bildreihe und u.l.); alter Kiefern-Mischwald am nördlichen Rand (befindet sich randlich innerhalb der Baugrenzen)  Abb. 2: Blick vom Hubschrauberlandeplatz nach Südwesten über den Parkplatz und die dahinter befindliche Ackerfläche, am linken Bildrand Roteichen-Stangenholz (o.l.); weitläufige Ackerfläche, auf der Neubauten geplant sind (o.r.); Hubschrauberlandeplatz (u.l.); größere Grünlandfläche östlich des Landeplatzes (u.r.)

Kriterium	Beschreibung
	 Abb. 3: kleine Obstwiese südlich der ehem. Pneumologie (o.l.) mit Höhlen und anderen potenziellen Quartierstrukturen (o.r.); Roteichen-Pflanzung (Stangenholz) als voraussichtlicher Standort des geplanten Parkhauses (u.l.); Obstbaumreihe entlang eines Weges nördlich des Roteichenwaldes (u.r.) <u>Schutzgut Boden:</u> • Im Bereich der Planungsfläche steht der mittlere Buntsandstein an; die Bodenübersichtskarte des Saarlandes (BÜK 100) stellt außerhalb des als Siedlungsbereich ausgewiesenen Klinikums die korrespondierende Einheit 22 (Podsolige Braunerde und Braunerde aus Hauptlage über Basislage aus Buntsandsteinverwitterung im Homburger Becken) dar; im Kulminationsbereich (Hubschrauberlandeplatz und Ackerfläche, Umfeld des Neurologiegebäudes) sind dem Buntsandstein Lößlehmdeckschichten überlagert, hier ist die Einheit 6 (Parabraunerde-Pseudogley und Pseudogley aus Lößlehmdeckschichten und –fließerden über Terrassensanden und –schottern bzw. Verwitterungsbildungen) ausgewiesen • Insbesondere an diesen Stellen besteht aufgrund der stark lehmigen Fraktion nur eine geringe, im Bereich der anstehenden Buntsandsteine eine mittlere Versickerungseignung; demzufolge sind Maßnahmen zur Regenwasserversickerung im Einzelfall zu prüfen • Das Ertragspotenzial als Maß für die Bodenfunktion „Lebensraum für Pflanzen" wird als mittel, stellenweise als gering bzw. sehr gering dargestellt, was die Bedeutung des Ackerstandortes relativiert • Hinsichtlich des Biotopentwicklungspotenzials ist der Standorttyp 9 (carbonatfreie Böden mit geringem Wasserspeichervermögen) bzw. auf den Lößlehmdeckschichten die Einheit 6 (carbonatfreie Böden mit potenziell hohem Stauwassereinfluss) ausgewiesen, auf denen i. d. R. keine Disposition zur Entwicklung besonderer Biotopstrukturen besteht; allenfalls in Einheit 6 besteht unter Stauwassereinfluss das Potenzial zur Ausbildung hygrophiler Strukturen/Pflanzengesellschaften, hierauf gibt es am Standort jedoch keine Hinweise • Die Feldkapazität als Kriterium der Funktion im Wasserhaushalt ist ebenfalls innerhalb des Geltungsbereiches unterschiedlich dargestellt mit grundsätzlich geringen und im Bereich der Lösslehme mit mittleren Werten • Am südlichen Rand der Ackerfläche besteht punktuell eine z. T. mittlere bis hohe geogene Erosionsdisposition (Themenkarte CCW-Wassergefährdungsklassen im GeoPortal)

Kriterium	Beschreibung
	• Die Verdichtungsempfindlichkeit der anstehenden Böden lässt sich annäherungsweise aus den standörtlichen Bodeneigenschaften ableiten; sie steigt mit abnehmendem Grobbodenanteil, mit zunehmendem Ton- und Schluffanteil, mit zunehmendem Humusanteil und mit zunehmender Vernässung; die verfügbaren Bodenschätzungsdaten (Rodungsinsel im Bereich der Lösslehmdeckschichten) weisen das gesamte Spektrum von schwach lehmigen Sanden bis sandigem Lehmen auf, in Verbindung mit Staunässe ist daher eine höhere Verdichtungsempfindlichkeit in diesem Bereich der Lösslehme nicht auszuschließen • Die Ackerzahlen liegen mit Werten von 31 bis 48 in einem niedrigen bis mittleren Bereich und entsprechen damit dem abgeleiteten Ertragspotenzial • Seltene Bodentypen sind nicht ausgewiesen (Quelle: LAPRO) • Für den Geltungsbereich sind keine Altablagerungen, Altstandorte, schädliche Bodenveränderungen oder Verdachtsflächen bekannt • Aufgrund der großflächigen Überbauung gehen weitgehend natürliche und unbelastete Böden in großem Umfang verloren, die eine entsprechende externe Kompensation erfordern <u>Schutzgut Wasser:</u> • Östlich der Planungsfläche verläuft der Hundsbrunnenbach, der nach einer nur kurzen Fließstrecke von rd. 800 m in den Lamsbach mündet; er verläuft jedoch jenseits der L 213 und befindet sich daher außerhalb des zu erwartenden Wirkungsgefüges der Baumaßnahme • Auf der Planungsfläche selbst befinden sich keine Oberflächengewässer • Durch die großflächige Bebauung ist eine Wirkung auf die Grundwasserneubildung nicht auszuschließen <u>Schutzgut Klima / Luft:</u> • Die Planungsfläche ist als Rodungsinsel innerhalb einer weitläufigen Waldlandschaft im Hinblick auf die Kaltluftgenese höher zu bewerten als die dahingehend eher ausgleichenden Waldflächen, wobei diese aufgrund ihres Volumens ebenfalls einen wesentlichen Beitrag leisten • Aufgrund der Topographie (leicht geneigte Hanglage) fließt die in Strahlungsnächten entstehende Kaltluft nach Süden in das Lamsbachtal ab, das im LAPRO als zu berücksichtigende Kaltluftleitbahn ausgewiesen ist • Aufgrund der im Vergleich zu den Waldflächen im Einzugsgebiet des Lamsbachtales geringen Flächengröße dürfte der von der Ackerfläche ausgehende Frischluftbeitrag vergleichsweise gering sein • Eine klimaökologische Betrachtung ist dennoch im weiteren Verfahren erforderlich, von einem weitgehenden Verlust der Frischluftproduktion ist auszugehen, gleichzeitig wird die Fläche zu einem klimaökologischen Bedarfsraum <u>Schutzgut Landschaftsbild:</u> • Der Planungsraum befindet sich am Rand der überwiegend bewaldeten Sickinger Höhe östlich Homburg • Das gesamte Universitätsgelände ist in Wald eingebettet, wobei der Gebäudekomplex der Neurologie sich am südlichen Rand des Uni-Campus befindet und von diesem nochmals durch Waldflächen abgetrennt ist • Die baulichen Erweiterungen sind innerhalb einer überwiegend ackerbaulich genutzten Rodungsinsel südlich davon vorgesehen • Inwiefern dies zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes führt, ist vor allem im Hinblick auf die Fernwirkung des Vorhabens zu beurteilen, die im weiteren Verfahren anhand einer Einsehbarkeitsanalyse erstellt wird; in einer Vorabbetrachtung wurden lediglich freie Sichtachsen zu einzelnen höher gelegenen Wohngebäuden im nahegelegenen Kirrberg erkannt • Die überwiegend strukturlose Ackerfläche und der bereits bestehende Parkplatz lässt auch für den Nahbereich zumindest keine erhebliche Wirkung erwarten

Kriterium	Beschreibung
	Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter: • Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine in der Denkmalliste des Saarlandes – Teildenkmalliste Saar-Pfalz-Kreis, gem. § 6 des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes (SDSchG) verzeichnete Denkmäler registriert; auf dem Campusgelände ist das Verwaltungsgebäude, das Festsaalgebäude, das Direktorenwohnhaus, einzelne Wohnhäuser einschließlich der jeweiligen Garten- und Wiesengrundstücke, die Kirche, das Leichenhaus mit Friedhof sowie einzelne Wirtschaftsbauten als Denkmalensemble zusammengefasst • Die vollständige Abschirmung der geplanten Klinikerweiterung gegenüber dem Ensemble durch Waldflächen unterbindet eine Wirkung n. § 6 Abs. 2 SDSchG, der Umgebungsschutz ist gewährleistet • Über eventuelle Bodendenkmäler liegen keine Kenntnisse vor; der Bodendenkmalpflege des Landesdenkmalamtes ist kein Fund in diesem Bereich bekannt • Durch die geplante Erweiterung geht eine Ackerfläche geringer bis mittlerer Produktivität verloren, gleichzeitig werden Waldflächen beansprucht, entweder durch die geplante Überbauung (Parkhaus im Bereich einer Roteichenpflanzung) oder durch die erforderliche Einhaltung der Sicherheitsabstände § 14 Abs. 3 S. 1 LWaldG; dies erfordert einen forstlichen Ausgleich gem. § 8 Abs. 3 LWaldG • Im Fall des zu renovierenden Bestandsgebäudes der Neurologie werden die Sicherheitsabstände zu dem unmittelbar angrenzenden Wald bereits jetzt nicht eingehalten; hier ergeben sich für die Nachnutzung in Absprache mit der obersten Forstbehörde Möglichkeiten, diese durch eine Waldrandpflege- und sicherung zu unterschreiten, wobei dennoch eine Haftungsfreistellung erforderlich ist • Alle umgebenen Waldflächen sind im LAPRO als alte historische Waldstandorte ausgewiesen, so dass gem. § 8 Abs. 2 S. 4 die Belange des Natur- und Bodenschutzes besonders zu berücksichtigen sind; in der Themenkarte „Arten, Biotope und Lebensraumverbund" wird die Überführung der Nadelbaumwälder in standortangepasste (d. h. hier azidophile Buchenmischwälder) vorgeschlagen Schutzgut Mensch: • Für das Schutzgut Mensch ist die angestrebte Verbesserung der gesundheitlich Versorgung relevant und gewinnt damit überwiegendes Interesse • Die Einbettung der klinischen Einrichtungen in Waldflächen dürfte sich förderlich auf die kurative Funktion auswirken • Hinzu kommt, dass sich das Gelände außerhalb des als Erholungsraum nutzbaren Bereiches der umgebenen großflächigen Waldlandschaft befindet • Zusätzliche erhebliche Lärmwirkungen durch den Klinikneubau sind zunächst nicht zu erwarten und dürften im Kontext des gesamten Uniklinikums vernachlässigbar sein • Relevant ist jedoch die geplante Zufahrt von der L 213, die zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens führen wird, wovon die Ortslage von Kirrberg und das Wohngebiet an der Helmholtz-, Max-Planck- und Kraepelinstraße betroffen sind; relevante Wirkungen werden im Rahmen gesonderter Gutachten behandelt

Kriterium	Beschreibung
Artenschutzrechtliche Potenzialanalyse und vorgeschlagenes Untersuchungsprogramm	
Zu den artenschutzrechtlich relevanten Arten zählen alle gemeinschaftsrechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten d. h. alle streng geschützten Arten inklusive der FFH-Anhang-IV-Arten sowie alle europäischen Vogelarten.	• Das erforderliche Untersuchungsprogramm wurde bereits im Vorfeld der Ausschreibung der umweltbezogenen Planungsleistungen mit dem LUA abgestimmt; beauftragt sind Untersuchungen zur Avifauna, zu Fledermäusen, der Herpetofauna und zur Haselmaus in einem der Größe des Plangebietes entsprechenden Umfang • Unter den artenschutzrechtlich besonders relevanten (d. h. evtl. nicht unter die Legalausnahme n. § 44 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 fallenden Vogelarten) sind z.B. Höhlen- und Halbhöhlenbrüter (Spechte, Gartenrotschwanz, Grauschnäpper, Trauerschnäpper, Hohltaube, Star und die weniger häufigen Meisenarten), Gebäudebrüter (Haussperling, Mauersegler); die a priori erwartete Feldlerche auf der Ackerfläche konnte nicht bestätigt werden; aus der Gruppe der obligaten Waldvogelarten wurden bislang keine Arten registriert, die erhöhte Planungsrestriktionen entfalten (Arten des Anh. I der Vogelschutzrichtlinie, stark gefährdete Rote-Liste-Arten) • Die mulmkörperreichen Höhlen im Altbestand und der hohe Vorrat insbesondere an stehendem Alt- und Totholz (auch Eichen) lässt zudem xylobionte Insekten wie z. B. den Hirschkäfer erwarten; Nachweise des Hirschkäfers gelangen im weiter südl. gelegenen Waldbestand mit höheren Anteilen an Alteichen (Untersuchung Trassenvariante 7), im Bereich der Trassenvariante 6 ist ein Vorkommen möglich im Vergleich aber weniger wahrscheinlich; im Rodungsbereich des Roteichen-Stangenwalds ist das Vorkommen aufgrund des Fehlens geeigneter Rendezvous-Bäume und Larvalsubstrat weitgehend ausgeschlossen • Mit einer erhöhten Aktivität und mit möglichen Quartieren von silvicolen Fledermausarten war ebenfalls zu rechnen (evtl. auch der Bechsteinfledermaus); die Erfassungen über 14 Tage im Zeitraum Mai-Juni an vier Standorten ergaben mit einer Spanne von 50 bis 250 Kontakten/Nacht eine mit Blick auf den Altholzbestand eher mittlere Flugaktivität; bislang wurden folgende Arten nachgewiesen: Zwerg-FM (bis 80% Anteil), Klein-Abendsegler, Breitflügel-FM, Fransen-FM, sowie als akustisch nicht trennbare Artengruppen die Große/Kleine Bart-FM und die Braune/Graue Langohr FM; beide Arten der Gruppen sind aufgrund der Gebäude/Waldverzahnung wahrscheinlich; die manuelle Überprüfung von Aufnahmen hat die statistische Ausgabe der Bechstein-FM bislang nicht bestätigt; eine weitere Erfassung muss zur Schwarmzeit der Fledermäuse im September erfolgen, um sowohl das Artenspektrum als auch die Bedeutung des Walds und der zum Abriss stehenden Gebäude zu präzisieren • In Bezug auf die i. d. R. in/an Gebäuden quartiernehmenden Arten (v. a. Zwerg-FM, Breitflügel-FM, Graues Langohr) ist eine umfassende Prüfung an den rückzubauenden Gebäuden vorzunehmen (Keller, Dachstühle, ggfs. Fassadenverblendungen mit je nach Umfang erforderlichen Ausflugkontrollen), aufgrund der Komplexität der Gebäude ist dies mit einem erhöhten Aufwand verbunden; die Gebäudeinspektion sollte aufgrund häufiger Quartierwechsel jedoch erst zeitnah vor dem Abriss/Rückbau erfolgen, ggf. ist auch eine abriss-parallele ad-hoc Inspektion erforderlich • Die bislang dreimalige Inspektion der insgesamt 30 ausgebrachten Haselmaus-Neströhren blieb bisher ohne Befund; gleichwohl damit die Präsenzwahrscheinlichkeit sehr gering erscheint, ist eine abschließende Aussage erfahrungsgemäß erst mit den letzten Kontrollen im September/Oktober möglich • Potenzial für Reptilien (hier insbesondere die Zauneidechse) besteht in den Saumstrukturen und Wald-Offenland Ökotonen; bislang wurden Mauer- und Zauneidechse auf dem bereits überwachsenen Erdaushub östlich des Großparkplatzes nachgewiesen; das „Spenderhabitat" für diese erst wenige Jahre alte Struktur ist noch unklar, wird aber in den Böschungen des ehemaligen Helikopter-Landeplatzes vermutet; gezielte Nachsuchen müssen noch während der Aktivitätszeit bis Ende September erfolgen; für den vergleichsweise kleinen Reptilien-Besatz der Aufschüttung ist ein Abfang erforderlich und realistisch

Kriterium	Beschreibung
Geltendes Planungsrecht	
Flächennutzungsplan	Der Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homburg stellt für das Plangebiet in erster Linie ein geplantes sowie teilweise bestehendes Sondergebiet „Klinik" dar. Darüber hinaus werden auch Flächen für die Forstwirtschaft (u. a. auch eine Aufforstungsfläche) dargestellt. Das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB ist somit nicht vollständig erfüllt. Aus diesem Grund ist gem. § 8 Abs. 3 BauGB eine parallele Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homburg für den Bereich des Bebauungsplanes erforderlich.  Ausschnitt Flächennutzungsplan Kreisstadt Homburg; Quelle: Kreisstadt Homburg; Bearbeitung: Kernplan  Ausschnitt parallele Teiländerung Flächennutzungsplan Kreisstadt Homburg; Quelle: Kreisstadt Homburg; Bearbeitung: Kernplan
Bebauungsplan	Aktuell beurteilt sich die planungsrechtliche Zulässigkeit für die Erweiterungsplanung überwiegend nach § 35 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich). Ein rechtskräftiger Bebauungsplan existiert aktuell nicht (ein größerer Bereich war 2009 Teil des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan „Universitätskliniken" für Forschung und Entwicklung). Für eine kleinere Teilfläche besteht zudem eine rechtswirksame Satzung „Universitätsklinikum Gebäude Nr. 90" gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB von 2011. Der Bebauungsplan „Universitätskliniken, Teilbereich 3" ersetzt in seinem Geltungsbereich die rechtswirksame Satzung „Universitätsklinikum Gebäude Nr. 90" von 2011.

Begründung der Festsetzungen und weitere Planinhalte

Art der baulichen Nutzung - Sonstiges Sondergebiet „Universitätsklinikum“

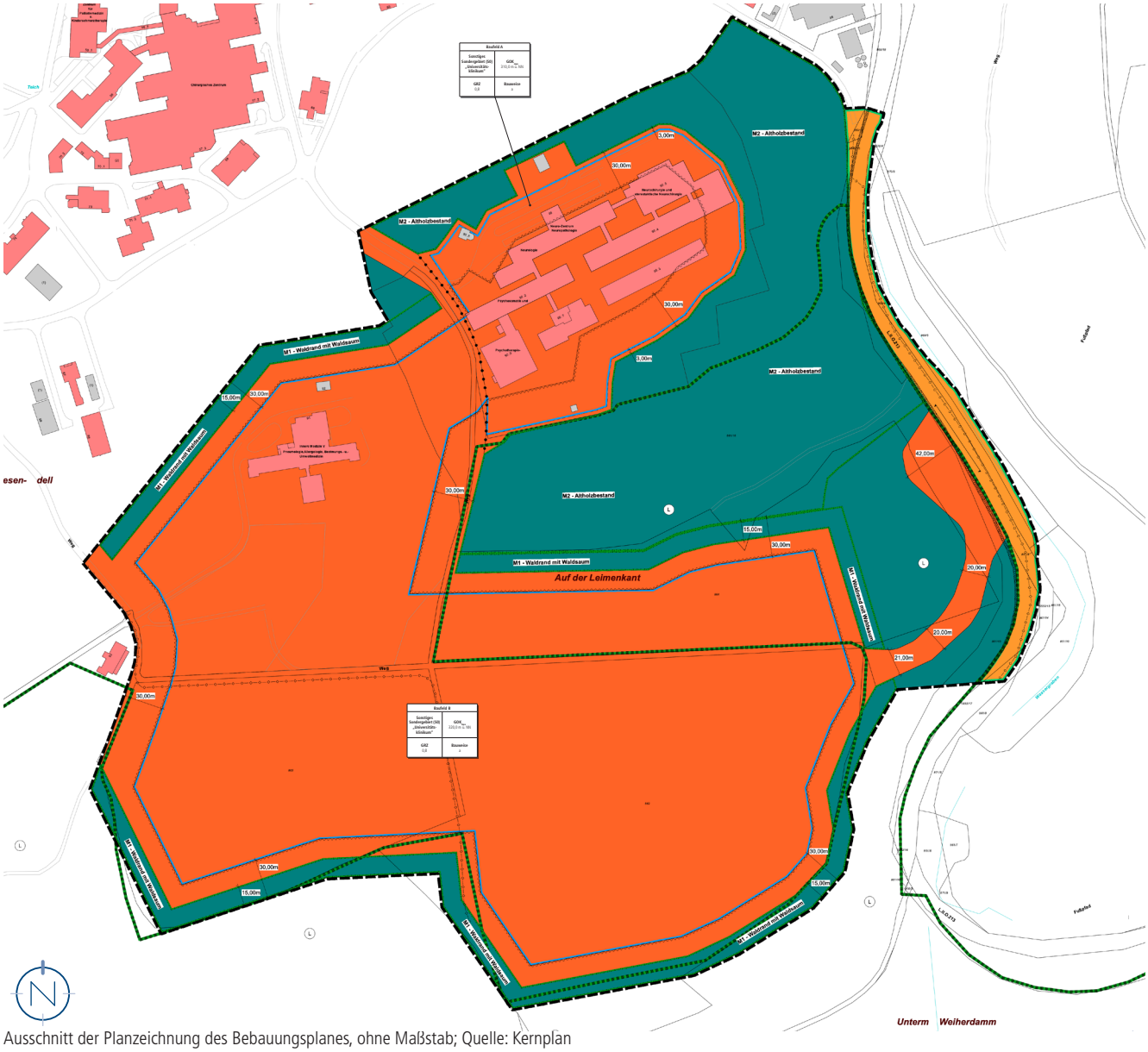
Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 11 Abs. 2 BauNVO

Gemäß § 11 Abs. 1 BauNVO ist ein solches Gebiet als Sonstiges Sondergebiet festzusetzen, das sich von den Baugebieten nach den §§ 2 bis 10 BauNVO wesentlich unterscheidet. Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO ist deren Zweckbestimmung und Art der Nutzung festzusetzen. Insbesondere in Betracht kommen dabei unter anderem auch Klinik- und Hochschulgebiete.

Der Bebauungsplan setzt vor diesem Hintergrund ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Universitätsklinikum“ fest. Durch diese gewählte Zweckbestimmung ergibt sich die zulässige Nutzung hinreichend. Eine weitere Konkretisierung wird an dieser Stelle jedoch zur Klarstellung dargelegt.

Zulässig sind demnach Einrichtungen und Anlagen der Universitätsklinik des Saarlandes für den Klinikbetrieb, die medizinische Versorgung und den Bereich der Forschung und Lehre.

In diesem Zusammenhang sind weiterhin auch Nutzungen zulässig, die mit der eigentlichen Klinik-, Forschungs- und Hochschulnutzung in funktionaler und organisatorischer Verbindung stehen. Hierzu zählen beispielsweise damit verbundene Verwaltungs-, Wirtschafts- oder Technikgebäude sowie Rettungswachen. Gleiches gilt auch für weitere Bildungseinrichtungen (z. B. Einrichtungen der Hochschule, Förderschule, Berufsschule), Hospiz- und Palliativeinrichtungen sowie mit der Hochschul- und Kliniknutzung in Verbindung stehende Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.



Ausschnitt der Planzeichnung des Bebauungsplanes, ohne Maßstab; Quelle: Kernplan

Darüber hinaus sind erforderliche Erschließungsanlagen (Straßen, Wege, Platzbereiche, Stellplätze, Parkhäuser, PV-Überdachung bei Stellplätzen etc.), Wohnungen für Pflege- und Ausbildungskräfte sowie Aufsichts- und Bereitschaftspersonen und ein Hubschrauberlandeplatz zulässig.

Die Festsetzung des Sondergebietes „Universitätsklinikum" konzentriert sich damit auf die im Bereich des Uniklinik-Geländes bereits bestehende Hochschul- bzw. Bildungs-, Forschungs- und Kliniknutzung und gewährleistet dadurch die nachhaltige Entwicklung des Universitätsklinikums, einschließlich aller damit in Verbindung stehender Nutzungen, innerhalb des Plangebietes. Die Fläche wird somit langfristig auch für eine Erweiterung des Universitätsklinikums planungsrechtlich gesichert. Der bestehende Hubschrauberlandeplatz auf der Freifläche bzw. dessen Verlagerung im Zuge der Planung sind davon erfasst. Die Schaffung neuer Verkehrsflächen bzw. Erschließungsanlagen wird insbesondere die an die östlich gelegene Landesstraße anschließende Sonderbaufläche betreffen, um eine neue Verkehrsanbindung der Universitätsklinik an das örtliche und überörtliche Verkehrsnetz zu schaffen.

Bedingte Zulässigkeit im Bereich des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg - Kirrberg" (Schutzzone III)

Gem. § 9 Abs. 2 BauGB

Aufgrund der teilweise Überschneidung des Plangebietes mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg - Kirrberg" (Schutzzone III) wird für den östlichen Teilbereich eine bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Eine formale Unterschutzstellung ist bisher zwar nicht erfolgt, da die geplante Ausweisung jedoch die tatsächliche Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet widerspiegelt, sind verschiedene Vorgaben bzw. Hinweise bereits heute zu beachten.

Nach Abschluss der formalen Unterschutzstellung des betroffenen Bereiches als Trinkwasserschutzgebiet „Homburg - Kirrberg" (Schutzzone III) ergeben sich die entsprechenden Vorgaben zum Trinkwasserschutzgebiet aus der damit verbundenen Verordnung und nicht mehr aus dem Bebauungsplan.

Maß der baulichen Nutzung

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 - 21a BauNVO

Höhe baulicher Anlagen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO

Die Festsetzung der maximalen Höhe baulicher Anlagen dient der Verhinderung einer Höhenentwicklung über das unbedingt nötige Maß hinaus.

Weiterhin stellt die Festsetzung der maximalen Höhe baulicher Anlagen sicher, dass durch eine maßvolle Höhenentwicklung keine negative Beeinträchtigung des Stadt- und Landschaftsbildes vorbereitet wird. Die festgesetzte Höhe orientiert sich zum einen am derzeitigen Gebäudebestand, zum anderen an der städtebaulichen Konzeption und einem umgebungsverträglichen Entwicklungspotenzial.

Mit der Definition der Höhe der baulichen Anlagen wird das Ziel verfolgt, die Errichtung überdimensionierter Baukörper im Vergleich zum derzeitigen Gebäudebestand und Umfeld zu verhindern und eine angemessene Integration ohne Beeinträchtigung des Stadt- und Landschaftsbildes zu erreichen. Gleichzeitig wird durch die getroffene Festsetzung ein kleiner Spielraum für eine gewisse Flexibilität bei der späteren Bebauung und Entwicklung des Plangebietes eingeräumt.

Es ist zu berücksichtigen, dass der Standort durch die angrenzende bzw. teilweise bereits vorhandene Bebauung und Nutzung des Universitätsklinikums bereits vorgeprägt ist. Darüber hinaus befinden sich im direkten Umfeld keine anderen Nutzungen (z. B. Wohnnutzung), die in einem räumlichen Bezug zur geplanten Bebauung stehen.

Die festgesetzte Höhe ermöglicht letztlich eine mehrgeschossige Bebauung, die aufgrund des Raumbedarfs und der an der medizinischen Versorgung orientierten Zuordnung von Nutzungen als Kubatur erforderlich ist und die dem Charakter der bereits vorhandenen Bebauung des Uniklinik-Geländes entspricht.

Somit ist nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung des Stadt- und Landschaftsbildes durch neue Baukörper auszugehen. Gleichwohl findet eine gestaffelte Höhenverteilung statt, welche die Gegebenheiten vor Ort (u. a. Topografie) berücksichtigt.

Für die Festsetzung der Höhe der baulichen Anlagen sind gem. § 18 BauNVO eindeutige Bezugshöhen erforderlich, um die Höhe der baulichen Anlagen genau bestimmen zu können. Die Bezugshöhen können den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen entnommen werden.

Die Überschreitungsbefugnis der zulässigen Gebäudeoberkante für untergeordnete Bauteile, Photovoltaik- bzw. Solarmodule und einen Hubschrauberlandeplatz ermöglicht die zweckmäßige Nutzung der Gebäude, die Energiegewinnung aus solarer Strahlungsenergie zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung des Gebietes sowie die Schaffung eines neuen Hubschrauberlandeplatzes auf einem Gebäude.

Grundflächenzahl (GRZ)

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO

Die Grundflächenzahl gem. § 19 Abs. 1 BauNVO ist eine Verhältniszahl, die angibt, wie viel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind. Demnach erfasst die Grundflächenzahl den Anteil des Baugrundstücks, der von baulichen Anlagen überdeckt werden darf. Folglich wird hiermit zugleich ein Mindestmaß an Freiflächen auf dem Baugrundstück gewährleistet (sparsamer Umgang mit Grund und Boden).

Mit der Festsetzung der GRZ auf 0,8 wird der bestehende Versiegelungsgrad des Uniklinik-Geländes abgebildet und auf die vorgesehenen Erweiterungs- bzw. Entwicklungsflächen übertragen. Dabei entspricht die GRZ den in § 17 BauNVO festgelegten Orientierungswerten für die bauliche Nutzung in Sondergebieten.

Die Festsetzung gewährleistet die Umsetzung der vorgesehenen Planung sowie langfristig einen gewissen Entwicklungsspielraum zur nachhaltigen Weiterentwicklung des Universitätsklinikums. Gleichzeitig wird der Erhalt unversiegelter Freiflächen auf diese Weise sichergestellt, die u. a. der Durch- bzw. Eingrünung des Gebietes dienen. Des Weiteren setzt der Bebauungsplan größere Waldflächen fest, die den Versiegelungsgrad für das Plangebiet insgesamt verringern, bei der Berechnung der GRZ allerdings nicht mit angerechnet werden.

Die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden somit gewahrt. Die festgesetzte GRZ gewährleistet die Funktionsfähigkeit des Plangebietes und Unterbringung aller erforderlichen Baukörper bzw. Anlagen. Nachteilige Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Bauweise

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO

Die Bauweise legt fest, in welcher Art und Weise die Gebäude auf den Grundstücken in Bezug auf die seitlichen Grundstücksgrenzen angeordnet werden.

Die Festsetzung einer abweichenden Bauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO mit zulässiger Gebäudelänge über 50 m eröffnet ein hohes Maß an Flexibilität bei der Bemessung des Baukörpers und ermöglicht eine zweckmäßige Nutzung. Das entspricht auch der für ein Klinikum üblichen Bauweise, dem derzeitigen Bestand sowie der übrigen Gebäudestruktur des Universitätsklinikums. Ein Heranbauen an die Grundstücksgrenzen ist aufgrund der einheitlichen Eigentumsstruktur zulässig.

Negative Auswirkungen auf nachbarschützende Belange können aufgrund der Eigentumsverhältnisse, der örtlichen Gegebenheiten sowie der Umgebungsnutzung ausgeschlossen werden. Eine ausreichende Belüftung und Belichtung ist sichergestellt.

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 Abs. 3 BauNVO

Mit der Festsetzung der überbaubaren Grundstücksflächen durch Baugrenzen werden die bebaubaren Bereiche des Grundstücks definiert und damit die Verteilung der baulichen Anlagen auf dem Grundstück geregelt. Die Baugrenze gem. § 23 Abs. 3 BauNVO umschreibt die überbaubare Fläche, wobei die Baugrenze durch die Gebäude nicht überschritten werden darf. Die Baugrenzen orientieren sich am derzeitigen Gebäudebestand im Bereich der Neurologie bzw. stillgelegten Pneumologie, an der städtebaulichen Konzeption sowie am zukünftigen Entwicklungsbedarf.

Die Abmessungen des durch die Baugrenzen beschriebenen Baufensters wurden so gewählt, dass den Bauherren für die spätere Umsetzung ausreichend Spielraum verbleibt, gleichzeitig aber eine umweltgerechte, sparsame und wirtschaftliche Grundstücksausnutzung erreicht wird. Die Baugrenzen orientieren sich somit in erster Linie an den bestehenden Baukörpern und Stellplatzflächen, sowie an der Schaffung einer ausreichenden Bebaubarkeit zur zukünftigen Erweiterung und Entwicklung des Universitätsklinikums. Ein Großteil der Wald- bzw. Gehölzflächen ist von einer Bebauung ausgenommen und wird dementsprechend als Waldfläche festgesetzt.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebiets selbst dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen (z.B. befestigte Zufahrten und Zugänge bzw. Zuwegungen). Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend. Dies sorgt für Flexibilität bei der Grundstücksnutzung und stellt eine zweckmäßige Bebauung des Plangebietes mit den erforderlichen Nebenanlagen und Einrichtungen sicher, ohne gesondert Baufenster ausweisen zu müssen.

Die Baugrenzen wurden dabei so gewählt, dass diese zusammen mit der Entwicklung eines Waldrandes mit Waldsaum den Vorgaben des § 14 Abs. 3 LWaldG (Waldabstand) entsprechen.

Umgrenzung der von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen bzw. Flächen die nur eingeschränkt bebaubar sind; Hier: Schutzstreifen der unterirdischen Leitungen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB

Zur Sicherung der unterirdischen Leitungen im Plangebiet ist um diese ein Schutzstreifen festgesetzt, der den Angaben der jeweiligen Leitungsträger entspricht. Innerhalb des Schutzstreifens ist eine Bebauung sowie Überbauung grundsätzlich untersagt. Ausnahmen hiervon sowie Umverlegungen der Leitungen sind in Abstimmung mit dem jeweiligen Leitungsträger zulässig.

Öffentliche Straßenverkehrsfläche

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Die innerhalb des Plangebietes am östlichen Rand des Geltungsbereiches liegende Kirrberger Straße bzw. L 213 wird als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt und damit im Bestand gesichert.

Anschluss an Verkehrsflächen; hier: Ein- und Ausfahrtbereich

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Ein- und Ausfahrten im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213 sind ausschließlich in dem im Plan durch Symbol gekennzeichneten Bereich zulässig. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Ein- und Ausfahrt langfristig an der, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, planungs- und nutzungsbezogen sowie verkehrstechnisch günstigsten Position errichtet und gesichert wird. Erschließungen bzw. Verkehrsanbindungen des Plangebietes an anderer Stelle (z. B. nördlich im Bereich der bestehenden Neurologie in Richtung UKS) bleiben hiervon unberührt.

Versorgungsflächen / -anlagen

Gemäß. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB i. V. m. § 14 Abs. 2 BauNVO

Mit der Festsetzung soll sichergestellt werden, dass das Plangebiet zukünftig mit Elektrizität und Wasser versorgt werden kann ohne gesonderte Flächen hierfür festzusetzen.

Darüber hinaus ermöglicht die Festsetzung die Unterbringung weiterer Anlagen und Einrichtungen (z.B. Ladestationen für Elektromobile, Druckerhöhungsanlagen, Trafo), die für den ordnungsgemäßen und nachhaltigen Betriebsablauf erforderlich sind.

Unterirdische Versorgungsleitungen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB

Die innerhalb des Plangebietes verlaufenden unterirdischen Versorgungsleitungen wurden zur Sicherung als Festsetzung in den Bebauungsplan übernommen (i. V. m. der Festsetzung entsprechender Schutzstreifen).

Flächen für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser

Gemäß. § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB

Mit der Festsetzung soll sichergestellt werden, dass das innerhalb des Sondergebietes „Universitätsklinikum" anfallende Niederschlagswasser innerhalb des Geltungsbereiches versickert bzw. bewirtschaftet wird. Zu diesem Zweck ist sowohl die Anlage von Versickerungsbecken und -mulden sowie Rückhaltebecken als auch die Vorsehung und Planung dezentraler Maßnahmen zulässig.

Die Festsetzung wird nach Vorlage des siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages im weiteren Verfahren konkretisiert.

Waldflächen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18 b BauGB

Die innerhalb des Plangebietes ausgewiesenen Waldflächen sind als solche zu erhalten und von Bebauung freizuhalten.

Die festgesetzten Flächen spiegeln dabei die aktuellen Waldflächen innerhalb des Plangebietes wider und sichern den Erhalt größerer, zusammenhängender Waldflächen. Der Eingriff in bestehende Waldflächen wird somit auf das notwendige Minimum reduziert und findet ausschließlich außerhalb der festgesetzten Waldflächen statt.

Innerhalb der festgesetzten Waldflächen werden in Verbindung mit den Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB für gesonderte Bereiche weitere Vorgaben definiert.

Die Maßnahme M1 dient der Ausbildung eines Waldrandes mit 15,0 m breitem Waldsaum und stellt damit, in Abstimmung mit der hierfür zuständigen Behörde, die Einhaltung des nach § 14 Abs. 3 LWaldG gesetzlich geforderten Waldabstandes sicher.

Die Maßnahme M2 sichert den im nordöstlichen Plangebiet, rundum die bestehenden Gebäude der Universitätsklinik, vorhandenen hochwertigen Altholzbestand (insgesamt ca. 7,0 ha), indem der Bereich künftig aus der forstlichen Bewirtschaftung ausgeschlossen wird.

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Zum Schutz potenziell vorkommender planungsrelevanter Arten (u. a. Fledermäuse) innerhalb des Plangebietes werden vorsorglich entsprechende, artenschutzrechtlich begründete Maßnahmen festgesetzt.

Im Plangebiet sind Pkw-Stellplätze sowie deren Zufahrten ebenso wie sonstige Wege und Zugänge auf den Grundstücken flächensparend und wasserdurchlässig zu gestalten, was die Versickerung des Niederschlagswassers begünstigt. Wasserdurchlässige Oberflächen dienen dem Abflachen von Abwasserabflussspitzen bei Starkregenereignissen, der Entlastung der Abwasserinfrastruktur und dem Anstreben eines natürlichen Wasserhaushaltes.

Die festgesetzten Maßnahmen dienen der Minimierung der Umweltwirkungen im Allgemeinen und der Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG. Darüber hinaus sollen die Festsetzungen dazu beitragen, die Beeinträchtigungen der durch das Planvorhaben induzierten Eingriffe zu vermeiden, zu mindern und auszugleichen.

Die einzelnen Maßnahmen sind den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes zu entnehmen.

Hierzu zählen insbesondere auch die bereits erwähnten Maßnahmen M1 und M2 in Verbindung mit der Festsetzung der Waldflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 18b BauGB.

Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

Aufgrund der Lage des Plangebietes am Siedlungsrand und der direkten Nachbarschaft zu der bereits bestehenden Bebauung des Universitätsklinikums ist die hochwertige und qualitätsvolle Ausgestaltung der Freiräume von besonderer Bedeutung.

Mit den getroffenen grünordnerischen Festsetzungen wird die Entwicklung ökologisch hochwertiger Pflanzungen mit Mehrwert für das Stadt- und Landschaftsbild erzielt. Die Festsetzung der Eingrünung der Stellplatzflächen trägt darüber hinaus zur Steigerung der Aufenthaltsqualität bei.

Versiegelungen sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, übrige Flächen sind i. V. m. Maßnahmen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB vegetativ und wasserdurchlässig zu gestalten, um weiterhin das Versickern von Niederschlägen zu gewährleisten, hitzespeichernde Versiegelungen zu reduzieren und den Naturhaushalt zu stärken. Begrünte Freiflächen wirken sich zudem positiv auf die Artenvielfalt und den Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen aus. Eine Vollversiegelung ist daher unzulässig.

Zudem wird im Sinne einer ökologisch orientierten Planung die Begrünung von Dachflächen festgesetzt, die neben der mikroklimatischen Funktion insbesondere auch der Aufnahme von Niederschlagswasser dient.

Das Ziel dieser Festsetzung ist es, die negativen ökologischen Auswirkungen der zusätzlichen Versiegelung gegenüber dem Status Quo durch entsprechende Durchgrünungs- und Anpflanzungsmaßnahmen zu mildern.

Die Pflanzliste beschränkt sich dabei auf weitgehend hitzeresistente Arten, deren Blühverhalten für Allergiker geeignet ist und die einen ökologischen Mehrwert als Nahrungs- und Lebensraum für Insekten und Vögel bieten. Ungeeignete oder invasive Arten wurden nicht in die Liste aufgenommen. Streuobstbäume leisten einen erheblichen Beitrag zur Artenvielfalt.

Kompensationsmaßnahmen

Gem. § 9 Abs. 1a BauGB

Durch die Planung wird eine Waldumwandlung nach LWaldG begründet, die in Abstimmung mit der zuständigen Behörde durch eine Erstaufforstung an anderer Stelle innerhalb einer First von 3 Jahren erbracht wird.

Das für den Eingriff in Natur und Landschaft durch die Planung als Ausgleich zu erbringende ökologische Bilanzdefizit wird, in Abstimmung mit der zuständigen Behörde, durch externe Kompensationsmaßnahmen erbracht.

Weiterführende Erläuterungen zu den Kompensationsmaßnahmen können direkt aus dem in Aufstellung befindlichen Umweltbericht entnommen werden. Die Maßnahmen werden vertraglich gesichert.

Festsetzungen aufgrund landesrechtlicher Vorschriften (gem. § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. SWG)

Abwasserbeseitigung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. §§ 57-63 Landeswassergesetz)

Die festgesetzten Maßnahmen der Abwasserbeseitigung dienen der ordnungsgemäßen Entwässerung aller Flächen innerhalb des Plangebietes. Die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur ist aufgrund der bestehenden Bebauung im Plangebiet in Teilbereichen bereits grundsätzlich vorhanden, muss jedoch entsprechend ausgebaut bzw. angepasst werden.

Gemäß siedlungswasserwirtschaftlichem Planungsbeitrag wird das Plangebiet im Trennsystem entwässert, wobei das anfallende Schmutzwasser über das Kanalsystem der UKS dem öffentlichen Kanalsystem zugeführt wird. Anfallendes nichtbehandlungsbedürftiges Niederschlagswasser kann gesammelt (z. B. in Zisternen) und als Brauchwasser genutzt werden. Darüber hinaus hat eine dezentrale Versickerung, vorzugsweise in den Randbereichen der Nutzflächen, zu erfolgen.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 LBauO)

Für Bebauungspläne können gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 85 Abs. 4 der Saarländischen Landesbauordnung (LBauO) auch örtliche Bauvorschriften getroffen werden.

Um gestalterische Mindestanforderungen planungsrechtlich zu sichern und damit unter anderem gestalterische Negativwirkungen zu vermeiden, werden örtliche Bauvorschriften in den Bebauungsplan aufgenommen (u. a. Zulässigkeit von Fassadenbegrünung und Einfriedungen).

Zur Realisierung des Planvorhabens sind zudem Geländemodellierungen in Form von Böschungen, Abgrabungen, Aufschüttungen und Stützwänden zulässig. Hierdurch wird gewährleistet, dass die bestehende Topografie keine negativen Auswirkungen auf das Planvorhaben haben wird und eine Absicherung des natürlichen Geländes in der ausreichenden Dimensionierung erfolgen kann.

Mit den getroffenen Festsetzungen ist sichergestellt, dass das Plangebiet zweckmäßig genutzt werden kann und das Vorhaben sich harmonisch in die Umgebung einfügt.

Nachrichtliche Übernahmen

Gem. § 9 Abs. 6 BauGB

Nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffene Festsetzungen sollen in den Bebauungsplan nachrichtlich übernommen werden, soweit sie zu seinem Verständnis oder für die städtebauliche Beurteilung von Baugesuchen notwendig oder zweckmäßig sind.

Waldabstandsfläche (i. V. m. § 14 Abs. 3 LWaldG)

Das Plangebiet des Bebauungsplanes umfasst bzw. grenzt an eine Waldfläche. Gemäß § 14 Abs. 3 LWaldG ist demnach ein Abstand zwischen Waldgrenze und Außenwand des Gebäudes einzuhalten. Dieser wurde nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen (30 m - Abstand gem. § 14 Abs. 3 LWaldG).

Innerhalb des Baufeldes A des Sondergebietes „Universitätsklinikum" beläuft sich der einzuhaltende Abstand zwischen Waldgrenze und Außenwand des Gebäudes insbesondere aufgrund der topografischen Gegebenheiten und der bestehenden Bebauung auf mindestens 3,00 m.

Innerhalb des Baufeldes B des Sondergebietes „Universitätsklinikum" beläuft sich der einzuhaltende Abstand, durch die Entwicklung eines 15,0 m breiten Waldsaumes entlang des Waldrandes, zwischen Waldgrenze (Grenze Waldsaum) und Außenwand des Gebäudes wiederum auf mindestens 15,00 m.

Landschaftsschutzgebiet LSG-L_6_02_01 - „Wald zwischen L 119 im Norden, der Landesgrenze und Kirrberg im (Sued)Osten sowie Homburg im Westen"

Das Plangebiet überschneidet sich in Teilbereichen mit dem Landschaftsschutzgebiet „LSG-L_6_02_01". Gemäß § 18 Abs. 2 des Saarländischen Naturschutzgesetzes sind bestimmte Handlungen und Nutzungen im Landschaftsschutzgebiet unzulässig. Das Verfahren zur Ausgliederung des Landschaftsschutzgebietes wird eingeleitet; im Anschluss an den Satzungsbeschluss soll die Ausgliederung vollzogen und im Amtsblatt des Saarlandes veröffentlicht werden.

Landesentwicklungsplan Saarland 2030 (1. Entwurf) i. V. m. Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

Der Landesentwicklungsplan Saarland 2030 (1. Entwurf) stellt für den Bereich des Universitätsklinikums zwei Standortbereiche für Luftverkehr sowie Schutzbereiche gemäß Luftverkehrsgesetz (LuftVG) dar. Die Vorgaben des LEP (insb. G 78 und G 79) sowie des Luftverkehrsgesetzes (§§ 12 ff. LuftGV) sind entsprechend zu beachten.

Auswirkungen der Planung, Abwägung

Abwägung der öffentlichen und privaten Belange

Für jede städtebauliche Planung ist das Abwägungsgebot gem. § 1 Abs. 7 BauGB von besonderer Bedeutung. Danach muss die Kommune als Planungsträgerin bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abwägen. Die Abwägung ist die eigentliche Planungsentscheidung. Hier setzt die Kommune ihr städtebauliches Konzept um und entscheidet sich für die Berücksichtigung bestimmter Interessen und die Zurückstellung der dieser Lösung entgegenstehenden Belange.

Die Durchführung der Abwägung impliziert eine mehrstufige Vorgehensweise, die im vorliegenden Fall aus folgenden drei Arbeitsschritten besteht:

- Sammlung des Abwägungsmaterials (siehe „Auswirkungen der Planung")
- Gewichtung der Belange (siehe „Gewichtung des Abwägungsmaterials")
- Ausgleich der betroffenen Belange (siehe „Fazit")
- Abwägungsergebnis (siehe „Fazit")

Auswirkungen der Planung auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung sowie die natürlichen Lebensgrundlagen

Hinsichtlich der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung bzw. der natürlichen Lebensgrundlagen (im Sinne des § 1 Abs. 6 BauGB) sind insbesondere folgende mögliche Auswirkungen beachtet und in die Aufstellung des Bebauungsplanes eingestellt:

Auswirkungen auf die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse

Dieser Planungsgrundsatz präzisiert die wesentlichen Grundbereiche menschlichen Daseins. Er enthält die aus den allgemeinen Planungsgrundsätzen entwickelte Forderung für Bauleitpläne, dass die Bevölkerung bei der Wahrung der Grundbedürfnisse gesunde und sichere Lebensbedingungen vorfindet.

Das bedeutet, dass Wohn- und Arbeitsstätten so entwickelt werden sollen, dass Beeinträchtigungen vom Plangebiet auf die Umgebung und von der Umgebung auf das Plangebiet vermieden werden. Dies kann erreicht werden, indem unvereinbare Nutzungen voneinander getrennt werden.

Durch die Erweiterung des Universitätsklinikums in südlicher Richtung findet kein merkliches Heranrücken an bestehende Wohnnutzungen statt. Die Festsetzungen wurden so gewählt, dass das Klinikum hinsichtlich der zulässigen Art der baulichen Nutzung sowie dem zulässigen Maß der baulichen Nutzung dem heutigen Nutzungsspektrum des Universitätsklinikums entspricht. Zusätzlich schließen die getroffenen Festsetzungen innerhalb des Plangebietes jede Form der Nutzung aus, die im direkten Umfeld zu Störungen und damit zu Beeinträchtigungen führen könnte.

Ein Einfügen in die Eigenart der näheren Umgebung ist durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes sichergestellt. In der unmittelbaren Umgebung befinden sich neben bestehenden Frei- und Waldflächen ausschließlich Nutzungen, die im Zusammenhang zur Universitätsklinik des Saarlandes stehen. Insofern kann von Konfliktfreiheit ausgegangen werden. Gegenseitige Beeinträchtigungen der vorhandenen und vorgesehenen Nutzungen sind bisher nicht bekannt und auch künftig nicht zu erwarten.

Der Bebauungsplan kommt somit der Forderung, dass die Bevölkerung bei der Wahrung der Grundbedürfnisse gesunde und sichere Wohn- und Arbeitsbedingungen vorfindet, in vollem Umfang nach. Durch die vorgesehene Planung kommt es insgesamt zu keinen nachteiligen Auswirkungen auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse.

Auswirkungen auf die Belange der Versorgung der Bevölkerung

Mit der Erweiterung der Universitätsklinik Homburg (einer von zwei Krankenhausstandorten der Maximalversorgung im Saarland) wird die medizinische Versorgung des Landes und damit eine zentrale Daseinsfunktion in der gesamten Region nachhaltig verbessert und langfristig gesichert.

Auswirkungen auf die Belange der Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Im Rahmen der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange spielt auch die Erhaltung und Sicherung bestehender sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine wichtige Rolle.

Der vorliegende Bebauungsplan trägt diesem Belang Rechnung, indem er die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erweiterung und zukunftsfähigen Entwicklung des Universitätsklinikums schafft und somit, auch langfristig, hiermit verbundene Arbeitsplätze sichert.

Auswirkungen auf die Erhaltung, Gestaltung und Erneuerung des Stadt- und Landschaftsbildes

Es handelt sich um einen durch das bestehende Universitätsklinikum vorgeprägten Standort, welcher aktuell keine besondere Bedeutung für das Stadt- und Landschaftsbild hat. Das Stadt- und Landschaftsbild wird folglich durch die geplante Erweiterung der Uniklinik nicht erheblich negativ beeinträchtigt. Die geplante Bebauung fügt sich in den angrenzenden bzw. bereits vorhandenen Klinikbestand ein. Die prägenden Gehölzbestände im Umfeld der bestehenden Freifläche werden weitestgehend erhalten. Denkmäler sind nicht betroffen.

Auswirkungen auf umweltschützende Belange

Bei dem Plangebiet handelt es sich um ein bereits teilweise bebautes und erschlossenes Gebiet im südlichen Bereich der Uniklinik Homburg sowie um eine unmittelbar hieran anschließende Freifläche.

Durch die bestehenden Nutzungen innerhalb des Plangebietes sowie in der unmittelbaren Umgebung mit den entsprechenden Überbauungen und Versiegelungen, Bewegungsunruhen sowie Lärmemissionen und den daraus resultierenden Störungen weist der Geltungsbereich bereits eine Vorbelastung auf.

Vom Planvorhaben sind, mit Ausnahme der beschriebenen Fläche des Landschaftsschutzgebietes, keine Schutzgebiete, insbe-

sondere keine Schutzgebiete mit gemeinschaftlicher Bedeutung betroffen, die dem Planvorhaben entgegenstehen könnten.

Aus Vorsorgegründen werden artenschutzrechtlich begründete Maßnahmen vorsorglich in den Bebauungsplan aufgenommen (u. a. Prüfung von Gebäuden vor Rück- oder Umbaumaßnahmen).

Mit dem Erhalt sowie der planungsrechtlichen Sicherung des Altholzbestandes werden die ökologisch wertvollen Bereiche vor einer Inanspruchnahme bewahrt.

Insofern kann davon ausgegangen werden, dass umweltschützende Belange bei Beachtung der artenschutzrechtlich begründeten Maßnahmen und bei Durchführung der entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen durch die Planung nicht negativ beeinträchtigt werden. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos ist nicht zu erwarten.

Wird nach Vorlage des Umweltberichtes ggf. ergänzt.

Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs

Das Vorhaben umfasst zunächst eine Verlagerung der bereits bestehenden Nutzungen (Gebäudekomplex Nr. 90), wodurch keine Veränderung der Verkehrsfrequenz gegenüber der heutigen Situation herbeigeführt wird.

Darüber hinaus handelt es sich auch bei der langfristigen Entwicklung des Universitätsklinikums in Verbindung mit der Entwicklung des Plangebietes in erster Linie um die Verlagerung bereits bestehender Nutzungen. Zusätzliche Verkehrsaufkommen können, wenn, vor allem langfristig durch die Nachnutzung des derzeitigen Gebäudebestandes bzw. Umnutzungen im Bestand entstehen. Allerdings ist durch die Schaffung einer neuen Verkehrsanbindung unmittelbar an die Kirrberger Straße bzw. L 213 auch von einer generellen Verbesserung der Verkehrsanbindung und folglich auch der Verkehrssituation auf dem Uniklink-Gelände auszugehen.

Eine weitere Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf die Belange des Verkehrs erfolgt insbesondere im Rahmen der Verkehrsuntersuchung. Dabei wird die Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verkehrsanbindung des UKS über die neue Verkehrstrasse nachgewiesen.

Auswirkungen auf die Belange der Ver- und Entsorgung

Das Gebiet ist über das bestehende Areal bereits grundsätzlich an das örtliche System der Ver- und Entsorgung bzw. das Ver- und Entsorgungssystem der Uniklinik angeschlossen, sodass die grundlegende Infrastruktur sowie notwendige Anschlusspunkte bereits vorhanden sind. Im Rahmen der späteren Umsetzung werden die Anlagen jedoch entsprechend ausgebaut werden müssen, um eine klinikinterne Versorgung sicherzustellen.

Unter Beachtung der Kapazitäten und getroffenen Festsetzungen kann somit davon ausgegangen werden, dass die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur ordnungsgemäß sichergestellt werden kann.

Eine weitere Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf die Belange der Ver- und Entsorgung erfolgt insbesondere im Rahmen des siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages. Demnach ist eine ordnungsgemäße Ver- und Entsorgung unter Beachtung der entsprechenden Maßnahmen auch aus fachtechnischer Sicht gewährleistet.

Auswirkungen auf die Belange des Klimas und Hochwasserschutzes

Im Zuge der Realisierung der vorgesehenen Planung kommt es zu neuen Versiegelungen, was voraussichtlich zu einer Veränderung des Mikroklimas führen wird. Es handelt sich jedoch nicht um ein dicht besiedeltes Gebiet, in dem sich derartige Veränderungen in erheblicherem Ausmaß auf das lokale Klima auswirken könnten.

Abgesehen von potenziell eintretenden sehr geringfügigen mikroklimatischen Veränderungen, können erhebliche negative Auswirkungen insgesamt ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich der klimatischen Veränderungen ist aus Vorsorgegründen ein Hinweis zum Abfluss des Wassers bei Starkregenereignissen in den Plan mit aufgenommen worden. Der siedlungswasserwirtschaftliche Planungsbeitrag beachtet dies ebenfalls.

Auswirkungen auf Belange der Land- und Forstwirtschaft

Die Belange der Landwirtschaft werden durch die Planung nicht negativ beeinträchtigt. Vorranggebiete für die Landwirtschaft sind von der Planung nicht betroffen. Bei den Böden handelt es sich um ertragsschwächere Böden (niedrige Acker-/Ertragsmesszahlen).

Durch das Planvorhaben werden teilweise Waldflächen in Anspruch genommen, wobei in diesem Zusammenhang darauf geachtet wurde, dass der Eingriff auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert und den inanspruchzunehmenden Waldflächen eine vergleichsweise eher geringe Wertigkeit zuzuschreiben ist. Größere, zusammenhängende Waldflächen können durch die entsprechende Festsetzung im Bebauungsplan erhalten und langfristig gesichert werden. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich des hochwertigen Altholzbestandes im nordöstlichen Plangebiet.

Somit sind keine hochwertigen, ökologisch wertvollen Waldflächen, wie Altholzbestände, von der Planung betroffen. Für die inanspruchzunehmenden Waldflächen wird ein entsprechender Waldausgleich erbracht. Die im Übrigen an das Plangebiet angrenzenden Waldflächen werden durch die Planung nicht negativ beeinträchtigt. Stattdessen können große Teile des Waldbestandes im Zuge der Planung erhalten und planungsrechtlich gesichert werden.

Innerhalb des Geltungsbereiches wird ein Abstand zwischen Waldgrenze und Außenwand des Gebäudes von mindestens 3,0 m (aufgrund der topografischen Gegebenheiten) innerhalb des Baufeldes A (Bestand Neurologie) sowie von mindestens 15,0 m (durch Entwicklung eines Waldrandbereiches mit entsprechendem Waldsaum von 15,0 m) gem. § 14 Abs. 3 LWaldG eingehalten. Bäume, die sich innerhalb der Abstandsflächen befinden, werden zudem hinsichtlich der Verkehrssicherungspflicht begutachtet.

Auswirkungen auf private Belange

Das Universitätsklinikum des Saarlandes in der Kreisstadt Homburg ist aufgrund seiner Versorgungsfunktion (Krankenhaus der Maximalversorgung) für das Land von besonderer Bedeutung. Das zukünftige Ziel besteht daher darin, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung am Standort sowie eine angemessene medizinische Versorgung langfristig zu sichern.

Zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung des Gebiets sowie zur zukunftsfähigen Entwicklung des Gesamtstandortes ist die Aufstellung des Bebauungsplanes dringend erforderlich. Ohne die erforderlichen Erweiterungs- und Entwicklungsmaßnahmen

kann mittelfristig nicht gewährleistet werden, dass der Standort den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an eine angemessene medizinische Versorgung gerecht wird. Auf dem bestehenden Areal entstehen durch Verlagerung auch Umnutzungs- und Flächenpotenziale für Forschung und Lehre.

Die Festsetzungen sind weitgehend aus der bestehenden Bebauung und den zugrunde liegenden Planungen abgeleitet. Sie spiegeln den generellen Charakter des angrenzenden Uniklink-Geländes wider. Dem städtebaulichen Ziel, die bedeutende Versorgungsfunktion des Standortes langfristig zu erhalten und zu modernisieren, wird damit Rechnung getragen.

Für private Grundstückseigentümer in der Umgebung hat die Planung keine erheblich negativen Folgen. Der mit der Nutzung bzw. Entwicklung verbundene Störgrad wird auf ein verträgliches Maß reduziert. Die bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Vorgaben werden eingehalten.

Folglich ist nicht davon auszugehen, dass das Planvorhaben negative Auswirkungen auf private Belange haben wird.

Auswirkungen auf alle sonstigen Belange

Alle sonstigen bei der Aufstellung von Bauleitplänen laut § 1 Abs. 6 BauGB zu berücksichtigenden Belange werden nach jetzigem Kenntnisstand durch die Planung nicht berührt.

Gewichtung des Abwägungsmaterials

Gemäß dem im Baugesetzbuch verankerten Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB) wurden die bei der Abwägung zu berücksichtigenden öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen und entsprechend ihrer Bedeutung in den vorliegenden Bebauungsplan eingestellt.

Argumente für die Verabschiedung des Bebauungsplanes

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung und langfristige zukünftige Entwicklung des Universitätsklinikums des Saarlandes als einer von zwei Standorten der Maximalversorgung im Saarland
- Ausbau der medizinischen Versorgung / Entwicklung einer zeitgemäßen Gesundheitsversorgung von regionaler und überregionaler Bedeutung
- Erhaltung und Sicherung bestehender sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gesundheitssektor
- Störungen und Beeinträchtigungen der Planung auf die Umgebungsnutzung können ausgeschlossen werden; ebenso verhält es sich umgekehrt
- Keine nachteiligen Auswirkungen auf das Stadt- und Landschaftsbild
- Keine erheblichen, nicht ausgleichbaren Auswirkungen auf die Belange des Umweltschutzes; bei Beachtung der festgesetzten Maßnahmen
- Keine negativen Auswirkungen auf die Belange des Hochwasserschutzes
- Keine erheblich negativen Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs; ggf. Verbesserung der allgemeinen Verkehrssituation im Bereich der Uniklinik durch Schaffung einer neuen Verkehrsanbindung (s. a. Verkehrsuntersuchung)
- Keine negativen Auswirkungen auf die Ver- und Entsorgung, unter Berücksichtigung der Vorgaben des siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages und des vorhandenen Netzes mit seinen Kapazitäten
- Keine Auswirkungen auf die Belange des Klimaschutzes
- Keine Auswirkungen auf die Belange der Landwirtschaft; kein Vorranggebiet für Landwirtschaft; ertragsschwache Böden
- Keine erheblichen, nicht ausgleichbaren Auswirkungen auf die Belange der Forstwirtschaft, Erhalt des hochwertigen Altholzbestandes
- Keine Beeinträchtigung privater Belange

Argumente gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes

Es sind keine Argumente bekannt, die bei Einhaltung der festgesetzten Maßnahmen und Realisierung der Kompensationsmaßnahmen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes sprechen. Die Ausgliederung aus dem Landschaftsschutzgebiet wird parallel zum Bebauungsplanverfahren eingeleitet und wird im Anschluss an den Satzungsbeschluss vollzogen und im Amtsblatt des Saarlandes veröffentlicht.

Fazit

Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurden die zu beachtenden Belange in ihrer Gesamtheit untereinander und gegeneinander abgewogen. Aufgrund der genannten Argumente, die für die Planung sprechen, kommt die Kreisstadt Homburg zu dem Ergebnis, dass der Umsetzung der Planung nichts entgegensteht.

Universitätskliniken, Teilbereich 3

Neubau der Neurologie auf dem Gelände der UKS in Homburg

Fachtechnischer Beitrag zur Siedlungswasserwirtschaft im Rahmen des B-Plan Verfahrens

Auftraggeber: Landesverwaltungsamt Saarbrücken

Aufgestellt:
Spiesen-Elversberg, im Mai 2024

(Dipl.-Ing. Roland Desgranges)

CP Beratende Ingenieure GmbH & Co.KG

W:\1471\02-Dateien aus CD\1471_240122_ndo_Erläuterungsbericht.docx

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG

CP | BERATENDE INGENIEURE
GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg

Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de

Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

Index	Datum	Änderungen
-	-	-

Interne Projektnummer: 1471

Ansprechtpartner:

Nele Dörr
M.Eng.

CP BERATENDE INGENIEURE
GmbH & Co. KG
St. Ingberter Straße 49
66583 Spiesen-Elversberg

Tel +49 (0) 6821 / 972 94 - 122
Fax +49 (0) 6821 / 972 94 - 422
E-Mail doerr@cpingenieure.de
Web www.cpingenieure.de

Ein Unternehmen der cepi Gruppe

Natascha Brandhorst
Dr.-Ing.

CP BERATENDE INGENIEURE
GmbH & Co. KG
St. Ingberter Straße 49
66583 Spiesen-Elversberg

Tel +49 (0) 6821 / 972 94 - 120
Fax +49 (0) 6821 / 972 94 - 220
E-Mail brandhorst@cpingenieure.de
Web www.cpingenieure.de

Ein Unternehmen der cepi Gruppe

W:\1471\02-Dateien aus CD\1471_240122_ndo_Erläuterungsbericht.docx

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgabenstellung 4

2 Grundlagen 4
2.1 Beschreibung der Planung 4
2.2 Beschreibung des Bestands 5
2.2.1 Topographie und Starkregengefahrenkarten 5
2.2.2 Bodengutachten 5
2.2.3 Kenndaten der naheliegenden Gewässer 6
2.3 Ziele für die Planung 6

3 Regenwassermanagement Straße 7
3.1 Aufgabenstellung 7
3.2 Beschreibung der Planung 7
3.3 Maßgebende Regelwerke 8
3.4 Relevanz der Wasserschutzzone 8
3.5 Planungskonzept 9
3.6 Beurteilung der verschiedenen Trassenvarianten 9

4 Regenwassermanagement Gebäude 11
4.1 Flächenermittlung 11
4.2 Bewertung des Regenabflusses und Behandlung 11
4.3 Möglichkeiten zur Versickerung und Rückhaltung 12
4.4 Möglichkeiten zur Einleitung in ein Oberflächengewässer 13
4.5 Wasserhaushaltsbilanz 13
4.6 Überstau- / Überflutungsnachweis 14

5 Schmutzwasserableitung 15
5.1 Mögliche Anschlusspunkte 15
5.2 Kapazitäten im Kanalnetz 16
5.3 Vorgaben zu Vorbehandlungen 16

6 Zusammenfassung 17

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

1 Aufgabenstellung

Für die Aufstellung des Bebauungsplans „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ in der Kreisstadt Homburg soll ein Fachbeitrag Siedlungswasserwirtschaft aufgestellt werden. Gegenstand des Fachbeitrags ist die Betrachtung der Ableitung von anfallendem Schmutz- und Regenwasser.
Die Betrachtung bezieht sich auf die größte Ausbaustufe der Neuerschließung.

Der Bebauungsplan wird durch das Planungsbüro Kernplan GmbH aufgestellt.
Die Verkehrsplanung erfolgt durch das Büro PJG GmbH.

2 Grundlagen

2.1 Beschreibung der Planung

Da die bestehende Nervenklinik des Uniklinikum Homburgs sanierungsbedürftig ist und eine Sanierung im laufenden Betrieb nicht möglich ist, wird für den betroffenen Gebäudekomplex ein Ersatzneubau notwendig. Dieser soll inkl. neuer Verkehrsanbindung auf Freiflächen südlich des derzeitigen Klinikgeländes umgesetzt werden. Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Planvorhabens wird der Bebauungsplan „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ aufgestellt. Abbildung 1 zeigt das Plangebiet.



Luftbild mit Geltungsbereich (Schwarze Balkenlinien); Quelle: Kreisstadt Homburg; Bearbeitung: Kernplan

Abbildung 1: Luftbildaufnahme des Plangebiets (Quelle: B-Plan, Begründung, Kernplan GmbH)

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst insgesamt 34,10 ha. Die Abgrenzung des relevanten Sondergebiets 22,18 ha. Genaue Angaben zur geplanten Bebauung liegen nicht vor, lediglich die Kennzahlen zum Maß der baulichen Nutzung. Mit einer Grundflächenzahl von 0,8 wird der bestehende Versiegelungsgrad der Uniklinik abgebildet und auf die Entwicklungsfläche übertragen. Der Wert ist für die Mengenabschätzung zum anfallenden Regenwasser relevant.

Für eine effizientere Erschließung des Areals ist geplant eine Verkehrsanbindung an die L213 zu schaffen. Dazu liegen aktuell verschiedene Trassenvarianten vor, siehe Abbildung 2.

2.2 Beschreibung des Bestands

Aktuell handelt es sich bei der Bestandsfläche um eine Ackerfläche, einen stillgelegten Gebäudekomplex der Uniklinik, den bestehenden Gebäudekomplex der Nervenklinik sowie Waldflächen.

2.2.1 Topographie und Starkregengefahrenkarten

Das Plangebiet liegt östlich des Ebersberg in einer nach Osten / Südosten gerichteten Hanglage in Richtung des Lamsbach im Süden sowie des Hundsbrunnen im Osten.
Zum Hundsbrunnen bzw. zur Landstraße L213 fällt das Gebiet zum Teil steil ab. Ausgehend von der Fläche verlaufen mehrere Tiefenlinien (ggf. temporär wasserführend) in Richtung der beiden Gewässer.

Eine Hochwassergefährdung ausgehend von Fließgewässern ist durch die erhöhte Lage auszuschließen.

Zur Beurteilung, ob die überplanten Flächen durch wild abfließendes Oberflächenwasser ausgehend von einem Starkregenereignis gefährdet ist, wird die Starkregengefahrenkarte der Stadt Homburg herangezogen. Da die Stadt sich noch in der Aufstellung des Starkregen- und Hochwasservorsorgekonzepts befindet, wurde ein vorläufiger Stand der Starkregenkarten durch das bearbeitende Ingenieurbüro Weber-Ingenieure GmbH übermittelt. (Stand 16.02.2024) Die Karte zeigt ein Abflussereignis mit 50 mm/h und eines mit 90 mm/h.
Durch die Karte wird deutlich, dass alle Abflusswege von der beplanten Fläche wegführen. Die Oberflächenabflüsse konzentrieren sich in den Tiefenlinien in Richtung Lamsbach und Hundsbrunnen. Unmittelbar unterhalb der Fläche sind keine Anlieger vorhanden, die durch das abfließende Oberflächenwasser gefährdet sein könnten.

2.2.2 Bodengutachten

Das Erdbaulabor Saar GmbH ist als Bodengutachter im Projekt beteilig.
Mit dem Bodengutachten vom 15.01.2024 wurden die Ergebnisse der erfolgten Sickerversuche vorgelegt. Diese liegen alle außerhalb des Planungsbereichs der Straße.
Die vorliegenden Böden sind im Gutachten mit mäßig bis gering versickerungsfähig eingestuft. Das Nach DWA A138 erforderliche Minimum wird nicht überall erreicht.
Für die weitere Planung Bemessung von Versickerungsanlagen wurde ein mittlerer k_f-Wert von 7×10^{-6} m/s angegeben.

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

2.2.3 Kenndaten der naheliegenden Gewässer

Südlich des Plangebiets fließt der Lamsbach von Kirrberg in Richtung Schwarzebach. Entlang der L213 fließt als Nebengwässer der Hundsbrunnen, welcher etwas unterhalb der Kurve der L213 in den Lamsbach mündet.

Sind im Rahmen der Planung Einleitungen von Regenwasser in eines der Gewässer erforderlich, so werden die hydrologischen Kenndaten dieser relevant. Diese wurden beim LUA angefragt und per Mail am 23.01.24 übermittelt:

- Der Hundsbrunnen befindet sich in einer Entfernung von ca. 85 m zu dem geplanten Gebäude. Er hat einen Einzugsbereich von 1,1 km² und der mittlere Abfluss (MQ) beträgt 12,1 l/s.

- Der Lamsbach befindet sich in einem Abstand von ca. 350 m zu dem geplanten Gebäude. An der Mündung des Hundsbrunnen hat er einen Einzugsbereich von 30,4 km². Der mittlere Abfluss (MQ) beträgt 0,365 m³/s und der mittlere Niedrigwasserabfluss (MNQ) beträgt 0,137 m³/s.

Für die Beurteilung der hydraulischen Belastung nach DWA-A102 ist der mittlere Niedrigwasserabfluss MNQ relevant. Für den Hundsbrunnen liegt dieser nicht vor, es kann tendenziell ein MNQ < MQ/2 abgeschätzt werden.

2.3 Ziele für die Planung

Aus der Bestandssituation und den Angaben zur Planung, die aktuell vorliegen, ergeben sich folgende Ziele für die weitere Planung:

- Im Sinne einer Erhaltung des natürlichen Wasserkreislaufs sollte durch die Versiegelung bestenfalls nicht mehr Oberflächenabfluss in die unterliegenden Gebiete gelangen als es aktuell schon der Fall ist. Der Anteil an Oberflächenabfluss, welcher durch die Versiegelung im vgl. zum Bestand zusätzlich anfällt, sollte in der Fläche zurückgehalten werden und versickert oder (sofern Versickerung nur eingeschränkt möglich) verzögert in die unteren Bereiche abgegeben werden. Durch dieses vorgehen wird eine Verschlechterung der Hochwassersituation durch Erhöhung der Versieglung im Einzugsgebiet des Lamsbach möglichst verhindert.

- Da es sich bei der geplanten Zufahrtsstraße in jedem Fall um einen Rettungsweg handelt, sollte bei den verschiedene Straßenvarianten, die eine der Tiefenlinie queren, dass im Starkregenfall ankommende Oberflächenwasser in der Planung beachtet werden. Die Straßen müssen auch bei starken Niederschlagsereignissen für Fahrzeuge passierbar bleiben.

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

3 Regenwassermanagement Straße

3.1 Aufgabenstellung

Es liegen aktuell 7 Trassenvarianten für die Zufahrtsstraße vor. Eine Festlegung oder Einschränkung der Trassenvarianten soll mit Hilfe einer Bewertungsmatrix unter Beachtung der folgenden Kriterien (Gewichtung) erfolgen:

- Nutzung Verkehrsanlage (20%)
- Bautechnische Umsetzung (10%)
- Umweltverträglichkeit (50%)
- Kosten (20%)

Es erfolgt eine Bewertung im Schulnotensystem (1-6), wobei die Varianten im Vergleich zueinander betrachtet werden.

Um die Punkte „Bautechnische Umsetzung“ und „Kosten“ hinreichend beurteilen zu können, sind (unter anderem) Aussagen bzgl. der möglichen Entwässerung der Trassenvarianten erforderlich, welche im Folgenden erarbeitet wurden. Diese Aussagen fließen in die Punkte mit ein.

3.2 Beschreibung der Planung

Die Trassenvarianten sind auf Abbildung 2 dargestellt. Der östliche Teil und damit alle der dargestellten Trassenvarianten liegen in einem Wasserschutzgebiet in Planung, Schutzzone III.

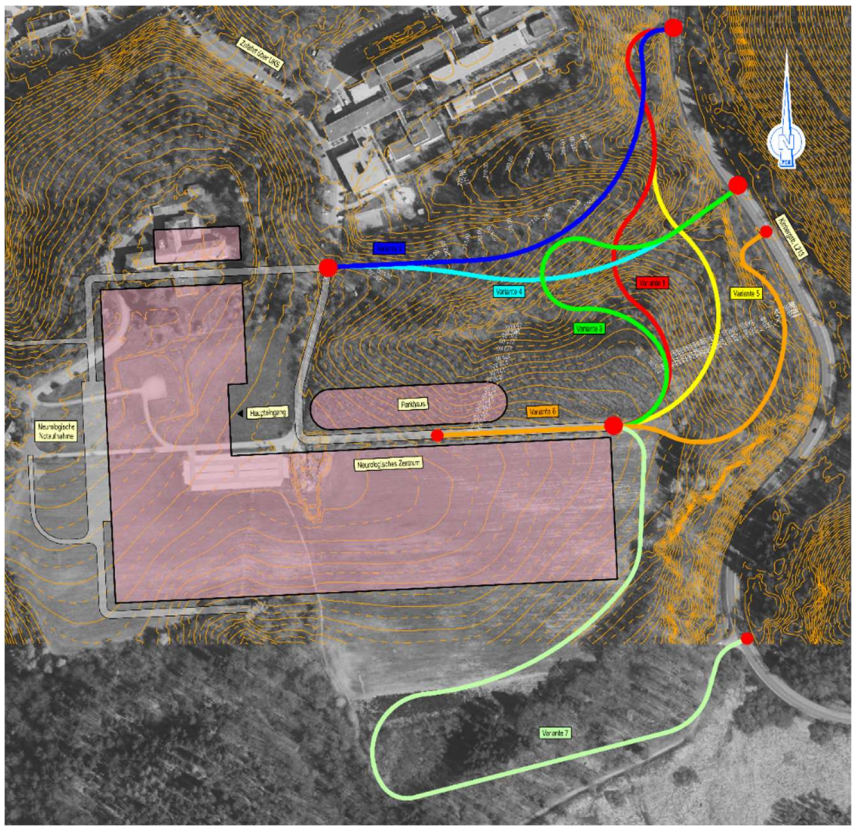


Abbildung 2: Darstellung der verschiedenen Trassenvarianten. Plan MS-05-000 von PJG GmbH

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

3.3 Maßgebende Regelwerke

REwS (2021) gilt für den Neu-, Um- und Ausbau von Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften und deren Nebenanlagen. Das Regelwerk gibt Grundsätze, Bemessungsvorgaben und allgemein gültige Lösungsvorschläge für die Entwässerung einschließlich der Behandlung von Oberflächenwasser. Grundsätze sind:

- Flächenhafte Versickerung über Bankette ist anzustreben
- Ist dies nicht möglich ist zentrale Versickerung anzustreben.
- Kritische Regenspende zur Nachweisführung 15l/s*ha

RiStWag (2016) gilt für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten. Grundlegend gilt: Die Vorgaben zur Planung der Entwässerung sind abhängig von der Verkehrsstärke und der Grundwasserüberdeckung

- Stufe 1: keine über REwS hinausgehenden Anforderungen → Versickerung über Böschungen zulässig, bei gesammelter Ableitung Versickerung über die belebte Bodenzone.
- Stufe 2: Fassung des Niederschlagswassers und zentrale Versickerung in Grundwasser. Reinigung mittels RiStWag-Anlage erforderlich.

Die DWA gibt im DWA M 153 und DWA A 138 Vorgaben zur Versickerung von Niederschlagswasser. Hier gilt: Die Versickerung über bewachsene Bodenzone ist auch für Hauptverkehrsstraßen (> 15.000 Kfz/d) eine ausreichende Behandlung.

Vorgaben zur Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer macht das Regelwerk DWA-102.

3.4 Relevanz der Wasserschutzzone

Aus den genannten Regelwerken geht hervor, dass die Planung der Entwässerung aufgrund der Wasserschutzzone in erster Linie über die RiStWag (2016) geregelt wird.
Die Art, der in den einzelnen Schutzzonen zu wählenden Entwässerungsmaßnahmen hängt dabei von der Verkehrsstärke und der Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckung ab.

Gemäß einer Verkehrserhebung durch das Büro PTV ist ein Verkehrsaufkommen von ca. 12.000 Kfz/24h zu erwarten. Mit dieser Angabe wurde für die weitere Untersuchung die Klasse 2.000 – 15.000 Kfz/24h gewählt.

Das Thema Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckung wurde am 05.02. mit dem Erdbaulabor Saar GmbH abgestimmt. Demnach ist diese maßgeblich abhängig von der Topographie. In den oberen Bereichen ist von einer ausreichenden Schutzwirkung auszugehen, je näher zum Gewässer, desto geringer ist diese.
Gem. dem vorliegenden Kf-Wert ist eine ausreichende Schutzwirkung ab einer Überdeckung von 4 m gegeben. (vgl. RiStWag (2016) Tab. 2, Zeile 3).
Diese Grenze wurde modelltechnisch (DGM1 des LVGL) mit folgenden Annahmen ermittelt:

- Bezugshöhe für den Grundwasserstand = Vorfluterniveau (Hundsbrunnen)
- Seitlicher Grundwasseranstieg ca. 1 %

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

In Bereichen, in der die Überdeckung nicht gewährleistet ist, ist das anfallende Niederschlagswasser gem. Stufe 2 zu sammeln und zentral zu behandeln.
In Bereichen, in denen die Überdeckung ausreichend ist, kann das Niederschlagswasser gem. REwS (2021) versickert werden.
Dies wurde in den weiteren Einschätzungen berücksichtigt.

3.5 Planungskonzept

Unter den beschriebenen Vorrausetzungen können für die Planung der Straßenentwässerung folgende Ansätze festgehalten werden:

- Das auf der Straße anfallende Niederschlagswasser sollte so weit wie möglich entlang der Straße versickert oder breitflächig in die Hangbereiche abgeleitet werden (=breitflächige Versickerung).
- In den unteren Bereichen, in denen eine Versickerung nicht mehr möglich ist, ist das Regenwasser über abgedichtete Muldengräben oder einen Regenwasserkanal zu sammeln und einer zentralen Behandlung zuzuführen. Das behandelte Regenwasser kann dann in den Vorfluter eingeleitet werden. Eine Einleitung in die bestehende Entwässerung der L213 (LfS) ist laut vorliegenden Angaben nicht gewünscht.
- Je nach gewähltem Vorfluter und je nach Flächengröße im unteren Bereich ist zur Verringerung der hydraulischen Belastung eine Rückhaltung erforderlich, welche mit der erforderlichen Behandlung kombiniert werden kann.
- Die Einleitung des Regenwassers ist nach A102 zu planen und wasserrechtlich durch die obere Wasserbehörde (LUA) zu genehmigen.
- In den Querungen der Tiefenlinien ist die Befahrbarkeit der Straße auch bei Starkregen (siehe Starkregengefahrenkarte) zu gewährleisten.

3.6 Beurteilung der verschiedenen Trassenvarianten

Unter den beschriebenen Voraussetzungen wurden die verschiedenen Trassenvarianten im Vergleich zueinander beurteilt.
Dabei wurden folgende Kriterien betrachtet:

- Lage zum natürlichen Hang / Störung der natürlichen Hangentwässerung
- Erforderliche Durchlässe
- Straßengefälle und Länge
- Lage der Straße im Verhältnis zum umliegenden Gelände, also Einschnitte oder Dammlage
- Erforderliche Längsentwässerung
- Abstand zur Talaue, in der keine Versickerung möglich ist
- Zu kanalisierender Straßenabschnitt wegen nicht ausreichendem Grundwasserabstand
- Erforderliche Retention in Größe und Lage + Einleitung in Oberflächengewässer
- Kosten (grobe Kostenschätzung)

Aus allen Kriterien im Zusammenspiel ergab sich eine Gesamtbewertung, die der folgenden Tabelle zu entnehmen ist. Diese Übersichtstabelle wurde am 15.02. vorab übergeben und floss in die Auswahl der bevorzugten Straßenvariante mit ein.

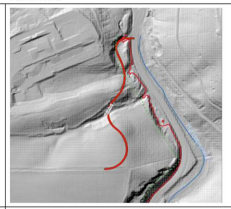
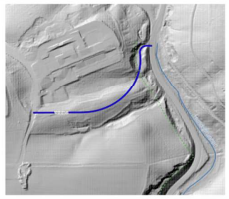
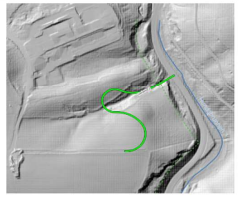
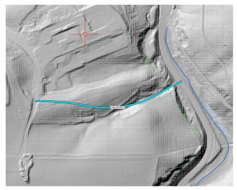
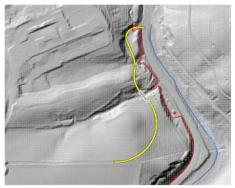
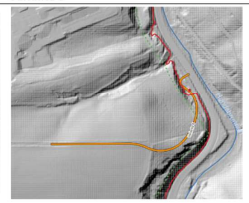
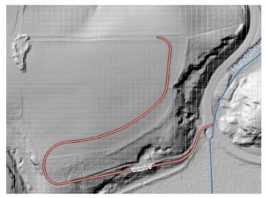
CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

1471
15.02.2024
Bearbeitung NDO/NBR/RDE

Neubau Neurologie UKS Homburg "Nervenberg"

Beurteilung Trassenvarianten im Hinblick auf die Entwässerung auf Basis der unten angegebenen Kriterien

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG

	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Variante 4	Variante 5	Variante 6	Variante 7
							
Gesamtbewertung Entwässerung	**2**	**1**	**3**	**4**	**5**	**6**	**4**
Lage zum natürlichen Hang /Störung der natürlichen Hangentwässerungang	Quer; Störung Hangabfluss, ggf. Abfanggräben erforderlich	Lage im natürlichen Gefälle	wechselnd	Lage im natürlichen Gefälle	Quer; Störung Hangabfluss, ggf. Abfanggräben erforderlich	Quer, teils wechselnd; Störung Hangabfluss	wechselnd
erforderliche Durchlässe	3	1	1	evtl. 1 bis 2	2	1	2
Straßengefälle [%]	oben 6,5% unten 12 %	oben 8 - 10 % bis unten 12,5 %	oben 5,75 % bis 12 % (halb/halb)	überwiegend 12 %	4,5 % und 12 % im wechsel	überwiegend 11%	wechselnd zwischen 9,5 % und 6,5 % Steigeung und einem Abschnitt mit 1,75 % Gefälle
Straßenlänge [m]	425	422	429	370	440	312	818
Einschnitte (ab 0,5 m) ca.	31%	56%	60%	70%	26%	60%	20%
Dammlage (ab 0,5 m) ca.	31%	9%	11%	5%	49%	45%	31%
Längsentwässerung erforderlich?	kaum, nur im unteren Bereich	im unteren Bereich + teils zur Führung in die Tiefenlinie im oberen/mittleren Bereich	ab ca. der Mitte der Strecke	überwiegend; ggf. Einleitung in Tiefenlinie möglich	Ja, wegen Nähe zur Talaue und Steilhang; Schulterentwässerung ggf. zu einer Seite möglich.	Ja, wegen Nähe zur Talaue und Steilhang über die komplette Strecke	Ja, wegen der Nähe zur Talaue im unteren Bereich.
über welche Länge?	75 m	30 + ca. 200 (?) m	200 m	180 + 100 (?) m	200 m, Halbseitig	312 m	ca. 200 - 300 m
Abstand zu L213 /Talaue ausreichend als Sickerfläche	weitgehend	weitgehend	ausreichend	ausreichend	nah --> z.T steilbereich	nah --> Steilbereich	im unteren Bereich Nähe zur Talaue, kein ausreichender Grundwasserabstand
zu kanalisierender Straßenabschnitt wegen ungenügendem Abstand zum Grundwasser [m]	55	55	65	65	55	95	125
Retention erforderlich	klein (nur für den unteren Straßenabschnitt)	mittel (für den unteren Straßenabschnitt + für den unteren Einschnitt)	mittel (für den unteren Straßenabschnitt + für den unteren Einschnitt)	mittel, da überwiegend Einschnitt und kaum Schulterentwässerung möglich.	groß, wegen Lage in Steilbereich und nah an L213	groß, wegen Lage in Steilbereich und nah an L213	groß, wegen Nähe zur Talaue
Einleitung in den Hundsbrunnen	Im Hinblick auf die Einleitung in den Hundsbach sind geringe Abflussmengen (< MNQ) zu bevorzugen. EInzuleitendes Regenwasser ist vorher gem. den Regeln der Technik zu behandeln. MQ des Hundsbrunnen ca. 12 l/s. Zum maßgebenden MNQ liegen keine Angaben vor. Tendentiell ist MNQ < MQ/2. Eine Rückhaltung kann kombiniert mit der ggf. erforderlichen Behandlung vorgesehen werden.						
Rückhaltung	Im Straßenraum	Im Straßenraum	GGf. im unteren Bereich nördlich (380 m² Fläche verfügbar) und/oder südlich (350² Fläche verfügbar) des Trassenbeginn Var. 6umsetzbar. 		Im Straßenraum	vgl.Variante 3 und 4	Im unteren Bereich zwischen Straße, L213 und Gewässer umsetzbar (700 - 800 m²) 
Kosten (maßgeblich abhängig von Längsentw., Retention, Abfanggräben, Durchlässe)	2	1	3	4	6	5	6
	Grobe Kostenabschätzung Entwässerung: zwischen 140.000 € bis 240.000 €, der angegebenen Reihenfolge nach aufsteigen. Einzelkosten für die Varianten können auf Basis dieser Planungsstufe nicht ausgewiesen werden.						

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE
GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

4 Regenwassermanagement Gebäude

Das auf dem Gelände anfallende Niederschlagswasser soll nicht in das kommunale Abwassernetz eingeleitet werden. Dies wird sowohl von Seiten des UKS, als auch der Stadt explizit gefordert, da das Kanalnetz bereits einen hohen Auslastungsgrad aufweist. Präferiert wird eine Entwässerung durch Versickerung. Bei Bedarf ist auch eine gedrosselte Einleitung in ein Oberflächengewässer möglich.

Für eine Versickerung bieten sich die Randzonen des Sondernutzungsbereiches an. Bei einer Überlastung der Versickerungsanlage, würde das Wasser hangabwärts in die angrenzenden Waldflächen abfließen und dort großflächig versickern. Dafür ist eine Erlaubnis des Eigentümers einzuholen. Außerdem ist hier zu beachten, dass ein Teil der Flächen in einer geplanten Wasserschutzzone III liegen. Anträge auf Versickerung in der WSZ sind an die oberste Wasserbehörde zu richten.

Für eine Einleitung in ein Oberflächengewässer kommen die nahegelegen Bäche Lambsbach (im Süden) und Hundsbrunnen (im Osten) infrage.

4.1 Flächenermittlung

Das geplante Sondergebiet „Universitätsklinikum“ im Geltungsbereich ist etwa 22,18 ha groß. Da keine Massenstudie für das Gebiet vorliegt, die eine genauere Differenzierung der Flächenanteile erlaubt, wurde der mittlere Abflussbeiwert durch die im B-Plan angegebene Grundflächenzahl angenähert: Ψ_m = 0,8. Damit ergibt sich die maßgebende undurchlässige Fläche zu $A_{u,max}$ = 17,74 ha, die als obere Grenze für die versiegelte Flächen zu interpretieren ist.

4.2 Bewertung des Regenabflusses und Behandlung

Der Behandlungsbedarf des Regenabflusses bei Versickerung kann über das in DWA-M 153 beschriebene Bewertungsverfahren ermittelt werden. Darin werden sowohl die Einflüsse aus Luft und Oberflächenverschmutzung als auch das Schutzbedürfnis des Gewässers (hier Grundwasser) über Bewertungspunkte erfasst und gegenübergestellt. Aus dem sich daraus ergebenden Verhältnis von Schutzbedürfnis und Abwasserbelastung kann der erforderliche Durchgangswert für die Behandlung abgeleitet werden. Die jeweiligen Bewertungspunkte können den Tabellen in Anhang A DWA-M 153 entnommen werden.

Bei dem Gewässertyp handelt es sich um Grundwasser. Der westliche Bereich liegt dabei außerhalb von Trinkwassereinzugsgebieten. Dort erfolgt eine Einordnung in Typ G12 mit 10 Punkten. Im Osten befindet sich die geplante Wasserschutzzone III. In Rücksprache mit dem LUA ist dort der Typ G26 mit 5 Punkten anzusetzen.

Die Abflussbelastung setzt sich aus der Luft- und Flächenverschmutzung zusammen. Die Luftverschmutzung hängt hauptsächlich vom zu erwartenden Verkehrsaufkommen ab. Dieses liegt der Verkehrsuntersuchung von PTV zufolge in einem mittleren Bereich von DTV ≈ 12.000 Kfz/d, was dem Typ L2 mit 2 Punkten entspricht.

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

Eine differenzierte Kategorisierung der Flächen kann auf Basis der aktuellen Planungsgrundlage nicht erfolgen. Die Gesamtfläche wird sich voraussichtlich aus einer Mischung von Grünflächen, Dachflächen, Gehwegen, Parkplätzen und Verkehrsflächen zusammensetzen. Entsprechend der zu erwartenden Frequentierung und nach Abstimmung mit dem LUA sollten diese Flächen allesamt den Typen F1 bis F5 zugeordnet werden können. Da keine Prognosen zu einer Aufteilung der Flächen vorliegen, wird hier für die Gesamtfläche ein Mittelwert der Typen F2 bis F5 von 17 Punkten angenommen. Da nach DWA-M 153 nur vier benachbarte Typen in die Bewertung mit einbezogen werden dürfen, bleibt die am geringsten belastete Klasse F1 hier unberücksichtigt.

Der Emissionswert E beträgt demnach 2+17 = 19 Punkte und liegt sowohl innerhalb als auch außerhalb der geplanten Wasserschutzzone über der Gewässerpunktezahl G von 10 bzw. 5. Somit ist eine Behandlung des Niederschlagswassers erforderlich.

Der Durchgangswert D der Behandlungsmaßnahme darf somit einen Wert von 10/19= 0,53 außerhalb der WSZ III bzw. 5/19 = 0,26 innerhalb der WSZ III nicht überschreiten.

4.3 Möglichkeiten zur Versickerung und Rückhaltung

Vorzugsweise soll das anfallende Niederschlagswasser versickert werden. Die hydraulische Leitfähigkeit des Untergrundes kann gemäß Bodengutachten zu $k_f = 7 * 10^{-6}$ m/s angenommen werden. Diese ist nicht ausreichend für eine breitflächige Versickerung oder den Einsatz von zentralen Versickerungsanlagen. Daher wird eine dezentrale Versickerung empfohlen. Eine Flächenversickerung kommt aufgrund der geringen Leitfähigkeit nicht in Frage, der Flächenbedarf wäre zu groß ($A_{s,erf} > A_u$). Daher muss ein Rückhalt, z.B. in Form von Mulden, für das zu versickernde Wasser geschaffen werden.

Die für den Bemessungsfall relevante Regenspende r ist abhängig von der gewählten zulässigen Überschreitungshäufigkeit n und Regendauer D. Für die Überschreitungshäufigkeit von dezentralen Versickerungsanlagen wird häufig ein Wert von 0,2/a angesetzt, für zentrale Anlagen 0,1/a. Im Einvernehmen mit dem LUA und dem Eigentümer der bei Überlauf betroffenen Waldflächen wurde entschieden, hier eine größere Überschreitungshäufigkeit von n=2/a anzusetzen, da das Gefährdungspotenzial (unbebautes Gebiet, Waldflächen) sehr gering ist und die Überlaufmengen über eine größere Strecke verteilt werden können (schwellenartiger Überlauf).

Die maßgebende Regendauer für eine Muldenversickerung ist schrittweise zu ermitteln. Sie wurde hier für den Fall der maximalen Versiegelung $A_u = A_{u,max}$ zu 9 Stunden ermittelt. Für ein kleineres A_u kann sich eine andere Regendauer als maßgebend herausstellen. Auch die zu versickernde Wassermenge hängt von der tatsächlich befestigten angeschlossenen Fläche ab und berechnet sich zu $Q_{zu} = r*A_u$, wobei r dem aktuellen KOSTRA-Datensatz zu entnehmen ist. Hier wurde eine Regenspende von r = 6,43 l/(ha*s) angesetzt.

Bei der angesetzten Überlastungshäufigkeit von 2/a, ist somit ein Rückhalt von 20 l je m² A_u erforderlich. Dies entspricht einem Flächenbedarf von 0,07m² je m² A_u. Es ist darauf zu achten, dass für n ≥ 1/a die Entleerungszeit 24 Stunden nicht überschreitet.

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

Von diesen Maximalwerten kann im Laufe der nachfolgenden Planung in entsprechendem Maße abgewichen werden, wenn andere Maßnahmen getroffen werden, die den Bemessungsabfluss verringern (z.B. Dachbegrünung) oder Rückhalteraum schaffen (z.B. Retentionsdächer).

Nach DWA-M 153 ist die Versickerung über bewachsenen Oberboden die bevorzugte Lösung. Eine Versickerung durch 30cm bewachsenen Oberboden bei dezentraler Versickerung hat einen Durchgangswert von 0,2 und stellt somit auch innerhalb der WSZ III eine ausreichende Behandlungsstufe des Niederschlagswassers dar. Mulden sind daher mit einer entsprechenden Schicht herzustellen.

4.4 Möglichkeiten zur Einleitung in ein Oberflächengewässer

Das Niederschlagswasser kann unter den diesem Beitrag zugrunde liegenden Voraussetzungen vollständig versickert werden. Eine Einleitung in ein Oberflächengewässer ist demnach nicht notwendig und wird daher auch nicht weiter betrachtet.

4.5 Wasserhaushaltsbilanz

Die Aufstellung einer detaillierten Wasserhaushaltsbilanz wird gem. DWA-A102 M4 bei Einleitungen in Oberflächengewässer empfohlen. In diesem Fall ist für den Geltungsbereich des B-Plans geplant, das anfallende Niederschlagswasser gänzlich zur Versickerung zu bringen. Demnach ist keine Wasserhaushaltsbilanzierung im Sinne der DWA-A102-4 erforderlich.

Dennoch ist es im Sinne einer nachhaltigen Flächennutzung immer zu empfehlen die Veränderung des natürlichen Wasserhaushalts durch die Siedlungsaktivitäten so gering wie möglich zu halten, wie es technisch, ökologisch und wirtschaftlich vertretbar ist.

Eine Betrachtung der Ausgangswerte zum Wasserhaushalt (HAD) zeigt, dass 70 % des Niederschlags im unbebauten Fall zur Verdunstung kommen, und je ca. 14 % bzw. 15 % versickern (Grundwasserneubildung) oder abfließen.
Durch geeignete Maßnahmen sollten diese Werte auch bei der Überplanung des Gebiets so weit wie möglich gehalten werden.
Eine Maßnahme, um den Anteil an Oberflächenabfluss im Vergleich zum Bestand nur möglichst wenig zu erhöhen ist der angedachte Rückhalt bzw. die Versickerung des anfallenden Oberflächenwassers.

Maßnahmen, um den hohen Anteil an Verdunstungsleistung in möglichst geringen Maßen zu verändern sind bspw.:

- Die Versickerungsmulden können mit möglichst langen (Wasserwirtschaftlich sinnvollen) Entleerungszeiten geplant werden. Den Versickerungsmulden können Wasserflächen mit Dauerstau vorgeschaltet werden. (Bspw. Teiche als RRB)
- Dachbegrünungen
- Wenn die vorgesehen Nutzung von Flachdächern oder geneigte Dachflächen eine Begrünung nicht zulassen, dann zusätzliche Fassadenbegrünungen oder Baumpflanzungen
- Generell Vertikalbegrünung an Gebäuden
- Großzügige Einplanung von Vegetationsflächen, idealerweise offenen Wasserflächen

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

4.6 Überstau- / Überflutungsnachweis

Der Überflutungsnachweis nach DIN 1986-100 dient dem Nachweis der unschädlichen Überflutung bei einem 30-jährigen Regenereignis. Wie in Kapitel 4.1 geschildert, wurde unter Zustimmung aller Beteiligten festgelegt, dass die Überlaufhäufigkeit der vorzusehenden Versickerungsmulden n = 2/a betragen darf und im Überlauffall von einer Muldenversickerung in eine breitflächige Versickerung in den Waldflächen übergeht. Das Schadenspotenzial in dieser Fläche ist sehr gering. Zudem entspricht der Abfluss den „Hang hinab“ auch dem natürlichen Fließweg, dem das Niederschlagswasser auch im unbebauten Zustand folgen würde. Der Einfluss einer Minderung des Direkt-Abflusses durch Versickerung ist bei 30-jährigen Ereignissen vernachlässigbar. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich ein Überflutungsnachweis im Rahmen des B-Plan Verfahrens.

Im DWA-A183 wird explizit darauf verwiesen, dass im Zusammenhang mit der Betrachtung der Überflutungssicherheit nach DIN EN 752-4 jedoch unabhängig von den Überlastungshäufigkeiten in der Planung der mögliche Schadensfall bei Überlastung der Anlage zu berücksichtigen ist.

Bezogen auf die Versickerungsanlage ist eine Vermeidung durch Schäden bei Überlastung durch (wie zuvor bereits geschrieben) möglichst lange Überlaufschwellen also einen möglichst breitflächigen Überlauf herzustellen. Punktuelle Überläufe in die Waldbereiche sind zu verhindern.

Darüber hinaus ist das Gelände im Allgemeinen so zu beplanen, dass im Fall von starken Niederschlagsereignissen Oberflächenwasser immer weg vom Gebäude fließt, um den erforderlichen Überflutungsschutz der Gebäude zu gewährleisten. Dazu kann es erforderlich werden, im Laufe der Entwurfsplanung teilflächenbezogen den Überflutungs-/Überlastungsfall in Anlehnung an die DIN1986-100 zu betrachten.

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE
GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

5 Schmutzwasserableitung

5.1 Mögliche Anschlusspunkte

Für den Anschluss der Schmutzwasser-Entwässerung an das vorhandene Kanalnetz auf dem UKS-Gelände wurde das Kanalnetz im zwischen den Gebäude 93 / 91 und 90 auf Basis des am 21.12.2023 übermittelten Netzplan des UKS betrachtet. Nachfolgende Abbildung zeigt einen Ausschnitt aus dem Netzplan des UKS mit Kennzeichnung der relevanten Stellen.

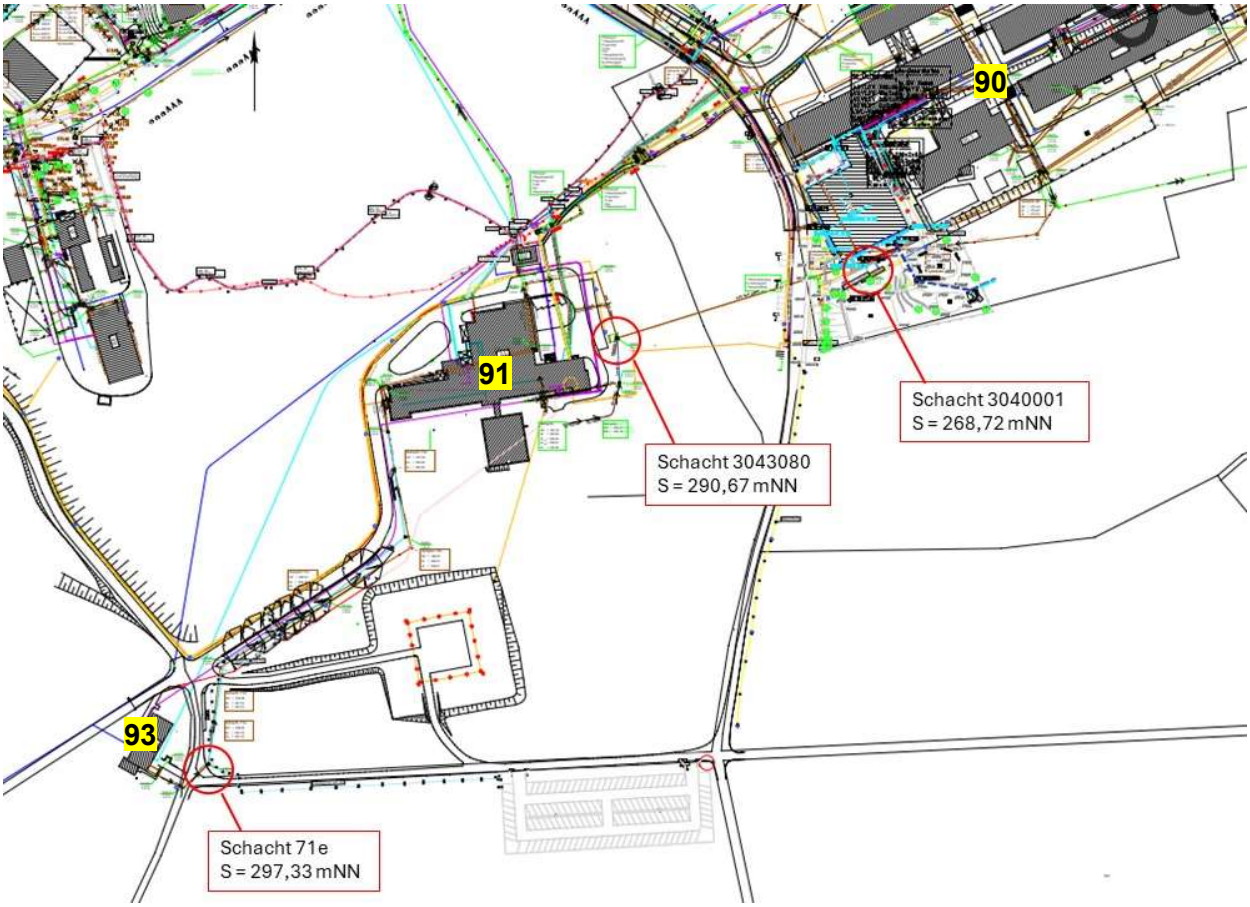


Abbildung 3: Auszug Netzplan UKS mit Kennzeichnung relevanter Anschlussstellen

Die Geländehöhen im beplanten Bereich liegen im Ist-Zustand zwischen max. ca. 298 mNN im Westen und abfallend nach Südosten bei ca. 270 mNN im Südosten.

Im Vergleich mit den in Abbildung 3 gekennzeichneten Sohlhöhen wird deutlich, dass ein Anschluss an die genannten Punkte folglich nicht sicher im Freispiegelgefälle möglich ist. Je nach späterer Planung wäre zu prüfen, ob zum Schacht 3040001 ein ausreichendes Gefälle für ein Freispiegelabfluss geschaffen werden kann. Sofern nicht wären bei dem Einsatz einer Abwasserhebeanlage und einer Entwässerung über Druckleitungen hier geringere Höhenunterschiede zu überwinden als bei Anschluss im Bereich von Gebäude 93 oder 91.

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE
GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

5.2 Kapazitäten im Kanalnetz

Der Mischwasserkanal im Bereich der Gebäude 91 und 93 hat Nennweiten von DN 200 – DN 400. Ab dem Gebäude 90.9 verläuft der Kanal mit einer größeren Nennweite von DN 700 bis später DN1100 bis zum Übergabepunkt an den EVS-Kanal im Bereich der L213 nach Kirrberg.
Es liegen keine Unterlagen zu den bestehenden Kapazitäten im Kanalnetz und auch keine Abschätzungen zu den, durch die Planung neu anfallenden Schmutzwassermengen vor. Daher kann an dieser Stelle nur grob eingeschätzt werden, ob die vorhandenen Kapazitäten im Netz ausreichend sind.

Da es sich bei der Baumaßnahme um einen Ersatzneubau handelt, ist tendenziell nicht von einer deutlichen Erhöhung, sondern eher von einer Verlagerung der anfallenden Schmutzwassermengen auszugehen. Demnach kann, sofern in den neuen Gebäudekomplexen nicht erheblich mehr Schmutzwasser anfällt als in der vorherigen Nervenklinik, davon ausgegangen werden, dass die Kapazitäten ab der jetzigen Nervenklinik (Gebäudekomplex 90) als ausreichend groß einzuschätzen sind. Beim Kanal im Bereich der Gebäude 91/93 – also oberhalb der jetzigen Nervenklinik - ist davon auszugehen, dass die Kapazitäten in diesem Bereich ausgebaut werden müssten, um einen Anschluss des Planbereichs oder von Teilen davon zu ermöglichen.

Unter Beachtung von Kapitel 5.1. und 5.2 kann im Hinblick auf die Schmutzwasserentsorgung der Neubau eines Anschlusses zum Bereich zwischen Gebäude 91 und Gebäudekomplex 90.1 für die weitere Planung empfohlen werden.

5.3 Vorgaben zu Vorbehandlungen

Spezielle Vorgaben zu einer Abwasservorbehandlung liegen nicht vor. Es sind die Regelungen gem. der Abwassersatzung der Stadt Homburg zu beachten.

Hinweis zu Kapitel 5:
Der direkte Anschluss des Schmutzwassers an den EVS-Sammler, und damit die Schaffung eines zweiten Übergabepunkts des UKS zum öffentlichen Kanalnetz im Bereich der L213 wird gem. Abstimmungstermin am 22.01.24 nicht in Erwägung gezogen und wurde daher nicht weiter betrachtet.

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

6 Zusammenfassung

Der hier vorliegende Fachbeitrag zur Siedlungswasserwirtschaft für den Bebauungsplan "Universitätskliniken, Teilbereich 3" in Homburg behandelt die Ableitung von Schmutz- und Regenwasser, sowohl für die Gebäude als auch für die geplante Zufahrtsstraße. Ein Großteil des Geltungsbereiches liegt in einer geplanten Wasserschutzzone III. Als Bemessungsfall wurde die größte Ausbaustufe der Neuerschließung berücksichtigt.

Für die Erschließung des Areals sind 7 Trassenvarianten geplant. Alle Varianten wurden hinsichtlich der Straßenentwässerung bewertet und das Ergebnis zur Gesamtbeurteilung übermittelt. Alle Varianten sind aus entwässerungstechnischer Sicht machbar, Unterschiede bestehen nur in den Kosten (Rückhaltevolumen, Durchlässe)

Das Schmutzwasser kann über das kommunale bzw. universitätseigene Abwassernetz abgeleitet werden. Dafür wurden mögliche Anschlussstellen ermittelt. Die Kapazitäten des kommunalen Netzes werden als ausreichend erachtet, ggfs. ist ein Ausbau der Kapazitäten im Anschlussbereich innerhalb des UKS-Netzes erforderlich.

Das Niederschlagswasser der Gebäude darf nicht in das kommunale Abwassernetz eingeleitet werden, sondern soll versickert werden. Aufgrund der Leitfähigkeit des Bodens kommen hier nur dezentrale Versickerungsanlagen mit Rückhaltevolumen infrage. Mittels einer überschlägigen Bemessung wurden ein erforderliches Rückhaltevolumen je m² versiegelter angeschlossener Fläche und der Behandlungsbedarf ermittelt.

Des Weiteren wurden Maßnahmen zur Reduzierung des Oberflächenabflusses und zur Erhöhung der Verdunstungsleistung empfohlen, sowie die Themen Starkregen und Überflutungsnachweis behandelt.

Aufgestellt:
Spiesen-Elversberg, im Mai 2024

(Dipl.-Ing. Roland Desgranges)

CP Beratende Ingenieure GmbH & Co.KG

W:\1471\02-Dateien aus CD\1471_240122_ndo_Erläuterungsbericht.docx

CP BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
CP | BERATENDE INGENIEURE GmbH & Co. KG
St. Ingberter Str. 49
66583 Spiesen-Elversberg
Tel. +49 (0)6821 97294-0
Fax +49 (0)6821 97294-222
info@cpingenieure.de
www.cpingenieure.de
Geschäftsführer:
Roland Desgranges, Dipl.-Ing.
Rainer Klein, Dipl.-Ing.
Stephan Bauer, Dipl.-Ing.
Amtsgericht SB HRA 11041

BERICHTSENTWURF

Verkehrsuntersuchung Universitätsklinik Homburg

- Neuer Anschluss an die L 213

Auftraggeber/-in:

Landesverwaltungsamt
Staatliche Hochbaubehörde
Hardenbergstr. 6
66119 Saarbrücken

Auftragnehmer/-in:

PTV
Transport Consult GmbH
Stumpfstr. 1
76131 Karlsruhe

Im Unterauftrag:

VE Kass GmbH
Theodor-Heuss-Str. 60-66
51149 Köln

Karlsruhe, 02. September 2024

Dokumentinformationen

Kurztitel	VU Universitätsklinik Homburg (Entwurf)
Auftraggeber/-in	Landesverwaltungsamt
Auftrags-Nr.	
Auftragnehmer/-in	PTV Transport Consult GmbH
PTV-Projekt-Nr.	TC2200299
Autor/-in	Viviane Wolter, Gunther Kesenheimer
Erstellungsdatum	26.07.2024
zuletzt gespeichert	02.09.2024

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Inhalt

1 Ausgangssituation und Aufgabenstellung 5
2 Verkehrserhebung 6
3 Ermittlung Verkehrsaufkommen 13
4 Leistungsfähigkeitsnachweise 16
4.1 Ermittlung Spitzenstundenbelastungen 16
4.2 Leistungsfähigkeitsbetrachtung 16
4.3 Ausgestaltung Knoten 17
5 Zusammenfassung 19
6 Anhang 20
6.1 Verkehrserhebung 20
6.1.1 K1 – Zweibrücker Straße (B 423) / Ringstraße 20
6.1.2 K2 – Zweibrücker Straße (B 423) / Cappelallee 23
6.1.3 K3 - Ringstraße (L 213) / Kirrberger Straße 26
6.1.4 K4 - Cappelallee / Warburgring 29
6.1.5 K5 - Kirrberger Straße (L 213) / Zufahrt Institute 32
6.2 Verkehrsbelastungen (Spitzenstunden) 35
6.2.1 Neue Anbindung - Variante 1 35
6.2.2 Neue Anbindung - Variante 2 36
6.3 Leistungsfähigkeitsnachweise 37
6.3.1 Neue Anbindung - L 213 – Variante 1 – Vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt 37
6.3.2 Neue Anbindung - L 213 – Variante 1 – LSA 39
6.3.3 Neue Anbindung - L 213 – Variante 2 – Vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt 41
6.3.4 Neue Anbindung - L 213 3 – Variante 2 – LSA 43
6.3.5 Neue Anbindung - L 213 3 – Variante 2 – LSA – Mischfahrstreifen aus dem Uniklinikum 45
6.3.6 Neue Anbindung - L 213 – Variante 2 – Kreisverkehr 47

Entwurf

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zählstellen Universitätsklinik Homburg ____ 6
Tabelle 2: QSV nach dem HBS 2015 ____ 16
Tabelle 3: Übersicht QSV der Varianten und Knotenformen des neuen Knotens L 213 ____ 17
Tabelle 4: Übersicht QSV LSA mit Mischfahrstreifen ____ 17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zählstellenplan Universitätsklinik Homburg ____ 7
Abbildung 2: Verkehrserhebung Ringstraße / Zufahrt Universitätsklinik / L 213 – Kfz/24h ____ 8
Abbildung 3: Verkehrserhebung B 423 / Cappelallee – Kfz/24h ____ 9
Abbildung 4: Verkehrserhebung Cappelallee / Warburgring / Zufahrt Universitätsklinik – Kfz/24h ____ 10
Abbildung 5: Tagesganglinie Universitätsklinik – Zufluss Ringstraße ____ 11
Abbildung 6: Tagesganglinie Universitätsklinik – Zufluss Cappelallee ____ 11
Abbildung 7: Tagesganglinie Universitätsklinik – Abfluss Ringstraße ____ 12
Abbildung 8: Tagesganglinie Universitätsklinik – Abfluss Cappelallee ____ 12
Abbildung 9: heutiges Verkehrsaufkommen Universitätsklinik ____ 14
Abbildung 10: Verkehrsaufkommen Universitätsklinik – Variante 1 ____ 14
Abbildung 11: Verkehrsaufkommen Universitätsklinik – Variante 2 ____ 15
Abbildung 12: neuer Knoten L 213 – Aufstelllängen ____ 18
Abbildung 13: neuer Knoten L 213 – Aufstelllängen – Mischfahrstreifen aus dem Uniklinikum ____ 18

Entwurf

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

1 Ausgangssituation und Aufgabenstellung

Die Stadt erstellt derzeit den Bebauungsplan Universitätskliniken, Teilbereich 3. Darin ist geplant, die Neurologie in einen Neubau im Bereich des ehemaligen Hubschrauberlandeplatzes zu verlegen. Einhergehend mit diesen Planungen wird überlegt, für diesen Neubautrakt eine eigene neue Zufahrt zu bauen. Diese neue Straße soll an die L 213 in Richtung Kirrberg angebunden werden.

Im Entwurf des Erläuterungsberichtes heißt es weiterhin: „In diesem Zusammenhang sollen des Weiteren auch Fragen der zukünftigen gesamträumlichen Entwicklung des Klinikums aufgegriffen und geklärt werden. Aus diesem Grund umfasst das Vorhaben, neben dem Neubau für den Gebäudekomplex 90, weitere flexible Entwicklungsmöglichkeiten für die Klinik. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, langfristig alle klinischen Nutzungen an den neuen Standort zu verlagern sowie die verkehrliche Erschließung in diesem Zusammenhang weiterzuentwickeln.“[1]

Die vorliegende Verkehrsuntersuchung soll die zugrunde liegende Ausbauform aufzeigen und die Leistungsfähigkeit dieses neuen Knotens nachweisen.

Entwurf

[1] Kernplan Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH – Universitätskliniken, Teilbereich 3 / Bebauungsplan in der Kreisstadt Homburg, Stadtteil Homburg (Entwurf); im Auftrag der Kreisstadt Homburg; Illingen, 14.12.2023

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

2 Verkehrserhebung

Zur Ermittlung aktueller Datengrundlagen für die Modellrechnungen wurden im Untersuchungsgebiet begleitende Verkehrserhebungen durchgeführt. Mit den Ergebnissen sollen Angaben über die derzeitigen Straßenbelastungen ermittelt werden.

Die Erhebungen wurden durch das Büro Kass aus Köln durchgeführt, welches sehr große Erfahrung in der Vorbereitung und Durchführung von Verkehrserhebungen besitzt.

Zur Ermittlung der Verkehrsmengen wurden videogestützte Verkehrserhebungen an Knotenpunkten über eine Dauer von 24h durchgeführt. An folgenden Knotenpunkten haben die Verkehrserhebungen stattgefunden (Tabelle 1):

Nummer	Bezeichnung
K1	B 423 / Ringstraße
K2	B 423 / Cappelallee
K3	Ringstraße / Kirrberger Straße (L 213)
K4	Cappelallee / Warburgring
K5	Kirrberger Straße (L 213) / Zufahrt Institute

Tabelle 1: Zählstellen Universitätsklinik Homburg

Die folgende Abbildung zeigt das Erhebungskonzept für die durchzuführende Verkehrserhebung. Es sind sowohl Knotenpunkte an der B 423 als auch Knoten mit Bezug zur Uniklinik enthalten. Der Zählzeitraum über 24 Stunden deckt dabei die Besonderheiten eines Klinikbetriebes ab. Zum einen wird das Verkehrsaufkommen der einzelnen Arbeitsschichten abgedeckt, zum anderen können Besonderheiten wie erhöhtes Verkehrsaufkommen durch Besucherverkehr abgedeckt werden.

Die Verkehrserhebung hat am Dienstag, den 17. Oktober 2023, stattgefunden.

Entwurf

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

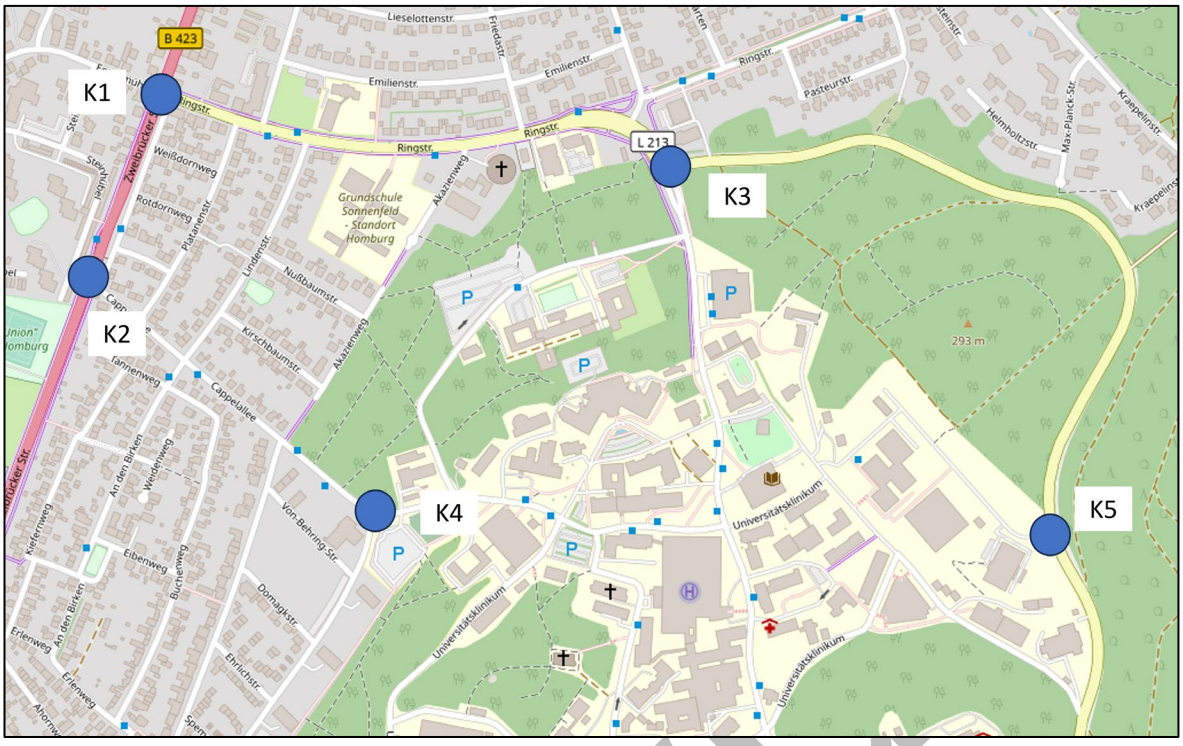


Abbildung 1: Zählstellenplan Universitätsklinik Homburg

Die Intervallzeit der Auswertungen beträgt jeweils 15 Minuten. Die Fahrzeuge wurden differenziert nach den folgenden 7 Fahrzeuggruppen erfasst und ausgewertet:

- Kraftrad
- Pkw und Pkw mit Anhänger
- Lieferwagen
- Lkw ohne Anhänger
- Lkw mit Anhänger
- Sattelzug
- Bus

Entwurf

Ergebnisse:

Die Verkehrserhebung zeigt folgende Ergebnisse:

- Auf der Ringstraße ist ein Verkehrsaufkommen von ca. 15.300 Kfz/24h zu verzeichnen (Abbildung 2).
- Über die Ringstraße bzw. Kirrberger Straße fahren 5.200 Kfz/24h auf das Areal der Universitätsklinik, in der Gegenrichtung wurden hingegen 4.900 Kfz/24h erfasst (Abbildung 2).

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

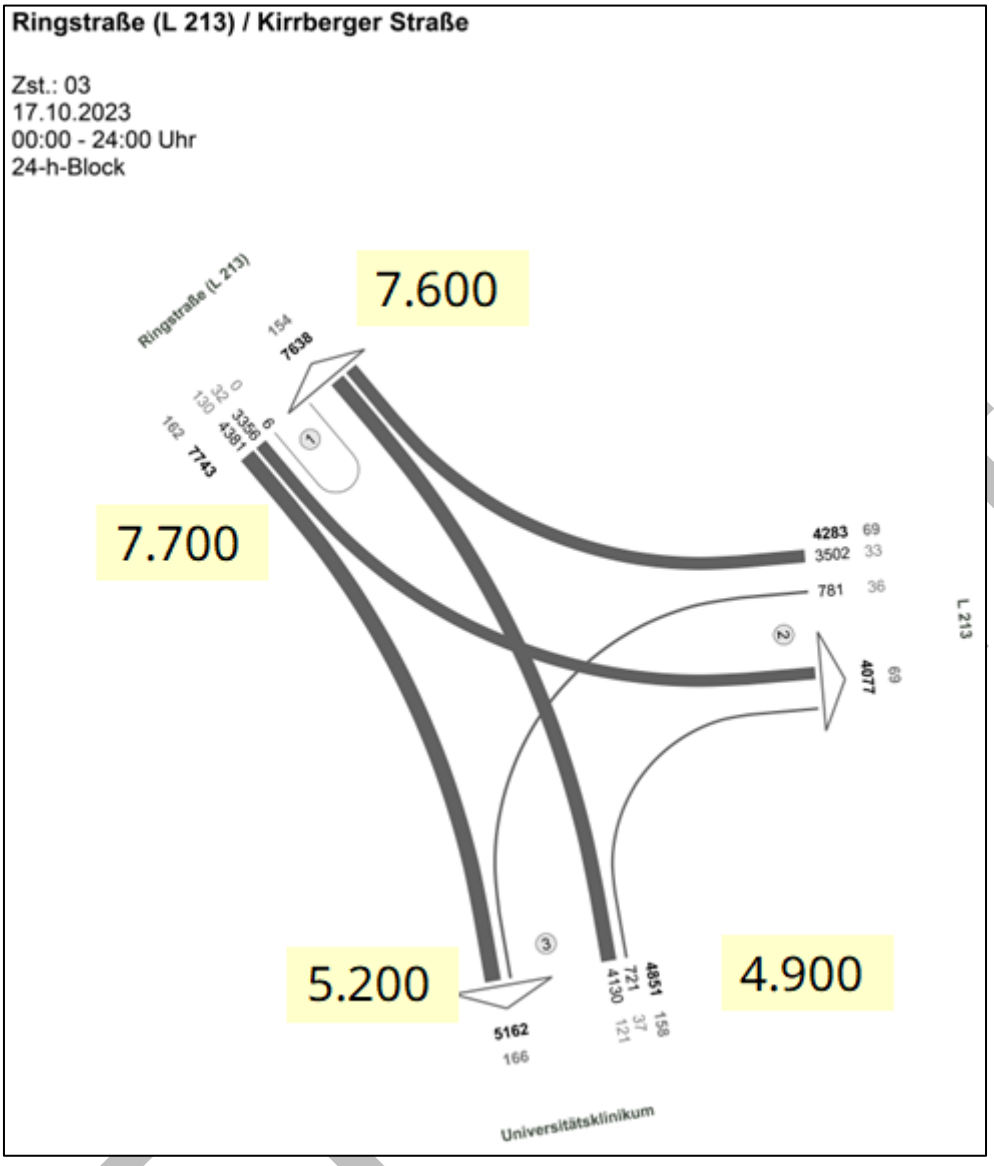


Abbildung 2: Verkehrserhebung Ringstraße / Zufahrt Universitätsklinik / L 213 – Kfz/24h

- In der Cappelallee liegt das Verkehrsaufkommen in Höhe der Einfahrt zur B 423 bei ca. 7.700 Kfz/24h (Abbildung 3), in Höhe des Warburgrings bei ca. 7.100 Kfz/24h (Abbildung 4).
- Im Bereich des Warburgrings fahren ca. 2.900 Kfz/24 in den Bereich der Universitätsklinik, ca. 3.200 verlassen die Universitätsklinik (Abbildung 4). Es ist zu erkennen, dass der Verkehr der Universitätsklinik in hohem Maße auf die Cappelallee gerichtet ist.
- Die beiden Zu- bzw. Abfahrten Ringstraße und Cappelallee verzeichnen zusammen ein Verkehrsaufkommen von ca. 16.200 Kfz/24h, wobei davon ca. 62% auf die Ringstraße und ca. 38% auf die Cappelallee entfallen.

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

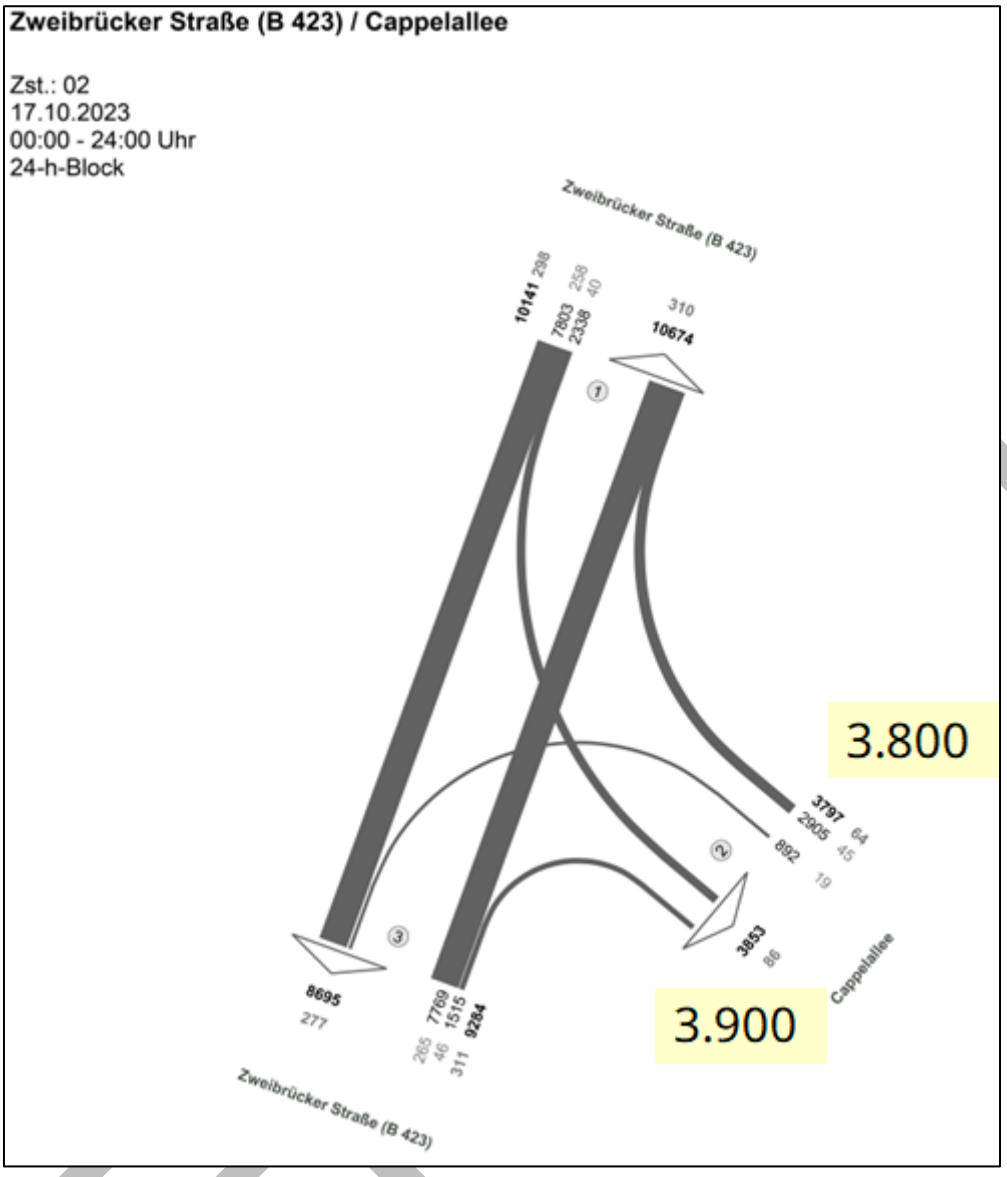


Abbildung 3: Verkehrserhebung B 423 / Cappelallee – Kfz/24h

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

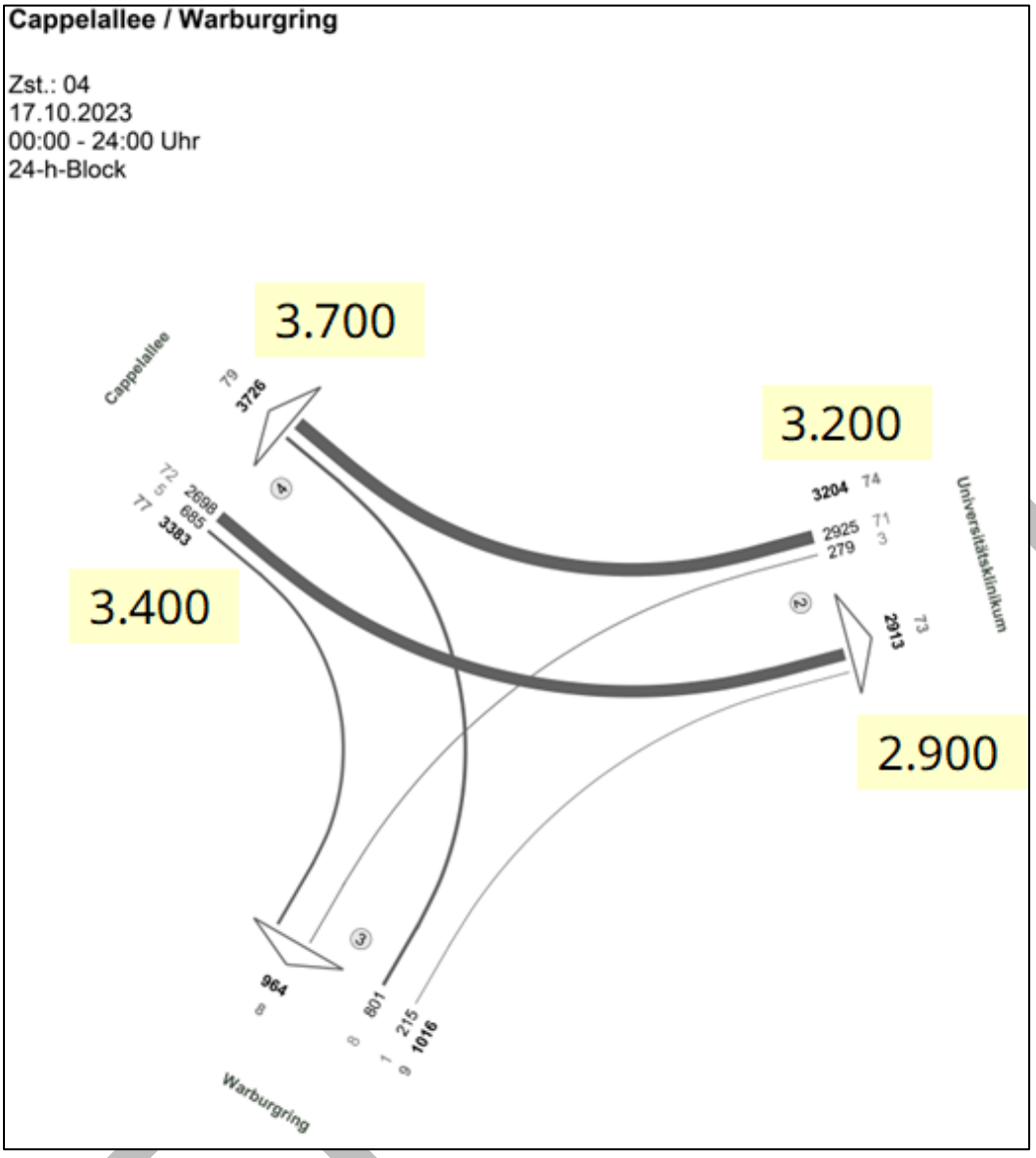


Abbildung 4: Verkehrserhebung Cappelallee / Warburgring / Zufahrt Universitätsklinik – Kfz/24h

- Die Tagesganglinien für die beiden Zufahrtsbereiche der Universitätsklinik zeigen unterschiedliche Ausprägungen: Bei beiden Zufahrten ist der stärkste Zufluss zwischen 6.00 und 9.00 Uhr zu verzeichnen (Abbildung 5 und Abbildung 6). Während die Ringstraße im weiteren Tagesverlauf immer noch ein hohes Verkehrsaufkommen aufweist, ist bei der Zufahrt Cappelallee ein deutlich niedrigeres Aufkommen zu verzeichnen.
- Auch im Abfluss ergibt sich ein unterschiedliches Bild. Während die Cappelallee eine eindeutige Ausprägung der Nachmittagsstunden aufweist, liegt in der Ringstraße auch in anderen Tagesbereichen ein höheres Verkehrsaufkommen vor (Abbildung 7 und Abbildung 8).

Die gesamten Ergebnisse der Erhebung sind im Anhang in Kapitel 6.1 enthalten.

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

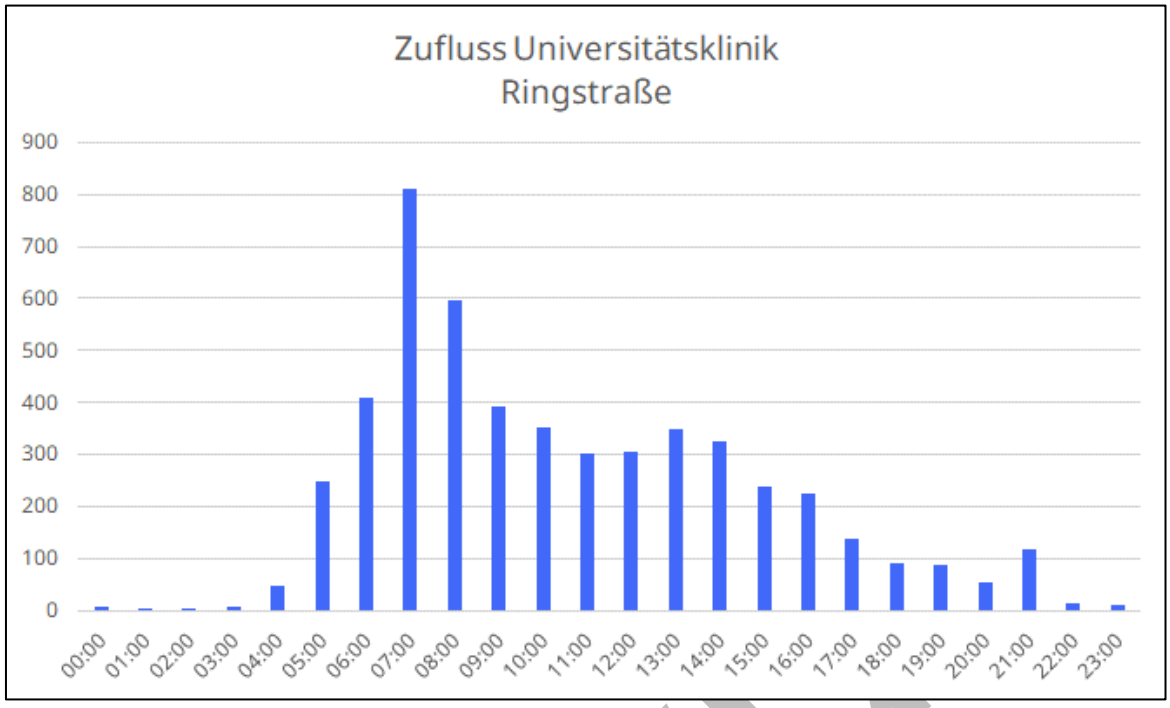


Abbildung 5: Tagesganglinie Universitätsklinik – Zufluss Ringstraße

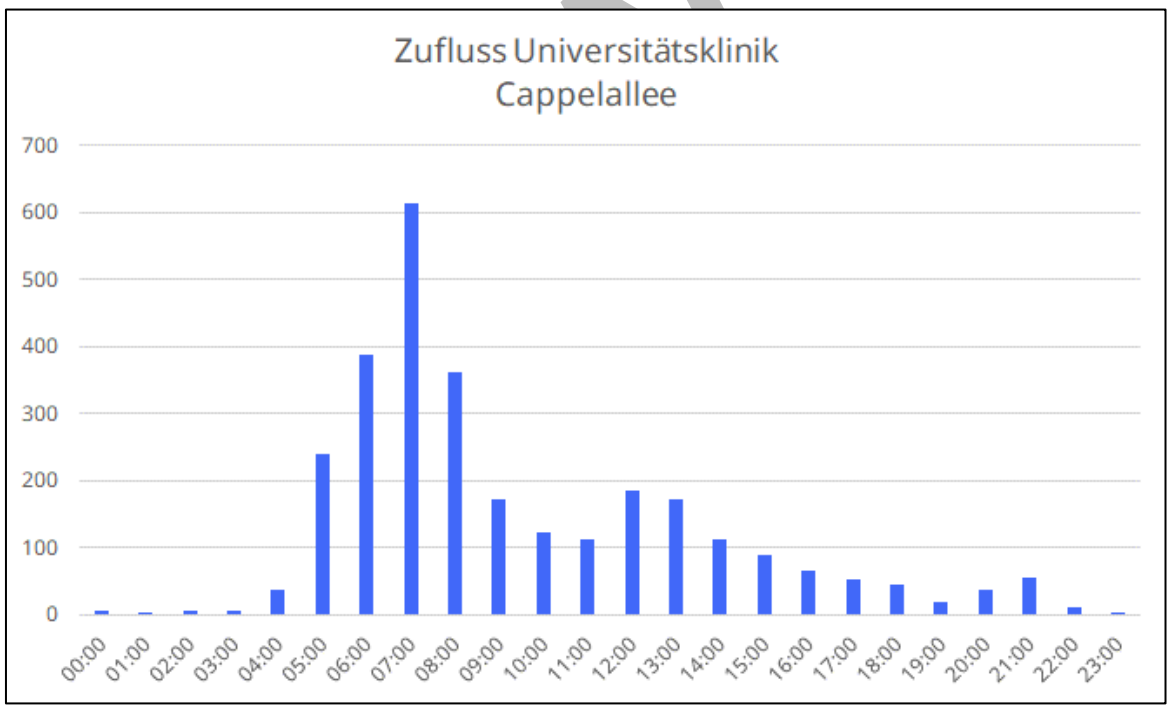


Abbildung 6: Tagesganglinie Universitätsklinik – Zufluss Cappelallee

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

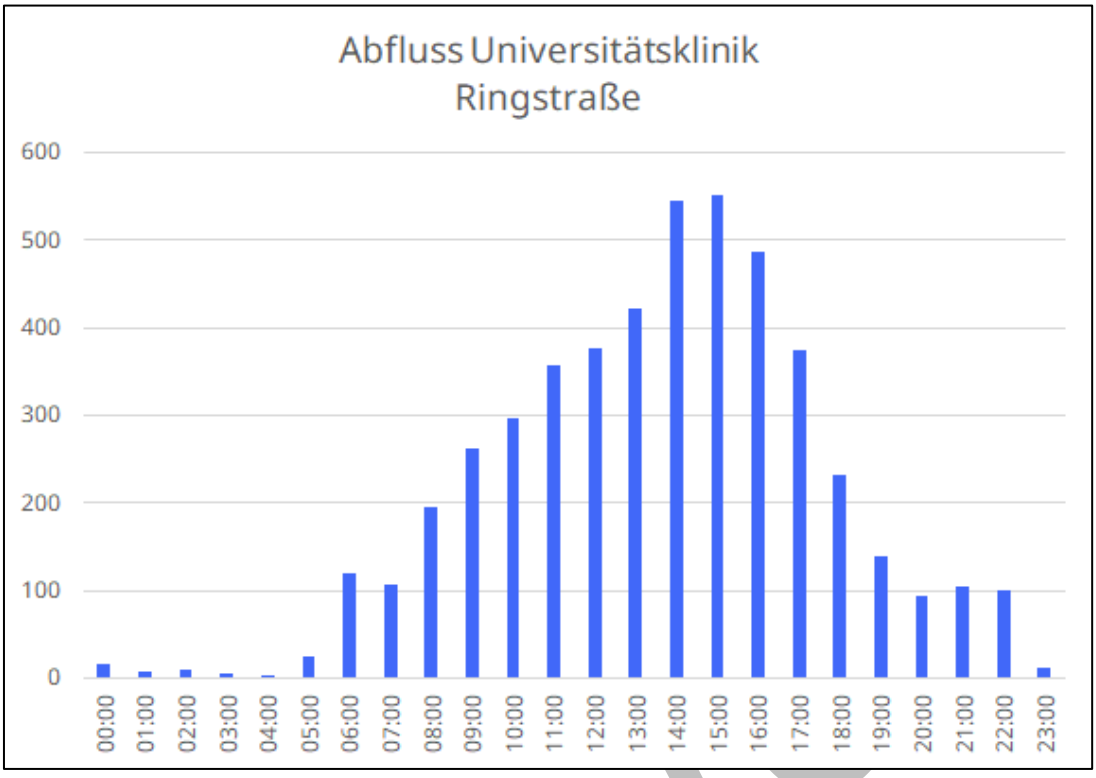


Abbildung 7: Tagesganglinie Universitätsklinik – Abfluss Ringstraße

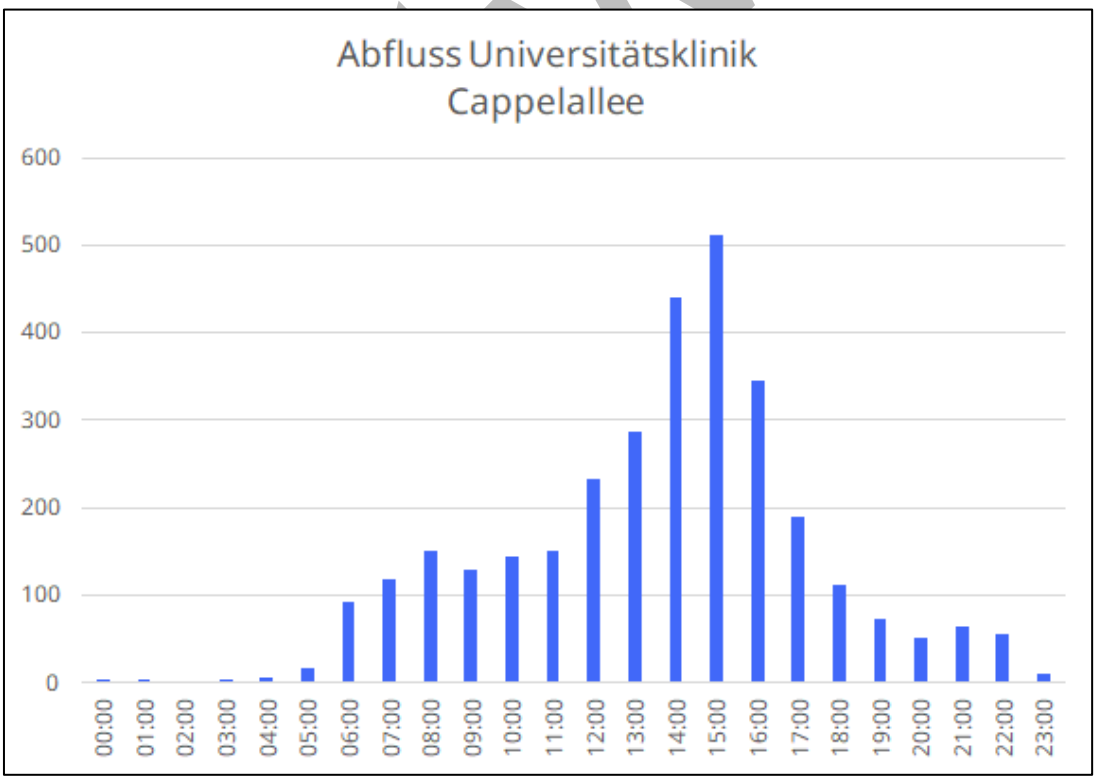


Abbildung 8: Tagesganglinie Universitätsklinik – Abfluss Cappelallee

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

3 Ermittlung Verkehrsaufkommen

Bei der Ermittlung des relevanten Verkehrsaufkommens am neuen Knoten der L 213 wird von folgenden Annahmen ausgegangen. Der „Klinik-Verkehr“ soll komplett über die neue Zufahrt an der L 213 abgewickelt werden, während der „Universitäts-Verkehr“ wie bislang die Ringstraße und die Cappelallee nutzt.

Eine differenzierte Unterscheidung des heutigen Verkehrsaufkommens in „Universitäts-Verkehr“ und „Klinik-Verkehr“ Verkehr ist aufgrund der durchgeführten mengenmäßigen Erfassung nicht möglich. Für die weitere Betrachtung werden deshalb Annahmen hinsichtlich der Aufteilung getroffen. Dabei werden zwei Varianten basierend auf der heutigen Situation betrachtet: Zum einen wird eine Aufteilung 20 % „Universitäts-Verkehr“ und 80 % „Klinik-Verkehr“ untersucht, zum anderen eine Aufteilung von 30 % „Universitäts-Verkehr“ und 70 % „Klinik-Verkehr“.

Heutige Situation:

- Cappelallee: Zufluss 2.913 Kfz/24h; Abfluss 3.206 Kfz/24h
- Ringstraße: Zufluss 5.162 Kfz/24h; Abfluss 4.851 Kfz/24h
- Institute: Zufluss 291 Kfz/24h; Abfluss 298 Kfz/24h

Variante 1 - Aufteilung 20 zu 80:

- Cappelallee: Zufluss 583 Kfz/24h; Abfluss 641 Kfz/24h
- Ringstraße: Zufluss 1.032 Kfz/24h; Abfluss 970 Kfz/24h
- L 213: Zufluss 6.460 Kfz/24h; Abfluss 6.446 Kfz/24h
- Institute: Zufluss 291 Kfz/24h; Abfluss 298 Kfz/24h (keine Veränderung)

Variante 2 - Aufteilung 30 zu 70:

- Cappelallee: Zufluss 962 Kfz/24h; Abfluss 874 Kfz/24h
- Ringstraße: Zufluss 1.549 Kfz/24h; Abfluss 1.455 Kfz/24h
- L 213: Zufluss 5.653 Kfz/24h; Abfluss 5.640 Kfz/24h
- Institute: Zufluss 291 Kfz/24h; Abfluss 298 Kfz/24h (keine Veränderung)

In Abbildung 9 ist das heutige Verkehrsaufkommen der Universitätsklinik Homburg. In Abbildung 10 und Abbildung 11 sind die Belastungen von Variante 1 und Variante 2 enthalten.

Entwurf

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

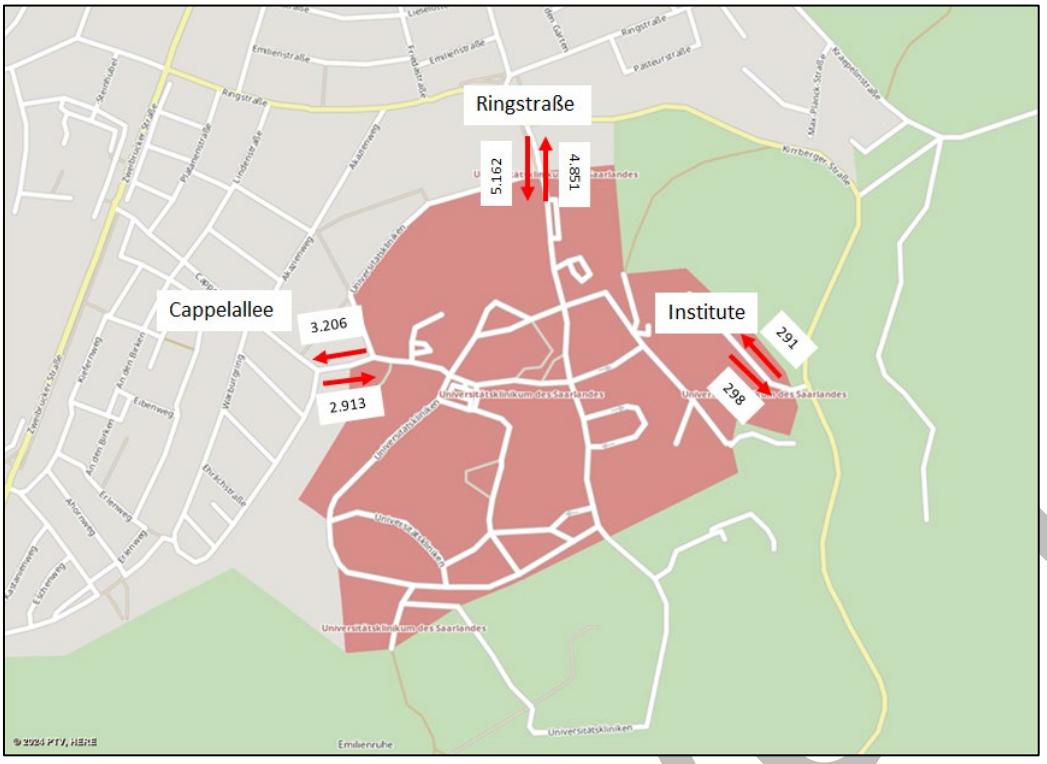


Abbildung 9: heutiges Verkehrsaufkommen Universitätsklinik

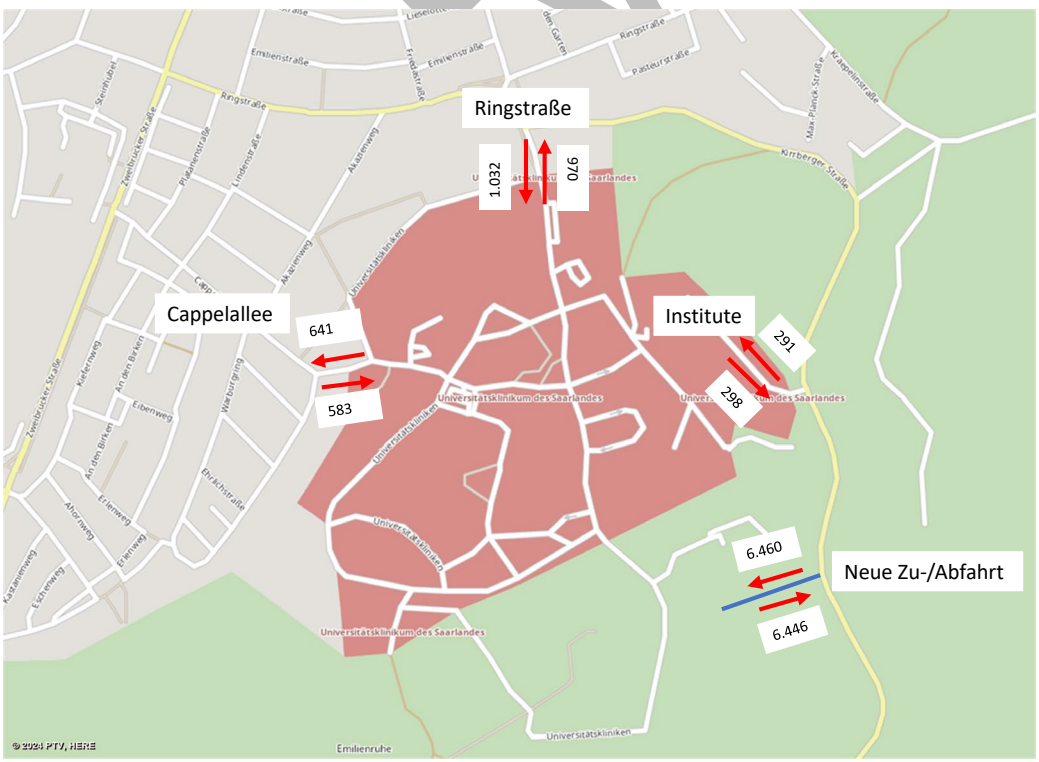


Abbildung 10: Verkehrsaufkommen Universitätsklinik – Variante 1

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

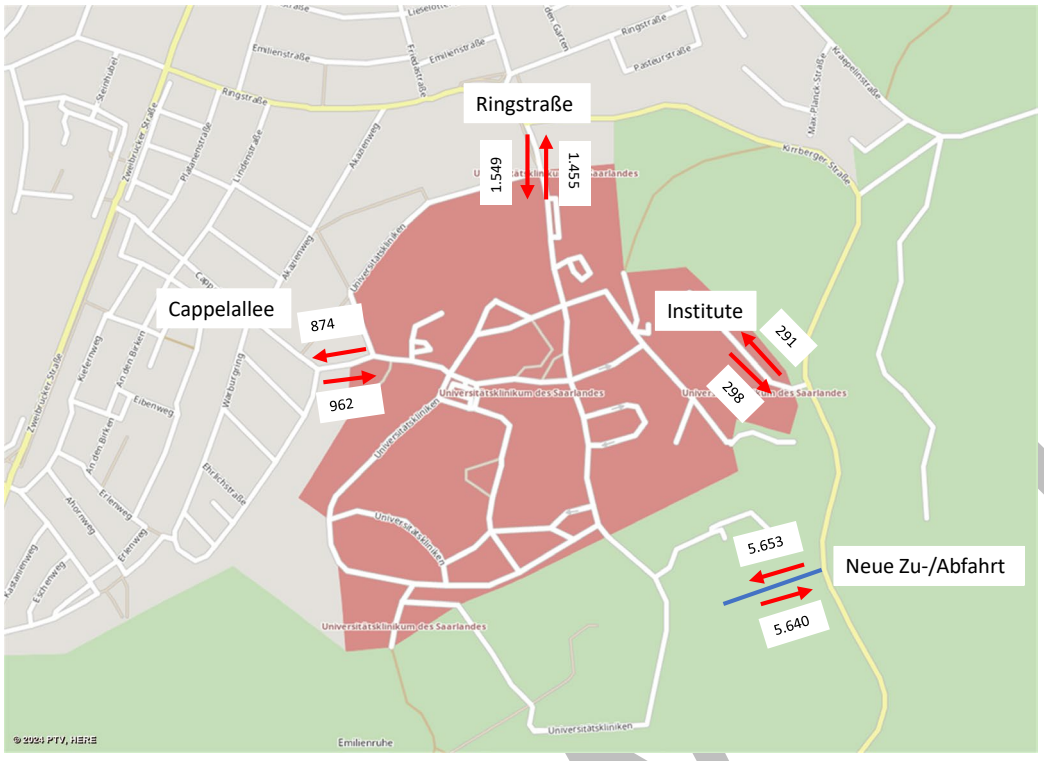


Abbildung 11: Verkehrsaufkommen Universitätsklinik – Variante 2

Entw

4 Leistungsfähigkeitsnachweise

4.1 Ermittlung Spitzenstundenbelastungen

Die Spitzenstundenbelastungen werden durch Überlagerung des Verkehrsaufkommens im Bereich der Cappelallee und der Ringstraße ermittelt. Entsprechend der Ansätze in Kapitel 3 erfolgt eine Aufteilung auf die beiden Zu- bzw. Abfahrten (Ringstraße, L 213).

Die Spitzenstundenbelastungen sind im Anhang in Kapitel 6.2 dargestellt.

4.2 Leistungsfähigkeitsbetrachtung

Die Leistungsfähigkeit des neuen Anschlussknotens an die L 213 wird nach dem Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen (HBS, 2015) berechnet. Die Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs (QSV) lassen sich auf einer Skala von A bis F bewerten. Ziel ist es gemäß dem HBS, in den Spitzenstunden mindestens die QSV D zu erreichen, die QSV E und F stellen Überlastungen bzw. einen Zusammenbruch des Verkehrs dar. Für die Gesamtbewertung eines Knotenpunkts ist stets die schlechteste Qualitätsstufe der Einzelströme maßgebend. In der folgenden Tabelle sind die Die Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs (QSV) aufgeführt.

Qualitätsstufe	Beschreibung nach dem HBS
QSV A	Die Wartezeiten sind sehr gering.
QSV B	Die Wartezeiten sind gering.
QSV C	Die Wartezeiten sind spürbar.
QSV D	Die Wartezeiten können vorübergehend hohe Werte annehmen. Der Verkehrszustand ist noch stabil.
QSV E	Die Wartezeiten nehmen sehr große und dabei stark streuende Werte an. Die Kapazität wird erreicht.
QSV F	Die Wartezeiten sind besonders hoch. Der Knotenpunkt ist überlastet.

Tabelle 2: QSV nach dem HBS 2015

Die Betrachtung der Leistungsfähigkeit des neuen Knotenpunktes erfolgt für die zwei Varianten mit verschiedenen Knotenpunktformen jeweils für die morgendliche (MSP) und abendliche (ASP) Spitzenstunde. Die Übersicht der Ergebnisse ist in Tabelle 3 dargestellt.

Variante	Knotenpunktform	QSV MSP	QSV ASP
1	Vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt	F	F
1	LSA	E	F
2	Vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt	F	F
2	LSA (optimiert)	B	C

Entwurf

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Variante	Knotenpunktform	QSV MSP	QSV ASP
2	Kreisverkehr	F	D

Tabelle 3: Übersicht QSV der Varianten und Knotenformen des neuen Knotens L 213

Die Betrachtung der Variante 1 mit der höheren Verkehrsmenge zeigt, dass der Knotenpunkt als vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt in der morgendlichen und abendlichen Spitzenstunde nicht leistungsfähig ist. Auch die Untersuchung des Knotenpunktes mit einer Lichtsignalanlage (LSA) ergibt, dass der Knoten in der morgendlichen und abendlichen Spitzenstunde nicht leistungsfähig ist.

In der Variante 2 ist der Knotenpunkt als vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt ebenfalls nicht leistungsfähig. Unter der Zuschaltung einer LSA erreichen die QSV des Knotenpunktes in der Morgenspitze die QSV B und in der Abendspitze die QSV C. Bei der Betrachtung des Knotenpunktes als Kreisverkehr ergibt sich in der Morgenspitze die QSV F und in der Abendspitze die QSV D. Der Knotenpunkt ist demnach mit der Geometrie der vorhandenen Straße ausschließlich in der Variante 2 mit einer LSA leistungsfähig.

Iterationsschritt

In der weiteren Bearbeitung durch das Planungsteam Jakobs Gänssle GmbH hat sich herausgestellt, dass sich die empfohlene Spuraufteilung an der neuen Zu- bzw. Abfahrt am neuen Knoten nur mit sehr großem Aufwand realisieren lässt. Stattdessen wird auf diesem Abschnitt ein Mischfahrstreifen vorgesehen.

Die Leistungsfähigkeitsberechnung zeigt, dass diese Lösung zwar nicht so leistungsfähig wie die Lösung mit zwei separaten Abbiegespuren, sie ist dennoch leistungsfähig. Die Morgenspitze weist die QSV B auf, die Abendspitze die QSV D.

Variante	Knotenpunktform	QSV MSP	QSV ASP
2	LSA (optimiert) - Mischfahrsteifen	B	D

Tabelle 4: Übersicht QSV LSA mit Mischfahrstreifen

Die Ergebnisse der Leistungsfähigkeitsberechnung sind im Anhang in Kapitel 6.3 enthalten.

4.3 Ausgestaltung Knoten

Aus den Berechnungen der HBS-Nachweise ergeben sich ebenfalls die Rückstaulängen der einzelnen Ströme. Diese sind in Abbildung 12 für die Variante 2 mit der Lichtsignalanlage aufgeführt. Die größte Rückstaulänge in der Morgenspitze tritt bei dem Rechtsabbieger aus Norden von der L 213 auf das Gelände des Uniklinikums mit einer Rückstaulänge von 147 m auf. In der Abendspitze hat der Linksabbieger aus dem Gelände des Uniklinikums auf die L 213 mit einer Länge von 161 m die größte Rückstaulänge.

Die Rückstaulängen bei der Lösung mit dem Mischfahrstreifen sind in Abbildung 13 dargestellt. Die Rückstaulänge auf der neuen Zu- bzw. Abfahrt nimmt in der Abendspitze um ca. 50m gegenüber der Ausgangsvariante zu. Sie beträgt nun 208m. Änderungen der Aufstelllängen in der südlichen

Entwurf

Zufahrt zum Knoten in der Abendspitze sind auf Anpassungen im Lichtsignalprogramm zurückzuführen.

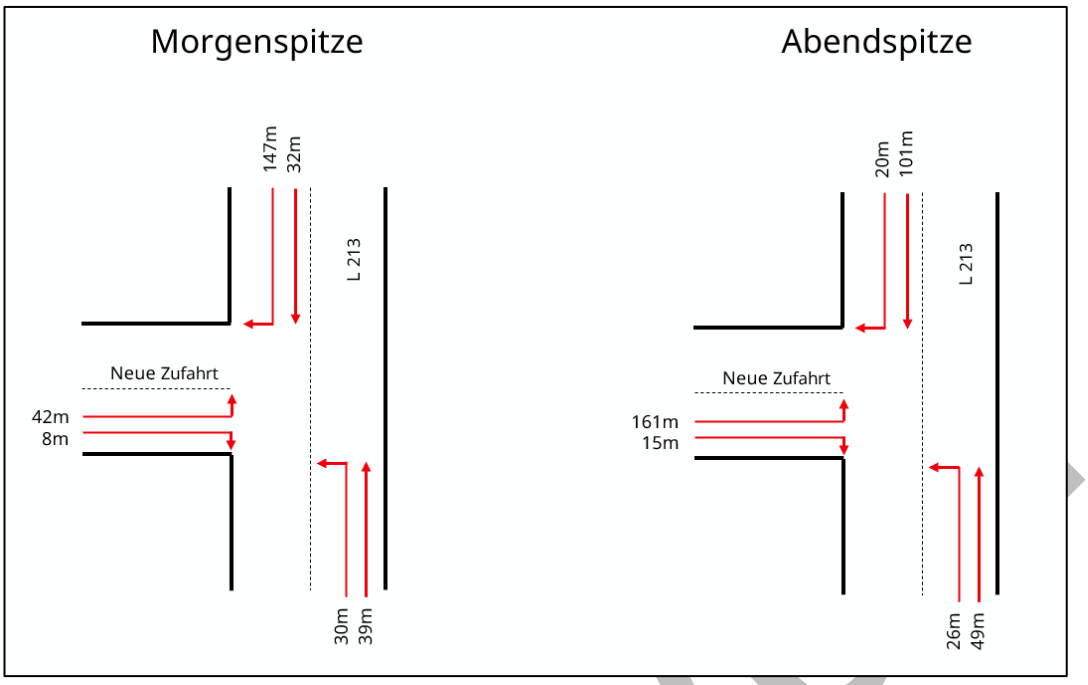


Abbildung 12: neuer Knoten L 213 – Aufstelllängen

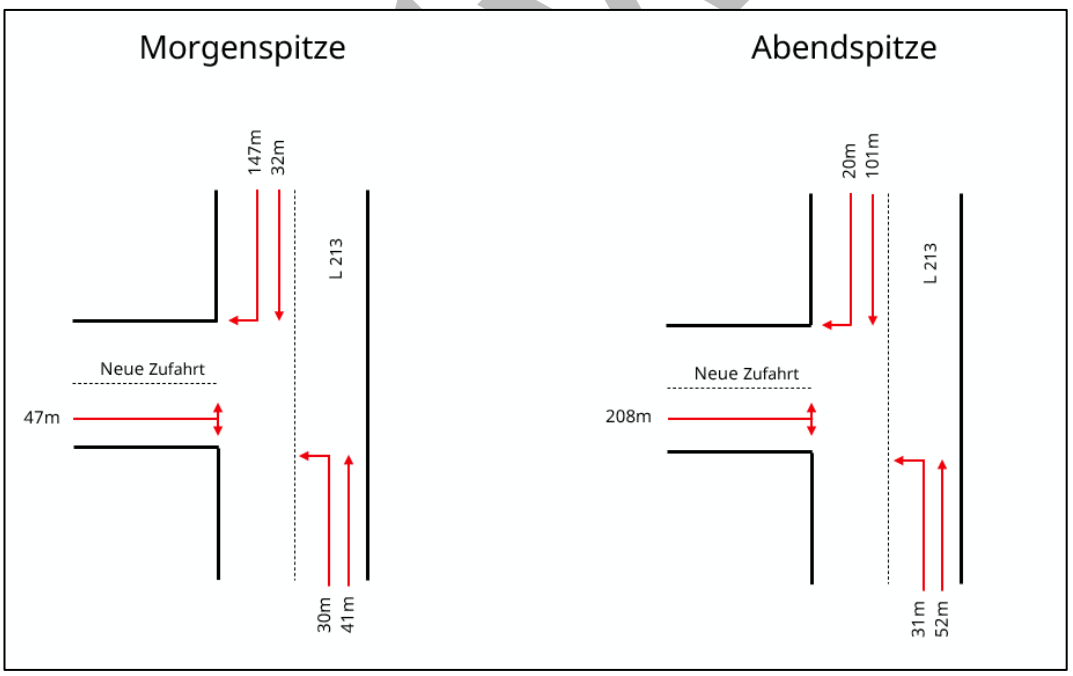


Abbildung 13: neuer Knoten L 213 – Aufstelllängen – Mischfahrstreifen aus dem Uniklinikum

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

5 Zusammenfassung

In einer umfangreichen Verkehrserhebung wurde das heutige Verkehrsaufkommen der Universitätsklinik Homburg ermittelt.

Die beiden Zu- bzw. Abfahrten Ringstraße und Cappelallee verzeichnen zusammen ein Verkehrsaufkommen von ca. 16.200 Kfz/24h, wobei davon ca. 62% auf die Ringstraße und ca. 38% auf die Cappelallee entfallen.

Für die zukünftige Erschließung ist vorgesehen, den Teil der klinischen Nutzung über eine neue Zufahrt im Bereich der L 213 zu erschließen, während die universitäre Nutzung über die Ringstraße u d die Cappelallee erschlossen wird.

Für die neue Anbindung an die L 213 werden verschiedene Abschlussformen untersucht. Dabei stellt sich heraus, dass sowohl ein vorfahrtgeregelter Knotenpunkt als auch ein Kreisverkehr an dieser Stelle nicht leistungsfähig sind. Lediglich ein lichtsignalgesteuerter Knotenpunkt kann das zu erwartende Verkehrsaufkommen leistungsfähig bewältigen.

Da die ursprüngliche Knotenpunktgestaltung mit je einem Abbiegestreifen für Links- und Rechtsabbieger auf der neuen Zu- bzw. Abfahrt entwurfstechnisch nur schwer umsetzbar ist, ist in der neuen Zu- bzw. Abfahrt ein Mischfahrstreifen vorgesehen. Auch mit dieser Lösung ist der neue Knoten leistungsfähig.

Entwurf

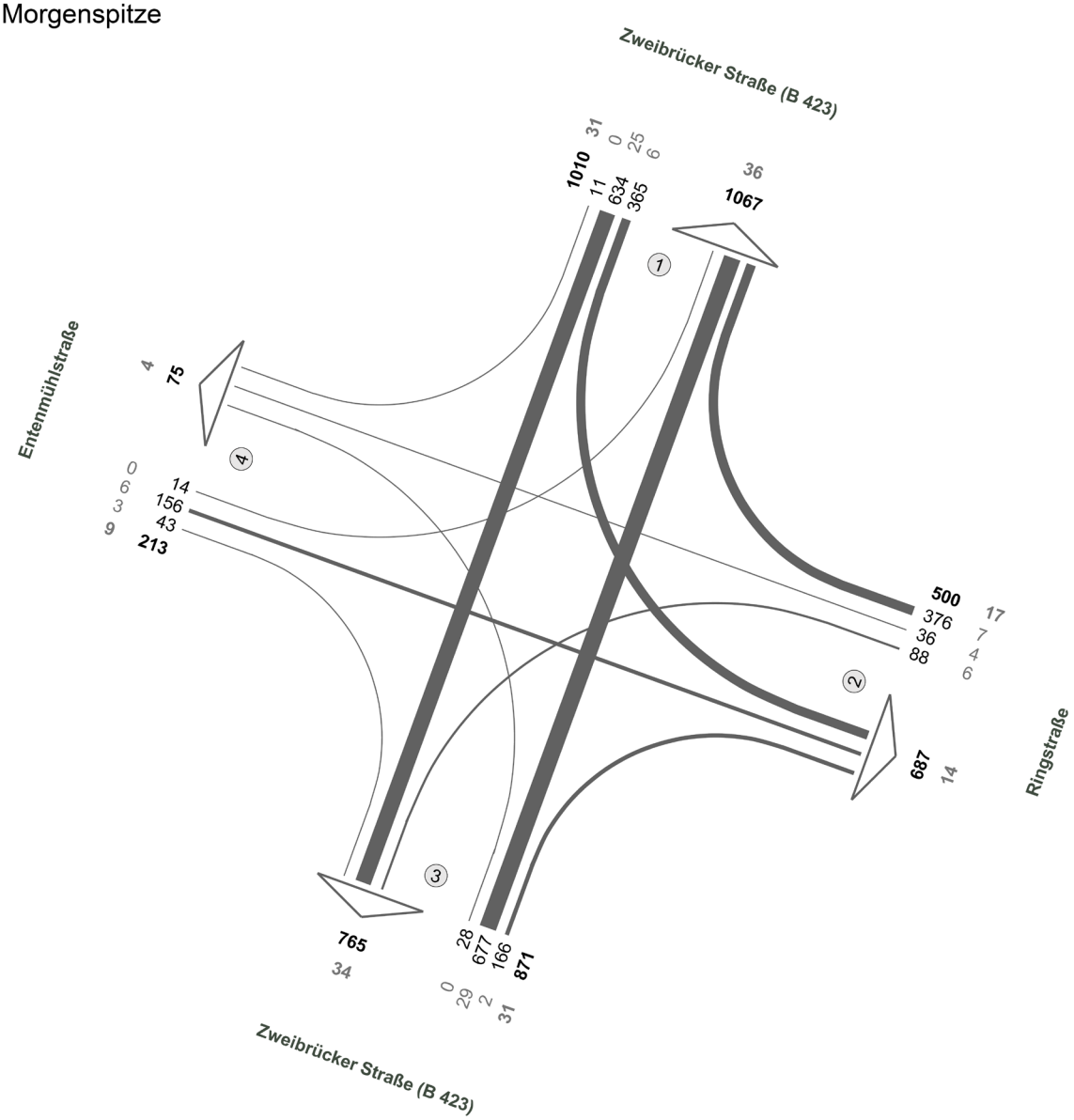
© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6 Anhang

6.1 Verkehrserhebung

6.1.1 K1 – Zweibrücker Straße (B 423) / Ringstraße

17.10.2023
07:15 - 08:15 Uhr
Morgenspitze

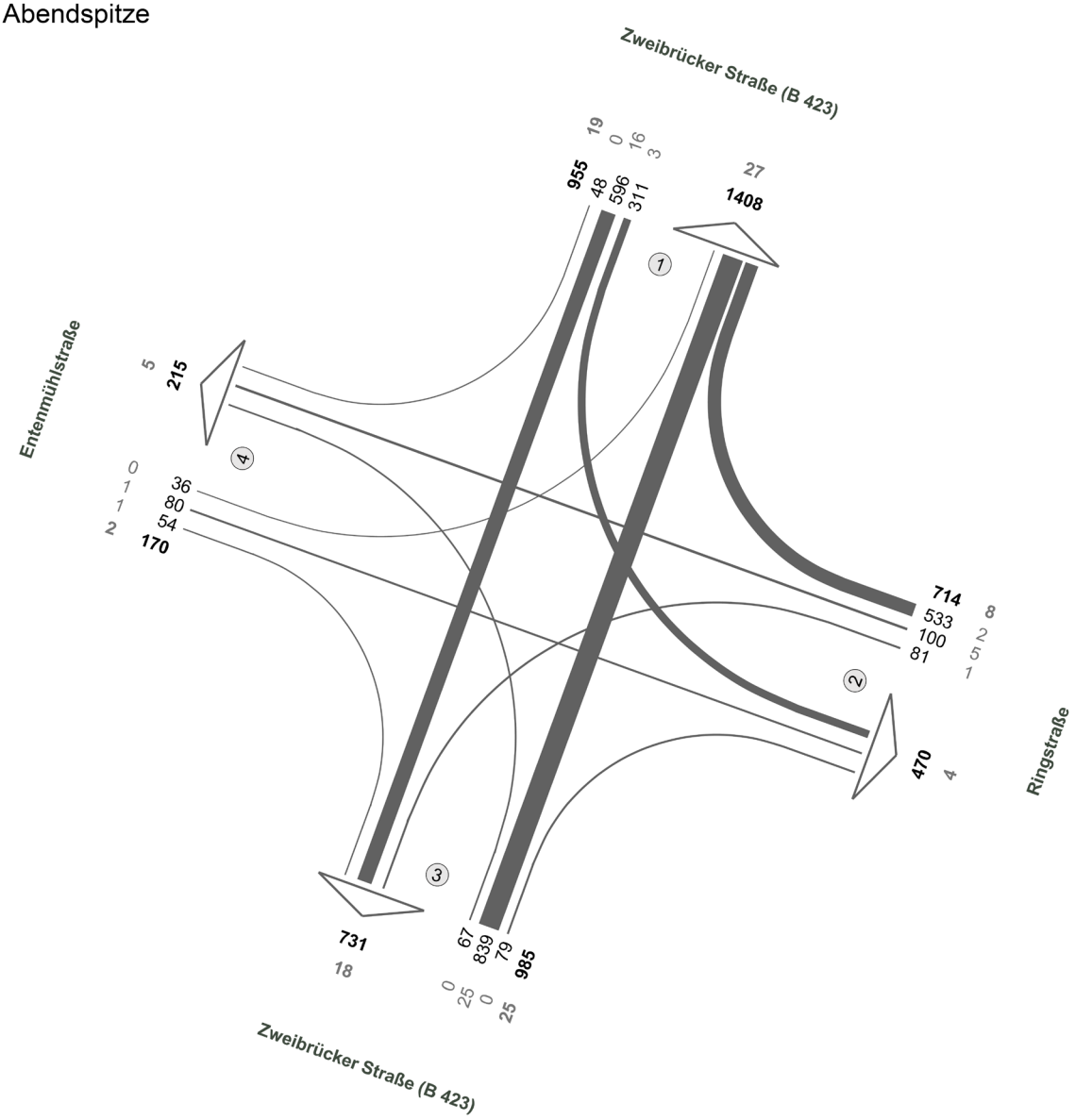


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	2077	67
Arm 2	1187	31
Arm 3	1636	65
Arm 4	288	13
Zst.: 01	**2594**	**88**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
15:15 - 16:15 Uhr
Abendspitze

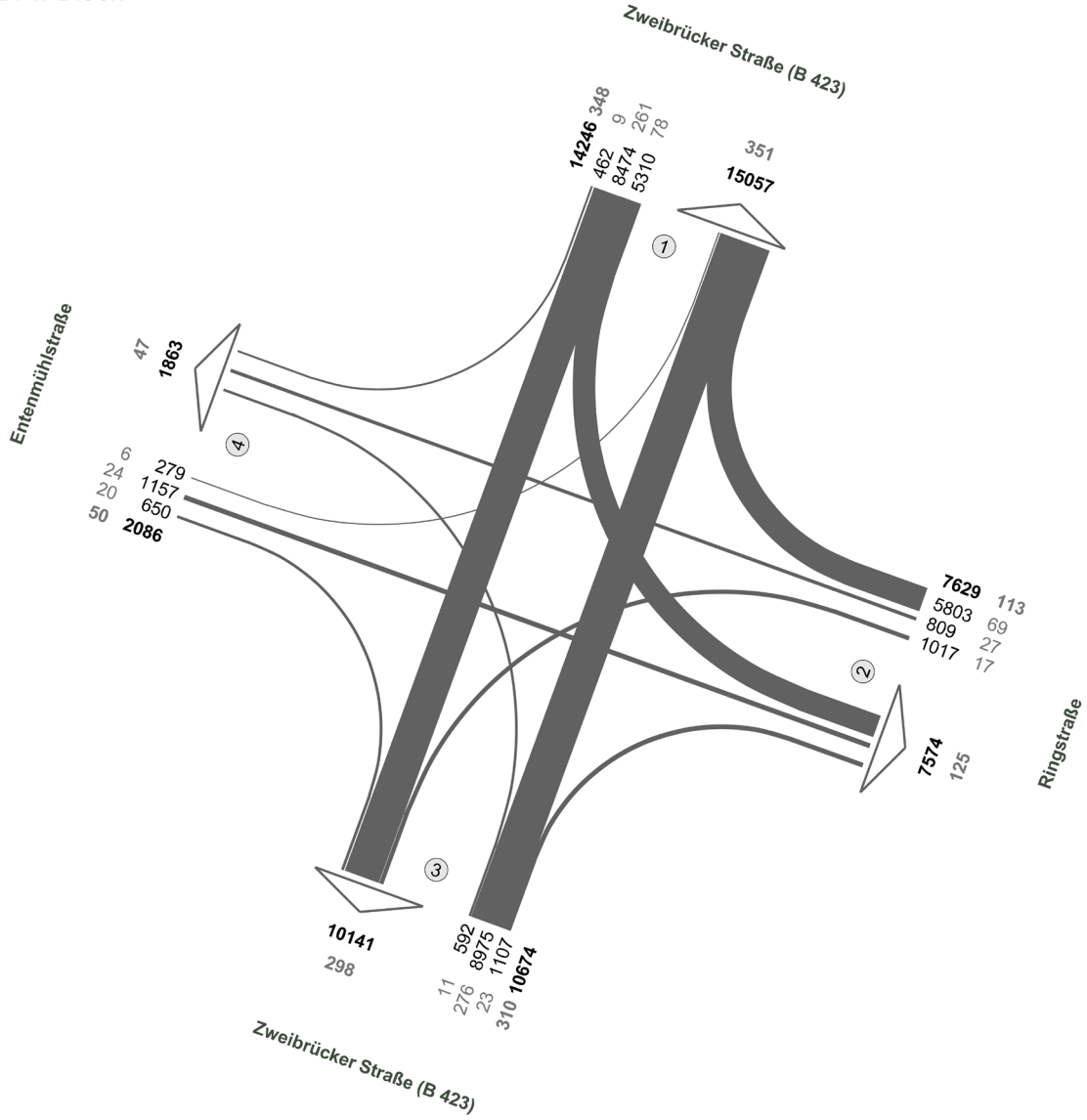


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	2363	46
Arm 2	1184	12
Arm 3	1716	43
Arm 4	385	7
Zst.: 01	**2824**	**54**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
00:00 - 24:00 Uhr
24-h-Block



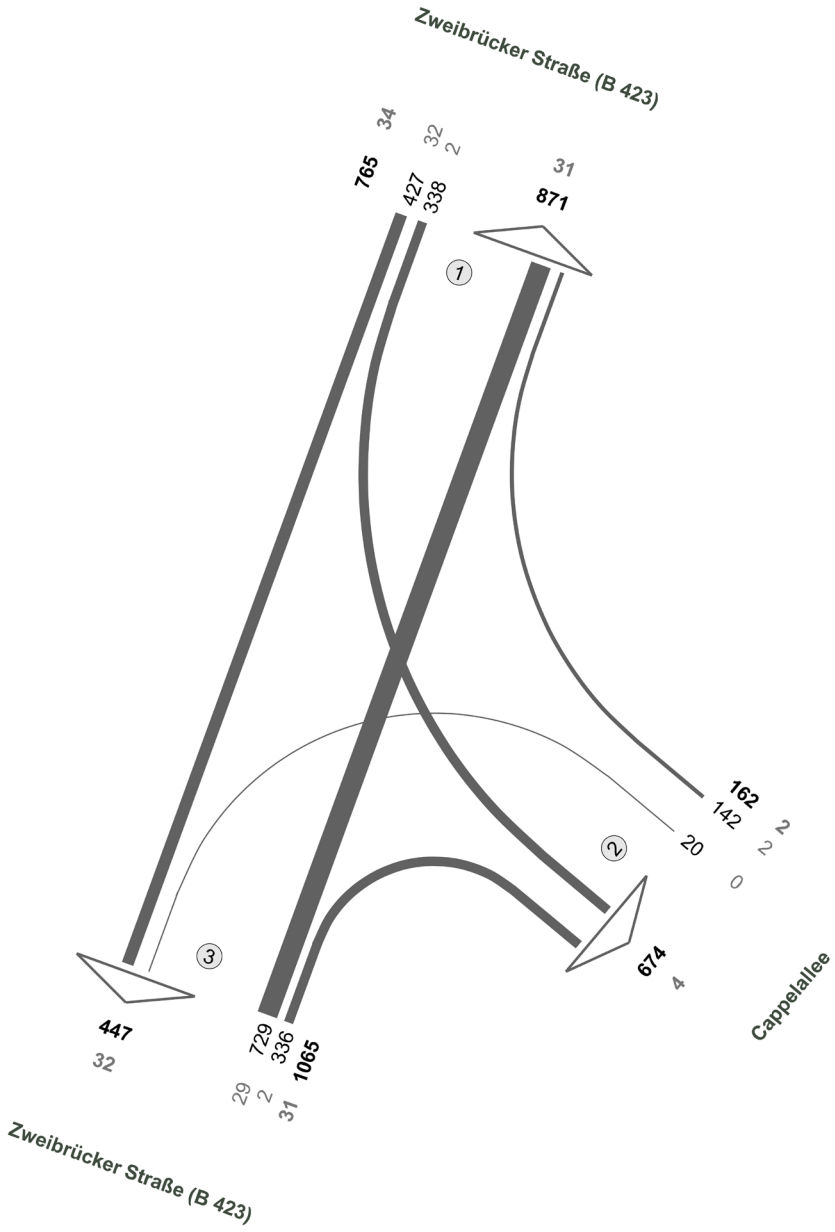
N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	29303	699
Arm 2	15203	238
Arm 3	20815	608
Arm 4	3949	97
Zst.: 01	**34635**	**821**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6.1.2 K2 – Zweibrücker Straße (B 423) / Cappelallee

17.10.2023
07:15 - 08:15 Uhr
Morgenspitze

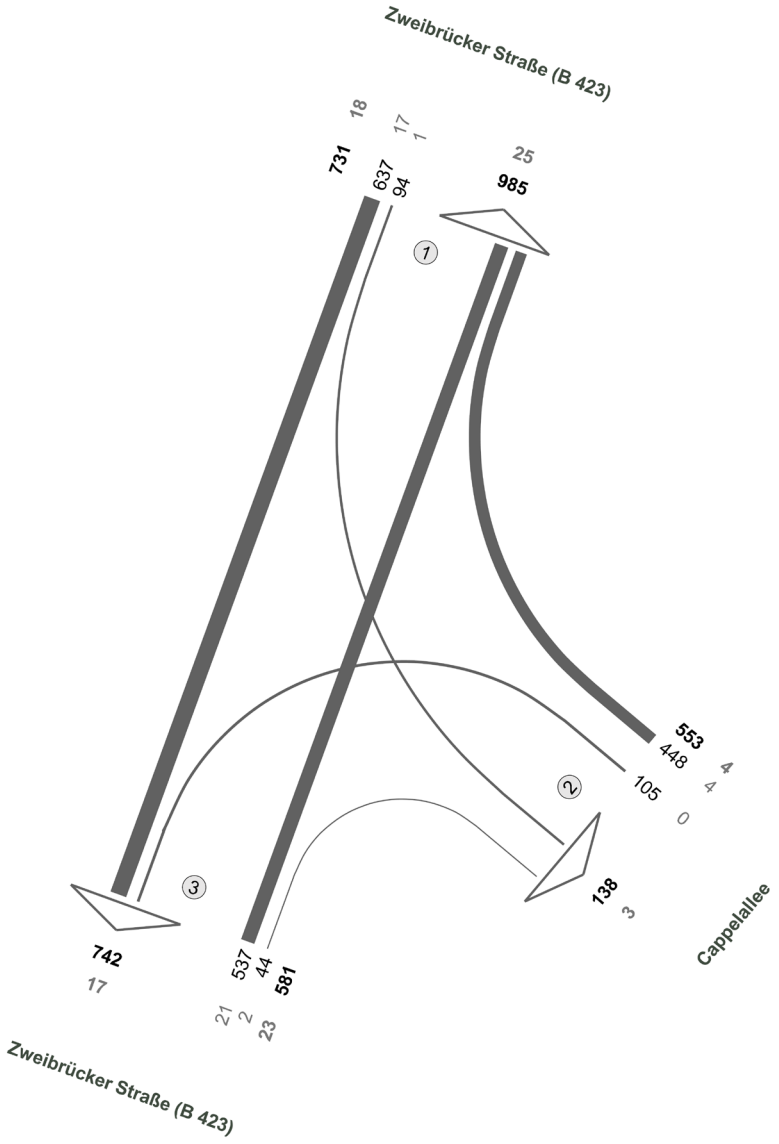


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	1636	65
Arm 2	836	6
Arm 3	1512	63
Zst.: 02	**1992**	67

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
15:15 - 16:15 Uhr
Abendspitze

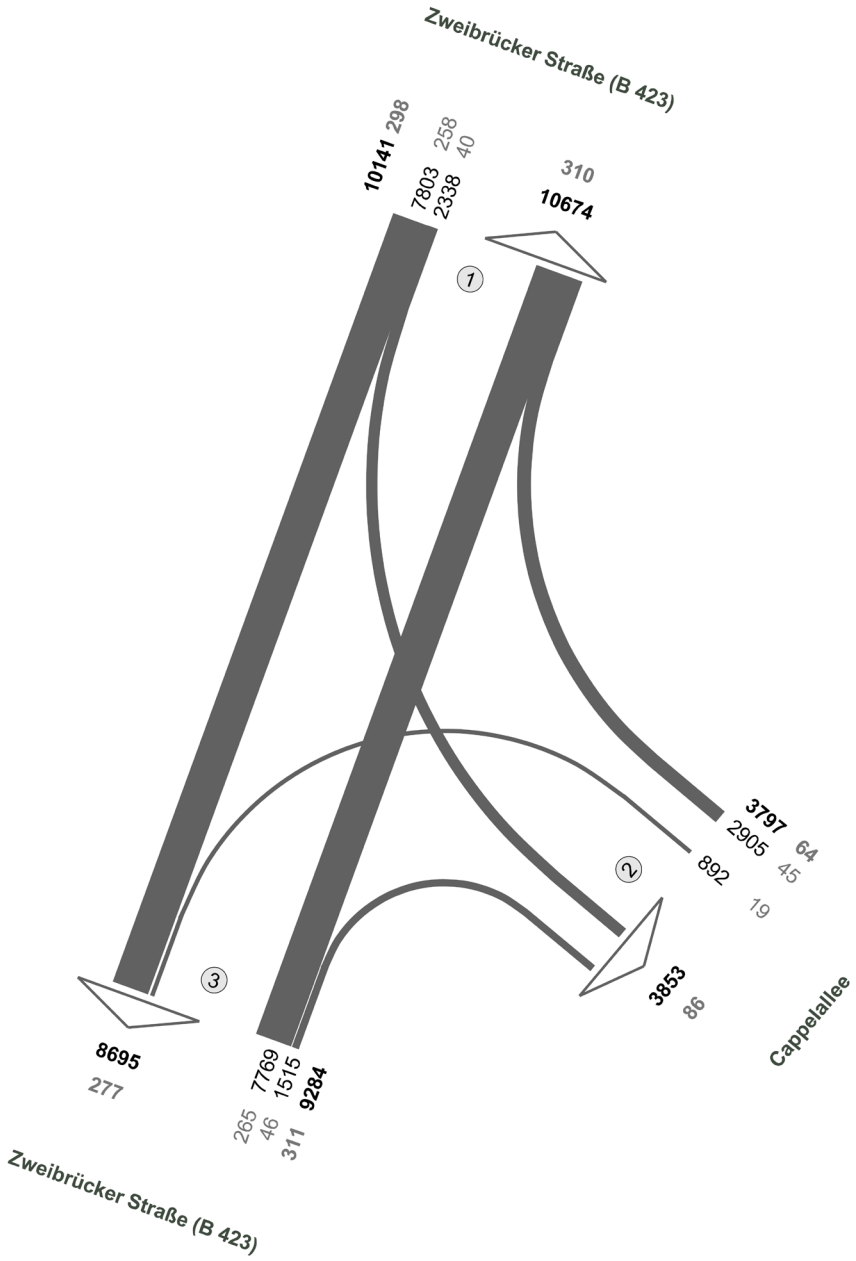


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	1716	43
Arm 2	691	7
Arm 3	1323	40
Zst.: 02	**1865**	45

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
00:00 - 24:00 Uhr
24-h-Block



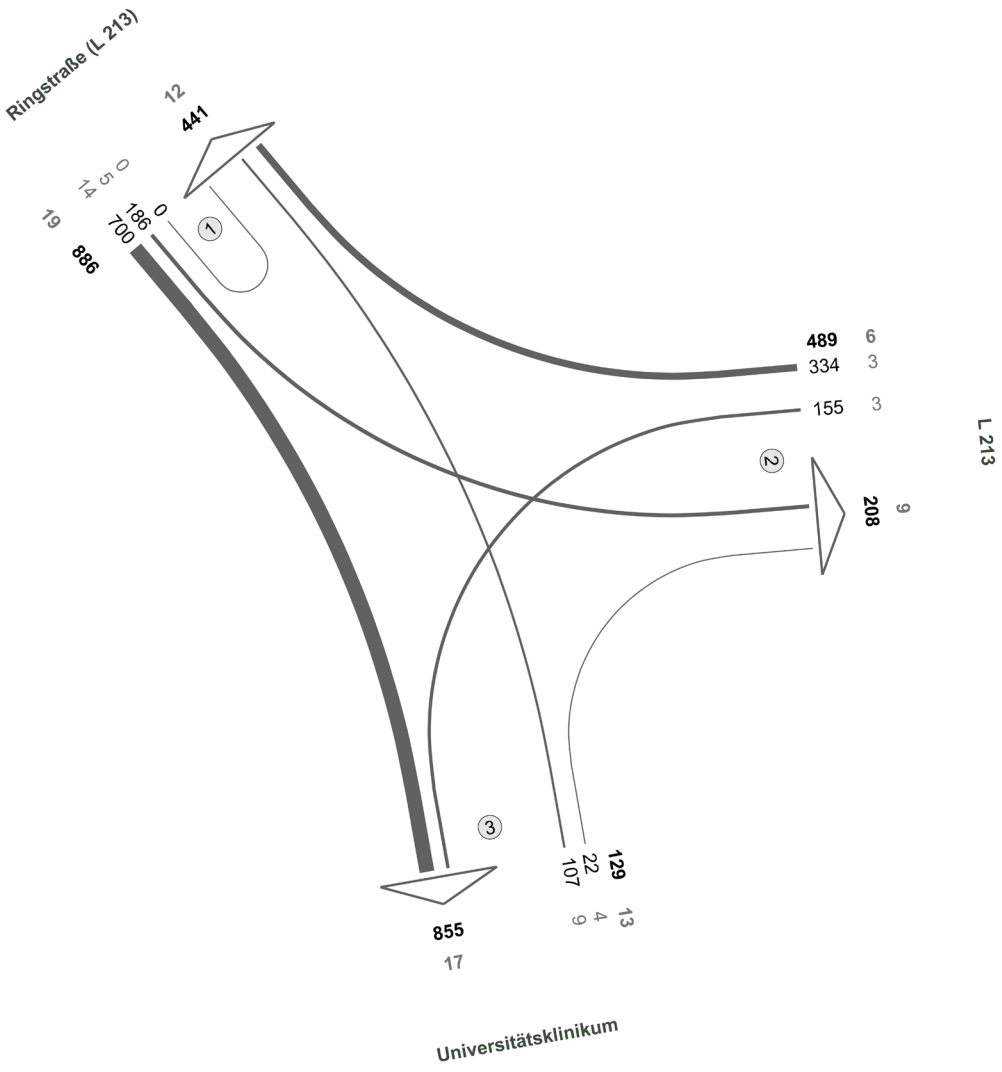
N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	20815	608
Arm 2	7650	150
Arm 3	17979	588
Zst.: 02	**23222**	**673**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6.1.3 K3 - Ringstraße (L 213) / Kirrberger Straße

17.10.2023
07:15 - 08:15 Uhr
Morgenspitze

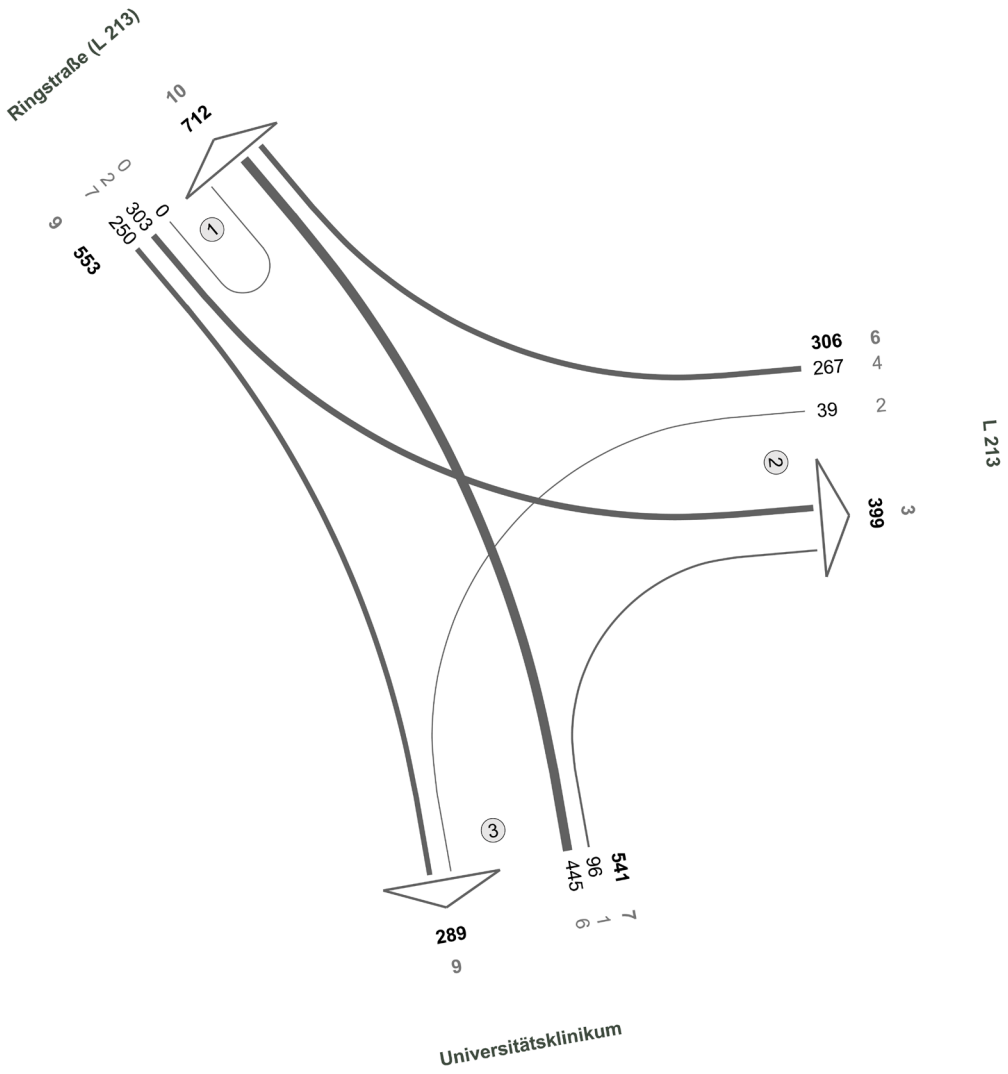


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	1327	31
Arm 2	697	15
Arm 3	984	30
Zst.: 03	**1504**	38

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
14:45 - 15:45 Uhr
Abendspitze

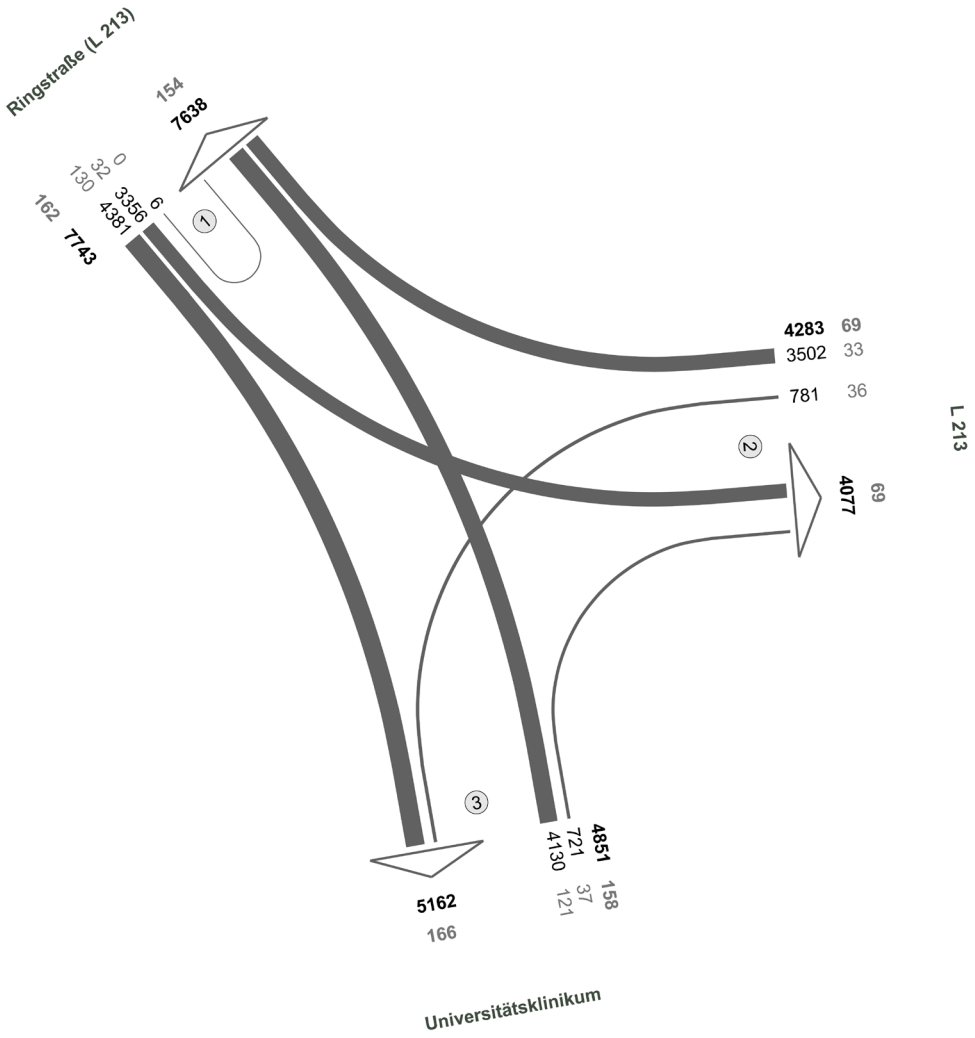


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	1265	19
Arm 2	705	9
Arm 3	830	16
Zst.: 03	**1400**	22

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
00:00 - 24:00 Uhr
24-h-Block



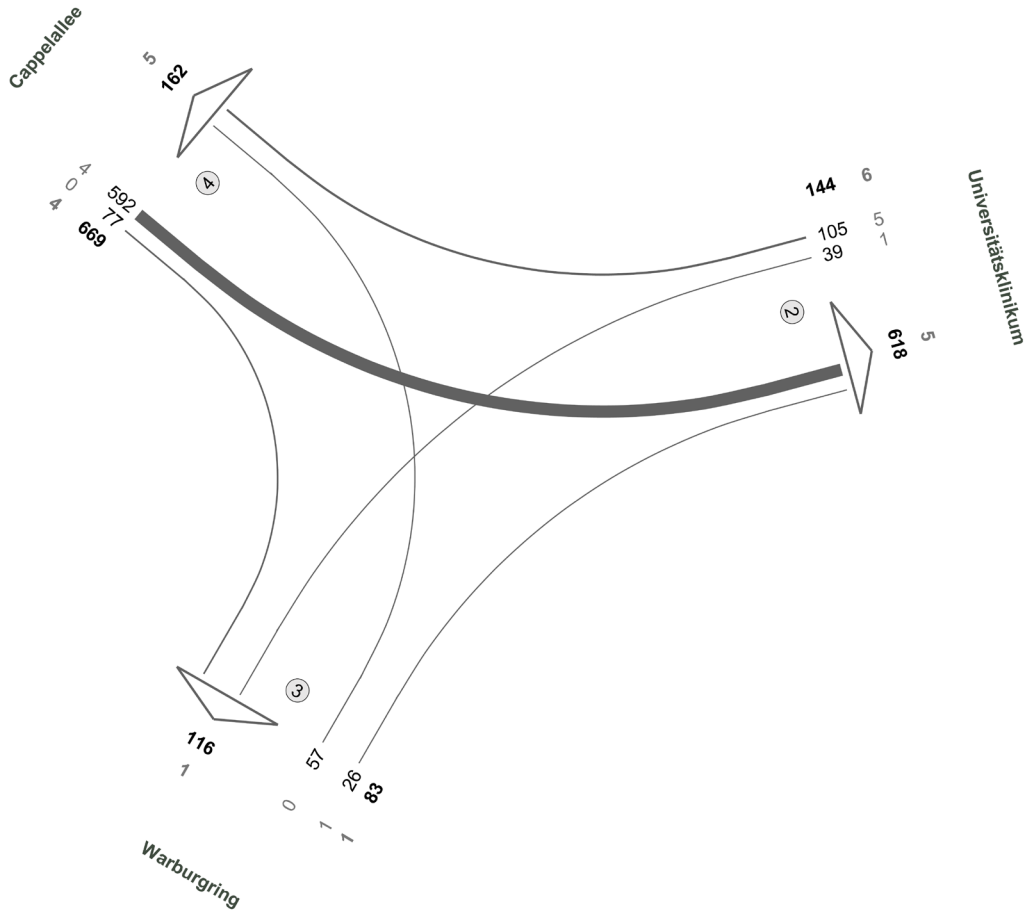
N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	15381	316
Arm 2	8360	138
Arm 3	10013	324
Zst.: 03	**16877**	389

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6.1.4 K4 - Cappelallee / Warburgring

17.10.2023
07:15 - 08:15 Uhr
Morgenspitze

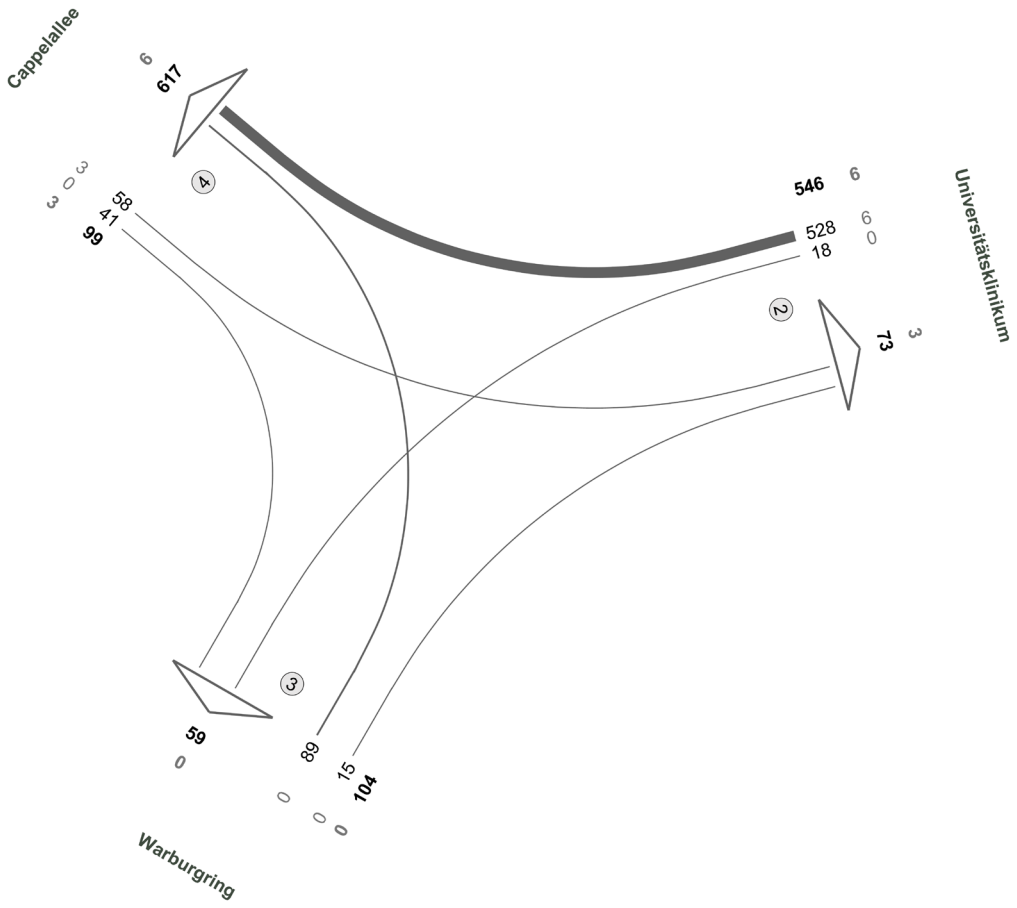


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 2	762	11
Arm 3	199	2
Arm 4	831	9
Zst.: 04	**896**	11

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
15:15 - 16:15 Uhr
Abendspitze

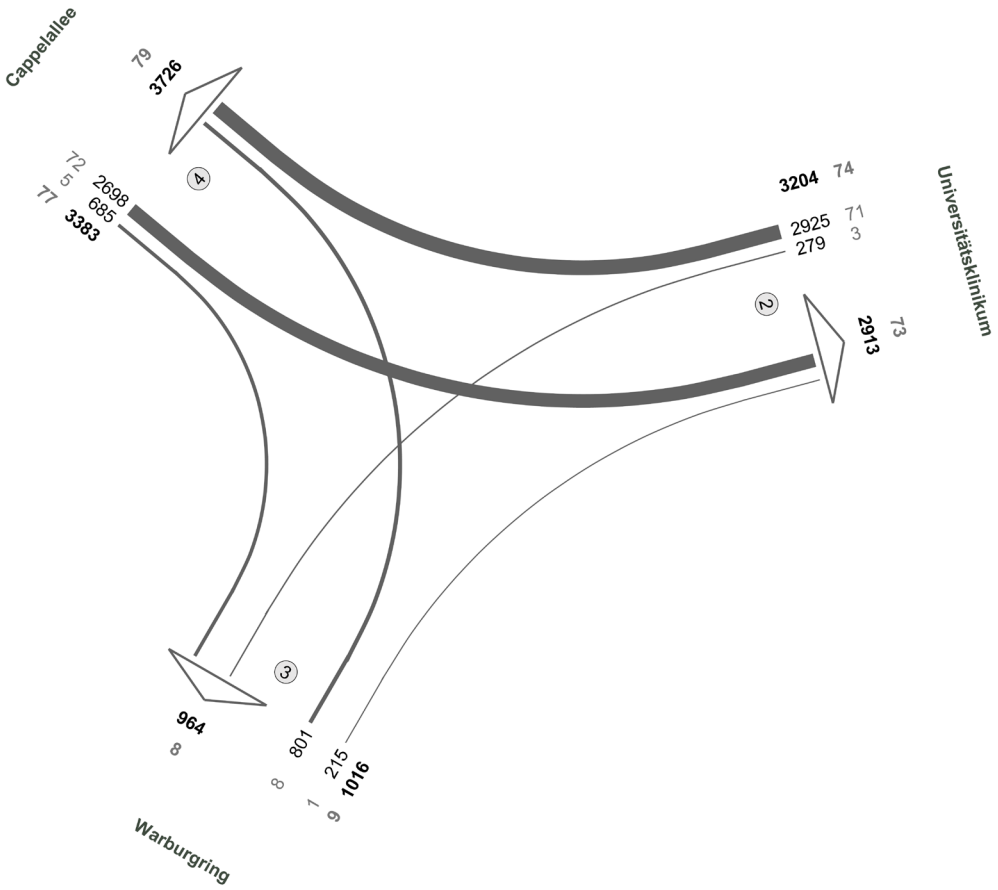


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 2	619	9
Arm 3	163	0
Arm 4	716	9
Zst.: 04	**749**	9

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
00:00 - 24:00 Uhr
24-h-Block



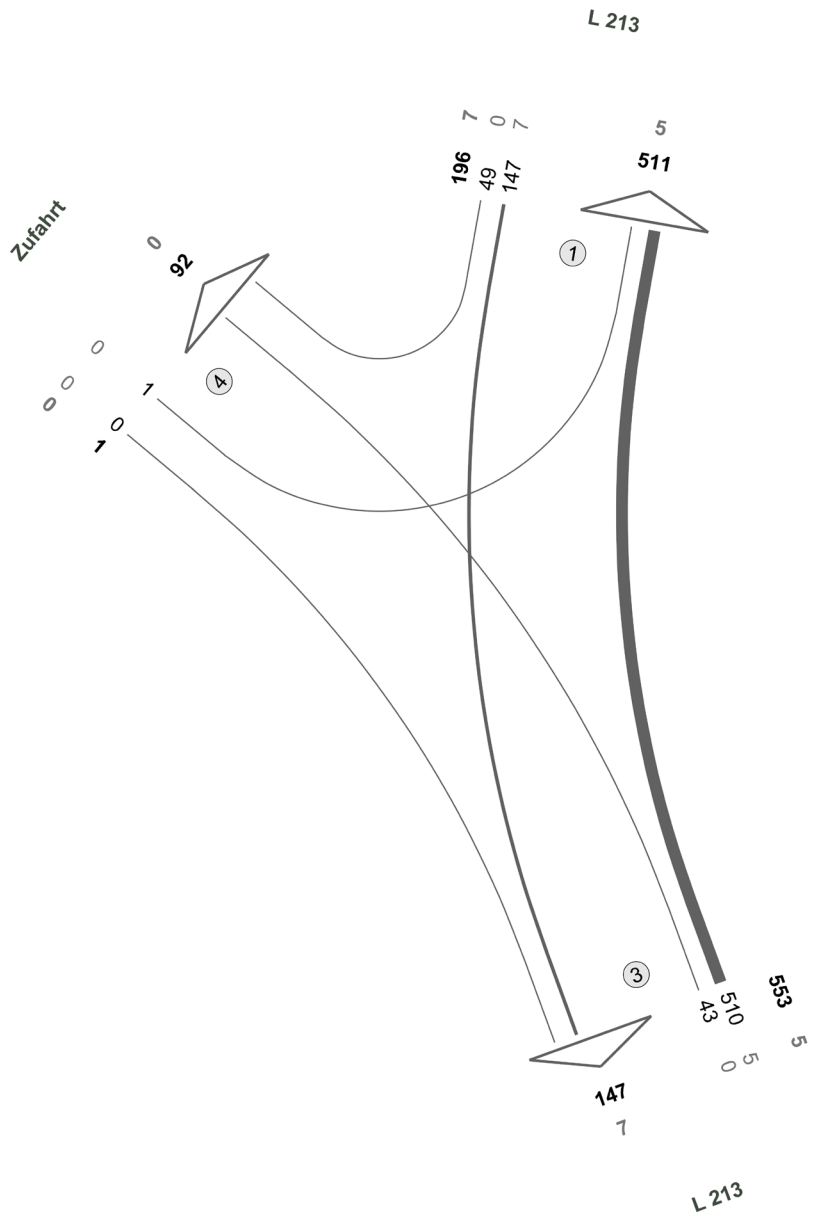
N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 2	6117	147
Arm 3	1980	17
Arm 4	7109	156
Zst.: 04	**760**3	160

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6.1.5 K5 - Kirrberger Straße (L 213) / Zufahrt Institute

17.10.2023
07:00 - 08:00 Uhr
Morgenspitze

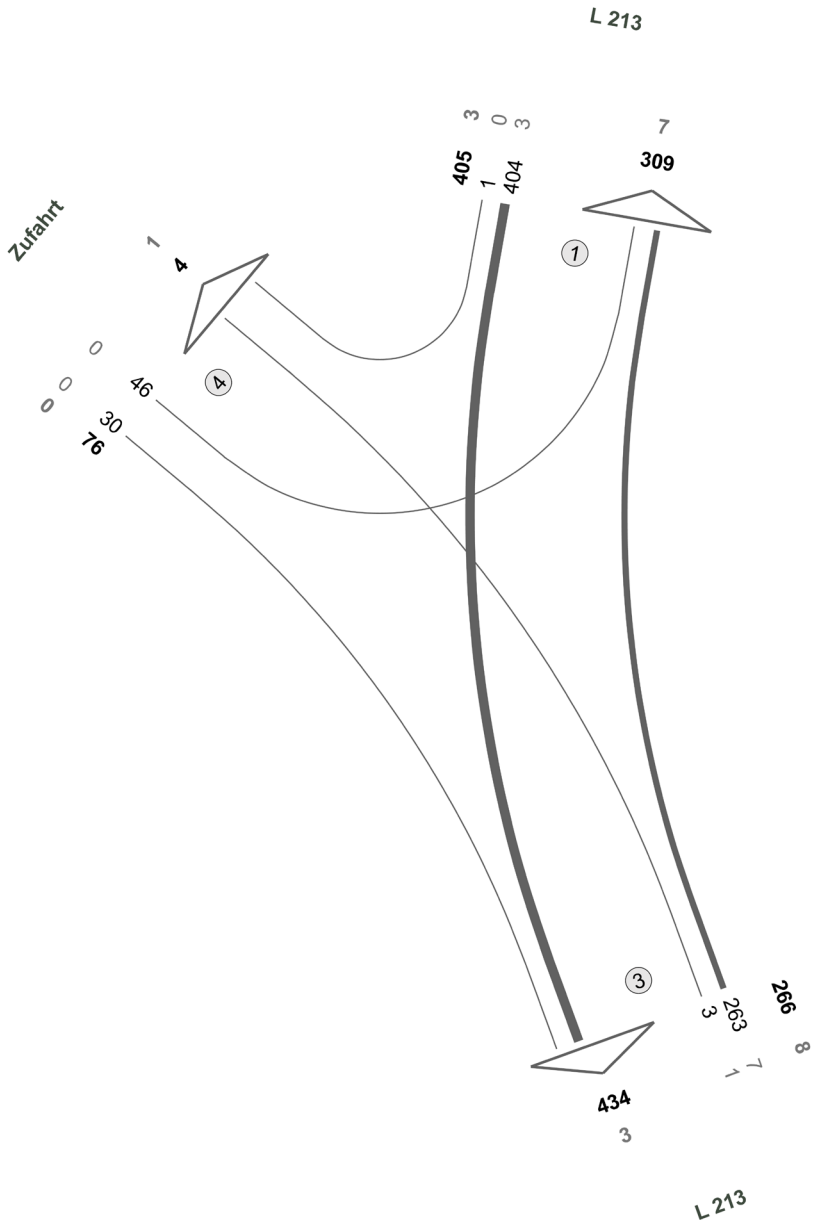


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	707	12
Arm 3	700	12
Arm 4	93	0
Zst.: 05	**750**	12

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
15:15 - 16:15 Uhr
Abendspitze

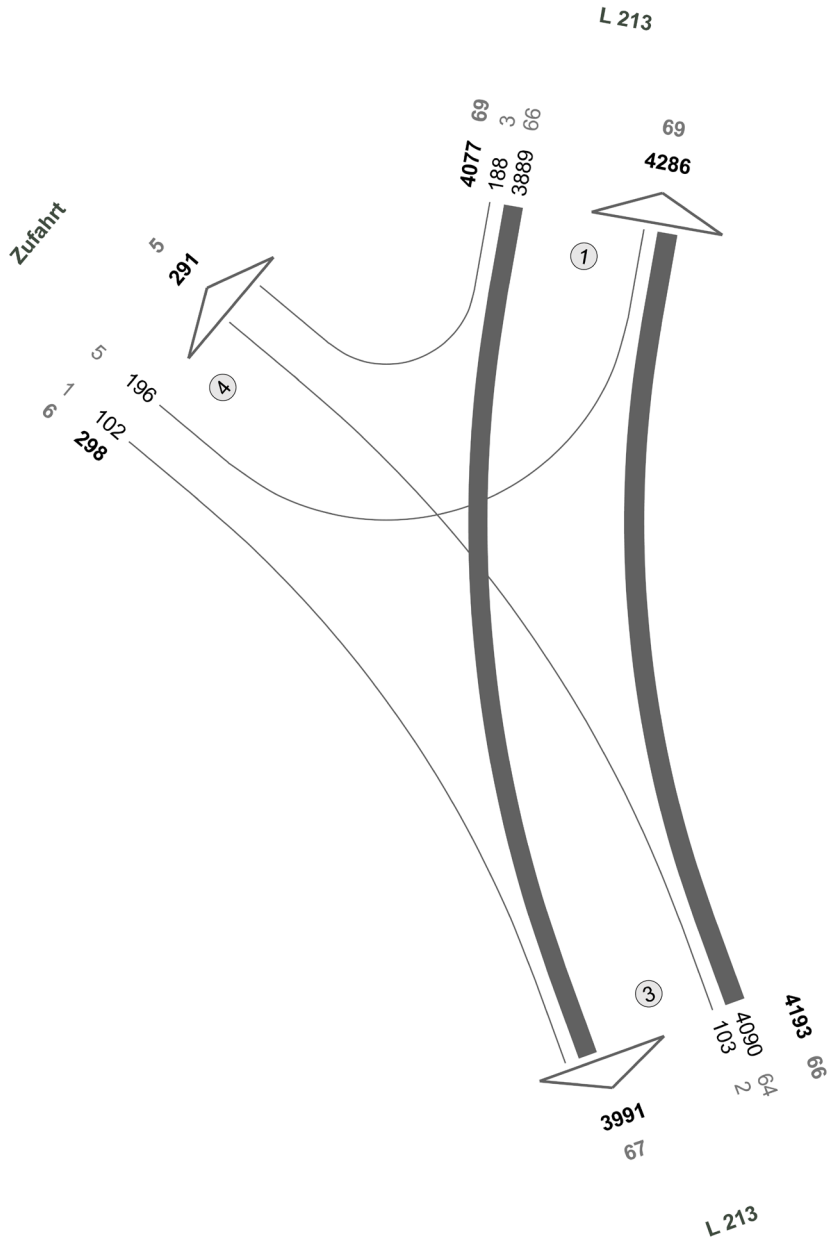


N

Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	714	10
Arm 3	700	11
Arm 4	80	1
Zst.: 05	**747**	11

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

17.10.2023
00:00 - 24:00 Uhr
24-h-Block



N

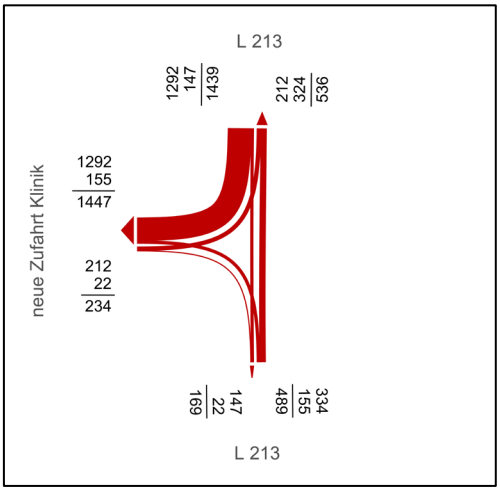
Fz-Klassen	Kfz	SV>3,5t
Arm 1	8363	138
Arm 3	8184	133
Arm 4	589	11
Zst.: 05	**856**8	**14**1

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

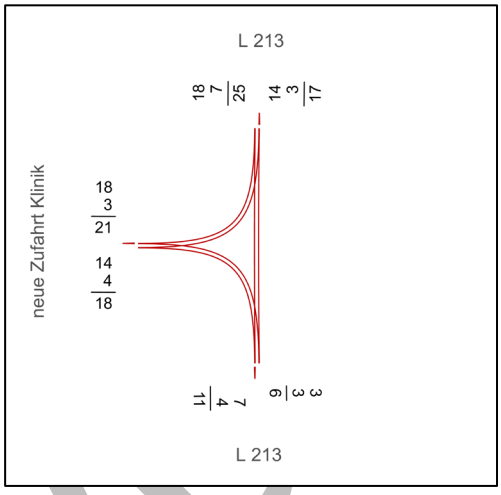
6.2 Verkehrsbelastungen (Spitzenstunden)

6.2.1 Neue Anbindung - Variante 1

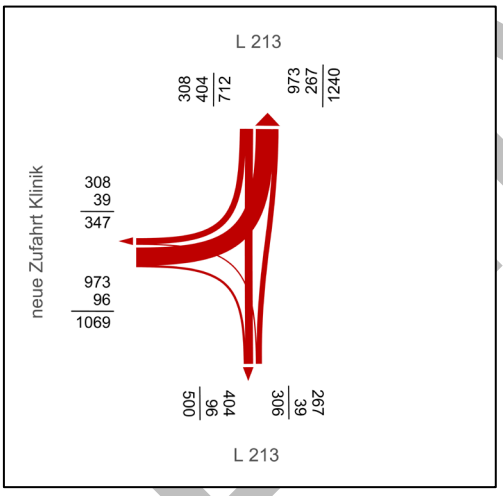
Morgendliche Spitzenstunde Kfz



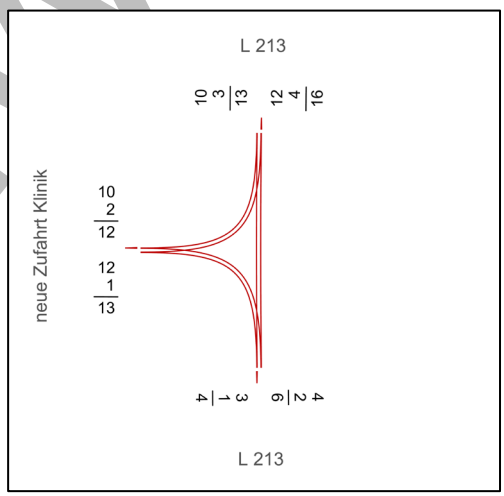
Morgendliche Spitzenstunde SV



Abendliche Spitzenstunde Kfz



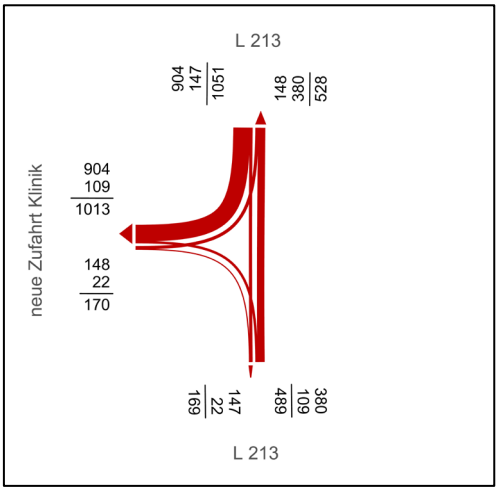
Abendliche Spitzenstunde SV



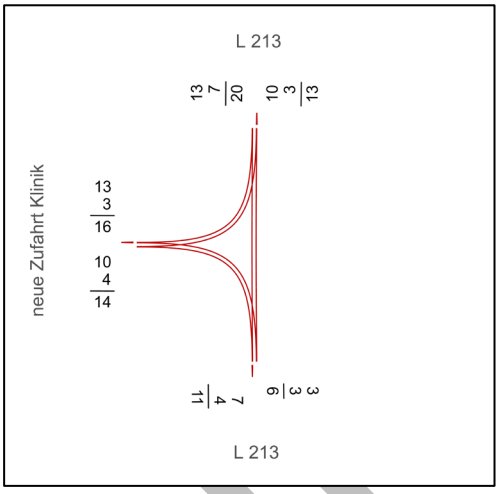
© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6.2.2 Neue Anbindung - Variante 2

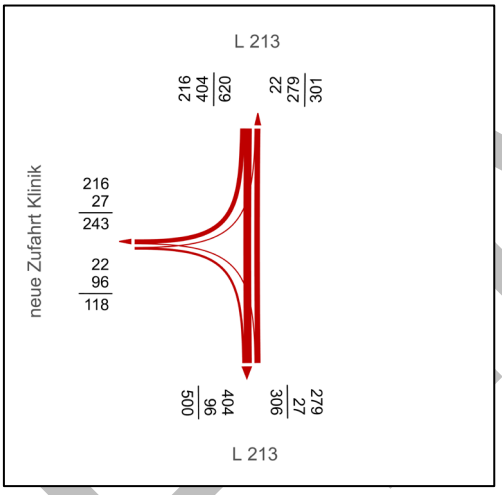
Morgendliche Spitzenstunde Kfz



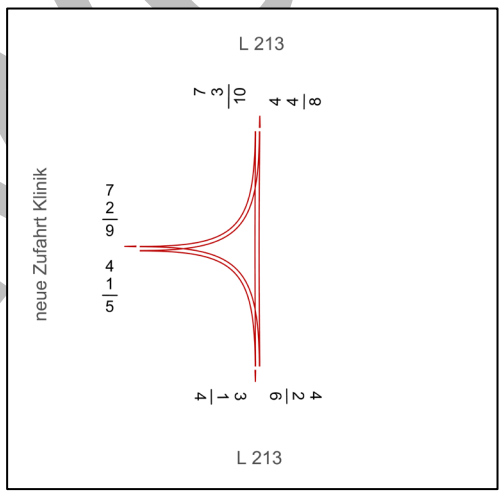
Morgendliche Spitzenstunde SV



Abendliche Spitzenstunde Kfz



Abendliche Spitzenstunde SV



Entwurf

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

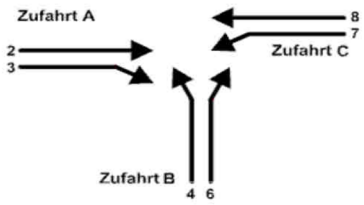
6.3 Leistungsfähigkeitsnachweise

6.3.1 Neue Anbindung - L 213 – Variante 1 – Vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt

Morgendliche Spitzenstunde

Beurteilung einer Einmündung mit Vorfahrtsregelung

außerorts, außerhalb von Ballungsräumen



Knotenpunkt:	A-C *L231*	/B *Anbindung Uniklinikum*
Verkehrsdaten:	Datum: *PF*	*Planung*
	Uhrzeit: *MSP*	
Verkehrsregelung:	Zufahrt B:	
Zielvorgaben:	Mittlere Wartezeit t_W =	*45 s*
	Qualitätsstufe:	***D***
Knotenverkehrsstärke:	*2210 Fz/h*	

Aufschlüsselung nach Fahrzeugarten: liegt vor, mit Differenzierung des Schwerverkehrs

Kapazitäten der Einzelströme

Zufahrt	Strom (Rang)	Hauptströme $q_{p,i}$ [Fz/h]	Grundkap. G_i [Pkw-E/h]	Abminderungs-faktor f_f [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	staufreier Zustand p_0
A	2 (1)	---	1800	1,000	1800	0,088	---
	3 (1)	0	1600	1,000	1600	0,824	---
B	4 (3)	1303	135	1,000	12	19,788	---
	6 (2)	809	319	1,000	319	0,088	---
C	7 (2)	1464	213	1,000	213	0,741	0,088
	8 (1)	---	1800	1,000	1800	0,188	---

Qualität der Einzel- und Mischströme

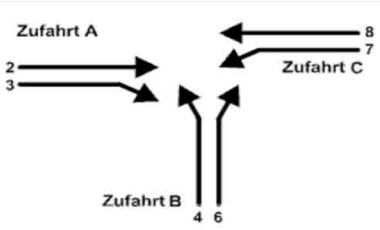
Zufahrt	Strom	Fahrzeuge $q_{Fz,i}$ [Fz/h]	Faktoren $f_{PE,i}$ [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Kapazität C_i [Fz/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	Kapazitäts-reserve R_i [Fz/h]	mittlere Wartezeit w [s]	Qualitäts-stufe QSV
A	2	154	1,023	1800	1760	0,088	1606	0,0	**A**
	3	1310	1,007	1600	1589	0,824	279	0,0	**A**
B	4	226	1,031	12	11	19,788	-215	34461,8	**F**
	6	26	1,077	319	296	0,088	270	13,3	**B**
C	7	157	1,006	213	212	0,741	55	61,3	**E**
	8	337	1,004	1800	1792	0,188	1455	0,0	**A**
A	2+3	1464	1,009	1619	1605	0,912	141	0,0	**A**
B	4+6	252	1,036	13	13	19,788	-239	34395,7	**F**
C	7+8	494	1,005	544	541	0,912	47	58,7	**E**
erreichbare Qualitätsstufe $QSV_{FZ,ges}$									**F**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Abendliche Spitzenstunde

Beurteilung einer Einmündung mit Vorfahrtsregelung

außerorts, außerhalb von Ballungsräumen



Knotenpunkt: A-C *L231* /B *Anbindung Uniklinikum M*

Verkehrsdaten: Datum: *PF* *Planung*
Uhrzeit: *ASP*

Verkehrsregelung: Zufahrt B:

Zielvorgaben: Mittlere Wartezeit t_W = *45 s*
Qualitätsstufe: ***D***

Knotenverkehrsstärke: *2119 Fz/h*

Aufschlüsselung nach Fahrzeugarten: liegt vor, mit Differenzierung des Schwerverkehrs

Kapazitäten der Einzelströme

Zufahrt	Strom (Rang)	Hauptströme $q_{p,i}$ [Fz/h]	Grundkap. G_i [Pkw-E/h]	Abminderungs-faktor f_f [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	staufreier Zustand p_0
A	2 (1)	---	1800	1,000	1800	0,227	---
	3 (1)	0	1600	1,000	1600	0,202	---
B	4 (3)	878	264	1,000	240	4,131	---
	6 (2)	566	470	1,000	470	0,207	---
C	7 (2)	725	548	1,000	548	0,077	0,910
	8 (1)	---	1800	1,000	1800	0,152	---

Qualität der Einzel- und Mischströme

Zufahrt	Strom	Fahrzeuge $q_{Fz,i}$ [Fz/h]	Faktoren $f_{PE,i}$ [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Kapazität C_i [Fz/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	Kapazitäts-reserve R_i [Fz/h]	mittlere Wartezeit w [s]	Qualitäts-stufe QSV
A	2	407	1,004	1800	1793	0,227	1386	0,0	**A**
	3	318	1,016	1600	1575	0,202	1257	0,0	**A**
B	4	985	1,006	240	238	4,131	-747	5671,4	**F**
	6	97	1,005	470	468	0,207	371	9,7	**A**
C	7	41	1,024	548	535	0,077	494	7,3	**A**
	8	271	1,007	1800	1787	0,152	1516	0,0	**A**
A	2+3	725	1,009	1706	1691	0,429	966	0,0	**A**
B	4+6	1082	1,006	263	262	4,131	-820	5668,3	**F**
C	7+8	312	1,010	1800	1783	0,175	1471	2,4	**A**
erreichbare Qualitätsstufe $QSV_{FZ,ges}$									**F**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6.3.2 Neue Anbindung - L 213 – Variante 1 – LSA

Morgendliche Spitzenstunde

Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage

Bewertung der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr

Projekt:	Uniklinikum
Stadt:	Homburg
Knotenpunkt:	KP 6
Zeitabschnitt:	MSP
Bearbeiter:	ViWo

t_U =	90	[s]	f_{in} =	1,100	[-]	T =	1,0	[h]

lfd. Nr.	Bez.	q_{Kfz}	q_S	t_F	t_F	C	x	f_A	N_{GE}	N_{MS}	S	$N_{MS,S}$	f_{SV}	L_S	t_W	QSV	Bemerkungen
		[Kfz/h]	[Kfz/h]	[s]	[s]	[Kfz/h]	[-]	[-]	[Kfz]	[Kfz]	[%]	[Kfz]	[-]	[m]	[s]	[-]	
		{1}	{2}	{3}	{4}	{5}	{6}	{7}	{8}	{9}	{10}	{11}	{12}	{13}	{14}	{15}	{16}	{17}
Phase 1																	
1	K2	154	1921	49		1067	0,144	0,556	0,094	1,954		3,927	1,041	25	10,0	A	
2	K8	337	1984	49	65	1455	0,232	0,733	0,171	2,877		5,270	1,008	32	4,3	A	
3	K3	1310	1838	49	67	1389	0,943	0,756	23,946	51,824		61,981	1,012	376	71,4	E	
4																	
5																	
6																	
7																	
Phase 2																	
8	K4	226	1762	11		235	0,962	0,133	8,299	13,916		19,179	1,056	121	165,9	E	
9	K6	26	1634	11	27	508	0,051	0,311	0,030	0,485		1,467	1,138	10	21,9	B	
10																	
11																	
12																	
13																	
14																	
Phase 3																	
15	K7	158	1829	9		203	0,777	0,111	2,321	6,164		9,666	1,017	59	80,0	E	
16																	
17																	
18																	
19																	
Phase 4																	
20																	
21																	
22																	
23																	
24																	
Phase 5																	
25																	
26																	
27																	
28																	
29																	
Phase 6																	
30																	
31																	
32																	
33																	
34																	
Knotenpunkt																	
Summe:		2211				4858											
gew. Mittelwert:							0,759								66,6		
Maximum:							0,962							376	165,9	E	

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Abendliche Spitzenstunde

Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage

Bewertung der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr

Projekt:	Uniklinikum
Stadt:	Homburg
Knotenpunkt:	KP 6
Zeitabschnitt:	ASP
Bearbeiter:	ViWo

t_U =	90	[s]	f_{in} =	1,100	[-]	T =	1,0	[h]

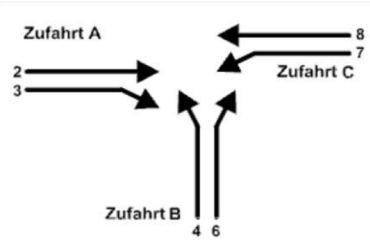
lfd. Nr.	Bez.	q_{Kfz}	q_S	t_F	t_F	C	x	f_A	N_{GE}	N_{MS}	S	$N_{MS,S}$	f_{SV}	L_S	t_W	QSV	Bemerkungen
		[Kfz/h]	[Kfz/h]	[s]	[s]	[Kfz/h]	[-]	[-]	[Kfz]	[Kfz]	[%]	[Kfz]	[-]	[m]	[s]	[-]	
	{1}	{2}	{3}	{4}	{5}	{6}	{7}	{8}	{9}	{10}	{11}	{12}	{13}	{14}	{15}	{16}	{17}
Phase 1																	
1	K2	407	1987	18		419	0,970	0,211	13,137	23,232		30,032	1,007	181	148,0	E	
2	K8	271	1974	18	30	680	0,399	0,344	0,389	5,537		8,857	1,013	54	24,5	B	
3	K3	318	1809	18	71	1447	0,220	0,800	0,159	2,088		4,127	1,028	25	2,6	A	
4																	
5																	
6																	
7																	
Phase 2																	
8	K4	985	1840	46		961	1,025	0,522	39,492	64,117		75,414	1,011	457	169,4	F	
9	K6	97	1843	46	58	1208	0,080	0,656	0,048	0,930		2,291	1,009	14	5,8	A	
10																	
11																	
12																	
13																	
14																	
Phase 3																	
15	K7	41	1782	5		119	0,345	0,067	0,302	1,281		2,878	1,044	18	49,3	C	
16																	
17																	
18																	
19																	
Phase 4																	
20																	
21																	
22																	
23																	
24																	
Phase 5																	
25																	
26																	
27																	
28																	
29																	
Phase 6																	
30																	
31																	
32																	
33																	
34																	
Knotenpunkt																	
Summe:		2119				4835											
gew. Mittelwert:							0,757								111,9		
Maximum:							1,025							457	169,4	F	

E

6.3.3 Neue Anbindung - L 213 – Variante 2 – Vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt

Morgendliche Spitzenstunde

Beurteilung einer Einmündung mit Vorfahrtsregelung



außerorts, innerhalb von Ballungsräumen

Knotenpunkt: *L231* A-C /B *Anbindung Uniklinikum*

Verkehrsdaten: Datum: *PF* *Planung*
Uhrzeit: *MSP*

Verkehrsregelung: Zufahrt B:

Zielvorgaben: Mittlere Wartezeit t_W = *45 s*
Qualitätsstufe: ***D***

Knotenverkehrsstärke: *1750 Fz/h*

Aufschlüsselung nach Fahrzeugarten: liegt vor, mit Differenzierung des Schwerverkehrs

Kapazitäten der Einzelströme

Zufahrt	Strom (Rang)	Hauptströme $q_{p,i}$ [Fz/h]	Grundkap. G_i [Pkw-E/h]	Abminderungs-faktor f_f [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	staufreier Zustand p_0
A	2 (1)	---	1800	1,000	1800	0,088	---
	3 (1)	0	1600	1,000	1600	0,577	---
B	4 (3)	1108	235	1,000	149	1,092	---
	6 (2)	613	500	1,000	500	0,056	---
C	7 (2)	1071	397	1,000	397	0,286	0,636
	8 (1)	---	1800	1,000	1800	0,214	---

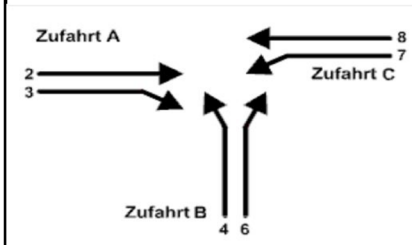
Qualität der Einzel- und Mischströme

Zufahrt	Strom	Fahrzeuge $q_{Fz,i}$ [Fz/h]	Faktoren $f_{PE,i}$ [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Kapazität C_i [Fz/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	Kapazitäts-reserve R_i [Fz/h]	mittlere Wartezeit w [s]	Qualitäts-stufe QSV
A	2	154	1,023	1800	1760	0,088	1606	0,0	**A**
	3	917	1,007	1600	1589	0,577	672	0,0	**A**
B	4	158	1,032	149	145	1,092	-13	344,2	**F**
	6	26	1,077	500	465	0,056	439	8,2	**A**
C	7	112	1,013	397	392	0,286	280	12,9	**B**
	8	383	1,004	1800	1793	0,214	1410	0,0	**A**
A	2+3	1071	1,009	1626	1611	0,665	540	0,0	**A**
B	4+6	184	1,038	175	168	1,092	-16	325,6	**F**
C	7+8	495	1,006	1369	1361	0,364	866	4,2	**A**
erreichbare Qualitätsstufe $QSV_{FZ,ges}$									**F**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Abendliche Spitzenstunde

Beurteilung einer Einmündung mit Vorfahrtsregelung



Knotenverkehrsstärke: *1728 Fz/h*

außerorts, außerhalb von Ballungsräumen

Knotenpunkt:	A-C *L231*	/B *Anbindung Uniklinikum M*
Verkehrsdaten:	Datum: *PF*	*Planung*
	Uhrzeit: *ASP*	
Verkehrsregelung:	Zufahrt B:	
Zielvorgaben:	Mittlere Wartezeit t_W =	*45 s*
	Qualitätsstufe:	***D***

Aufschlüsselung nach Fahrzeugarten: liegt vor, mit Differenzierung des Schwerverkehrs

Kapazitäten der Einzelströme

Zufahrt	Strom (Rang)	Hauptströme $q_{p,i}$ [Fz/h]	Grundkap. G_i [Pkw-E/h]	Abminderungs-faktor f_f [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	staufreier Zustand p_0
A	2 (1)	---	1800	1,000	1800	0,227	---
	3 (1)	0	1600	1,000	1600	0,142	---
B	4 (3)	831	284	1,000	268	2,587	---
	6 (2)	519	507	1,000	507	0,192	---
C	7 (2)	630	619	1,000	619	0,048	0,942
	8 (1)	---	1800	1,000	1800	0,158	---

Qualität der Einzel- und Mischströme

Zufahrt	Strom	Fahrzeuge $q_{Fz,i}$ [Fz/h]	Faktoren $f_{PE,i}$ [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Kapazität C_i [Fz/h]	Auslastungs-grad x_i [-]	Kapazitäts-reserve R_i [Fz/h]	mittlere Wartezeit w [s]	Qualitäts-stufe QSV
A	2	407	1,004	1800	1793	0,227	1386	0,0	**A**
	3	223	1,016	1600	1575	0,142	1352	0,0	**A**
B	4	689	1,006	268	266	2,587	-423	2891,4	**F**
	6	97	1,005	507	505	0,192	408	8,8	**A**
C	7	29	1,034	619	598	0,048	569	6,3	**A**
	8	283	1,007	1800	1787	0,158	1504	0,0	**A**
A	2+3	630	1,008	1723	1710	0,369	1080	0,0	**A**
B	4+6	786	1,006	306	304	2,587	-482	2887,1	**F**
C	7+8	312	1,010	1800	1783	0,175	1471	2,4	**A**
erreichbare Qualitätsstufe $QSV_{FZ,ges}$									**F**

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

6.3.4 Neue Anbindung - L 213 3 – Variante 2 – LSA

Morgendliche Spitzenstunde

Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage																		
Bewertung der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr																		
Projekt:	Uniklinikum																	
Stadt:	Homburg																	
Knotenpunkt:	KP 6																	
Zeitabschnitt:	MSP																	
Bearbeiter:	ViWo																	
t_U =	90	[s]	f_{in} =	1,100	[-]	T =	1,0	[h]										
lfd. Nr.	Bez.	q_{Kfz}	q_S	t_F	t_F	C	x	f_A	N_{GE}	N_{MS}	S	$N_{MS,S}$	f_{SV}	L_S	t_W	QSV	Bemerkungen	
		[Kfz/h]	[Kfz/h]	[s]	[s]	[Kfz/h]	[-]	[-]	[Kfz]	[Kfz]	[%]	[Kfz]	[-]	[m]	[s]	[-]		
	{1}	{2}	{3}	{4}	{5}	{6}	{7}	{8}	{9}	{10}	{11}	{12}	{13}	{14}	{15}	{16}	{17}	
Phase 1																		
1	K2	154	1921	33		726	0,212	0,378	0,152	2,756		5,099	1,041	32	19,7	A		
2	K8	337	1984	33	58	1301	0,259	0,656	0,199	3,695		6,407	1,008	39	7,0	A		
3	K3	917	1837	33	58	1204	0,761	0,656	2,471	18,238		24,263	1,013	147	18,0	A		
4																		
5																		
6																		
7																		
Phase 2																		
8	K4	158	1760	18		372	0,425	0,211	0,436	3,859		6,631	1,057	42	35,0	B		
9	K6	26	1634	18	43	799	0,033	0,489	0,019	0,356		1,198	1,138	8	12,0	A		
10																		
11																		
12																		
13																		
14																		
Phase 3																		
15	K7	112	1817	18		384	0,292	0,211	0,236	2,590		4,861	1,024	30	32,1	B		
16																		
17																		
18																		
19																		
Phase 4																		
20																		
21																		
22																		
23																		
24																		
Phase 5																		
25																		
26																		
27																		
28																		
29																		
Phase 6																		
30																		
31																		
32																		
33																		
34																		
Knotenpunkt																		
Summe:		1704				4785												
gew. Mittelwert:							0,539								18,4			
Maximum:							0,761							147	35,0	B		

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Abendliche Spitzenstunde

Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage

Bewertung der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr

Projekt:	Uniklinikum
Stadt:	Homburg
Knotenpunkt:	KP 6
Zeitabschnitt:	ASP
Bearbeiter:	ViWo

t_U = 90 [s] | f_{in} = 1,100 [-] | T = 1,0 [h]

lfd. Nr.	Bez.	q_{Kfz} [Kfz/h]	q_S [Kfz/h]	t_F [s]	t_F [s]	C [Kfz/h]	x [-]	f_A [-]	N_{GE} [Kfz]	N_{MS} [Kfz]	S [%]	$N_{MS,S}$ [Kfz]	f_{SV} [-]	L_S [m]	t_W [s]	QSV [-]	Bemerkungen
	{1}	{2}	{3}	{4}	{5}	{6}	{7}	{8}	{9}	{10}	{11}	{12}	{13}	{14}	{15}	{16}	{17}
Phase 1																	
1	K2	407	1987	23		530	0,768	0,267	2,470	11,854		16,711	1,007	101	47,2	C	
2	K8	283	1975	23	38	856	0,331	0,433	0,285	4,965		8,109	1,013	49	18,1	A	
3	K3	223	1809	23	69	1407	0,158	0,778	0,106	1,519		3,257	1,028	20	2,8	A	
4																	
5																	
6																	
7																	
Phase 2																	
8	K4	689	1841	39		818	0,842	0,444	4,901	20,193		26,533	1,010	161	43,8	C	
9	K6	97	1843	39	54	1126	0,086	0,611	0,052	1,048		2,492	1,009	15	7,4	A	
10																	
11																	
12																	
13																	
14																	
Phase 3																	
15	K7	74	1816	8		182	0,407	0,100	0,401	2,136		4,198	1,024	26	45,9	C	
16																	
17																	
18																	
19																	
Phase 4																	
20																	
21																	
22																	
23																	
24																	
Phase 5																	
25																	
26																	
27																	
28																	
29																	
Phase 6																	
30																	
31																	
32																	
33																	
34																	
Knotenpunkt																	
Summe:		1773				4919											
gew. Mittelwert:							0,598								33,4		
Maximum:							0,842							161	47,2	C	

E

6.3.5 Neue Anbindung - L 213 3 – Variante 2 – LSA – Mischfahrstreifen aus dem Uniklinikum

Morgendliche Spitzenstunde

Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage

Bewertung der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr

Projekt:	Uniklinikum
Stadt:	Homburg
Knotenpunkt:	KP 6
Zeitabschnitt:	MSP
Bearbeiter:	ViWo

t_U = 90 [s] f_{in} = 1,100 [-] T = 1,0 [h]

lfd. Nr.	Bez.	q_{Kfz} [Kfz/h]	q_S [Kfz/h]	t_F [s]	t_F [s]	C [Kfz/h]	x [-]	f_A [-]	N_{GE} [Kfz]	N_{MS} [Kfz]	S [%]	$N_{MS,S}$ [Kfz]	f_{SV} [-]	L_S [m]	t_W [s]	QSV [-]	Bemerkungen
	{1}	{2}	{3}	{4}	{5}	{6}	{7}	{8}	{9}	{10}	{11}	{12}	{13}	{14}	{15}	{16}	{17}
							Phase 1										
1	K2	154	1921	33		726	0,212	0,378	0,152	2,756		5,099	1,041	32	19,7	A	
2	K8	337	1984	33	56	1257	0,268	0,633	0,209	3,930		6,727	1,008	41	7,9	A	
3	K3	917	1837	33	58	1204	0,761	0,656	2,471	18,238		24,263	1,013	147	18,0	A	
4																	
5																	
6																	
7																	
							Phase 2										
8	K4_6	184	1741	18	20	406	0,453	0,233	0,492	4,436		7,407	1,068	47	33,9	B	
9																	
10																	
11																	
12																	
13																	
14																	
							Phase 3										
15	K7	112	1817	18	16	343	0,326	0,189	0,279	2,699		5,017	1,024	31	34,5	B	
16																	
17																	
18																	
19																	
							Phase 4										
20																	
21																	
22																	
23																	
24																	
							Phase 5										
25																	
26																	
27																	
28																	
29																	
							Phase 6										
30																	
31																	
32																	
33																	
34																	
							Knotenpunkt										
Summe:		1704				3936											
gew. Mittelwert:							0,552								19,0		
Maximum:							0,761							147	34,5	B	

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Abendliche Spitzenstunde

Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage

Bewertung der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr

Projekt:	Uniklinikum
Stadt:	Homburg
Knotenpunkt:	KP 6
Zeitabschnitt:	ASP
Bearbeiter:	ViWo

t_U = 90 [s] f_{in} = 1,100 [-] T = 1,0 [h]

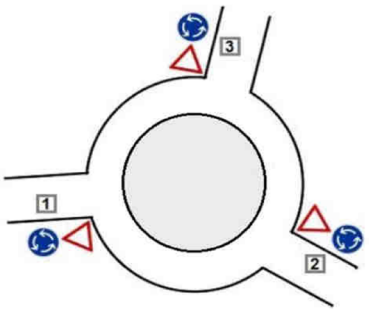
lfd. Nr.	Bez.	q_{Kfz} [Kfz/h]	q_S [Kfz/h]	t_F [s]	t_F [s]	C [Kfz/h]	x [-]	f_A [-]	N_{GE} [Kfz]	N_{MS} [Kfz]	S [%]	$N_{MS,S}$ [Kfz]	f_{SV} [-]	L_S [m]	t_W [s]	QSV [-]	Bemerkungen
	{1}	{2}	{3}	{4}	{5}	{6}	{7}	{8}	{9}	{10}	{11}	{12}	{13}	{14}	{15}	{16}	{17}
Phase 1																	
1	K2	407	1987	23		530	0,768	0,267	2,470	11,854		16,711	1,007	101	47,2	C	
2	K8	283	1975	23	35	790	0,358	0,400	0,324	5,279		8,521	1,013	52	20,4	B	
3	K3	223	1809	23	69	1407	0,158	0,778	0,106	1,519		3,257	1,028	20	2,8	A	
4																	
5																	
6																	
7																	
Phase 2																	
8	K4_6	785	1841	39	42	880	0,892	0,478	9,097	26,964		34,291	1,009	208	58,6	D	
9																	
10																	
11																	
12																	
13																	
14																	
Phase 3																	
15	K7	74	1816	8	5	121	0,611	0,067	0,948	2,748		5,086	1,024	31	69,0	D	
16																	
17																	
18																	
19																	
Phase 4																	
20																	
21																	
22																	
23																	
24																	
Phase 5																	
25																	
26																	
27																	
28																	
29																	
Phase 6																	
30																	
31																	
32																	
33																	
34																	
Knotenpunkt																	
Summe:		1772				3728											
gew. Mittelwert:							0,674								43,3		
Maximum:							0,892							208	69,0	D	

E

6.3.6 Neue Anbindung - L 213 – Variante 2 – Kreisverkehr

Morgendliche Spitzenstunde

Beurteilung eines Kreisverkehrs, 3 Arme



Knotenpunkt: ***L231/Anbindung Uniklinikum NEU KP6***

Verkehrsdaten: Datum: *PF* *Analyse*
Uhrzeit: *MSP*

Zielvorgaben: Mittlere Wartezeit t_W = *45 s*
Qualitätsstufe: *D*

Knotenverkehrsstärke: *1750 Fz/h*
1770 Pkw-E/h

Aufschlüsselung nach Fahrzeugarten: liegt vor, mit Differenzierung des Schwerverkehrs

Kapazitäten der Zufahrten

Zufahrt	Fahrzeuge Zufahrt q_{Zi} [Fz/h]	Pkw-E / Fz Zufahrt $f_{PE,Zi}$ [-]	Verkehrsstärke in der Zufahrt $q_{PE,Zi}$ [Pkw-E/h]	Verkehrsstärke im Kreis $q_{PE,Ki}$ [Pkw-E/h]	Grundkapazität $G_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Abminderungs-faktor Fußgänger $f_{f,i}$ [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]
1	1071	1,009	1081	196	969	1,000	969
2	184	1,038	191	313	859	1,000	859
3	495	1,006	498	191	973	1,000	973

Beurteilung der Verkehrsqualität

Zufahrt	Kapazität C_i [Fz/h]	Kapazitätsreserve R_i [Fz/h]	mittlere Wartezeit $t_{W,i}$ [s]	Qualitäts-stufe QSV
1	960	-111	243,8	**F**
2	827	643	5,6	**A**
3	967	472	7,6	**A**
			erreichbare Qualitätsstufe QSV_{ges}	**F**

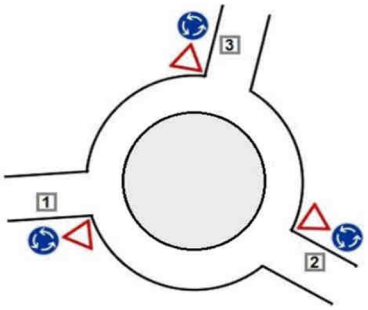
Beurteilung der Ausfahrten

Ausfahrt	Verkehrsstärke [Pkw-E/h]	Auslastung
1	548	nicht ausgelastet
2	1037	nicht ausgelastet
3	186	nicht ausgelastet

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Abendliche Spitzenstunde

Beurteilung eines Kreisverkehrs, 3 Arme



Knotenpunkt: *L231/Anbindung Uniklinikum NEU KP6*

Verkehrsdaten: Datum: *PF* *Analyse*
Uhrzeit: *ASP*

Zielvorgaben: Mittlere Wartezeit t_W = *45 s*
Qualitätsstufe: *D*

Knotenverkehrsstärke: *1728 Fz/h*
1741 Pkw-E/h

Aufschlüsselung nach Fahrzeugarten: liegt vor, mit Differenzierung des Schwerverkehrs

Kapazitäten der Zufahrten

Zufahrt	Fahrzeuge Zufahrt q_{Zi} [Fz/h]	Pkw-E / Fz Zufahrt $f_{PE,Zi}$ [-]	Verkehrsstärke in der Zufahrt $q_{PE,Zi}$ [Pkw-E/h]	Verkehrsstärke im Kreis $q_{PE,Ki}$ [Pkw-E/h]	Grundkapazität $G_{PE,i}$ [Pkw-E/h]	Abminderungs-faktor Fußgänger $f_{f,i}$ [-]	Kapazität $C_{PE,i}$ [Pkw-E/h]
1	630	1,008	635	30	1210	1,000	1210
2	786	1,006	791	409	880	1,000	880
3	312	1,010	315	693	651	1,000	651

Beurteilung der Verkehrsqualität

Zufahrt	Kapazität C_i [Fz/h]	Kapazitätsreserve R_i [Fz/h]	mittlere Wartezeit $t_{W,i}$ [s]	Qualitäts-stufe QSV
1	1200	570	6,3	**A**
2	875	89	35,3	**D**
3	645	333	10,8	**B**
			erreichbare Qualitätsstufe QSV_{ges}	**D**

Beurteilung der Ausfahrten

Ausfahrt	Verkehrsstärke [Pkw-E/h]	Auslastung
1	978	nicht ausgelastet
2	257	nicht ausgelastet
3	506	nicht ausgelastet

© 2024 PTV Transport Consult GmbH

Beschlussvorlage zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie zur frühzeitigen Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand vom 19.02.2024 bis 22.03.2024 statt. Im Anschreiben vom 19.02.2024 wurde darauf hingewiesen, dass bei Nichtäußerung davon ausgegangen wird, dass keine Bedenken und Anregungen vorliegen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit fand vom 23.02.2024 bis 01.03.2024 statt.

Zur vorliegenden Planung haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert. BürgerInnen haben sich zur vorliegenden Planung nicht geäußert.

Die geäußerten Anregungen werden, wie folgt beschrieben, in die Planung eingestellt.

Stand: 04.09.2024

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
1	**Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz** Schreiben vom 19.03.2024 AZ: 6101-0031#0009/Wß „Mit der vorliegenden Planung sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau des Gebäudekomplexes 90 geschaffen werden. Die ca. 34,1 ha große Fläche ist bereits teilweise bebaut. Zur verkehrlichen Anbindung ist eine neue Anbindung an die L 213 (Kirrberger Straße) vorgesehen. Zurzeit werden mehrere Trassenvarianten geprüft. Zum o. a. Verfahren nehmen wir aus fachtechnischer Sicht unseres Hauses wie folgt Stellung und bitten, die aufgeführten Hinweise und Anmerkungen zu berücksichtigen. Natur- und Artenschutz Von den Waldflächen innerhalb des Bebauungsplangebietes liegen ca. 9,5 ha im Landschaftsschutzgebiet L_6_02_01. „Wald zwischen L119 im Norden, der Landesgrenze und Kirrberg im (Süd)Osten sowie Homburg im Westen“. Der davon beanspruchte Teil von ca. 2,4 ha (Roteichenforst und kleine Waldrandbereiche) soll aus dem Landschaftsschutzgebiet ausgegliedert werden. Als von besonderer ökologischer Bedeutung wurden bereits bei ersten Begehungen die Waldflächen (Altholzbestand mit hohem Totholzanteil, Buchen-Mischbestand) nördlich und südlich der Neurologie erfasst. Es dürfte sich dabei um einen Hainsimsen-Buchenwald handeln. Diese bodensauren Buchenwälder zählen als FFH-Lebensraumtyp 9110 gem. FFH-Richtlinie zu den gesetzlich geschützten Biotopen gem. § 22 SNG i.V.m. § 30 (BNatSchG). Alle Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, sind verboten (§ 30 Abs. 2 BNatSchG). Daher wurden diese Bestände bereits als Tabuflächen festgesetzt in denen keine forstlichen Eingriffe erfolgen; es sind lediglich verkehrssichernde Maßnahmen zulässig. In der Biotopkartierung ist dieser hochwertige Biotop nicht erfasst. Ansonsten sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand und den hier vorliegenden Unterlagen keine Schutzgebiete oder Schutzobjekte nach dem Bundesnaturschutzgesetz direkt betroffen.	Natur- und Artenschutz Keine Bedenken gegenüber der Planung. Das Verfahren zur Ausgliederung der betroffenen Bereiche aus dem Landschaftsschutzgebiet wird parallel zum nächsten Verfahrensschritt durchgeführt. Die Festsetzung zur Kompensation des ökologischen Defizits wird entsprechend ergänzt.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB zu modifizieren und zur Eingriffskompensation eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1a BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**14. KOMPENSATIONSMASSNAHMEN** GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1A BAUGB Das entstehende ökologische Defizit von _____ ökologischen Werteinheiten wird durch folgende Maßnahme kompensiert: …“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Im Geltungsbereich des B-Plans finden sich bereits bebaute Flächen mit Gebäuden, Parkplätzen, Straßen, aber auch viele Gehölzflächen (Wald, Feldgehölze, Hecken, Einzelbäume und Streuobst) sowie Acker- und Wiesenflächen. Insgesamt ist es reich strukturiert und bietet auch aufgrund seiner Größe gute Voraussetzungen für eine artenreiche Flora und Fauna. Der Untersuchungsumfang, insbesondere im Hinblick auf die artenschutzrechtlich relevanten Arten, wurde bereits im Vorfeld der Planung intensiv abgestimmt. In der Planung ist bereits eine erste „artenschutzrechtliche Betrachtung“ enthalten, die in diesem Jahr fortgeführt wird und insbesondere die Artengruppen Reptilien, Säugetiere (insbes. Fledermäuse in bzw. an Gebäuden und Waldbeständen, Haselmaus) und Avifauna genauer betrachtet. Eine besondere Beachtung finden dabei die Höhlenbrüter und bodenbrütende Arten wie die Feldlerche. Je nach gewählter Trassenvariante für die neue Zufahrtstrasse ergibt sich eine unterschiedliche Eingriffserheblichkeit (teilweise ältere Waldbestände), die ggf. einen umfangreicheren Untersuchungsumfang erforderlich machen. Die Untersuchungsergebnisse zu den einzelnen Arten werden im weiteren Verfahren ergänzt. Es wurden bereits erste allgemeine artenschützende Maßnahmen für das Bebauungsplangebiet beschrieben wie z. B. Begrenzung der Rodungszeiten gemäß § 39 BNatSchG, Einsatz einer Umweltbaubegleitung, Untersuchung von Höhlenbäumen und Gebäuden vor deren Fällung bzw. Sanierung/Abbruch und konkrete Festsetzungen wie z. B. Maßnahme M1 (Waldrand mit Waldsaum) getroffen. Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplanes bestehen aus naturschutzfachlicher Sicht keine Bedenken.	Parallel zur frühzeitigen Beteiligung wurden die Prüfung der Trassenvarianten und Planung der zukünftigen Verkehrsanbindung gemeinsam mit den beteiligten Gutachtern sowie in Abstimmung mit den hierfür zuständigen Behörden (Landesbetrieb für Straßenbau, LUA, Untere Naturschutzbehörde, Forstbehörde) weiter vorangetrieben. Durch die dabei erarbeitete zukünftige Verkehrsanbindung kann ein Eingriff in die älteren Waldbestände ausgeschlossen werden.	
	Wasser Gebiets- und anlagenbezogener Grundwasserschutz Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 34,1 ha und befindet sich mit mehr als der Hälfte im östlichen Bereich innerhalb der Schutzzone III des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg-Kirrberg“. Eine formale Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes ist bisher nicht erfolgt, jedoch entspricht die geplante Ausweisung der tatsächlichen Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet. Im Rahmen der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und des zu erstellenden Umweltberichts ist daher nachzuweisen, dass das Grundwasser durch die im	Wasser Gebiets- und anlagenbezogener Grundwasserschutz Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Bereich teilweise mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Da eine formale Unterschutzstellung des Gebietes bis dato weder erfolgt ist noch beantragt wurde, wird gemäß Abstimmung zwischen dem Landesamt für	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Anmerkungen des LUA zum geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ als bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**1.2. BEDINGTE ZULÄSSIGKEIT IM BEREICH DES GEPLANTEN TRINKWASSERSCHUTZGEBIETES „HOMBURG – KIRRBERG“ (SCHUTZZONE III) GEMÄSS § 9 ABS. 2 BAUGB**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Rahmen der Bauleitplanung geplanten Maßnahmen weder qualitativ noch quantitativ beeinträchtigt wird. Es ist insbesondere auf die erforderlichen Eingriffe in Grund- und Boden (auch für den Rückbau/Abriss des bereits vorhandenen Gebäudes) einzugehen. Es ist sicherzustellen, dass keine Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung eintritt und der Schutzzweck des Wasserschutzgebiets nicht gefährdet wird. Diesbezüglich ist in der Begründung/Umweltbericht zusätzlich auf folgende Aspekte einzugehen: 1. Auswirkungen der Eingriffe in die Deckschichten. 2. Beschreibung geplanter Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung möglicher Auswirkungen auf das Schutzgut Grundwasser im Rahmen der Bauphase. 3. Aussagen zur Entwässerung Für die Versickerung gelten die Anforderungen / Nachweise nach DWA M 153 sowie DWA A 138. Des Weiteren wird bereits zum jetzigen Zeitpunkt auf folgende Aspekte hingewiesen: 1. Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind innerhalb der Schutzzone III nicht erlaubnisfähig. 2. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung entspricht. 3. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz - SWG). 4. Für die Zufahrtsstraße, welche sich komplett innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes „Homburg-Kirrberg“ befindet, sind die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten" (RiSt-Wag) anzuwenden. Diese gelten für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten und sinngemäß für deren Nebenanlagen und Nebenbetriebe, z.B. Parkplätze und Rastanlagen. Unter Beachtung und Aufnahme der v. g. Hinweise sind keine weiteren	Umwelt- und Arbeitsschutz und der Verwaltung eine bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen, die die Hinweise der Stellungnahme aufgreift und, sobald die formale Unterschutzstellung erfolgt ist, durch die Vorgaben der entsprechenden Verordnung ersetzt wird. Dies erfolgt aus dem Grund, da der Bebauungsplan Rechtskraft vor Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung haben wird. Es ist davon auszugehen, dass das geplante Wasserschutzgebiet der Ausweisung des Sondergebietes „Universitätsklinikum“, auch mit Blick auf das landesplanerische Vorranggebiet „Forschung und Entwicklung" nicht entgegenstehen wird. Im Rahmen des späteren Bauantragsverfahrens können sich allerdings Auflagen ergeben. Mit der Aufnahme der Hinweise als bedingte Zulässigkeit wird den Belangen des Grundwasserschutzes Rechnung getragen. Im Zuge der Planung wird zudem ein siedlungswasserwirtschaftlicher Planungsbeitrag erstellt, der die aufgeführten Anmerkungen fachplanerisch berücksichtigt. Gleiches gilt für den in Erstellung befindlichen Umweltbericht.	Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Teilbereich mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Eine formale Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes ist bisher nicht erfolgt. Die geplante Ausweisung entspricht jedoch der tatsächlichen Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet. Folglich sind nachfolgende Vorgaben bzw. Hinweise des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutzes innerhalb des betroffenen Bereiches des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg“ gemäß § 9 Abs. 2 BauGB zu beachten. 1. Für die Versickerung gelten die Anforderungen / Nachweise nach DWA M 153 sowie DWA A 138. 2. Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind innerhalb der Schutzzone III nicht erlaubnisfähig. 3. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung entspricht. 4. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Ergänzungen zum Umfang und Detailierungsgrad der Umweltprüfung seitens des Fachbereiches 2.1 erforderlich.		sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz – SWG). 5. Für die Zufahrtsstraße, welche sich komplett innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes befindet, sind die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag) anzuwenden. Diese gelten für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten und sinngemäß für deren Nebenanlagen und Nebenbetriebe (z. B. Parkplätze und Rastanlagen). Nach Abschluss der formalen Unterschutzstellung des betroffenen Bereiches als Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III) ergeben sich die entsprechenden Vorgaben zum o. g. Trinkwasserschutzgebiet aus der damit verbundenen Verordnung.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Bodenschutz und Geologie Das ca. 34,1 ha große Plangebiet ist überwiegend durch Waldflächen und eine zentrale unbebaute Freifläche unter landwirtschaftlicher Nutzung geprägt. Die Neuversiegelung weitgehend natürlicher Böden mit geringer Vorbelastung wird nachvollziehbar mit der notwendigen Anbindung an die bereits bestehenden Nutzungen auf dem UKS-Gelände begründet. Das Bodeninventar im Geltungsbereich ist laut Kurzbeschreibung im Begründungstext durch einen mittleren Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 BBodSchG geprägt, seltene Bodenformen oder Archivböden i.S. des § 2 Abs. 2 Nr. 2 BBodSchG sind nicht belegt. Ungeachtet der durchschnittlichen standörtlichen Wertigkeit wird mit der Aufstellung des Bauleitplans ein erheblicher Verlust von Bodenfunktionen durch Überbauung, Versiegelung sowie Geländemodellierungen zur Schaffung einer neuen Verkehrsanbindung an die L 213 in einem Altholzbestand vorbereitet. Bei den im weiteren Planungsprozess noch zu konkretisierenden Ausgleichsmaßnahmen sind daher insbesondere auch Maßnahmen mit einem hohen pedofunktionalen Kompensationseffekt vorzusehen. Zur Minderung der klimarelevanten Funktionsverluste (Kühlleistung, Kohlenstoffsequestrierung) bietet sich u.a. die Festsetzung einer Dachbegrünung an. Im Hinblick auf die Durchführung der Baumaßnahmen weisen wir darauf hin, dass aus Sicht des vorsorgenden Bodenschutzes gemäß § 4 Abs. 5 BBodSchV die Einsetzung einer bodenkundlichen Baubegleitung nach DIN 19639 für erforderlich erachtet wird. Es wird daher empfohlen, einen textlichen Hinweis zum baubegleitenden Bodenschutz aufzunehmen. Darüber hinaus sind seitens des Fachbereichs 2.2 keine weiteren Hinweise, Anregungen oder Bedenken erforderlich.	Bodenschutz und Geologie Die Eingriffe und Auswirkungen auf das Schutzgut Boden werden im Rahmen des Umweltberichtes sowie bei der Kompensation der Eingriffe entsprechend berücksichtigt. Die Festsetzung zur Dachbegrünung wird im Bebauungsplan ergänzt. Die Einsetzung einer bodenkundlichen Baubegleitung wird als Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, eine Festsetzung zur Begrünung von Dachflächen in den Bebauungsplan aufzunehmen: **„13. ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN** GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A BAUGB Flachdächer und Dächer neu zu errichtender Gebäude mit einer Neigung von bis zu 15° sind mit einer durchwurzelbaren Mindestsubstratschicht von ca. 15 cm Stärke mindestens extensiv zu begrünen. Eine Nutzung als Dachgarten ist zulässig. Dabei ist ein Begrünungssystem zu wählen, welches das dauerhafte und vitale Wachstum von Gräsern, Polsterstauden und zwergigen Gehölzen auch während länger anhaltender Hitze- und Trockenheitsperioden gewährleistet. Dies gilt nicht für die durch Photovoltaik, notwendige technische Anlagen (z. B. Lüftungsanlagen) oder nutzbare Freibereiche auf den Dächern sowie Bereiche, die für eine Nutzung als Hubschrauberlandeplatz in Anspruch genommenen Flächen. Eine Kombination von Photovoltaikanlagen und Dachbegrünung ist zulässig.“ Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, eine bodenkundliche Baubegleitung in die Festsetzungen des Bebauungsplanes aufzunehmen:

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			„**12. FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT** GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB <u>V9 Ökologische und bodenkundliche Baubegleitung:</u> Eine ökologische Baubegleitung ist einzusetzen, die eine ordnungsgemäße Umsetzung der festgesetzten Maßnahmen sicherstellt und bei unvorhergesehenen Ereignissen mit umwelt-, vor allem natur- und artenschutzrechtlicher Relevanz, adäquate Lösungswege aufzeigt. Die konkreten Schutzanforderungen sind mit dem LUA abzustimmen. Während der Bauarbeiten ist zudem eine bodenkundliche Baubegleitung mit entsprechendem Fachkundenachweis einzusetzen.“
	Gewässerschutz Der BBP sieht vor, das Plangebiet im Trennsystem zu entwässern. Das anfallende Schmutzwasser soll über das Kanalsystem der UKS abgeleitet und dem öffentlichen Kanalsystem zugeführt werden. Das unbelastete Niederschlagswasser, welches innerhalb des Sondergebietes anfällt, soll vor Ort genutzt oder versickert werden. Zur Brauchwassernutzung ist weiterhin die Errichtung von Speichern (z. B. Zisternen) zulässig. Hiergegen bestehen keine Bedenken.	Gewässerschutz Keine Bedenken gegenüber der Planung. Der Siedlungswasserwirtschaftliche Planungsbeitrag wurde parallel zur frühzeitigen Beteiligung fertiggestellt. Die Festsetzung zur Abwasserbeseitigung wird entsprechend ergänzt.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Festsetzung zur Abwasserbeseitigung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. §§ 49-54 Landeswassergesetz wie folgt anzupassen: „**Abwasserbeseitigung** (§9 Abs. 4 BauGB i.V.m. §§ 49-54 Landeswassergesetz) • Das Plangebiet ist im Trennsystem zu entwässern. Das anfallende Schmutzwasser ist über das Kanalsystem der UKS abzuleiten und dem öffentlichen Kanalsystem zuzuführen.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			• Das unbelastete Niederschlagswasser (Oberflächenwasser), welches innerhalb des Sondergebietes anfällt, ist dezentral, vorzugsweise in den Randbereichen der Nutzflächen, zu versickern. • Je m² befestigter Fläche sind 20 l Rückhalt vorzusehen. Dies entspricht einer statistischen Überschreitungshäufigkeit einer Versickerungsanlage von n = 2/a. Der Rückhalt kann in der Versickerungsanlage integriert (z. B. in Form von Mulden) oder separat vorgehalten werden (z. B. Retentionsdächer, Zisternen). Versickerungsanlagen sind so anzuordnen, dass die Überlaufwassermengen im Überlastungsfall in schadlose überflutbare Bereiche münden (angrenzende Waldflächen). Punktuelle Überläufe in die umliegenden Waldflächen sind durch geeignete bauliche Maßnahmen zu verhindern. • Zur Ermittlung des Behandlungsbedarfs sind die a. a. R. d. T. (DWA-M 153) anzuwenden. • Für die geplante Zufahrtsstraße sind Flächen zum Rückhalt und zur Behandlung des anfallenden Oberflächenwassers vorzuhalten. Wasser, das nicht zur Versickerung gebracht werden kann, ist gedrosselt und unter Berücksichtigung des a. a. R. d. T. (DWA-A 102) in den gewählten Vorfluter einzuleiten. Es ist durch geeignete bauliche Maßnahmen sicherzustellen, dass es im

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			Bereich der Tiefenlinien nicht zu Überflutungen der Straße durch Starkregen kommt und diese auch im Starkregenfall befahrbar bleibt.“
	Lärmschutz und Luftreinhaltung Die nächste Wohnbebauung ist mehr als 500m von der jeweiligen Baugrenze entfernt. In einer Entfernung von ca. 115m zur Baugrenze des o.g. Bebauungsplanes befindet sich ein Heizkraftwerk und zwei Blockheizkraftwerk der Heizkraftwerk Homburg GmbH (HKH; Betriebsführung durch Iqony Energies GmbH). Zu den genannten (Block-)Heizkraftwerken liegen folgende Gutachten vor: - Müller BBM GmbH, Bericht-Nr.: M149178/01 (Heizkraftwerk) - proTerra Umweltschutz- und Managementberatung GmbH, Auftragsnummer: 21-AB-0648 (BHKW) - proTerra Umweltschutz- und Managementberatung GmbH, Auftragsnummer: 16-AB-0509.01 (BHKW) In allen vorliegenden Gutachten wurde als einziger maßgeblicher Immissionsort das 5. OG (direkte Sichtverbindung) im bestehenden Gebäude 90.1 (Neurologie, Südfassade) betrachtet. In allen Gutachten wurde der zulässige Immissionsrichtwert für Krankenhäuser am genannten Immissionsort um min. 14,10 bzw. 6 dB unterschritten. Aus Sicht des Fachbereichs Lärmschutz bestehen gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes bzw. die Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homburg keine Bedenken. Es sind keine negativen Umweltauswirkungen zu erwarten. Aus Sicht des Fachbereichs Luftreinhaltung bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken.“	Lärmschutz und Luftreinhaltung Keine Bedenken gegenüber der Planung.	

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
2	**Ministerium für Inneres, Bauen und Sport** **Oberste Landesbaubehörde OBB 1** **Referat OBB 11, Landesplanung, Bauleitplanung** Schreiben vom 22.03.2024 „der Planung stehen landesplanerische Ziele nicht entgegen. Ggf. erforderliche externe Ausgleichsmaßnahmen bitte ich im Vorfeld der Einleitung weiterer Verfahrensschritte im Hinblick auf möglicherweise entgegenstehende Ziele der Raumordnung frühzeitig mit uns abzustimmen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Genehmigung der Flächennutzungsplanteiländerung nur erfolgen kann, wenn das geplante Ausgliederungsverfahren des Vorhabenbereichs aus dem hier betroffenen Landschaftsschutzgebiet positiv abgeschlossen ist. Eine Beteiligung der Landesplanungsbehörde ist im weiteren Verfahren erforderlich.“	Landesplanerische Ziele stehen der Planung nicht entgegen. Bilanzierung und ggf. erforderliche externe Ausgleichsmaßnahmen werden im Zuge des Umweltberichtes erarbeitet und im weiteren Verfahren abgestimmt. Das Ausgliederungsverfahren zum betroffenen Landschaftsschutzgebiet wird parallel zum weiteren Verfahren durchgeführt.	**Kein Beschluss erforderlich.**
3	**Amprion GmbH** Schreiben vom 22.02.2024 „im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
4	**Arbeitskammer des** **Saarlandes** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
5	**Bundesanstalt für Immobilienaufgaben** **Sparte Verwaltungsaufgaben** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
6	**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen** Schreiben vom 07.03.2024 „Überprüfung der Betroffenheit funktechnischer Einrichtungen in Ihrem Plangebiet ========== Sehr geehrte Damen und Herren, auf Grundlage Ihrer Angaben wurde von uns eine Überprüfung des o. g. Gebiets auf Beeinträchtigungen von funktechnischen Einrichtungen wie Richtfunkstrecken, Radaren, radioastronomischen Einrichtungen sowie Funkmessstellen der Bundesnetzagentur (BNetzA) durchgeführt. Durch rechtzeitige Einbeziehung ihrer Betreiber in die weitere Planung sollen Störungen vermieden werden. Folgende Betreiber sind im Plangebiet aktiv: BETREIBER RICHTFUNK: ========== Deutsche Telekom Technik GmbH Ziegelleite 2-4 95448 Bayreuth Deutschland E-Mail: bauleitplanung@ericsson.com Johannes Gutenberg-Universität Mainz Saarstraße 21 55122 Mainz Deutschland Pfalzwerke Netz AG Wredestraße 35 67059 Ludwigshafen Deutschland E-Mail: Externe-Planungen_Kreuzungen@Pfalzwerke-Netz.de Telefónica Germany GmbH & Co. OHG Georg-Brauchle-Ring 50 80992 München		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Deutschland E-Mail: o2-MW-BImSchG@telefonica.com Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf Deutschland E-Mail: Richtfunk.Auskunft@Vodafone.com BETREIBER RADARE: ========== Es sind keine Radare betroffen. BETREIBER RADIOASTRONOMIE: ========== Es sind keine Radioastronomie Stationen betroffen. FUNKMESSSTELLEN DER BNETZA: ========== Es sind keine Funkmessstandorte der BNetzA betroffen. Hinweise zum Beteiligungsverfahren der Bundesnetzagentur ========== Beachten Sie bitte für Ihr geplantes Vorhaben auch die Hinweise auf unserer Internetseite www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung Nutzen Sie bitte immer für die Beteiligung der Bundesnetzagentur das auf der Internetseite verfügbare 'Formular Bauleitplanung', welches Sie unter folgendem Link direkt herunterladen können. www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Unternehmen_Institutionen/Frequenzen/Firmennetze/FormularRichtfunk.pdf Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formular zusammen mit den zugehörigen		

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Planungsunterlagen immer an die folgende E-Mail-Adresse. 226.Postfach@BNetzA.de“		
7	**CREOS Deutschland GmbH** **Planauskunft** <u>Schreiben vom 11.03.2024</u> „die Creos Deutschland GmbH betreibt ein eigenes Gashochdruckleitungsnetz sowie ein eigenes Hoch- und Mittelspannungsnetz inklusive der zugehörigen Anlagen. Für folgende Leitungen bzw. Leitungsabschnitte inklusive der zugehörigen Anlagen wurde die Creos Deutschland GmbH mit der Betreuung beauftragt: · Kokereigasleitungen der Zentralkokerei Saar GmbH (Z.K.S.) · Sauerstoff- und Stickstoffleitungen im Saarland der Nippon Gases Deutschland GmbH · Biogasleitung Ramstein der Stadtwerke Ramstein-Miesenbach GmbH · Gashochdruckleitungen im Bereich Friedrichsthal der energis-Netzgesellschaft mbH · Gasleitungen der Villeroy & Boch AG in Mettlach · Gasleitungsabschnitt Speyer Südost (Anschlussleitung G+H) der Stadtwerke Speyer GmbH · Gasleitungsabschnitt Fischbach Neunkirchen der Iqony Energies GmbH · Gasleitungsabschnitt Erdgasanschluss Ford Saarlouis der Iqony Energies GmbH Für diese Leitungen bzw. Leitungsabschnitte und Anlagen erfolgt die Planauskunft durch die Creos Deutschland GmbH. Zu Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass im angefragten Bereich keine Anlagen der Creos Deutschland GmbH und keine der von uns betreuten Anlagen vorhanden sind.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
8	**Deutsche Bahn AG** **DB Immobilien, Region Südwest** <u>Schreiben vom 19.02.2024</u> „DB Immobilien ist das von der DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigte Unternehmen für die Abgabe von Stellungnahmen bei Beteiligungen Träger öffentlicher Belange.		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Gegen den o.g. Bebauungsplan sowie die Teiländerung des Flächennutzungsplanes bestehen aus Sicht der DB InfraGO AG keine Einwendungen. Aufgrund eines Abstandes von ca. 1,4 km zur nächsten aktiv betriebenen Bahnstrecke Nr. 3283 (Homburg - Einöd) halten wir eine Beteiligung im weiteren Verlauf des Verfahrens für nicht erforderlich.“		
9	**Deutsche Telekom Technik GmbH** **PTI 11 Saarbrücken** <u>Schreiben vom 20.02.2024 - Bebauungsplan</u> „die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs.1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus beigefügtem Plan ersichtlich ist. Bei Konkretisierung Ihrer Planungen durch einen Bebauungsplan ist eine Planauskunft und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzufordern: Deutsche Telekom Technik GmbH Zentrale Planauskunft Südwest Chemnitzer Str. 2 67433 Neustadt a.d. Weinstr. E-Mail: planauskunft.suedwest@telekom.de Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bitten wir zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen rechtzeitig, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Für die Bestellung eines Anschlusses setzten sie sich bitte mit unserem Bauherrnservice 0800 3301903 in Verbindung.“ <u>Schreiben vom 20.02.2024 – FNP-Teiländerung</u> „die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs.1 TKG - hat die Deutsche		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom. Für zukünftige Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen. Wir werden zu gegebener Zeit zu den noch aus dem Flächennutzungsplan zu entwickelnden Bebauungsplänen detaillierte Stellungnahmen abgeben. Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.“		
10	**Deutscher Wetterdienst** **Referat Liegenschaftsmanagement** Schreiben vom 26.02.2024 „der Deutsche Wetterdienst (DWD) bedankt sich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an o. a. Vorhaben. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
11	**Die Autobahn GmbH des Bundes** **Niederlassung West** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
12	**Eisenbahn-Bundesamt** **Außenstelle Frankfurt/Saarbrücken** Schreiben vom 19.02.2024 „Ihr Schreiben ist am 19.02.2024 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o.a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange. Seitens des Eisenbahn-Bundesamtes werden keine Bedenken vorgebracht.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
13	**energis-Netzgesellschaft mbH** Schreiben vom 28.02.2024 „wir beziehen uns auf Ihre E-Mail vom 19.02.2024. Die energis-Netzgesellschaft mbH nimmt auch die Belange der energis GmbH wahr und beantwortet Ihre Anfrage wie folgt: Im genannten Bereich sind Versorgungseinrichtungen der energis-Netzgesellschaft mbH und der energis GmbH weder vorhanden noch geplant.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
14	**EVS Entsorgungsverband Saar** Schreiben vom 15.03.2024 „in dem o.g. Planungsgebiet befinden sich Abwasseranlagen des EVS. Sie erhalten beigefügt einen Auszug aus unserer Kanaldatenbank mit den sich vor Ort befindenden Hauptsammlern nebst Bauwerken. Wir bitten um Beachtung! Über mögliche Leitungsverläufe anderer oder der Kommune liegen uns keine Informationen vor. Wir weisen darauf hin, dass Abweichungen in den Bestandsplänen bzw. der Lage des Hauptsammlers möglich sind. Bei höheren Anforderungen an die Lagegenauigkeit empfehlen wir Ihnen daher Sondierungen zur Erfassung der exakten Lage des Hauptsammlers durchzuführen. Wir weisen weiter darauf hin, dass sich diese Auskunft ausschließlich auf den Verlauf des Sammlers bezieht. Soweit weitergehende Informationen, z.B. zu Eigentums - oder Nutzungsangelegenheiten von oder an Grundstücken erforderlich sind, sind diese von den jeweils zuständigen Stellen beim EVS oder anderen betroffenen Stellen, wie z.B. Gemeinde, Grundbuchamt, Eigentümern einzuholen. Bei der Durchführung von Maßnahmen im Bereich von Anlagen des EVS ist zu berücksichtigen, dass Sammler und Bauwerke des EVS „Besondere Anlagen“ im Sinne der §§ 74 und 75 TKG sind und der Daseinsvorsorge dienen. An diesen	Abwasseranlagen des EVS befinden sich gemäß Auszug aus der Kanaldatenbank im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213. Eine zeichnerische Festsetzung der Leitung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB sowie ein entsprechender Hinweis werden aus Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen, da die Planung und spätere Umsetzung der Verkehrsanbindung möglicherweise bauliche Maßnahmen im Bereich bzw. in der Nähe zu diesen Anlagen nach sich zieht.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Verlauf der Versorgungsleitung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB zeichnerisch in den Bebauungsplan aufzunehmen. Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Innerhalb des Plangebietes, im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213, befinden sich Abwasseranlagen des EVS Entsorgungsverband Saar. Bei der Durchführung von Maßnahmen im Bereich von Anlagen des EVS ist zu berücksichtigen, dass Sammler und Bauwerke des EVS „Besondere Anlagen“ im Sinne des §§ 74 und 75 TKG sind und der Daseinsvorsorge dienen.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Anlagen muss in unterschiedlichen Abständen gearbeitet (Reparatur, Erneuerung, Modernisierung oder Anpassung an den aktuellen Stand der Technik) werden. In räumlicher Nähe zu Anlagen des EVS vorgesehene Maßnahmen müssen daher so geplant und durchgeführt werden, dass zukünftige Arbeiten des EVS an seinen Anlagen ohne Mehrkosten für den EVS möglich sind. Kosten zur Durchführung zukünftiger Maßnahmen des EVS für erforderliche Umverlegungen sind vom jeweiligen Nutzungsberechtigten zu tragen. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.“		An diesen Anlagen muss in unterschiedlichen Abständen gearbeitet werden (Reparatur, Erneuerung, Modernisierung oder Anpassung an den aktuellen Stand der Technik). In räumlicher Nähe zu Anlagen des EVS vorgesehene Maßnahmen müssen daher so geplant und durchgeführt werden, dass zukünftige Arbeiten des EVS an seinen Anlagen ohne Mehrkosten für den EVS möglich sind. Kosten zur Durchführung zukünftiger Maßnahmen des EVS für erforderliche Umverlegungen sind vom jeweiligen Nutzungsberechtigten zu tragen.“
15	**Handwerkskammer des Saarlandes** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
16	**IHK Saarland** Schreiben vom 12.03.2024 „gegen die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplans zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zum Neubau des Gebäudekomplexes 90 der Universitätsklinik Homburg haben wir aus der Sicht der gewerblichen Wirtschaft keine Anregungen und Bedenken vorzutragen.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
17	**Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung** Schreiben vom 21.02.2024 „durch die o.g. Planungsmaßnahme könnten die Höhenfestpunkt (HFP) 6610-9-00572 ; HFP 6610-9-00571, welcher zugleich auch Schwerefestpunkt (SFP 6610-8-079-00) ist und der HFP 6610-9-00580 gefährdet werden. Wir bitten daher	Höhen- bzw. Schwerefestpunkte innerhalb des Plangebietes. Ein entsprechender Hinweis wird aus	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	rechtzeitig vor Aufnahme von Arbeiten, welche den Punkt gefährden könnten, um Rücksprache mit mir (Tel: 0681 / 9712-221 ; Mail: grundlagen@lvgl.saarland.de) im Sachgebiet 2.1; Geodätische Grundlagen, AFIS um gegebenenfalls Verlegungs- oder Sicherungsmaßnahmen vornehmen zu können.“	Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen.	Bebauungsplan aufzunehmen: „**Höhenfestpunkte (Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung)** • Innerhalb des Plangebietes befinden sich die Höhenfestpunkte (HFP) 6610-9-00572, HFP 6610-9-00571 (zugleich auch Schwerefestpunkt (SFP) 6610-8-079-00) und HFP 6610-9-00580. Vor der Aufnahme von Arbeiten, bei denen es zur Gefährdung dieser Punkte kommen könnte, ist Rücksprache mit dem LVGL, Sachgebiet 2.1; Geodätische Grundlagen, AFIS (Tel.: 0681 / 9712-221; Mail: grundlagen@lvgl.saarland.de), zu halten, um gegebenenfalls Verlegungs- oder Sicherungsmaßnahmen vornehmen zu können."
18	**Landesbetrieb für Straßenbau** <u>Schreiben vom 11.03.2024</u> „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes nebst paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplanes bestehen keine Bedenken nachdem der LfS bereits in die Planung involviert ist und die zukünftige verkehrliche Erschließung in enger Abstimmung mit ihm erfolgt.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
19	**Landesdenkmalamt** <u>Schreiben vom 05.03.2024</u> „zu der vorliegenden Planung nimmt das Landesdenkmalamt wie folgt Stellung. Rechtsgrundlage ist das Gesetz Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege (Saarländisches	Ein entsprechender Hinweis wurde, nach Rückmeldung des Landesdenkmalamtes vom 22.08.23, im Zuge der	**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Denkmalschutzgesetz - (SDschG) vom 13. Juni 2018 (Amtsblatt des Saarlandes Teil I vom 5. Juli 2018 S 358 ff.) Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht von Bodenfunden (§ 16 Abs. 1 SDschG) und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 2 SDschG) wird hingewiesen. Auf § 28 SDschG (Ordnungswidrigkeiten) sei an dieser Stelle hingewiesen.“	Vorabstimmung bereits in den, dem Landesdenkmalamt zur Stellungnahme vorliegenden, Bebauungsplan aufgenommen.	
20	**Landwirtschaftskammer für das Saarland** Schreiben vom 20.03.2024 „zum derzeitigen Planungsstand werden gegen die vorliegende Bauleitplanung keine Bedenken vorgebracht.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
21	**Ministerium der Justiz** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
22	**Ministerium für Bildung und Kultur** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
23	**Ministerium für Inneres, Bauen und Sport** **Referat OBB24** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
24	**Ministerium für Inneres, Bauen und Sport** **Referat B 4 ZMZ** Schreiben vom 19.02.2024 - Bundeswehr „vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
25	**Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Oberste Naturschutzbehörde** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
26	**Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Abteilung D - Natur und Forsten** Schreiben vom 22.03.2024 „im Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes und auch der Teiländerung des Flächennutzungsplanes befindet sich Wald im Sinne des § 2 Landeswaldgesetz (LWaldG). Die im o. g. Bebauungsplan M1 und M2 genannten Waldflächen sind zum Erhalt festgesetzt. Ein Eingriff in Wald wird auf zwei Flächen stattfinden: Eine Waldumwandlung wird im Bereich des neu geplanten Parkhauses nötig (ca. 2,5 ha), eine weitere Fläche ist im Umkreis der früheren Lungenklinik (ca. 1,8 ha) betroffen. Gemäß Begründung zum o. g. Bebauungsplan wird der forstliche Ausgleich gem. § 8 Abs. 3 LWaldG im weiteren Verfahren bestimmt. Im Fall des Bestandsgebäudes der Neurologie werden gemäß der Begründung zum o. g. Bebauungsplan die Sicherheitsabstände zu dem unmittelbar angrenzenden Wald bereits jetzt nicht eingehalten; hier ergeben sich für die Nachnutzung Möglichkeiten, diese durch eine Waldrandpflege und -sicherung zu unterschreiten, wobei dennoch wie bereits angegeben eine Haftungsfreistellung erforderlich ist. Die Regelungen des § 14 Abs. 3 LWaldG wurden bereits als „Nachrichtliche Übernahme gern. § 9 Abs. 6 BauGB" im Bebauungsplan aufgenommen und in der Planzeichnung dargestellt. Weiterhin bitten wir um Aufklärung, warum die umzuwandelnde Waldfläche um die im Umkreis der ehemaligen Pneumologie liegende Waldfläche vergrößert wurde. Es finden sich keine detaillierten Angaben über die· Qualität des betroffenen Waldes. Wir bitten, dies nachzubessern. Zur Thematik Niederschlagsentwässerung sind wir noch mit dem SaarForst Landesbetrieb im Gespräch und werden uns gesondert melden, wenn die Abstimmungen abgeschlossen sind.“	Der, aufgrund der durch den Bebauungsplan begründeten Waldumwandlung, erforderliche forstliche Ausgleich wird im Rahmen des Umweltberichts berücksichtigt und bestimmt. Eine Haftungsfreistellung (zwischen Forsteigentümer und Eigentümer der angrenzenden Flächen) wird für die betroffenen Bereiche vereinbart. Die umzuwandelnden Waldflächen sind im Vorentwurf zum Bebauungsplan, welcher Gegenstand der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB war, korrekt dargestellt. Einen Sachstand, wonach die Waldflächen im Umkreis der ehemaligen Pneumologie nicht umgewandelt werden sollten, hat	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Festsetzung zur Waldausgleichsmaßnahme gemäß § 9 Abs. 1a BauGB zu ergänzen: „**14. KOMPENSATIONSMASSNAHMEN** GEM. § 9 ABS. 1 A BAUGB Durch die Planung kommt es zu einer Umwandlung von Wald in einer Größe von __ ha nach LWaldG. Der forstliche Ausgleich ist innerhalb einer Frist von 3 Jahren nachzuweisen (Erstaufforstung an anderer Stelle).“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
		es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Sollte gegenüber der Forstbehörde etwas anderes kommuniziert worden sein, so kann es sich nur um ein Versehen gehandelt haben, was wir hiermit zu entschuldigen bitten. Die Waldfläche im Umkreis der ehemaligen Pneumologie wird, wie alle anderen umzuwandelnden Waldflächen auch, für die bauliche Erweiterung bzw. Verlagerung des UKS benötigt. Die betreffende Fläche gehört selbstverständlich, wie alle anderen Waldflächen auch, zum Untersuchungsumfang des Umweltberichtes. Die diesbezüglichen faunistischen Erhebungen und die Erstellung des Umweltberichtes sind derzeit im Gange.	
	<u>Schreiben vom 30.04.2024 – Eingang</u> „wie in der o. g. Stellungnahme der Forstbehörde angekündigt, nehmen wir hier noch Bezug auf das. Thema Niederschlagsentwässerung: Wir beziehen uns auf den Ortstermin vom 17.04.2024 und schließen uns der Stellungnahme des SaarForst Landesbetriebs vom 24.04.2024 an das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport an. Die Forstbehörde weist ausdrücklich darauf hin, dass mit dem Niederschlagswasser kein mit Schadstoffen belastetes Wasser in den angrenzenden Wald eingeleitet werden darf. Zudem dürfen durch den erhöhten Wassereintrag keine Schäden am Waldboden und dem darauf stockenden Waldbestand entstehen. Die im Waldrand anzulegenden Versickerungsmulden könnten je nach Ausformung zu einer temporären oder dauerhaften Waldumwandlung führen. Sofern die Waldumwandlung nicht im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geregelt werden kann, ist diese im Bauantragsverfahren bei der Forstbehörde zu beantragen. Die übrigen Anmerkungen der o. g. 1. Stellungnahme der Forstbehörde bleiben unberührt und haben weiterhin Bestand.“	Die Hinweise werden im Rahmen der Planung sowie des entsprechenden Siedlungswasserwirtschaftlichen Planungsbeitrages berücksichtigt.	

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
27	**Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz Abteilung F - Mobilität** Schreiben vom 17.03.2024 – Ref. F/3 „gegen diese Planungsmaßnahme bestehen gemäß den hier vorliegenden Informationen seitens Referat F/3 keine Bedenken." Schreiben vom 14.03.2024 – Ref. F/4 „durch das Referat F/4 Öffentlicher Personenverkehr, Binnenschifffahrt, Logistik des Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz ergeht folgende Stellungnahme: Bei der Neugestaltung der verkehrlichen Anbindung im Zuge der Erweiterung der Uniklinik ist auf eine barrierefreie Erreichbarkeit mit dem ÖPNV zu achten. Grundsätzlich besteht bereits eine Anbindung des Erweiterungsgebiets an den ÖPNV mit den Haltestellen „Uni-Neurologie H6" und „Uni-Pneumologie H7" durch die Ringbuslinie 560 des Universitätsklinikums. Das Plangebiet ist jedoch bisher nur unzureichend an das Ortsbusnetz angebunden. Genannte Haltestellen sind nach aktuellen Standards nicht barrierefrei. Es fehlen z.B. taktile Leitstreifen und Ausleuchtung, die Bordsteine sind zwar erhöht, jedoch nicht auf barrierefreiem Niveau. Darüber hinaus fehlt es an einer barrierefreien Zuwegung für Fußgänger, bzw. insgesamt an attraktiven Fußwegen auf dem Gelände. Es wird daher angeregt in der weiteren Planung und baulichen Umsetzung: die Barrierefreiheit der genannten Haltestellen im Zuge der Baumaßnahmen herzustellen, bzw. bei größeren Umbauten der Verkehrswege neue barrierefreie Haltestellen zu schaffen. Das Plangebiet in das Ortsbusnetz einzubeziehen sowie die Linienführung im Bereich des Universitätsklinikums nach Festlegung der neuen Verkehrsanbindung auf Optimierung zu prüfen. Eine attraktive fußläufige Wegeverbindung zwischen Haltestellen des ÖPNV und Gebäuden im Plangebiet zu schaffen." Schreiben vom 15.03.2024 – Ref. F/5 „nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme der Obersten Straßenbaubehörde	Gegenstand der späteren Ausbau- und Detailplanung. Im Zuge der baulichen Erweiterung bzw. Verlagerung des UKS werden sowohl die barrierefreie Erreichbarkeit als auch die generelle Optimierung der ÖPNV-Anbindung berücksichtigt. Die Prüfung der Trassenvarianten und	

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	zur betreffenden Planung der Kreisstadt Homburg: Das Vorhaben hat durch den unmittelbaren Anschluss an die Landstraße II. Ordnung L213 signifikante verkehrliche Auswirkungen auf diese. Darüber hinaus sind absehbar noch bauliche Maßnahmen zur Ausbildung der verkehrlichen Anbindung notwendig. Die Mitwirkung des Landesbetriebs für Straßenbau (LfS) als Straßenbaubehörde ist deshalb erforderlich.“	Planung der zukünftigen Verkehrsanbindung erfolgt gemeinsam mit den beteiligten Gutachtern sowie in Abstimmung mit den hierfür zuständigen Behörden. Der LfS verweist in seiner Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung ebenfalls auf die enge Abstimmung im Zuge dessen.	
	<u>Schreiben vom 20.03.2024 – Ref. F/2</u> „auf die unserem Haus mit E-Mail vom 19.02.2024 zugänglich gemachten Unterlagen nehmen wir in unserer Funktion als zuständiger Landesluftfahrtbehörde wie folgt Stellung und verweisen insbesondere auf das Fazit am Ende unserer Ausführungen: Die derzeitigen Planungsunterlagen zeigen, dass von dem Vorhaben auch die bestehende und von Ihnen als „Hubschrauberlandeplatz" bezeichnete Landestelle betroffen sein wird. Bei dieser handelt es sich allerdings nicht um einen gemäß § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) genehmigten und der Aufsicht der Landesluftfahrtbehörde unterliegenden Hubschrauberlandeplatz, sondern lediglich um eine „Landestelle an einer Einrichtung von öffentlichem Interesse" (PIS - Public Interest Site), die auf der Grundlage der gemäß § 25 Abs. 4 LuftVG i. V. m. § 18 Abs. 4 Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) durch das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) genehmigten Flugbetriebshandbücher von den Luftrettungsunternehmen angeflogen werden dürfen. PIS unterstehen daher auch der Aufsicht des LBA. Die Anlage und der Betrieb von Hubschrauberlandeplätzen im Sinne des § 6 LuftVG stellt den Regelfall dar. Eine Public Interest Site stellt demgegenüber eine rechtliche Ausnahmeregelung dar. Sie wurde in der Vergangenheit durch die Europäische Kommission für Landestellen, insbesondere solche an Krankenhäusern, zugelassen, die über keinen gemäß § 6 LuftVG genehmigten Hubschrauberlandeplatz verfügten oder an denen die Voraussetzungen für einen solchen, insbesondere hinsichtlich der erforderlichen Hindernisfreiheit der An-/ Abflugbereiche, baulichen Gegebenheiten sowie der technischen Ausstattung, nicht realisierbar waren. Die Europäische Kommission hatte mit der Zulässigkeit des Betriebs von früheren Landestellen im Hubschraubernoteinsatz als Public Interest Site - die in die beim LBA geführte so genannte „PIS-Masterliste" zu melden waren - diese gleichwohl im Rahmen des Bestandsschutzes akzeptiert. Für Hubschrauberlandungen der Luftrettungsunternehmen auf Neubauten seien grundsätzlich gemäß§ 6 LuftVG	Regelungen des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) wurden bereits in den, dem Ministerium zur Stellungnahme vorliegenden, Bebauungsplan nachrichtlich übernommen. Die Errichtung eines Hubschrauberlandeplatzes ist, wie den Planunterlagen entnommen werden kann, auf den Dachflächen der geplanten Gebäude vorgesehen. Eine (temporäre) Verlagerung des Bodenlandeplatzes, um auch während der Bauphase eine entsprechende Landestelle vorhalten zu können, ist ebenfalls vorgesehen. Letztlich beziehen sich die Hinweise auf die parallelen bzw. nachgelagerte Fach- und Detailplanungen. Aus Vorsorgegründen wird die nachrichtliche Übernahme im Bebauungsplan um die Anmerkungen der Stellungnahme ergänzt.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Anmerkungen gemäß § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in den Bebauungsplan zu übernehmen: „Im Zuge der Planung ist ein auf der Grundlage des § 6 LuftVG zu genehmigender Landeplatz für Rettungshubschrauber vorzusehen. Dieser sollte vorrangig auf dem Dachbereich angelegt werden, wobei zwingende Hindernisfreiheiten der erforderlichen An- / Abflugbereiche in die weitere Planung einzubeziehen sind. Sofern eine Landemöglichkeit für einen weiteren Rettungshubschrauber vorgesehen wird, sollte ein zusätzlicher Bodenlandeplatz in die weitere Planung einbezogen werden. Dieser sollte ebenfalls entsprechend § 6 LuftVG angelegt werden, wobei dann unter anderem zwingende Hindernisfreiheiten in den An- / Abflugbereichen eingehalten und in der weiteren Planung, insbesondere von Gebäuden, zu berücksichtigen wären.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	angelegte und betriebene Landeplätze vorzusehen. Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Landestelle als Public Interest Site war und ist insbesondere, dass diese nachweislich bereits in der Vergangenheit, und zwar vor dem 28.10.2014, von Hubschraubern im Rahmen der Luftrettung angeflogen worden war. Das LBA kann zum einen die den Luftrettungsunternehmen erteilte Genehmigung zur Nutzung einer PIS befristen oder auch widerrufen, sodass diese dann nicht mehr angeflogen werden dürfte. Mit der gemäß § 18 Abs. 4 LuftVO verpflichtenden jährlichen Meldung der Anzahl der Flugbewegungen an den einzelnen PIS durch die Luftrettungsunternehmen ist dem LBA außerdem ein Instrument an die Hand gegeben, die Genehmigung zur Nutzung einer PIS widerrufen zu können, falls die Anzahl der jährlichen Flugbewegungen eine gewisse Grenze überschreitet, bei der von einem regelmäßigen Flugbetrieb ausgegangen werden kann und damit die Notwendigkeit eröffnet wird, entsprechend dem in § 25 Abs. 1 LuftVG enthaltenen Grundsatz des Flugplatzzwangs die Anlage und den Betrieb eines Hubschrauberlandeplatzes auf der Grundlage des§ 6 LuftVG zu fordern. Das LBA kann zum anderen die den Luftrettungsunternehmen erteilte Genehmigung zur Nutzung einer PIS außerdem dann widerrufen, wenn sie nicht entsprechend der Anlage zu § 18 Abs. 4 LuftVO ertüchtigt wird. An eine bestehende Public Interest Site, wie sie vom derzeitigen Planungsumfang überdeckt wird, bestehen daher gegenüber einem gemäß § 6 LuftVG angelegten und betriebenen Hubschrauberlandeplatz reduzierte Anforderungen. Aufgrund der Langfristigkeit der Planungen für ein neues Zentralklinikum im Geltungsbereich des vorgesehenen Bebauungsplans ist nicht auszuschließen, dass bis zur konkreten Errichtungsplanung die luftverkehrsrechtlichen Grundlagen dahingehend geändert bzw. weiterentwickelt worden sind, dass die Anlage und der Betrieb von Public lnterest Site grundsätzlich nicht mehr und stattdessen nur noch gemäß § 6 LuftVG genehmigte Hubschrauberlandeplätze zulässig sind. Die vorhandene Bodenlandstelle (PIS) im Süden des derzeitigen Klinikumgeländes wird derzeit hauptsächlich für den Fall genutzt, dass ein Hubschrauber den auf dem iMED-Gebäude vorhandenen Dachlandeplatz nicht nutzen kann, weil dieser entweder bereits durch einen anderen Rettungshubschrauber belegt ist oder dieser aufgrund einer hohen Gesamtabflugmasse (MTOM - Maximum Take-off Mass) bzw. zu großer Abmessungen als der in der luftrechtlichen Genehmigung ausgewiesene Referenzhubschrauber aufweist (z.B. Militärhubschrauber). Fazit In der Gesamtbetrachtung der Unterlagen und aufgrund unserer Ausführungen werden von unserer Seite als zuständiger Landesluftfahrtbehörde die nachstehenden Anforderungen geltend gemacht:		Vor Beginn der Bauphase, während die derzeit vorhandene Bodenlandestelle (PIS) für Hubschrauber nicht (mehr) genutzt werden könnte, wäre frühzeitig deren zumindest vorübergehende Verlagerung beim Luftfahrt-Bundesamt zu beantragen. Hierfür wäre ein entsprechender Antrag auf (vorübergehende) Verlegung der PIS zu stellen, zu begründen und eine Begutachtung der Geeignetheit der vorgesehenen Landestelle durch das örtliche Luftrettungsunternehmen vornehmen zu lassen. Die baulichen bzw. technischen Anforderungen (vgl. Anlage 3 zu § 18 Abs. 4 LuftVO) wären am neuen Ort (auch bei vorübergehender Verlagerung) zu erfüllen.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	1. Nach den derzeit nur sehr groben Planunterlagen ist die Errichtung eines Zentralklinikumgebäudes angedacht. Hier wäre zumindest ein auf der Grundlage des § 6 LuftVG zu genehmigender Landeplatz für Rettungshubschrauber vorzusehen; dieser sollte aus den genannten Gründen vorrangig auf dem Dachbereich angelegt werden, wobei zwingende Hindernisfreiheiten der erforderlichen An-/ Abflugbereiche in die weitere Planung einzubeziehen wären. 2. Sofern aus den gemachten Erläuterungen eine Landemöglichkeit für einen weiteren Rettungshubschrauber vorgesehen wird, sollte ein zusätzlicher Bodenlandeplatz in die weitere Planung einbezogen werden. Dieser sollte ebenfalls entsprechend§ 6 LuftVG angelegt werden, wobei dann unter anderem zwingende Hindernisfreiheiten in den An-/ Abflugbereichen eingehalten und in der weiteren Planung, insbesondere von Gebäuden, zu berücksichtigen wären. 3. Vor Beginn der Bauphase, während der die derzeit vorhandene Bodenlandestelle (PIS) für Hubschrauber nicht (mehr) genutzt werden könnte, wäre frühzeitig deren zumindest vorübergehende Verlagerung beim Luftfahrt-Bundesamt zu beantragen. Hierfür wäre ein entsprechender Antrag auf(vorübergehende) Verlegung der PIS zu stellen, zu begründen und eine Begutachtung der Geeignetheit der vorgesehenen Landestelle durch das örtlichen Luftrettungsunternehmen vornehmen zu lassen. Die baulichen bzw. technischen Anforderungen (vgl. Anlage 3 zu § 18 Abs. 4 LuftVO) wären am neuen Ort (auch bei vorübergehender Verlegung) zu erfüllen.“		
28	**Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie** **Referat E/1** <u>Schreiben vom 20.03.2024</u> „zum im Betreff angeführtem Planverfahren äußern sich die Fachreferate des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie wie folgt: Grundsatzfragen der Energiepolitik Zur Umsetzung landesweiter und bundesweiter Ziele in Bezug auf die Energiewende, der damit verbundenen Verringerung des Energiebedarfs und der ressourcenschonenden Erzeugung von Energie, wird wie folgt Stellung genommen: Um städtebauliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Energiebereich, insbesondere auf die bestehenden und zu erwartenden Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und des	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen allerdings die spätere Detailplanung. Die geltenden Vorschriften zur Installation erneuerbarer Energien werden, wie in den Hinweisen des Bebauungsplans aufgeführt, beachtet.	**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) mit Hinblick auf die Wärmeplanung, zu ermöglichen, sollte bei der Entwicklung neuer Quartiere bzw. Baugebiete die Minimierung des Wärmebedarfs und die möglichst dezentrale, CO2-neutrale Energieerzeugung in die Planung mit einfließen. Hinweis zu kommunalen Aufgaben im Bereich der Energieversorgung Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 7 lit. f BauGB). In diesem Sinne ist neben der grundsätzlich zu gewährleistenden Versorgungssicherheit innerhalb der räumlichen Verantwortung die Struktur der Energieversorgung auch im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen auf den Klimawandel zu optimieren. Zu den allgemeinen Grundsätzen und Zielen der Bauleitplanung im Bereich der Energieversorgung, welche im Sinne der Nachhaltigkeit auch festgesetzt werden können (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 lit. b BauGB), zählen insbesondere - die Erhöhung der Energieeffizienz bei der Herstellung von Energie und durch Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Energieeinsparung - die Verbesserung bzw. Schaffung der Voraussetzungen für den Einsatz regenerativer Energien - die bedarfsgerechte Bereitstellung von Flächen für Erzeugungsanlagen und Betriebe zur Erzeugung von Energie (Versorgungsflächen für die Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung; vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB) - die verbrauchernahe Energiebereitstellung bei der Planung und Errichtung neuer Standorte. Zudem können im Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB aus städtebaulichen Gründen auch Flächen für Ladeinfrastruktur elektrisch betriebener Fahrzeuge festgesetzt werden Energiewirtschaft, Montanindustrie Soweit noch nicht geschehen, wird darum gebeten, das Verfahren auch mit dem Oberbergamt des Saarlandes abzustimmen.“	Das Oberbergamt des Saarlandes wurde frühzeitig beteiligt und äußert gegenüber der Planung keine Bedenken.	

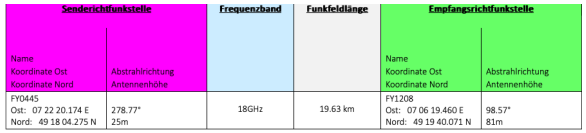
Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
29	**Oberbergamt des Saarlandes** Schreiben vom 19.03.2024 „nach Prüfung der Angelegenheit teilen wir Ihnen mit, dass gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3" in der Kreisstadt Homburg aus bergbaulicher Sicht keine Bedenken bestehen.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
30	**Pfalzwerke Netz AG** **Netzbau, Anlagenbau + Externe Planungen** Schreiben vom 22.03.2024 „aufgrund krankheits- und urlaubsbedingter Ausfälle bitten wir um Fristverlängerung für die Abgabe unserer Stellungnahmen zu den beiden untenstehenden Verfahren wenn möglich bitte bis zum 03.04.2024. Wir bitten um kurze Bestätigung bzw. Rückmeldung. Vielen Dank im Voraus!“ Schreiben vom 03.04.2024 - Bebauungsplan „aus internen, verwaltungstechnischen Gründen geben wir, nach gewährter Fristverlängerung durch Herrn Andes (E-Mail am 28.03.2024), zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum BBP „UNIVERSITÄTSKLINIKEN, TEILBEREICH 3", in einem separaten Schreiben ab. Die mitgeteilte Planung berührt Belange unseres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiches. Es bestehen keine Bedenken. Wir geben aber nachstehende Anregung an Sie weiter und bitten um Berücksichtigung. Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes (Plangebiet) befindet sich derzeitig folgende Versorgungseinrichtung der Pfalzwerke Netz AG: Richtfunkstrecke „F 1802" Zur Information über den Bestand dieser Versorgungseinrichtung im Plangebiet haben wir als Anlage einen aktuellen Planauszug unserer Bestandsdokumentation beigefügt.	Fristverlängerung bis 03.04.2024 wird gewährt. Der textliche Hinweis zur Richtfunkstrecke wird aus Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen. Gemäß der Stellungnahme sowie der darüber hinaus erfolgten Abstimmungen mit der Pfalzwerke Netz AG kann eine Betroffenheit der Richtfunkstrecke durch die Bebauung bis zu einer absoluten Höhe von 320 ü NN ausgeschlossen werden.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Richtfunk** • Über das Plangebiet verläuft teilweise eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG (nördlich im Bereich der Neurologie bzw. ehem. Pneumologie), die in der Planzeichnung nicht ausgewiesen ist, da durch die im Plangebiet festgesetzte Nutzung keine Beeinflussung zu erwarten ist. Für den ungestörten Betrieb einer Richtfunkstrecke ist es zwingend erforderlich, dass deren sogenannte

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Wir weisen jedoch ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hin: Diese Auskunft darf nur für Planungszwecke verwendet werden. Unsere Versorgungsnetze unterliegen ständig baulichen Veränderungen. Vor Baubeginn muss daher unbedingt eine aktuelle Planauskunft über die Online-Planauskunft der Pfalzwerke Netz AG eingeholt werden, die auf unserer Webseite (https://www.pfalzwerke-netz.de/service/kundenservice/onlineplanauskunft) zur Verfügung steht. Die Versorgungseinrichtung bedarf unterschiedlich der zeichnerischen und textlichen Berücksichtigung. • Zeichnerische Berücksichtigung Die Versorgungseinrichtung bedarf keiner zeichnerischen Berücksichtigung in der Planzeichnung des Bebauungsplanes • Textliche Berücksichtigung Zur textlichen Berücksichtigung der Versorgungseinrichtung regen wir an, Abschnitt ,,Hinweise" um den nachstehend in Kursivschrift dargestellten Inhalt zu ergänzen: Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG Über das Plangebiet verläuft teilweise eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG, die in der Planzeichnung nicht ausgewiesen ist, da durch die im Plangebiet festgesetzte Nutzung keine Beeinflussung zu erwarten ist. Für den ungestörten Betrieb einer Richtfunkstrecke ist es zwingend erforderlich, dass deren sogenannte Fresnelzone frei von Hindernissen bleibt. Dies wird gewährleistet durch Freihaltung eines insgesamt 200 m breiten Richtfunkkorridors (100 m beidseitig der Längsachse des Richtfunkstrahls senkrecht gemessen). Innerhalb dieses Richtfunkkorridors sind bei der Errichtung baulicher Anlagen bis 20 m Höhe Störungen einer Richtfunkstrecke nicht wahrscheinlich. Bei konkreten Planungen mit einer Höhe über 20 m wird empfohlen, diese mit dem Betreiber der Richtfunkstrecke abzuklären. Einrichtungen, die über die Höhen von 20 m hinausgehen, auch wenn diese zeitlich nur begrenzt aufgestellt werden sollten, bedürfen im Einzelfall der vorherigen Prüfung, ob sich hierdurch eine Beeinflussung der Richtfunkstrecke ergibt, sowie der Zustimmung zur Errichtung durch den Betreiber der Richtfunkstrecke. Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren und Mitteilung, inwieweit aufgrund unserer geäußerten Anregung eine Anpassung der Unterlagen zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgenommen wird.“ <u>Schreiben vom 03.04.2024 – FNP-Teiländerung</u> „aus internen, verwaltungstechnischen Gründen geben wir, nach gewährter Fristverlängerung durch Herrn Andes (E-Mail am 28.03.2024), zur Teiländerung des	Die Richtfunkstrecke wird zeichnerisch in die FNP-Teiländerung übernommen.	Fresnelzone frei von Hindernissen bleibt. Dies wird gewährleistet durch Freihaltung eines insgesamt 200 m breiten Richtfunkkorridors (100 m beidseitig der Längsachse des Richtfunkstrahls senkrecht gemessen). Innerhalb dieses Richtfunkkorridors sind bei der Errichtung baulicher Anlagen bis 20 m Höhe Störungen einer Richtfunkstrecke nicht wahrscheinlich (bis 320 m ü NN). Bei konkreten Planungen mit einer Höhe über 20 m wird empfohlen, diese mit dem Betreiber der Richtfunkstrecke abzuklären. Einrichtungen, die über die Höhen von 20 m hinausgehen, auch wenn diese zeitlich nur begrenzt aufgestellt werden sollten, bedürfen im Einzelfall der vorherigen Prüfung, ob sich hierdurch eine Beeinflussung der Richtfunkstrecke ergibt, sowie der Zustimmung zur Errichtung durch den Betreiber der Richtfunkstrecke.“ Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Richtfunkstrecke zeichnerisch in die

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum BBP „UNIVERSITÄTSKLINIKEN, TEILBEREICH 3", in einem separaten Schreiben ab. Bei der Umweltprüfung sind keine Belange unseres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiches zu berücksichtigen und haben wir zum Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichtes keine Anregungen Im Geltungsbereich der Teiländerung des Flächennutzungsplanes befindet sich eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG. Zum Nachweis des Bestands der Richtfunkstrecke haben wir als Anlage einen aktuellen Auszug aus unserer Bestandsdokumentation beigefügt. Die Richtfunkstrecke ist zeichnerisch noch nicht in der Planzeichnung enthalten. Wir bitten diese zu ergänzen. Für eine lagegenaue Übernahme der Führung der Richtfunkstrecke können unsererseits auch digitale Daten zur Verfügung gestellt werden. Bei Bedarf möchten Sie sich bitte mit unserer nachstehend genannten Organisationseinheit in Verbindung setzen. Pfalzwerke Netz AG Netzbau Geografischer-Informations-Service Postfach 21 73 65 67072 Ludwigshafen GIS-Produktion@pfalzwerke-netz.de Wir regen darüber hinaus zur grundsätzlichen textlichen Berücksichtigung der oben genannten Versorgungseinrichtung an, dass in der Begründung zum FNP beispielsweise unter einem Punkt „Richtfunkstrecken" der nachstehend in Kursivschrift dargestellte Textvorschlag aufgenommen wird: Richtfunkstrecken Innerhalb der Teiländerung verläuft eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG, welche im FNP nachrichtlich übernommen wurde. Der Korridor der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG hat eine Regelbreite von 200 m. Innerhalb dieses Korridors bestehen Beschränkungen für die Ausführung von Vorhaben z.B. bei der Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen bezüglich der Bauhöhe und der Fassadengestaltung im Hinblick auf mögliche Reflexionen bzw. Verschattung. Die genaue Beeinflussung ist im Einzelfall zu prüfen. Die Prüfung erfolgt auf Ebene der nachgeschalteten verbindlichen Bauleitplanungen und Genehmigungsverfahren. Ferner bitten wir Sie um Zusendung der rechtswirksam gewordenen Unterlagen ausschließlich zur Verwendung in unserem Unternehmen, vorzugsweise digital per E-Mail an: Externe-Planungen Kreuzungen@pfalzwerke-netz.de. Hierfür bedanken wir uns bei Ihnen bereits im Voraus.“	Der textliche Hinweis zur Richtfunkstrecke wird aus Vorsorgegründen in die Begründung zur FNP-Teiländerung aufgenommen. Gemäß der Stellungnahme sowie der darüber hinaus erfolgten Abstimmungen mit der Pfalzwerke Netz AG kann eine Betroffenheit der Richtfunkstrecke durch die Bebauung bis zu einer absoluten Höhe von 320 bzw. 325 m ü NN ausgeschlossen werden.	Planzeichnung der FNP-Teiländerung zu übernehmen. Weiterhin beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, folgenden Hinweis in die Begründung zur FNP-Teiländerung aufzunehmen: „**Richtfunk** Innerhalb der Teiländerung verläuft eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG (nördlich im Bereich der Neurologie bzw. ehem. Pneumologie), welche im FNP nachrichtlich übernommen wurde. Der Korridor der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG hat eine Regelbreite von 200 m. Innerhalb dieses Korridors bestehen Beschränkungen für die Ausführungen von Vorgaben z. B. bei der Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen bezüglich der Bauhöhe und der Fassadengestaltung im Hinblick auf mögliche Reflexionen bzw. Verschattung. Die genaue Beeinflussung ist im Einzelfall zu prüfen. Die Prüfung erfolgt auf Ebene der nachgeschalteten verbindlichen Bauleitplanung und Genehmigungsverfahren.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
31	**RAG Aktiengesellschaft** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
32	**Saarforst Landesbetrieb** **Geschäftsbereich 3** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
33	**Saarländischer Rundfunk** **Funkhaus Halberg** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
34	**Iqony Energies GmbH** Schreiben vom 20.02.2024 „in dem von Ihnen angefragten/gekennzeichneten Planbereich befindet sich Versorgungsleitungen der Iqony Energies GmbH siehe Anlagen. Die Verbindlichkeit dieser Auskunft hat eine Gültigkeit von einem Monat beginnend ab dem Datum der Zustellung.“	Die Versorgungsleitungen der Iqony Energies GmbH befinden sich im Bereich der bestehenden Bebauung (nördlich). Ein entsprechender Hinweis wird aus Vorsorgegründen in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Innerhalb des Plangebietes, im Bereich nördlich der bestehenden Neurologie und ehemaligen Pneumologie befinden sich Versorgungsleitungen der Iqony Energies GmbH zur gebietsinternen Versorgung (Haus-/Gebäudeanschlüsse), die bei Maßnahmen in diesem Bereich berücksichtigt werden müssen.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
35	**Vodafone Kabel Deutschland GmbH** **Netzinfrastruktur** Schreiben vom 21.03.2024 „wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 19.02.2024. Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
36	**VSE Verteilnetz GmbH** Schreiben vom 12.03.2024 „gegen die Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes sowie die parallele Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homburg bestehen unsererseits keine Bedenken, da sich innerhalb des betroffenen Bereichs keine von uns betriebenen Versorgungsanlagen befinden. Für weitere Fragen steht Ihnen Herr Stefan Hoffmann gerne zur Verfügung.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
37	**VSE NET GmbH** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
38	**Wasserstraßen - und Schifffahrtsamt** **Mosel-Saar-Lahn** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
39	**Universitätsklinikum des Saarlandes** **Dezernat IV - Technik** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
40	**Biosphärenzweckverband Bliesgau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
41	**Bischöfliches Ordinariat** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
42	**Ericsson Services GmbH** Schreiben vom 28.02.2024 „vielen Dank für Ihre Anfrage. Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten. Der Verlauf der vorhandenen Richtfunkstrecke(n) ist im Folgenden zu entnehmen.  **Senderichtfunkstelle** / **Frequenzband** / **Funkfeldlänge** / **Empfangsrichtfunkstelle** Name / Koordinate Ost / Koordinate Nord / Abstrahlrichtung / Antennenhöhe FY0445 — Ost: 07 22 20.174 E — Nord: 49 18 04.275 N — 278.77° — 25m 18GHz 19.63 km FY1208 — Ost: 07 06 19.460 E — Nord: 49 19 40.071 N — 98.57° — 81m Um die direkte Sichtline ist ein Radius von mindestens +/- 25m freizuhalten. Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson - Netzes und für Richtfunkverbindungen des Netzes der Deutschen Telekom. Bitte richten Sie Nachfragen ausschließlich per Email an die: bauleitplanung@ericsson.com“	Zur Richtfunkstrecke wird aus Vorsorgegründen ein Hinweis in den Bebauungsplan und die FNP-Teiländerung aufgenommen. Zudem wird die Richtfunkstrecke zeichnerisch in die FNP-Teiländerung übernommen. Gemäß der Stellungnahme sowie der darüber hinaus erfolgten Abstimmungen mit der Ericsson Services GmbH kann eine Betroffenheit der Richtfunkstrecke durch die Bebauung bis zu einer absoluten Höhe von 335 m ü NN ausgeschlossen werden (Bestätigung per Mail vom 08.03.2024).	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan und die Begründung zur FNP-Teiländerung aufzunehmen: „**Richtfunk** • Über das Plangebiet verläuft teilweise eine Richtfunkstrecke der Deutschen Telekom Technik GmbH bzw. Ericsson Services GmbH (nördlich im Bereich der Neurologie bzw. ehem. Pneumologie). Um die direkte Sichtlinie ist ein Radius von mindestens +/- 25 m freizuhalten. Eine Störung ist unwahrscheinlich, solange die erste Fresnelzon frei von Hindernissen ist. Hierzu ist eine maximale Höhe von 335 m ü NN einzuhalten.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, die Richtfunkstrecke zeichnerisch in die Planzeichnung der FNP-Teiländerung zu übernehmen.
43	**Finanzamt Homburg** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
44	**Katasteramt St. Ingbert** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
45	**Pfalzkom GmbH** Schreiben vom 05.03.2024 „unsere Leitungen wären in diesem Fall betroffen. Bei Arbeiten in der Nähe unserer Trassen sind Suchschlitze herzustellen. Im Anhang finden Sie dazu eine oder mehrere PDF-Dateien, welche die Lage und die dazu angrenzenden Leitungen aufzeigt. Bei Fragen stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.“	Der Leitungsverlauf wird i. V. m. einem textlichen Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Leitungsverlauf gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB zeichnerisch in den Bebauungsplan aufzunehmen. Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich Leitungen der Pfalzkom GmbH (ausgehend von Gebäude Nr. 86 aus nordwestlicher Richtung, am Gebäude Nr. 93 vorbei, dem Verlauf des Weges in östlicher und dann südlicher Richtung folgend). Bei Arbeiten in der Nähe der Trassen sind Suchschlitze herzustellen.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
46	**PLEdoc GmbH** Schreiben vom 01.03.2024 „wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden: • OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • Uniper Energy Storage GmbH, Düsseldorf: Erdgasspeicher Epe, Eschenfelden, Krummhörn Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.“ Schreiben vom 08.03.2024 - GasLINE **Tabelle der betroffenen Anlagen:** 	lfd. Nr.	Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	Blatt	Schutzstreifen m	Ansprechpartner
---	---	---	---	---	---	---	---
1	GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_128_001	93 & 94	2	Maintenance Management Center (MMC) https://einweisung.mmc-portal.de | „von der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer	Der Leitungsverlauf wird i. V. m. einem textlichen Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Leitungsverlauf gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB sowie den entsprechenden Schutzstreifen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB zeichnerisch in den Bebauungsplan aufzunehmen. Ferner beschließt der Stadtrat, wie

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt. GasLINE ist Eigentümerin eines deutschlandweiten Kabelschutzrohr (KSR)-Anlagennetzes mit einliegenden Lichtwellenleiter(LWL)-Kabeln. Unabhängig davon, ob es sich bei den aufgeführten Kabelschutzrohranlagen um eine oder mehrere Kabelschutzrohranlagen handelt, bezeichnen wir diese nachfolgend als KSR-Anlage. Die Trassenführung der KSR-Anlage ist aus den Planunterlagen zu entnehmen. Berücksichtigen Sie bitte das Merkblatt zur Dokumentation. Die von Ihnen zur Einsicht gestellten Entwurfsunterlagen zu dem angezeigten Bauleitverfahren haben wir gesichtet und ausgewertet. Im Östlichen Bereich des Geltungsbereichs des Plans verläuft die eingangs aufgeführte Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungsachse). KSR-Anlagen mit einliegenden LWL-Kabeln werden von Telekommunikationsgesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Telekommunikationsübertragungswegen benutzt. Für eine exakte Übernahme des Verlaufs der KSR-Anlage in die Plangrundlage des Bebauungsplanes überlassen wir Ihnen die betreffenden Bestandspläne. Die Darstellung der KSR-Anlage ist in den beigefügten Unterlagen nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen. GasLINE gibt i.d.R. keine digitalen Daten an Dritte heraus. Mithilfe der Koordinaten an den Tangentenschnittpunkten (TS-Punkten) in den beiliegenden Bestandsplänen ist eine sehr präzise Übernahme der LWL-Trasse in CAD-Systeme möglich. In Ausnahmefällen liegen allerdings keine Koordinaten der TS-Punkte vor. Zustimmend haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Baugrenzen bereits außerhalb der Schutzstreifengrenzen liegen, um eine nach den technischen Regelwerken unzulässige Be- und Überbauung der KSR-Anlage auszuschließen. Unter Punkt Verkehrsanbindung auf Seite 7 & 8 der Begründung teilen sie uns mit , dass um zukünftig eine ausreichende Anbindung des Plangebietes und Uniklinik-Geländes an das öffentliche Verkehrsnetz sicherstellen zu können, insbesondere eine neue Verkehrsanbindung, die unmittelbar östlich an die L 213 (Kirrberger Straße) anschließt, geschaffen wird. Die Ausweisung privater/öffenlicher Verkehrswege und Stellplätze im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege und Pkw-Stellflächen innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer/gleich 1,0 m auszulegen. Detaillierte Planunterlagen sind uns zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme vorzulegen.		dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Im östlichen Bereich des Plangebietes (im Bereich der Kirrberger Straße bzw. L 213) verläuft eine Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (LWL-KSR-Anlage, nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2,0 m breiten Schutzstreifen (1,0 m beiderseits der Leitungsachse). KSR-Anlagen mit einliegenden LWL-Kabeln werden von Telekommunikationsgesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Telekommunikationsübertragungswerten benutzt. Die Ausweisung privater / öffentlicher Verkehrswege und Stellplätze im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege und Pkw-Stellflächen innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer / gleich 1,0m auszulegen. Weite Anregungen können dem Merkblatt GasLINE „Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen“ entnommen werden.“

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Merkblatt der GasLINE „Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen". Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung werden von unserer Seite keine besonderen Angaben gemacht. Wir möchten Sie bitten, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.“		
47	**Polizeiinspektion Homburg** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
48	**saarVV** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
49	**Stadtwerke Homburg GmbH** Schreiben vom 15.04.2024 „die Stadtwerke Homburg GmbH hat folgende Einwände: • Das Stromnetz ist im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik • Das Gas- und Wassernetz ist im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik, allerdings Füllleitung zum HB-Webersberg führt durch das Betrachtungsgebiet, bitte berücksichtigen. • Betrachtungsgebiet liegt teilw. im beantragten WSG Kirrberg. Bitte bei weiteren Planungen berücksichtigen. Zu Fragen stehen wir Ihnen unter der oben angegebenen E-Mail-Adresse zur Verfügung.“	Die Anmerkungen werden als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Bereich teilweise mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Da eine formale Unterschutzstellung des Gebietes bis dato weder erfolgt ist noch beantragt wurde, wird gemäß Abstimmung zwischen dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz und der Verwaltung eine bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den	Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**Versorgungsleitungen** • Das Stromnetz innerhalb des Plangebietes liegt im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik des Saarlandes. Das Gas- und Wassernetz innerhalb des Plangebietes liegt ebenfalls im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik des Saarlandes, wobei zu berücksichtigen ist, dass eine Füllleitung zum Hochbrunnen Webersberg durch

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
		Bebauungsplan aufgenommen, die die Hinweise der Stellungnahme aufgreift und, sobald die formale Unterschutzstellung erfolgt ist, durch die Vorgaben der entsprechenden Verordnung ersetzt wird. Dies erfolgt aus dem Grund, da der Bebauungsplan Rechtskraft vor Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung haben wird. Es ist davon auszugehen, dass das geplante Wasserschutzgebiet der Ausweisung des Sondergebietes „Universitätsklinikum“, auch mit Blick auf das landesplanerische Vorranggebiet „Forschung und Entwicklung" nicht entgegenstehen wird. Im Rahmen des späteren Bauantragsverfahrens können sich allerdings Auflagen ergeben. Mit der Aufnahme der Hinweise als bedingte Zulässigkeit wird den Belangen des Grundwasserschutzes Rechnung getragen. Im Zuge der Planung wird zudem ein siedlungswasserwirtschaftlicher Planungsbeitrag erstellt, der die aufgeführten Anmerkungen fachplanerisch berücksichtigt. Gleiches gilt für den in Erstellung befindlichen Umweltbericht.	das Plangebiet verläuft und zu berücksichtigen ist.“ Ferner beschließt der Stadtrat, wie dargelegt, die Anmerkungen des LUA zum geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ als bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen: „**1.2. Bedingte Zulässigkeit im Bereich des geplantes Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III) gemäß § 9 Abs. 2 BauGB** Das Plangebiet überschneidet sich im östlichen Teilbereich mit dem geplanten Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III). Eine formale Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes ist bisher nicht erfolgt. Die geplante Ausweisung entspricht jedoch der tatsächlichen Förderung des Grundwassers in diesem Gebiet. Folglich sind nachfolgende Vorgaben bzw. Hinweise des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutzes innerhalb des betroffenen Bereiches des geplanten Trinkwasserschutzgebietes „Homburg – Kirrberg“ gemäß § 9 Abs. 2 BauGB zu beachten. 1. Für die Versickerung gelten die Anforderungen / Nachweise nach DWA M 153 sowie DWA A 138. 2. Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind innerhalb der Schutzzone III nicht erlaubnisfähig.

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			3. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das den Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung entspricht. 4. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz – SWG). 5. Für die Zufahrtsstraße, welche sich komplett innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes befindet, sind die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag) anzuwenden. Diese gelten für geplante sowie um- und auszubauende Straßen in Wasserschutzgebieten und sinngemäß für

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
			deren Nebenanlagen und Nebenbetriebe (z. B. Parkplätze und Rastanlagen). Nach Abschluss der formalen Unterschutzstellung des betroffenen Bereiches als Trinkwasserschutzgebiet „Homburg – Kirrberg“ (Schutzzone III) ergeben sich die entsprechenden Vorgaben zum o. g. Trinkwasserschutzgebiet aus der damit verbundenen Verordnung.“
50	**Telefónica Germany GmbH & Co. OHG** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
51	**Westnetz GmbH** **DRW-S-LK-TM** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
52	**WVO Wasserversorgung Ostsaar GmbH** Schreiben vom 19.02.2024 „hiermit teilen wir Ihnen mit, dass in o. g. Bereich keine Versorgungsleitungen und –anlagen der Wasserversorgung Ostsaar GmbH und des Zweckverbandes Wasserversorgung der Stadt- und Landgemeinden des Kreises Neunkirchen in Ottweiler vorhanden sind. Wir erstatten somit Fehlanzeige. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
53	**Saarpfalz-Kreis** Schreiben vom 14.03.2024 „Sie haben uns um Stellungnahme zu o.g. Vorhaben gebeten. Seitens des Saarpfalz-Kreises bestehen keine Einwände zum Vorhaben.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
54	**Gemeinde Kirkel** **Herrn Bürgermeister** Schreiben vom 19.02.2024 „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ mit paralleler Teiländerung des FNP der Kreisstadt Homburg bestehen seitens der Gemeinde Kirkel keine Bedenken. Die Belange der Gemeinde Kirkel werden durch die Planungen nicht berührt.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
55	**Stadt Bexbach** **Herrn Bürgermeister** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
56	**Stadt Blieskastel** **Herrn Bürgermeister** Schreiben vom 19.03.2024 „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3“ mit Teiländerung des FNP in der Kreisstadt Homburg bestehen seitens der Stadt Blieskastel keine Bedenken.“		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
57	**Stadtverwaltung Zweibrücken** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
58	**Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
59	**Verbandsgemeinde Oberes Glantal** **Herrn Bürgermeister** Schreiben vom 20.02.2024 „wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 19.02.2024 und teilen Ihnen hiermit mit, dass wir als Verbandsgemeinde Oberes Glantal, sowie die Stadt Waldmohr keine Bedenken und Einwände gegen die o.g. Aufstellung des Bebauungsplanes „Universitätskliniken, Teilbereich 3" sowie die Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homburg erheben.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
60	**Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
61	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Stadtplanung** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
62	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Untere Bauaufsicht** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
63	**Stadtentwässerung Homburg** Schreiben vom 19.02.2024 „von Seiten der SeH bestehen keine Einwände gegen die gemachten Angaben im Projekt. Bitte beachten Sie in den Listen die SeH nicht als Abteilung zu führen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.“		**Kein Beschluss erforderlich.**
64	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Liegenschaften** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
65	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Hochbau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
66	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Verwaltungspolizei** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
67	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Umwelt und Grünflächen** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
68	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Tiefbau** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
69	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Brand- und Zivilschutz** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
70	**Kreisstadt Homburg** **Kämmerei** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
71	**Kreisstadt Homburg** **Amt für Bildung und Sport** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
72	**Kreisstadt Homburg** **Amt für Jugend, Senioren und Soziales und Integration** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
73	**Kreisstadt Homburg** **Abt. Denkmalpflege/Museen** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
74	**Kreisstadt Homburg** **Baubetriebshof** Keine Stellungnahme abgegeben		**Kein Beschluss erforderlich.**
	Vorschlag der Verwaltung Die Verwaltung schlägt weiterhin folgende Anpassungen bzw. Ergänzungen der		

Nr.	Stellungnahmen der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden	Stellungnahme der Kommune, Abwägung	Beschluss
	Planunterlagen vor: • Ausnahme von der Ausführung von Stellplätzen, Zu- und Abfahrten in wasserdurchlässigen / versickerungsfähigem Material, falls sich aus dem geplanten Wasserschutzgebiet spezielle Anforderungen ergeben Anpassung der örtlichen Bauvorschrift zu Böschungen, Abgrabungen, Aufschüttungen und Stützmauern hin zu einer Höhe von 5,00 m sowie Ergänzung einer Ausnahmemöglichkeit im Bereich der geplanten Verkehrsanbindung zur L 213 aus Gründen der Verkehrsführung und -sicherheit i. V. m. der örtlichen Topografie		**Beschlussvorschlag:** Der Stadtrat beschließt den weiteren Anpassungsvorschlägen der Verwaltung zu folgen und die Festsetzungen des Bebauungsplanes entsprechend anzupassen.